Karl Heinz Roth

Die »andere« Arbeiterbewegung

und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland. Mit ausführlicher Dokumentation zur Aufstandsbekämpfung, Werkschutz u.a.

TRIKONT

Die „andere" Arbeiterbewegung: das sind die unbekannten Kämpfe der unqualifizierten Arbeiter – der Grubenarbeiter, Landarbeiter, Zwangsarbeiter in beiden Kriegen, Flüchtlinge, Gastarbeiter. Gegen das Widerstandspotential dieser Bewegungen wurde der Repressionsapparat der Unternehmer aufgebaut, von den Zechenwehren und der Hafenpolizei bis zum Werkschutz. Ganze Kapitel unserer Geschichte erscheinen in völlig neuem Licht.

I. Einleitung: Frühjahr/Sommer 1973: „Es war wie 1933"

II. Arbeiterkampf und kapitalistischer Gegenangriff vor dem Nationalsozialismus
1. Eine Arbeiterklasse – zwei Arbeiterbewegungen
2. Die Reorganisation der Arbeitskraft im ersten Weltkrieg
3. Die zwei Arbeiterbewegungen in der revolutionären Nachkriegsphase
4. Noch ein Rückschlag für die Arbeiter: Die Veränderung der Arbeitsorganisation

III. Arbeiterkampf und kapitalistischer Gegenangriff unter dem Nationalsozialismus. Von Elisabeth Behrens.
1. Die Umwälzungen in der Weltwirtschaftskrise
2. Der deutsche „New Deal"
3. Ein Kampfzyklus gegen den Vierjahresplan
4. Der Blitzkrieg als Instrument für die Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse
5. Die Spaltung der Arbeiterklasse durch das Zwangsarbeitssystem
6. Widerstandsformen in den Betrieben

IV. Arbeiterkampf und kapitalistischer Gegenangriff seit dem Nationalsozialismus
1. Die alten Weichen neu gestellt: 1945 bis Anfang der fünfziger Jahre
2. Der Boom
3. Die präventive Einkreisung der Arbeiterautonomie in den sechziger Jahren
4. Von der Wirtschaftskrise 1966/67 bis zu den Septemberstreiks
5. Unruhige Jahre

V. Statt einer Zusammenfassung: Kapitalistische Repression und Arbeiterkampf

VI. Dokumentarischer Anhang I – XXIII

ISBN 3-920385-55-1 DM 19.80

Schriften zum Klassenkampf Nr. 39

Karl Heinz Roth

Die »andere« Arbeiterbewegung

und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland. Mit ausführlicher Dokumentation zur Aufstandsbekämpfung, Werkschutz u.a.

1. Auflage 3.000, 1974
C Trikont Verlag, München
ISBN 3-920385-55-1
Druck: Politladen GmbH, Erlangen
Umschlag: Elisabeth Petersen, München

INHALTSVERZEICHNIS

I

II

III

VI

V

IV

I. EINLEITUNG: FRÜHJAHR/SOMMER 1973: „ES WAR WIE 1933" 5

II. ARBEITERKAMPF UND KAPITALISTISCHER GEGENANGRIFF VOR DEM NATIONALSOZIALISMUS XI 21
1. Eine Arbeiterklasse – zwei Arbeiterbewegungen 21
2. Die Reorganisation der Arbeitskraft im ersten Weltkrieg 29
3. Die zwei Arbeiterbewegungen in der revolutionären Nachkriegsphase 55
4. Noch ein Rückschlag für die Arbeiter: Die Veränderung der Arbeitsorganisation 81

III. ARBEITERKAMPF UND KAPITALISTISCHER GEGENANGRIFF UNTER DEM NATIONALSOZIALISMUS. Von Elisabeth Behrens 101
1. Die Umwälzungen in der Weltwirtschaftskrise 101
2. Der deutsche „New Deal" 107
3. Ein Kampfzyklus gegen den Vierjahresplan 120
4. Der Blitzkrieg als Instrument für die Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse 131
5. Die Spaltung der Arbeiterklasse durch das Zwangsarbeitssystem 145
6. Widerstandsformen in den Betrieben 156

IV. ARBEITERKAMPF UND KAPITALISTISCHER GEGENANGRIFF SEIT DEM NATIONALISMUS 175
1. Die alten Weichen neu gestellt: 1945 bis Anfang der fünfziger Jahre 175
2. Der Boom 195
3. Die präventive Einkreisung der Arbeiterautonomie in den sechziger Jahren 214
4. Von der Wirtschaftskrise 1966/67 bis zu den Septemberstreiks 235
5. Unruhige Jahre 245

V. STATT EINER ZUSAMMENFASSUNG: KAPITALISTISCHE REPRESSION UND ARBEITERKAMPF

VI. DOKUMENTARISCHER ANHANG 269
I – XXIII

DOKUMENTARISCHER ANHANG 269

I. Bekämpfung der Ruhrarbeiterstreiks 1905 270
II. Streikabwehr im Sommer 1916 272
III. Freikorpserfahrungen aus den Berliner Straßenkämpfen (1919) 274
IV. Richtlinien der Reichswehr zur Aufstandsbekämpfung (1920) 279
V. Auszüge aus den Wehrwirtschaftsplänen der IG Farbenindustrie AG (März 1935) 282
VI. Bekämpfung von Sabotage in der Rüstungswirtschaft (Mai 1940) 286
VII. Diskriminierung der polnischen Zwangsarbeiter (nach 1940) 293
VIII. Verschärfung der Zwangsrekrutierung ausländischer Arbeiter in den westeuropäischen und skandinavischen Ländern (Januar 1942) 295
IX. Merkblatt: Verhalten gegenüber Kriegsgefangenen im Arbeitseinsatz (August 1943) 297
X. Anweisung zur Steigerung der Arbeitsleistung von Kriegsgefangenen (Dezember 1943) 300
XI. Arbeitsleistung ausländischer Arbeitskräfte (Januar 1944) 304
XII. Offizielle Dienstanweisungen der Polizei für den Wachdienst von Lagern mit russischen Zwangsarbeitern („Ostarbeiterlager") (nach 1942) 307
XIII. Die sogenannten Lagerregeln im „Arbeitserziehungslager Dechsenschule" des Krupp-Konzerns (Juli 1944) 310
XIV. Behandlung von Kriegsgefangenen zwecks Steigerung der Arbeitsleistung (August 1944) 318
XV. Widerstandsformen der ausländischen Zwangsarbeiter (September 1944) 322
XVI. „Werkssicherheit" im Jahre 1956 324
XVII. Ein Werkschutzleiter über die Bekämpfung von „Sabotage in den Betrieben" (1963) 326
XVIII. Der Werkschutz aus der Sicht der „Betriebsleiter" (1963) 334
XIX. Der Kölner Werkschutzskandal (Februar 1970) 351
XX. Warum die Gewerkschaften den Werkschutz unterstützen (1972) 356
XXI. Die aktuelle Organisation der „Werkssicherheit" (Januar 1973) 363
XXII. Ein Werkschutz-Unternehmen bietet seine guten Dienste an (Oktober 1973) 368

Bibliographie 373
Abkürzungsverzeichnis 394

I. Einleitung: Frühjahr Sommer 1973: »Es war wie 1933«

Am 22. Mai 1973 leiteten die Montage-Bandarbeiter der Mannheimer Landmaschinenfabrik John Deere (Lanz) einen der denkwürdigsten Kampfzyklen in der westdeutschen Klassengeschichte ein. (1) Die Hintergründe ihrer einwöchigen Aktion lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. An den Montagebändern des Betriebs sind zu zwei Dritteln Arbeitsemigranten beschäftigt. Die Isolierung von den deutschen Arbeitern in den übrigen Abteilungen schien perfekt genug, um ohne Konfliktrisiko die Arbeitshetze auf die Spitze zu treiben. Durch glatten Akkordbetrug hatten die John-Deere-Manager im letzten Jahr die Arbeitsleistung pro Mann und Schicht verdoppelt. Statt 60 liefen jetzt 120 Schlepper durch, aber der Lohn war gleich geblieben: die Manager hatten die Ausgabe von Arbeitszeitkarten vermieden, aus denen die verschlechterten Vorgabezeiten zu ersehen gewesen wären, und hatten die Bandgeschwindigkeit dauernd beschleunigt. Im Mai war für die Bandarbeiter die Toleranzgrenze erreicht. Sie waren nicht länger bereit, die mörderisch verschärften Arbeitsbedingungen widerstandslos hinzunehmen. Ihre Erbitterung wuchs von Woche zu Woche, und selbst eine IG Metall-Vertrau-

(1) Der John Deere-Streik steht allerdings nicht allein, sondern ist von den auslösenden Faktoren und der sozialen Zusammensetzung der dabei aktiven Arbeiter in eine Kette isolierter Emigrantenaktionen einzugliedern. Vgl. beispielsweise: Streik bei Karmann (4.5.-8.5.), in: Wir wollen Alles, 1973, Nr.5, S.20.

ensleuteversammlung von den Bändern mußte schließlich eindeutige Forderungen stellen: " - Erhöhung der Lohngruppen (mindestens Lohngruppe 46 für alle) ! - Bezahlte Pausen für jede Stunde (mindestens 5 oder 6 Minuten pro Stunde) ! - Die Arbeitshetze an den Bändern muß aufhören! Das Akkordsystem wird überprüft. - Jeder Kollege bekommt eine Arbeitskarte, um überprüfen zu können, wieviel Minuten er bekommt (für die ausländischen Kollegen in verschiedenen Sprachen)". (2) Das war ein bescheidener Versuch, die Ausbeutungsbedingungen bei John Deere auf ein einigermaßen erträgliches Durchschnittsmaß zu reduzieren. Von einigen deutschen Vertrauensleuten, die zugleich Vorarbeiter sind, wurde gleichzeitig dafür gesorgt, daß die Kampfformen zur Durchsetzung dieser Ziele nicht allzu rebellisch wurden. Mit dem Beschluß, bis auf weiteres die wöchentlich ca. 10 Überstunden zu verweigern ("Überstundenstreik"), bekam die Betriebsleitung die Wut der Bandarbeiter als einen sehr gemäßigten Druck von unten zu spüren.
Am Montag, 22.5.1973, begann die Kampagne für die Verweigerung der Überstunden. Sie war ein ziemlicher Schlag ins Wasser, weil die Unternehmensleitung kaum Auswirkungen spürte. Einen Tag später gingen die Bandarbeiter selber zu härteren Aktionen über. Die Bänder in der Getriebe- und Endmontage wurden abgestellt. Nach zehn Minuten standen alle Bänder des Betriebs still, die Arbeiter der benachbarten Abteilungen solidarisierten sich mit den Abteilungsstreiks. Innerhalb weniger Stunden weitete sich die Unruhe auf den gesamten Betrieb aus. Ein provokatorisches Gegenangebot der Betriebsleitung, das praktisch keines war, wurde überall mit Empörung quittiert. Da seitens der Bandarbeiter keine autonome Kampfführung zustandekam, hatte der gewerkschaftliche Vertrauensleuteapparat weiter freie Hand. Er entschloß sich, auf dieser Welle der Entrüstung die präzis gegen die brutalsten Strukturen der Arbeitsorganisation gerichteten bisherigen Parolen in ein Lohn-Gerangel für die Gesamtbelegschaft zu überführen, wobei die reformistische Entschärfungsabsicht nichts zu wünschen übrigließ: "70 Pfennig für die Arbeiter, 120 DM für die Angestellten, 60 DM für die Lehrlinge" (3). Aber das schien der Preis zu sein, für den alle Arbeiter des Betriebs bereit waren, auf die avantgardistischen Forderungen und Aktionen der Bandkolonnen mit einem traditionellen Streik zu reagieren. Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute, unter ihnen nicht wenige Mitglieder linker deutscher Gruppen, hatten das Gesicht gewahrt; die Aktion blieb unter ihrer Kontrolle und entsprach ihren Vorstellungen von einer aktiven, reformistischen, im Rahmen der gewerkschaftlichen Institutionen bleibenden und begrenzten Mobilisierung. Bis dahin also nichts Aufregendes; alles schien so abzulaufen, wie wir es seit 1970/71 aus Dutzenden anderer betrieblicher Aktionen kennen.

(2) Der Streik bei John Deere, in: Arbeiter-Zeitung. Zentrales Organ der Kommunistischen Gruppe (NRF) Mannheim-Heidelberg, 2.Jg.1973, Nr.6, S.1.
(3) Ebd. S.3.

Aber es kam anders als vorgesehen. Als am Donnerstag die gesamte Belegschaft streikte, versuchte die Geschäftsleitung zunächst, die Polizei in einer Großaktion von außen zuschlagen zu lassen; da der Betriebsrat nicht zustimmte, beschränkte sich die Mannheimer Polizei auf das Umstellen des Werksgeländes und darauf, einige "zivile Beobachter" (4) in den Betrieb einzuschleusen. Einen Tag später kam es zu Auseinandersetzungen mit einzelnen Streikbrechern in der Schmiedeabteilung, die auf Argumente seitens der streikenden Arbeiter gegen ihr Verhalten mit dem Messer und einem Nagelbrett antworteten. Diese und andere für westdeutsche Verhältnisse bemerkenswerte Provokationen sind zunächst gescheitert.
Am Montag, den 28.5., bereiteten Betriebsleitung, IG Metall und der Betriebsratsvorsitzende einen entscheidenden Gegenangriff vor, der von innen vorgetragen werden sollte. Erste Vereinbarung: ab Dienstag wurden die Lehrlinge, die eine ziemlich aktive Rolle spielten, "zwangsbeurlaubt", also bei voller Bezahlung ausgesperrt. Zweite Vereinbarung: die Meister und die höheren technischen Angestellten leiteten eine breite Provokationskampagne gegen die Arbeitsemigranten ein, um sie von den deutschen Arbeitern zu isolieren; gleichzeitig wurden die deutschen Facharbeiter in ihren Hallen eingeschlossen (z.B. die Schlosser der Gießerei Instandhaltung), unter Druck gesetzt und ebenfalls zu einem bezahlten Zwangsurlaub nach Hause geschickt. Dritte Vereinbarung: während am Dienstag früh die Vertrauensleute fernab vom bisherigen Treffpunkt der Streikenden tagten und vom Betriebsratsvorsitzenden durch gezielte Falschinformationen zum Streikabbruch gedrängt wurden, schickte die Betriebsleitung ihren um Schlägertruppen "aus Meistern, höheren Angestellten und Leuten, die man noch nie vorher im Betrieb gesehen hatte" (5), verstärkten Werkschutz gegen die Bandarbeiter vor. Diese Schlägergarden strömten plötzlich am bisherigen Treffpunkt der Streikenden zusammen und inszenierten unbehelligt von den Streikenden eine von der Geschäftsleitung gemanagte Scheinbetriebsversammlung. Danach ging es los. Die Schläger "stürzten sich auf völlig verdutzte Ausländer. Ein ausländischer Kollege wurde in die Hecke geschlagen, man holte ihn wieder heraus, schlug ihn abermals, packte ihn und warf ihn wieder in die Hecke. Eine andere Schlägertruppe stürzte sich auf einen schmächtigen Ausländer, schlug ihn zusammen und riß ihm sein Unterhemd in Fetzen unter dem Kittel raus. Im Hintergrund stand Meister Wilhelm aus der Kernmacherei (wegen seiner Vergangenheit SS-Wilhelm genannt) und schrie: Den mit dem roten Hemd müßt ihr schnappen, und den da hinten, und den (...). Man hetzte die Ausländer wie die Hasen durchs Werksgelände. Einige flüchteten auf den Parkplatz. In der Menge schrie man: Jetzt machen sie unsere Autos kaputt. Ein Kollege sah, wie der Direktor Pohl einen zu Boden geschlagenen Ausländer mit Füßen trat." (6) Auch der Produktionsleiter Fischer tat sich hervor: "Ich sah, wie Fischer

(4) Mit Schlägertrupps gegen streikende Arbeiter, in: Unsere Zeit v.8.6.1973.
(5) Der Streik bei John Deere, op.cit. S.4.
(6) Ebd. S.4.

den Greiftrupps Kommandos gab, worauf sich zehn, fünfzehn Meister zusammenschlossen, die Leute herauszerrten, an Haaren und im Polizeigriff, und sie dem Werkschutz übergaben." (7) Doch damit nicht genug. Nachdem sie die Arbeitsemigranten in der Umgebung des Treffpunkts der Streikenden erledigt hatten, knöpften sich die Greifer die Arbeiter in den Hallen vor. Dabei bekamen auch die Vertrauensleute ihre Portion ab. Und das, obwohl sie ganz nach Regie unter dem Eindruck der Schilderung des Betriebsratsvorsitzenden, der, obwohl bei der Prügelei anwesend, nur "Ausländer mit Eisenstangen" gesehen hatte, inzwischen mit Mehrheit den Abbruch des Streiks beschlossen hatten und in die Abteilungen zurückgegangen waren. So gerieten sie in die zweite Phase der Aktion. Greiftrupps stöberten die Abteilungen durch und trieben weitere Arbeitsemigranten und etliche Vertrauensleute im Polizeigriff vor die Tore: ein Wink des Abteilungsleiters genügte für die Sonderbehandlung durch die Greifer, dann Übergabe an den Werkschutz, der jeweils keine "Garantie mehr für die Sicherheit der Betroffenen" abzugeben vermochte, und wenig später stand der Denunzierte oft noch in Werksklufl vor den Toren." Unter den 14 Rausgeschmissenen, die bis jetzt auf der Kündigungsliste der Geschäftsleitung stehen, befinden sich 7 Vertrauensleute, ein Delegierter der Ortsverwaltung und Mitglied der Vertrauenskörperleitung und ein Jugendvertreter. Dem Betriebsrat sind inzwischen allerdings schon 36 Kollegen bekannt, die rausgeworfen wurden." "Alte Betriebsräte, die schon seit Jahrzehnten im Werk sind, sagten nachher ganz blaß: Es war wie 1933." (8) Der Streik war nach einem genau ausgearbeiteten Plan zerschlagen worden.

Die Ereignisse vom 28./29. Mai bei John Deere haben sich in den folgenden Streikmonaten in teilweise abgeschwächten, aber auch in radikaleren Varianten Varianten wiederholt:

a) Am 25.6. wurden von der Spätschicht der Klöcknerhütte in Bremen die Brokken hingeschmissen. Am nächsten Morgen beschlossen die Vertrauensleute des Werks, den "wilden" Streik fortzusetzen. Sie riefen zur Bildung von Streikposten auf und gingen fast alle nach Hause oder zum Schwimmen, um der Dinge zu harren, die da kommen sollten. Die Initiative wurde der Betriebsleitung und den Meistern überlassen, obwohl die schon bei der Zerschlagung des letzten Streiks im Januar eine ganze Menge Tricks in die Auseinandersetzung eingeführt hatten. Die Tatsache, daß mit den Vertrauensleuten auch viele Arbeiter das Werk verlassen hatten, wurde systematisch ausgenutzt. Mit gezielten Falschmeldungen über Rundfunk und Presse sowie

(7) Aussage des Jugendvertreters Rainer Wietstock, zit. nach: Fußtritte vom Personalchef. Pressekonferenz entlarvt John Deere-Rowdies, in:Unsere Zeitv. 15.6.1973.

(8) Der Streik bei John Deere, op.cit. S.4.

mit der abgestuften Zustellung von Entlassungsdrohungen (9) fing es an. Als die Arbeiter sich zur Nachtschicht Informationen von den Streikposten holen wollten, kamen sie nicht mehr durch: die Polizei hatte die Hütte abgeriegelt. Am 27.6. lief dann "der große Angriff der Direktoren und ihrer Helfer. Leitende Angestellte nahmen in der Spätschicht einen Hochofen in Betrieb (Arbeitsdirektor zu streikenden Arbeitern am Tor: 'Ihr seht doch, Ihr seid die letzten, die anderen arbeiten schon wieder'); der Bremer Polizeipräsident wurde in der Nacht ins Präsidium gerufen; Werkschutz verprügelte Streikposten; Lehrlinge verprügelten Meister, die sie am Streik hindern wollten; leitende Angestellte fuhren mit Autos in die Streikposten; Meister stellten sich am Tor neben Streikposten aus ihren Bereichen und bedrohten sie mit fristloser Kündigung - Ergebnis: 50 % der Nachtschicht arbeiteten wieder, in der nächsten Frühschicht nahezu alle, der Streik war nach 2 1/2 Tagen zerschlagen." (10) Die Werksleitung hatte, um einen in Streikbekämpfung erfahrenen Arbeitsdirektor verstärkt, die Arbeiter voll auflaufen lassen; auf einen Großangriff à la Mannheim konnte verzichtet werden. (11)

b) Am 16. Juli traten 3000 Arbeitsemigranten der Hella-Werke in Lippstadt und Paderborn in Aktion, um "50 Pfennig mehr für alle" durchzusetzen, nachdem die deutschen Facharbeiter - 800 von 2000 deutschen Arbeitern - gerade einen Teuerungszuschlag von 15 Pfennig erhalten hatten. Der Streik begann in der Abteilung Plastik, griff bald auf das ganze Werk - die deutschen Arbeiter ausgenommen, die "mitgestreikt" wurden - über, "wurde auch in das zweite Lippstädter Werk übertragen und erfaßte schließlich durch die Aktionen der Streikenden das Zweigwerk in Paderborn." (12) Dabei hat der Spaltungsmechanismus in diesem Zuliefererwerk der Autoindustrie voll funktioniert: die Privilegierung der deutschen Werkzeugmacher durch den Betriebsrat gegenüber den mobilen Arbeitsemigranten hatte sich genauso wie die gesellschaftliche Gettoisierung der Ausländer in Lippstadt und Paderborn als stabil erwiesen. (13) Folglich wähnte sich die Betriebsleitung von vornherein im Vorteil und hielt es für überflüssig, einen differenzierten Gegenangriff von innen einzuleiten. Es wurde vielmehr eine Hundertschaft der Bochumer Bereitschaftspolizei nach Lippstadt verlegt, und die ging ziemlich schnell mit Gummiknüppeln und gezogenen Pistolen gegen die Streikenden vor, um

(9) Es "wurden über Rundfunk , Zeitungen und Fernsehen beständig Falschmeldungen herausgegeben, die 'Mitarbeiter' bekamen Briefe, Telegramme und Telefonanrufe, in denen sie aufgefordert wurden, die Arbeit wieder aufzunehmen (wenn arbeitswillig, dann beim Meister unterschreiben und dann auf jeden Fall Bezahlung; wenn nicht, Gefahr der fristlosen Entlassung und verantwortlich für die Schäden usw.)" Analyse: Klöckner-Streik, in: Wir wollen Alles, 1973, Nr.6, S.5.

(10) Ebd. S.5.

(11) Dazu eine Darstellung des Streiks aus der Sicht des "fortschrittlichen" DKP-Arbeiterpolitik-Betriebsrats: Der Streik auf der Klöckner-Hütte Bremen, in: Arbeiterpolitik, 14.Jg.1973, Nr.3, S.14 f.

(12) Hintergründe des wilden Streiks in den deutschen Hella-Werken, in: Neue Zürcher Zeitung v. 25.7.1973.

(13) Vgl. ebd., sowie die Schilderung eines Arbeitsemigranten: Wir wollen 50 Pfennig für Alle! Wilder Streik in Lippstadt, in: Wir wollen Alles, 1973, Nr.6, Sonderbeilage.

das Hauptwerk abzuriegeln. 50 Polizisten wurden auf dem Werksgelände stationiert. (14) Die Polizei demonstrierte immer wieder ihre brutale Härte (15); nach vier Streiktagen, bei denen sich zuletzt der Generalsekretär des spanischen Arbeitsattachés hervortat, waren die Aktionen mit einem Lohnkompromiß abgewiegelt. (16)

c) Die Streiks in Mannheim, Bremen und Lippstadt waren nur ein Vorspiel für die jüngste Streikbewegung in der zweiten Augusthälfte gewesen. (17) Es waren dies erstmals Aktionen, bei denen die Massenarbeiter der metallverarbeitenden und elektrotechnischen Großindustrie: meistens Arbeitsemigranten und Frauen, bis zum letzten Tag in der vordersten Linie standen. Die dreiwöchige Kampagne in mindestens 100 Betrieben hing ausnahmslos von ihren Initiativen ab, zum erstenmal sind autonome Streikkomitees außerhalb jeglicher reformistischen Bevormundung in Aktion getreten.

Der Anfang wurde zunächst wieder in einem mittleren Zuliefererbetrieb der Autoindustrie - von den 2000 ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern der Firma Pierburg in Neuß - gemacht, die seit dem 13. August "Eine Mark mehr für alle" und "Weg mit der Lohngruppe II" verlangten. (18) Kurz danach nah-

(14) Vgl.: Trotz Polizeiterror gegen streikende Arbeiter (...) brachte Solidarität Lohnerfolg für 11 000, in: Unsere Zeit v. 27.7.1973, S.3; dazu auch: Polizeiterror gegen streikende Metaller. Streiks bei den Hella-Werken in Lippstadt, in: Der Metallarbeiter, Zeitung des KB/Gruppe Hamburg, 3.Jg.1973, Nr.9, S.1-2.

(15) "Jawohl, wild war die ganze Sache schon. Wild war vor allen Dingen die Polizei:
- als sie ihre Hunde auf uns und unsere Familien hetzte,
- als sie sogar auf unsere Kinder einprügelte,
- als sie eine Spanierin provozierte: 'Na, willst du mit uns bumsen?', und ihr dabei ins Gesicht schlugen,
- als wir die Kollegin schützen wollten, und sie dann endlich einen Grund hatten, mit ihren Knarren gegen uns vorzugehen,
- als sie uns zu dritt festhielten und der Vierte uns in die Eier trat." Zit. nach: Wir wollen 50 Pfennig für Alle, op.cit.

(16) So die Einschätzung des Arbeitsemigranten. Die Parteiblätter sind euphorischer. Die UZ (op.cit.) spricht von einem ungetrübten "Lohnerfolg für 11 000". Die "Rote Fahne" schreibt: "Dennoch ist klar: Das ist ein großer Sieg und alle Anstrengungen und Mühe haben sich gelohnt." Zit. nach: Erfolg selbständiger Streikführung! in: Rote Fahne. Zentralorgan der KPD, Nr.30 v. 25.7.1973, S.4. Und das, obwohl die Werksleitung in einer argen Klemme war, die Streikenden sich hingegen mit einem Kompromiß abspeisen ließen: "Das überraschend schnelle Nachgeben der Geschäftsleitung läßt sich leicht begründen Die Hella-Werke produzieren nach nahtlos auf die Automobilindustrie ausgerichteten Plänen: nennenswerte Lagerkapazitäten bestehen keine. Ein Produktionsausfall von wenigen Tagen kann also nicht nur für das Werk, sondern auch für die Automobilproduzenten rasche und kostspielige Folgen zeitigen." (in: Neue Zürcher Zeitung, op.cit.).

(17) Es hatte, wie schon angemerkt, weitere, aber relativ bedeutungslose und rasch abgewiegelte Parallelstreiks gegeben, so z.B. auf der Vulkan-Werft in Bremen, bei Nordmende, Adler usw. Vgl. dazu: Unsere Zeit, Mai-August 1973; Rote Fahne, Mai-August 1973; Wir wollen Alles, 1973, Nr.5 und 6.

(18) Zum Pierburg-Streik vgl. vor allem: Ruf nach mehr Geld mit türkischem Akzent, in: Süddeutsche Zeitung v. 16.8.73 sowie die weitere Berichterstattung in dieser Zeitung; Rote Fahne Nr.34 v.22.8.1973; UZ Nr. 33 v.17.8.1973.

men 1500 Arbeiterinnen bei AEG-Küppersbusch in Gelsenkirchen mit der Parole "40 Pfennig für alle" den Kampf selbst in die Hand. (19) Eine Woche später hatten die Kampfaktionen von weiteren Klein- und Mittelbetrieben auf die Automobilindustrie übergegriffen: 19 000 Bochumer Opel-Arbeiter traten "für 300 Mark mehr gegen ihren Betriebsrat in den Streik. (19 a) Am Freitag, 24.8., reihten sich die Kölner Ford-Arbeiter mit den türkischen und italienischen Bandarbeitern an der Spitze in die Kämpfe ein und legten die Bänder still, um die Wiedereinstellung von 300 wegen Urlaubsübertretung gefeuerten türkischen Genossen, Verringerung der Bandgeschwindigkeit und "eine Mark mehr für alle" durchzusetzen. (20) Am 24.8. befanden sich 70.000 Metallarbeiter im Streik. Um den Kern der 40.000 Automobilarbeiter hatten sich inzwischen die Arbeiterinnen und Arbeiter von Philips/Valvo in Aachen, von Rheinstahl in Bielefeld und Duisburg, mehrerer Eisengießereien und der Varta Batterie AG in Hagen, von Buderus in Lolla/Hessen und aus vielen anderen Betrieben gruppiert. (21)
Von der sozialen Zusammensetzung ihrer Aktivisten und von den Kampfzielen her ist die Streikbewegung vom August fast nirgends mit den Septemberstreiks von 1969 vergleichbar. In den Septemberstreiks hatten die angelernten Arbeiter der Eisen- und Stahlindustrie nur ein bis zwei Tage lang das Heft in der Hand gehabt, sie hatten es schnell an reformistische Arbeiterkader verloren und die sofort einsetzenden Abwiegelungs- und Auffangmanöver der Betriebsräte widerstandslos toleriert. (22) Jetzt, vier Jahr später, hatte sich der Schwerpunkt von Anfang bis Ende der Aktionen auf die angelernten Bandarbeiter der metallverarbeitenden Massenproduktion, auf die Massenarbeiter verlagert: vor allem Frauen und Arbeitsemigranten, die die größten Mehrwertmassen produzieren und am wenigsten Lohn nach Hause tragen. Jedem, der die vielfältigen Spaltungsmechanismen gegenüber den Facharbeiterresten und den neuen Pseudo-Facharbeitern der teilautomatisierten Metallindustrie kennt, mußte sofort klar sein, daß diese Massenarbeiter mit ihren ureigensten Forderungen das westdeutsche Kapital in seinem Profitzentrum treffen würden; und genauso klar war, daß auch nur die Artikulation ihres Wissens um die Diskriminierung und die Knebelung ihrer Bedürfnisse durch Hierarchie und Arbeitsorganisation in autonomen Streikkomitees erfolgen oder aber im günstigsten Fall verwässert werden konnte. Im Gegen-

(19) Vgl. Rote Fahne, op.cit., S.1; Süddeutsche Zeitung v. 22.8.1973; Unsere Zeit v. 24.8.1973.
(19a) Vgl. die Streikberichte in: Frankfurter Rundschau, Handelsblatt, Süddeutsche Zeitung v. 23.8.1973; Opel Bochum: Der Streik der 19000, in: Unsere Zeit Nr.35 v.31.8.1973, S.3.
(20) Vgl. die Artikel in: Frankfurter Rundschau, Handelsblatt, Süddeutsche Zeitung v. 27.8.1973 sowie: Ford/Köln -Gegen die Spaltung, in: Rote Fahne Nr.35 v. 29.8.1973, wobezeichnenderweise im groß hervorgehobenen Forderungskatalog die Parolen gegen die Arbeitsorganisation (Bandgeschwindigkeit usw.) weggelassen wurden.
(21) Dazu vor allem: Der Funke springt von Werk zu Werk, in: Süddeutsche Zeitung v. 24.8.1973; die Streiks in der deutschen Metallindustrie, in: Neue Zürcher Zeitung v. 29.8.1973; Vereint kämpfen - vereint siegen! in: Rote Fahne Nr.35 v. 29.8.1973.
(22) Zur Einschätzung der Septemberstreiks vgl. K.H.Roth, Westdeutsche Arbeiterkämpfe in den sechziger Jahren, in: Zirkular Probleme des Arbeiterkampfs, 2.Jg.1973, H.12.

satz zu 1969 gab es denn auch keinerlei reformistische Vermittlungsmechanismen und unmittelbar gegensteuernde Tarifbewegung. Im Gegenteil: jeder Schritt, den die Arbeiter im August für ihre Bedürfnisse nach mehr Leben und weniger Arbeit taten, war diesmal ein Schlag ins Gesicht einer vierjährigen skrupellosen und zynischen Unternehmer- und Gewerkschaftspolitik, die den Massenarbeitern die bescheidenen Konzessionen von 1969 und 1970 längst wieder entrissen hatte. Mußten sich folglich nicht die neuen Ansätze zu einer brutalen unternehmerisch-gewerkschaftlichen Gegenoffensive, so wie sie in den drei voraufgegangenen Monaten exemplarisch erprobt worden waren, jetzt auf massenhafter Ebene reproduzieren? Ein Hoffen auf ein Stillhaltemanöver des kapitalistisch-staatlichen Unterdrückungsapparats à la 1969 mußte vor vornherein illusorisch sein.
Das Resumé der Streikbewegung zeigt, daß von den Unternehmern und Gewerkschaften mit Zuckerbrot und Peitsche vorgegangen worden ist. Es wurden meistens Konzessionen an den Reallohn gemacht, um die Ausweitung der Kämpfe, die ohnedies zu scharfen Kontroversen über ihre Legitimation im politischen Überbau des herrschenden Systems führten, zu verhindern. Aber gleichzeitig ging der Unternehmerstaat überall da, wo er es riskieren zu können glaubte, zu harten Repressionsmaßnahmen über: das Modell John Deere wurde tatsächlich reproduziert und in immer neuen Varianten fortgesetzt. Während ihrer ersten beiden Streiktage wurden die 2000 ausländischen Arbeiterinnen der Neußer Firma Pierburg am Werkstor brutal von Polizisten mit gezogenen Pistolen angegriffen und zusammengeknüppelt - eine Wiederholung der Lippstädter Ereignisse, die ebenfalls mit einem Kompromiß endete, als sich nach vier Tagen die deutschen Facharbeiter mit den Arbeiterinnen solidarisierten. (23) Bei Rheinstahl in Bielefeld exerzierten 250 Mann starke Polizeieinheiten erstmals seit den fünfziger Jahren wieder eine perfekte militärische Werksbesetzung vor: am Montag, 3.9., wurde das Werk von ihnen vor Schichtbeginn eingenommen. Gut zwei mit Helmen, Infanteriewaffen und Hunden ausgerüstete Polizeihundertschaften bewachten alle Werkseingänge und patrouillierten um die Werkshallen. In den Hallen fuhren sie mit vollbesetzten Mannschaftswagen vor, das gesamte Spitzelaufgebot der Bielefelder politischen Polizei begleitend. In drei von vier Werkshallen wurde daraufhin die Arbeit wieder aufgenommen; nach der Androhung fristloser Entlassung gaben schließlich auch die Arbeiter des Werks I nach, obwohl keine einzige ihrer Forderungen erfüllt worden war. (24) Differenziertere und präziser zupackende Unterdrückungsaktionen gab es dagegen in der Automobilindustrie, und zwar immer in Fällen, wo die Betriebsleitungen wie bei John Deere über einen wohlausgerüsteten Werkschutz verfügen. Hier wurde der Polizei von

(23) Vgl.: Rote Rosen für Carmen, Julia und Maria, in: Unsere Zeit Nr.34, v. 24.8.1973, S.3; Trotz Polizeiterror - die Streikwelle rollt! in: Rote Fahne Nr. 34 v. 22.8.1973, S.1 ff.

(24) Nach: Rheinstahl: Streik von der Polizei abgewürgt! in: Rote Fahne Nr.36 v. 5.9. S.5.

den Managern eine sekundäre Rolle zugewiesen. Zunächst einmal stellte die Opel-Geschäftsleitung in Bochum unter Beweis, welche enorme Einschüchterungspotenz ein technisch hochqualifizierter Werkschutz gegenüber zaghaften und wenig strukturierten Ansätzen von Arbeiterautonomie besitzt. Sofort nach dem Ausbruch des Streiks wurden die Werkschutzeinheiten um Polizeibeamte in Zivil und Verfassungsschutzleute verstärkt und vor den Werkstoren, aber auch im Werk selbst, zur Beobachtung "aller arbeitsunwilligen Mitarbeiter" eingesetzt. Flugblattverteiler vor den Toren wurden tätlich angegriffen. Die Meister wurden angewiesen, über alle Aktionen von ihnen bekannten Arbeitern laufend schriftlich zu berichten. Spitzel in Arbeitskluft wurden in die aktivsten Abteilungen eingeschleust. Auf Schritt und Tritt wurden die Arbeiter von Werkschutzleuten, aber auch eigens angeheuerten Detektiven und sogar von einem getarnten Fernsehteam gefilmt und fotografiert, um bei laufender Auswertung der Filme Entlassungen vorzubereiten. Die Observationsgruppen waren am dritten Streiktag so stark, daß die Arbeiter kaum mehr die notwendigen Kontakte zwischen den verschiedenen Abteilungen aufrechtzuerhalten wagten und die Meister schließlich sogar ganze Streikgruppen in den Hallen einschließen konnten. (25) So wurden die Arbeiter bewußt demoralisiert, sie wagten es erst gar nicht, den Abtransport fertiger Autos zu verhindern. Das Ende vom Lied war, daß mit dem Einsetzen der ersten Entlassungen die IG Metall-Vertrauensleute die Wiederaufnahme der Produktion durchsetzen konnten, ohne daß vorher die Forderung nach 300 Mark Sonderzulage und Bezahlung der Streiktage durchgesetzt worden war. Die Konzession an den inflationierten Reallohn sollte erst nach dem Rückzug der Arbeiter kommen.

Den Ruhm, die bisher brutalste Aktion gegen die Arbeiter in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte durchgeführt zu haben können die Manager und IG Metall-Funktionäre des Ford-Konzerns für sich verbuchen. Freilich: es waren auch die Fordarbeiter, die dem Arbeiterkampf in der BRD die bisher klarsten praktischen Konturen gaben. Am Freitag, 24.8., hatten 400 türkische Arbeiter in einer Endmontagehalle die Bänder stillgelegt und damit die gesamte Produktion des riesigen Ford-Zweigwerks in Köln-Niehl blokkiert, ihnen hatten sich sofort 10 000 türkische und italienische Arbeiter angeschlossen. Unmittelbarer Anlaß war die Entscheidung der Personalabteilung, 300 von 2500 verspätet aus dem Urlaub zurückgekehrten türkischen Fließbandkulis fristlos zu entlassen. Doch die insgesamt 12.000 bei Ford beschäftigten türkischen - und bald auch italienischen - Emigranten zeigten selbst, daß dies nur ein Anlaß war. Aus der Forderung vom 24.8. waren schon am darauffolgenden Montag Parolen gegen die besonders scharfen Arbeitsrhythmen an den Ford-Bändern geworden: Verlangsamung der Bandgeschwindigkeit, mehr Arbeiter an die Bänder als bisher, Absetzung der bru-

(25) Vgl. dazu: Mister Cunninghams neuestes Gangsterstück, in: Unsere Zeit Nr.36, v. 7.9.1973, S.7; Opel Bochum: Abgewiegelt, in: Rote Fahne Nr.35, S.5; persönliche Mitteilung eines Beteiligten an den Verfasser.

talsten Funktionsmeister, 13. Monatsgehalt und zusätzliche Urlaubszeit für die strapaziöse Hin- und Rückfahrt in die Heimatländer, eine Mark mehr für alle wegen der Geldentwertung. Die 12.000 Türken, bei Ford in Köln-Niehl mit durchschnittlich 20 Prozent geringerem Stundenlohn an die härtesten Arbeitsplätze in der Endmontage verbannt, sind das größte geschlossen eingesetzte Emigrantenkontingent in Westdeutschland. Aus den gewerkschaftlichen Betriebsinstitutionen, von der Betriebsleitung sorgfältig korrumpiert, werden die Arbeitsemigranten seit Jahren systematisch herausgehalten. Die Taktzeiten, in Köln mit 0,83 Minuten doppelt so schnell wie beispielsweise bei VW, sind mörderisch. Die Meister an den Bandsteuerungsgeräten sind es gewohnt, aus den ausländischen Arbeitsaffen an den Montagebändern das letzte herauszuholen. Ein ausgeklügeltes Prämiensystem und eine raffinierte Zurschaustellung der Hierarchien macht aus ihnen gnadenlose Unteroffiziere der Produktion. Ihre bis Mitte der sechziger Jahre hin und wieder gemachten Versuche, Verbesserungen durchzusetzen (26), hatten die Gewerkschaftsreformisten bei Ford, die sich ansonsten gern fortschrittlich gebärden (27), bald aufgegeben. "Hier gibt es halt keine Verbesserungen, hier gibt es nur Kuschen oder die Revolution." (28)
Es sollte sich bald zeigen, daß sich seit dem 24.8. tatsächlich alle Beteiligten an diese Maxime gehalten haben. Vom Montag bis Mittwoch wurden die Forderungen der Bandarbeiter von den IG Metall-Vertrauensleuten und vom Betriebsrat unterstützt - solange, bis sich zeigte, daß die Arbeitsemigranten es wirklich ernst meinten, mit der Wahl eines autonomen Streikkomitees jede Einengung des Kampfs auf traditionelle und gewerkschaftlich kontrollierte Scheinstreiks unmöglich machten und darangingen, ihren Forderungen mit einer Betriebsbesetzung Nachdruck zu verleihen. Seither sorgten die deutschen Vertrauensleute dafür, daß die deutschen Arbeiter es vorzogen, zusammen mit ihnen das Werksgelände nicht mehr zu betreten. (29) Währenddessen hatte sich die multinational zusammengesetzte und die deutschen Arbeiterinteressen durchaus mit vertretende Streikleitung stabilisiert, waren jeweils zu Schichtwechsel Demonstrationen durch das Werksgelände organisiert worden, an denen sich anfangs nur 200, im Höhepunkt des Kampfes 7000 Arbeiter - meistens Arbeitsemigranten, wenige Deutsche - beteiligten. Sie waren durch reformistische Konzessionen an den Reallohn - 280 DM Teu-

(26) Vgl. beispielsweise P. Adena, Bandgeschwindigkeit - Neue Gewerkschaftsstrategie bei Ford, in: express international Nr.11 v. 4.7.1964, S.5.

(27) So tat sich der langjährige Betriebsratsvorsitzende und jetzige Kölner IG Metall-Sekretär der Ortsverwaltung, G.Tolusch, 1967/68 als engagierter Teilnehmer in der Bewegung gegen die Notstandsgesetzgebung hervor.

(28) So der damalige Betriebsratsvorsitzende Tolusch gegenüber dem Verfasser, als dieser 1966 in der berüchtigten Halle Y des Kölner Ford-Werks als Werkssanitäter arbeitete.

(29) Dieses Spaltungsmanöver wurde am Dienstagabend eingeleitet, als der Betriebsratsvorsitzende Lück zu einer Versammlung am Haupttor aufrief, während unter Führung des Streikkomitees ein Zug von über 1000 Arbeitern durchs Werk zog. Vgl. dazu: Ford/Köln: Gegen die Spaltung!, in: Rote Fahne Nr.35, S.4.

erungszulage, Bezahlung der Streikstunden - nicht mehr zur Räson zu bringen. Ihr Kampf zielte auf mehr, und sie wußten das besser als bei John Deere zu artikulieren: auf die Beseitigung der brutalsten Bestandteile einer perfektionierten und kaputtmachenden Arbeitsorganisation. Längst wurde deshalb von den Vertrauensleuten, vom Betriebsrat, vom Werkschutz und von der Betriebshierarchie vom Meister aufwärts ein brutaler Gegenangriff vorbereitet. "Für die Meister gilt: alle, die sich am Streik beteiligen, werden gemeldet, um die Entlassungen vorzubereiten, soweit sie nicht sofort durchgeführt werden. Der Sprechfunk der Geschäftsleitung wird mit dem des Werkschutzes und des Betriebsrates zusammengeschaltet. Damit kann der Polizeieinsatz von Ortskundigen gelenkt werden." (30) So hat am Abend des 29.8. das Ford-Management zusammen mit dem Betriebsrat und seinen Obermeistern die gewaltsame Zerschlagung des Streiks von innen vorbereitet, nachdem das Projekt, das Werk durch Polizeihundertschaften räumen zu lassen (31), von der IG Metall aus Angst vor einer breiten bundesweiten Solidarisierungsbewegung mit den Ford-Arbeitern fallengelassen worden war.
Donnerstag, 30.8., sieben Uhr fünfzehn morgens, war es dann so weit. Vor Tor III hatte Personalchef Bergemann den gesamten Werkschutz, als Arbeiter verkleidete Polizisten, Mitglieder des Betriebsrats und der IG Metall-Vertrauensleutekörperleitung und mittlere Manager, zusammen mehrere hundert Mann, um sich geschart. Ein Transparent und Plakate mit der Aufschrift: "Wir wollen arbeiten", waren gemalt. Einheiten der Bereitschaftspolizei Nordrhein-Westfalens waren in taktisch günstige Positionen gegangen. Der Plan war wie bei John Deere in Mannheim, nur brutaler, in größeren Dimensionen entworfen: es sollte der Eindruck erweckt werden, als ob es zwischen arbeitswilligen deutschen Arbeitern und den Emigranten bei deren Demonstration während des Schichtwechsels zu einer Massenschlägerei käme; die Polizeieinheiten sollten dann dazustoßen, den Demonstrationszug der Streikenden vollends zerschlagen und das Streikkomitee verhaften.
Tatsächlich verlief alles nach Plan. Die streikenden Genossen waren unvorbereitet. Schon seit Mittwoch hatten sie sich kaum mehr außerhalb ihres Kerns bewegen können, ohne zusammengeschlagen oder einfach festgenommen zu werden: sie hatten den Betrieb zwar besetzt, aber keinen der neuralgischen Punkte als Faustpfand in der Hand, um das Werk wirklich zu kontrollieren, die Kommunikation zu verbessern und der brutalen Falle durch größere Flexibilität zu entgehen. Sobald die getarnte Gegendemonstration eine taktisch günstige Position gegenüber dem Zug der Streikenden erreicht hatte, gab Personalchef Bergemann das Signal: "Meine Herren jetzt müssen wir kämpfen." (32) Kämpfen, denn bei jedem weiteren Streiktag würde die gesamte

(30) Zitiert nach: Rote Fahne Nr.36, S.2.
(31) Vgl.: Polizeieinsatz gegen streikende Fordarbeiter. Erklärung der DKP Köln, in: Unsere Zeit Nr.36, S.7.
(32) Vgl. den Bericht gleichen Titels in: Unsere Zeit Nr.37 v. 14.9.1973, S 3.

kontinentaleuropäische Produktion bei Ford zusammenbrechen. (33) Innerhalb weniger Minuten wurden die demonstrierenden Streikenden brutal zusammengeschlagen - mit Schlagstöcken und Werkzeugen, die vorher an den Trupp der Ford-Parasiten verteilt worden waren. Das "Aufbegehren deutscher Arbeitswilliger" war äußerst erfolgreich und wurde in der Presse gebührend gefeiert. (34) Der erste konsequent gegen die kapitalistische Arbeit gerichtete Kampf des multinationalen Massenarbeiters in der BRD war zerschlagen. Eine große Entlassungswelle, lang durch die schwarzen Listen des Ford-Werkschutzes vorbereitet, setzte ein.

Seit der Zeit zwischen dem 29.5. und dem 30.8., seit John Deere - Mannheim und Ford - Köln, hat sich die westdeutsche Klassenszene grundlegend geändert. Die multinational zusammengesetzte Arbeiterklasse hat erstmals die Voraussagen bestätigt, sie würde fähig sein, an den Brennpunkten ihrer Ausbeutung jegliche reformistische Vermittlung mit der kapitalistischen Arbeit und dem darauf basierenden kapitalistischen Planstaat abzustreifen. Sie ist zur antagonistischen Autonomie gegen das Ausbeutersystem fortgeschritten, sie hat erstmals kollektiv an ihren Existenzbedingungen innerhalb des Kapitals gerüttelt. Das ist die eine Seite; jene, die zu neuen revolutionären Hoffnungen ermutigt.

Die andere Seite, Kapital, Staat und Gewerkschaften, scheint diese grundlegende Umwälzung seit langem befürchtet zu haben. Hinter ihr liegt eine lange Vorbereitungszeit und eine ungeheure Erfahrung, was die Bedingungen der Niederknüppelung der Arbeiterklasse betrifft. Daß sich die Ereignisse bei John Deere und bei Ford, von den unterschiedlichen äußeren Bedingungen abgesehen, bis aufs Haar gleichen, kommt nicht von ungefähr. Die Bemerkung des John-Deere-Betriebsrats, der nach der Knüppelaktion am 29.5. sagte: "Es war wie 1933", ist historische Wahrheit. Wir werden sie in diesem Buch belegen: die Methoden, mit denen der Werkschutz als Kern der kapitalistischen Gegenoffensive in den letzten Monaten gegen die Arbeiter vorgegangen ist, wurden erstmals systematisch in der nationalsozialistischen Ära entwikkelt. Um die ganze Tragweite des 29.5., der Augustkämpfe und schließlich des 30.8. zu begreifen, müssen wir von den Äußerlichkeiten - hier ein schwankender, von Linken kritisch an den Betriebsrat und die Gewerkschaften angehängter Vertrauensleuteapparat, dort eine IG Metall, die für ihre Chefs demnächst auch noch über Leichen geht - abstrahieren. In beiden Fällen hat sich

(33) Vgl. ebd.: "Wenn an diesem Tag der Streik nicht niedergeschlagen werden würde, dann hätten auch die Ford-Bänder in Düren, Saarlouis und Genk gestanden."

(34) Dazu drei Beispiele. 1. Neue Rhein-Zeitung v. 31.8.: "Fünf Tage Türkenterror waren gestern einer Gruppe von tausend Fordmitarbeitern, in erster Linie Deutschen, zuviel. Sie formierten sich zu einem Gegendemonstrationszug und trugen weit sichtbar die seltene Forderung voran: 'Wir wollen arbeiten'." 2. Die Welt v. 31.8.: "Die randalierenden Türken hatten sich mit Schlagwerkzeugen, Eisenstangen und Latten bewaffnet. Die um Hilfe gerufene Polizei sei mit 30 Beamten eingeschritten und habe die Massenschlägerei beendet. Die Türken seien zerstreut worden." 3. Kölner Stadtanzeiger v. 31.8.: "Am Ende verging auch den Türken die Lust am Streik. Mit der Festnahme der Agitatoren fiel der harte Kern zusammen."

eine klare und unerbittlich gezogene Konfrontationslinie herausgebildet, um die sich alles andere als Nebensächlichkeiten dreht: auf der einen Seite der multinationale Arbeiter als Massenproduktion, auf der anderen Seite die ganzen abgestuften Personifikationen des Mehrwerts, des reformistisch vergesellschafteten Kapitals. In beiden Fällen werden die Arbeiter von innen angegriffen, in beiden Fällen wird an einer von den Arbeitern gar nicht praktizierten Klassenspaltung gedreht, wenn auch die Arbeitsemigranten in den Kämpfen die aktiven Kerne bilden. Der gesamte Unterdrückungsapparat einschließlich dem alltäglich-gewerkschaftlichen wird aufgeboten, um hinter dem Schleier dieser inszenierten Klassenspaltung zu operieren. In beiden Fällen laufen die Fäden beim Werkschutz, den Pinkertons der Unternehmer, zusammen, die gerade in den letzten Jahren systematisch aufgebaut wurden, um die kapitalistische Arbeitsorganisation unter dem Zwang der Zuchthausbedingungen aufrechtzuerhalten. Die Arbeit ist in der Tat zur Zuchthausarbeit geworden. Die von den Arbeitern erlebte Entfremdung, die sich aus totaler Ent-Intellektualisierung ihrer Arbeitsinhalte, aus monoton wiederholten Bewegungen einzelner Muskelgruppen oder Sinnesfunktionen und aus der Erfahrung einer totalen Kontrolle aller Lebensäußerungen durch einen perfektionierten kapitalistischen Gebrauch der Maschinerie zusammensetzt, kann schwerlich noch überboten werden. Und da das Zuchthaus Fabrik Wirklichkeit geworden ist, können nur noch Zwang und Gewalt den Verkäufer von Arbeitskraft in Bewegung halten, aber nur deshalb, weil er sie verkaufen muß, um vom Arbeitslohn zu leben. Mit dem Produktionsziel und den Arbeitsinhalten ist er durch nichts mehr verbunden. Diejenigen Massenarbeiter, die inzwischen zu kämpfen gelernt haben, machen erstmals in ihrer Praxis wahr, was Marx - und zwar der verschollene Marx, nicht der, den die "Marxisten-Leninisten" meinen - als Strategie des revolutionären Arbeiterkampfs gegen einen reifen Kapitalismus entwickelte: den unmittelbaren Angriff gegen die kapitalistische Arbeitsorganisation, gegen die kapitalistische Arbeit. (35) Erstmals entstehen in der Klassenrealität Ansätze, die zur Hoffnung berechtigen, daß die Arbeiter selbst ein neues Verhältnis zwischen ihrer Zusammensetzung, ihrer aufkeimenden Autonomie gegen das Kapital und ihrer revolutionären Organisation für die bewaffnete Arbeitermacht zustandebringen. Daran werden sie auch nicht die verschiedenen Gruppen der neuen Linken zu hindern vermögen, die ihnen unter bewußter Negation der heutigen Kampfbedingungen rückwärts gewandte und überlebte Organisationsmodelle anzubieten beginnen. (36)
Aber, wir haben es in den letzten Monaten miterlebt, den ersten Kristallisationspunkten des proletarischen Klassenwiderspruchs steht eine ungeheuer erfahrene Gewaltmaschine gegenüber, die entschlossen ist, jeden aufkeimen-

(35) Vgl. dazu ausführlich: Proletarische Front (Hrsg.), Arbeiterkampf in Deutschland. Klassenzusammensetzung und Kampfformen der Arbeiter seit dem Nationalsozialismus, Trikont-Verlag, München 1973.

den Ansatz von revolutionärer Arbeiterorganisation mit allen Mitteln auszutreten. Diese Gewaltmaschine erweist sich in den meisten Fällen als überaus flexibel. Dieselben Gewerkschaften, die sich jüngst an den Knüppelorgien der Unternehmer beteiligten, gehen wenige Wochen nach der Niederschlagung der Kämpfe dazu über, einen Teil der Parolen der Bandarbeiter: Wegfall der diskriminierenden unteren Lohngruppen, Verringerung der Bandgeschwindigkeiten, für die anstehenden neuen Tarifverhandlungen zu übernehmen. Auch die Unternehmer starten großangelegte Versuche, um die neue proletarische Auf-

(36) Auf jeden Fall befriedigt uns die Unbekümmertheit nicht, mit der sich eine Reihe linker Gruppen dieses Themas entledigen. Um genauer zu werden: wir akzeptieren die Entscheidung dieser Gruppen nicht, mit der sie unter konsequenter Mißachtung der aktuellen Klassenkonstellation die Organisationsfrage angehen. Es wirkt nachgerade frivol, wenn die "Kommunistische Gruppe-NRF" Heidelberg (jetzt: "Kommunistischer Bund Westdeutschlands") nach ihrem wichtigen Bericht über die Ereignisse bei John Deere schreibt, sie bleibe dabei, "in beharrlicher Massenarbeit die Kämpfe in den Betrieben mit voran(zu)treiben und in diesen Kämpfen den Kampf um die Gewerkschaften als ein Kampfinstrument der Arbeiterklasse gegen die sozialdemokratischen Machthaber in den Gewerkschaften zu führen" (Der Streik bei John Deere, op.cit. S.4). Kein Wort über die Rolle, die die Genossen im Vertrauensleutekörper bei John Deere spielten, kein Wort über ihre Feigheit und Kopflosigkeit angesichts der brutal zupackenden Repression, die vielleicht gerade der organisatorischen Verweigerung jeder selbständigen Taktik außerhalb des Gewerkschaftsapparats entspringt - stattdessen volle Bekräftigung einer defensiven, illusionären, ohnmächtigen, der ungeheuren Dynamik der bevorstehenden Kämpfe hinterherhinkenden Linie. Aber wir können auch die Genossen der KPD nicht verstehen, die auf ihre Weise sich weigern, den Rubikon zu überschreiten. Die Arbeitsemigranten haben bei Ford ein autonomes Streikkomitee gebildet, und die KPD-Genossen haben es unterstützt mit der Begründung, "selbständige" "Streikleitungen" seien ein Instrument nicht etwa zur Stabilisierung erster Ansätze einer revolutionären Arbeiterorganisation außerhalb des gewerkschaftsreformistischen Integrationsinstruments - sondern zur Stärkung der von der KPD propagierten "Revolutionären Gewerkschaftsopposition" (RGO). Es ist unbedingt nötig, von der rein anti-institutionell begründeten Kritik an den reformistischen Grenzträgern des Kapitals wegzukommen und den Zusammenhang von Klassenzusammensetzung und revolutionären Arbeiterorganisation voranzutreiben. Aber muß dies unbedingt, unter voller Mißachtung der aktuellen Klassenrealität und der gegen sie gerichteten Repression, als prinzipielle Wiederholung der RGO-Politik der KPD gegen Ende der Weimarer Republik geschehen? Weichen nicht auch die KPD-Genossen vor den entscheidenden Konsequenzen zurück, die die Massenarbeiter jetzt zu ziehen beginnen, wenn sie angesichts der gegenwärtig massenhaften Austritte der Ford-Arbeitsemigranten aus der IG Metall feststellen, "daß es nicht der richtige Weg ist, aus der IG Metall auszutreten, weil man so die Möglichkeit verschenkt, gegen die reaktionäre Gewerkschaftsführung zu kämpfen"? (Rote Fahne Nr.37, S.4) Als ob es in einer revolutionären Arbeiterorganisation, die außerhalb der von der KPD propagierten und rekonstruierten absurden Trennung von "wirtschaftlichen" (RGO) und "politischen" (KPD) Kämpfen steht, nicht eher möglich wäre, einen konsequenten Kampf für die Verbindung von Arbeiterautonomie und revolutionärer Arbeitermacht aufzunehmen? Stattdessen werden unhinterfragt und unter voller Mißachtung der Klassenzusammensetzung, der Kampfformen und des von daher zu entwickelnden Prinzips der Arbeiterorganisation ehrwürdige Modelle des Klassenkampfs reaktiviert. Ein solches Verhalten birgt die Gefahr in sich, daß alle diese ernsthafen Initiativen noch schneller als ihre historischen Vorbilder scheitern werden. Es ist gespenstisch zu sehen, wie sich die KPD bei der Legitimation ihrer Strategie auf der Basis einer idealistischen und geschichtslosen Institutionenkunde auf die "Rote Gewerkschaftsinternationale" und die deutsche "RGO" beruft. (Vgl. Verlag Rote Fahne, Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, Bd.I/II, 2.Aufl.1973).

sässigkeit zu integrieren, Versuche, die von neuen Prämienlohnsystemen bis zum "job enlargement", der Einschränkung der Monotonie der Fließbandarbeit, reichen. Ganz abgesehen von den jüngsten Manövern des kapitalistischen Planstaats, in denen alles mobilisiert wird, um den inflationsbedingten Abzug vom Reallohn, die härteste Waffe und Antwort auf die Lohnkämpfe seit 1969, wieder einzuschränken. Überall werden neue Weichen gestellt. Die nackte Unterdrückung der Arbeiter kann für die Gewerkschaften und die Unternehmer nur eine vorübergehende Notmaßnahme sein, eine Welle reformistischer Initiativen folgt ihr auf dem Fuß, um die zusammengeschlagene Arbeiterautonomie wieder auf die friedlichen Bahnen einer beschleunigten kapitalistischen Entwicklung umzuleiten.
Angesichts dieses komplexen Gegenangriffs auf die Arbeiter bezweifeln wir die Möglichkeit, ihm ausschließlich auf der Basis der jüngsten Erfahrungen eine revolutionäre Antwort zu erteilen in dem Sinn, daß die weitere Entfaltung der Arbeiterkämpfe vorangetrieben wird. Der reformkapitalistische Planstaat operiert auf allen seinen Ebenen mit den Erfahrungen einer über hunderjährigen Klassengeschichte. Er hat eine wahrhaft eherne Gewaltmaschine aufgebaut, um die Klasse, von deren Mehrarbeit er sich mästet, im Zaum zu halten. Die Arbeiter werden diese Gewaltmaschine nur dann zu zerstören vermögen, wenn sie ihr mit den Erfahrungen ihrer eigenen Kampfgeschichte gegenübertreten; wenn sie lernen, historisch bewußt zu handeln; wenn sie die systematische Zerstörung ihrer eigenen Vergangenheit außerhalb des Kapitals, so, wie sie das kapitalistische Monstrum tagtäglich betreibt, verhindern; wenn sie bereit sind, ihre eigene Kampfgeschichte in ein Instrument der revolutionären Zerstörung des Ausbeutersystems umzuwandeln.
In diesem Buch stellen wir uns die Aufgabe, vom Arbeiterstandpunkt her zur Klärung des Verhältnisses von Arbeiterkampf und kapitalistischem Gegenangriff in der Klassengeschichte der letzten 100 Jahre beizutragen. Wie haben die Unternehmer im Verlauf der proletarischen Kampfzyklen das Verhältnis von ökonomischem und politischem Kommando über die Arbeiter bestimmt? Warum sind die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften endgültig zu einem Bestandteil der kapitalistischen Kontrolle über die Arbeitskraft geworden? Wie wirken Unternehmer und Gewerkschaften heute gemeinsam auf die Struktur der Ausbeutung in Fabrik und Gesellschaft ein? Welche Rolle spielen sie bei der Kombination der Arbeitsorganisation, dem alltäglichen Instrument der Gratisaneignung von Mehrarbeit, mit dem Werkschutz und den übrigen außergewöhnlichen Repressionsorganen? Das sind alles Fragen, die für die anstehenden Diskussionen zur Bestimmung des Verhältnisses von Klassenzusammensetzung, Arbeiterautonomie und bewaffneter Arbeitermacht gegen den kapitalistischen Staat zentrale Bedeutung haben.

II. Arbeiterkampf und kapitalistischer Gegenangriff vor dem Nationalsozialismus

1. Eine Arbeiterklasse – zwei Arbeiterbewegungen

In den beiden letzten Jahrzehnten vor der Jahrhundertwende hatte sich die Struktur der deutschen Arbeiterklasse sprunghaft geändert. Die industrielle Revolution hatte aufgrund innerer Phasenverschiebungen, intensiver staatlicher Eingriffe und geographischer Differenzierungen (1) eine enorme Polarisierung des produktiven Gesamtarbeiters zur Folge gehabt. In den Zentren der kapitalistischen Entwicklung, von denen seit 1830 die industrielle Umwälzung Preußen-Deutschlands ausgegangen war, hatte sich ein neuen Arbeitertypus herausgebildet. (2) Dieser Typus war fähig, aufgrund seiner besonderen Stellung in der Fabrik sich gegen die kasernenhofmäßige

(1) Vgl. dazu P. Benaerts, Les origines de la grande industrie allemande, Paris 1933; H. Mottek, H. Blumberg, H. Wutzmer, W. Becker, Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland, Berlin 1960.

(2) Informationen über das Verhältnis von wirtschaftlicher Entwicklung und Arbeiterklasse liefert vor allem D. Petzina, Materialien zum sozialen und wirtschaftlichen Wandel in Deutschland seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 17. Jg. 1969, S. 308 ff. Vgl. auch J. Kuczynski, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1871 bis 1900 (Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus Bd. 3), Berlin 1962. Wichtige Angaben über das Verhältnis von Mobilität und innerer Umschichtung der Arbeiterklasse enthält W. Becker, Die Bedeutung der nichtagrarischen Wanderungen für die Herausbildung des industriellen Proletariats in Deutschland, in: Studien zur Geschichte der industriellen Revolution, op. cit. S. 209 ff.

und patriarchalisch organisierte preußisch-deutsche Wirtschaftsdespotie (3) erfolgreich abzugrenzen. Der erste historisch bedeutsame status quo zwischen Kapital und Arbeit wurde in Deutschland durch die Facharbeiter hergestellt. (4) Der hochspezialisierte Arbeiter-Techniker einiger mittlerer, für den gesamten Reproduktionszyklus jedoch keinesfalls bedeutungsloser, Industriezweige begann aufgrund dessen die Bewegung der gesamten Klasse zu kontrollieren. Es handelte sich um die qualifizierten Arbeiter in solchen Branchen, die ihre entscheidende Aufschwungsphase erst vor sich hatten, jedoch schon in der Phase ihrer Herausbildung für die Verbreiterung des Industrialisierungsprozesses unerläßlich waren - allen voran die Maschinenindustrie. (5) Diese verteilte sich auf mittlere Betriebe mit durchschnittlich 2000 Beschäftigten und war innerhalb der traditionellen Zentren der industriellen Revolution: in Berlin, Sachsen, Württemberg, Rheinland - angesiedelt. Vor allem Werkzeugmaschinen wurden produziert. (6) Ein entscheidendes Charakteristikum war die Herausbildung immer neuer Teilsektoren, die vor dem ersten Weltkrieg jedoch wegen ihres relativ schwachen ökonomischen Potentials außerhalb der zentralen Schaltstellen der industriellen Gesamtproduktion blieben: die Auto-, Fahrrad- und Flugzeugindustrie, die feinmechanische und optische Industrie, der Präzisionsinstrumentenbau und die Produktionsstätten für elektromagnetische Apparaturen sowie anfänglich überhaupt die Elektroindustrie. (7) In allen diesen Industriezweigen war die Arbeitsorganisation auf den Facharbeiter zugeschnitten. Die Beschränkung auf Einzelprodukte und allenfalls Kleinserien verhinderte bei aller anfänglichen Entwicklungsdynamik innerhalb dieser Branchen eine nennenswerte

(3) Dazu grundsätzlich H. Mottek, Zu einigen Fragen der Entwicklung der Produktivkräfte und ihrer gesellschaftlichen Bedingungen, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (im folgenden abgekürzt JWG), 1964, T.II/III, S.182 ff.

(4) Über ein wichtiges Beispiel der Erkämpfung des status quo vgl. H.Stöbe, Der große Streik der Chemnitzer Metallarbeiter zur Durchsetzung des Zehnstundentages im Jahre 1871, in: Beiträge zur Heimatgeschichte von Karl-Marx-Stadt, H.10, Karl-Marx-Stadt 1962. Zur Analyse der Veränderung in den Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit auf Betriebsebene wäre insbesondere: Autorenkollektiv unter Leitung von W.Schumann, Carl Zeiss Jena einst und jetzt, Berlin 1962, I.Kap., S.13 ff. heranzuziehen.

(5) Vgl. E.Barth, Entwicklungstendenzen der deutschen Maschinenbauindustrie von 1870-1914, Berlin 1973, im Druck; W.Becker, Das Maschinenbauproletariat, in: A.Schröter, W.Becker, Die deutsche Maschinenbauindustrie in der industriellen Revolution, Berlin 1962, S.221 ff.

(6) Über die regionalen Zentren der Maschinenindustrie liegt eine Fülle von Einzeluntersuchungen, insbesondere Dissertationen, vor. Vgl. dazu die ausführliche Bibliographie in: A.Schröter, W.Becker op.cit. S.279 ff.

(7) Die Struktur dieses Differenzierungsprozesses in der metallverarbeitenden Industrie ist noch nicht ausreichend untersucht. Vgl. allenfalls J.Kuczynski, Zur Frühgeschichte des deutschen Monopolkapitals und des staatsmonopolistischen Kapitalismus (Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus Bd.14), Berlin 1962; S.Richter, R.Sonnemann, Zur Problematik des Übergangs vom vormonopolistischen Kapitalismus zum Imperialismus in Deutschland, in: JWG, 1963, T.II; sowie L.Graf v.Schwerin von Krosigk, Die große Zeit des Feuers. Der Weg der deutschen Industrie, 3 Bde., Tübingen 1957-1959.

Kapitalfixierung. Fast ausnahmslos wurden Präzisionsarbeiten in Metallverarbeitung ausgeführt. Der Produktionsarbeiter war noch nirgends von der technologischen Struktur und überhaupt dem Produktionsziel abgetrennt. Die Unternehmer-Erfinder der gerade entstehenden Industriezweige waren auf die unmittelbare Kooperation mit den Arbeitern angewiesen (8); in einer Fülle von Einzelmonographien ist der weitreichende Einfluß der hochqualifizierten Produktionsarbeiter auf die Realisierung der wichtigsten Erfindungen im Produktionspotential dieser Branchen bezeugt. (9) Ohne den Erfindungsgeist und ohne die vollständige Identifikation des Facharbeiters jener neuen Unternehmen mit dem Produktionsziel wäre die bald dominierende Stellung der deutschen Investitionsgüterindustrien auf dem Weltmarkt um die Jahrhundertwende undenkbar gewesen.
Aus der professionellen Stellung dieses Arbeitertypus der wilhelminischen Ära darf indes nicht gefolgert werden, daß er zwar den rüden Betriebsmilitarismus der damaligen Zeit ausgehöhlt, sich dafür aber umso konsequenter dem Unternehmerkommando über seine Arbeitkraft unterworfen hätte. Ganz im Gegenteil: der Facharbeiter der Ära vor dem ersten Weltkrieg war sich des Werts seiner Arbeitskraft durchaus bewußt. Die Arbeiter der optischen und feinmechanischen Industrie Sachsens und Württembergs, der Werkzeug- und Präzisionsmaschinenindustrie Berlins haben ihre Haut so teuer wie möglich zu Markt getragen. Sie haben den Kapitalisten in vielen Betrieben lange vor der Novemberrevolution den Achtstundentag, den freien Samstag und erhebliche Konzessionen an den Reallohn abgetrotzt. (10) Das war ihnen möglich, weil die erreichte Arbeitsteilung sich durch einen unaufhörlichen politischen Druck im Rahmen des status quo festschreiben ließ. Die Facharbeiter waren die tragende Säule der Sozialdemokratie und der "Generalcommission" der freien Gewerkschaften.(11) Ganz gleich, ob einfache Zeitlöhner oder Meister, wußten sie aufgrund ihrer Stellung in der Produktionsorganisation genau zwischen der Gebrauchswertstruktur der Pro-

(8) Auf die Besonderheiten hinsichtlich der Klassenzusammensetzung geht noch am ehesten E.J Hobsbawm ein. Vgl. vor allem sein Buch: Labouring Men. Studies in the History of Labour, London 1964. Die besten Monographien zum Verhältnis zwischen Arbeiter-Techniker und Unternehmer-Erfinder finden sich in der von C.Mathschoss herausgegebenen Serie: Beiträge zur Geschichte der Technik und der Industrie. Jahrbuch des Vereins Deutscher Ingenieure (bis 1930 20 Bände).

(9) Vgl.: Carl Zeiss Jena einst und jetzt, op.cit., sowie exemplarisch für die Verhältnisse in der Luftfahrtindustrie H.Radandt, Hugo Junkers - ein Monopolkapitalist und korrespondierendes Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften, in: JWG, 1960, T.I, S.53 ff., bes. S.56 f.

(10) Dabei darf freilich nie vergessen werden, daß sich diese Erfolge immer im engen Rahmen der von den Facharbeitern dominierten Unternehmen wie Bosch, Zeiss, Leitz usw. hielten. Zur Entwicklung der Reallöhne in dieser Zeit vgl. G.Bry, Wages in Germany 1871-1945, Princeton 1960.

(11) Zum Zusammenhang zwischen Facharbeiter und Arbeiterorganisation sei verwiesen auf D.Fricke, Die deutsche Arbeiterbewegung 1869-1890. Ihre Organisation und Tätigkeit, Leipzig 1964, sowie ders.,Zur Organisation und Tätigkeit der deutschen Arbeiterbewegung (1890-1914). Dokumente und Materialien, Leipzig 1962; B.Goldenberg, Beiträge

duktion und der kapitalistischen Verwertungsdynamik zu unterscheiden. Die sozialdemokratische Parteischule mitsamt den diversen Bildungsvereinen der damaligen Arbeiterbewegung rechneten ihnen Tag für Tag vor, wieviel die Unternehmer ihnen wöchentlich an unbezahlter Arbeitszeit vorenthielten; und das in einer Situation, wo die Arbeiter ohne jede Produktionsstörung auch die höheren Aufsichtsposten der Produktion hätten unter Kontrolle bringen können. Deshalb bestand für sie der Grundwiderspruch des Systems auch gar nicht auf Fabrikebene; ihre sozialistische Ideologie setzte an der Sphäre der Mehrwertrealisierung an, am Schein der Konkurrenz, welche es nur zu beseitigen galt, um zum Sozialismus, d.h. zu einer beschleunigten wirtschaftlichen Entwicklung überzugehen. (12) Der Übergang zum Sozialismus erschien infolgedessen als eine relativ harmonische und harmlose Operation auf gesellschaftlicher Ebene. Für den Durchschnittsarbeiter der Maschinenindustrie war es ein Leichtes, im Fall trotzdem auftretender betrieblicher Konflikte vom gefährdeten status quo innerhalb der kapitalistischen Produktionsmaschinerie in den allmählich entstehenden Journalisten- und Beamtenapparat von Gewerkschaften und Sozialdemokratie überzuwechseln. Er konnte sich jederzeit eine politische Konstellation ausmalen, in der es ohne Schwierigkeiten gelingen würde, die ohnedies vom Staat schon arg gegängelten Kapitalisten auf friedlich-parlamentarischem Weg auszuschalten und die Produktion ohne Privatunternehmer auf der Kommandohöhe des sozialistischen "Volksstaats" beschleunigt fortzuführen. Der professionelle Arbeiter war also tragende Säule und Motor des wilhelminischen Arbeiterreformismus. Es war kein "Verrat", sondern politischer Ausdruck der Stellung des Facharbeiter-Technikers in der Produktion, daß für ihn die proletarische Revolution eine Sache des geduldigen Abwartens, der kleinen Schritte, des "Hinüberwachsens" durch kontinuierlichen institutionellen Druck, des kontinuierlichen und reibungslosen Fortgangs des Produktionsflusses, kurzum: eine Sache jenseits der Unordnung, der revolutionären Gewalt und des bewaffneten Aufstands war. (13) Für die-

zur Soziologie der deutschen Vorkriegssozialdemokratie, Diss.phil. Heidelberg o.J. (1930); G.Griep, Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung in der Zeit vom Fall des Sozialistengesetzes bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges (1890-1914), Berlin 1960; C.Schorske, German Social Democracy 1905-1917. The Development of the Great Schism, Cambridge/Mass. 1955.

(12) Es gibt inzwischen einige Untersuchungen, die die klassische sozialistische Ideologie des deutschen Zentrums und der II. Internationale kritisch analysieren. Viel wichtiger wäre es freilich, einen differenzierten Zusammenhang mit der materiellen Basis einer solchen strategischen Linie herzustellen. Erste Ansätze dazu finden sich bei M.Tronti, Operai e Capitale, Torino 1966. Die 1971 vom Frankfurter Verlag "Neue Kritik" angekündigte deutsche Ausgabe steht leider immer noch aus.

(13) Das war von Anfang an der dominierende Inhalt des sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Strategiemodells. Interessant ist in diesem Zusammenhang, wie konsequent Sozialdemokratie und Gewerkschaften jeder Konfrontation mit dem Unterdrückungsapparat aus dem Weg gingen und beispielsweise dem Heer die Initiative überließen. Informativ, wenn auch ganz im Sinn des Ausbeutersystems, ist dazu R.Höhn, Der Kampf des Heeres gegen die Sozialdemokratie (Sozialismus und Heer Bd.III), Bad Harzburg 1969.

se Mentalität mußten die Kapitalisten teuer bezahlen, und die Obrigkeit wachte mit Argusaugen darüber, daß sie die fälligen Rechnungen immer rechtzeitig beglichen. Der status quo mit dem Facharbeiter kostete das wilhelminische System riesige Summen, nachdem die Verfolgung des politischen professionellen Arbeiters durch den preußisch-deutschen Staatsapparat 1890 kläglich gescheitert war.(14) Aufgrund dieser Konzessionen, die auf gesellschaftlicher Ebene nur ausdrückten, wie stark die Arbeitsorganisation der neuen expansiven Industriezweige auf den status quo mit einem disziplinierten, hochqualifizierten und selbstbewußten Arbeitertypus angewiesen war, war die innere Entwicklungsdynamik des preußisch-deutschen Kapitalismus rasch erstarrt. Im Gegensatz zu den USA ist die "Große Depression" nur in ganz wenigen der großen deutschen Wirtschaftskontore als Signal für einen radikalen Angriff gegen die festgefügten Produktionsbedingungen verstanden worden. (15)
Wir haben die sozialökonomische Stellung des Facharbeiters der wilhelminischen Ära deshalb so ausführlich rekapituliert, weil dieser bis weit über den ersten Weltkrieg hinaus Bewegung und Kampfformen der deutschen Arbeiterklasse bestimmte. Daraus dürfen wir freilich nicht kurzsichtig ableiten, daß die deutsche Arbeiterklasse vor dem ersten Weltkrieg in ihrer sozialen Zusammensetzung überwiegend aus Facharbeitern bestanden hätte. Auch damals war der professionelle Arbeitertypus nur eine schmale, wenige Industriezweige von der Arbeiterseite her beherrschende Schicht der Arbeiterklasse, und wenn man die schmale Basis bedenkt, von der her die Klassenbeziehungen institutionalisiert wurden, tun sich Abgründe auf - Abgründe, auf die mit imperialistischer Expansion und Weltkrieg zu antworten sich der kapitalistisch-reformistische Institutionskomplex recht reibungslos geeinigt hat. (16) Es war lediglich die aus der besonderen Stellung innerhalb der Produktion herrührende soziale Aktivität, die den Facharbei-

(14) Vgl. dazu exemplarisch D. Fricke, Bismarcks Prätorianer. Die Berliner politische Polizei im Kampf gegen die deutsche Arbeiterbewegung (1871-1898), Berlin 1962, sowie: Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878-1890 (Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3/I und II), Berlin 1956.

(15) Eine entscheidende Ausnahme machte die Eisenhüttenindustrie, wo Ende der 80er Jahre der Übergang zur Massenproduktion vollzogen wurde. Dazu W. Mühlfriedel, Die Geschichte des Eisenhüttenwesens in Westdeutschland von 1870 bis 1900, Leipzig 1970; als zeitgenössische Darstellung über die Einführung des Thomas-Bessemer-Verfahrens W. Rabius, Der Aachener Hütten-Aktien-Verein Rote Erde 1846-1906, Jena 1906.

(16) Von dieser Einsicht her wäre die sich seit 1907 voll durchsetzende Sozialdemokratie zu reflektieren. Interessante Fakten dazu liefert H. Chr. Schröder, Sozialismus und Imperialismus. Die Auseinandersetzungen der deutschen Sozialdemokratie mit dem Imperialismusproblem und der "Weltpolitik" vor 1914, T. I, Hannover 1968. Vgl. parallel dazu R. Höhn, Der militärpolitische Reviosionismus innerhalb der Sozialdemokratie und die Armee, in: ders., Sozialismus und Heer Bd. III, op. cit. S. 566 ff., über die Pressure-Funktion Noskes S. 595 ff. Der DDR-Historiker W. Wittwer (Streit um Schicksalsfragen. Die deutsche Sozialdemokratie zu Krieg und Vaterlandsverteidigung 1907 bis 1914, Berlin 1964) hingegen versucht für das patriotische Geschichtsbild der SED zu retten, was zu retten ist.

ter zur dominierenden Figur in der damaligen Arbeiterbewegung machte. Demgegenüber ist die Geschichte der quantitativen Mehrheit der damaligen Arbeiterklasse, ihrer Ausbeutungssituation und ihrer Kampfformen, bis heute noch ungeschrieben. Nicht, daß es an Archivmaterialien oder Einzeluntersuchungen mangeln würde, anhand derer es möglich wäre, die teilweise heftigen Kämpfe jener Industriesektoren und Regionen zu rekonstruieren, in denen der professionelle Arbeiter nicht nur politisch, sondern auch von der sozialen Zusammensetzung des Gesamtarbeiters her sich auf die Funktion des Unteroffiziers der Produktion beschränkte bzw. eine einflußlose Randerscheinung war. (17) Es liegt vielmehr an der Kontinuität einer rückwärtsgewandten und sich von Bebel über Spartakusbund und KPD definierenden Historiographie der Arbeiterbewegung, die seit der Massenstreikdebatte von 1904/05 - und auch da nur in einem fragmentarischen, von der äußersten Linken um Pannekoek und Luxemburg getragenen Ansatz (18) - nicht mehr fähig war, auf die Zusammensetzung und die Kampfformen der von ihr repräsentierten Klasse in ihrer gesamten Spannweite zu reflektieren. Gerade gegen den ungelernten Handlanger und den nichtprofessionellen Schwerarbeiter hat sich jedoch eine kapitalistische Repression gerichtet, die ohne Zweifel in ersten Vorstufen das an Gegenangriff entwickelt hat, was heute die vorherrschende Schicht der Arbeiterklasse, den Massenarbeiter, trifft. Wenn wir uns damit auseinandersetzen wollen, müssen wir die ausgetrampelten Pfade einer zur Legitimationsgeschichte degenerierten Geschichtsschreibung der II. und III. Internationale mitsamt ihrer trotzkistischen Häresie verlassen. Wir müssen uns jenen proletarischen Schichten zuwenden, die als extrem ausgebeutete Pariaschicht in einer Art Lückenbüßerfunktion den Konzentrationsprozeß des professionellen Arbeitertypus in den neuen Industriezweigen zu ergänzen hatten.
Wir denken dabei vor allem an die osteuropäischen Wanderarbeiter, die von den Junkern mit besonderen Methoden der Arbeitskräfterekrutierung zur Auffüllung des Landarbeiterreservoirs herangezogen wurden, nachdem die deutschen Landarbeiter und Dorfhandwerker seit den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts in die Industriegebiete Sachsens, Mitteldeutsch-

(17) Bemerkenswerterweise stammen diese Einzeluntersuchungen kaum von Historikern, die mehr oder weniger offen unter dem Zwang zu einer apologetischen Darstellung der deutschen Arbeiterkämpfe stehen - sie würden dem traditionell reformistischen Geschichtsbild zu eklatant zuwiderlaufen. Die Schilderung der Arbeiterkämpfe macht beispielsweise in einem DDR-Standardwerk zur deutschen Geschichte zwischen 1871 und 1897 ganze 4 Seiten aus. Vgl. E. Engelberg, Deutschland von 1871 bis 1897. Lehrbuch der deutschen Geschichte - Beiträge Bd. 8, Berlin 1967, S. 253-256.

(18) Vgl. dazu den von A. Grunenberg herausgegebenen und eingeleiteten Sammelband: Die Massenstreikdebatte. Beiträge von Parvus, Rosa Luxemburg, Karl Kautsky und Anton Pannekoek, Frankfurt 1970. Aber selbst in der äußersten Linken ist wenig von der revolutionären Initiativkraft der Arbeiter in ihrem ganzen internationalen Ausmaß zu spüren. Über die Bedeutung der damaligen Kämpfe vgl. M. Dubovski, The Origins of Western Working Class Radicalism 1890-1905, in: Labor History Bd. 7, 1966.

lands und Berlins abgewandert waren. (19) Die ausländischen Saisonarbeiter in der Landwirtschaft der östlichen und mittleren Gebiete des Reichs waren schon damals merkwürdig modern anmutenden Ausbeutungsbedingungen unterworfen. Anwerbung und Arbeitsnachweise waren sehr früh zentralisiert, dadurch waren die Emigranten von Anfang an vom "freien" Arbeitsmarkt abgetrennt. Die Transporte in die "Schnitterkasernen" wurden scharf überwacht. Aus der anfänglich einfachen Bindung an den jeweiligen Arbeitsplatz wurde bald ein System der Zwangslegitimierung entwickelt, womit sich die Großgrundbesitzer die Voraussetzung für umfassende Kontroll- und Repressionsmaßnahmen selbst zuschanzten. Da sie selbst die Polizei- und Justizgewalt der Landratsämter ausübten, waren für sie die Handhabung einer umfassenden Lohndiskriminierung, willkürliche Bestrafungssysteme für "Kontraktbrüchige" und aufsässige Arbeiter, Kasernierung und Zulassungs- und Abschiebungsaktionen je nach "Moral" der ausgebeuteten Emigrantengruppen zur Selbstverständlichkeit geworden. Wenn die Polizeigewalt einmal nicht ausreichte, wurde auf "Landschutz"-Organisationen zurückgegriffen, meist ostpreußisch-pommersche Kriegervereine, die bedenkenlos die Geschäfte der Junker besorgten.(20)
Eine ähnliche Methode zur Herstellung einer absolut rechtlosen Pariaschicht des Gesamtarbeiters finden wir auch in der schlesischen, mitteldeutschen und nordrhein-westfälischen Bergbau- und Hüttenindustrie. Hier werden innerhalb von zwei Jahrzehnten in einem ungeheuren Konzentrationsprozeß die traditionellen Produktionsstrukturen des Bergbaus reorganisiert und moderne schwerindustrielle Kombinate aus dem Boden gestampft. (21) Und hier verzichten die Unternehmer im regionalen Wirtschaftsboom auf jeglichen status quo mit der Arbeitskraft. Der Abbau von Braunkohle in Mitteldeutschland, von Steinkohle in Schlesien und im Ruhrgebiet und der Kupferschieferbergbau im Mansfeldischen finden nach wie vor unter rigider Ausbeutung von lebendiger Arbeit statt. Vor Ort halten es die Zechenherren für absolut überflüssig, jenseits von Hacke und Brecheisen irgendwelche technische Verbesserungen einzuführen; sie beschränken sich auf solche Innovationen,

(19) Die Wanderungsbewegungen stellt W. Becker (Die Bedeutung der nichtagrarischen Wanderungen (...), op. cit.) ausführlich dar. Vgl. auch H. Mottek, Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß, Bd. II, 2. durchges. Aufl., Berlin 1969, Kap. X, S. 221 ff.: Die Arbeiterklasse.

(20) Hinsichtlich der Lage der ausländischen Landarbeiter in Deutschland ist auf die vorzügliche Untersuchung von Johannes Nichtweiss, Die ausländischen Saisonarbeiter in der Landwirtschaft der östlichen und mittleren Gebiete des Deutschen Reiches, Berlin 1959, hinzuweisen. Vgl. auch F. Rehbein, Das Leben eines Landarbeiters, Jena 1911, eine Autobiographie von großer Authentizität.

(21) Es gibt eine reichhaltige Literatur über die Umwälzung der Ausbeutungsverhältnisse und der Produktion im Ruhrgebiet seit den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts. Verwiesen sei auf H. Croon, Die Einwirkungen der Industrialisierung auf die gesellschaftliche Schichtung der Bevölkerung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: Rhein. Vjbl. Jg. 20, Bonn 1955, S. 301 ff.; W Mühlfriedel, op. cit.; N. J. G. Pounds, The Ruhr, Bloomigton 1952; K. Wiedenfeld, Ein Jahrhundert rheinischer Montanindustrie, Bonn 1916.

die einen beschleunigten Abtransport vor Ort und das Tiefertreiben der Schächte gestatten. (22) Deshalb wandern auch hier große Teile der deutschen Arbeiterklasse ab, soweit es ihnen nicht gelingt, zu Steigern und Obersteigern zu avancieren und an der Ausbeutung einer sozial umgewälzten Arbeiterschicht teilzuhaben. Denn auch hier zögert der alldeutsche Nationalismus keinen Augenblick, für eine intensivierte Knochenarbeit Arbeiterkolonnen aus Polen, Ruthenien und Galizien zu rekrutieren. (23) Schlesien, teilweise Mitteldeutschland und nicht zuletzt das Ruhrgebiet werden im Verlauf des zweiten Gründerbooms innerhalb weniger Jahre zu Zentren einer multinational zusammengesetzten Arbeiterklasse. In den Schächten, Fabriken und Quartieren findet sich kein Anhalt, der es denkbar macht, daß sich die multinationalen Arbeitermassen mit der Struktur der Ausbeutung identifizieren. Trotz der formalen Beseitigung der feudalen Fesseln im Jahr 1861 (24) haben die deutschen Zechenherren keinen Augenblick gezögert, all jene Momente nackter Grubendespotie wiederzuentdecken und auszubauen (25) welche eine sprunghafte Intensivierung der Ausbeutung gestatteten - die Barone der großen Hüttenwerke, die allerdings die Arbeitsbedingungen auch technologisch enorm umgewälzt hatten, standen ihnen da in nichts nach (26). Gegen eine der wichtigsten Kampfformen der Grubenarbeiter, den or-

(22) Zur Arbeitssituation in dieser Zeit vgl. vor allem: Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft, Die Arbeitsverhältnisse im Steinkohlenbergbau 1912 bis 1928. Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für Arbeitsleistung, Bd.I, Berlin o.J.; O.Hué, Die Bergarbeiter. Historische Darstellungen der Bergarbeiter-Verhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit, Bd.II, Stuttgart 1913; sowie das noch immer unersetzliche Buch von H.Imbusch, Arbeitsverhältnisse und Arbeiterorganisationen im deutschen Bergbau, Essen 1908.

(23) Zur multinationalen Zusammensetzung der Ruhr-Arbeiterklasse seit den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts sei vor allem verwiesen auf: Bibliographie über ausländische Arbeiter, in: Der Arbeitsmarkt. Monatsschrift des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, 1910/11, S.135-151; V.Bredt, *Die Polenfrage im Ruhrkohlengebiet, Leipzig 1909*; M.Koch, Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet zur Zeit Wilhelms II. (1889-1914), Düsseldorf 1954; St.Wachowiak, Die Polen in Rheinland-Westfalen, Leipzig o.J. (1916); H.-U.Wehler, Die Polen im Ruhrgebiet bis 1918, in: ders. (Hrsg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln-Berlin 1968.

(24) Vgl. dazu H.Imbusch, op.cit., 3.Kap. S.37 ff.: Die Arbeiterverhältnisse vor und nach der Einführung der neueren Berggesetzgebung, bes. S.92 ff.

(25) Dazu O.Hué, op.cit., Bd.2, S.238 ff.; H.Imbusch, op.cit., S.91 ff.; M.I.Koch, op.cit., S.13 ff., sowie für den Kupferschieferbergbau im Mansfeldischen K.Lärmer, Vom Arbeitszwang zur Zwangsarbeit. Die Arbeitsordnungen im Mansfelder Kupferschieferbergbau von 1673 bis 1945, Berlin 1961, S.121 ff.

(26) Die meisten Untersuchungen über den Betriebsdespotismus der Eisenhüttenindustriellen beschäftigen sich mit den Verhältnissen bei Krupp. Gemäß den "Betriebsreglements" waren "Treue", "unbedingter Gehorsam" und "anständiges Betragen" in und außerhalb der Fabrik Voraussetzung dafür, daß die Arbeiter überhaupt ihren Lohn erhielten. Im Reglement von 1856 war sogar vorgeschrieben, daß sich beurlaubte Arbeiter ihren Aufenthalt durch einen Urlaubsschein der zuständigen Polizeibehörde beglaubigen lassen mußten (§ 7). Bis weit über die Jahrhundertwende war der Produktionsprozeß der "Kruppianer" kasernenhofmäßig aufgemacht. Es gab Apelle in Reih und Glied, rüden Kommandoton und jeden nur erdenkbaren Drill; durch ein ausgefeiltes System von Arbeiter-

ganisierten Arbeitsplatzwechsel (27), werden neue Knappschaftsfesseln, unternehmenseigene Arbeitersiedlungen und die Überbleibsel des feudalen Herr-Knecht-Verhältnisses mitsamt ihren Uniformen, "Werkvereinen"(28) usw. wieder aufgebaut - eine Angelegenheit, die ebenfalls in der Eisenhüttenindustrie ihre absolute Entsprechung hat.(29) Und überall gehen die Zechenherren dazu über, unverschleierte Repressionsformen zu präzisieren: die verschiedenen "Arbeitsnachweise" haben ganz offen die Funktion von schwarzen Listen; die Zechenbeamten und Steiger beginnen seit den achtziger Jahren mit der Organisation von "Zechenwehren", die auf die Einhaltung der Betriebsreglements achten und jeden Ansatz von "Komplott" im Keim ersticken wollen. Sobald sich irgendwo die Kampfformen homogenisieren und die Arbeiter zum Massenstreik übergehen, wird eine breit angelegte Maschinerie der Aufstandsbekämpfung aufgebaut. (30) Trotzdem: Die Bergleute lassen sich nicht ohne weiteres disziplinieren. Ihre soziale Zusammensetzung: deutsche Kleinbauern-Proletarier, besonders hart ausgebeutete Kinder und Jugendliche und Arbeitsemigranten, macht es angesichts einer despotischen Arbeitsorganisation unmöglich, daß sie sich mit dem Straf- und "Nullensystem" (31) der Steiger und Grubenbeamten arrangieren. Dem kapitalistischen Gegenangriff haftet deshalb und im Zusammen-

siedlungen war jede Lebensäußerung auch außerhalb der Fabrik streng vorgeschrieben. Zu weiteren Einzelheiten vgl. vor allem R.Ehrenburg, Krupp-Studien, in: Thünen-Archiv, 3.Bd., Jena 1909, S.120 ff.; sehr anschaulich W.Manchester, Krupp - Zwölf Generationen, München 1968; sowie O.Neuloh, Die deutsche Betriebsverfassung und ihre Sozialformen bis zur Mitbestimmung, Tübingen 1956, S.153 ff.

(27) Diese Kampfform untersucht H.Seidl in seiner Monographie: Der Arbeitsplatzwechsel als eine frühe Form des Klassenkampfes der mittel- und ostdeutschen Braunkohlebergarbeiter in der Zeit von 1870 bis 1900, in: JWG, 1965, T.IV, S.102 ff.

(28) Zu den Knappschaftsfesseln vgl. W. Robbe, Die Knappschaftsfessel von Mansfeld. Ein Beitrag zur Geschichte der Lage und des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse in der Zeit von 1850 bis 1900, Berlin 1958; Zur verstärkten Einführung von werkseigenen Arbeiterkolonien - gerade auch für Arbeitsemigranten - siehe D.Fricke, Der Ruhrbergarbeiterstreik von 1905, Berlin 1955, S.30 ff.; zum systematischen Aufbau von "nationalen" bzw. "reichstreuen Werkvereinen" D.Fricke, Gelbe Werkvereine 1905-1928, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland 1830-1945, Bd.2, Berlin 1968, S.96 ff., sowie R.Lebius, Die gelbe Arbeiterbewegung, Berlin 1909.

(29) Dazu wiederum exemplarisch der Fall Krupp: T.Hunter, The Krupp's Model Town: A Type of German Feudalism, in: Review of Reviews, 1915; T.Kellen, Die Firma Krupp und ihre soziale Tätigkeit, Hamm 1903; G.v.Klass, Die Drei Ringe. Lebensgeschichte eines Industrieunternehmens, Tübingen 1953, passim.

(30) Vgl. Deutsches Zentralarchiv, Abt. Merseburg (im folgenden abgekürzt: DZAM), Rep.77 (Ministerium des Innern, Tit.2513, Nr.1, Adh. 4 ff.) betr. die Entsendung von Gendarmen und Militär in die Ausstandsbezirke 1889 ff.

(31) Das Straf- und "Nullensystem" war ein brutales Mittel zum Lohnabzug. Loren, die nach ihrer Ansicht zuviel taubes Gestein enthielten, wurden von den Obersteigern "genullt", d.h. als Arbeitsleistung annulliert. Gegen diese Willkür wie überhaupt gegen ein ausgefeiltes terroristisches Strafsystem gab es keine Beschwerdemöglichkeiten. Vgl. dazu O.Hué, op.cit. Bd.2, S.242 ff.; H.Imbusch, op.cit., S.97 ff. Imbusch zufolge wurde der große Ruhrbergarbeiterstreik unmittelbar durch Arbeiteraktionen gegen das Straf- und Nullensystem ausgelöst; siehe auch K.Lärmer, Vom Arbeitszwang zur Zwangsarbeit, op.cit., bes. S.160 ff.

hang mit einer teilweise außerordentlich rückständigen Technologie etwas Künstliches, von außen auf die Arbeitsorganisation Aufgestülptes an, dem sich die Arbeiter immer wieder erfolgreich entziehen. Die härtesten Kämpfe der wilhelminischen Ära werden von den Braunkohlenbergarbeitern Mitteldeutschlands und den Bergleuten des Ruhrgebiets geführt. (32) 1889, 1905, 1912 sind Jahreszahlen, die ihren Aktionszyklus markieren. (33) Und es bedarf eines riesigen repressiven Apparats, der in diesen Kämpfen entsteht, um die insurrektionelle Tendenz in den Bergarbeiteraktionen des Jahrs 1889 im Keim zu ersticken und die von der Bruchstraßen-Revolte ausgehende Massenstreikbewegung des Jahrs 1905 in ruhigeres Fahrwasser zu lenken. (34) Dieser Apparat wird anläßlich des Streiks von 1905 in einer Korrespondenz zwischen dem damaligen Reichsinnenminister Bethmann Hollweg und Wilhelm II. detailliert aufgeführt. (35) Bethmann Hollweg teilt u. a. mit, daß

(32) Wohlgemerkt: die professionelle Arbeiterbewegung ist an diesen Kämpfen zunächst überhaupt nicht und seit 1905 nur am Rande beteiligt. 1889 versucht die preußische politische Polizei vergeblich, der Sozialdemokratie eine Beteiligung am Bergarbeiterstreik nachzuweisen; vgl. D. Fricke, Bismarcks Prätorianer, op. cit., S. 275 f. Das gelang ihr nicht, weil es diese Querbeziehungen einfach nicht gab. In Essen, mitten im Streikgebiet, sind 1889 nur 9 Abonnenten des "Sozialdemokrat" gewesen. Vgl. Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, Nachlaß Motteler, XI, Mappe 4.

(33) Materialien zu diesen großen Streikbewegungen:
1889: Akten Staatsarchiv Münster, RM 1037: Arbeitseinstellungen 1889; Streikbewegung 1889 bis 1892, OPräs. 2828-2830; DZAM, Rep. 77 (Ministerium des Innern, Tit. 2513, Nr. 1, Vol. 1-6); D. Fricke, Bismarcks Prätorianer, op. cit., S. 271 ff.; O. Hué, op. cit., Bd. 2, S. 354 ff.; H. Imbusch, op. cit. S. 277 ff.; M. J. Koch, op. cit. S. 33 ff.; K. Obermann, Der Ruhrbergarbeiterstreik 1889. Bemerkungen zu einem unbekannten Aufsatz von Friedrich Engels, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (im folgenden abgekürzt: ZfG), 4. Jg. 1956, H. 2.
1905: Akten Staatsarchiv Münster, RD 15 925-15 931: Der Bergarbeiterausstand 1905; RD 15 924: Maßnahmen zur Unterdrückung von Aufständen der Bergarbeiter 1904 bis 1905. DZAM, Rep. 77, Tit. 2523, Nr. 1; 2525, Nr. 1. Aufsätze über den Streik der Bergarbeiter im Ruhrgebiet, Schriften der Gesellschaft für soziale Reform, 17. H., Jena 1905; D. Fricke, Der Ruhrbergarbeiterstreik von 1905, Berlin 1955; O. Hué, op. cit. S. 575 ff.; H. Imbusch, op. cit. S. 566 ff.; M. J. Koch, op. cit. S. 77 ff.
1912: Akten Staatsarchiv Münster, RD 15 943: Arbeitswilligenschutz und Streikvergehen 1912; RD 15 939 - 15 942: Bergarbeiterstreik 1912; H. Imbusch, Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet im Frühjahr 1912, Köln 1912; M. J. Koch, op. cit., S. 121 ff.

(34) 1889 hatte es blutige Zusammenstöße zwischen den Arbeitern und den aufmarschierten Militäreinheiten mit einem Dutzend Toten und vielen Verwundeten gegeben; die Bergleute wurden dadurch enorm radikalisiert. Daraufhin wurde in den folgenden Jahren die Planung zur Aufstandsbekämpfung reorganisiert: einerseits wurde das gesamte Ruhrgebiet stillschweigend zum Glacis des Bürgerkriegs entwickelt, andererseits die Armee für äußerste Notfälle aufgespart und den Augen der Arbeiter entzogen. Vgl. dazu DZAM, Rep. 77, Tit. 2413, Nr. 1, Adh. 4, fol. 8f, 12 f.: Vorgehen des preußischen Militärs gegen die Bergarbeiter 1889; Akten Staatsarchiv Münster, RD 15 924: Maßnahmen zur Unterdrückung von Aufständen der Bergarbeiter 1904 bis 1905; O. Hué, op. cit., S. 542 ff.

(35) Vgl. Bethmann Hollweg an Wilhelm II., 12. 4. 1905. Deutsches Zentralarchiv Potsdam (im folgenden abgekürzt: DZAP), Reichsministerium des Innern, 7 006. Auszugsweise abgedruckt in D. D. Fricke, Der Ruhrbergarbeiterstreik von 1905, S. 176 f.

die Ruhrbarone inzwischen dabei seien, die "Zechenschutzwehren" endgültig als eigene Betriebspolizei aus den Steigern und unteren Grubenbeamten zu rekrutieren. (36) Die "Wehren" werden vom Staatsapparat postwendend mit dem status einer Hilfspolizei eingesegnet, damit das Zusammenspiel zwischen unmittelbarem kapitalistischen Gegenangriff auf Betriebsebene und äußeren Polizei- und Militärreserven funktioniere. (37) Das alles demonstriert, wie gering der Einfluß des professionellen Reformismus der "Generalcommission" und der verschiedenen Bergarbeiterverbände auf die Kampfformen der brutal ausgebeuteten Bergarbeiter ist, die sich immer wieder an der Forderung nach Achtstundenschicht einschließlich Ein- und Ausfahrt entwickeln. (38) Es kann heute kein Zweifel mehr daran bestehen, daß die fortgeschrittensten Klassenantagonismen der wilhelminischen Ära sich auf die 200.000 Bergarbeiter konzentrieren, denen ja auch die aggressivsten kapitalistischen Machtgruppen, die Ruhrbarone der Montanindustrie, gegenüberstehen; daß die politisch-gewerkschaftliche Hegemonie, welche der Facharbeiter auf die gesamte Klassenbewegung ausübt, nur formal-ideologischen Charakter besitzt - sie sollte trotzdem wegen ihres organisatorischen Potentials noch zu einem fatalen Bremsklotz der Arbeiterkämpfe werden.

Aber nicht nur die ostelbischen Landarbeiter und vor allem die Bergarbeiter distanzieren sich durch ihren tagtäglichen, unmittelbar gegen Arbeitsorganisation und Arbeitsteilung gerichteten Kleinkrieg von der Strategie des professionellen Arbeiterreformismus auf der realen Klassenebene. Auch die Arbeiterklasse der Küstengebiete macht den Unternehmern und dem Staat jenseits aller institutionellen Vermittlungsschritte schwer zu schaffen. In vielen Dokumenten klagen die Reeder und Werftkapitalisten mitsamt ihren Polizeibütteln die Arbeiter der großen Hafen- und Werftplätze eines rebellischen, immer wieder zu Unruhen und Aufständen tendierenden Verhaltens an. Wer die Akten und Untersuchungen beispielsweise über den Hamburger Seeleute- und Hafenarbeiterstreik von 1896/97 durchforscht (39), bekommt

(36) Ebd. Die Zechenwehren waren freilich nur Glied in der Kette eines feinmaschig organisierten Belagerungszustands. Bethmann Hollweg zählt sie nacheinander auf: Verstärkung der stationären Polizeikräfte, Überwachung der Dynamitlager sowie von Gas- und Wasserversorgung, Nachtdienst bei Post- und Telegrafenämtern, Absperrung der Zechenplätze, Versammlungsverbot, Ausbau des Spitzelsystems usw. usw.

(37) Minister des Innern v. Hammerstein, Notiz v. 21.1.1905 für den Herrn Reichskanzler und Ministerpräsidenten über Polizeimannschaften im Streikgebiet sowie Aufstellung von Steiger-Schutzwehren, DZAM, Rep.77, Tit.2513, Nr.1, Beih.10, fol. 70.

(38) Der Streik von 1905 wurde auf der Zeche Bruchstraße ausgelöst, als dort die Errungenschaft von 1889 - achtstündige Schicht einschließlich Ein- und Ausfahrt - zurückgenommen werden sollte. Vgl. D. Fricke, op. cit. S. 61 ff.

(39) Vgl. Brandenburgisches Landeshauptarchiv Potsdam, Pr.Br.Rep. 30, Tit. 94, Lit. H. Nr. 243, betr die politischen Zustände in Hamburg; Der Streik der Hamburger Hafenarbeiter 1896/97. Amtliche Darstellung nach den Akten der Abteilung II (politische und Criminal-Polizei) der Polizei-Behörde Hamburg, 1897; DZAM, Rep. 81, Hamburg, D 11, D 17, E, I-III.

eine ungeheuer kämpferische Klasse zu Gesicht. Ihre Aktionszyklen, die sich keinesfalls auf 1896/97 als einzigen Höhepunkt beschränken (40), laufen in exemplarischer Weise ab. Am Anfang stehen an Heftigkeit zunehmende Unruhen auf ein paar Schiffen und Kais, dort, wo die Knochenschinderei besonders unerträglich ist. Die Arbeit der Decksleute, Heizer und Trimmer ist an sich schon mörderisch; die quälende Hitze vor den Öfen, der ständige Lärm, Gestank und Staub in der Tiefe der Schiffe, aber auch die Härte der Stauarbeit, bei der Güter von durchschnittlich eineinhalb Zentnern in die letzten Schiffswinkel verladen werden müssen, werden mit wahren Hungerlöhnen bezahlt. In die Hafenarbeiterviertel - in Hamburg die berühmten "Gängeviertel" (41) - mit Wegen, die kaum zwei Leute nebeneinander passieren können, in diese Quartiere mit einer unglaublich zusammengepferchten Arbeiterklasse dringt nie das Sonnenlicht. Das sind die Lebensbedingungen einer barbarischen, homogenen und doch am Arbeitsplatz durch eine ausgefeilte Hierarchie gegeneinander ausgespielten Klasse, die gleichwohl ständig zur Revolte bereit ist. So ist es auch 1896/97, wo die Gewerkschaften innerhalb kürzester Zeit die Kontrolle über die einsetzende Streikbewegung verlieren. Die Kämpfe weiten sich innerhalb von 14 Tagen zum Generalstreik aus. Die Reeder setzen dagegen auf "Kasernenschiffen" Streikbrecher ein, die unter dem Schutz der Wasserpolizei und von reedereigenen Schlägertrupps die wichtigsten Frachten löschen sollen. Aber die Hafenarbeiter kapitulieren nicht. Sie schieben die Gewerkschaften beiseite und leiten unter der Führung des "Vereins der Schauerleute von 1892" militante Gegenmaßnahmen ein. (42) Die Hamburger politische Polizei stellt fest, daß der "Mob" beginne, den Hafen und die angrenzenden Viertel zu "terrorisieren". Und in der Tat: "Im Hafen schnitten die Ausständigen Fahrzeuge los und ließen sie führerlos treiben. Das Sinken von Dampfern durch Öffnen der Wasserhähne ist ohne Zweifel auf ihre Tätigkeit zurückzuführen (...). Sie verhöhnten und drangsalierten die Arbeitenden auf den Schiffen, auf der Straße und in ihren Wohnungen. Sie kamen an Bord der Kasernenschiffe und trie-

(40) Vgl. dazu L. Mosler, Der Streik der Hafenarbeiter und Seeleute in Hamburg-Altona, Diss. phil Leipzig 1958 (Ms.), Einleitung.

(41) Über die Hamburger "Gängeviertel" und ihre Lage rund um den Hafen vgl J. Schult, Geschichte der Hamburger Arbeiter 1890-1919, Hannover 1967, S. 9 ff.

(42) Die Geschichte des Radikalismus der norddeutschen Hafenarbeiter und Seeleute um die Jahrhundertwende ist noch nicht geschrieben; ihre Aktionen irrlichtern durch die Darstellungen auch vorurteilsloser Historiker, die nicht immer gleich mit dem Verdikt des "Linksradikalismus" zur Hand sein müssen. Über die politische Rolle des Hafens in der Hamburger Revolution vgl. u a. R.A Comfort, Revolutionary Hamburg. Labor Politics in the Early Weimar Republic, Stanford/Cal. 1966. Bitterböse ist natürlich die Hamburger politische Polizei, die den "Verein der Schauerleute" als politische Basis der Arbeitermilitanz begreift: "Als die unmittelbaren Urheber des Ausstandes sind Elemente verantwortlich zu machen, welche, der Hand der politischen Führer entschlüpft, endlich den Zeitpunkt für gekommen erachteten, auf eigene Faust zu experimentieren und sich mit Hilfe des Streiks in die Höhe zu schwingen. Diese Leute fanden ihren natürlichen Rückhalt in dem gut organisierten 'Verein der Schauerleute von 1892'." (Der Streik der Hamburger Hafenarbeiter 1896/97, op. cit. S. 106.)

ben hier ihren Unfug, so daß denselben polizeiliche Bewachung gegeben werden mußte (...). Sie griffen sogar die von den Bahnhöfen polizeilich geleiteten Arbeitswilligen auf offener Straße an. Die Streikposten umgaben das ganze Hamburger Gebiet, belagerten den Arbeitsnachweis, die Logis und die Herbergen der Arbeitenden, setzten sich bei den hiesigen Bahnhöfen fest und waren selbst bis tief in das Land hinein auf den wichtigeren Bahnhöfen stationiert." (43) Wir sehen, daß auch hier entgegen allen Geschichtslegenden, die bis weit in die Untersuchungen der neuen Linken fortwirken (44), die Klasse sich in ihrer direkten Konfrontation mit den Ausbeutern nicht auf den Betrieb beschränkt, daß sie zur direkten Konfrontation mit dem Ausbeuterstaat fähig ist. Zwischen den Reedern/Hafenunternehmern und Matrosen/Schauerleuten gibt es keine institutionelle Vermittlung. Die Arbeiter unterliegen, weil die Repressivität der Arbeitsorganisation sofort mit der staatlichen Unterdrückungsmaschine gekoppelt wird. Ihre Kämpfe bleiben auf bestimmte Regionen beschränkt, denn eine nationale Homogenisierung wird vom Facharbeiterzentrum systematisch blockiert. Allerdings gibt es bei den Hafenarbeitern und Seeleuten immer wieder Versuche, sich im Rahmen ihrer Branche und darüberhinaus unter dem Einfluß der nordamerikanischen "Industrial Workers of the World (IWW)" international zu organisieren. (45)
Schließlich wäre im Rahmen der Darstellung der "anderen, totgeschwiegenen Arbeiterbewegung auf die Kämpfe der Werftarbeiter vor dem ersten Weltkrieg hinzuweisen. Zusammen mit den Schlotbaronen des Ruhrgebiets und den Junkern gehören die Werftkapitalisten dem kompromißlosen und scharfmacherischen Flügel der deutschen Kapitalistenklasse an. (46) Sie sind nicht bereit, analog den Unternehmern der Maschinenindustrie Konzessionen an die Arbeitsorganisation, an die Arbeitszeit und an den Reallohn

(43) Ebd. S.112.

(44) Man vgl. beispielsweise Sergio Bologna, für den vor der Novemberrevolution nur die professionellen Arbeiter und eine relativ zahme Bergarbeiterklasse in Aktion sind. Nach den spektakulären Entdeckungen eines Erhard Lucas über die Märzrevolution 1920 im Ruhrgebiet (vgl. E.Lucas, Märzrevolution im Ruhrgebiet, Bd.I/II Frankfurt/M. 1970 und 1973) wäre es an der Zeit, auch für die Zeit vor 1914 alle Schemata und Dogmen fallenzulassen und zu den Quellen der Klassenrealität zurückzukehren. Vgl. S.Bologna, Zusammensetzung der Arbeiterklasse und Theorie der Partei an den Anfängen der Rätebewegung, in: S.Bologna, M.Cacciari, Zusammensetzung der Arbeiterklasse und Organisationsfrage, Berlin 1973.

(45) Dabei scheint Fritz Wolffheim, der 1912/13 Redakteur der IWW-Zeitung "Vorwärts der Pacific-Küste" in San Francisco gewesen und 1913 nach Hamburg zurückgekehrt war, eine wichtige Rolle gespielt zu haben. Nach Kriegsbeginn wurde er zusammen mit H.Laufenberg Exponent der Hamburger Linksradikalen. Vgl. H.M.Bock, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923, Meisenheim/Glan 1969, Biographischer Anhang, S.444.

(46) Dazu H.Kral, Die Streikkämpfe der Arbeiter der deutschen Seeschiffwerften vor dem Ersten Weltkrieg und die Haltung des Deutschen Metallarbeiterverbands, Diss. phil. Berlin 1962, S.12 ff.; Flottenrüstung und die Entwicklung der Großwerften. Vgl. auch E.Kehr, Schlachtflottenbau und Parteipolitik 1894 bis 1901, Berlin 1930.

zu machen. Ohne Zweifel hat sich im Verlauf einer forcierten Flottenrüstung eine starke professionelle Arbeiterschicht, zusammengesetzt aus Zimmerleuten, Drehern, Schlossern und Schiffbauern, herausgebildet. Aber insgesamt ist die Arbeitssituation mörderisch und brutal, und von der Mehrheit der Arbeiter wird unter despotischem Meisterkommando härteste Knochenarbeit geleistet. (47) Viele junge Proletarier verrichten als Handlanger, Nietburschen, Hitzemacher und Zuschläger schwerste körperliche Arbeit in den Nieter- und Schmiedekolonnen. Die Organisation der Ausbeutung ist also ziemlich differenziert; in den letzten Jahren vor dem ersten Weltkrieg sind die Arbeiter schon einer forcierten, an die Einführung neuer Maschinen gekoppelten Arbeitsintensität unterworfen. Der Gruppenakkord wird eingeführt. Weil die Meister die Zeitakkorde weiterhin selbstherrlich von sich aus festsetzen, bleibt der Haß gegen die Akkordschinderei weiter personell fixierbar. Während sich die professionellen Arbeitergruppen allmählich einen status quo mit den Arbeitsbedingungen erkämpfen (Zeitlohn bzw. Einzelakkord), bekommen die unqualifizierten Gruppenakkordler die Peitsche der Werkmeister, Akkordmeister, Schirrmeister und zum Teil auch der Kolonnenführer voll zu spüren. Die äußeren Arbeitsbedingungen waren miserabel: Witterung, Kälte und Feuchtigkeit, keine Ventilation. Eine Arbeitszeit bis zu 12 Stunden, die unerträgliche Arbeitssituation vor allem an der Außenhaut der Schiffe, und die Nichtexistenz minimaler Arbeitsschutzmaßnahmen führten zu einer raschen physischen Verkrüppelung vor allem der ungelernten Arbeitermassen. (48) Deshalb komplettieren die Kapitalisten ihr Antreibersystem mit rabiaten Zuchthausbedingungen, um die Arbeiter, die nicht für irgendeine Produktionskontrolle, sondern konkret gegen die Schinderei kämpfen, auf den unübersichtlichen Helgen unter Kontrolle zu halten. Seit Beginn des Jahrhunderts gab es eine eigene, aus den "Werkvereinen" rekrutierte Werftpolizei , die, als "Vorgesetzte der Arbeiter" bezeichnet (49), nie lange fackelte, wenn es galt, renitente Arbeiter zusam-

(47) Vgl. dazu Deutscher Metallarbeiterverband, Lohn- und Arbeitsverhältnisse der auf den Werften beschäftigten Arbeiter, Stuttgart 1907.

(48) Vgl. ebd. S.29 f.; R.Wissel, Die Unfall- und Erkrankungsgefahr der Arbeiter auf den deutschen Werften und die Mittel zu ihrer Verhütung, in: An die Holzarbeiter auf den Werften, Stuttgart 1906.

(49) Dazu Kral, op.cit. S.229 f.: "Die von der Werftleitung aus den Reihen der sogenannten 'nationalen Arbeitervereine' angeworbene bewaffnete Werftpolizei übte bereits seit längerer Zeit einen brutalen Terror aus. Die Angehörigen dieser Betriebspolizei wurden von der Direktion ausdrücklich als 'Vorgesetzte der Arbeiter' bezeichnet. Wiederholt brachten die Polizisten Arbeiter wegen angeblicher Vergehen (...) zur Anzeige. Die Folgen waren Geldstrafen durch Lohnabzüge. Während der Nachtschichten patrouillierten die Wachen ständig durch die Werkstätten. Sie duldeten nicht, daß die Arbeiter ihr Brot verzehrten, suchten mit ihren Blendlaternen alle Ecken und Winkel ab und leuchteten einzelnen Arbeitern sogar ins Gesicht, um festzustellen, ob sie vielleicht im Stehen schliefen. Als diese sich gegen die Behandlung wehrten, drohten sie mit der Waffe und versuchten, sie niederzuprügeln." Vgl. auch die Schilderung über das Zusammenspiel zwischen Wasserschutzpolizei und Werftpolizei bei R.Lindau, Ernst Thälmann - Leben und Kampf, Berlin 1956, S.3 f.

menzuprügeln oder mit der Pistole zur Raison zu bringen. Die "Werftpolizei" operierte genauso wie die Vögte der Junker und die "Zechenwehren" mit einem ausgeklügelten Straf-, d.h. Lohnabzugs-System.(50) Sie ist denn auch zusammen mit den Meistern bei allen Betriebsaktionen zum zentralen Angriffsziel der Arbeiter geworden; jeder Kampf, der über die Abteilung oder die jeweilige Helge hinausging, basierte erst einmal auf einer solchen direkten und gewaltsamen Konfrontation. Der große Werftarbeiterstreik von 1913 beispielsweise wurde durch brutale Übergriffe der Werftpolizei auf der Kieler Krupp-Werft mit ausgelöst. (51) Er vermochte nicht die Militanz der regelmäßigen Hafenarbeiteraufstände zu erreichen, weil der "Deutsche Metallarbeiterverband" im Verein mit der überall vertretenen Facharbeiterschicht eine solide Entschärfung im Sinn des klassischen Lohnstreiks und anderer institutionalisierbarer Forderungen bewerkstelligen konnte (52); aber auch hier gab es aufgrund der offenen Konfrontation mit der Arbeitsorganisation Kampfformen jenseits des rein institutionellen Verhandlungsdrucks und der kalkuliert-befristeten Betätigung der Streikkassen. Von daher ist es kein Zufall, daß die großen Einwandererzentren Hamburg und Bremerhaven lange vor dem ersten Weltkrieg zum einzigartigen Schauplatz einer politisch bewußten Agitation gegen den professionellen deutschen Arbeiterreformismus wurden. (53)
Mit der Analyse der Kampfformen der "anderen" Arbeiterbewegung erstreben wir keine Vollständigkeit. Das würde voraussetzen, daß wir über ein paar besonders wichtige Beispiele hinausgingen und sie entsprechend zusammenfaßten. Die Untersuchung der zwei nebeneinander existierenden Strömungen des Arbeiterkampfs muß im Rahmen dieser Arbeit fragmentarisch bleiben. Wie tief die Kluft tatsächlich ist, können wir nicht zuletzt anhand der Situation in der Papier- und Textilindustrie abschätzen: während der Textilmaschinenbau, extrem exportorientiert und einer der technologisch fortgeschrittensten der Welt, wesentlich auf professioneller Arbeitertüchtigkeit mit einem entsprechend hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad basiert, herrschen in der Textilindustrie selbst die brutalsten Ausbeutungsverhältnisse. Auch hier sehen die Unternehmer keinen zwingenden Grund, die Proletarier aus einer relativ rückständigen, härteste Schinderei abverlangenden Arbeitsorganisation freizusetzen; und wir sehen im Gegensatz zum Textilmaschinenbau den Kampfzyklus einer Klasse, der sich vor allem 1903/04 in den berühmten, vor allem mit dem Namen Crimmitschau ver-

(50) Die Werftarbeiter revolierten immer wieder gegen das System der Betriebsstrafen, vermochten es aber immer nur in örtlichen Streiks einzuschränken; vgl. Kral, op. cit. S. 230.
(51) Über die Ereignisse in Kiel vom Dezember 1912 vgl. op. cit.
(52) Vgl. ebd. S. 239 ff.: Die Werftarbeiter streiken - die Gewerkschaftsvorstände organisieren ihre Niederlage.
(53) Vgl. dazu S. Miller, Zur Geschichte der linken Sozialdemokraten in Bremen 1906-1918, in: ZfG, 6. Jg. 1958, Sonderheft zum 40. Jahrestag der deutschen Novemberrevolution 1918, S. 202 ff.; H. Laufenberg, Der politische Streik, Hamburg 1914.

bundenen Papier- und Textilarbeiterkämpfen entlädt. (54) Und auch hier zögern die Kapitalisten keinen Augenblick, die repressiven Instrumente ihres Kommandos gegen die alltäglichen Kampfformen der Arbeiter: hohe Fluktuation und unmittelbare Attacken gegen die Arbeitsorganisation - zu präzisieren. Schon in den achtziger Jahren werden in der Textilindustrie "Seidendiebstahlvereine" aufgebaut (55), kapitalistische Betriebspolizeien, welche die overlookers und Meister im Kampf gegen Respektlosigkeit des ungelernten Handlangers und Arbeiters gegenüber den Arbeitsinhalten, den Eigentumsverhältnissen und dem Produktionsziel unterstützen. Gerade die "Diebstahlvereine" sollten um die Jahrhundertwende zum Vorbild für die Vereinheitlichung des kapitalistischen Gegenangriffs auf die außerhalb der politischen Facharbeiterkontrolle stehenden Arbeitermassen werden. Bei allen branchenspezifischen Besonderheiten ist schon in den frühen Werkschutzformationen des Kapitals, die alsbald bis zu ein Prozent der Belegschaftsstärke erreichen, eine starke organisatorische Vereinheitlichungstendenz zu erkennen. Wach- und Streifendienste wurden organisiert, werkseigene kriminaltechnische Ermittlungsabteilungen vor allem zur Diebstahlbekämpfung aufgebaut. Denn man "erkannte nun in Wirtschaftskreisen, daß der innerbetriebliche Schutz der Arbeitnehmer und der Produktionsmittel nicht länger der buntscheckigen Vielfalt von Feuerwehrleuten, Pförtnern und Nachtwächtern überlassen bleiben konnte. Die erweiterte Sozialgesetzgebung, die Entstehung der Großbetriebe, die wachsenden unternehmerischen Aufgaben und Risiken, die Ausdehnung der Produktion und des Betriebsgeländes zwangen zur weiteren Rationalisierung der werkseigenen Schutzmaßnahmen." (56) Wo dieser Schritt nicht sofort möglich war, halfen außerbetriebliche Verbände, allen voran die 1901 in Hannover gegründete "Wach- und Schließgesellschaft" (57), aus.
Damit rundet sich die ganze Sache ab. In den neuen Investitionsgüterindustrien hat sich eine qualifizierte Schicht der Arbeiterklasse etabliert, die fähig ist, aufgrund des erreichten innerbetrieblichen status quo den Arbeiterantagonismus auf einen reformistischen Vermittlungskomplex mit dem

(54) Vgl.: Crimmitschau 1903-1928. Blätter der Erinnerung an Sachsens bedeutendsten Arbeiterkampf, Berlin o.J. (1928); E.Schaarschmidt, Geschichte der Crimmitschauer Arbeiterbewegung, Diss.phil., Leipzig 1934; W.Wagner, Zu einigen Fragen des Crimmitschauer Textilarbeiterstreiks von 1903/04, in: ZfG, 1.Jg. 1953, S.566-592.

(55) Den Anfang haben wahrscheinlich Krefelder Unternehmer im Jahr 1861 mit einem "Verein gegen Seidendiebstähle" gemacht. Vgl. K.Drobisch, Der Werkschutz - betriebliches Terrororgan im faschistischen Deutschland, in: JWG 1965, S.218.

(56) C.Amelunxen, Werkschutz und Betriebskriminalität, Hamburg 1960, Verlag Kriminalistik, S.11 f.

(57) "Im Jahre 1901 wurde das Hannoversche Wach- und Schließinstitut gegründet, das erste Bewachungsunternehmen auf europäischem Boden überhaupt; drei Jahre später gab es schon über 20 solcher Gesellschaften, und heute sorgen knapp 350 Unternehmen in der Bundesrepublik für den Schutz von Eigentum." E.-G.Kusch, Was die Wach- und Schließgesellschaften bieten (Wie schütze ich meinen Betrieb XVII), in: Blick durch die Wirtschaft, 11.1.73, S.5.

wilhelminischen Kapitalismus zu reduzieren. Die Facharbeiterkader der Maschinenindustrie bringen als einzige Schicht der Klasse einen vereinheitlichten Zusammenhang zwischen Klassenzusammensetzung und Organisationsfrage hervor und beginnen, die gesamte Klasse zu majorisieren. Aber die statische Arbeiterorganisation der Arbeiter-Techniker entspricht keinesfalls der Mobilität und Dynamik der Klasse in ihrer Gesamtheit und geht immer intensiver dazu über, die spezifischen Kampfformen und den alltäglichen Arbeiterantagonismus der Klassenmehrheit, der völlig außerhalb der kapitalistischen Entwicklungsperspektive steht, zu unterdrücken. Freilich bewegt sich das reformistische Integrationsmanöver von "Generalcommission" und Sozialdemokratie in ziemlich engen Grenzen: der reale Konfrontationsprozeß der Klassenmajorität angefangen von der Landwirtschaft über die Montanindustrie bis hin zu den seegängigen Produktions- und Transportzweigen mit dem politisch-ökonomischen Ausbeuterzentrum läßt sich nicht auf rein organisatorischer Ebene beseitigen. Dafür sind die Kampfformen und antagonistischen Bedürfnisse der "anderen" Arbeiterbewegung von denen der ersten zu grundverschieden. Im Gegensatz zum Metallarbeiter und zum Beamten des "Deutschen Metallarbeiter-Verbands identifiziert sie sich nicht mit den Arbeitsabläufen und -inhalten des Produktionsprozesses. Sie ist barbarisch-unzivilisiert, sie besucht keine Arbeiterbildungsvereine, sie ist unfähig, einen fragwürdigen status quo mit dem Kapital zum Ausgangspunkt von "sozialistischen" Strategien für eine beschleunigte wirtschaftliche Entwicklung zu machen. Sie ist "Mob", unberechenbar, aggressiv, zu Gewalttaten neigend und "unpolitisch". Ihre Fluktuationsraten sind hoch, ihrer Zusammensetzung nach ist sie ein Vielvölkergemisch. Mit "Zuchthausvorlagen" und Sozialistengesetzen (58) ist ihr nicht beizukommen. Soweit sie sich außerhalb der realen Kämpfe alternativ gegen den professionellen Reformismus artikuliert, besteht sie auf einer proletarischen Selbstorganisation, welche die Trennung in politische und gewerkschaftliche Institutionen an der Wurzel bekämpft und die revolutionäre Betriebsorganisation als Ausgangspunkt des proletarischen Aufstands begreift. (59) Aber das sind Randerscheinungen, Ansatzpunkte, das Verhältnis von Klassenzusammensetzung und Organisationsfrage materialistisch zu lösen, welche die politisch-ideologische Hegemonie von Gewerkschaften und Sozialdemokratie nicht ernsthaft zu erschüttern vermögen: dafür wäre die Vereinheitlichung der heterogenen Kampfzyklen der unqualifizierten Arbeitermassen in den verschiedenen Branchen nötig, die jedoch nie zustandekommt. Es sind die spezifischen betrieblichen Unterdrückungsinstrumen-

(58) Über Staatsstreichpläne gegen die Sozialdemokratie nach dem Fall des Sozialistengesetzes informieren vor allem R. Höhn, Sozialismus und Heer Bd. III, op. cit. S. 62 ff. und S. 87 ff., sowie E. Zechlin, Staatsstreichpläne Bismarcks und Wilhelms II., Berlin 1929.

(59) Solche Ansätze entwickelten vor allem F. Wolffheim und J. Knief, Exponenten der Hamburger bzw. Bremer Linksradikalen. Vgl. Anm. 53; zur Biographie Kniefs siehe H. M. Bock, op. cit. S. 432.

te: der "Landschutz", die Werftpolizeien, die "Zechenwehren" und die "Diebstahlvereine", welche die allgegenwärtige Peitsche des Meisters und die immer schnell aufmarschierten Truppen der Generalkommandos ergänzen, damit der status quo zwischen Kapital und professionellem Arbeiterreformismus als Bewegungsform jenes aufbrechenden Klassenwiderspruchs erhalten bleibt, welche zu verkraften sich der wilhelminische Absolutismus für noch am ehesten fähig hält.

2. Die Reorganisation der Arbeitskraft im ersten Weltkrieg

Wenige Monate nach der Inszenierung des ersten Weltkriegs durch Deutschland-Österreich zeichneten sich einschneidende Veränderungen in der sozialen und politischen Zusammensetzung der deutschen Arbeiterklasse ab. Vordergründig waren sie darauf zurückzuführen, daß die Blitzkriegsstrategie des modifizierten Schlieffenplans versagt hatte (60) und damit ein Millionenheer von Arbeitskräften für Jahre in den Korps der imperialistischen Armee fixiert worden war. Vor allem Facharbeiter wurden knapp. Die Umstellung der Kapitalbildung auf Rüstungsproduktion, zentralisiert in der "Kriegsrohstoffabteilung" und später im "Kriegsamt" (61), mußte allein schon hinsichtlich des Arbeitsmarkts weitreichende Konsequenzen haben. Im Rahmen der Kriegswirtschaft des ersten Weltkriegs ist zum erstenmal in der deutschen Wirtschaft der Tendenz nach ein staatlich zentralisierter

(60) Zum Schlieffenplan vgl. die ausführliche Darstellung von H. Otto, Der preußisch-deutsche Generalstab unter der Leitung von General Schlieffen (1891-1905) bei der militärischen Kriegsvorbereitung des deutschen Militarismus, Diss. phil. Leipzig 1962. Über die taktischen Modifikationen gegenüber der Sozialdemokratie gibt F. Klein, "Sonst kriege ich die Sozialdemokraten nicht mit", in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (im folgenden abgekürzt: BzG), 1967, H. 5, Auskunft.

(61) Vgl. dazu A. Schröter, Krieg - Staat - Monopol 1914-1918, Berlin 1965; und als zeitgenössische Analyse K. Helfferich, Der Weltkrieg, Bd. II, S. 173 ff.: Wirtschaftskrieg und Kriegswirtschaft, Berlin 1919.

Zuteilungsapparat von Arbeitskraft ("Zentraler Arbeitsnachweis") entstanden. (62)
Eine enorme Umschichtung der Arbeiterklasse setzte ein. Der "kleine Belagerungszustand", der die Exekutivgewalt auf den Militärapparat (die "Stellvertretenden Generalkommandos") übertrug, entwickelte sich unter gesamtkapitalistischer Regie Schritt für Schritt zur zentralen Instanz für die Planung des Verhältnisses von privater Kapitalbildung und öffentlichen Investitionen. (63). Dabei fungierte der "zentrale Arbeitsnachweis" als einheitliches Lenkungsinstrument für die Zirkulation und Umstrukturierung der Arbeiterklasse je nach den Entwicklungszielen der kapitalistisch-staatlichen Gesamtproduktion.
Die Geschichtsschreibung der traditionellen Arbeiterbewegung begnügt sich im allgemeinen damit, nach der Wiedergabe einiger statistischer Daten über die Umschichtung des Gesamtarbeiters bei der Beschreibung jenes grob umrissenen Reorganisationsprozesses der Ausbeutung von lebendiger Arbeit stehenzubleiben, um sich sodann lang und breit mit der inneren Struktur des "staatsmonopolistischen Kapitalismus" zu beschäftigen. (64) Uns interessiert hingegen vorrangig, welche materiellen Veränderungen mit welchem strategischen Ziel dieser zentralisierte Wirtschaftsapparat innerhalb der Arbeiterklasse vorangetrieben hat. Warum wurden bis zum Herbst 1916 4,3 Millionen Frauen in die Fabriken gepreßt, während der Männeranteil mit 4,7 Millionen stagnierte? Mit welchen Konsequenzen hat sich in der Metallverarbeitung, der klassischen Domäne der Facharbeit, der Anteil der Frauenarbeit verdreifacht, während sich in der Elektroindustrie der Frauenanteil am Gesamtarbeiter sogar auf 55 Prozent belaufen hat? (65) Warum bemühten sich darüberhinaus seit 1915 die Junker und die rheinischen Schwerindustriellen, über ihr "Deutsches Industriebüro" in Brüssel und die "Feldarbeiterzentrale" die Rekrutierung von belgischen und polnischen Arbeitern - meist Zwangsarbeiter - zu forcieren (66), und warum wurde diese Initiati-

(62) Über die Reorganisation und Zentralisation des Arbeitsmarkts vgl. die knappe, aber vorzügliche Analyse bei G.D.Feldman, Army, Industry, and Labor in Germany 1914-1918, Princeton 1966, S.64 ff.

(63) Vgl. H.Weber, Das Kriegsamt - Exekutive der Monopole, in ders., Ludendorff und die Monopole, Berlin 1966, S.43 ff.

(64) Eine bemerkenswerte Ausnahme in der jüngeren DDR-Literatur macht der Sammelband: Politik im Krieg 1914-1918. Studien zur Politik der deutschen herrschenden Klasse im ersten Weltkrieg, Berlin 1964.

(65) Dazu ausführlich Ch.Lorenz, Die gewerbliche Frauenarbeit während des Krieges, in: Der Krieg und die Arbeitsverhältnisse, Stuttgart-Berlin-Leipzig 1928.

(66) Für Belgien vgl. vor allem R.B.Armeson, Total Warfare and Compulsory Labor, Den Haag 1964, S.29 ff.; W.Gutsche, Zu einigen Fragen der staatsmonopolistischen Verflechtung in den ersten Kriegsjahren am Beispiel der Ausplünderung der belgischen Industrie und der Zwangsdeportation von Belgiern, in: Politik im Krieg 1914-1918, Berlin 1964; für die Zwangsarbeitspolitik in Polen W.Basler, Die Expansionspolitik des deutschen Imperialismus gegenüber Polen und den baltischen Staaten 1914-1918, Habil.Schrift PH Potsdam 1959 (MS.), bes. S.261 ff., S.282 ff., S.310 ff.

ve, die immerhin zum Import von 180 000 zusätzlichen belgischen und 130 000 polnischen Arbeitskräften führte, seit 1916 von der III. Obersten Heeresleitung und dem "Kriegsamt" massiv fortgesetzt? (67) Es ging nicht einfach darum, "unerschlossene" industrielle Reservearmeen für den Ersatz der zum Kriegsdienst eingezogenen Arbeitermassen zusammenzutreiben. Der Chemiemagnat Carl Duisberg hatte nicht nur das im Sinn, wenn er auf einer Konferenz des Preußischen Kriegsministeriums im September 1916 pathetisch ausrief: "Öffnen Sie das große Menschenbassin Belgien!" (68) Aufschlußreicher ist schon die zynische Bemerkung von Oberstleutnant Bauer, einer beherrschenden Figur des "Kriegsamts", der im Herbst 1916 in einer Denkschrift an Wilhelm II. schrieb, je "mehr Menschenmaterial zu Ende geht, um so mehr muß die Maschine an die Stelle treten"(69). Hier zeichnet sich schon ziemlich deutlich ab, was sich spätestens seit 1916 wie ein roter Faden durch die Strategiedebatte der herrschenden Klasse zieht: die materielle Basis der polarisierten Arbeiterklasse anzugreifen, den Gesamtarbeiter, der sich mit jedem Massenstreik ein Stück mehr der erstarrten Ausbeutungskonvention entzieht und das ganze System an den Abgrund treibt, nach den einzelnen Produktionssektoren aufzuspalten und völlig neu zusammenzusetzen.

Innerhalb der Kriegswirtschaft entstehen neue Ansätze zur Massenproduktion. Die entscheidende Initiative geht von der "Kriegsrohstoffabteilung" und einzelnen privilegierten Wirtschaftsverbänden aus, welche versuchen, in verschiedenen Sektoren die knapp werdenden Rohstoffe durch synthetische zu ersetzen und darüberhinaus die militärische Staatsproduktion als Vehikel für die technologisch-produktive Realisierung längst gemachter Erfindungen einzusetzen. (70) Spezielle und weiterreichende Eingriffe in die Arbeitsorganisation selbst, die geeignet wären, an die Stelle des professionellen Arbeiters und der ihm zugeordneten Handlanger- und Hilfsarbeiterschicht eine neue Klassenstruktur zu setzen, gibt es im allgemeinen noch nicht. Die Arbeiterklasse wird vielmehr im Verlauf des Booms in der Munitionsindustrie sowie in Chemie und Elektrotechnik nicht mehr weiter in Professionelle und Unqualifizierte polarisiert, sondern nach Industriesektoren aufgespalten. Gleichzeitig nehmen in den expansiven neuen Industriezweigen die unqualifizierten Arbeitermassen zu, und ein erheblicher Teil der bisherigen Funktionen des Arbeiter-Technikers wird in technische Angestelltenkategorien außerhalb des unmittelbaren Produktionsprozesses vor-

(67) Vgl. Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Bauer, Nr.14: R.Sichler, J.Tiburtius, Die Arbeiterfrage, eine Kernfrage des Weltkrieges, Berlin 1925, bes. S.101 ff.

(68) Zit. nach Armeson, op.cit. S.31.

(69) Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Bauer, Nr.2, Bl.59 f.

(70) Programmatisch dazu G.Stresemann, Industrie und Krieg. Veröffentlichungen des Bundes der Industriellen, H. 9a, Berlin 1916. Die Pläne des Chemiekapitals werden besonders deutlich in der Duisberg-Denkschrift aus dem Jahr 1915 (abgedruckt in: JWG, 1966, T.III); die Langzeitkonzeption der elektrotechnischen Industrie entwirft W.Rathenau in der Broschüre: Probleme der Friedenswirtschaft, Berlin 1917.

verlagert. (71) Das sind in groben Umrissen die Strukturen, von denen aus "Kriegsamt" und III. Oberste Heeresleitung die privilegierte Stellung des qualifizierten Arbeiters untergraben und gleichzeitig auch die Arbeitssituation der unqualifizierten Arbeitermassen schrittweise verändern. In diesem Zusammenhang ist es alles andere als ein Zufall, daß während des ersten Weltkriegs die Arbeiterklasse auch auf der Ebene des Lohns neu zusammengesetzt und gleichzeitig auch neu gespalten wird. Der Geldlohnindex der einzelnen Industriesektoren ist zwischen 1914 und 1918 deren Umstrukturierung und Rationalisierung direkt proportional gewesen. (72) Zwischen der Reorganisation der Geamtarbeitskraft und der Entwicklung der politischen und gewerkschaftlichen Institutionen der Arbeiterklasse während des ersten Weltkriegs besteht ein enger Zusammenhang. Schon vor Kriegsausbruch zeigen die "Generalcommission" der freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie in spektakulärer Weise ihre Bereitschaft, sich endgültig ins Schlepptau des kapitalistisch-staatlichen Angriffs auf die Arbeiterklasse nehmen zu lassen. Südekum und die vielen anderen Funktionäre des Arbeiterreformismus sind der Generalität immer zur Hand, wenn es bei der unmittelbaren Kriegsvorbereitung in der Julikrise darum geht, über die präventive Ausschaltung der Linken zu beraten. Ja mehr noch: der gesamte Kriegsausbruch wird nach jenen Kriterien inszeniert, welche Südekum und Co. entwerfen, in der Absicht, die Arbeiterklasse mittels der Sozialdemokratie möglichst reibungslos in die Kriegsbegeisterung mit hineinzuziehen. (73) Die Tatsache, daß die Spitze der Sozialdemokratie mit der obersten Generalität vor Kriegsausbruch über das präventive Vorgehen gegen Liebknecht und die übrige Linke beriet (74), ist zweifellos eine besonders spektakuläre Eskapade der deutschen Klassengeschichte. Trotzdem sollten wir uns auch hier hüten, einfach von Verrat zu sprechen. Der Zynismus der deutschen Sozialdemokratie hat auch hier eine klare politische Perspektive. Spätestens der turbulente Verlauf des proletarischen

(71) Eine systematische Analyse der Veränderung der Klassenzusammensetzung während des ersten Weltkriegs steht noch aus. Ansätze dazu liefert: Die Einwirkungen des Krieges auf die Bevölkerungsbewegung, Einkommen und Lebenshaltung in Deutschland (Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkriegs, Bd. 8), Stuttgart-Berlin-Leipzig 1932; A. Günther, Kriegslöhne und Preise und ihr Einfluß auf Kaufkraft und Lebenskosten, Jena 1919; J. Kuczynski, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1900 bis 1917/18, op. cit.; R. Sichler, J. Tiburtius, op. cit.; als wichtige Materialien wären auch die Jahrbücher des Deutschen Metallarbeiterverbands, Stuttgart 1915 ff., heranzuziehen.

(72) Dabei ist vor allem die zunehmende Angleichung der Löhne bei den qualifizierten und unqualifizierten Arbeitern wesentlich. Vgl. Bureau International du Travail, Fluctuation des salaires dans différents pays de 1914 à 1921. Etudes et documents No. 2, Série C, Genève 1923; und allgemein den Abschnitt über die Ära des ersten Weltkriegs bei G. Bry, Wages in Germany 1871-1945, Princeton 1960.

(73) Vgl. F. Klein, "Sonst kriege ich die Sozialdemokraten nicht mit", op. cit.

(74) Dazu vor allem D. Fricke, H. Radandt, Neue Dokumente über die Rolle Albert Südekums, in: ZfG, 4. Jg. 1956, H. 4, S. 757 ff.; W. Gutsche, Südekum und die anderen. Ergänzende Materialien zur Rolle rechter Führer der deutschen Sozialdemokratie im ersten Weltkrieg, in: ZfG 1970, H. 9, S. 173 ff.; H. Wohlgemuth, Weitere Dokumente zur Rolle Albert Südekums im ersten Weltkrieg, in: ZfG 1969, H. 6, S. 749 ff.

Kampfzyklus von 1910-1913 (75) hatte den Akteuren von "Generalcommission" und sozialdemokratischem Parteiapparat klargemacht, daß ihre auf die Facharbeiterzentren beschränkte Klassenbasis ihre Vormachtstellung innerhalb der Klasse tendenziell verloren hatte. Ein banaler Tatbestand, wenn wir bedenken, daß die Dynamik der gesamtkapitalistischen Entwicklung die erstarrten Profit-Lohn-Beziehungen in den Facharbeiter-Industrien längst überspielt hatte; daß der reale Klassenwiderspruch nicht erst seit 1913 die materielle Grundlage der bisherigen Arbeiterbewegung erschütterte. Insofern muß die ganze Südekum-Affäre als konsequente Schlußfolgerung des institutionellen Arbeiterreformismus verstanden werden: in den Augen der SPD- und Gewerkschaftsbeamten hatte die Facharbeiterbewegung politisch wie ökonomisch versagt. Weder gegen den Unternehmerstaat noch gegen die revoltierende Arbeitermehrheit war auf sie gestützt der "Sozialismus", die beschleunigte kapitalistische Entwicklung im "Volksstaat", durchzusetzen. Warum sollte deshalb nicht für eine bestimmte historische Periode die Abkehr von diesem zurückgedrängten Teil der Arbeiterklasse und die Hinwendung zu einem taktischen Bündnis mit den Unternehmerstaat als Mittel zum Zweck zu rechfertigen sein? So werden aus den reformistischen Institutionen der Arbeiterbewegung, die sich bislang darauf konzentriert hatten, die Aufstandstendenzen der unqualifizierten, "maschinenstürmerischen" und anti"sozialistischen" Arbeitermehrheit mitteld der politischen Hegemonie des Facharbeiters unter Kontrolle zu halten, innerhalb kürzester Zeit Vollzugsgehilfen des kapitalistisch-staatlichen Angriffs auf die innerhalb des Kapitals erstarrten Machtpositionen der professionellen Arbeit. Nur in diesem Sinn sollte man davon sprechen, der deutsche Arbeiterreformismus habe von seinen Institutionen her 1914 die Klasse verraten: er hat sich "rechtzeitig" von seiner Facharbeitergrundlage abgesetzt, um mittels einer veränderten taktischen Operation am Kampf "gegen die Anarchie der Konkurrenz" teilzuhaben; für die "andere" Arbeiterbewegung hat dieser Bühnenwechsel hingegen geringere Bedeutung gehabt, für sie wurde lediglich der Mechanismus der Klassenkonfrontation, der grundsätzlich schon immer bestanden hatte, abgeändert. Nur in diesem historischen Kontext können die Erschütterungen des Jahrs 1914 richtig verstanden werden. Am Anfang dieser Entwicklung steht der Umschwung vom Internationalismus - einem zentralen Inhalt des politischen Verhaltens des Facharbeiters, der die herrschenden Gewalten seit der Pariser Commune jahrzehntelang

(75) Die wichtigsten Arbeiteraktionen in dieser Zeit: Werftarbeiterstreik 1910, Bauarbeiterstreik 1910, Bergarbeiterstreik 1912, Werftarbeiterstreik 1913 waren für die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften so bedrohlich, weil sie innerhalb der Zentren der kapitalistischen Entwicklung abliefen und auf lange Sicht nicht mehr auf der schmalen Basis einer professionellen Rückwärtsgewandtheit unter Kontrolle gebracht werden konnten. Mochte die spätere USPD- und Spartakuslinke ruhig an diesen Kämpfen vorbeiagitieren: für die Legien und Co. war klar, daß sie jetzt anders optieren mußten. Ihre Chance lag darin, daß sich auch das Kapital jetzt auf sie zubewegte und sie als Instrumente eines neuen Entwicklungssprungs nutzen wollte.

vor ihm hatte zittern lassen - zur Vaterlandspartei. (76) Ihm folgt im Jahr 1916 die Teilnahme am "Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst" (77), das die Rahmenbedingungen und Gewaltinstrumente für die Restrukturierung des Ausbeutungskommandos schafft: gewerkschaftliche Mitbestimmung und Zwangsarbeit. Die Ernennung des Vorsitzenden des "Deutschen Metallarbeiter-Verbandes", Alexander Schlicke, zum Leiter des "Unterausschusses für Arbeiterangelegenheiten" im Kriegsamt, sekundiert dieses wichtige Ereignis. (78) Am Ende stehen im Revolutionsfrühling 1918 das Groener-Ebert-Abkommen (79) und die "Zentralarbeitsgemeinschaft" von Gewerkschaften und Großkapital (80), wodurch Sozialdemokratie und Gewerkschaften zusammen mit dem harten Kern von Unternehmern und Generalität die Voraussetzungen für die blutige Unterdrückung der Novemberrevolution und für die endgültige Durchführung des Angriffs auf die Bastionen des professionellen Arbeiter-Technikers und des unqualifizierten Durchschnittsarbeiters schaffen. Im Gegensatz dazu beginnt sich seit 1915/16 eine zunächst schmale Arbeiteropposition gegen den "Burgfrieden" zu formieren. Der politische Widerstand geht zunächst von den "verratenen" Facharbeiterschichten aus. Er tendiert in seinen Zentren Sachsen und Berlin da-

(76) Über die weitreichende Bedeutung dieses Kurswechsels vgl. E.O.Volksmann, Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkriege, Berlin 1925. Daß die sozialimperialistische Orientierung der SPD nicht etwa erst am Jahr 1914 festzumachen ist, zeigt die Lektüre von R.Höhn, op.cit. S.566, am Beispiel der Militärfrage in aller Deutlichkeit.

(77) Das "Vaterländische Hilfsdienstgesetz", historisch gesehen ein zentrales Instrument zur Generalmobilmachung unter der Diktatur der III. Obersten Heeresleitung, ist zweifellos das erste Manifest der herrschenden Klasse für die Einführung der Arbeit in ihrer allgemeinsten Form: die Massenarbeit. Das formulierte u.a. General Groener anläßlich einer Pressebesprechung am 13.11.1916, die der Propagierung des Hilfsdienstgesetzes diente: "Bis jetzt gab es eine Mobilmachung des Heeres und in gewissem Maße auch eine Mobilmachung der Industrie. Das genügt aber nicht. Der ganze Krieg wird mehr und mehr zur Arbeiterfrage (...). Bei dem neuen Kriegsamt handelt es sich darum, die Arbeitskräfte aus dem Volke herauszuholen." DZAP, Reichsamt des Innern, Nr.12328, Bl.268.

(78) Vgl. W.Richter, Monopolkapital, Gewerkschaften und Staat im ersten Weltkrieg und in der Novemberrevolution (1914-1919), Berlin 1959; W.Groener, Lebenserinnerungen, hrsg. v. F.Freiherr Hiller von Gaertingen, Göttingen 1957, S.346.

(79) Dieses Abkommen, unter dem Druck der heraufziehenden Novemberrevolution getroffen, schließt also einen langjährigen Prozeß der Hereinnahme der Sozialdemokratie in eine forcierte plankapitalistische Entwicklung ab. Zum Abkommen sei vor allem verwiesen auf zwei allerdings mehr moralisierende als analytische Einschätzungen aus der DDR: L. Berthold, H.Neef, Militarismus und Opportunismus gegen die Novemberrevolution. Das Bündnis der rechten SPD-Führung mit der Obersten Heeresleitung November und Dezember 1918. Eine Dokumentation, Berlin 1968; H.Küster, Oberste Heeresleitung und rechte Führung der SPD gegen die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, in: Zeitschrift für Militärgeschichte, Berlin (im folgenden abgekürzt: ZMG), 1969, H.5, S.565 ff.; sowie auf die recht apologetische, aber faktenreiche Untersuchung von W.Sauer, Das Bündnis Ebert-Groener, Diss.phil. Berlin 1957.

(80) Zur ZAG ("Zentralarbeitsgemeinschaft") vgl. DZAP, I, Nichtstaatliches Archivgut, Zentralarbeitsgemeinschaft, Nr.24, 28, 33, 36; als zeitgenössische Darstellung ihrer Funktion aus der Feder eines Kapitalisten J.Reichert, Entstehung, Bedeutung und Ziel der Arbeitsgemeinschaft, Berlin 1919; sowie die sehr informative Analyse von W.Richter, Monopolkapital, Gewerkschaft und Staat, op.cit.

zu, sich im alten kautskyanischen Zentrum zu formieren. (81) USPD und Spartakusbund - 1920/21 in der KPD wieder vereinigt - sind zwei nur nach taktischen Aspekten des Widerstands zu unterscheidende Flügel der professionellen Arbeiterbewegung, welcher seit 1916 Schritt für Schritt die materielle Basis entzogen wird. In einem anderen Zusammenhang werden wir darzustellen haben, wie sich konträr dazu, gestützt auf die 'andere" Arbeiterbewegung, bei den "Linksradikalen" der Hafenstädte, bei Einzelfigurendes Spartakusbunds - vor allem Karl Liebknecht - und bei den Hamburger Industrie-Unionisten eine neue antagonistische Linie des Arbeiterkampfs profiliert. Sie steht von Anfang an außerhalb der Ideologie der Arbeit und der von der USPD dominierten professionellen Rätebewegung. (82)
Der Exkurs über den Zusammenhang von Reorganisation der Ausbeutung und institutioneller Entwicklung der Arbeiterbewegung war nötig, um zu begreifen, warum die Vaterlandspartei in ihrer ganzen Breite - einschließlich Sozialdemokratie und "Generalcommission" - den Angriff auf die Arbeiterklasse auch in dessen offen repressiven Momenten trägt. Seit der Inszenierung des Kriegs ist unter Modalitäten, die unter voller Zustimmung der Sozialdemokratie zustandekommen, der Belagerungszustand über die Arbeiterklasse verhängt. Dabei sind es gerade die Mehrheitssozialdemokraten und die Gewerkschaftsfunktionäre, die systematisch jegliche oppositionelle Agitation an der Arbeiterbasis an die stellvertretenden Generalkommandos verpfeifen. (83) Vor allem seit der Propagierung des "Hindenburgprogramms" im Jahr 1916 (84) und der damit verbundenen Sanktionierung der Zwangsar-

(81) Dieser Tatbestand drückt einmal mehr aus, daß die sozialdemokratische Linke seit ihrer 1905 forcierten Strategiedebatte unfähig zur materiellen Analyse der Zusammensetzung der Arbeiterklasse und ihrer Umwälzungen gewesen war. Vgl. dazu M.Cacciari, Über das Problem der Organisation in Deutschland 1917-1921, in:Bologna/Cacciari, Zusammensetzung der Arbeiterklasse und Organisationsfrage, Berlin 1973, S.53 ff., dem wir aber nur bedingt zustimmen. Cacciari arbeitet die zunehmende, angesichts der einsetzenden Klassenumschichtungen geradezu grotesk anmutende Rückwärtsgewandtheit der Linken heraus, operiert aber selbst recht philosophisch, weil er eine Beziehung zur realen Klassenbewegung nicht herausstellt und so das zentrale Problem der Debatte: Verhältnis von Arbeiterautonomie und Machtfrage - aus den Augen verliert. Die Kritik der linken Intellektuellen der damaligen Zeit sollte nicht von einem intellektuellen, sondern von einem Arbeiterstandpunkt aus betrieben werden.

(82) Da die SED Ende der fünfziger Jahre nicht diese sogenannten linksradikalen Strömungen, die 1917 eine scharfe Polemik gegen den Anschluß des "Spartakusbunds" an die USPD führten (ISD, später IKD, Hamburger Linksradikale usw.), auf den Schild hob, sondern sich endgültig für die Propagierung der professionell-zentristischen Linie Bebel-Spartakusbund-KPD entschied, fehlt es bis heute an differenzierten Analysen dieser politischen Linie. Erste Ansätze zu einer genaueren Institutionengeschichte liefert allenfalls H.M.Bock, op.cit. S.57 ff.; sie sind nicht unproblematisch, weil Bock sie ständig mit den syndikalistischen Strömungen in der Sozialdemokratie vermischt.

(83) Dazu vor allem: Arbeiterführer als Verräter. Dokumente aus der Kriegszeit. Aus den Akten der Kriegsamtsstelle Leipzig, Leipzig 1919; W.Gutsche, Südekum und die anderen, op.cit.; W.Richter, Gewerkschaften Monopolkapital und Staat, op.cit.

(84) Vgl.: Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd.2, 2. durchges. Aufl., Berlin 1970, S.461 ff.; G.D.Feldmann, Army, Industry, and Labor, op.cit. S.149 ff.; H.Weber, Ludendorff und die Monopole, op.cit. S.47 ff.

beit kennt die breite Front der Vaterlandspartei keine Rücksichten mehr. Im Juli 1916 gibt das Kriegsministerium "Leitsätze für das Vorgehen der Militärbefehlshaber bei Ausbruch größerer Streiks in der Rüstungsindustrie" heraus. Sie beginnen mit dem martialischen Satz, bei "jedem Streik, durch den die rechtzeitige Versorgung des Heeres irgendwie gefährdet werden kann", sei "mit allen verfügbaren Mitteln und aller Schärfe einzugreifen". (85) Seither werden auf breiter Ebene, ganz den Richtlinien gemäß, "Rädelsführer (...) sofort in Sicherheitshaft genommen" (86) und wegen "Landesverrats" abgeurteilt. "Hetzer" - damit ist die organisierte Basis der sich allmählich wieder stabilisierenden professionell - internationalistischen Arbeiteropposition gemeint - werden serienweise zum Kriegsdienst eingezogen. Von der Möglichkeit, ganze Belegschaften zu militarisieren, wird dagegen relativ selten Gebrauch gemacht. Der verschärfte Belagerungszustand ist nur der Eisberg einer in den Details sehr viel genauer zupackenden Repression: die Vaterlandspartei schlägt immer genau da zu, wo gewaltsamer Widerstand gegen die soziale Umstrukturierung der Arbeiterklasse zu erwarten ist. Die von den Unternehmern "reklamierten", also vom Kriegsdienst zurückgestellten professionellen Arbeiter werden an ihrem Arbeitsplatz in Uniform gesteckt und militärischer Aufsicht unterstellt; alles scheinbare Äußerlichkeiten, die eindeutig die Funktion haben, den Arbeiter-Techniker trotz des einsetzenden Verlusts seiner privilegierten Stellung im Produktionsprozeß zu einer hinlänglichen Arbeitsmoral anzuhalten. Auch die Arbeiterinnen werden einem rigiden äußeren Drill unterworfen, der sie zu willenlosen Instrumenten einer absurden und kaputtmachenden Arbeitsqual in den Munitionsfabriken machen soll: sie werden oft kaserniert und wie militärische Einheiten kommandiert. Ihre Arbeitsinhalte sind nicht nur vom Produkt her destruktiv, sondern gleichzeitig in hohem Grade monoton: sie werden in der Rüstungsindustrie zum Ziehen und Lochen der Geschosse, zum Zusammenbauen von Zündern, zur Herstellung von Schießbaumwolle und Nitroglyzerin sowie zum Füllen und Stempeln der Granaten herangezogen. (87) Seit 1916 nimmt neben einem wachsenden Anteil von Jugendlichenarbeit die Frauenarbeit auch in der Heeresfahrzeugindustrie, im Waggonbau, in der

(85) Vgl. Kriegsministerium an alle Stellvertretenden Generalkommandos, Berlin den 28. Juli 1916: Leitsätze über das Vorgehen der Militärbefehlshaber bei Ausbruch größerer Streiks in der Rüstungsindustrie, abgedruckt in: E.O. Volkmann, Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkiege, Berlin 1925, S. 277.

(86) Zit. nach ebd. S. 278. Zum Funktionieren der inneren Militärdiktatur vgl. auch R. Höhn, op. cit. S. 749 ff.: Gewaltsame Unterdrückung aller radikalsozialistischen Umsturzbestrebungen von seiten der stellvertretenden kommandierenden Generäle, sowie J. Schellenberg, Die Herausbildung der Militärdiktatur in den ersten Jahren des Krieges, in: Politik im Krieg 1914-1918, Berlin 1964.

(87) Dazu Ch. Lorenz, Die gewerbliche Frauenarbeit während des Krieges, op. cit. S. 358 f., 382 f.

optischen und elektrotechnischen Industrie und selbst im Schiffbau zu. (88) So wächst unter der deutschen Arbeiterklasse ein neuer Arbeitertypus heran, der sich allein schon von seiner sozialen Zusammensetzung her nicht im geringsten mehr mit den Inhalten und den Zielen seiner Ausbeutungssituation zu identifizieren vermag. Die Arbeitsmoral wird mehr und mehr zu einer Angelegenheit der Militäreinheiten der stellvertretenden Generalkommandos, während in den Betrieben die bisherigen historischen Keimformen unternehmerischer Polizeigewalt endgültig zum "Werkschutz" zusammenwachsen und Hilfspolizeistatus erhalten. (89) Sie haben die traditionelle Meister-Vorarbeiter-Hierarchie bei der Überwachung der ungeheuer angewachsenen Arbeiterarmee zu verstärken und zu komplettieren.
Entscheidend wird der repressiv vorangetriebene Prozeß der Neuzusammensetzung der Klasse durch die Zwangsrekrutierung ausländischer Arbeiter in den besetzten Territorien, vor allem Polen und Belgien, verstärkt. Die Etappenverwaltungen arbeiten mit Akribie daran, die Volkswirtschaften der besetzten Länder in einem künstlichen Krisenzustand zu halten (90), nicht zuletzt mit dem Ziel, aus den so erzeugten Arbeitslosenmassen der östlichen und westlichen Etappe eine zusätzliche industrielle Reservearmee zu aktivieren. Spätestens seit Anfang 1915 gehen die deutschen Militärbehörden dazu über, mit brutaler Gewalt "Zivilarbeiterbataillone" auszuheben und zu Armierungsarbeiten unmittelbar hinter der Front einzusetzen (91). Allein in der belgischen Etappe werden 370 000 belgische Arbeiter in die Zwangsarbeitereinheiten gepreßt. Die Arbeitssituation ist dem 20 Jahre später im Nationalsozialismus perfektionierten Prinzip der "Vernichtung durch die Arbeit" schon unheimlich ähnlich. Die Tageslöhnung liegt mit 30 Pfennig weit unter dem physischen Existenzminimum. (92) Wer sich

(88) Dazu vor allem Jahrbuch des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Stuttgart 1916, S.18f.; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Hrsg. Statistisches Reichsamt, Berlin 1919, S.302 ff.; zu den Frauenlöhnen A.Günther, op.cit. S.30; sowie Ch.Lorenz, op.cit., passim.

(89) Vgl. C.Amelunxen, Werkschutz und Betriebskriminalität, op.cit. S.12.

(90) Zu den Verhältnissen in Belgien vgl. F.Passelecq, Unemployment in Belgium during the German occupation and its general causes, London 1917; sowie W.Gutsche, Zu einigen Fragen der staatsmonopolistischen Verflechtung, op.cit. Hinsichtlich Polen W.Basler, op.cit., Anlageband, Akten der Reichskanzlei über das Vorgehen gegenüber Polen und den baltischen Staaten.

(91) Exemplarisch für die Vorgehensweise in der belgischen Etappe F.Passelecq, Déportation et travail forcé des ouvriers et de la population civile de la Belgique occupée (1916-1918), Paris-New Haven 1928, bes. S.20 f., 329 ff.

(92) Ebd. S.339. In der NS-Ära wurden die Zwangsarbeitserfahrungen des ersten Weltkrieges übrigens gründlich studiert. Dabei kam man selbst in offen publizierten philosophischen Dissertationen zu dem Ergebnis, damals sei viel zu lasch vorgegangen worden. Es komme vor allem darauf an, das Zwangsarbeitssystem von Anfang an gegen alle "Arbeitsschädlinge" anzuwenden, denn, wie die Novemberrevolution zeige, sei gerade hier viel "vernachlässigt worden": "Die Nutzbarmachung dieser Wehr- und Arbeitsschädlinge durch Zwangsarbeit bei Absonderung von den hochwertigen Arbeitskräften würde (...) weniger die Schaffung zusätzlicher Arbeitskraft bedeutet haben als die Verhinderung von Arbeitsausfall infolge zunehmender Unzufriedenheit und seelischer Minderwertigkeit."

den Anweisungen der deutschen Kapos widersetzt, wird hart bestraft und in vielen Fällen geschlagen. Die Barackenlager der Zwangsarbeiterbataillone gleichen Vorformen der späteren Konzentrationslager. Die Ernährung ist erbärmlich, so daß beispielsweise in den Zwangsarbeitereinheiten der Etappenverwaltung in Litauen viele "an Entkräftung starben. Die Verpflegungssätze waren: ein halbes Pfund Brot pro Tag, mittags einen Liter Suppe und morgens und abends je einen Liter warmen Wassers." (93) Derart systematisch forcieren die Etappenmilitärs das Massenelend - ein Elend, dem nach 1916 nicht nur die Arbeiterklasse der besetzten Gebiete, sondern mehr und mehr die gesamte Bevölkerung zum Opfer fällt. So wurde beispielsweise "im Winter 1916-1917 (...) die gesamte Bevölkerung Litauens mobilisiert, um Arbeitsbataillone zu bilden, durch welche die deutschen Arbeitssoldaten im Lande entbehrlich gemacht und gleichzeitig dem Arbeitermangel in Deutschland selber gesteuert werden sollte. Von dieser Zeit an ist die Zahl der Zwangsarbeiter sehr groß." (94)
Die Aufstellung der "Zivilarbeiterbataillone" dokumentiert jedoch nur die eine Seite der arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten des deutschen Besatzungsregiments. *Wie wir schon andeuteten, wurden daneben seit 1915 auch die* Rekrutierungsaktivitäten der deutschen Schwerindustriellen, die zu diesem Zweck ein eigenes "Deutsches Industriebüro" in Brüssel unterhielten, genauso wie die der Junker in den Ostgebieten massiv unterstützt. 1916 wurde die Mobilisierung ausländischer Zwangsarbeiter in aller Offenheit der III. Obersten Heeresleitung übertragen. (95) In den Konferenzen zwischen Großkapital und Generalität zu diesem Thema wurde immer wieder die Bedeutung der Arbeiterrekrutierung für die deutsche Großindustrie hervorgehoben; aber selbst den Gewerkschaften war klar - das Verhalten der "Generalcommission" beweist das zur Genüge -, daß die belgischen und polnischen Zwangsarbeiter zusammen mit den Kriegsgefangenen in der deutschen Industrie als Speerspitze für die Neuzusammensetzung der gesamten Klasse gebraucht wurden - so wurde die ganze damit verbundene Bru-

F. Beyer, Die Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaftspolitik und Wehrpolitik in bezug auf die Gestaltung des Arbeitseinsatzes, Diss. phil. Berlin 1936, S. 88.

(93) Schreiben und Denkschrift der Litauischen Taryba an den Reichskanzler vom 20.10.1917, DZAP, Akten Reichskanzlei, Kriegsakten Kurland, Nr. 2404, abgedruckt in W. Basler, op. cit. S. 242.

(94) Zit. nach ebd. S. 241.

(95) Vgl. Armeson, op. cit. S. 30 ff.; F. Passelecq, Déportation et travail forcé ..., op. cit. S. 90 ff.; H. Weber, op. cit. S. 50 f. Dabei war der Zwangsimport von mindestens 300 000 belgischen und polnischen Arbeitern geplant: Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Bauer, Nr. 14, Bl. 13, Protokoll einer Besprechung im Reichsamt des Inneren v. 17.10.1916. Selbst über eine beschönigende Terminologie war man sich handelseinig: "Eigentliche Konzentrationslager für zwangsweise abgeführte belgische Arbeiter sollten nicht errichtet, auch der Ausdruck 'Lager' vermieden werden und statt dessen von 'Unterkunftstätten für Industriearbeiter' gesprochen werden."

talität auch von dieser Seite stillschweigend toleriert. (96) Der Mobilisierungsmechanismus selbst war einfach und skrupellos. Zum einen wurde je nach Bedarf in den besetzten industriellen Zentren durch Demontage, Fabrikstillegungen und flankierende restriktive Geldpolitik eine künstliche Arbeitslosigkeit geschaffen (97), zum anderen durch Entzug von Arbeitslosenunterstützungen, Nahrungsmittelrationierung usw. ein Klima produziert, das praktisch keine andere Möglichkeit als die Arbeitsemigration offenließ. Waren trotz dieser Maßnahmen die Anwerbungsraten nicht groß genug, wurde mit großen Razzien, willkürlichen Massenverhaftungen und vorgetäuschten Veranstaltungen, von denen die Besucher in die Zwangsrekrutierungsbüros abtransportiert wurden, nachgeholfen. (98) Die Besatzungsregimes haben selbst für dieses skrupellose Vorgehen in Belgien und Polen mit "Verordnungen zur Bekämpfung der Arbeitsscheu" einen juristischen Legitimationsrahmen produziert (99), ein Tatbestand, der wieder einmal anzeigt, mit welcher Gründlichkeit sich die deutsche Militärmaschine die Klassenstrategie des Unternehmerstaats zu eigen machte. Nach derartigen Großrazzien wurden die selektierten Zwangsarbeiter in Viehtransportzügen in extra freigemachte Kriegsgefangenenlager (Soltau, Wittenberg, Kassel-Niederzwehre, Güben, Munster, Altengrabow und Meschede) verbracht, wobei schon dabei viele an den durchgemachten Entbehrungen starben. (100) Die Lager selbst wurden innerhalb weniger Wochen nach dem Eintreffen der Zwangsrekrutierten zu typischen Konzentrationslagern. Die Insassen wurden gegeneinander ausgespielt, indem die militärischen Kommandanturen die "Arbeitswilligen" in "Arbeitskommandos" mit Tätigkeiten innerhalb des Lagers einteilten und den aufsässigen und "arbeitsscheuen" Rest in "Disziplinlagern" terrorisieren ließen. Dank des Sadismus der Kommandanten - meistens Reserve-Hauptleute, die den stellvertretenden Generalkommandos unterstanden - und ihrer Wachmannschaften sind in den KZs täglich durchschnittlich fünf bis sechs der Deportierten an Hunger, Infektionskrank-

(96) Einmal in die Vaterlandspartei übergewechselt sahen die deutschen Gewerkschaften natürlich keinen Anlaß, sich mit den internationalistischen Solidaritätsappellen der belgischen Arbeiter auseinanderzusetzen. Vgl.: Appel des ouvriers belges aux ouvriers de tous le pays du monde civilisé, abgedruckt in F. Passelecq, Déportation et travail forcé..., op.cit. S.193 ff.

(97) Auch das war nur ein Vorspiel für das, was sich seit 1939 in Europa abspielen sollte. Es wäre eine Untersuchung wert, die außenwirtschaftlichen Ziele des deutschen Kapitalismus von 1914-18 mit denen der Jahre 1940-1942 zu vergleichen. An interessanten Einzelstudien mangelt es nicht.

(98) Dazu im einzelnen W. Basler, op.cit. S.242 f., 262 f., 282 ff., 310 f., 332 f.; DZAP, Reichsamt des Innern, Arbeiterfragen in besetzten russischen Gebieten, Nr.19 798; Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd.2, S.494 ff.; W. Gutsche, op.cit. S.83 f.; F. Passelecq, Déportation ..., op.cit. S.90 ff., S.325 ff.

(99) Diese Verordnungen gehen mit großer Wahrscheinlichkeit - für Polen mit Sicherheit - auf eine Anweisung des Generalquartiermeisters Ludendorff zurück. Vgl. DZAP, Reichsamt des Innern, Arbeiterfrage in besetzten russischen Gebieten, Nr. 19 798, Bl.154 f.

(100) So Passelecq, op.cit. S.204 ff., 4.Kap.: Le transport des déportés; S.262 ff. 7.Kap.: Le déportés belges en Allemagne.

heiten und Entkräftung gestorben. (101) Nach unterschiedlicher Wartezeit wurden die "Arbeitskommandos" von den Konzernen geschlossen als Zwangsarbeiterkolonnen übernommen. Die Terror- und Bewachungsfunktionen gingen dabei von den stellvertretenden Generalkommandos an den "Werkschutz" über. Er war uniformiert, mit Pistolen und Karabinern ausgerüstet und bestand meistens aus deutschen Vorarbeitern und Meistern der "nationalen Werkvereine" und hatte für den geschlossenen Einsatz in den Betrieben und für die Bewachung der Barackenunterkünfte der Zwangsarbeiter zu sorgen. Schon während des ersten Weltkriegs wurde in den Großkonzernen der Eisen- und Stahlindustrie, des Chemiekapitals und der Elektroindustrie der ausländische Zwangsarbeiter zu einer alltäglichen Erscheinung, der, von den übrigen Arbeitern nach Möglichkeit streng abgetrennt, außerhalb der Arbeitszeit in besonders bewachten "Ausländerlagern" vegetierte. (102)
Wir sehen: die Mobilisierung der Frauenarbeit, der Kriegsgefangenen und ziviler ausländischer Zwangsarbeiter ist keinesfalls ein Zufallsereignis, das etwa aus besonderen Engpaß-Situationen auf dem deutschen Arbeitskräftemarkt allein erklärt werden kann. Die Tatsache, daß diese neuen Arbeiterschichten einem rein militärisch-politischen Kommandosystem unterstanden, ist integraler Bestandteil der damaligen Strategie des Kapitals. Die zusätzlich mobilisierten Pariaschichten der Klasse sollen den Prozeß der Neuzusammensetzung der gesamten Klasse forcieren helfen. Die alte Klassenpolarisierung in Facharbeiter und Ungelernte bzw. Handlanger, selbst nur Ausdruck einer in sich erstarrten Entwicklungsdynamik des deutschen Wirtschaftssystems vor dem ersten Weltkrieg, verliert an Bedeutung. Seit 1916 herrscht eine Übergangssituation, bei der - abgesehen von der Differenzierung des Gesamtarbeiters nach kriegsbedingten expansiven und stagnierenden Produktionszweigen - jegliche traditionell-schichtenspezifische Homogenität in der Arbeitsorganisation verwässert wird. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die Polarisierung der Arbeiterklasse vom Standpunkt des Kapitals aus ein notwendiges Übel gewesen; es ist unverkennbar, daß

(101) Die innere Struktur der Konzentrationslager wurde in einer vom Kriegsamt am 15.11.1916 herausgebrachten Anweisung "Grundsätze über die Heranziehung arbeitsscheuer Belgier in Deutschland" mit der Notwendigkeit der Produktion einer hinlänglichen Arbeitsmoral begründet: "Durch straffe Zucht und nachdrückliche Heranziehung zu den notwendigen inneren Arbeiten auf der Verteilungsstelle muß die Vorbedingung dafür geschaffen werden, daß die Belgier jede Gelegenheit zu gut bezahlter Arbeit außerhalb der Verteilungsstelle als eine erwünschte Verbesserung ihrer Lage begrüßen." DZAP, Rd/Nr. 19 288, Bl. 85 ff. Über die Todesraten in KZs vgl. Passelecq, op.cit. S.272. Die traurigsten Rekorde auf diesem Gebiet sind demzufolge in den "Disziplinlagern" von Ohrdruf, Preußisch-Holland und Tessendorf erzielt worden.

(102) Die besten Unterlagen darüber gibt es aus den 1916 entstandenen Leuna-Werken (dazu weiter unten). Vgl. vor allem E.Stein, Die Entstehung der Leunawerke und die Anfänge der Arbeiterbewegung in den Leunawerken während des ersten Weltkriegs und der Novemberrevolution, Diss.phil. Halle 1960. Auch Karl Früholz, Das System der Zwangsarbeit in den Betrieben der IG Farben, Diss. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED Berlin 1964 (Ms.), geht auf die Zwangsarbeiterverhältnisse im ersten Weltkrieg ein.

beide Hauptströmungen der Arbeiterbewegung - abgesehen vielleicht von der Eisenhüttenindustrie - auf einer enorm verringerten kapitalistischen Entwicklungsdynamik basierten. In fast allen wichtigen Industriezweigen war der Klassenantagonismus aufgrund einer erheblich reduzierten Kapitalfixierung erstarrt. Und erst nach zwei Kriegsjahren hält sich der Unternehmerstaat für fähig, sich aus dieser Pattsituation zu lösen - ein nicht zu unterschätzender Beweis für die Aggressivität eines überakkumulierten Gesamtkapitals. Aber selbst für das Jahr 1916 sind die Ansatzpunkte noch rar, die den endgültigen Durchbruch zum reorganisierten kapitalistischen Kommando über die lebendige Arbeit signalisieren: mancherorts wird freilich schon eine vollständig veränderte Arbeiterklasse aus dem Boden gestampft. Ein Beispiel soll zeigen, daß gleichwohl seit dem Herbst 1916 eine ganze Epoche des Arbeiterkampfs unwiderruflich zu Ende ist.
Zu Beginn des ersten Weltkriegs war die Basisindustrie der deutschen Sprengstoff- und Munitionsfabriken noch weitgehend auf Chilesalpeter als natürlichen Rohstoff angewiesen. Als sich der Krieg in die Länge zog, gewann in den Produktionsplänen der "Kriegsrohstoffabteilung" bzw. seit 1916 des "Kriegsamts" die Möglichkeit, den Salpeter nach dem Haber-Bosch-Verfahren synthetisch zu erzeugen (103), rasch an Bedeutung. Bei der technologischen Realisierung des gesteigerten Bedarfs schob sich nach erbitterten Konkurrenzkämpfen der Konzern der "Badischen Anilin- und Sodafabriken" in den Vordergrund. Es gelang den Managern des Unternehmens, mit ihrem Werk in Oppau und einem weiteren Bauvorhaben in Mitteldeutschland in der Gegend von Halle-Merseburg die Luftstickstoffindustrie, nach der Teerfarbenindustrie der jüngste Zweig des Chemiekapitals (104), weitgehend zu monopolisieren. Im Herbst 1915 setzte der BASF-Konzern das mitteldeutsche Kombinatsprojekt endgültig gegenüber der "Obersten Heeresleitung" durch; seit April 1916 ist eines der gigantischsten Neubauvorhaben der deutschen Chemieindustrie voll angelaufen. Ausgestattet mit der Autorität und den Machtmitteln der Generalität, trieben die BASF-Unternehmer es mit brutaler Härte, die alle Möglichkeiten des "kleinen Belagerungszustands" ausschöpfte (105), voran. In einer einzigen Großaktion wurden die 130 Besitzer des Baugeländes der späteren Leuna-Werke, meistens Kleinbauern und Handwerker aus 27 Dörfern, enteignet. Unmittelbar danach, Ende April 1916, konnte die BASF auf einem 4,5 x 2,1 km großen Gelände mit dem Bau beginnen. Die zweite Ausbaustufe war ein Jahr später kaum erreicht, als schon der erste Hochdruckofen für die Ammoniak-Synthese an-

(103) Vgl. E.Stein, op.cit. S.26 f.; zur Rolle von Haber und Bosch in der Gesellschaft H.Betke u.a., Zur Rolle von Fritz Haber und Carl Bosch in Politik und Gesellschaft, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der TH für Chemie Leuna-Merseburg, Jg. 1960/61, H.1.
(104) Dazu A.Beyer, 50 Jahre Stickstoffindustrie, in: Chemische Technik, Jg.1954, H.10, 11.
(105) Dazu gehörten: bevorzugte Reklamierung von Facharbeitern, forcierte Enteignungsmaßnahmen, höchste Dringlichkeitsstufe des Projekts, bevorzugte Lieferung von Eisen- und Metallkontingenten usw.

gefahren und die Produktion aufgenommen wurde.
Durch das Leuna-Projekt wurde die mitteldeutsche Arbeiterklasse schlagartig umgewälzt. Innerhalb von zwei Jahren entstand im Raum Halle-Merseburg eine enorm konzentrierte Arbeiterklasse, wobei bis weit über das Kriegsende hinaus neben den Produktionsarbeitern des Ammoniakwerks die Bauarbeiter dominierten. Das Ergebnis des Ammoniak-Booms war ein entzivilisiertes und nur schwer kontrollierbares Proletariat, das alsbald die Kämpfe in der gesamten mitteldeutschen Region anführen sollte. Das Hauptkontingent stellten die Facharbeiter, allesamt "reklamierte Wehrpflichtige", die jederzeit, wenn die Manager der BASF bzw. der Bau- und Montagefirmen es wollten, zum Kriegsdienst zurückgeholt werden konnten. Sie waren auch am Arbeitsplatz uniformiert und unterstanden den Militärgesetzen; eine besondere Einheit des Magdeburger stellvertretenden Generalkommandos, in der Barackensiedlung der Arbeiter stationiert, hatte für ihre Disziplin zu sorgen. Die zweitgrößte Arbeitergruppe waren dienstverpflichtete Arbeiter: Halbbauern-Proletarier, Dorfhandwerker, bankrotte kleine Gewerbetreibende, die sich wegen der relativ hohen Industrielöhne aus der näheren Umgebung hatten anwerben lassen. (106) Hinzu kamen riesige Kolonnen weiblicher Arbeiter, Kriegsgefangener und belgischer Zwangsarbeiter, die innerhalb der schillernden neuen Betriebshierarchie die schwersten und dreckigsten Tätigkeiten zugeschoben bekamen und dafür oft nicht einmal die Hälfte des an die männlichen deutschen Arbeiter gezahlten Lohns erhielten. (107) Ohne Zweifel setzte das BASF-Management alles daran, die derart bunt in und um Leuna zusammengewürfelte multinationale Arbeiterklasse besonders scharf unter Kontrolle zu halten. Es versuchte von vornherein, die überholte und nicht mehr durchzuhaltende Polarisierung in Facharbeiter und unqualifizierte Handlangerschicht durch eine der aufgefächerten sozialen Zusammensetzung angepaßte differenzierte Hierarchie zu ersetzen. Als ruhender Pol der Arbeitsdisziplin waren nicht mehr einfach die professionellen Arbeiter, ohnedies kaum mehr als 40 Prozent des Gesamtarbeiters, sondern eine aus dem Ludwigshafener Stammwerk abgezogene "Stammbelegschaft" ausersehen (108), die aus qualifizierten und unqualifizierten Arbeiterkategorien bestand. Damit versuchte das Unternehmen der Tatsache Rechnung zu tragen, daß es auf die seiner unmittelbaren Kontrol-

(106) Dazu Stein, op.cit. S.174 ff.: Die reklamierten Wehrpflichtigen; S.178 ff.: Die Hilfsdienstverpflichteten.

(107) Vgl. ebd., S.181 ff.: Weibliche Arbeitskräfte; S.187 ff.: Belgische Deportierte; S.190 ff.: Kriegsgefangene. Zur Klassenzusammensetzung zwischen 1916 und 1918 vgl. auch: Kämpfendes Leuna. Die Geschichte des Kampfes der Leuna-Arbeiter, Teil I, Halbband (1916-1933) Berlin 1961.

(108) Vgl. Stein, op.cit. S.247. Wie sehr die Zusammensetzung bei Leuna die Struktur der mitteldeutschen Arbeiterklasse im ersten Weltkrieg veränderte, zeigt E.Stein, Zur Geschichte der mitteldeutschen Arbeiterbewegung in den Jahren des 1. Weltkrieges, in: Wissenschaftliche Zeitschrift Universität Halle-Wittenberg, gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, 1958/59, H.1.

le entzogenen Facharbeiter als Stützen der Betriebsdisziplin kaum mehr setzen konnte. Die Ideologie der Professionalität und des Berufsstolzes hatte sich bei ihnen in der Tat in den Schützengräben enorm gelockert. Hinzu kamen Arbeitsbedingungen, die sich von den vor dem Kriegsausbruch üblichen elementar unterschieden: ein ungeheures Durcheinander auf der Riesenbaustelle, auf der gleichzeitig rücksichtslos die Ammoniakanlage angefahren wurde; ein babylonisches Gewirr von Reklamierten in ihren Uniformen, kriegsgefangenen Franzosen und Russen - ebenfalls in ihren alten Uniformen; von Frauen, Jugendlichen und Hilfsdienstverpflichteten, und ein nicht weniger babylonisches Sprachengewirr; die Lockerung der Sexualmoral, da statt der Ehebetten jetzt allenfalls der Gang in die Frauenbaracken zu absolvieren war (109); und nicht zuletzt die Tatsache, daß der Versuch der Manager und der Militärbehörden immer wieder scheiterte, die Arbeiter, die zu über zwei Dritteln in den Leuna-Barackenkolonien vegetierten, in genauer Entsprechung der Ausbeutungshierarchie getrennt zu kasernieren. So stellten sich denn auch gerade die Barackenlager alsbald als Hochburgen immer neuer Arbeiterrevolten heraus, derart, daß sie nach dem mitteldeutschen Aufstand von 1921 endgültig wieder abgerissen wurden. (110) Mithin war von der Behäbigkeit und der reformistisch-provinziellen Bedachtsamkeit einer professionell beherrschten Arbeiterbewegung in Leuna von Anfang an nicht allzu viel zu spüren. Die Arbeitermassen von Leuna sind nach einer kurzen Periode des Abwartens gegenüber der USPD-Initiative ziemlich bald ihre eigenen Wege gegangen. (111) Die Produktion von synthetischem Ammoniak war Funktion einer weit verzweigten, verfahrenstechnisch organisierten und in sich geschlossenen Maschinerie, die einen enormen Aufwand an konstantem Kapital fixierte; sie war der Beeinflussung durch die lebendige Arbeit weitgehend entzogen. Die äußeren Umstände: das Chaos und der Dreck der Baustelle, die massenhafte Kasernierung, die soziale Entwurzelung der Mehrheit des Gesamtarbeiters, taten das ihre dazu, um eine am Produktionsablauf fixierte Arbeitsideologie und Selbstbescheidung der Proletarier gar nicht erst aufkommen zu lassen. Den Kapitalisten blieb nichts anderes übrig, als die Arbeitsmoral von außen her zu stabilisieren: durch die Bewachungseinheiten der Magdeburger Militärverwaltung und durch einen Werkschutz, der das Kommando über die deutschen Reklamierten und die Kriegsgefangenen ergänzte und gewaltsam zu-

(109) Vgl. E.Stein, Die Entstehung der Leuna-Werke, op.cit. S.186 f. Angeblich waren - nach dem Inspektionsbericht einer Referentin der Kriegsamtsstelle Magdeburg - die guten Sitten derart gelockert, daß wegen "des schlechten Rufes (...) der Arbeitsnachweis keine Arbeiterinnen mehr für das Leunawerk vermitteln" konnte.

(110) Vgl. dazu Industrie-Siedlung Leuna-Werke. Ein Rückblick, in: Siedlung und Wirtschaft, Jg.1938; E.Stein, op.cit. S.195 ff

(111) So waren 1920 10 000 Leuna-Arbeiter Mitglieder der "Allgemeinen Arbeiter-Union", und das, nachdem sich in Mitteldeutschland der USPD-Reformismus zunächst ziemlich breit entwickelt hatte! Vgl. H.H.Bock, op.cit. S.303. Bock zitiert eine Auskunft des KAPD-Mitbegründers Peter Utzelmann.

sammenfaßte. Es ist kein Zufall, daß gerade die Leuna-Arbeiterklasse sich alsbald als zentraler Motor eines qualitativ neuartigen Zyklus von Arbeiterkämpfen entpuppt; daß, wie ein DDR-Historiker verächtlich schreibt, der "Sektierer" Max Hoelz sich anschickt, in der Leuna-Barackenstadt sein Unwesen zu treiben. (112)

(112) So E. Stein, op. cit. S. 308. Es ist makaber, wie sich Stein in der sonst sehr informativen Arbeit S. 300 ff. mit der "linkssektiererischen Linie" der Leuna-Arbeiter zwischen 1919 und 1921 auseinandersetzt.

3. Die zwei Arbeiterbewegungen in der revolutionären Nachkriegsphase

Sobald sich der endgültige Bankrott der Kriegspolitik der III. Obersten Heeresleitung nicht mehr vertuschen läßt und die Großindustriellen die Generalität zu Waffenstillstandsverhandlungen drängen (113), tritt die in zwei Strömungen gespaltene deutsche Arbeiterbewegung verstärkt in Aktion. Jetzt artikuliert sich in den zunächst diffusen gesellschaftlichen Erschütterungen, was sich in ersten Ansätzen von der veränderten materiellen Ausbeutungssituation her in Bewußtsein umgesetzt hatte. Da dieser Transformationsprozeß noch nicht weit fortgeschritten war, da die Neuzusammensetzung der Klasse noch in den ersten Kinderschuhen steckte, blieb vieles verschwommen, unklar oder ist einfach in den ungeheuer beschleunigt aufeinanderfolgenden Klassenverschiebungen und Klassenzusammenstößen untergegangen. Deshalb würde jede Vereinfachung Polarisierungen heraufbeschwören, die voll herausgebildet noch gar nicht vorhanden sind. Trotzdem kristallisieren sich im Verlauf der zwei Jahre nach dem deutschen November zwei Richtungen heraus, die das Verhältnis von Arbeiterkampf und Arbeiterorganisation entscheidend beeinflussen. Sie haben ihre Schwerpunk-

(113) Vgl. zu diesem wichtigen Tatbestand J. Petzold, Die Rolle führender Vertreter des deutschen Monopolkapitals bei der Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen im Ersten Weltkrieg, in: Monopole und Staat in Deutschland 1917-1945, Berlin 1966, S. 79 ff.; ders., Die Entscheidung vom 29. September 1918; in: ZMG, 1965, H. 5.

te in unterschiedlichen Phasen der revolutionären Nachkriegskrise und bestimmen in einer gut faßbaren Periodisierung das historische Geschehen: die Etappe der professionellen Räteautonomie vom November 1918 bis Frühjahr 1919, die, ohne jegliche politische Macht, von Sozialdemokratie und Generalität mühelos zerschlagen wird, und die Periode von Herbst 1919 bis Frühjahr 1921, wo die revolutionierte Arbeitermehrheit von den Zentren der "anderen" Arbeiterbewegung aus das Verhältnis von Arbeiterautonomie und Kampf um die politische Macht praktisch zu lösen sucht. Die erste Arbeiterrevolution der deutschen Geschichte bricht endgültig im Frühjahr 1921 mit der Niederlage des mitteldeutschen Aufstands zusammen. Die zwei Perioden der proletarischen Nachkriegskämpfe werden von den zwei Flügeln des Arbeiterkampfs bestimmt, so wie sie sich ansatzweise schon in der wilhelminischen Ära gegeneinander profiliert hatten. Sozialdemokratie und Gewerkschaften hingegen entwickeln sich endgültig zu Momenten des kapitalistischen Gegenangriffs in der Fabrik wie auf gesellschaftlicher Ebene, ihre Politik ist zusammen mit Generalität und Gesamtkapital von Anfang an gegen die gesamte Arbeiterklasse gerichtet und kennt keine Phasenunterschiede. Demgegenüber nimmt die KPD nach der Arbeiterniederlage die Traditionen der professionellen Arbeiterbewegung, um spezifische Modifikationen des Internationalismus bereichert, wieder auf, während von der Kapitalseite her in einer immensen Rationalisierungsbewegung die Neuzusammensetzung der Durchschnittsarbeitskraft vorangetrieben wird.
Die zweifellos konstanteste Kampflinie gegen die Arbeiter ist repräsentiert durch die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie. Sie haben den Eintritt in die Vaterlandspartei und den "Burgfrieden" schon immer als Mittel zum Zweck verstanden, als unabdingbare Durchgangsstufe zu einer breiten gesellschaftlichen Leitung des Wiederaufbaus und des Übergangs zum Staat der Arbeit, nachdem sich das Festhalten an der politischen Strömung der Arbeiterklasse als inadäquat erwiesen hatte. Die Ebert, Legien, Scheidemann und Noske wissen sich mitsamt ihrem institutionellen Apparat auf einer gemeinsamen taktischen Linie mit den Kapitalmagnaten der neuen Industrien, die innerhalb der Kriegswirtschaft die ersten Fundamente für die technisch-ökonomische Reorganisation des Verhältnisses von Kapital und Arbeit geschaffen haben. (114) Sie arbeiten mit an den erforderlichen Voraussetzungen, damit das kapitalistische Hirn eine neue Initiative gegen die Erstarrung in den Ausbeutungsbeziehungen gebiert. Nicht länger soll die

(114) Es ist frappierend, wie sich die wirtschaftspolitischen Strategien der Mehrheitssozialdemokratie der Publizistik der Rathenau in dieser Zeit angleichen und umgekehrt. Für die Sozialdemokratie und den AEG-Präsidenten geht es gemeinsam darum, die kapitalistische Ausbeutungsorganisation als gesellschaftliche Klassenorganisation zu propagieren und die Arbeiterklasse endgültig in die kapitalistische Entwicklung hineinzunehmen. Die "neue Wirtschaft" wird nach diesen Vorstellungen nicht sein oder zu einer stabilen und "bewußt geplanten" Synthese von Kapital und Arbeit werden. Vgl. dazu exemplarisch W. Rathenau, Die neue Wirtschaft, Berlin 1918; R. Wisell, A. Striemer, Ohne Planwirtschaft kein Aufbau. Eine Aufklärungsschrift, Stuttgart 1921.

Neubestimmung des unternehmerischen Kommandos, welches sich gerade anschickt, mittels des gewerkschaftlich-kapitalistischen Demobilmachungsamts einen erfolglosen Zyklus der Verlagerung seiner Krisenmomente nach außen abzuschließen und die Arbeiter von den Kanonen an die Drehbänke zurückzubringen (115), in den bisherigen Halbheiten - beschleunigte Kapitalkonzentration und -kombination, Aufbau neuer industrieller Teilsektoren, Perfektionierung der traditionellen Technologien - steckenbleiben. Diesmal soll der Angriff tiefer gehen. Er soll die Struktur des Gesamtarbeiters völlig umwälzen und die beiden Arbeiterbewegungen mit einem einheitlichen Instrumentarium aus ihren Positionen vertreiben, derart, daß die politisch weitgehend homogenisierte Facharbeiterschicht an ihrer materiellen Basis ausgehöhlt, aber auch bei der beschleunigten Reproduktion der unqualifizierten Arbeitermassen deren rebellischer, auf regionale Schwerpunkte fixierter Kampfcharakter gezähmt wird. Rationalisierung, Mechanisierung der Produktion, Versachlichung der Arbeitsabläufe bei staatlicher Regulierung der Gesamtproduktion: was bislang in den Köpfen der Utopisten von AEG und SPD-Kneipwirten und Parlamentsabgeordneten herumspukte (116), wird zum konkreten Kampfprogramm. Unmittelbares Ziel ist die Liquidierung aller Ansätze professioneller "Arbeiterkontrolle" und regionalen Arbeiterrevolten, die aufgrund ihrer internationalen Dimension und ihrer kombinierten Wirkungen auf die Arbeitsproduktivität sehr wohl die Entwicklungsperspektive eines deutschen Nachkriegskapitalismus blockieren. Das Ergebnis des Wiederaufbaus soll eine neue unternehmerische Dynamik innerhalb des demokratisierten Staats der Arbeit, eine sprunghafte Rekonstruktion des Industriepotentials, die endgültige Realisierung des zynischen Plans des Arbeiterreformismus sein, sich nicht mehr nur auf die professionellen Arbeiter zu berufen, sondern die gesamte Klasse in die kapitalistische Entwicklung hineinzunehmen. Es ist unglaublich zu sehen, mit welcher Energie, Elastizität und Kühnheit die Ebert, Legien, Noske, Severin und Co. seit dem Herbst 1918 im Dienst dieser Programmatik operieren.(117) Wie sie, nachdem sie jahrelang die entstehende Obleute- und Räteorganisation

(115) Zur Entstehung und Funktion des Demobilmachungsamts liegt bisher nur die Untersuchung von W.Richter, Gewerkschaften, Monopolkapital und Staat, op.cit., vor. Zur Diskussion über das Verhältnis von Demobilmachung und Einleitung der Rationalisierungsoffensive wären folgende Akten des Bundesarchivs Koblenz zu konsultieren: Reichskanzlei R 43 I/1324, Akten betr. Protokolle der Kabinettssitzungen, Bd.1, 14.11.1918 - 12.12.1918.

(116) Umso mehr erstaunt, wie konsequent diese "Utopisten" 1918 vorgingen: während Rathenau die Homogenisierung der kapitalistischen Planung vorantrieb, konzentrierten sich Sozialdemokratie und Gewerkschaften auf die Rückgewinnung ihrer Initiative in den industriellen Ballungszentren. Vgl. E. Lederer, Die Gewerkschaftsbewegung 1918-1919 und die Entfaltung der wirtschaftlichen Ideologien in der Arbeiterklasse, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd.47, 1920/21, S.219 ff.

(117) In diesem Zusammenhang sollten vor allem G.Noske, Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1920, und C.Severing, 1919/20 im Wetter- und Watterwinkel, Bielefeld 1927, gelesen werden.

der politischen Polizei und den stellvertretenden Generalkommandos denunziert haben, im richtigen Augenblick in sie eindringen und sie mittels ihrer alten Funktionärskader bis hin zum Reichsrätekongreß paralysieren, (118) indem sie einfach deren Halbheiten und panische Angst vor der Ausübung politischer Macht verstärken. Wie Noske sich in Kiel an die Spitze des Matrosenaufstands setzt (119), um unmittelbar darauf in Berlin die ersten Freikorps aufzubauen und mittels ihrer selbst die geringfügigsten Ansätze zur proletarischen Macht im Keim zu ersticken. Wie die "Generalcommission" und das Großkapital die "Zentralarbeitsgemeinschaft" zimmern, um erst einmal "die bisher am Werk gewesenen Elemente der Individualwirtschaft wieder in Gang zu bringen", und später zu "sehen, wie man in die Dinge eingreift und die Wirtschaft den neuen Gesichtspunkten entsprechend ummodelt" (120). Wie die Sozialdemokratie über den "Rat der Volksbeauftragten" im Dienst des kapitalistischen Reorganisationsplans (121) immer da eine entfesselte Soldateska zuschlagen und systematisch killen läßt, wo reale Widerstandslinien gegen den großen Plan der Erneuerung des Ausbeutungszyklus entstehen.

Die internationalistisch-professionelle Strömung der Arbeiterbewegung hat in Deutschland nichts von der zynischen Entschlossenheit und Brutalität eines Noske aufzuweisen. Alles, was sie real vorantreibt, geschieht von Berlin, Leipzig und Chemnitz bis hin nach Kienthal und Zimmerwald unter der Etikette des Pazifismus, der Defensive, der panischen Angst vor der Bestimmung der Klassengewalt. Die USPD und in ihrem Schlepptau der Spartakusbund entwickeln sich zum Tummelplatz der Rätebewegung. Das kautskyanische Zentrum spaltet sich in dem Augenblick von der Mehrheitssozialdemokratie ab, wo in den Zentren Berlin und Sachsen unter der Führung der professionellen Arbeitergruppen mit der Massenstreikbewegung vom April 1917 (122) ein neuer Kampfzyklus beginnt. Entsprechend ihren uner-

(118) Zur Taktik der Sozialdemokratie auf zentraler Räteebene vgl.: Allg. Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, 16.-21.12.1918. Stenographischer Bericht. Hrsg. Zentralrat der sozialistischen Republik Deutschland, Berlin 1919; sowie E. Kolb, R. Rürüp, Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik 19.12.1918-8.4.1919. Vom ersten zum zweiten Rätekongreß, Leiden 1968.

(119) Vgl. Noske, op. cit. S. 8 ff.

(120) So Koeth in einem Bericht über die Fachgruppen des Demobilmachungsamtes, in dem er vorschlägt, sie später als Wirtschaftsverbände zur Steigerung der Produktivität einzusetzen. Bundesarchiv Koblenz, Reichskanzlei R 43 I/1324, Protokolle der Kabinettssitzungen, Bd. I, Bl. 282.

(121) Vgl. I. Materna, Zur Wirtschaftspolitik des Rates der Volksbeauftragten, in: Monopole und Staat in Deutschland 1917-1945, op. cit. S. 95 ff.; E. Matthias, S. Miller (Hrsg.) Die Regierung der Volksbeauftragten, 2 Bde., Düsseldorf 1968.

(122) Literatur zu den deutschen Aprilstreiks 1917: Deutschland im ersten Weltkrieg, Bd. 2, op. cit. S. 676 ff.; H. Scheel, Der Aprilstreik 1917 in Berlin, in: Revolutionäre Ereignisse und Probleme in Deutschland während der Periode der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917/18, Berlin 1957, S. 3 ff.; K. Schneider, Der Streik der Leipziger Arbeiter gegen den imperialistischen Krieg im April 1917 und die Haltung der Leipziger USPD-Führung, in: BzG, 1963, H. 2. Die professionelle Führung ist übrigens von Anfang

schütterten berufsbezogenen Wertvorstellungen beginnen die Arbeiter-Techniker, sich unter weitgehendem Einschluß der Techniker-Angestellten auf Betriebsebene zu organisieren. Die "Arbeiterausschüsse" und Schlichtungsgremien des "Vaterländischen Hilfsdienstes" werden als Tribüne der Agitation für die Selbstverwaltung der Produktion durch die Arbeiter und für eine schnelle Beendigung des Kriegs benutzt. Der Kampf um die Macht wird in seiner Stoßrichtung reduziert auf den Kampf um die Arbeiterautonomie in den Betrieben, wo die Räte als Institutionen direkter Demokratie die Organisation der Arbeit auf der formellen Ebene der Betriebshierarchie bestimmen. Die Wirtschaftsstruktur ist hingegen für den Sozialismus "noch nicht reif", und deshalb erscheint den USPD- und Rätetheoretikern jede Auseinandersetzung mit dem Problem der Umwälzung der politischen Herrschaftsverhältnisse überflüssig.(123) So konnten die Vorstellungen der klassischen Sozialdemokratie vom "Sozialismus", jener harmlosen Gesellschaftsoperation, die sich nur schrittweise und auf streng vorgeschriebenem parlamentarisch-institutionellem Weg vollziehen lasse, fröhliche Urständ feiern. Das waren die Zielvorstellungen, mit denen sich die Facharbeiterkader der Berliner und sächsischen Metallindustrie endgültig von Gewerkschaften und Mehrheitssozialdemokratie abwendeten. Die "Arbeiterkontrolle" der Räte über den Reproduktionszyklus wird verstanden als betriebliches Kampfinstrument; sie hat die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß "Arbeitslust und Arbeitsfreudigkeit im deutschen Volk wieder Wurzel schlagen können." (124) Allein dieses Zitat zeigt, wie sehr die Facharbeiter 1918 gezwungen sind, in die Defensive zu gehen; wie sehr sie sich im Gegensatz zur wilhelminischen Ära nicht mehr auf die Erkämpfung ihres status quo konzentrieren, sondern auf die Restauration einer historisch längst überholten Ausbeutungssituation eingeschworen sind.
Aber trotz dieser Rückwärtsgewandtheit wird die erste Phase der proletarischen Nachkriegskämpfe bis zum bitteren Ende in der Generalstreikwelle des Frühjahrs 1919 (125) von der professionellen Arbeiterbewegung be-

an charakteristisch: in einer typischen Nachtrabpolitik werden den massenhaften Hungerrevolten nach dem "Kohlrübenwinter" 1916/17 pazifistische Streik- und Manifestationsparolen aufgesetzt.

(123) So Kurt Eisner, der Volksbeauftragte Barth, aber auch der Senior der Internationale, Karl Kautsky. Vgl. R. Müller, Die Novemberrevolution, Berlin 1928, bes. S.198 ff.; K. Kautsky, Was ist Sozialisierung?, 2. Auflage, Berlin 1920. Vor allem die USPD machte sich also daran, die defensive Orientierung der Rätebewegung, die den bisherigen status quo der Facharbeiter erhalten wollte und nichts weiter, "marxistisch" zu theoretisieren.

(124) So der "Arbeiter-Rat". Zit. nach P. v. Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution, Düsseldorf 1963, S.100.

(125) Zu den Generalstreiks und dem damit verbundenen Berliner Aufstandsversuch im März 1919 vgl. vor allem: R. Knoll, Der Generalstreik und die Märzkämpfe in Berlin im Jahre 1919, in: Wissenschaftliche Zeitschrift Karl-Marx-Universität Leipzig, gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, 1957/58, S.477 ff.; P. v. Oertzen, Die großen Streiks der Ruhrbergarbeiterschaft im Frühjahr 1919, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 6. Jg. 1958, S.231 ff.; H. Schubert, Der mitteldeutsche Generalstreik 1919, Diss. phil. Leipzig

stimmt. Denn sie ist, kombiniert mit einem radikalen, durch den russischen Oktober bestärkten internationalen Pazifismus, sehr wohl in der Lage, das kapitalistisch-gewerkschaftliche Demobilmachungsprojekt zu blokkieren. Sie verhilft einer realen Arbeiterautonomie zum Durchbruch, welche die kapitalistisch-gewerkschaftliche Reaktion auf Betriebsebene zu einer komplizierten Hinhaltetaktik zwingt. (126) Ihr Manko besteht nur darin, daß sie erstens die Frage der proletarischen Produktionskontrolle mit der Machtfrage schlechthin verwechselt, daß sie der Illusion verfallen ist, aus dem Kampf um die Arbeiterautonomie in den Betrieben würde ein entsprechendes Wirtschaftssystem der restaurierten professionellen Arbeit sozusagen von selbst entstehen: als ob es auf gesellschaftlicher Ebene nicht noch einen intakten Verwaltungs- und Militärapparat gegeben hätte, der nicht die geringste Lust zeigte, die Umwälzung der Klassen in die Richtung eines vergesellschafteten Kapitals mit einer weit außerhalb stehenden und selbstorganisierten Arbeiterklasse kampflos hinzunehmen. Die Problematik der Rätebewegung wird zweitens in der Tatsache deutlich, daß sie mit ihren beschränkten Kampfzielen keinesfalls mehr dem inzwischen aufgekommenen antagonistischen Arbeiterverhalten entspricht, das seinen ganzen Haß von Anfang an gegen die Militärmaschine und die Generalität richtet. Die Räte sind nur von einer minoritären Schicht der Arbeiterklasse als adäquate Kampfinstrumente anerkannt, sie sind Institutionen der Arbeiterautonomie in den klassischen Facharbeiterzentren der Investitionsgüterindustrie. (127) Sie dominieren die Klassenbewegung bis zum Frühjahr 1919 lediglich deshalb, weil sie die Propagandisten der großen Massenstreiks von 1917 gewesen sind und weil sie seither in der USPD und im Spartakusbund einen wirkungsvollen überbetrieblichen Resonanzboden für ihre Agitation besitzen. Gleichwohl hat diese politische Vormachtstellung fatale Folgen. In der entscheidenden Phase der Novemberrevolution, in jenen Monaten November und Dezember, wo das Ebert-Groener-Abkommen gegen die Arbeiter zwar schon zu Papier gebracht, aber noch nicht verwirklicht ist, bleiben die Arbeitermassen unter der Führung der Facharbeiteravantgarden auf den Kampf um die Fabrikautonomie beschränkt. Alle darüberhinausgehenden Initiativen, die konkret auf Bewaffnung und Machteroberung drängen, werden paralysiert und bei ih-

1963; W. Schumann, Zu den Massenkämpfen des oberschlesischen Proletariats in den Monaten März/April 1919, in: ZfG, Sonderheft zum 40. Jahrestag der deutschen Novemberrevolution 1918, 1958.

(126) Zur Taktik der Gewerkschaften gegenüber der Räteautonomie sei vor allem empfohlen, D. Baudis, Revolution und Konterrevolution im Kampf um die Betriebe (November/Dezember 1918), in: JWG, 1968, T. IV, S. 125 ff.

(127) Vgl. die drei klassischen Untersuchungen über die Klassenbasis der Rätebewegung: E. Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-19, Düsseldorf 1962; P. v. Oertzen op. cit.; W. Tormin, Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie. Die Geschichte der Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1954. Interessante Dokumente zur Rätebewegung hat kürzlich G. Hillmann herausgegeben: Die Rätebewegung, Bd. I/II, Reinbek bei Hamburg 1971.

rem Scheitern auf den Räteversammlungen oder gar dem zweiten Reichsrätekongreß mit Schweigeminuten bedacht. (128) Es war schon makaber genug gewesen, wie das Berliner USPD-Zentrum sich 1917 vom Matrosenaufstand der Kriegsflotte abgesetzt hatte, da es ja tatsächlich außer ein paar Vorschlägen zur Organisation der Massenagitation nichts zur Insurrektion beizutragen gewußt hatte (129); aber die Niederschlagung des Berliner Aufstandsversuchs der Obleutegruppe um Pieck und die Spartakusfraktion um Liebknecht, der verzweifelte Versuch einer Minderheit dieser anachronistisch gewordenen Form von Arbeiterbewegung, im letzten Augenblick das festgefahrene Ruder herumzuwerfen und der inzwischen zentralisierten Konterrevolution im Januar 1919 eine zentrale proletarische Gegenoffensive entgegenzuschleudern (130), hat die Begrenztheit der Räteinitiative erst voll erfahrbar gemacht. In den letzten Kriegsjahren hatte Liebknecht das borniert-defensive Verhalten aller Flügel der professionellen Arbeiterbewegung ansatzweise auf die zugrundeliegende Klassenbasis zurückgeführt. Ende 1916, im Untersuchungsgefängnis, hatte er über die Polarisierung dreier noch immer durch die Sozialdemokratie kontrollierter Schichten der Arbeiterklasse geschrieben: über den politischen Funktionärsapparat, der sich längst am großen Reorganisationsmodell eines weiter vergesellschafteten Kapitals orientierte; über die "besser situierten gelernten Arbeiter", die nur "protestieren" wollen und "sich nicht entschließen (können), den Rubikon zu überschreiten"; und über die "besitzlose Masse der ungelernten Arbeiter", den Teil der Arbeiterklasse, der absolut nichts zu verlieren hatte und am ehesten bereit sein würde, die Machtfrage zu stellen: "Für sie ist die Rechnung klar (...). Sie haben an diesen Staaten wirklich nichts zu verlieren als ihre Ketten, und durch ihre Niederwerfung und Sprengung alles zu gewinnen." (131) Aber Liebknecht und mit ihm der ganze "linksradika-

(128) Vgl. beispielsweise: Stenografisches Protokoll des Münchner Räte-Kongresses v. 8.3.1919, auszugsweise abgedruckt in Hillmann, op.cit. S.138.

(129) Zum Matrosenaufstand der Hochseeflotte im Jahr 1917 vgl. E.O.Volksmann, Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkriege, Berlin 1925, S.173 ff.: Der Kampf in der Flotte, sowie die Dokumente S.288 ff. Deutschland im ersten Weltkrieg, op.cit., Bd.2, S.695 ff.; sowie die Dissertation von H.-J.Bernhard, Der Aufstand in der deutschen Hochseeflotte im Sommer 1917, Diss.phil. Leipzig 1958. Zur Stellung der USPD heißt es in "Deutschland im ersten Weltkrieg", S.699, lakonisch: "Im Grunde bewegte sich das alles noch im Rahmen des gesetzlich Zulässigen. Unmittelbare Verbindungen, die über diesen Rahmen hinausgingen, wünschten die USPD-Führer offensichtlich nicht."

(130) Vgl. dazu: Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps, im Auftrage des OKH bearb. und hrsg. von der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres, Bd.6: Die Wirren in der Reichshauptstadt und im nördlichen Deutschland 1918-1920, Berlin 1940; hier wird das Vorgehen der Soldateska natürlich glorifiziert, die Analyse ist aber wichtig, weil die meisten Dokumente im zweiten Weltkrieg vernichtet worden sind. Apologetisch dagegen und die zwielichtige Rolle der KPD(s) verschleiernd die Darstellung der SED: H.Schmidt, A.Loesdau, Die Januarkämpfe 1919 in Berlin, Bezirksleitung der SED Groß-Berlin, 1960.

(131) K.Liebknecht, Meinungsverschiedenheiten in der deutschen Sozialdemokratie, in: ders., Politische Aufzeichnungen aus seinem Nachlaß, geschrieben in den Jahren 1917-1918, Berlin 1921. Zit. nach Hillmann, op.cit. S.9.

le" Flügel der Sozialdemokratie hat aus dieser Analyse keine Konsequenzen mehr zu ziehen vermocht, derart, daß die revolutionär-organisatorische Vorwegnahme des Verhältnisses von Räteautonomie und Klassenbewaffnung gegen den kapitalistischen Staat der Klasse eine ohnmächtige erste Kampfperiode erspart hätte, die voll unter der Kontrolle der "besser situierten gelernten Arbeiter" war. Die seit Jahrzehnten überfälligen Schlußfolgerungen in der Organisationsfrage ließen sich nicht mehr in der revolutionären Situation nachholen: der von Liebknecht ohne bzw. wahrscheinlich gegen die Leitung der KPD(s) unterstützte Berliner Aufstandsversuch vom Januar 1919 ist historisches Dokument eines kläglichen Scheiterns. Die Räteautonomie blieb vor dem Rubikon stehen, während die Noske und Co. im Interesse ihrer Klassenstrategie schon alles auf eine Karte setzten. Sie hat sich in der defensiven Generalstreikbewegung vom Frühjahr 1919 endgültig erschöpft, während mit oberster Billigung der Sozialdemokratie die bewaffneten und offensiven Arbeiterminderheiten von den Freikorps zusammenkartätscht wurden. (132)
Seit dem Frühjahr 1919 waren die Räte-Avantgarden der deutschen Arbeiterklasse politisch tot. Die kapitalistisch-sozialdemokratische Reorganisationspartei hatte auf eine zaghafte und effektiv machtlose Arbeiterautonomie mit dem präventiven Gegenaufstand geantwortet. Dabei wäre bei oberflächlicher Betrachtung vom politisch-ökonomischen Programm her die Rätebewegung zumindest in einigen Teilaspekten durchaus in das Projekt der Fortführung der im Weltkrieg angebahnten Mechanisierung der Produktion hineinzunehmen gewesen: eine nicht unwesentliche Übereinstimmung bestand darin, daß auch die Rätebewegung sich der Konzeption nicht verschloß, eine neue Ideologie der Arbeit auf den Schild zu heben. Der Unterschied bestand nur in der Bestimmung der Arbeiterautonomie, darin, daß die Räte immer in der Gleichung: Selbstverwaltung der Produktion = Erhaltung des gefährdeten Stands der Arbeitsorganisation und der Arbeitsteilung - dachten. Hierin schieden sich natürlich die Geister. Die Fortdauer einer Arbeiterexistenz außerhalb des Kapitals wurde von der "Zentralarbeitsgemeinschaft" gerade deshalb bekämpft, weil sie sich einem inhaltlich veränderten Produktionsverhältnis, der mechanisierten Arbeit, verweigern würde. Aber war nicht trotzdem ein langwieriger Transformationsprozeß denkbar, in welchem die Selbstverwaltung der Mehrwertproduktion durch die Räte nicht mit den veränderten Ausbeutungsbedingungen fusionieren konnten? Tatsächlich haben Sozialdemokratie und Gewerkschaften seit der Stabilisierung von Weimar gerade hier mit ihrer Agitation für die Betriebsrä-

(132) Die bisherige Literatur über die Frage der bewaffneten Macht in der ersten Periode der deutschen Revolution reicht bei weitem nicht aus, um zu den Details des Problems vorzudringen; die meisten - so weit überhaupt relevanten - Texte stammen aus der DDR-Historiographie und sind ihrerseits an einen gewissen Rubikon gebunden. Vgl. die Literaturübersicht von H. Oeckel, Zur proletarischen Militärfrage in der Novemberrevolution (Literaturbericht), in: ZMG, 7.Jg.1968, H.5, S.619 ff.

te, mit ihren Parolen der "Sozialisierung" und der Konzeption der "Wirtschaftsdemokratie", angesetzt. (133) Warum mußten dann aber, wenn dies zutrifft, die Noske und Co. erst einmal eine Phase des Massakers und des Massenterrors gegen die Räteautonomie absolvieren? Die klarste Antwort darauf ist die weitere Entwicklung des historischen Arbeitersubjekts. Wir sind im Gegensatz zu Bologna (134) der Auffassung, daß die Unversöhnlichkeit der Arbeiter mit der kapitalistisch-gewerkschaftlichen Rekonstruktionsstrategie nicht nur in der internationalistischen Dimension der Rätebewegung begründet liegt, wenn es auch zutrifft, daß im wesentlichen der Internationalismus und nicht etwa der betriebliche Selbstverwaltungsformalismus die kapitalistische Entwicklung blockierte. (135) Einen sehr viel wichtigeren und bis heute weitgehend unbeachteten Grund sehen wir darin, daß die Räteautonomie der professionellen Arbeiter-Techniker zwar den Arbeiterkampf in der ersten Nachkriegsphase kontrollierte, daß aber mit deren gewaltsamer Niederschlagung die unqualifizierten Arbeitermassen selbst in Aktion getreten sind. Für sie war seit der spektakulären Niederlage in den Facharbeiterzentren, vor allem in Berlin, die Rätebewegung als Motor der revolutionären Umwälzung, mit deren Zielen es ohnedies nur wenig Gemeinsames gab, tot. "Die Räte sind tot. Deshalb kann die Machtbefugnis der Räte nicht mehr der Gradmesser für den Stand der revolutionären Bewegung sein", können wir beispielsweise in einer Sommerausgabe 1919 der "Räte-Zeitung" lesen. "Eine reale Macht hatte die Berliner Räteorganisation nie. Es war nur eine Macht auf tönernen Füßen, die nach einigen Stößen, die ungeschickt pariert wurden, zusammenbrechen mußte. Und es konnte nicht anders sein. Die Berliner Vollversammlung der Arbeiterräte war ein Sammelsurium von lebendigen Leichnamen, die keine Ahnung von Zweck und Notwendigkeit ihres Bestehens hatte." (136) Das sind neue Töne, die hier angeschlagen werden: im Zentrum steht die Frage des Verhältnisses der Räte zur politischen Macht. Die Räte haben es nicht gelöst. Also muß das Verhältnis von Klassenzusammensetzung und Organisationsfrage gegen eine inzwischen voll aufmarschierte Konterrevolution neu hinterfragt und neu entwickelt werden. Die Arbeiter machen sich im Sommer und Herbst 1919 mit Vehemenz an diese Aufgabe. Sie grenzen sich, wie der berühmte Heidelberger Parteitag der KPD zeigt, konsequent von allen Status-quo-

(133) Das berühmte Buch des Wirtschaftstheoretikers Naphtali - der übrigens die Wirtschaftspolitik des zionistischen Israel mit aus der Taufe hob und so gleich praktisch demonstrierte, wie sich dieses Modell unter den Bedingungen der ursprünglichen Akkumulation verwirklicht - setzte im wesentlichen die in der Novemberrevolution von Wissell entwickelte Linie fort. Vgl. F. Naphtali, Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel. Sonderausgabe für IG Metall, Neudruck Frankfurt/M. 1966.

(134) Vgl. S. Bologna, Zusammensetzung der Arbeiterklasse und Theorie der Partei in den Anfängen der Rätebewegung, op. cit., für den die ungelernten Arbeitermassen als historisches Subjekt kaum existieren.

(135) Ebd. S. 15.

(136) O.W., Zum Kapitel Räte und Betriebsorganisation, in: Räte-Zeitung, 1919, Nr. 54.

Tendenzen der Räte-Reste, die nach ihrem eigenen Scheitern die Revolution für alle verloren sehen, ab, und gründen gegen die von der Sowjetunion gestützte Leitung eine eigene Arbeiterpartei, die KAPD. (137) Sie verlassen gleichzeitig zu Hunderttausenden die freien Gewerkschaften, um, die Erfahrungen des Frühjahrs verarbeitend, jenseits ihrer und der Räte eine neue Klassenlinie herauszufinden. Im Zusammenhang mit der KAPD entsteht, eingebettet in das Konzept einer revolutionären Betriebs-Organisation, die "Allgemeine Arbeiter-Union". (138) Die ganze zweite Phase der proletarischen Nachkriegskämpfe erlebt eine Strategiedebatte auf Massenebene, den Versuch, den ganzen historischen Rückstand in der Artikulation der Kampf- und Organisationsziele der zweiten unqualifizierten Arbeiterbewegung nachzuholen. Die Diskussion zeitigt klare Ergebnisse. "Rein wirtschaftliche Kämpfe sind eine überlebte Erscheinung und bedeuten eine Hemmung der revolutionären Bewegung, da während derselben die Aufmerksamkeit des Proletariats von seinen politischen Aufgaben abgelenkt wird" (139): dieses bisherige Dilemma sollen die Betriebs-Organisationen der Arbeiter, die Autonomie auf Fabrikebene und Kampfinstrumente für die politische Macht in einem zu garantieren haben, lösen." Fundiert im Produktionsprozeß, negieren diese Organe des klassenbewußten Proletariats den traditionellen Dualismus von Wirtschaft und Politik und kämpfen wirtschaftlich und politisch zugleich, in klarer Erkenntnis der Tatsache, daß in der Phase gesteigerten Klassenkampfes Wirtschaft und Politik zu einer untrennbaren Einheit verbunden sind." (140) Die Betriebsorganisationen "müssen Umsturz- und Aufbau-Organisation in einem sein." In der proletarischen Massenpresse dieser Zeit wird jetzt überall auf eine analoge revolutionäre Ar-

(137) Zur Geschichte der KAPD vgl. H.M.Bock. op.cit. S.225 ff.; B.Reichenbach, Zur Geschichte der KAPD, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, XIII.Jg.1928, S.117 ff.

(138) Vgl. Bock, op.cit. S.188 ff. Eine endgültige Beurteilung des deutschen Industrie-Unionismus, der nach 1921 rasch wieder verfiel, ist wohl nur bei systematischer Auswertung seiner Zeitungen und Zeitschriften, die 1910 und 1921 Massenauflagen erreichten (vgl. die ausführliche Bibliographie bei Bock) und des erhaltenen Archivmaterials möglich. Vgl. vor allem Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, Archiv für Rätebewegung, Mappe 218 bis 243: KAPD, AAUD, AAUE, KAJ, KAI. Nach H.Bötcher, Zur revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Amerika, Deutschland und England. Eine vergleichende Betrachtung, Jena 1922, sind in der AAUD neben den wie in den IWW dominierenden ungelernten Arbeitern auch radikalisierte Facharbeitergruppen organisiert gewesen (S.74). Dies könnte die angesichts der Fähigkeit des deutschen Unionismus, die Kämpfe innerhalb der kapitalistischen Entwicklung zu radikalisieren, zunächst frappierend falschen anti-institutionellen Auseinandersetzungen nach 1921 erklären. Auf keinen Fall ist jedoch Cacciari zuzustimmen, der den Linkskommunismus pauschal den professionellen Rückwärtsgewandtheiten zurechnet; Cacciari müßte sich dann zumindest mit dem Phänomen der Märzrevolution nach dem Kapp-Putsch auseinandersetzen. Vgl. Cacciari, op.cit. S.71, S.73 f. Zwischen der Klassenoffensive von 1920/21 und den Wolkenstürmereien eines Korsch oder Lukács besteht ein sehr realer Unterschied.

(139) O.W., Zum Kapitel Räte und Betriebsorganisation, op.cit.

(140) R.Zimmer, Die Rolle der Organisation in der proletarischen Revolution, in: Die Aktion, Jg.1921, S.480.

beiterorganisation in den USA, die "Industrial Workers of the World" (141), hingewiesen. Hier wie dort habe die Arbeiterklasse gelernt, sich aus der engstirnigen Bindung an Arbeitsinhalte und Arbeitsoperationen zu lösen. Die deutschen Proletarier hätten bitteres Lehrgeld zahlen müssen, um zu begreifen, daß die Selbstbestimmung über die Produktion, die ohnedies nicht unmittelbar vom Betrieb her, sondern ausgehend von den großen Wirtschaftszweigen erkämpft werden müsse, nie vom bewaffneten Kampf um die politische Macht getrennt werden könne. (142)
Angesichts dieser Strategiedebatte, die in einzelnen Regionen auch schon in der ersten Phase der Nachkriegskämpfe im Schatten der Rätebewegung geführt worden war (143), ist leicht erklärlich, daß ein Noske, der seinen Oberbefehlshaberposten in Berlin mit den Worten: "Einer muß der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht", (144) übernommen hatte, weitsichtiger war als die Exponenten der Rätebewegung. Die Konterrevolution operierte von Anfangan in den Dimensionen einer Unterdrückung des Gesamtarbeiters. Tatsächlich hatten die Chemiearbeiter von Leuna, die norddeutschen Hafen- und Werftarbeiter und die Bergarbeiter im Mansfeldischen und im Ruhrgebiet schon ganz andere Initiativen ergriffen - Initiativen, durch die die Ergebnisse der Strategiedebatte vom Herbst 1919 an vielen Punkten schon praktisch vorweggenommen wurden. Die Hamborner Bergarbeiter beispielsweise, aus der Sicht der Wuppertaler Maschinenarbeiter schon immer finstere Proleten aus dem wilden Westen, hatten schon bald nach den Novemberereignissen ein recht distanziertes Verhältnis zu ihrer Räteorganisation entwickelt. Für sie brachte es nichts ein, wenn sich die USPD-Kader in Diskussionen über die Veränderung der Hierarchie und diverse Arbeitserleichterungen erschöpften. Sie setzten ziemlich bald die Steigerhierarchie mitsamt ihren "Zechenschutzwehren" außer Gefecht - eine Aktion, die symptomatisch für den Beginn eines inhaltlich radikalisierten Kampfzyklus in den Zentren der "anderen", durch den Krieg massiv ausgeweiteten Arbeiterbewegung ist. Die Hamborner Bergarbeiter waren es denn auch, die ähnlich wie viele norddeutsche Hafen- und Werftarbeitergruppen schon vor dem Berliner Januaraufstand begannen, konkret die Machtfrage zu stellen: sie bewaffneten sich während einer Streikaktion auf der eigenen Zeche, griffen in die Kämpfe auf den Nachbarzechen ein und fingen von den Gruben aus

(141) Vgl. ebd. In einem Flugblatt vom September 1919 haben die IWW übrigens direkt zum Eintritt in die "Allgemeine Arbeiter-Union" aufgerufen. Das Flugblatt ist abgedruckt in: Bock, op.cit. S.355 f. Die besten Informationen über den Zusammenhang zwischen IWW und deutschen Industrie-Unionismus liefert Bötcher, Zur revolutionären Gewerkschaftsbewegung ..., op.cit.

(142) Wieweit diese Einsichten praktisch verifiziert werden konnten, untersucht Bock, op.cit. S.288, bisher noch am ausführlichsten: Die linksradikalen Organisationen in den proletarischen Massenaktionen 1920/21.

(143) Vgl. Bock, op.cit. S.122 ff.: Die Konsolidierung der linksradikalen Traditionen in der deutschen Revolution 1918/19: Die Phase der revolutionären Ernüchterung und die Anfänge linkskommunistischer und syndikalistischer Organisationsbildung; vgl. auch Bötcher, op.cit. S.73 f.

(144) G.Noske, op.cit. S.68.

einen mobilen Kleinkrieg gegen die aufmarschierten Freikorps an. (145) Überhaupt müssen die nach der Niederschlagung des Berliner Aufstands entstehenden Räterepubliken als erste revolutionäre Antwort der "anderen" Arbeiterbewegung auf das Desaster ihrer bisherigen politischen Bevormundung verstanden werden: sie drängt überall da zum Aufstand und überrollt überall da den Professionalismus der Räte, wo sie von ihrer sozialen Zusammensetzung her am stärksten konzentriert und seit jeher am wenigsten von Gewerkschaften und Sozialdemokratie kontrolliert gewesen ist. Während die Arbeiterautonomie in Berlin, Leipzig und Chemnitz Schritt für Schritt vor der Gegenoffensive der "Zentralarbeitsgemeinschaft" zurückweicht, und während ihre politischen Institutionen unter den ersten Schlägen der Noske-Freikorps zerfallen, verschiebt sich im Übergang zur zweiten Phase der Revolution die Klassenkonfrontation auf ihre reale Ebene. Diejenigen Arbeiterschichten, die mit den Worten Liebknechts nichts mehr zu verlieren haben, beherrschen endgültig seit dem Herbst 1919 die Klassenszene. Eine ganze Zeitlang gelingt es der Konterrevolution, mittels eines permanenten Ausnahmezustands, des Aufbaus eines in der Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie verankerten Spitzelsystems - den "Einwohnerwehren" - und der Vervollständigung des im Berliner Januar erstmals entwickelten Instruments des staatlichen Streikbruchs, der "Technischen Nothilfe" (146) - den neuen revolutionären Aktionszyklus unter Kontrolle zu halten.(147) Vielleicht ist es tatsächlich dieser allseits aufgefahrenen Unterdrückungsmaschine zuzuschreiben, daß die zweite Phase der proletarischen Nachkriegskämpfe dezentralisiert bleibt und nie zum entscheidenden Zentralangriff auf das politisch-militärische Zentrum der inzwischen aus den Freikorps gemauserten "vorläufigen Reichswehr" und dessen Weimarer Institutionenanhang fähig wird. Auf jeden Fall tritt die neue revolutionäre Linie des Arbeiterkampfs in der Zeit zwischen Kapp-Putsch (Februar/März 1920) und mitteldeutschem Aufstand (1921) eindeutig als Klassenavantgarde hervor. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch wird von den Arbeitern

(145) Zu den Einzelheiten vgl. E. Lucas, Märzrevolution im Ruhrgebiet März/April 1920, Bd.I: Vom Generalstreik gegen den Militärputsch zum bewaffneten Arbeiteraufstand, Frankfurt 1970, S.29 f.

(146) Zur Entstehungsgeschichte der "Technischen Nothilfe" seit den Januarkämpfen 1919 in Berlin vgl. vor allem: Die Technische Nothilfe als Klassenwaffe der Bourgeoisie gegen das Proletariat, Berlin 1923; E. Könnemann, Technische Nothilfe, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland 1830-1945, Bd.2, Berlin 1968, S.676 ff.

(147) Dabei scheinen gerade die "Einwohnerwehren" eine wichtige Rolle gespielt zu haben, und zwar nicht so sehr als Militärorganisation der Kleinbourgeoisie, sondern als Spitzel- und V-Leutedienst der Freikorps und der Wehrkreisbehörden. So geht beispielsweise die Festnahme und Ermordung von Liebknecht und Luxemburg während der Berliner Januarkämpfe auf eine Information der Wilmersdorfer Einwohnerwehr zurück. Vgl. E. Hannover-Drück, H. Hannover, Der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Frankfurt 1967. Hinsichtlich der Einwohnerwehren sei verwiesen auf E. Könnemann, Einwohnerwehren (EW) 1919-1920, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, op.cit., Bd.I. S.778 ff.; ders.: Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenverbände. Ihre Funktion beim Aufbau eines neuen imperialistischen Militärsystems (November 1918 bis 1920), Berlin 1971.

überall als Signal zum Gegenaufstand benutzt; sie sind sich voll bewußt, daß die Zeit reif ist, um einen zweiten revolutionären Ansturm zu versuchen. (148) Sie handhaben ihre Machtposition in der Fabrik nicht mehr als selbstgenügsames Objekt der Produktionskontrolle, sondern als Kristallisationspunkt des Aufstands, der bewaffneten Arbeitermacht über die Gesellschaft, und nicht mehr nur über die Meister, Betriebspolizeien und Werksdirektoren. Die Ruhrbergarbeiter beginnen in dem Augenblick, wo sie im März 1920 das gesamte Ruhrgebiet von der bewaffneten Staatsmacht säubern (149), die ganzen Halbheiten und Beschränktheiten der bisherigen Kampfgeschichte abzustreifen. Die Revolutionssoldaten der Roten Ruhrarmee haben nichts mehr mit den arbeitsstolzen und auf den Staat der Arbeit fixierten Facharbeitern gemeinsam: "Wenn man in diesen Tagen die verwegenen Gestalten sah mit der schiefen Mütze und dem überfüllten Gehänge von Patronen und Handgranaten, und oftmals mit einem langen Säbel an der Seite, wenn man die rote Binde am Arm, die rote Schleife an Mütze und Knopfloch sah und den Fluch auf die 'Noskes' hörte, so hatte man in diesem Wort und dieser Farbe, der Farbe des proletarischen Klassenkampfes, die Symbole dieser Erhebung." (150) Ihnen geht es um die politische Macht hier und jetzt, und sie gehen mit unglaublicher Phantasie und Energie daran, die Organisationsprobleme des Aufstands zu lösen. (151) Es sind die Stoßtrupps des ungelernten Arbeiters: Jungbergleute aus den Zechenwohnheimen, Gelegenheitsarbeiter, die Hafenarbeiter Duisburgs, die den Kern einer 100 000 Mann starken Aufstandsarmee zustandebringen, die Zechenschutzwehren und Werkssicherheitsdienste hinwegfegen, die "Einwohnerwehren" und Kommunalpolizeien entwaffnen, Artilleriestellungen der schwerbewaffneten Freikorps nehmen (152), die Rathäuser und Telegrafenämter besetzen und sogar in einzelnen Orten die Banken enteignen. (153) Die soziale Zusammensetzung der roten Kämpfer des Vogtlands um Plättner und Hoelz ist ähnlich, welche die Formen des Aufstands mit konsequenten Aneignungsaktionen für die ausgepowerten Massen

(148) In diesem Sinn haben sich mehrere alte Kämpfer geäußert in: Institut für Marxismus-Leninismus bei ZK der SED (Hrsg.), Arbeitereinheit siegt über Militaristen. Erinnerungen an die Niederschlagung des Kapp-Putsches März 1920, Berlin 1960. Vgl. auch E. Lucas, op. cit. S. 119 ff.

(149) Vgl. ebd, S. 147 ff.: Die ersten Waffensiege der Arbeiter; S. 248 ff.: Die Eroberung des gesamten Ruhrgebiets durch die Arbeiter.

(150) G. Colm, Beitrag zur Geschichte und Soziologie des Ruhraufstandes vom März-April 1920, Essen 1921, S. 52.

(151) Über das Ausmaß der Initiative zur Arbeitermacht vgl. seit neuestem E. Lucas, Märzrevolution im Ruhrgebiet, Bd. 2, Frankfurt 1973.

(152) Vgl. dazu die ausgezeichnete Darstellung bei Lucas, op. cit. Bd. I, S. 147 ff.

(153) So in Duisburg, wo sich die Arbeiter voll auf die "zweite Revolution" eingestellt hatten. Die Exekutiv-Kommission Duisburgs ergriff folgende Maßnahmen: Beschlagnahmung der Barguthaben - sie wurde wegen der Folgen für die Lohnauszahlung wieder aufgehoben -, Beschaffung von 10 Mio. Mark von der Reichsbank für die Bezahlung der revolutionären Truppen; Requisitionen in Bekleidungsgeschäften; Beschlagnahmung von Lebensmitteldepots und Eisenbahntransporten usw. Vgl. Colm, op. cit. S. 100 f.

kombinieren. (154) All diese Kampfgruppen, selbst die Hafen- und Landarbeiterkader Mecklenburgs und Rostocks (155), verfügen über eine frappierende Mobilität. Ihre Beweglichkeit, die mit Ausnahme des mitteldeutschen Aufstands ein Jahr später nie an den Fabriken und Arbeitervierteln endet (156), demonstriert, wie sie anfangen, die Kampfformen des Massenarbeiters auf einer hohen Entwicklungsstufe vorwegzunehmen. So schaffen sie es eine Zeitlang, im Kampf gegen die Freikorps, die Polizeieinheiten, die "Technische Nothilfe" und die "Einwohnerwehren " die regionale Beschränktheit ihrer Initiative, die sich frappierend mit den Schwerpunkten ihrer sozialen und geographischen Konzentration seit dem ersten Weltkrieg - Ruhrgebiet, Nordseestädte, Mitteldeutschland und Mecklenburg - deckt (157), zu kompensieren. Aber der Sieg bleibt ihnen versagt, weil aus der Spaltung und Zerstörung der überwundenen Organisationsformen noch keine effektiven Institutionen der Zentralisierung des Aufstands hervorgegangen sind - sie sind gezwungen, der Konterrevolution, die sich alsbald nach dem revolutionären Gegenaufstand gegen Lüttwitz und Kapp wieder homogenisiert hat (158), außerhalb der regionalen Insurrektionsgebiete die Initiative zu überlassen. Darü-

(154) Vgl. dazu ausführlich H.M.Bock, op.cit. S.308 ff.: Max Hoelz als Typus des linksradikalen Aktivisten. Wir können allerdings der Interpretation von Bock, der Hoelz in Anlehnung an eine von Hobsbawm, jedoch in ganz anderem Zusammenhang, entwickelte Hypothese zu einem "archaischen Sozialrebellen" stilisiert, nicht zustimmen; Hoelz hat vielmehr Kampfformen praktiziert, die auf einer überaus modernen sozialen Zusammensetzung des mitteldeutschen Proletariats basieren: landlose Bauern, Bergleute usw., die gerade in den Sog der modernsten Massenproduktion geraten waren. Vgl. auch die Autobiographie von Hoelz: Vom "Weißen Kreuz" zur Roten Fahne. Jugend-, Kampf- und Zuchthauserlebnisse, Berlin 1929; sowie K.Plättner, Das Fundament und die Organisierung der sozialen Revolution, Magdeburg 1919.

(155) Vgl. M.Polzin, Kapp-Putsch in Mecklenburg. Junkertum und Landproletariat in der revolutionären Krise nach dem 1. Weltkrieg, Rostock 1960.

(156) Wir müssen uns diesen Sachverhalt immer wieder klarmachen: die Märzrevolution läuft in den Zentren der kapitalistischen Entwicklung ab; die Arbeiter duellieren sich im Prozeß der Machtergreifung keinesfalls nur mit der Reichswehr, sondern mit dem kapitalistisch-sozial-demokratischen Reorganisationsprojekt auf seiner reifsten Ebene; sie werden in einem blutigen Bürgerkrieg niedergeschlagen. Bei den roten Armeen des Jahres 1920 ist absolut nichts mehr von den Halbheiten und Rückwärtsgewandtheiten einer defensiven "linken" Arbeiterbewegung zu spüren. Die Frage kann also nur lauten: was wäre gewesen, wenn die SPD-Linken schon 15 Jahre früher zu einer konkreten Vorwegnahme der Arbeiterorganisation fähig gewesen wären; sie kann aber keinesfalls dadurch produktiv gelöst werden, wenn man wie Cacciari das Desaster der sozialdemokratischen Linksintellektuellen verabsolutiert oder gar mit der Klassenrealität selbst verwechselt.

(157) Es gibt noch keine Gesamtanalyse der Märzrevolution von 1920; deshalb kann das Problem, inwieweit durch eine in der ungelernten Arbeitermasse verankerte revolutionäre Organisation die zweite Phase der Novemberrevolution zur Arbeitermacht auf nationaler Ebene hätte führen können, noch nicht diskutiert werden. Fest steht jedenfalls, daß der deutsche Industrie-Unionismus sich erst in diesen Kämpfen konsolidierte, nicht aber zur Homogenisierung über die Aufstandszentren hinaus fähig war.

(158) Vgl. dazu W.T.Angress, Weimar coalition and Ruhr insurrection, March-April 1920: A study of government policy, in: Journal of Modern History, vol.29, 1957, S.1 ff.; sowie Lucas, op.cit. Bd.I, S.228 ff. Allgemein zu den Hintergründen auch J.Erger, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20, Düsseldorf 1967.

ber hinaus werden die roten Kampftruppen in ihrer Beweglichkeit durch die Passivität und teilweise sogar Feindschaft seitens der Arbeiter in den alten professionellen Hochburgen (159) gebremst; im mitteldeutschen Aufstand kommt die Verbindung zwischen den Einheiten Plättners, Hoelz' und den Hundertschaften der Leuna-Arbeiter nicht zustande. (160)
Mit der Niederschlagung des mitteldeutschen Aufstands war der erste revolutionäre Angriff der deutschen Arbeiter, der offensiv die Machtfrage stellte, beendet. Die Mehrzahl der bewaffneten Arbeiterkader landete in den Zuchthäusern der Weimarer Republik oder emigrierte. (161) Makabrerweise blieb der bisher einzige Zyklus proletarischer Aktionen, der die Neuzusammensetzung der Klasse revolutionär vorwegnahm, wegen seiner kurzen Dauer und seiner radikalen Negation aller tradierten "Werte" der Arbeiterbewegung auf die weitere Entwicklung der Strategiedebatte über das Verhältnis von Klassenzusammensetzung und Organisationsfrage ohne Wirkung. Die neuen Arbeiterorganisationen wurden von der Reaktion systematisch zerstört - die Vernichtung der "Kampforganisation (KO)" der KAPD im Ruhrgebiet im Frühjahr 1921 scheint beispielsweise der Anfang der Paralysierung aller übrigen Ansätze zur organisatorischen Vereinheitlichung von politischem und ökonomischem Kampf im Ruhrgebiet gewesen zu sein. (162) Die produktiven Ergebnisse der Arbeiterdiskussionen seit dem Herbst 1919 wurden alsbald ex cathedra als "Linksradikalismus" oder noch schlimmer als "Anarcho-Syndikalismus" verdammt. Von ihrer "linksradikalen" Basis gesäubert, konnte die KPD alsbald mit der USP fusionieren und unter der Kuratel der "Kommunistischen Internationale" ein Schattendasein führen. Währenddessen entschwebten ihre Theoretiker - auch und gerade ihre "linkskommunistischen" wie beispielsweise Korsch und Lukacs - in den Wolken einer abstrakten Re-

(159) Vgl. beispielsweise die Auslassungen Hoelz' über Brandler in Chemnitz, op.cit. S.98 ff.

(160) Die wohl am ehesten vorurteilslose Einschätzung stammt von Bock. op.cit. S.295 ff., bes. S.302 ff. Warum eine von Hoelz geforderte Entlastungsoperation der Leuna-Arbeiter unterblieb, welche zu einer flexibleren Taktik gegenüber der Sicherheitspolizei hätte führen können, ist endgültig nur anhand der Archivmaterialien zu klären: Archiv der Kreisleitung der SED VEB Leuna-Werk, 1921 (A-G), Archivmaterial aus dem Jahr 1921, ZBA-Nr.1316-1322. Zu berücksichtigen wäre auch die Polemik, die die Beteiligten nachher in dieser Frage führten: Hoelz, op.cit. S.171 ff.; F.Jung, Der Weg nach unten, Neuwied 1961, S.195 ff.; B.Koenen, Die Märzkämpfe um das Leuna-Werk. Einige Erinnerungen und Lehren aus dem Jahre 1921, in: Freiheit, Halle, 31.3.1951; K.Plättner, Rühle im Dienst der Konterrevolution, Hettstedt o.J.; O.Rühle, Das Ende der Mitteldeutschen Kämpfe, in: Die Aktion, 1921, Nr.15/16.

(161) Die Geschichte der Arbeiteremigration ist noch nicht geschrieben; vieles spricht dafür, daß AAU- bzw. KAPD-Mitglieder scharenweise in die USA ausgewandert sind und sich dort den IWW angeschlossen haben. Es wäre sehr wichtig, die politische Arbeiteremigration der zwanziger Jahre, die ja nicht nur ein deutsches Phänomen war (vgl. die Auswanderungswelle in Italien zu Beginn der 20er Jahre), genauer zu studieren. Mitteilung von Sergio Bologna an d. Verfasser.

(162) Dieser Zerfallsprozeß war allerdings von militanten Betriebskämpfen, Sabotageaktionen usw. begleitet, die die kapitalistische Reorganisation enorm erschwerten. Mitteilung von E.Lucas an einen Freund d. Verf.

volutionsontologie, die bei Bedarf noch immer - auch heute teilweise wieder - für etwas esoterischer als üblich angelegte Legitimationsversuche einer den realen Kampfformen der Klasse immens entfremdeten Theorie herangezogen werden konnte. (163) Je schneller das Kapital die entwaffnete Arbeiterklasse reorganisierte und ihr den Berufsstolz ein für allemal austrieb, desto konsequenter kehrten die "klassenbewußten" Facharbeiter im ideologischen Überbau der III. Internationale und ihres viel zu wenig registrierten gewerkschaftspolitischen Ablegers, der Profintern (164), wieder.
Alles in allem bleibt uns die Feststellung, daß wir die für uns wichtigen Lehren aus der revolutionären Nachkriegsperiode vor allem anhand der Inhalte des kapitalistisch-gewerkschaftlichen Gegenangriffs werden ziehen müssen. Die Ebert, Groener, Noske und Co. haben die zwei Phasen des proletarischen Nachkriegskampfs in unheimlich systematischer Weise erstickt. Wie wir sahen, haben sie sich dabei niemals nach der aktuellen Kampfstärke und der politischen Potenz der jeweils gerade aktiven Arbeitergruppen und -organisationen, sondern nach den objektiv gegebenen Möglichkeiten der Arbeitermacht gerichtet. In diesem Sinn gab es für sie nie die Frage der "Verhältnismäßigkeit der Mittel". Sie zweifelten beispielsweise anläßlich der großen Berliner und sächsischen Facharbeiteraktionen nie daran, daß sie es mit einer Arbeiterschicht zu tun hatten, die sich ausschließlich auf eine befristete Arbeitsverweigerung einließ und von sich aus jeden darüberhinaus zielenden Aktivismus blockierte - trotzdem schlugen sie mit aller Härte zu. Der dillettantische Berliner Januaraufstand und die Märzkämpfe, über deren begrenzte Möglichkeiten es bei Noske und der Generalität nicht die geringsten Zweifel geben konnte (165), wurden mit Massenmorden quittiert. "Je schärfer das Mittel, um so schneller der Erfolg", können wir beispielsweise in den "Erfahrungen" des Garde-Kavallerie-Schützen-Korps "aus den Straßenkämpfen in Berlin" vom 31. März 1919 lesen: "Infanterie- und M.G.-Feuer, gegen die sich der Gegner hinter Häuserecken und Barrikaden schützen kann, machen wenig Eindruck. Artillerie- und Minenfeuer, gegen das es im Straßenkampf keinen Schutz gibt, schafft in kürzester Zeit Ordnung." (166)

(163) In diesem Zusammenhang wäre eine Untersuchung darüber interessant, in welchen Phasen die deutschen Linken von Lukács' "Geschichte und Klassenbewußtsein" besonders beeinflußt worden sind; beispielsweise ist für das Ende der westdeutschen Studentenbewegung die Hypothese gerechtfertigt, daß die Rezeption von Lukács mit einer ausgeprägten historischen Urteilslosigkeit korrelierte und notwendigerweise in einer Art Gegenbewegung zur unüberprüften Reproduktion überlebter stalinistischer, trotzkistischer und auch anarchistischer Traditionen führen mußte.

(164) Profintern = Rote Gewerkschafts-Internationale (RGI). Zur Materialsituation für eine Analyse der Profintern vgl. G. Migliardi, L'Internazionale dei sindacati rossi Profintern, in: Annali dell'Istituto G.G.Feltrinelli, Milano 1967.

(165) Vgl. beispielsweise Noskes Darstellung der Massendemonstrationen am 6. Januar 1919 in Berlin, op.cit. S.69 f., die er korrekt als völlig ziellos einschätzt: "Wenn die Scharen entschlossene, zielklare Führer gehabt hätten, an Stelle von Schwadroneuren, hätten sie am Mittag dieses Tags Berlin in der Hand gehabt."

(166) Deutsches Militärarchiv Potsdam, Stellvertr. Generalkommando XII. Armeekorps, Nr. 9548, Bl. 55 f.: Bericht des Garde-Kavallerie Schützen-Korps über "Erfahrungen aus den Straßenkämpfen in Berlin", 31. März 1919.

Genauso wird aus den Freikorps extra eine "Technische Nothilfe" abgesondert, um auf jede noch so defensive Arbeitsniederlegung mit dem demonstrativen Nachweis, daß die Produktion auch ohne die Arbeiter weitergehe, zu reagieren - eine wahrhaft gegenrevolutionäre Vorwegnahme technologisch weiterentwickelter Produktionsmethoden, die zumindest vorübergehend auch von den technischen Kadern und den overlookers in Gang gehalten werden können. Da selbst die gegenwärtige Strategie der Arbeiterunterdrückung bis in die Einzelheiten von den Erfahrungen in der Zerschlagung der revolutionären Nachkriegskämpfe lebt (167), haben wir einigen Anlaß, das in ihr angelegte Prinzip etwas genauer zu analysieren.
Von der sozialdemokratisch geführten Soldateska der Freikorps wird von Anfang an Berlin als Ausgangspunkt des bewaffneten Gegenangriffs gewählt; dies ist man den Akteuren der gewerkschaftlich-unternehmerischen "Zentralarbeitsgemeinschaft" und deren um die Wiedergewinnung der Produktivität ringenden Fachausschüssen (168) schuldig, welche auf die Bestätigung der zentralisierten Macht des "Rats der Volksbeauftragten" angewiesen sind.(169) Die Monate November/Dezember sind deshalb für die Exekutive der Konterrevolution eine Etappe des verzweifelten Versuchs, innerhalb des rapid zerfallenden wilhelminischen Machtapparats einen zum Kampf auf Leben und Tod entschlossenen Kristallisationskern herauszufinden. Schon das oberflächliche Studium der Dokumente der Obersten Heeresleitung aus dieser Zeit (170) zeigt, wie sehr die Generalität unter dem Zwang steht, die Ressourcen für eine Gegen-Insurrektion, und zwar zuerst für die Besetzung der Reichshauptstadt, Zug um Zug einzuschränken. Aufgrund des rapiden Zerfalls des Westheers sind die Aufstandsbekämpfungspläne, kaum gefertigt, schon wieder veraltet. Am 5. November 1918 sollen noch Divisionen des Westheers von der Front abgezogen und als "Sicherheitstruppen" zurück-

(167) *Dazu zwei Beispiele: W. Schell, Polizeiverwendung, 1. und 2. Teil, Hamburg 1966, ein* bei der Ausbildung der Bereitschaftspolizei der Bundesländer häufig verwendetes Lehrbuch, operiert ganz wesentlich mit polizeitaktischen Erfahrungen aus den mitteldeutschen Kämpfen 1921. Bei den Unteroffizieren der Bundeswehr wird seit 1964 eine Agitationsbroschüre vertrieben, die sich auch mit Fotos auf die "roten Kämpfer" von 1920/21 als historische Vorbilder der Gegen-Insurrektion bezieht: K.V.R.Wolf, R.W.Günter, Der verdeckte Kampf, Bonn o.J.

(168) Vgl. I.Materna, Zur Wirtschaftspolitik des Rates der Volksbeauftragten, in: Monopole und Staat in Deutschland 1917-1945, Berlin 1966, S.98.

(169) Der "Rat der Volksbeauftragten" hatte sich immerhin schon am 12.11.1918 verpflichtet, "die geordnete Produktion aufrecht(zu)erhalten" und keinen Zweifel daran gelassen, daß er "das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen" werde. (Regierungsprogramm des Rates der Volksbeauftragten vom 12.November 1918, abgedr. in: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd.2, Berlin 1957, S.365). Es war klar: das Zentrum der Reorganisationsperspektive war ganz entscheidend auf einen funktionsfähigen institutionellen Rahmen angewiesen.

(170) Besonders wichtig dabei das Tagebuch der innenpolitischen Abteilung bei der OHL vom 9.November 1918 bis 19.Januar 1919, abgedruckt im Anhang zu D.Dreetz, Bestrebungen der OHL zur Rettung des Kerns der imperialistischen deutschen Armee in der Novemberrevolution, in: ZMG, 1969, H.1, S.50ff.

transportiert werden. (171) Einen Tag später wurde dieser Plan revidiert; das Oberkommando in den Marken beschränkte sich bezüglich Berlins auf die Aufstellung von loyalen Offizierskompanien und deren Zusammenarbeit mit den gerade entstehenden "Einwohnerwehren". (172) Der letzte Bürgerkriegsplan, der sich überhaupt auf einen loyalen Rest von zurücktransportierten Fronttruppen als entscheidendes Instrument des Gegenangriffs stützt, datiert vom 7. November. Er wird vom preußischen Kriegsministerium hinsichtlich Berlins und der anderen zentralen "Bolschewistenherde" sofort um gewerkschaftlich-sozialdemokratische "Schutzwehren" ergänzt. (173) Am 10. November muß die OHL ihre Versuche, zur Unterstützung der inzwischen proklamierten Ebert-Scheidemann-Regierung zehn ausgesuchte Frontdivisionen nach Berlin zurückzutransportieren, wegen der fortgeschrittenen Revolutionierung der Armee endgültig aufgeben. Der kaiserliche Machtapparat ist nicht mehr in seiner traditionellen Struktur einsatzfähig; es müssen neue, auf einer zu allem entschlossenen reaktionären Avantgarde basierende Lösungen gefunden werden. (174) Voraussetzung dafür ist die endgültige und volle Anerkennung von Sozialdemokratie und Gewerkschaften als zentralen Momenten des endgültig vor dem Abgrund stehenden Ausbeutersystems. Das Ebert-Groener-Bündnis, am selben Tag abgeschlossen (175), kennzeichnet den Übergang zu einer neuen Linie der Aufstandsbekämpfung, die nicht mehr defensiv, sondern auf die gegenrevolutionäre Vorwegnahme der Neubestimmung der Klassenbeziehungen in der Weimarer Republik eingeschworen ist. Nach einer Reihe von gescheiterten Provokationen, die unter Generalleutnant Lequis die Eroberung Berlins durch zuverlässige Gardetruppen ermöglichen sollen (6., 10. und 24. Dezember) (176), entsteht die endgültige Strategie des Gegenangriffs. Aus den monarchistisch-loyalen Resten des Offiziers- und Unteroffizierskorps werden bewegliche und schwerbewaffnete Killer-Kommandos gebildet und vorläufig auf den Reichs-

(171) Vgl.: Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Im Auftrage des OKH des Heeres bearb. und hrsg. von der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres, Bd.14, Berlin 1944, S.701, 712.

(172) Vgl. DZAP, Akten Reichskanzlei, Nr. 755/4, Bl.201.

(173) Zum Bürgerkriegsplan der OHL vom 7.11.1918 vgl. ebd. Bl.202 f.; zum zusätzlichen Aufbau der SPD-"Schutzwehren" G.Schmidt, Zur Klassenkampftaktik der Bourgeoisie vor der Novemberrevolution, Diss.phil. Berlin 1966, S.349.

(174) Schon am 9.11. bereitete die OHL ihre Zusammenarbeit mit den "neuen Regierungsgewalten" in einem Tagesbefehl an die Truppe vor. Vgl.: Der Weltkrieg 1914 bis 1918, op.cit. S.718.

(175) Die Initiative ging dabei von der Armee aus, die eindeutige Bedingungen stellte: "Das Offizierskorps verlange von der Regierung die Bekämpfung des Bolschewismus und sei dafür zum Einsatz bereit", schreibt Groener in seinen Erinnerungen. W.Groener, Lebenserinnerungen, hrsg. F.Freiherr Hiller v.Gaertingen, Göttingen 1957, S.467.

(176) Dazu L.Berthold, H.Neef, Militarismus und Opporutnismus gegen die Novemberrevolution, Berlin 1958, S.61 f., S.165; H.Küster, Oberste Heeresleitung und rechte Führung der SPD gegen die Novemberrevolution 1918 in Deutschland, in: ZMG, 1968, H.5, S.571 ff.

kanzler Ebert verpflichtet, "bis durch die Nationalversammlung die neue Reichsverfassung bestimmt ist" (177). Die Freikorps - das erste, das "Freiwillige Landesjägerkorps", wird unter Generalmajor v. Maerker Mitte Dezember aufgestellt - sind relativ kleine Abteilungen, die über schwere Maschinengewehre und Minenwerfer verfügen und in der Lage sind, allein auf sich gestellt zu operieren. (178) Sie scheiden schon während der ersten Kampfhandlungen weitere Spezialeinheiten aus, so vor allem die schon erwähnte "Technische Nothilfe", die, von ehemaligen Marine-Ingenieuren aufgestellt (179) und alsbald in praktisch allen Aufstandszentren aktiv (180), die Funktion hat, bestreikte Betriebe wieder in Gang zu setzen. Daß die "Technische Nothilfe" vor allem dort einschreitet, wo Streikkämpfe die Beweglichkeit der Konterrevolution einschränken - vor allem Transport und Energie -, ist selbstverständlich (181). Nach der Niederschlagung der Arbeiterkämpfe gelang es den Kadern der TN, in der Weimarer Republik zu einer staatlichen Streikbrecherorganisation mit Massenbasis zu avancieren; um den Schein zu wahren, wurde sie dabei aus dem Reichswehrministerium herausgenommen und dem Reichsinnenministerium unterstellt. (182)
So entstehen innerhalb weniger Wochen auf der Basis des Ebert-Groener-Abkommens Dutzende von gegenrevolutionären Kampfverbänden. (183) Ausgangspunkt ist Berlin, wo sich bis zum Jahresende 1918 unter dem Oberbefehl des bisherigen SPD-Militärexperten Noske 10 000 Freikorps-Soldaten in aller Ruhe zusammenziehen, während die bewaffneten Arbeitermassen plan- und ziellos herumdemonstrieren und keine ihrer politischen Avantgarden zu ei-

(177) G. Paulus, Zusammenbruch und Wiederaufstieg des deutschen Militarismus 1918/19, Diss.phil. Berlin 1961, S.277 f.

(178) Zu Entstehung und Struktur der Freikorps vgl. vor allem: E. Könnemann, Freikorps, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Bd.2, op.cit. S.53 ff.; G. Paulus, Die soziale Struktur der Freikorps in den ersten Monaten nach der Novemberrevolution, in: ZfG, 3.Jg.1955, S.685 ff. R.G.L.Waite, Vanguard of Nazism. The Free Corps Movement in Postwar Germany 1918-1923, Cambridge/Mass. 1952.

(179) So einhellig E. Könnemann, Technische Nothilfe, op.cit. S.676; H. Levermann, Vom Hilfsdienstgesetz über die Technische Nothilfe zur Arbeitspflicht, Diss.phil., Erlangen 1928; W.E. Momsen, Die Technische Nothilfe. Ihre Entstehungsgeschichte, Entwicklung und heutige Stellung als Machtmittel des Staates. Staats- und rechtswiss. Diss., Freiburg/Brg. 1934.

(180) Dazu detailliert Levermann, S.41 ff.; W. Grävell, Technische Nothilfe, in: P. Herre, (Hrsg.), Politisches Handwörterbuch, 2.Bd., Leipzig 1923, S.786.

(181) Zur Kontroverse darüber vgl.: Zentrale der Technischen Nothilfe (Hrsg.), Die Technische Nothilfe im Spiegel der Presse während der Streiks in Berlin im Oktober 1919, Berlin o. J.; zur Rolle der TN im Kapp-Putsch: Die Tätigkeit der Technischen Nothilfe während des Kapp-Putsches und unsere dazu getroffenen Maßnahmen. Bearb. v. der Reichssektionsleitung der Elektrizitätswerke, Berlin 1920.

(182) Zur inneren Struktur in der Weimarer Zeit vgl. vor allem: Handbuch der Technischen Nothilfe, Berlin-Steglitz 1925; Internationales Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, Nachlaß Grzesinski, IV. Technische Nothilfe.

(183) Zur Entstehung im Reichsgebiet enthält wichtige Informationen: H. Schulze, Freikorps und Republik 1918-1920. Militärgeschichtliche Studien Bd.8, Boppard a.Th. 1969.

ner klaren militärisch-organisatorischen Initiative fähig ist (184): die Garde-Kavallerie-Schützendivision in Teltow; in Potsdam das Regiment Potsdam, das Freikorps Hülsen und das Landesschützenkorps; im Stadtzentrum das Regiment Reichstag; in Zossen schließlich das Freiwillige Landesjägerkorps. (185) Diese Einheiten schlagen am 5./6. Januar 1919, sobald es im Zusammenhang mit der provokatorischen Absetzung des auf der Arbeiterseite stehenden Polizeipräsidenten Eichhorn zu spontanen bewaffneten Massendemonstrationen und zu dem schon erwähnten dillettantischen Aufstandsversuch kommt (186), schlagartig los. Am 12. Januar ist die Niederlage des Versuchs, die Novemberrevolution doch noch auf die Machtfrage zu konzentrieren, besiegelt; die entscheidende und für den Erfolg besonders günstige Konstellation eines revolutionären Dezemberangriffs ist endgültig verpaßt und nicht mehr aufzuholen. In den folgenden Monaten wird sich die militärische Taktik der Konterrevolution in immer neuen Regionen nach dem Muster der Berliner Erfahrungen wiederholen. Sie benötigt noch nicht einmal drei Monate, um ein realistisches Prioritätensystem der Aufstandbekämpfung auszuklügeln, welches selbst nach der Märzrevolution von 1920 kaum mehr korrekturbedürftig ist. Die Januarkämpfe von Berlin hatten in ihrem Ergebnis zur Bestimmung sogenannter Machtzentren geführt, welche nach Anweisung der Generalität unbedingt gegen die Arbeiterklasse gehalten werden sollten: Berlin, Breslau, Stettin, Münster, Hannover, Kassel und München mitsamt den wichtigsten Bahnverbindungen. (187) Diese "Machtzentren" lagen seit dem Berliner Januaraufstand und seit dem Ende der ersten revolutionären Kampfperiode im Frühjahr 1919 völlig außerhalb der Aufstandszentren der radikalisierten zweiten Arbeiterbewegung; so sollte sich das Berliner Modell, nur diesmal auf nationalen Maßstab ausgeweitet, nochmals wiederholen. Noske und Co. waren sich also genauso wie die hohe Generalität klar darüber, daß Berlin ein harmloses Vospiel gewesen war, daß der zweite revolutionäre Kampfzyklus den Waffengang um die politische Klassenmacht erst auf die äußerste Spitze treiben würde. Ähnlich wie die Vororte Potsdam, Tel-

(184) Vgl. beispielsweise die Retrospektive der "Roten Fahne" zum 6.1.1919: "Und da geschah das Unerhörte. Die Massen standen von früh um 9 Uhr an in Kälte und Nebel. Und irgendwo saßen die Führer und berieten. Der Nebel stieg, und die Massen standen weiter. Aber die Führer berieten. Der Mittag kam, und dazu die Kälte, der Hunger. Und die Führer bereiten. Die Massen fieberten vor Erregung: sie wollten eine Tat, auch nur ein Wort, das ihre Erregung besänftigte. Doch keiner wußte, welches. Denn die Führer berieten. Der Nebel fiel wieder, und mit ihm die Dämmerung. Traurig gingen die Massen nach Hause: sie hatten Großes gewollt und nichts getan. Denn die Führer berieten (...)." Zit. nach H. Schmidt, A. Loesdau, Die Januarkämpfe 1919 in Berlin, op. cit. S. 17 f.

(185) Nach G. Paulus, Zusammenbruch und Wiederaufstieg, op. cit. S. 280.

(186) Vgl. neben der schon angeführten Literatur: Bericht des Untersuchungsausschusses über die Januar-Unruhen 1919 in Berlin. Sammlung der Drucksachen der verfassungsgebenden preußischen Landesversammlung, Berlin 1921, Drucksache Nr. 4121 A.

(187) Vgl. *Richtlinien der Reichswehrführung für die militärische Bekämpfung innerer Unruhen* vom 14. Mai 1920 (Entwurf). Deutsches Militärarchiv Potsdam, R. 4465, Bl. 156-160; der Entwurf wurde im Juni 1920 unverändert beschlossen.

tow usw. im Kleinen waren die nationalen "Machtzentren" als Konzentrierungsräume für die militärischen Kräfte und als Ausgangspunkte für den Angriff auf die revolutionären Arbeiterzentren gedacht. Von ihnen aus starteten die Einheiten der "vorläufigen Reichswehr" (188) seit dem Sommer 1919 ihre Terroraktionen; die genannten Städte wurden zu Knotenpunkten systematischer Spionage- und Subversionstätigkeit in den Gebieten des Ausnahmezustands. Da sie in den Gebieten der Insurrektion zunächst nur zeitlich begrenzt zu operieren vermochten, waren die gegenrevolutionären Militäreinheiten gezwungen, durch provokatorische Aufmärsche und Massaker die bewaffneten Arbeiterkader kurzfristig zum Kampf zu stellen und mittels einer rücksichtslosen Offensivtaktik aufzureiben. Im Verlauf des Jahrs 1919, als mit der Reorganisation der Freikorps und dem Aufbau der "vorläufigen Reichswehr" wieder erste Ansätze einer über die "Machtzentren" hinausgehenden militärischen Infrastruktur entstanden, wurde diese "search- and-destroy"-Taktik gegen den dezentralisierten proletarischen Klassengegner weiter ausdifferenziert. Die Wehrkreisbehörden gingen jetzt dazu über, die Hauptgebiete der proletarischen Insurrektion innerhalb des jeweiligen Kommandobereichs aufzusplittern und die lokalen Zentren der bewaffneten Arbeitermacht dauerhaft von allen Seiten einzukreisen. Im Wehrkreis IV beispielsweise (Sachsen, Anhalt und Teile Thüringens) wurden die militärischen Kräfte um Halle, Merseburg-Leuna und Mansfeld - also um die Leunawerke und den Mansfeld-Konzern zentriert. (189) In der Umgebung der Stoßtrupps des gegenrevolutionären Angriffs entstanden gleichzeitig immer neue Mantelorganisationen mit Spezialaufgaben, die neben der Weltkriegs-Soldateska die entwurzelten Schichten der Kleinbourgeoisie rekrutierten: zunächst die "Einwohnerwehren", eine Spitzelorganisation auf Massenbasis, welche die Bewegungen und Aktionen der Arbeiteravantgarden Schritt um Schritt verfolgten und mit ihren Informationen das Operationsprogramm der bewaffneten Gegenoffensive präzisierten (190); dann die "Zeitfreiwilligenverbände", ein vor allem aus Studenten gespeistes Reservistensystem der Wehrkreisbehörden. (191) Die "Technische Nothilfe" haben wir schon erwähnt. Nach der durch Versailles diktierten Verkleinerung der Reichswehr und ihrer Mantelorganisationen (192) vegetieren die Organisationen der Gegenrevolution wei-

(188) Vgl. dazu die Dokumentation von K. Nuß, Zur Entstehung und inneren Funktion der vorläufigen Reichswehr (1. Halbjahr 1919) in: ZMG, 1968, H. 2, S. 216 ff.

(189) Und zwar auf der Basis der am 14. Mai 1920 erlassenen Richtlinien der Reichswehrführung. Vgl. Befehl des Wehrkreiskommandos IV vom 31. Mai 1920 über Maßnahmen bei inneren Unruhen. Deutsches Militärarchiv Potsdam, R. 4465, Bl. 1-6; sowie Befehl der Division IV vom 5. September 1920 über den inneren Einsatz, ebd. Bl. 72-75.

(190) Vgl. Anm. 147.

(191) Dazu E. Könnemann, Zur Rolle der Einwohnerwehren und der Zeitfreiwilligenverbände beim Wiedererstarken des deutschen Imperialismus und Militarismus nach der Novemberrevolution, Diss. phil. Halle 1962.

(192) Von immerhin 400 000 auf 100 000. Dazu H. J. Gordon, Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919-1926, Frankfurt 1959; F. v. Rabenau, Seeckt. Aus seinem Leben 1918-1936, Bd. I. Leipzig 1940; E. O. Schüddekopf, Das Heer und die Republik. Quellen zur Politik der Reichswehrführung 1918 bis 1933, Hannover-Frankfurt/M. 1955.

ter in einem wilden Gestrüpp von Geheimbünden, Terrororganisationen und "Wehrverbänden". Sie werden von den Unternehmern immer wieder zur Bekämpfung der Arbeiterklasse im reduzierten Belagerungszustand der Fabrikarbeit herangezogen - so etwa die Organisation "Industrieschutz", der "Stahlhelm" usw. usw., die in der Weimarer Republik den überbetrieblichen Rahmen und ein schier unerschöpfliches Reservoir für die Unterdrückung der Arbeiter durch die Werksicherheitsdienste und Knüppelgarden der Unternehmer bilden. (193)
So ist das ganze Jahr 1919 beherrscht von den Versuchen der sozialdemokratisch-militärischen Reorganisationspartei, die proletarischen "Aufstandsgebiete in der Reihenfolge ihrer Wichtigkeit" niederzukämpfen (194). Wenn nicht alles täuscht, war die Reorganisationspartei tatsächlich fest entschlossen, das Projekt der Entwaffnung der Arbeiter Schritt für Schritt in einen veränderten, die Ursachen der bisherigen proletarischen Aufässigkeit neutralisierenden Inhalt der Ausbeutung von Arbeitskraft überzuleiten: in die "Wirtschaftsdemokratie", in einen dynamischen Wiederaufschwung der Kapitalbildung auf der Basis einer neuen Arbeitsorganisation. Doch die Füchse von Versailles, die ja nicht nur die deutschen Arbeiter, sondern auch deren Ausbeuterklasse gern entwaffnet sehen wollten, trauten aus durchsichtigen Gründen einer derart bruchlosen Rekonstruktionsperiode nicht. Sie ließen es sich angelegen sein, die Reorganisationspartei zu zügeln - konkret: mit ihren Forderungen die gegen die Arbeiter geschmiedete Allianz auseinanderzusprengen. Übrigens wurden die nicht weniger verheerenden Folgen des Versailler Vertrags für die Arbeiterseite in der Strategiedebatte der zweiten proletarischen Kampfphase ebenfalls erkannt. Es schien tatsächlich so, als ob sich auf der Basis einer kampflosen Anerkennung des Versailler Systems auch ein proletarischer Klassensieg als Pyrrhus-Sieg herausstellen sollte. Die Autoren der Versailler Paragraphen schienen tatsächlich für al-

(193) So bot die "Deutsche Arbeitsgemeinschaft. Zentralrogan für Industrieschutz und Bekämpfung des Kommunismus" dem Mansfeld-Konzern anläßlich des Streiks 1930 ihre guten Dienste an: "Wir sind sofort in der Lage und bereit, den bei Ihnen ausgebrochenen Streik restlos und erfolgreich zu bekämpfen. Als Referenz geben wir an: 1. Verband Berliner Metallindustrieller, 2. Reichsverband industrieller Bauunternehmungen sowie alle anderen Unternehmerverbände." Zit. nach W.Imig, Streik bei Mansfeld 1930, Berlin 1958, S.220, Anm.3. Die "Deutsche Arbeitsgemeinschaft" war nicht die einzige Institution auf diesem Gebiet. Streikbrecherfunktionen übte vor allem der "Stahlhelm" aus, während beispielsweise die "Antibolschewistische Liga" vorwiegend Spitzeldienste leistete. Dazu vor allem K.Finker, Die militaristischen Wehrverbände in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Strategie und Taktik der deutschen Großbourgeoisie, in: ZfG, 1966, H.3, S.357 ff.; ders.: Die militaristischen Wehrverbände in der Weimarer Republik und ihre Rolle bei der Unterdrückung der Arbeiterklasse und bei der Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges, Habil. Schrift Potsdam 1964.

(194) H.Sperling, Bürgerkriegsplanung der Reichswehrführung nach dem Scheitern des Kapp-Lüttwitz-Putsches 1920, in: ZMG, 1969, H.3, S.329.

le Eventualitäten vorgesorgt zu haben. (195)
Auf jeden Fall werden Sozialdemokratie und Gewerkschaften im Februar 1920 von Lüttwitz und Kapp als Exponenten der Freikorps erst einmal davongejagt. Sie katalysieren damit nur die Frontstellung zwischen den beiden Hauptklassen in ihrer reifsten Entwicklungsstufe, wie sie sich seit dem Herbst 1919 ohnedies anbahnt. Die Zentren der "anderer" Arbeiterbewegung werden endgültig zu Brennpunkten der proletarischen Revolution. Die Arbeiterklasse wird fähig, ihre durch die veränderte Klassenzusammensetzung gegebenen Kampf- und Organisationsformen an ihren Konzentrationspunkten politisch vorwegzunehmen. Aber die rote Ruhrarmee, die Hundertschaften der landlosen Mecklenburger Bauern und der Rostocker Hafen- und Werftarbeiter sowie die mitteldeutsche und die Hamburger Insurrektionsbewegung erreichen die Klassenhegemonie nicht auf der nationalen Ebene, während sich das gegen die Arbeiter gerichtete Klassenbündnis kurz nach dem Arbeiteraufstand wieder zusammenschließt. Die konterrevolutionäre Taktik reorganisiert sich somit bruchlos auf einem qualitativ höheren Niveau als 1919. Ihre "Machtzentren" bleiben intakt, und die Reichswehr vermag im April und Mai 1920 gegen die Aufstandsgebiete nach einem einheitlichen Operationsplan vorzugehen. Und jetzt wird gegen die Arbeiter ein irgendwie gearteter status quo nicht mehr hingenommen. Im Verlauf des Jahrs 1919 war trotz teilweise weitreichender Eingriffe seitens der "Zentralarbeitsgemeinschaft" und der Gewerkschaftsapparate die Arbeiterautonomie von der Gegen-Insurrektion verschont geblieben. Die Freikorps und die "Technische Nothilfe" waren nur dann in Aktion getreten, wenn die Arbeiterautonomie auf die gesellschaftliche Ebene übergriff oder wenn die Massenstreiks die militärisch-ökonomische Initiativkraft des sozialdemokratisch-unternehmerischen Rekonstruktionsplans bedrohten. Jetzt, wo der Professionalismus der Räte die Arbeiterautonomie nicht mehr verwaltete, um sie gegen die Radikalisierung der Klasse einzusetzen, wurde die Arbeiterautonomie selbst in die Konfrontationslinie einbezogen. Diktiert von der Entschlossenheit, auf der Basis der Erfahrungen der Kriegsproduktion und der Ford-Taylor-Experimente des US-Kapitals die Arbeitsorganisation der wichtigsten Industrie-

(195) So katastrophal sich das System von Versailles langfristig auf die Weltwirtschaft auswirken mußte - vgl. dazu die Analyse von J. M. Keynes, Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages, München-Leipzig 1920 -, so wichtig waren aber offensichtlich auch dessen taktische Tagesziele. In diesem Zusammenhang wäre die Konzeption von Laufenberg und Wolffheim zu diskutieren (1919), im Prozeß der revolutionären Umwälzung eine rote Armee aufzubauen und mit der Sowjetution als Hinterland gegen das Versailler System militärisch zu intervenieren (sog. Nationalbolschewismus). Vgl. H. Laufenberg, F. Wolffheim, Revolutionärer Volkskrieg oder konterrevolutionärer Bürgerkrieg? Erste kommunistische Adresse an das deutsche Proletariat, Hamburg 1919; über die dadurch in Gang gebrachten Kontroversen O. E. Schüddekopf, Linke Leute von rechts. Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 1960, sowie ders., Nationalbolschewismus in Deutschland 1918-1933, Frankfurt 1973, und H. M. Bock, op. cit. S. 274 ff.

zweige umzuwälzen (196), wurde das kapitalistische Kommando jetzt auch auf unmittelbarer Betriebsebene wieder gewaltsam hergestellt. Die Arbeiterentwaffnung machte nicht mehr vor den Fabriktoren halt. Im April/Mai wurden in ganz Deutschland jene großen Werke, die Ausgangspunkt des revolutionären Gegenaufstands gewesen waren, von Militär besetzt. In den ganzen folgenden Monaten zeigten sich die Wehrkreisbehörden bereit, auf den geringsten Wink der Unternehmer gegen die Arbeiter in den Fabriken einzuschreiten. Die militärische Besetzung etwa der Stuttgarter Daimler-Benz-Werke im August 1920 hatte nicht nur das Ziel, den bevorstehenden Streik gegen die Einführung der Lohnsteuer im Keim zu brechen. (197) Er war vielmehr demonstrativer Akt gegen die seit November 1918 erfolgreich verteidigte Arbeiterautonomie und für das unbehinderte Ingangkommen der Vorarbeiten zur Mechanisierung in einem.(198) Er hat schließlich in Stuttgart und andernorts der Modernisierung des Zuchthauskommandos über eine in haltslos werdende Arbeit in Gestalt des "Werkschutzes" den Boden bereitet: die Reichswehr hatte das Werksgelände nicht zuletzt besetzt, um der endgültigen Einführung eines privatpolizeilichen Unterdrückungsapparats der Unternehmer unmittelbar am Arbeitsplatz und in den Abteilungen einen entsprechenden militärischen Rückhalt zu verschaffen.
Auch der mitteldeutsche Aufstand hat hier seinen Ursprung. Es war der Reichswehr nicht gelungen, die mitteldeutschen Arbeiter vor allem von Mansfeld und Leuna nach den Lüttwitz-Kapp-Kämpfen vollständig zu entwaffnen. Hier war die Arbeiterautonomie noch intakt, hier konnte der Versuch gemacht werden, die "Betriebsorganisationen" zu reorganisieren (199) und einen neuen Kampfzyklus vorzubereiten. Die Leuna- und Mansfeld-Arbeiter hatten noch nicht das Schicksal der Ruhrproletarier, der norddeutschen Werft- und Hafenarbeiter (200) und der südwestdeutschen Metallarbeiter erlitten - von den

(196) Die Geschichte des Übergangs von der "Zentralarbeitsgemeinschaft" zu den Rationalisierungsverbänden des Weimarer Kapitals liegt noch weitgehend im Dunkeln. Sie scheint zwischen 1918 und 1920 wesentlich vom "Verein Deutscher Ingenieure" bestimmt worden zu sein; jedenfalls ist der "Ausschuß für wirtschaftliche Fertigung" des VDI erst 1922 in das inzwischen entstandene "Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit" übergegangen. Vgl.: Entwicklung der Rationalisierung und des RKW, in: Rationalisierung, 22.Jg.1972, H.5, S.141.

(197) Vgl.: Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps, im Auftrage des OKH bearb. und hrsg. von der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres, 5.Bd., Die Kämpfe in Südwestdeutschland 1919-1923, Berlin 1939, S.61 ff.

(198) Gerade die militärische Besetzung der Daimler-Benz-Werke am 26.8.1920 scheint die Arbeiter demoralisiert zu haben, hatten sie doch selbst einen Tag später ihrerseits die Untertürkheimer Betriebe besetzen wollen. Vgl. ebd. S.63. Auf jeden Fall hatten danach die bisherige "Pfuscharbeit, Diebstähle, ausgesprochene Sabotageakte" (ebd. S.62) ein Ende. Der Grund für das militärische Eingreifen war also klar: "Die Autorität der Werksleitung war auf dem Nullpunkt angelangt."

(199) Über die enorme Entwicklung der Mitgliederzahlen bei den Industrie-Unionisten 1920 und 1921 vgl. Bock,op.cit. S.195 f., S.239.

(200) Vgl. R.A.Comfort, Revolutionary Hamburg, Stanford/Cal. 1966, bes. S.109 ff.: The Decline of the Hamburg Labor Movement.

gedemütigten Arbeitern Berlins ganz zu schweigen. Und deshalb war auf der Gegenseite für die Konterrevolution der neuerliche Gegenangriff ein Gebot der Stunde. (201) Der Anlaß zum Losschlagen war da, sobald die Leuna-und Mansfeld-Kapitalisten meldeten, daß in ihren Betrieben die Einführung der Werksicherheitsdienste als Dauereinrichtung unmittelbarer betrieblicher Unterdrückung am massiven Widerstand der Arbeiter scheiterte. (202) Bei der Mansfeld AG gab es monatelange Arbeiteraktionen, als die Werksleitung es wagte, sich offen des "Werksicherheitsdiensts" als Spitzel- und Bewachungsgarde auf dem Werksgelände zu bedienen. (203) Die Leuna-Arbeiter gingen seit 1921 gegen neue Werkschutzkontrollen an den Fabriktoren vor, welche die Werksleitung angeblich brauchte, um das alte Gewohnheitsrecht der Arbeiter, Abfallholz aus dem Betrieb mitzunehmen, einzudämmen. (204) Es war für die Arbeiter sofort klar, was die zeitraubenden Durchsuchungen an den Werkstoren bezweckten: nämlich das Werksgelände und die Barackensiedlung als Waffendepots der "Allgemeinen Arbeiter-Union" auszuschalten (205) und das Meisterkommando in den Abteilungen wiederherzustellen. Das war der Anlaß, der den mitteldeutschen Arbeitern die Entscheidung aufzwang, erneut ihre Waffen hervorzuholen und gegen die tödliche Umzingelung ihrer Autonomie zu kämpfen. (206) Sie haben diesen ungleichen Waffengang, der entgegen den handelsüblichen historischen Legenden nicht im ge-

(201) Vgl. Forderung des Reichswehrgruppenkommandos I vom 19. Juni 1920 nach militärischer Niederschlagung der mitteldeutschen Arbeiterkämpfe, abgedruckt bei Sperling, op. cit. S. 342. Der springende Punkt wird in diesem Dokument klar benannt: "Es ist allgemein bekannt (...), daß die Arbeitskraft der Industriebezirke des Mansfelder Seekreises, von Halle, Bitterfeld, Merseburg, Weißenfels im ungesetzlichen Besitz von Waffen jeder Art sich befindet (...). Das Reichswehrgruppenkommando hält es (...) für unbedingt erforderlich, daß eine großzügige und einheitlich geleitete Operation zur dauernden Verhinderung der Übungen ungesetzlich aufgestellter Truppenverbände und zur Entwaffnung von Mitteldeutschland (...) durch Truppe und staatliche Sicherheitspolizei durchgeführt wird."

(202) Dieser Tatbestand wird übrigens in den DDR-Betriebsgeschichten über Mansfeld und Leuna richtig dargestellt, während die offiziöse DDR-Geschichtsschreibung die ganze Angelegenheit als mittelmäßige Parteilegende präsentiert. Insofern ist es sehr zu bedauern, daß die westeuropäische Linke - wenn überhaupt - nur die DDR-Standard-Geschichtsschreibung zu registrieren pflegt.

(203) Vgl. K. Lärmer, Vom Arbeitszwang zur Zwangsarbeit. Die Arbeitsordnungen im Mansfelder Kupferschieferbergbau von 1673 bis 1945, Berlin 1961, S. 203 f.; S. Weber, Der Kampf des revolutionären mitteldeutschen Proletariats im März 1921 gegen die Schupoprovokation, Diss. phil. Berlin 1969, S. 107 ff.; E. Könnemann, Zu den Hintergründen der Märzkämpfe 1921, in: ZMG, 1971, H. 2, S. 213.

(204) Vgl.: Kämpfendes Leuna. Die Geschichte des Kampfes der Leuna-Arbeiter, Bd. I/1, Berlin 1961, S. 228 f.

(205) Vgl. die Instruktionen des Oberpräsidenten Hörsing über das Vorgehen gegen Leuna (Stichwort Frühjahrsreise), Landeshauptarchiv Magdeburg, C 20 I b, Nr. 4797, Bl. 4 ff.

(206) Die wichtigsten Publikationen über den mitteldeutschen Aufstand: W. Drobnig, Der Mitteldeutsche Aufstand. Seine Bekämpfung durch die Polizei, Lübeck 1929; MELS-Institut beim ZK der SED (Hrsg.), Die Märzkämpfe 1921, Berlin 1956; H. M. Meyer, Die politischen Hintergründe des Mitteldeutschen Aufstandes von 1921, Diss. Berlin 1935; S. Weber op. cit. Die Dokumente zur Niederkämpfung des Aufstands befinden sich im DZAM, Rep. 77, Tit. 4003, Nr. 71, bes. Beihefte 1 und 2.

ringsten von der KPD "ausgelöst" worden ist (207), verloren. Aber ihr Aufstand wird ein Beweis dafür bleiben, daß sich die Arbeiterautonomie immer in einer organisatorisch klar fixierten Beziehung zum Ziel der bewaffneten Machtergreifung realisieren - oder aber untergehen wird. Seit dem mitteldeutschen Aufstand verfügte die kapitalistische Reorganisationspartei wieder über ein hinlängliches Waffenmonopol, und damit schien die Initiative zur Reorganisation der Arbeitskraft endgültig politisch gesichert. Die Hamburger Arbeiterkader mußten sich bei ihrem Oktoberaufstand im Jahr 1923 die Waffen schon aus den Polizeirevieren holen. (208)

(207) Vgl. dazu etwa den profiliertesten Exponenten dieser Theorie, Werner T. Angress, dessen bekanntes Buch über die KPD zwischen 1921 und 1923 inzwischen in deutscher Übersetzung erschienen ist: Die Kampfzeit der KPD 1921-1923, Düsseldorf, S. 139 ff. Obwohl Angress die Möglichkeit gehabt hätte, die deutsche Ausgabe anhand der inzwischen weit fortgeschrittenen Forschung und vor allem der Archivalien zu überprüfen, ist er bei einer reinen Institutionenkunde stehengeblieben, die publizierte Propagandathesen der herrschenden Klasse aus der damaligen Zeit mit den Elaboraten der westlichen KPD- und Kominternphilologie vermengt.

(208) Der 50. Jahrestag des Hamburger Aufstands wäre es wert gewesen, die damaligen Ereignisse und vor allem ihre politischen Träger, die unqualifizierten Hamburger Arbeiter, jenseits der kontroversen Mythen zu rekonstruieren.

4. Noch ein Rückschlag für die Arbeiter: Die Veränderung der Arbeitsorganisation

Nach der Entwaffnung der Arbeiter hätte die siegreiche herrschende Klasse ohne allzu große Umstände zum Aufbau jener "neuen Wirtschaft" übergehen können, wie sie als Ziel des Doppelbündnisses zwischen Ebert und Groener bzw. Legien und Reichert formuliert worden war. So jedenfalls nach den Intentionen von Gewerkschaften und Sozialdemokratie, die im Wettlauf mit der radikalisierten Arbeiterklasse zur präventiven Zentralisierung des militärisch-politischen Gegenangriffs der Unternehmer und der Generalität entscheidend beigetragen hatten. Und so auch die weitsichtigeren Geister des Unternehmertums, denen längst klargeworden war, daß die bolschewistisch-spartakistische Lehre vom Sozialismus als beschleunigter wirtschaftlicher Entwicklung einen "weißen" Gegen-"Sozialismus" brauchte (209), damit das restaurierte politisch-ökonomische Herrschaftssystem auf Dauer in bewährten Händen blieb.
Aber im Gegensatz zu den Vorreitern einer weißen kapitalistischen Gegeninternationale haben die Machtzentren der europäischen herrschenden Klassen auch nach Lüttwitz und Kapp weiter Va Banque gespielt: die Väter des Versailler Systems, die weiter daran festhielten, statt einer supranationa-

(209) F.v.Gottl-Ottlilienfeld, Fordismus? Von Frederick Winslow Taylor zu Henry Ford, in: ders., Fordismus. Über Industrie und technische Vernunft, 3.Aufl. Jena 1926, S.40.

len europäischen Wirtschaftskonsolidierung überalterten nationalstaatlichen Racheakten den Vorzug zu geben; und die deutschen Unternehmer, die keinen Anlaß hatten, sich von einer derartigen *Liquidierung des Weltkriegs* eine Stabilisierung ihrer gerade wieder gewonnenen Machtpositionen zu erhoffen. Sie schreckten denn auch nicht davor zurück, erst einmal in einer wahnwitzigen Inflationspolitik die entwaffnete Arbeiterklasse u n d die Verantwortlichen von Versailles noch einmal bis aufs Blut zu reizen. Freilich: die Politik des Alles oder Nichts war diesmal genau kalkuliert und jederzeit widerrufbar, wie immer, wenn die ausgebeutete Klasse gerade wieder einmal niedergeworfen worden ist. Insofern hat Stinnes tatsächlich nur Taktik im Sinn der sozialdemokratisch-Rathenauschen Strategie betrieben. (210) Alle Beteiligten gingen realistischerweise davon aus, daß auf kurze Sicht die Ära der Zwangsreparationen ohnedies jeden europäischen Integrationsansatz der Unternehmerpolitik unterminierte. Sie ließen deshalb eine nationalstaatliche Variante der Wirtschaftspolitik statt der Vision der "neuen Wirtschaft" Revue passieren: maximale Zentralisierung und Kapitalisierung aller realen wie fiktiven Sachwerte, massive extensive Verbreiterung der Produktionsbasis in allen wichtigen Zweigen, Beseitigung der ökonomischen Folgen der Demobilisierung. Inwieweit freilich die Taktik: Auspowerung der entwaffneten Arbeiter und der Mittelschichten bis zum Äußersten - der Strategie: Aufhebung der "proletarischen Gebundenheit" an Mechanismen außerhalb der Kontrolle des Wirtschaftssystems, also Hereinnahme der arbeitenden Klasse in die wirtschaftliche Entwicklung - zuwiderlief, würde sich erst Ende der zwanziger Jahre zeigen. Vorerst sollte sich im Zusammenhang mit dem prompten Zusammenbruch des mitteldeutschen Generalstreiks nach dem Rücktritt des Kabinetts Cuno (211) und mit dem Fiasko der letzten militärischen Aktion der Arbeiter im Hamburger Oktober die eingeschlagene Linie der kapitalistischen Rekonstruktion als durchaus effektiv erweisen. Das nationalstaatlich-inflationäre Zwischenspiel galt weithin als brutal, aber unabdingbar - ging es doch darum, die ausbleibende Internationalisierung der Kapitalbewegungen zu kompensieren und wenigstens durch diese Ersatzlösung die Kapitalbasis des radikalen technisch-ökonomischen Reorganisationsprojekts zu verbreitern. (212)
Auf jeden Fall war der in der Inflationskrise ansetzende Übergang zur "neuen Wirtschaft" präzis vorbereitet. Die deutschen Unternehmer hatten sich bis ins Detail mit der Frage auseinandergesetzt, wie nach der Niederwalzung der proletarischen Insurrektionsbewegung die Reorganisation ihres Kommandos auf Fabrikebene auszusehen hätte. Daß auch nach der "anti-etatistischen"

(210) Zur Wirkung der Inflationsperiode auf die Reorganisation des deutschen Kapitalismus vgl. J.W Angell, The Recovery of Germany, New Haven 1929; F.K.Ringer (ed.): The German Inflation of 1923, New York, London, Toronto 1969.

(211) Vgl. W.Ersil, Aktionseinheit stürzt Cuno. Zur Geschichte der Massenkämpfe gegen die Cuno-Regierung 1923 in Mitteldeutschland, Berlin 1963; R.Wagner, Zur Frage der Massenkämpfe in Sachsen vom Frühjahr bis zum Sommer 1923, in: ZfG, 1956, H.1, S.246 ff.

(212) Vgl. H.Zimmermann. Die deutsche Inflation, Berlin 1926.

Inflationsperiode (213) die Möglichkeiten eines breiten Übergangs zur Massenproduktion beschränkt blieben, wurde von ihnen realistisch eingeschätzt. Allein von der materiellen Basis her war vorauszusehen, daß - trotz der 1924/25 einsetzenden außenwirtschaftlichen Teilkorrektur des Versailler Systems (214) - die in den USA sich gerade abspielende "Tragödie des Facharbeiters" (215) auf dem alten Kontinent gedämpfter und in einem ungleich längeren Zyklus vor sich gehen würde. Aber es gab noch gewichtigere Gründe, die dagegen sprachen, durch eine zu abrupte "Verwissenschaftlichung" der Arbeitsorganisation und eine allzu sehr beschleunigte Mechanisierung der Produktion die "Persönlichkeit des Arbeiters" mir nichts dir nichts "totzuquetschen". (216) Die deutschen Unternehmer hatten es seit jeher mit zwei Arbeiterbewegungen - einer politisch-professionellen und einer aktionistisch-unqualifizierten - zu tun. Sie schreckten deshalb - nicht zuletzt auch aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre - vor einer einseitigen Veränderung der Klassenzusammensetzung, die ihren Angriff ausschließlich auf den Facharbeiter konzentrierte, zurück. Die Ent-Intellektualisierung des Arbeiters, die Liquidierung seines Berufsstolzes durch eine verfeinerte und präzisierte Maschinerie und durch die Herausnahme der technischen Komponenten der Produktion aus dem Arbeitsprozeß: das alles galt als bitter nötig und stand außerhalb der Diskussion. Aber aufgrund ihrer nachhaltigen Erfahrungen mit den unqualifizierten Arbeiterarmeen des Ruhrgebiets, Mitteldeutschlands und der Küstengebiete verwarfen die deutschen Unternehmer die Unbekümmertheit und Einseitigkeit des Angriffs ihrer nordamerikanischen Ausbeuterkollegen. (217) Die Neuzusammensetzung der Klasse mußte von Anfang an ausdifferenzierte Mechanismen der Klassenspaltung enthalten und vor al-

(213) So J. Kuczynski in: Studien zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1928 bis 1945 (Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus Bd.15), S.45 ff.

(214) Zu den Einzelheiten K. Obermann, Die Beziehungen des amerikanischen Imperialismus zum deutschen Imperialismus in der Zeit der Weimarer Republik (1918-1925), Berlin 1952; K. Gossweiler, Großbanken, Industriemonopole, Staat, Berlin 1971, bes. 6. und 7. Kap.

(215) So F. v. Gottl-Ottlilienfeld, op. cit. S.10.

(216) Ebd. S.8.

(217) Das artikulierte sich dann meistens so, daß die Ansätze zur "wissenschaftlichen" Betriebsführung bei Taylor kritisiert, die Prinzipien der Arbeitsorganisation bei Ford dagegen begeistert gefeiert wurden. Das Fordsche Modell schien für die deutschen Unternehmer überzeugender, wahrscheinlich auch deshalb, weil es für die Modernisierung der ins Wanken geratenen patriarchalischen Betriebsstruktur am ehesten geeignet war: "Höchstleistung wird bei Henry Ford beileibe nicht durch eine gekünstelte Organisation erzwungen und auch nicht für jeden einzelnen Arbeiter so, wie ihn bei Taylor jenes 'Arbeitsbüro' an der Strippe hält, das alleinig über die Arbeit denkt. Höchstleistung stellt sich bei Henry Ford mehr im gesamten ein, durch den hinreißenden Schwung, der sich von seiner Persönlichkeit auch seiner ganzen Betriebsführung mitteilt. Wie lebendig ein Betrieb, der sich vor den Augen der Arbeiter unablässig vervollkommnet, und dies gerade auch durch tätigste Mithilfe der hier selbstverantwortlich schaffenden Arbeiter." (Ebd. S.51).

lem auch in die andere Richtung zielen. Wie es die Facharbeiter Zug um Zug zu entprofessionalisieren galt, so erschien aber auch die "Überwindung der Ungelernten" und deren "Spezialisierung" und neue Bindung an die Produktionsmaschinerie des "weißen Sozialismus der reinen, tatfrohen Gesinnung" (218) bitter nötig. Die 1923/24 endgültig Fuß fassende Rationalisierungsbewegung zielte auf zwei Arbeiterbewegungen, sie war "ganzheitlich", weil das historische Gewissen des Kapitals nicht nur zum Schlag gegen die Facharbeiter auszuholen gebot. So einfach war es nicht bestellt mit dem jetzt einsetzenden "Kampf um die Seele des Arbeiters". (219) Das Fließband mußte eingeführt werden, aber das war keinesfalls schon identisch mit der totalen Ausnutzung der damit gegebenen Möglichkeiten einer "Maßlosigkeit im Arbeitstempo" (220) und einer fordistisch-perfekten Reduktion der Teilarbeiter auf ständig wiederkehrende Einzeloperationen; die wahre Grenze, die sich dem entgegenstellte, nämlich die Unfähigkeit zu einer massiven Steigerung der Reallöhne (221), gaben die Unternehmer, die derart tönten (222), natürlich nicht allzu gerne zu. Der alte Berufsstolz mußte gebrochen werden, aber nur, wenn an seine Stelle eine neuartige "Bejahung der Arbeit" trat, die auch jene Arbeiter erfaßte, welche die Fabrik schon immer als Gefängnis sinnloser Arbeitsqual empfunden hatten. Die Veränderung einer polarisierten Klassenzusammensetzung, und damit die Beseitigung zweier polarisierter Kampfformen so, daß eine Homogenisierung auf einem neuen antagonistischen Niveau unterblieb: das war der tiefere Sinn der Rationalisierung in der sogenannten Weimarer Stabilisierungsperiode. Die Verewigung der 1921 erkämpften Entwaffnung der Arbeiterklasse in einer versachlichten Despotie der Mehrwertproduktion stand auf der Tagesordnung; dabei hatte die - natürlich enorm manipulierte - Propaganda der Selbst-Hereinnah-

(218) Ebd. S.40. Die ganze Programmatik der Rationalisierungskampagne wird bei diesem Autor deutlich: "Also nur, ob unsere theoretisch erträumte Ideologie einem sozialistischen Wunschbild gleichkäme? Ja, sofern man eben nicht einen Sozialismus empörten Auftriebs meint, der für sein blutrot umrahmtes Wunschbild nach den Formen der Gemeinschaft schreit. Geradeheraus, kein roter Sozialismus der Forderung ist es, nicht den hätte das Lebenswerk Henry Fords an die Wand unserer Zeit gemalt (...), sondern den weißen Sozialismus der reinen, tatfrohen Gesinnung!" (S.40.)

(219) Vgl. dazu die Standardliteratur aus der damaligen Zeit: H.de Man, Der Kampf um die Arbeitsfreude, 1927; P.Osthold, Der Kampf um die Seele des Arbeiters, 1927. Dazu auch Götz Briefs im Jahr 1928: "Der Kampf um die Seele des Arbeiters ist das neue Schlagwort, - nicht um die psychotechnisch zugängliche Seele, sondern um die Geistseele des Arbeiters, um die Bezirke, die nicht gemessen, rationalisiert und kontrolliert werden können." G.Briefs, Rationalisierung der Arbeit, in: Industrie- und Handelskammer zu Berlin, Die Bedeutung der Rationalisierung für das deutsche Wirtschaftsleben, Berlin 1928, S.50.

(220) Vgl. C.Koettgen, Das fließende Band, in: ebd., S.115 f.

(221) Vgl. dazu Bry, Wages in Germany 1871-1945, op.cit.; J.Kuczynski, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33 (Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus Bd.5), Berlin 1966, S.208 ff.; vor allem S.218 f. die Indexberechnung der Nettoreallöhne, die Kuczynski zufolge nur einmal im Jahr 1928 das Vorkriegsniveau von 1913/14 wieder erreicht haben!

(222) Vgl. etwa den Direktoriumsvorsitzenden der Siemens-Schuckert-Werke, Koettgen, op.cit.

me des Arbeiters in den reorganisierten Ausbeutungszyklus wegen der geringen Konzessionsmöglichkeiten an den Reallohn und die Arbeitszeitverkürzung (223) eine spezifische Bedeutung. Diesen komplexen Zusammenhängen verdankt - bei allen gemeinsamen Grundzügen in der Neubestimmung der Ausbeutung der Arbeiter in den USA und im Rußland des "Kriegskommunismus" (224) - die deutsche "Rationalisierungsbewegung" ihre Besonderheiten. Zunächst zu den wesentlichen Inhalten des kapitalistischen Angriffs auf Fabrikebene. Die Zahl der Sektoren, in denen eine vervollkommnete Maschinerie Arbeitsinhalte und -tempo bestimmte, nahm auch in Deutschland zu. Auch die deutschen Unternehmer hatten nach einer Phase der betriebsspezifischen Kleinarbeit zur Steigerung der Arbeitsintensität (225) seit 1923/24 endlich ihre spektakulären Ereignisse: 1923 wurde bei Opel (226), ein Jahr später in der Berliner Zählerfabrik der AEG das Fließband eingeführt. (227) Das war ein respektabler Anfang, der allmählich in der metallverarbeitenden Industrie und bei den Elektrokonzernen Schule machte. Hinzu kamen breit angelegte technische Umstellungen im gesamten Produktionspotential, die freilich im Gegensatz zu Nordamerika an jene Grenzen, welche ihnen die Kleinserie auferlegte, gebunden blieben. Ganz allgemein wurde die Produktionstechnik im Maschinenbau so ausgelegt, daß die Beschleunigung des Maschinentempos auch ohne den sofortigen Einsatz der neuen Hartmetallwerkzeuge und der spanabhebenden Formgebung (228) möglich wurde: dazu haben vor allem die Ersetzung des Riemenantriebs durch den Antrieb von Elektromotoren, die Einführung von neuen Kugellagern und eine Menge von Verein-

(223) Zur Entwicklung der Arbeitszeit vgl. J. Kuczynski, op.cit. S.200 f, S.228 ff.

(224) Die Ansätze zur Einführung der psychotechnischen und arbeitswissenschaftlichen Methoden zur Effektivierung der Arbeitsleistungen der sowjetischen Arbeiter seit 1918 ist noch immer ein großes Geheimnis; auch Rita di Leo hat es in ihrem ansonsten sehr wichtigen Buch über: Die Arbeiter und das sowjetische System, Trikont-Verlag, München 1973, noch nicht gelüftet. Material dazu in deutscher Sprache aus den zwanziger Jahren: F.Baumgarten, Arbeitswissenschaft, in: F.Giese, Handwörterbuch der Arbeitswissenschaften, Halle a.d.Saale 1930; J.Ermanski, Theorie und Praxis der Rationalisierung, Wien-Berlin 1928.

(225) Vgl. dazu beispielsweise: Autorenkollektiv unter Leitung von W.Schumann, Carl Zeiss Jena einst und jetzt, Berlin 1962, S.367 ff.; W.Jonas, Das Leben der Mansfeld-Arbeiter 1924 bis 1945, Berlin 1957, S.23 ff.; H.Müller, Geschichte des VEB Stahl- und Walzwerks Riesa 1843 bis 1945, Berlin 1961, S.221 ff.; H.Radandt, Hugo Junkers, op.cit. S.105 ff.

(226) Vgl. M.Hammer, Vergleichende Morphologie der Arbeit in der europäischen Automobilindustrie: Die Entwicklung zur Automation, Basel-Tübingen 1959, S.18, Anm.9. Die ersten europäischen Automobilfabriken, die das Fließband einführten, waren 1922 Citroen, 1923 Opel, 1924 Renault.

(227) Vgl. H.Radandt, Die Vorgeschichte der EAW "J.W.Stalin" Berlin-Treptow 1926 bis 1946, in: JWG, 1961 t.I, S.167. Dazu auch die ausführliche Darstellung bei R.R.Mirnus, Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft Berlin. Die Organisation der AEG-Zählerfabrik (Musterbetriebe Deutscher Wirtschaft Bd.9), Berlin 1929.

(228) Zur technologischen Umwälzung der Maschinenindustrie, die 1926 mit der Einführung der Sinterhartmetalle einsetzte, vgl. Witthoff, Die Hartmetallwerkzeuge in der spanabhebenden Formgebung, München 1952.

fachungen bei den Universalmaschinen gedient. Und überall machte sich das Bestreben breit, durch technische Umstellungen den Produktionsablauf und übrigens auch die technisch-kaufmännische Produktionsregulierung (229) zu verflüssigen, überschaubarer zu machen, sowie die Zirkulations- und Verlustzeiten zwischen den einzelnen Arbeitsoperationen zu reduzieren. Da dabei der großangelegte Einsatz der neuen Technologien oft an Kapitalmangel scheiterte und die Disposition der Lohnkosten zu kurzfristigen Teilschritten stimulierte, wurde besonders Wert auf die volle Exploitation der Arbeitszeit gelegt. Gerade in Deutschland wurden an den Maschinen "Zeitschreiber" und "Arbeitsschauuhren" installiert: Registrierapparate, welche durch mechanische oder elektrische Übertragung der Bewegung des Werkzeugs oder Werkstücks den gesamten Arbeitsvorgang festhielten und jeden Stillstand oder Leerlauf unerbittlich reproduzierten. So wurden gelernte und ungelernte Arbeiter gleichermaßen überflüssig; zwischen den beiden klassischen Arbeitertypen der voraufgegangenen Epoche begann sich die Masse der "angelernten" Spezialarbeiter zu etablieren. Wie nie zuvor waren schon zwei bis drei Jahre nach dem offiziellen Beginn der "Rationalisierungsbewegung" die technisch-maschinellen Realisierungsbedingungen einer versachlichten Arbeitsorganisation mit dem politischen Kalkül der Unternehmer zur Deckung gekommen.

Der Angriff auf die unmittelbaren Arbeitsbedingungen zielte natürlich vor allem auf eine völlige Umgestaltung der bisherigen Arbeitsteilung ab; der veränderte kapitalistische Gebrauch der Maschinerie und die dementsprechend vorgenommene technische Umwälzung des Maschinensystems waren nur Mittel zum Zweck. Gerade hier waren politisches und ökonomisches Unternehmerziel Variable derselben Gleichung. Im Verlauf der revolutionären Nachkriegskämpfe war die Arbeitsleistung der Arbeiter bedeutend gesunken, das Unternehmerkommando war in der Klassenautonomie untergegangen, die "soziale Gärung senkte die Arbeitslust" (230). Für die Unternehmer kam erschwerend hinzu, daß der entscheidende Konzessionspunkt, auf dem die "Zentralarbeitsgemeinschaft" basierte, der Achtstundentag (231), in Deutschland vorerst zwar schrittweise wieder ausgehöhlt, aber wegen des fortdauernd heftigen Arbeitswiderstands auf breitester Ebene (232) nicht vollständig

(229) Vgl. dazu die Einzelbeiträge in: IHK Berlin (Hrsg.), Die Bedeutung der Rationalisierung, op.cit. S.77 ff.: Fließband, 171 ff.: Landwirtschaft, S.201 ff.: Kohlenbergbau sowie Eisen- und Stahlindustrie, 318 ff.: Maschinenbau, 341 ff.: Textilindustrie; sowie die sehr wichtige Studie des Internationalen Arbeitsamts, Die sozialen Auswirkungen der Rationalisierung, Genf 1932.

(230) O.Bauer, Kapitalismus und Sozialismus nach dem ersten Weltkrieg, 2.Bd.: Rationalisierung - Fehlrationalisierung, Wien 1931, S.66.

(231) Vgl. W.Richter, Gewerkschaften, Monopolkapital und Staat, op.cit. Abschnitt ZAG; zum Kampf für den Achtstundentag auf internationaler Ebene Stichwort: Achtstundentag, in: F.Giese (Hrsg.), Handbuch der Arbeitswissenschaft Bd.I, Halle a.d.S. 1940, Sp.28 ff.

(232) Dieser Widerstand ist in allen Betriebsgeschichten belegt, die seit 1957 im Ostberliner FDGB-Verlag Tribüne erschienen sind (Serie: "Geschichte der Fabriken und Werke").

rückgängig gemacht werden konnte. Eine Kompensation dieses Zugeständnisses war nur möglich durch Intensivierung der Arbeitsleistung. Hier lag für die Unternehmer der Kern jenes Problems, der die ganze "Rationalisierungsbewegung" als konkretes Verwirklichungsmodell des 1916 inszenierten langfristigen Reorganisationsprojekts ins Leben gerufen hatte: alle Versuche - vor allem in den kleineren Industrien - , von der Arbeiterentwaffnung zur Verschärfung der Ausbeutung in den klassischen Manieren der Betriebshierarchie und des Zehnstundentags überzugehen, waren kläglich gescheitert. Trotz ihrer ziemlich katastrophalen Niederlage war die Arbeiterklasse der Jahre 1921 bis 1923/24 nicht mehr mit der Klasse des Vorkriegs zu vergleichen. Der Versuch, nach der Liquidierung der roten Arbeitermilizen mittels der alten Meisterhierarchie zu einem härteren Arbeitstempo zu kommen, rief in allen wichtigen Industriezweigen gerade nach 1921 eine ständige Auflehnung gegen die Arbeitsdisziplin hervor, die auch vor der Sabotage nicht mehr zurückschreckte (233) und der mit den bisherigen Unterdrückungsmethoden nicht mehr beizukommen schien. Die Herrschaft der alten Betriebsbeamten und Werkmeister war seit den zwei Zyklen des Nachkriegskampfs ausgehöhlt; die Arbeiter-Techniker hatten sie erst einmal mitsamt den Unternehmern für längst überflüssig erklärt, und die unqualifizierten Arbeitermassen hatten sie in der zweiten Revolutionsphase allzuoft aus den Betrieben hinausgeworfen und ihrem Klassenhaß gegen sie freien Lauf gelassen. Auf der Basis der alten Arbeitsteilung war aus der Arbeiterklasse selbst unmittelbar nach dem mitteldeutschen Desaster nichts mehr herauszuholen. Mit der generellen Einführung der kapitalistischen Betriebspolizeien hatten zwar die eindeutigen Handgreiflichkeiten aufgehört. Aber in bezug auf die Arbeitsmoral besagte das alles noch ziemlich wenig. Hier half nur eines weiter: die Versachlichung der Peitsche des Meisters, die den Arbeitern die bisherigen Kristallisationspunkte im Kampf gegen eine verschärfte Mehrwertabpressung entzog und die Konfliktbasis kunstvoll verschleierte - eben in Gestalt des mechanisierten Produktionsflusses und der darauf begründeten neuen Arbeitsteilung. An die Stelle der alten Hierarchie der Betriebsbeamten und Werkmeister trat in vielen Fabriken eine Zentrale der Antreiberei, die mit ihren Vorgabezeiten und Arbeitszetteln den kapitalistischen Gebrauch der reorganisierten Maschinerie auf die Spitze treiben sollte: das

(233) Das zentrale Problem der Unternehmer bei der Umstrukturierung war und blieb die Arbeitsmoral. Das war ihnen auch voll bewußt: "Das laufende Band bedeutet wenig, wenn der Wille, sein hemmungsloses Ablaufen mit allen Kräften zu fördern, nicht jedem Beschäftigten selbstverständlich ist." M.J.Bonn, Technische und wirtschaftliche Rationalisierung, in: IHK Berlin, Die Bedeutung der Rationalisierung, op.cit. S.17. Oder noch drastischer Götz Briefs: "Damit ist der ganze Umkreis der Psychotechnik in allgemeinen Linien umschrieben. Der Betriebsleiter, mit dem man über diese Dinge spricht, sagt einem: Schön und gut, aber etwas fehlt, die Arbeitsfreude. Weil sie fehlt, muß der kostspielige Apparat der ausgeklügelten Methoden zur Leistungssteigerung und Leistungskontrolle aufgebaut werden. Jeder, der einigermaßen deutsche Betriebe kennt, weiß, daß das richtig ist." G.Briefs, Rationalisierung der Arbeit. ebd. S.51.

Arbeitsbüro. Im Arbeitsbüro ließen die Kapitalisten fortan die Fäden einer differenzierten und jederzeit reproduzierbaren Kontrolle aller Lebensäußerungen des Arbeiters von der Einstellung bis zur Entlassung konzentrieren. Die Einstellung des Arbeiters war nicht mehr Angelegenheit des Meisters, sondern psychotechnischer Tests und Eignungsprüfungen auf die Hingabebereitschaft an die veränderte Arbeitsorganisation. Hier wurde die Neuzusammensetzung der Klasse, so wie sie sich seit 1916 angebahnt hatte, auf erweiterter Stufenleiter reproduziert: ein ständig wachsender Anteil von Frauenarbeit gerade in den am weitesten rationalisierten Betriebszweigen geht auf dieses Konto, weil hier Ertragen einer monotonen Arbeitsoperation und massiver Lohneinschränkungen am besten miteinander korrelieren sollten. (234) Die Situation am Arbeitsplatz, früher in ihrer Ausstattung mit Maschinen, Materialzuführung usw. voll in der Entscheidungskompetenz der Werksbeamten und der Meister, wurde jetzt schärfer kontrolliert und durch eine differenzierte Technik der Arbeitsvorbereitung mit dem gesamten Produktionsfluß in und zwischen den Abteilungen verbunden. Es war auch nicht mehr der Meister, der den Akkordlohn, früher meist reinen Geldakkord, mit den Kolonnen je nach Fingerspitzengefühl und vorhandener Arbeitsmoral festzusetzen hatte: die Bestimmung der Akkorde erfolgte fortan in großen Teilen der Industrie auf der Basis "wissenschaftlicher" Zeitstudien, die mehr oder weniger exakt mit den Organisationstechniken der Arbeitsvorbereitung und dem Lohnbüro gekoppelt wurden (REFA-System) (235). So war bald ein Zustand erreicht, wo der Durchschnittsarbeiter wie eine Marionette an den Fäden einer allmächtigen Kalkulationsabteilung zappelte (236) und bei der geringsten Auflehnung durch hingabebereitere Kräfte ersetzt wurde. Das Fabriksystem war mehr und mehr zu einer anonymen Macht geworden, wo die veränderte Maschinerie, materielle Basis für eine derart radikale Umwälzung der Arbeitsteilung, über die lebendige Arbeit scheinbar selbstherrlich nach undurchschaubaren Gesetzen gebot. Die Versachlichung der Arbeitsvorgänge war die Voraussetzung dafür, daß die Kalkulationsbüros ohne jeden Kontakt zu den Arbeitern selbst die erforderlichen Daten für die Optimierung des Kontakts zwischen lebendiger Arbeit und Produktionsagentien bezog. Eine derart verwissenschaftlichte Betriebsführung war in der Tat ein willkommenes Instrument für die Unternehmer, die Zusammensetzung der Klasse nicht mehr wie bisher je nach Konflikt stoßweise, sondern in ei-

(234) Daß dies der treibende Motor zur Verstärkung des Anteils der Frauenarbeit war, geht eindeutig hervor aus der Arbeit von Judith Grünfeld, Frauenarbeit, Rationalisierung und Frauenlöhne im Deutschen Reich, in: Internationale Rundschau der Arbeit, 1934, H.6, S.523 ff.

(235) Zur Geschichte des REFA vgl. D. Fritsch, Der arbeiterfeindliche Charakter des Refa, Wirtschaftswiss. Diss. Leipzig 1963; zur Funktion des REFA-Verbands ders.: Wesen und Ziele des Verbandes für Arbeitsstudien-REFA e.V., in: Wirtschaftswissenschaft, Berlin, 11.Jg.1963, S.1272 ff.

(236) Eben weil die Adoption des Fordschen Patriarchalismus an der zu dünnen Kapitaldecke und an der "mangelnden Arbeitsmoral" vorerst gescheitert war.

ner Art Permanenzzustand zu verändern. Grundbedingung war die Möglichkeit, fortlaufend Arbeitskräfte freizusetzen. Der Zirkel zwischen Einstellung und Entlassung war endlich geschlossen. Der Arbeitsprozeß verlangte keine besonderen Berufsfertigkeiten mehr, es war vorbei mit der Unentbehrlichkeit des Facharbeiters wie auch des Handlangers, für dessen anstrengende Tätigkeiten oft genauso wenig hatte Ersatz gefunden werden können. Es bedurfte nur noch eines hinlänglich funktionierenden Systems der "Werkssicherheit" - es wurde ja damals gerade eingeführt -, damit die Fabriken, auf Dauer der widerspenstigen Arbeiter entledigt, endlich einmal zu wirklichen "Oasen des sozialen Friedens" wurden.
Aber wie schon angemerkt: in jenen Jahren ist der Entwicklungsweg zum repetitiven Teilarbeiter der Massenproduktion nur in ersten Ansätzen gegangen worden. In der Realität der Betriebe wurde nur die neue Schicht der angelernten Arbeiter dem neu versachlichten und jeglicher Kontrolle seitens der Arbeitskraft unzugänglichen System der zerlegten Arbeitsoperationen unterworfen; zahlenmäßig starke Facharbeitergruppen blieben vorerst von diesem Schicksal verschont. Ganz ungeschoren kamen die qualifizierten Dreher, Fräser, Maschinenschlosser usw. allerdings nicht davon. Auch ihre Arbeitsinhalte wurden schrittweise verändert, und zwar im Sinn einer innerbetrieblichen Klassenspaltung des Gesamtarbeiters, welche sich in ihrer dem Diktat der Kleinserie angepaßten Struktur für die Stabilisierung des kapitalistischen Kommandos als außerordentlich effektiv erwies. Ein Teil der traditionellen Arbeiter-Techniker wurde auch jetzt noch wegen seiner überragenden Qualifikationen benötigt, weil die subjektiven wie objektiven Produktionsbedingungen einem ständigen Wechsel der Produktionsplanung angepaßt werden mußten. Aber der professionelle Arbeiter war jetzt nicht mehr Zentralfigur des Produktionsakts, der dem Handlanger seine Hilfsfunktionen zumaß und nur mittels der Meister-Betriebsbeamtenhierarchie unter die Betriebsdisziplin genötigt blieb. Er wurde vielmehr an den Rand des unmittelbaren Produktionsprozesses gedrängt; er fristete sein Dasein als Einrichter und Reparaturarbeiter außerhalb der Maschinenbedienung, die nur noch der bis ins letzte Detail kalkulierten Anwendung von angelernten Arbeitskräften bedurfte. Statisten des eigentlichen Produktionsakts, wurden die Facharbeiter zu neuen Zwischengliedern zwischen Arbeitsbüros und Werkhallen. Ihr Berufsstolz war dahin, denn sie waren ebenfalls nur noch arbeitsteilig gehandhabte Exekutivorgane einer zentral zusammengefaßten und weitgehend verflüssigten Arbeitsorganisation, bei der ihr durch jahrelange Verbundenheit mit dem Werkstück erworbenes intuitives Geschick nicht mehr benötigt wurde. Gleichwohl hatte die Lage der gelernten Arbeiter mit der Situation der spezialisierten Maschinenanhängsel in den Werkhallen wenig gemeinsam. Ihre Arbeitsleistung, die Fähigkeit also, die neuen Universalmaschinen auf die neuen Serien einzustellen und im Fall des Produktionsausfalls sachkundig zu reparieren, wurde zu einem äußeren, vom Arbeitsbüro sehr wohl regulierten Moment der Arbeitsqual des aller Arbeitsinhalte beraubten angelernten Produktionsarbeiters und zu einem Teil der erforder-

lichen Bedingungen für die Beschleunigung des Maschinentempos. Zwar waren auch sie tendenziell jeglicher Selbstbestimmung über Arbeitsmethoden und -inhalte beraubt, aber sie standen dem reorganisierten kapitalistischen Kommando trotzdem näher als den Qualen des entstehenden Massenarbeiters.

Auf jeden Fall waren wenige Jahre nach dem Einsetzen des Rationalisierungsbooms von 1923/24 die zwei Arbeiterbewegungen zerstört. Die Kapitalisten hatten es alles in allem verflucht gut verstanden, teilmechanisierte Maschinerie und veränderte Arbeitsteilung als politisch-ökonomische Inhalte der auf die Entwaffnung folgenden Neubestimmung der Ausbeutungsbeziehungen zu funktionalisieren. Der Selbstverwaltungs-Elan der Arbeiter-Techniker verflüchtigte sich mit deren Abhängigkeit von einer auch für sie undurchschaubar gewordenen "wissenschaftlichen" Betriebsführung, welche auch ihre Statistenfunktion sehr wohl zu programmieren und auf einen optimalen Produktionsfluß zu trimmen wußte. Genauso schien der Radikalismus der unqualifizierten Arbeitermassen im Bergbau, in der Eisenhütten- und metallverarbeitenden Industrie in einer erneut versachlichten und schier unangreifbar gewordenen Arbeitsorganisation absorbiert zu werden. Sie waren zu genau berechneten und mit reduzierten manuell-motorischen Funktionen ausgestatteten Arbeitstieren geworden, Marionetten in einem mit stählerner Perfektion ablaufenden Räderwerk, das ihre Arbeitsdisziplin an einen monotonen Maschinenrhythmus knüpfte, jede Tendenz zur Aufsässigkeit unerbittlich aufspürte und schon auf individueller Äußerungsebene den präventiven Schlägen eines ins Fabriksystem kunstvoll eingeschleusten Polizeikommandos überließ. Fast schien es, als könnten die deutschen Kapitalisten straflos auf die in anderen Ländern üblichen Brosamen des technischen Fortschritts für die Arbeiterseite, Reallohnsteigerung und Arbeitszeitverkürzung, verzichten. Ja, es wurde nachgerade Mode, durch die verstärkte Heranziehung von Frauenarbeit in den am weitesten durchrationalisierten Abteilungen die massive Steigerung von Arbeitsproduktivität und -intensität mit drastischen Lohnreduzierungen bis nicht selten 50 Prozent pro erhalten gebliebenem Arbeitsplatz zu kombinieren. (237)

(237) Vgl. die vielen Beispiele, die J.Grünfeld, Frauenarbeit ..., op.cit. S.534 ff. anführt. Eines davon (S.359) auf dem Telefonapparatebau sei auszugsweise zitiert: "Soweit über Rationalisierung berichtet werden kann, beschränkt sich dieselbe auf die größtmögliche Unterteilung der Arbeit, die dann die Frauen ausführen: gegenüber der Männerarbeit wird dadurch eine Ersparnis von 30 v.H. erzielt. In der Praxis ist die Ersparnis vielfach höher, da die Frauen bei der Kalkulation befangen sind und in einem Tempo arbeiten, das sie später nicht durchhalten bzw. nicht überschreiten können (...). Schalterbau: Im Münzfernsprechbau sind an Stelle von 10 Facharbeitern 4 Frauen getreten. Die Leistungen sind gesteigert (...). Montage: Durch Anschaffung der Tellerpressen wurden die Leistungen der Arbeiterinnen verdoppelt, die Akkordpreise halbiert." Grünfeld schlußfolgert richtig: die zusätzliche Lohnsenkung durch Frauenarbeit "bildet einen zusätzlichen Ansporn zur gesteigerten Mechanisierung zwecks Verwandlung von Männerarbeit in Frauenarbeit mit der unausbleiblichen Folge der zunehmenden Freisetzung der menschlichen Arbeitskraft beider Geschlechter." Was in der Rüstungsindustrie mit der Neuzusammensetzung der Klasse eingeleitet worden war, wurde so konsequent fortgeführt.

Soviel zur materiellen Grundlage jener Ideologie, deren Produzenten von den Unternehmern allenthalben aufgerufen wurden, das große Werk der Rationalisierungsoffensive durch einen nicht weniger aggressiven "Kampf um die Seele des Arbeiters" und um die "Arbeitsfreude" zu vollenden. Zweifellos wurden in jenen Jahren die bisherigen Voraussetzungen des Arbeiterkampfs gründlich zerstört. Die Gelegenheit schien in der Tat günstig wie nie, die bisherige "Bindungslosigkeit" der Arbeiter gegenüber dem System der Kapitalbildung zu revidieren und die Klasse, die in ihrer eigenen Ideologie ohnedies zu großen Teilen ihre historische Mission mit einer beschleunigten wirtschaftlichen Entwicklung jenseits des Scheins der Konkurrenz verwechselt hatte, in die Dynamik eines reformierten Unternehmerkommandos hineinzunehmen. Hinzu kam, daß auch seitens der verschiedenen Arbeiterorganisationen jede dagegen gerichtete Initiative unterblieb. Sozialdemokratie und Gewerkschaften beeilten sich mehr denn je, dem Rationalisierungsgedanken zu frönen. Das Zynische in ihrem Verhalten - wie wichtig wäre eine Geschichte des SPD-Gewerkschaftsreformismus, von einem ebenbürtigen Zyniker geschrieben! - lag nur darin, daß sie nach ihrem totalen taktischen Kotau vor der kapitalistischen Reorganisationspartei Mitte der zwanziger Jahre treuherzig begannen, die Klassenorientierung zu wechseln. Denn sie stellten mit dem Modell der großen Einheitsgewerkschaft und der Naphtalischen Konzeption der "Wirtschaftsdemokratie" einen effektiven Zusammenhang mit den ihrer ökonomistischen Selbstverwaltungsillusionen beraubten Facharbeitergruppen in den Reparatur- und Arbeitsvorbereitungsabteilungen der großen Unternehmen wieder her. (238) Der Konsens bestand darin, daß sich mit den innerbetrieblichen Umstellungen trotz erheblicher Einschränkungen doch recht gut auskommen ließ, denn unter der skandalösen Arbeitsmonotonie und dem unkontrollierbar gewordenen Arbeitstempo hatte schließlich eine andere Arbeiterschicht zu leiden. Also kam es gerade jetzt einmal mehr darauf an, alles das, was sich auf Betriebsebene an Verwissenschaftlichung und Rationalisierung der Produktionsabläufe abspielte, nur noch mittels einer dynamischen Lohnpolitik auf gesellschaftliche Ebene zu heben. "Warum arm sein?", hieß die Parole (239); der gesellschaftliche Fortschritt liegt in den Betrieben, es müssen nur alle im Rahmen eines soliden gemischtwirtschaftlichen Planungssystems daran beteiligt werden. Wie aber stand es um die sich monatlich vergrößernde Masse der angelernten und teilqualifizierten Arbeiter, die sich angesichts einer bedeutsamen

(238) Dabei lagen sie allerdings in scharfer Konkurrenz mit der KPD, die keinesfalls, wie immer noch oft angenommen wird, in ihrer sozialen Zusammensetzung die unqualifizierten und angelernten Arbeitermassen repräsentierte. Andeutungsweise erkennt dies Flechtheim, ohne es aber weiter auszuführen: O.K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt 1969, S.314 ff. Beide Parteien des Weimarer Reformismus, SPD und KPD, hatten starken Rückhalt bei den Facharbeitergruppen.

(239) Vgl. die programmatische Schrift von Fritz Tarnow, die endgültig über die Linie Wissell-Naphtali hinausgeht und den Reallohn als entscheidenden Stachel der kapitalistischen Entwicklung propagiert: Warum arm sein?, Berlin 1929.

Welle von Rationalisierungsarbeitslosigkeit ziemlich alles gefallen lassen mußten? Ihr Schicksal schien die Arbeiterorganisationen, die sich einigermaßen intakt aus der Niederlage herübergerettet hatten, wenig zu tangieren - am allerwenigsten die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie. Da war nur noch die KPD, denn sie hatte aus gutem Grund nicht das Schicksal der revolutionären "Betriebsorganisationen" erlitten. Aber die KPD war in den entscheidenden Jahren der sogenannten Weimarer Stabilisierungsperiode auf eine professionelle Rückwärtsgewandtheit festgelegt; es gelang ihr kaum, ihren wortradikalen Rekurs auf eine sozialdemokratische Politik der Bebel-Ära mit der Imitation des Organisationsmodells der Bolschewiki zu überdecken. (240) An dieser grundsätzlichen Tendenz änderte sich auch nach dem 6. Kominternkongreß, der eine genauere Auseinandersetzung mit dem neuen Arbeiterradikalismus in den rationalisierten Industrien und vor den Arbeitsämtern induzierte (241), nur wenig. Kurzum: auf organisatorischer Ebene war die Arbeiterklasse demoralisiert. Hier gab es nichts, was der ehernen Dynamik des kapitalistischen Entwicklungssprungs ebenbürtig und absolut antogonistisch gewesen wäre. Die Herausbildung neuer revolutionärer Kristallisationspunkte war nicht in Sicht.

Wie aber haben die Unternehmer die einmalige Chance genutzt, die Klasse in die neue Entwicklungsdynamik der vergegenständlichten Arbeit hineinzunehmen? Sie haben in der Tat eine Menge für die Stabilisierung ihrer Rationalisierungsoffensive getan. Wenn man die Aktivitäten ihrer Spezialverbände für die Steigerung des relativen Mehrwerts innerhalb der mechanisierten Produktionsverfahren wie beispielsweise des "Reichsausschusses für Arbeitsstudien (REFA)" mit den in Nordamerika üblichen Antreibermethoden vergleicht, muß man zugeben, daß sie im Interesse möglichst konfliktfreier Kontrolle über den G e s a m t arbeiter eine ganze Menge Konzes-

(240) Wir wissen, wie sehr diese Feststellung viele westdeutsche Linke, die sich an den unterschiedlichen Etappen der Weimarer KPD orientieren, provoziert. Aber die Parteimythologie fällt in sich zusammen, sobald sie mit der realen Klassensituation der Arbeiter und den realen Arbeiterkämpfen dieser Zeit konfrontiert wird. Gerade die völlige Konzeptionslosigkeit der KPD-Massenorganisation wiegt schwer. Man vgl. beispielsweise die Akten über den "Roten Frontkämpferbund" im Parteiarchiv der SED und im Deutschen Zentralarchiv Potsdam vorurteilslos, und man wird statt der erwarteten paramilitärischen Arbeiteravantgarde einen tönernen Koloß finden, der die Arbeiter disziplinierte und ihre Militanz in absurden Formalismen erstarren ließ. Vgl. die RFB-Akten im IML beim ZK der SED Berlin, Nr.81/1; 81/1042, 1133-35, 1185, 1277; ebd., Reichsministerium des Innern, Nr.10/28, 158, 167, 177, 256, 404-406; ebd., Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung, Nr.12/12, 85, 116, 117, 189-190; ebd., Polizeipräsident Berlin, Nr.09/7, 14, 20, 21-22, 29; DZAP, RMI, Nr.13 225, 25 646; sowie Kommando-Reglement des Roten Frontkämpferbundes, in: Militärwesen, 1957, H.4, S.155 ff.; und schließlich: Der Rote Führer, Funktionärszeitschrift des RFB und der Roten Jungfront, Berlin 1927-1929, einzelne Ausgaben 1929-1932.

(241) Hier wäre eine Auseinandersetzung mit der "Sozialfaschismus"-Theorie nötig. Die ganze Dimension wird klar, wenn wir uns klarmachen, daß die Argumentationsbasis, nämlich der Sozialfaschismus mobilisiere die "Arbeiteraristokratie", also die Facharbeiter, für die Reaktion, den Tatsachen genau zuwiderlief.

sionen machten - nur die Arbeitstiere in den durchrationalisierten Abteilungen wurden offensichtlich ausgespart. Die neuen Arbeitswissenschaften und die "Psychotechnik" entwickelten zweifelsfrei ein perfektes Instrumentarium zur Spaltung und Entpolitisierung der Arbeiterklasse. Die nur in geringem Ausmaß zur Verfügung stehenden Äquivalente für einen Reallohnanstieg und entsprechende sozialpolitische Manöver gingen im Wesentlichen in die Taschen der Facharbeitergruppen; sie wurden zu einer wichtigen Waffe bei der Isolierung der entprofessionalisierten Fließbandarbeiterinnen und -arbeiter. (241 a) Für die letzteren gab es hingegen mehr ideologische Integrationsmanöver; an die neuen Spezialarbeiter adressiert, lautete die Parole des "Deutschen Instituts für technische Arbeitsschulung (DINTA)" und anderer Institutionen zur Erforschung der Bedingungen des Betriebsfriedens schlicht: gerade wegen der fortschreitenden Beseitigung der Identifikationspunkte mit dem Arbeitsprozeß - "Entsorgung der Arbeiter", "Bejahung der Arbeit" durch eine neue, in der Berufs- und Anlernausbildung vorexerzierte "Ganzheitlichkeit"! (242) Die ganzen sozialpolitischen Manöver, die wir auch heute - geläutert freilich durch die ziemlich katastrophalen Erfolge der "Deutschen Arbeitsfront" in der NS-Ära - kennen, wie Werkzeitungen, Betriebskrankenkassen, Treueprämien für langjährige Betriebszugehörigkeit usw., haben hier ihren Ursprung. Der Versuch war gigantisch, gemessen an dem Paradox, das es zu verschleiern galt: eine nach ihrer konterrevolutionären Entwaffnung in eine sprunghaft entwickelte Arbeitsorganisation eingezwängte Arbeiterklasse sollte die Chance, ihre Ausbeutung mit verstärkter Arbeitsfreude zu stabilisieren, als gesellschaftlichen Fortschritt begreifen. Die neue Arbeitsideologie, auf einen abgestumpften und unpolitischen Spezialarbeitertypus zugeschnitten, machte sich allen Ernstes daran, die fehlenden materiellen Anreize zur Integration in das modernisierte Mehrwertsystem, nämlich Arbeitszeitverkürzung und Anstieg des Reallohns, wegzueskamotieren.
Zweifellos hatten die Kapitalisten die Arbeiterklasse kurzfristig weit zurückgeworfen. Aus den Bergleuten, die 1920 mit Maschinengewehren und Handgranaten die Grubenbeamten und Steiger mitsamt ihren "Zechenwehren" davongejagt und die Artilleriestellungen der Freikorps im Ruhrgebiet nieder-

(241a) In den USA basierte die "Tragödie des Facharbeiters" wesentlich darauf, daß die neuen Spezialarbeiter höhere Löhne als diese erhielten; in Deutschland rangierten die angelernten Arbeiter dagegen in der Mitte der Lohnhierarchie. Aber selbst die Statistiken drücken die realen Verhältnisse nicht einmal annähernd aus; wenn man den überproportional hohen Frauenanteil bei den Spezialarbeitern berücksichtigt, kommt man zum Ergebnis, daß beim Kern der Arbeiter, den die Rationalisierung am härtesten traf, die Mechanisierung der Produktion mit Reallohnsenkungen verbunden wurde. Vgl. J. Grünfeld, op. cit.; O. Karbe, Die Frauenlohnfrage und ihre Entwicklung in der Kriegs- und Nachkriegszeit, Rostock 1928; J. Kuczynski, Studien zur Geschichte der Lage der Arbeiterin in Deutschland von 1700 bis zur Gegenwart (Die Geschichte der Lage der Arbeiter ... Bd.18), Berlin 1963.

(242) Vgl. dazu P.C. Bäumer, Das Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung (Dinta). Probleme der sozialen Werkspolitik, Hrsg. G. Briefs, 1. Teil, München und Leipzig 1930.

gekämpft hatten, waren neue Arbeitssklaven geworden, die hilflos im Netz von mechanisiertem Abbau, modernisiertem Förderverfahren und einem undurchschaubar gewordenen Gedingelohnsystem zappelten. (243) Aber nicht nur im Bergbau: in allen wichtigen Industrieregionen hatten sich die Arbeiter beim Kampf um die Macht blutige Köpfe geholt. Und nach einem kurzen und heftigen Gegenangriff des Kapitals, das die Arbeiterentwaffnung mit einem neuen Ausbeutungskommando auf Fabrikebene verband, hatten die Proletarier die letzte bescheidene Kontrolle über die eigenen Arbeitsbedingungen verloren. Sie unterlagen einem System der Arbeitsteilung, welches die innere Heterogenität der Klasse kunstvoll in die Richtung eines neuen "teile und herrsche" verschob. Sie waren von der Organisation des Produktionsprozesses völlig ausgeschlossen. Sie waren eingefangen im Räderwerk der Fabrik, welches ihre Klassenidentität auf unbegreifliche Weise paralysierte und mit der Kapitalbildung verwob. Der Klasse fehlte zunächst jede Möglichkeit, das reorganisierte Ausbeutungsverhältnis von innen und von außen zurückzuweisen. Und das nicht zuletzt deshalb, weil sich seit der Teilmechanisierung die soziale Zusammensetzung ständig verschob und die Arbeitergruppen beliebig gegeneinander ausgespielt werden konnten: Frauen gegen Männer, Spezialarbeiter gegen Facharbeiter usw.
Tatsächlich scheinen die Arbeiter eine ganze Periode lang über keinerlei Handlungsalternativen verfügt zu haben, und diese Ohnmacht machte in der Tat die ganze Tragweite ihres Rückschlags aus. Wir müssen, um sie real zu begreifen, uns vergegenwärtigen, was das reorganisierte Fabriksystem für die Arbeiteravantgarden der Weimarer Republik bedeutete. Wir müssen uns in die Situation etwa der Leuna- und Mansfeldarbeiter versetzen, die nach einer pazifistischen Streikbewegung und nach der Absolvierung einer lauen Räteperiode von 1919 an über zwei Jahre lang in ihrer Abteilung bewaffnet gewesen waren; die ihre Werksbeamten und Meister hinweggefegt und über ihre Arbeitsleistung selbst bestimmt hatten und immer wieder bereit gewesen waren, gegen die gesellschaftlich noch existente Unterdrückungsmaschine in Mitteldeutschland zum Kampf anzutreten. Und wir müssen sehen, wie diesen Arbeitern nach dem mitteldeutschen Aufstand und endgültig nach dem letzten Aufbäumen im Sommer 1923 (244) eine Machtposition nach der andern verlorengeht. Auf die Entwaffnung in der Region ist zunächst die Entwaffnung auf Fabrikebene gefolgt. Die Fabrik und der Bergwerksstollen,

(243) Vgl. dazu: Die Arbeitsverhältnisse im Steinkohlenbergbau in den Jahren 1912 bis 1928, Bd.I/II, Berlin o.J.; W.Jonas, Das Leben der Mansfeld-Arbeiter 1924 bis 1945, Berlin 1957, 1.Kap.; I.W.Reichert, Rationalisierung des Kohlenbergbaus und der Eisen- und Stahlindustrie, in: IHK Berlin (Hrsg.), Die Bedeutung der Rationalisierung op.cit. S.201 ff.; H.Siemer, Mechanisierung, Förderanteil und Lohn im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau der Nachkriegszeit, Diss. Halle 1930.

(244) Vgl. dazu H.Gast, Die proletarischen Hundertschaften als Organe der Einheitsfront im Jahre 1923, in: ZfG, 1956, H.3, S.439ff.;H.J.Gordon, Die Reichswehr und Sachsen 1923, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 1961, H.12, S.677 ff.

das Reduit des mitteldeutschen Arbeiters, von woher er seine Kampfgruppen und das Dynamit für seine Aktionen bezieht, wird mit polizeilichen Spezialtruppen der Kapitalisten belegt, welche jede "produktionsfremde" Tätigkeit durchleuchten und eng mit der politischen Polizei zusammenarbeiten. Das längst zersetzte Spitzelsystem, das die Gewerkschaften einst etabliert hatten, wird von den Personalabteilungen her über den Werkschutzapparat neu aufgebaut. Die politische Homogenität des Arbeiters wird schließlich auch im letzten Schlupfwinkel, in der Abteilung und im Gedinge, zersetzt und ständig neu aufgespalten. Schließlich setzt auch noch der Kampf um die "Arbeitsfreude" ein, und zwar auf einer überaus realistischen Ebene; bei den Lehrlingen und Jungarbeitern, für die die ganze jüngste Kampfgeschichte Un-Geschichte ist. Im Mansfeld-Konzern macht sich beispielsweise eine Abteilung des DINTA daran, alle jungen Arbeiter und Lehrlinge in die Mangel zu nehmen und eine den realen Arbeitsinhalten genau konträre "Bindung" an den Betrieb - Betriebssport, "nationale Veranstaltungen", Agitationsarbeit zusammen mit dem "Jungstahlhelm", "Elternabende", Ausbildungspläne mit dem einzigen Ziel der Einimpfung von "Werksverbundenheit" und "Arbeitsfreude" usw. (245) - zu indoktrinieren. Und darüberhinaus ist es seit 1923/24 bei Leuna und in den Mansfeld-Betrieben wie überall: die "Werksicherheitsdienste" schleusen systematisch aus den verschiedensten "nationalen" Nachfolgeorganisationen der brotlos gewordenen Freikorps-Streikbrecher garden Schlägertrupps und Spitzel ein. Jeder Ansatz von Arbeiterorganisation, gleich welcher Couleur, wird systematisch unterwandert, die Betriebsgruppen der Arbeiter werden für die Unternehmer transparent wie noch nie, "Rädelsführer" angezeigt. Die Kapitalisten nutzen den Zirkel, in den die Klasse seit der Rationalisierung eingeschlossen ist. Arbeiter mit Vergangenheit werden gar nicht erst eingestellt, die Psychotechnik selektiert von vornherein nach Hingabebereitschaft an das neue Ausbeutungssystem, während gleichzeitig die renitenten Arbeiterkerne über kurz oder lang in der industriellen Reservearmee untergehen. Wie effektiv dieser Mechanismus auf der gesamten Klassenebene funktioniert, ist im "Parteiarbeiter" der Kommunistischen Partei, der ständig über die Zerschlagung von Betriebszellen durch die "Werkssicherheitsdienste" berichtet, nachzulesen. (246) So kommt es, daß in den entscheidenden Jahren der Rationalisierungsoffensive der Aufbau neuer Kristallisationskerne eines in seinen Bedingungen weitgehend um-

(245) Eine genaue Darstellung der Kooperation zwischen Dinta und dem "Jungstahlhelm" im Mansfeld-Konzern gibt W. Imig, Streik bei Mansfeld 1930, Berlin 1958, S. 59 f. Vgl. auch Zentralarchiv des VEB-Mansfeld-Kombinats "Wilhelm Pieck" Eisleben, Nr. 301 050 c, Deutsches Institut für technische Arbeitsschulung Düsseldorf (Nov. 1928-Juni 1929).

(246) Vgl. beispielsweise: An alle Betriebszeitungen! in: Der Parteiarbeiter, 3. Jg. Nr. 1, S. 7, wo es heißt, daß die KP-Betriebszeitungen "zum Teil schon durch ihren Kampf mit der Werkspolizei und IA eine heldenhafte Geschichte hinter sich haben"; oder: Vom Gegner Warnung: Keine Veröffentlichung von Zellensitzungen, ebd., 3. Jg. Nr. 1, S. 12 - ein KP-Büro, in dem eine Zelle getagt hatte, wurde durch Werksspitzel observiert, danach kam es zur Entlassung von 4 Betriebsratsmitgliedern.

gewälzten Arbeiterkampfs scheitert.
Trotzdem ist aus diesem Rückschlag des Arbeiterkampfs kein totaler - und schon gar nicht ein dauerhafter - Sieg der Kapitalisten geworden. Im Gegenteil: spontan, außerhalb jeder Kontrolle seitens der abgewirtschafteten Arbeiterorganisationen, machen sich seit 1926/27 auf der Arbeiterseite, getragen von einem ohnmächtigen Haß auf das perfektionierte kapitalistische Kommando, neue Kampfformen breit. Ihre auslösenden Momente liegen klar und offen zutage; sie sind selbst in der "Roten Fahne" der KPD nachzulesen. (247) Sie entstehen genau da, wo der Gebrauch der Maschinerie gegen die Arbeiter am weitesten fortgeschritten ist: im Fahrzeugbau, in der Büromaschinenindustrie, in den mechanisierten Zweigen der elektrotechnischen Großkonzerne (248), und hier wiederum in den Abteilungen mit vorherrschender Fließbandproduktion. Die Entscheidung der Unternehmer, gerade gegenüber den massiert eingesetzten Spezialarbeiterschichten auf den Reallohnanstieg und die Arbeitszeitverkürzung, also praktisch auf jeglichen materiellen Anreiz zur Hinnahme des verschärften Arbeitstempos zu verzichten und überhaupt im Gegensatz zu den USA die Spezialarbeiter in Lohngruppen weit unter denen der Reparatur- und Instandhaltungs- sowie den übrigen verbliebenen Facharbeiterkategorien einzustufen, kommt diese jetzt teuer zu stehen. (249) Mit einer enormen Beschleunigung entwickelt sich jetzt auch in Deutschland auf der Arbeiterseite derselbe Mechanismus, dem seinen Tribut zu zollen selbst der größte Heros der internationalen Rationalisierungsbewegung, Henry Ford (250), gezwungen ist: die "passive Resistenz" - die Werkstücke auf den Montagebändern werden einfach nicht weiterbearbeitet, der Absentismus, die insgeheim betriebene Zerstörung der Registriergeräte und andere kleine Attacken gegen die Arbeitsorganisation, welche für die Arbeiter zur Inkarnation der Arbeitsqual geworden ist. Herr Henry Ford, die US-Kapitalisten und jetzt auch die deutschen Unternehmer sind konfrontiert mit einer massenhaft angewandten, von den traditionellen Arbeiteror-

(247) Wobei natürlich eine Analyse der Bedeutung dieser neuen Kampfformen unterbleibt. Vgl. beispielsweise: Die Rote Fahne, Berlin, v.18.4.1926, 16.3.1927, 13.10.1929.

(248) Zur Fließbandproduktion in der Elektroindustrie vgl. C.Koettgen, Das fließende Band, in: IHK Berlin, Die Bedeutung der Rationalisierung, op.cit. S.77 ff.; zum Entwicklungsstand der Mechanisierung bis zu Beginn der 30er Jahre allgemein R.A.Brady, The Rationalization Movement in German Industry, Berkely 1933.

(249) Paradoxerweise hatten die deutschen Unternehmer 1923 und 1924 den Annäherungsprozeß der Ungelerntenlöhne an die der Gelernten sogar abgestoppt; 1933 hatte er 90 Prozent der Facharbeiterlöhne betragen, 1924 fiel er auf 75 Prozent. Bis zur Weltwirtschaftskrise veränderte sich diese Relation nur unwesentlich. Vgl. J.Kuczynski, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1917/18 bis 1932/33, op.cit. S.224.

(250) Gerade Ford, der seinen Ruhm unter den internationalen Kapitalisten mit der Fähigkeit begründet hatte, die Arbeitskräfte zu "befrieden" und konfliktlos in die Entwicklung zu integrieren, hat sich ihrer seit den 30er Jahren mit einem der brutalsten Werkschutzapparate der nordamerikanischen Wirtschaftsgeschichte erwehren müssen. Dazu I.Bernstein, A History of the American Worker, Bd.2: Turbulent Years 1933-1941, Boston 1970, S.217 ff.; 570 f.; 734 ff. Vgl. auch U.Sinclair, Das Fließband. Ein Roman aus Ford-Amerika, Hamburg 1948.

ganisationen außerhalb der USA noch nie anerkannten, propagierten oder unterstützten Kampfesweise. Die Aktionen der Spezialarbeiter gegen die zum Monstrum gewordene Ausbeutungsmaschinerie zeigen an, daß nach der Nachkriegsniederlage für einen zunehmend größer werdenden Teil der Klasse keinerlei Vermittlungsmechanismen zum Ziel des Kapitals mehr existieren. Nirgends artikuliert, und nirgends auf organisatorischer Ebene vorbereitet, integrieren sich kleine Kerne der deutschen Arbeiterklasse in den internationalen Kampfzyklus der zwanziger Jahre. So bei AEG Treptow seit 1926: das Apparatewerk wird zum Ausgangspunkt von Abteilungsaktionen gegen den Zusammenhang von Arbeitsintensivierung und Gruppenakkord (251) sowie von Teilstreiks (252), die seit 1927 auf die gesamte elektrotechnische Industrie übergreifen und bald auch die Automobilbranche erfassen. So im Walzwerk Riesa, wo 1928 die Arbeiter mit der Parole "Acht Stunden - genug geschunden" den Schichtschluß selbst festsetzen und praktisch klarmachen, daß zumindest die Kombination von Arbeitsintensivierung und konstanter extensiver Ausbeutung nicht durchzusetzen ist. (253) So auch in der Textilindustrie, auf den Werften und in anderen Wirtschaftszweigen. (254) Exemplarisch in diesem Zusammenhang etwa der Streik der Mansfeld-Arbeiter 1930 (255), der für die Ausweitung der Kämpfe unmittelbar vor dem vollen Ausbruch der Weltwirtschaftskrise eine enorme Signalfunktion besitzt. Die neuen Spezialarbeiterschichten waren zum Motor einer neuen Phase von proletarischer Aufsässigkeit geworden, welche die ganze Klasse von der Lethargie und den Nachwirkungen eines niedergeschlagenen Kampfzyklus befreite.
Die Kapitalisten waren also wenige Jahre nach dem scheinbaren Totalerfolg ihrer Rationalisierungsoffensive mit einem völlig neuen Kampfverhalten konfrontiert, getragen gerade von jenen Arbeitern, die einer schier perfektionierten Organisation der Arbeit und der Arbeitsteilung unterworfen waren. Was früher allenfalls für die kurzdauernden Revolten der unqualifizierten Schwerstarbeiter in einigen zentralen Industriezweigen typisch gewesen war, rekonstruierte sich auf qualitativ höherer Ebene, wurde tendenziell zur All-

(251) Vgl. Radandt, Vorgeschichte der EAW "J.W.Stalin" Berlin-Treptow, op.cit. S.170 f.
(252) Ebd. S.174 ff.
(253) Vgl. Müller, Geschichte des VEB Stahl- und Walzwerks Riesa, op.cit. S.248 f. Auch hier kam es sofort zu brutalen Repressionsmaßnahmen. Der Werkschutz ging gegen die KPD-Betriebszelle vor und konfiszierte ihre Betriebszeitungen; "Stahlhelm"-Mitglieder und Nazis wurden als Streikbrecher und Spitzel in die Belegschaft eingeschleust. Der Arbeiterwiderstand wurde 1930/31 endgültig durch Massenentlassungen gebrochen, von denen alle linken Arbeiter betroffen waren (ebd. S.257 f.).
(254) Zu den Arbeiterkämpfen kurz vor und beim Beginn der großen Krise, die nur sehr mangelhaft untersucht sind, DZAP, Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung, Reichsarbeitsministerium, Nr.195, Tarif- und Arbeitsstreitigkeiten im Bergbau, 4.10.1929 bis 6.8.1930, Bd.1-8; W.Fritsch, Der Kampf des Roten Frontkämpferbundes gegen Faschismus, Militarismus und Kriegsgefahr in Thüringen, Diss.phil. Jena 1964, S.245 ff.: Die verstärkte Unterdrückung des Proletariats und die Streikationen Ende 1928/ Anfang 1929. Das Verbot des RFB im Mai 1929.
(255) Vgl. W.Imig, Streik bei Mansfeld 1930, Berlin 1958.

gemeinerscheinung. Im Gegensatz zu früher waren jetzt die Investitionsgüterindustrien, zwei oder drei Jahrzehnte früher noch Hort eines professionellen status quo mit dem Unternehmerziel, wo vordem der Facharbeiter sein Abonnement auf den "Sozialdemokrat" mit einer relativ konfliktfreien Arbeitssituation zu kombinieren verstanden hatte, zu Brennpunkten proletarischer Aufsässigkeit geworden. Der Konflikt in den Montageabteilungen und an den Fließbändern wurde zu einem Bestandteil des Arbeiteralltags, denn die auslösende Ursache: eine an die Wand gedrängte Arbeiterschicht, aus der die Unternehmer das letzte herauszuholen suchten, wurde nicht so rasch beseitigt. So entstand ein nie einzudämmender Bezugspunkt, der über die Abteilungen hinausging, sobald die Facharbeiter der Reparaturkolonnen und die Einrichter nachzogen - wenn es auch oft nur geschah, um die im Gegensatz zu den USA fortbestehende bessere Entlohnung der Facharbeiter aufrechtzuerhalten. Explosiv wirkte diese Situation auch auf gesellschaftlicher Ebene: ein erheblicher Teil der Angelerntenschicht bestand aus Arbeiterinnen. Der Kampfzyklus der späten zwanziger Jahre wurde in seinen Brennpunkten ganz wesentlich von den Arbeiterinnen bestimmt.
Und in der Tat: sobald die Insubordination ein Minimum an Breite gewann, war es mit dem ganzen Arsenal der ideologischen Kompensation der intensivierten Ausbeutung durch die neue Ganzheitsideologie der Arbeit vorbei. Dahin war alsbald auch die Zeit, wo aufgrund der neuen antagonistischen Qualität der Kampfmethoden der angelernten Arbeiter der Konflikt um Arbeit und Leistung auf Fabrikebene unter Kontrolle gehalten werden konnte. Entscheidend war nicht so sehr die Massenhaftigkeit der Kämpfe, die im Vergleich zu voraufgegangenen Aktionszyklen der Arbeiter sich als durchaus dürftig erwies; es war vielmehr der Signalcharakter, der den Widerstandsformen der Fließbandarbeiter innewohnte, um die Unternehmer auf die Palme zu bringen. Die Abteilungskämpfe bei AEG, Bosch, Opel, Osram und Siemens waren ein voller Schlag in die Fratze des "sozialen Friedens". Die Herausbildung des Spezialarbeiters hatte zwar eine ganze proletarische Kampfgeschichte plattgewalzt, aber nur, um eine weitere, vielleicht viel gefährlichere, zu produzieren.
Das mag erklären, warum die Unternehmer so überraschend früh angefangen haben, mit massiven Manövern auf die aufkeimenden Rationalisierungskämpfe zu reagieren. Die 1926/27 einsetzenden Aussperrungsaktionen, also der Versuch der Ausweitung des mit der Rationalisierung ohnedies schon verbundenen Selektionsmodells, waren dazu ausersehen, mit allen Mitteln und zu einem möglichst frühen Zeitpunkt die erneut in Frage gestellte Fabrikdespotie auf Kosten der gesellschaftlichen Stabilität des Gesamtkapitals auf die "Oase des sozialen Friedens" zurückzuführen. Ähnlich wie in den USA (256) haben die deutschen Unternehmer gleichzeitig auf breiter Ebene

(256) Dazu vor allem Leo Huberman, der die wichtigsten Untersuchungsergebnisse des "La Follette Civil Liberties Committee" zur Aufdeckung der Machenschaften der Pinkerton-Armeen der US-Kapitalisten zusammengefaßt hat: L. Hubermann, The Labor Spy Racket,

aus den "nationalen" Verbänden Schlägertruppen rekrutiert (257) und, taktisch kombiniert mit den "Werkssicherheitsdiensten", jeden faßbaren Kristallisationspunkt der Aufsässigkeit physisch zerschlagen.(258) Aber den deutschen Pinkertons waren keine überragenden Erfolge beschieden, und die Unternehmer zogen es schließlich vor, von sich aus die Fabrikkämpfe vor jeder gefährlichen Homogenisierung auf Massenebene präventiv in die Gesellschaft zu transformieren. Insofern resultierte die große Krise, der zuliebe der "Reichsverband der Deutschen Industrie" 1930 wieder einmal die große Koalition mit der Sozialdemokratie sprengte (259), um nach effektiveren kapitalistischen Herrschaftsgrenzträgern Ausschau zu halten (260), bei aller notwendigen Berücksichtigung ihrer internationalen Dimensionen im Bereich der Kapitalverflechtung, Kreditabhängigkeiten und der Kartellpolitik (261) doch wesentlich aus dem Fiasko der Rationalisierungsoffensive.

New York 1937. Darüberhinaus wäre die gesamte Standardliteratur heranzuziehen, die sich mit der Kampfgeschichte der nordamerikanischen Arbeiter befaßt.

(257) Dabei tat sich vor allem der "Stahlhelm" hervor; er taucht in fast allen DDR-Betriebsgeschichten auf, die sich mit der Lage der Arbeiter in den 20er Jahren und zu Beginn der Weltwirtschaftskrise befassen. Vgl. K. Finker, Die militaristischen Wehrverbände in der Weimarer Republik, op. cit.; B. Mahlke, Stahlhelm - Bund der Frontsoldaten 1918-1935, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland Bd. 2, op. cit. S. 654 ff. Eine zufriedenstellende Analyse des Klassenzusammenstoßes in dieser Zeit steht noch aus; das liegt nicht zuletzt daran, daß einige Mythen des "antifaschistischen Kampfs" zurechtgerückt werden müßten. Das Zentralproblem einer solchen Analyse dürfte nämlich darin bestehen, daß die revolutionäre Stoßkraft der Kämpfe von den mittelständisch-radikalisierten Grenzträgerorganisationen des Kapitals und deren Massenorganisationen, SA und NSBO, in sich gespalten und gegeneinander ausgespielt worden ist. Auf jeden Fall hat es die NSDAP eine Zeitlang verstanden, den ohnmächtigen Klassenhaß der Arbeitslosenmassen durch eine raffinierte Politik, die vor der Radikalisierung der Kämpfe nicht zurückschreckte, auf ihre Mühlen zu leiten. Dazu noch ausführlicher im nächsten Abschnitt.

(258) Exemplarisch beim Mansfeld-Streik 1930. Die Analyse von Imig, op. cit., die, auf den Werksakten basierend, die Rolle der KPD in Entsprechung der offiziellen Parteigeschichte verherrlicht, wäre anhand des Aktenmaterials zu verifizieren. Vgl. Zentralarchiv des VEB-Mansfeld-Kombinats "Wilhelm Pieck" Eisleben, Nr. 625: Lohnverhandlungen im Jahre 1930, Nr. 1914/2, Pressenotizen Streik Juni 1930; Nr. 1918, Streik Juni-Juli 1930, H. 1-3; Nr. 1922, Beendigung des Arbeitskampfes 1930, Subventionsvertrag; Nr. 1923, Schlichtungsverhandlungen Mai 1930; Nr. 2079, Werkssicherheitsdienst im Kupfer- und Messingwerk Hettstedt; Nr. 301029 a, Arbeiterbewegungen wegen Lohnforderungen und Kürzung der Schichtzeit (1925-1937). Vgl. auch die damalige KPD-Publizistik: Aufbau des proletarischen Selbstschutzes in Mansfeld, in: Der Parteiarbeiter, 1930, Nr. 7; Auflösung des Massenkampfes in Mansfeld durch die revolutionäre Opposition, ebd., W. Koenen, Einige Lehren des Mansfeld-Streiks für die Parei, in: Die Internationale, 1930, H. 15/16.

(259) Vgl. H. Timm, Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der Großen Koalition im März 1930, in: ZfG, 1968, H. 5, S. 565 ff.

(260) Vgl. dazu vor allem: W. Müller, J. Stockfisch, Die "Veltenbriefe". Eine neue Quelle über die Rolle des Monopolkapitals bei der Zerstörung der Weimarer Republik, in: ZfG, 1969, H. 12, S. 1565 ff.; A. Sohn-Rethel, Die soziale Rekonsolidierung des Kapitalismus in: Führerbriefe 1932, wieder abgedruckt mit einer unglaubwürdigen Apologetik des nach 1933 emigrierten Redakteurs der "Führerbriefe" in: Kursbuch, 1970, H. 21. S. 17 ff.

(261) Zur internationalen Konstellation des Kapitals vor der Weltwirtschaftskrise vgl. den letzten Abschnitt in H. Großmann, Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems, Leipzig 1929, Neudruck Frankfurt 1967.

Zweifellos ist den Kapitalisten 1929/30 der große Sprung zum Gegenangriff gegen die zunehmende proletarische Aufsässigkeit, zur Krise, zunächst voll geglückt. Das repressive Selektionsmodell, mit dem die Mechanisierung der Produktion bislang auf Fabrikebene gekoppelt gewesen war: Auswahl der Arbeitswilligsten bei der Einstellung je nach Hingabebereitschaft an den Arbeitsprozeß, qualvolles Produzentendasein in den Werkhallen ohne jede Einwirkungsmöglichkeit auf die Arbeitsorganisation und fortdauernde Eliminierung renitenter Elemente -setzte sich auf gesellschaftlicher Ebene fort in Gestalt einer brutalen "deflationären" Notverordnungspolitik der Präsidialregierungen.(262) Die Kalkulation der Unternehmer war sehr einfach: wenn sie selbst mit den Arbeitern nicht richtig fertig wurden, sollte der Staatsapparat die Arbeitslosenmassen auf der Straße disziplinieren. Sie karrten alles, was sich an Widersprüchen innerhalb des Fabrikkommandos aufgestaut hatte, vor die Werkstore, darauf bedacht, durch noch rigidere Handhabung und forcierte Rationalisierung der Produktionsbedingungen gegen die weiterbeschäftigten Arbeiter (263) zur Stabilisierung der Ausbeutungsraten zurückzukehren. Das Ende war bekanntlich das endgültige Ende des Laissez Faire. Die Kapitalisten brauchten schließlich die gesamte radikalisierte Mittelklasse, um sie gegen die Arbeiterklasse zu kehren und den aus sich heraus nicht mehr funktionsfähigen Spaltungsmechanismus zwischen Weiterbeschäftigten und Arbeitslosen zu potenzieren.
Die Rationalisierungsoffensive hatte kurzfristig die revolutionäre Arbeiterinitiative blockiert. Von den damit verbundenen langfristigen Intentionen des kapitalistischen Gehirns her gesehen war sie gleichwohl nach wenigen Jahren kläglich gescheitert. Die Kapitalisten schreckten daraufhin nicht davor zurück, gegen den Beelzebub, der bei der Teufelsaustreibung sich zu mausern drohte, ein ganzes Arsenal von Massenterror, wohleingebettet in die Wirtschaftspolitik des nationalsozialistischen Planstaats (264), zu mobilisieren. In Fabrik und Gesellschaft wurden die neuen Arbeiterrevolten von den braunen Schlägerhorden des Gesellschaftskapitals erstickt.

(262) Dazu K. Haferkorn, Zum Wesen der Präsidialregierungen, in: Monopole und Staat in Deutschland 1917-1945, Berlin 1966, S.139 ff.; H. Heer, Burgfrieden oder Klassenkampf. Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930-1933, Neuwied und Berlin 1971, bes. 2.25 ff.; K. Neumann, Das Brüning-Regime als Wegbereiter der faschistischen Diktatur in Deutschland, Staatsexamensarbeit PH Potsdam 1961.

(263) Hartnäckig hält sich die Auffassung, daß die technologische Umwälzung des Produktionspotentials der deutschen Unternehmer während der Weltwirtschaftskrise stagniert habe; das Gegenteil ist der Fall. Daß sich beispielsweise die neuen Erfindungen in der Maschinenindustrie g e r a d e während der Weltwirtschaftskrise auf breiter Ebene durchgesetzt haben, weist Robert Katzenstein in mehreren Arbeiten nach: Die Investitionen und ihre Bewegung im staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin 1967; ders., Zur Einwirkung des zweiten Weltkrieges auf den kapitalistischen Reproduktionsprozeß, dargestellt am Beispiel der Werkzeugmaschinenbaus in Deutschland bzw. Westdeutschland, in: Konjunktur und Krise, Berlin 1961, H.2, bes. S.115 f.

(264) Dazu ausführlich: Proletarische Front (Hrsg.), Arbeiterkampf in Deutschland. Klassenzusammensetzung und Kampfformen der Arbeiter seit dem Nationalsozialismus, Trikont-Verlag, München 1973, S.51 ff.

III. Arbeiterkampf und kapitalistischer Gegenangriff unter dem Nationalsozialismus

Von Elisabeth Behrens

1. Die Umwälzungen in der Weltwirtschaftskrise

Die Ereignisse in Deutschland während der Weltwirtschaftskrise waren trotzdem alles andere als ein Ausdruck homogener und langfristig geplanter unternehmerischer Klassenpolitik. Die Kapitalisten waren sich nach dem Zusammenbruch der Rationalisierungsoffensive lediglich einig darüber, daßgegen die Arbeiter nach der Devise "Alles oder Nichts" vorgegangen werden müsse. Die Bedingungen der Klassenherrschaft in einem überakkumulierten Kapitalismus (1) wurden von ihnen nicht systematisch entwickelt, sondern entstanden in den alltäglichen Aktionen des Gegenangriffs.
Es war auch alles andere als einfach, sich vom Unternehmerstandpunkt her eine tragbare historische Lösung des Dilemmas der Klassenherrschaft im Übergang zu den dreißiger Jahren vorzustellen. Der nationalstaatliche Dünkel von Versailles hatte der dynamisierten Produktionssphäre den dringend notwendigen Absatzmarkt beschnitten, und die in politischer und ökonomischer Hinsicht stabilisierend wirkende Ausweitung des Reallohns lag als Möglichkeit der Krisenüberwindung außerhalb des Gesichtskreises der Akteure in den Schaltzentren der Macht. Stattdessen griffen sie zurück auf die Wirtschaftspolitik des Laissez Faire. Die beiden ersten Präsidialkabinette

(1) Zur materialistischen Analyse der politischen Ökonomie des überakkumulierten Kapitalismus vgl. P. Mattick, Marx und Keynes, Frankfurt 1971.

Brüning waren letztlich der Versuch, die immens entfaltete Ökonomie - das taylorisierte Kapital - mit der Politik der innereuropäischen Kleinstaaterei in Übereinstimmung zu bringen. Diese Politik beseitigte alle Klammern zwischen privater Kapitalbildung und öffentlicher Produktion sowie der Infrastruktur (Arbeitslosenversicherung und sonstige Sozialpolitik, Gesundheitswesen usw.) in der Absicht, für das Kapital wenigstens einen inneren investitionsstimulierenden Spielraum zu schaffen (2). Es schien bis 1931/32, als ob die angesichts der proletarischen Aufsässigkeit unausbleiblich gewordene Revision von Versailles über den bewußt kalkulierten wirtschaftlichen Zusammenbruch vorangetrieben werden sollte. Diese wirtschaftspolitische Linie des Gesamtkapitals beseitigte alle Klassenstützpunkte; sie griff sogar die entscheidende Integrationskraft der Weimarer Zeit, den Arbeiterreformismus, frontal an. Trotz der Rückwärtsgewandtheit und des Versagens der traditionellen Organisationen des Arbeiterkampfes angesichts der realen gesellschaftlichen Widersprüche schien die soziale Revolution greifbar nah und unausweichlich geworden zu sein. Sie wurde in den großen Streikbewegungen von 1930 und 1932, in den Initiativen der Arbeitslosenbewegungen und nicht zuletzt in den gewaltigen Kämpfen der landlosen und Kleinbauern vorbereitet. (3) Die Untersuchung jener massenhaften Volksbewegungen in den frühen dreißiger Jahren wird zeigen, daß die Hypothese jener Historiker, die sich jenseits abgegriffener Kategorien ein materielles Verhältnis zu den damaligen Gesellschaftskämpfen erarbeitet haben und von einer revolutionären Konstellation im Jahr 1932 sprechen (4), alles andere als abwegig ist.

Freilich fehlte es an einer ausgewiesenen und in den Massen verankerten Klassenstrategie auch auf Arbeiterseite. Die revolutionären Offensivaktionen blieben immer nur auf Punkte gegen das vom Zusammenbruch bedrohte Kapital beschränkt. Trotz der Initiative eines Claus Heim und der Nationalbolschewisten gelang es nicht rechtzeitig, die Subversion der Großagrarier gegen die Bauernunruhen von 1930 und 1931 auszuschalten (5); und trotz vielfältiger Ansätze ist letztlich die Homogenisierung der Kampfaktionen in den Betrieben mit den verelendeten Arbeitslosen ausgeblieben. Auch wenn der modernisierte Arbeiterreformismus jetzt völlig an Einfluß verloren hatte (6) und - wie das ständige Fluktuieren der radikalsten Arbeiter zwischen

(2) Und zugunsten dieser Linie war explizit im März 1930 die Müller-Regierung gestürzt worden. Vgl. K. Mammach, Der Übergang des deutschen Finanzkapitals zur Vorbereitung seiner offenen, terroristischen Diktatur, Diss. phil. Berlin 1963 (Ms.).

(3) Zu den antikapitalistischen Massenaktionen in der Weltwirtschaftskrise vgl. Anm. 254 im vorherigen Abschnitt.

(4) Vgl. O.E. Schüddekopf, Die revolutionäre Situation um die Jahreswende 1932/33, in: ders., Linke Leute von rechts, Stuttgart 1960, S. 274 ff.

(5) Zur Entwicklung der revolutionären Bauernbewegung und ihrer Spaltung vgl. vor allem Schüddekopf, op. cit. S. 306 ff.: Die revolutionäre Bauernbewegung.

(6) Die Taylorisierung war und blieb also die Basis der gewerkschaftlichen "Wirtschaftsdemokratie". Noch 1930 lamentierte die "Arbeit" über zu viel "Fehlrationalisierung" und zu wenig "Arbeitsfreudepolitik": "Man höre endlich auf, dem Arbeiter einreden zu wollen, daß er keine Arbeitsfreude haben kann. Man bemühe sich lieber, nachzuforschen, wel-

den Mantelorganisationen der KPD und der NSDAP beweist (7) - eine autonome sozialrevolutionäre Entwicklung des Arbeiterverhaltens bevorstand, blieb der Kampfzyklus ohne Perspektive. Nirgends waren bis 1932 die realen gesellschaftlichen Fronten geklärt. Damit blieb dem gesamtkapitalistischen Gehirn die Chance, im Interesse der Selbsterhaltung neue Spaltungsinitiativen gegen die spontane Homogenisierungstendenz des Massenwiderstands zu ergreifen.
Mit dem Kabinett Papen wurde vom Gesamtkapital die schrittweise Korrektur des radikalisierten laissez-faire eingeleitet. (8) Das Laissez-Faire hatte zwei Jahre lang die gesellschaftlichen Kämpfe bis zum Siedepunkt erhitzt, ohne daß eine mitteleuropäische Stabilisierung der äußeren Bewegungssphären des taylorisierten Ausbeutungssystems zustandegekommen war. In mehreren Initiativen, die bis hin ins Gewerkschaftslager reichten, wurde es schrittweise beseitigt. Es ist noch heute erregend zu rekonstruieren, wie das Herrschaftskartell der Unternehmer und Großagrarier hinter der Fassade einer verschärften Präsidialdiktatur zur "sozialen Rekonsolidierung" (9) seiner Herrschaftspositionen schritt. Wie es den modernisierten Arbeiterreformismus endgültig fallen ließ, um die Verbreiterung der Massenproduktion über einen neuen Massengrenzträger voranzutreiben. Wie es begann, in der zunächst zaghaften Kombination von öffentlicher und antizyklischer Produktion und zwangsweiser Reintegration der Arbeitslosenmassen mittels einer zunächst "freiwilligen" Arbeitsdienstbewegung eine neue historische Konstellation einzuleiten. (10) In ersten Ansätzen war die Wirtschaftspolitik der Papenära mit einer offensiven Stabilisierung der Klassenherrschaft verquickt: befangen in den Illusionen vom "totalen" Staat der öffentlichen Beschäftigung, sollte im Interesse des Kapitals der Nationalsozialismus die institutionelle Mobilisierung der radikalisierten Mittelklassen und der arbeitslosen und sozial entwurzelten Pariaschicht der Arbeiterklasse gegen den Gesamtarbeiter

che Art von Arbeitsfreude er auch jetzt haben kann und was man tun muß, um sie recht groß zu gestalten. Nach dieser Tat schreit unsere Zeit. Diese Tat ist die planmäßige Arbeitsfreudepolitik." H. Mars in: Die Arbeit, 1930, Juniausgabe, zit. nach F. David, Der Bankrott des Reformismus, Berlin 1931, S.105.

(7) Zur Einschätzung der sozialrevolutionären Grundströmung der radikalisierten Arbeitslosenbewegung vgl.: Proletarische Front, Arbeiterkampf in Deutschland, op. cit. S.62 ff. Es war tatsächlich so, daß der Nationalsozialismus 1933 vorübergehend fähig war, den Klassenhaß der entwurzelten und arbeitslosen Proletarierschichten "umzudrehen": erst gegen den Arbeiterreformismus losschlagen zu lassen, um ihn in dem Augenblick, wo er gegen das Kapital Front machte, zu terrorisieren und zu vernichten.

(8) Dazu K. Gossweiler, Der Übergang von der Weltwirtschaftskrise zur Rüstungskonjunktur in Deutschland 1933 bis 1934, in: JWG, 1968 T.II, S.55 ff.; D. Petzina, Hauptprobleme der deutschen Wirtschaftspolitik 1932/33, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1967/1, S.18 ff.

(9) Vgl. A. Sohn-Rethel, Die soziale Rekonsolidierung des Kapitalismus, in: Deutsche Führerbriefe, September 1932; wieder abgedr. in: ders., Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus, Frankfurt 1973, S.165 ff.

(10) Dazu W. Schlicker, Arbeitsdienstbestrebungen des deutschen Monopolkapitals in der Weimarer Republik, in: JWG, 1971 R.III, S.95 ff.

betreiben. (11) Denn die politische Ausschaltung der Arbeiterklasse galt als Vorbedingung, um die Forcierung der öffentlichen Produktion, die Stimulierung der privaten Kapitalbildung und die gewaltsame Ausweitung der durch Versailles gesetzten äußeren Schranken in einem zu erreichen. Das war sehr viel auf einmal, wirkte in der Papen-Ära noch ziemlich verschwommen, und erst später sollte die Lösung des gordischen Knotens kurzfristig gelingen - obwohl mehr ökonomisch als militärisch konzipiert, "Blitzkrieg" geheißen. Tatsächlich gebührt der Präsidialära Papens das traurige Verdienst, in ersten Ansätzen in diese Richtung aktiv gewesen zu sein. Die diesbezügliche Klassenpolitik steckte jedoch voller Halbheiten: "etwa das System der Steuergutscheine , welches staatliche Kredite mobilisierte und die Profitbesteuerung überhaupt für solche Kapitalisten aufhob, die bereit waren, Arbeitskräfte wieder einzustellen - mit einem Arbeitslohn von 50 Prozent unterhalb der bisherigen Lohntarife." (12) All das war natürlich noch nicht dazu angetan, den Boden für den sich allmählich abzeichnenden gesamtkapitalistischen Angriff auf die gefährlich ausufernden Massenkämpfe zu bereiten. Das Kabinett Papen mußte kurzfristig dem "sozialen General" Schleicher weichen. (13) Vorübergehend schien es, als würde sich in diesem Kabinett der "Querfront", das sich anschickte, den Gewerkschaftsreformismus mit seinen Utopien auf einen deutschen "New Deal" - Stabilisierung der öffentlichen u n d der privaten Produktion durch eine reallohnorientierte "Einkommensrevolution" zum Zug kommen zu lassen (14), eine Alternative zu den zwei großen Strategien des Gesamtkapitals entwickeln. (15)
Aber zu dieser Alternative kam es nicht. Als im Dezember 1932 beim Berliner Verkehrsarbeiterstreik Einheiten der SA, anderer sozialrevolutionärer Minderheiten der NSDAP und der RGO gemeinsam Streikposten standen, machte sich bei den Unternehmern Panikstimmung breit. (16) Sie hatten den ADGB fallengelassen, aber das bedeutete nicht, daß sich die Arbeiter ihrerseits massiv gegen die Abwiegelungstaktiken des ADGB abgrenzen konnten, ohne das Unternehmerkalkül zu durchkreuzen. Noch alarmierender aber war, daß, wie die Berliner Ereignisse zeigten, die sozialrevolutionär-proletarische Grundströmung in einigen Mantelorganisationen der jahrelang kunstvoll protegierten NSDAP aus der Kontrolle des an Großkapital und Generalität ange-

(11) Über die entsprechenden politischen Verschiebungen in der Klassenbewegung von 1933/34 vgl. vor allem Ch.Bloch, Die SA und die Krise des NS-Regimes 1934, Frankfurt 1970.
(12) Zit. nach: Proletarische Front, Arbeiterkampf in Deutschland, op.cit. S.63.
(13) Zu den Einzelheiten H.Heer, Burgfrieden oder Klassenkampf, Neuwied und Berlin 1971, S.71 ff.
(14) Vgl. dazu ebd. S.74 ff., sowie Schüddekopf, op.cit. S.374 ff. und Proletarische Front, Arbeiterkampf in Deutschland, op.cit. S.65 f.
(15) Vgl. dazu auch den ADGB-Vorschlag zur "produktiven Kreditschöpfung und Arbeitsbeschaffung", den sog. WTB-Plan. Abgedruckt in: W.Grotkopp, Die große Krise, Düsseldorf 1954, S.352 ff.
(16) Vgl. dazu Schüddekopf, op.cit. S.377 ff.

bundenen Nazi-Flügels zu geraten drohte. (17) Die Klassenkonfrontation hatte ihren Gipfelpunkt erreicht, sobald die radikalisierten Arbeitslosenmassen anfingen, über ihre institutionellen Fixierungen hinweg gemeinsam mit den pauperisierten Kleinbürgern gegen Polizei, Werkssicherheitsdienste und in den Stadtteilen gegen die Exmittierungsbeamten vorzugehen. Für den Unternehmerstaat war es jetzt höchste Zeit, Konzessionen zu machen, damit der Nationalsozialismus wenigstens vorübergehend zu einem realen sozialen Bewegungsmoment wurde, der den Haß der Mittelklasse gegen den Kapitalismus und dessen reformistische Grenzträger in eine vorübergehend kontrollierbare Bewegung gegen sekundäre Anhängsel des Systems kanalisierte: gegen jüdische Warenhausbesitzer, gegen die Gewerkschaftshäuser, gegen den parlamentarischen Parteiüberbau und gegen die - trotz allem antagonistische - proletarische Moskau-Partei. So wurde Zeit gewonnen, und vor allem wurden mit dem Pogrom gegen die KPD und die kleineren marxistischen Organisationen die Kristallisationskerne für einen proletarischen Massenaufstand gegen die neuralgischen Punkte des Systems beseitigt. (18)
Im Verlauf des Jahrs 1933 und endgültig bis zum Sommer 1934 avanciert der Nationalsozialismus zur gesäuberten Unternehmerpartei. In mehreren Etappen nach dem ominösen 30. Januar 1933 hatte er sich zuerst seiner sozialrevolutionär-proletarischen Grundströmungen und danach seiner Haupttendenz, der faschistischen Mittelklassenbewegung, entledigt. Die "zweite Revolution" blieb aus, weil mittels des Nationalsozialismus im letzten Augenblick die Spaltung der sich homogenisierenden sozialrevolutionären Klassenbewegung auf dem Weg einer raffinierten Initialzündung der Zerstörung der traditionellen Arbeiterinstitutionen zustandegekommen war. (19) Fortan triumphierte der Nationalsozialismus als Instrument des kapitalistischen Planstaats, des Wiederaufschwungs der Kapitalbildung ohne Reallohndynamik und ohne die ökonomische Hereinnahme der Arbeiterklasse in die Perspektiven der Ausbeutung. Bis zum Sommer 1934 war die letzte radikal-populistische Agitation von SA und NSBO gegen REFA, RKW und Stoppuhr beseitigt. (20) Der

(17) Dazu ausführlich Bloch, op.cit. S.65 ff. ; von einer Analyse der NSDAP-Politik her seit neuestem auch M.H.Kele, Nazis and Workers, Chapel Hill 1972, S.147 f.

(18) Dabei wäre vor allem der schlagartige Zusammenbruch des "Kolosses" KPD aufzuklären. Vgl. dazu die verschiedenen Positionen in der sehr umfangreichen Memoirenliteratur ehemaliger kommunistischer Funktionäre.

(19) Dazu H.-G.Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, Hannover und Frankfurt 1958, S.49 ff.

(20) Ihre Agitation gegen die Forcierung der Rationalisierung war gerade 1933/34 sehr massiv. Dazu der Rationalisierungsexperte des Siemens-Konzerns, Carl Knott: "Gerade als wir dabei waren, auch in den beiden anderen Werken der SSW in Nürnberg ein Arbeitsbüro einzurichten, erlitten wir durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten im Jahre 1933 einen schweren Rückschlag. Der Betriebsrat, in einen Vertrauensrat umbenannt, wurde fast ausschließlich mit Nationalsozialisten besetzt, denen die Erfahrungen der alten Betriebsräte nicht zur Verfügung standen. Es war längere Zeit nicht mehr möglich, Zeitstudien durchzuführen. Durch die vielleicht verständlicherweise populäre Parole 'Weg mit der Stoppuhr!' waren zunächst gründliche Untersuchungen nach Refa in den

weitere Weg des Kommandos über die Klasse, jene noch weithin als Ungeschichte begriffene Kombination von Massenterror und multinationaler Neuzusammensetzung, war vorgezeichnet. Es war der Weg zu den heutigen Ausbeutungs- und Unterdrückungsstrukturen eines überakkumulierten Kapitals.

Werkstätten unterbunden." (C. Knott, Erinnerungen eines alten RKW- und Refamannes, in: RKW (Hrsg.), Produktivität und Rationalisierung, Frankfurt und Hamburg 1971, S. 157.

2. Der deutsche „New Deal"

Die Wahl der deutschen Kapitalisten für die nazistisch planstaatliche Krisenlösung schien sich ausgezahlt zu haben. Die traditionellen Organisationen des Arbeiterkampfs waren verboten, zerschlagen und im Terror erstickt. Das war die wesentliche Bedingung für den staatlich induzierten und auf Kosten der Arbeiter ausgetragenen konjunkturellen Aufschwung der 30er Jahre. Die staatlichen Programme zur Arbeitsbeschaffung und die staatlich finanzierte Aufrüstung hatten die Arbeitslosigkeit soweit eingedämmt, daß ihre revolutionäre Sprengkraft gekappt und sie bis etwa 1936 dennoch groß genug war, um als Waffe gegen die Arbeiter zu wirken - ihr politisches Wohlverhalten und die für den wirtschaftlichen Aufschwung notwendige Leistungsbereitschaft zu garantieren. Die staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft und die staatlichen Investitionen, in der Folge oftmals als erster Vierjahresplan bezeichnet, dienten dem raschen Aufbau einer einsatzfähigen Kriegsmaschinerie. Der Gesamtkapitalist - der nazistische Planstaat - bereitete die gewaltsame Lösung für die in der großen Depression offenbar gewordenen Verwertungsschwierigkeit der Einzelkapitalien vor.
Die aus öffentlichen Mitteln bestrittene Konjunkturankurbelung, die Kontrolle des Außen- und Devisenhandels, die Preis- und vor allem die Lohnkontrolle riefen verstärkt wieder die privaten Investitionen auf den Plan. In den wichtigsten Bereichen der Produktionsmittelindustrie (Bergbau, Eisen, Stahl, Nichteisenmetalle, Fahrzeuge, Chemikalien, Papier, Baugewerbe, Gas und

Elektrizität) war bereits im Frühjahr 1935 der Vorkrisenstand wieder eingeholt. (21) Der Index für Produktionsmittel lag am Ende des Jahres 1937 33 v.H. höher als 1928 (22), wohingegen die Konsumtionsmittelindustrie im gleichen Zeitraum nur um 4,6 v.H. angestiegen war. (23)
Die Stagnation dieses Teils der Wirtschaft war Folge und Ausdruck der nazistischen Wirtschaftskonzeption, über die Einschränkung des Masseneinkommens die Aufrüstung zu finanzieren, um dann die bestehenden und unter dieser Politik sich verschärfenden sozialen Widersprüche in einem Krieg nach außen zu lösen. Das Einfrieren der Löhne auf Krisenniveau trotz Wirtschaftsaufschwung bedeutete die bewußt kalkulierte Konfrontation mit den Arbeitern und hieß zugleich, daß der Absatzmarkt nicht primär im eigenen Land liegen konnte. Die nazistisch-planstaatliche Krisenlösung beinhaltete so von Anfang an die Kopplung von Repression im Inneren und gewaltsamer Politik nach außen, da die Rüstungsgüter letztlich nur in einem Krieg konsumiert werden konnten.
Mit der Überausbeutung der Arbeiter, der Erhöhung der absoluten Mehrwertraten wurde die anlaufende Kriegsmaschinerie bezahlt. Der Anteil der Löhne und Gehälter nahm gemessen am gesamten Volkseinkommen ständig ab, während die Profite der Kapitaleigner wuchsen. Die Löhne und Gehälter sanken bezogen auf das Volkseinkommen von 61,8 v.H. im Jahr 1934 auf 57,2 v.H. innerhalb der nächsten vier Jahre. (24) Im Gegensatz dazu wuchs die Summe der offen ausgewiesenen unverteilten Gewinne um fast das Zwanzigfache von 175 Millionen auf 3,42 Milliarden RM und der Anteil der Gewinnsumme am Volkseinkommen von 0,4 auf 4,3 v.H. Die Summe der gesamten kommerziellen und industriellen Profite vermehrte sich in diesem Zeitraum um mehr als 100 Prozent, von 6,6 auf 15 Milliarden Reichsmark. (25) Auch Kuczynskis Versuch, annähernd die Relativlöhne, das Verhältnis von Lohn- und Profitentwicklung, zu bestimmen, beweist die gleiche Tendenz. Nach seiner Schätzung waren die Relativlöhne in den Jahren 1933 bis 1935 um 38 v.H. und in den beiden folgenden Jahren um weitere 12 v.H. gesunken. (26) Mit dieser staatlich gesicherten "Lohnkontrolle" ging gleichzeitig eine Erhöhung der Arbeitszeit einher; die Arbeitszeit war von 1933 bis 1939 im Durchschnitt um etwa vier bis fünf Stunden angestiegen. (27)
In den Strategiedebatten der herrrschenden Klasse um die Revision von Versailles bestanden bis 1936 durchaus Differenzen in der Wahl des taktischen

(21) J. Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus Bd. 6, Berlin 1964, S. 79.
(22) A. Sohn-Rethel, Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus, op. cit. S. 128.
(23) Ebd. und J. Kuczynski, op. cit. S. 102 ff.
(24) E. Hennig, Thesen zur deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1933 bis 1938, Frankfurt 1973, S. 84.
(25) Ebd. S. 96.
(26) J. Kuczynski, op. cit. S. 157.
(27) Ebd. S. 233.

Vorgehens. (28) Angesichts des Devisendefizits im Sommer 1936, der vorausgegangenen Ernährungskrise und des permanenten Mangels an rüstungswichtigen Rohstoffen befürworteten der damalige Wirtschaftsminister Schacht und die ihn protegierende exportorientierte Industrie eine Verlangsamung der Aufrüstung, eine Liberalisierung des Außenhandels und eine stärkere Integrierung der deutschen Wirtschaft in den Weltmarkt. In dieser Auffassung war die Revision von Versailles in einem ersten Schritt mit durchaus üblichen imperialistischen Methoden geplant, um dann von einer gestärkten deutschen Position aus die weiteren Ziele militärisch zu verfolgen. Durchgesetzt aber hat sich die Position, am prononciertesten und frühesten von dem IG-Farben-Konzern formuliert, die für Deutschland ein wirtschaftliches Autarkieprogramm konzipierte und die Forcierung der Aufrüstung betrieb. Denn ein gewonnener Krieg würde alle Probleme des Absatzes, der Rohstoffabhängigkeit und auch der Arbeitskräfte schlagartig ändern.
Der erste Vierjahresplan war die wirtschaftspolitische Konsequenz dieser Diskussionen. Seine programmatischen Zielvorstellungen waren: "1. Entsprechend der militärischen und politischen Aufrüstung habe die wirtschaftliche zu folgen. 2. Zu diesem Zweck seien überall dort, wo der Bedarf durch Eigenproduktion gedeckt werden könne, Devisen einzusparen, um sie jenen Erfordernissen zuzulenken, die unter allen Umständen ihre Deckung nur durch Import erfahren können." (29) Um Deutschlands Rohstoffabhängigkeit aus dem Ausland zu verringern, wurde der Ausbau der synthetischen Treibstoffgewinnung, die synthetische Herstellung von Kautschuk und industriellen Fetten sowie die Erschließung deutscher Eisenerze gefordert.
Dieses Programm für einen beschleunigten Kriegsbeginn hatte eine nicht unerhebliche politische Konsequenz. Denn die Arbeiter gewannen, da ihre Arbeitskraft zur Erfüllung des Vierjahresplans gebraucht wurde, an Stärke und sie begannen diese auch einzusetzen. Die Arbeitslosenquote war wieder auf das Vorkrisenniveau abgesunken (30) und in den expandierenden Rüstungsindustrien wurden die Arbeitskräfte sogar knapp. Die Waffe der Arbeitslosigkeit war stumpf geworden.
Bereits in den Jahren 1934 bis 1936 kam es in den Fabriken immer wieder zu kurzen Arbeitsniederlegungen gegen Lohnabbau, Einführung des Akkords in neuen Abteilungen, steigende Arbeitsintensität und die miserablen Arbeitsbedingungen. Die Lageberichte der Gestapo berichteten aus allen großen Industriezentren von Arbeitsniederlegungen, Arbeitsverweigerung und passiver Resistenz. (31) Zahlreiche Arbeitsdienstlager wurden wegen Streiks, Ge-

(28) D. Petzina, Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan, Stuttgart 1968, S. 45 ff.
(29) Zit. nach: Petzina, op. cit. S. 50.
(30) J. Kuczynski, op. cit. S. 154.
(31) Lagebericht der Gestapo Aachen v. 7.4.1934; Lagebericht der Gestapo aus Münster v. 7.4.1934 und aus Erfurt v. 5.4.1934, hier zit. nach: E. Paterna, W. Fischer, K. Gossweiler, G. Markus, K. Pätzold, Deutschland 1933-1939. Lehrbuch der Deutschen Geschichte Bd. II, Berlin 1969, S. 104.

horsamsverweigerung und "offener Meuterei" aufgelöst. (32) In den Wanderwerken Chemnitz streikten 6 000 Arbeiter für höheren Lohn. Auf den U-Boot-Werften von Vegesack führte ein Streik zu Zusammenstößen mit der Polizei. (33) Vier Tage lang legten die 3 000 Arbeiter der NSU-Werke in Neckarsulm gegen die beabsichtigte Arbeitszeitverlängerung und Einführung des Akkords die Arbeit nieder.
In einer Krupp-Gießerei wehrten sich die Arbeiter erfolgreich gegen eine geplante Akkordreduzierung; nicht anders handelten Fließbandarbeiterinnen bei der AEG-Treptow Berlin. In einer Esslinger Maschinenfabrik legten die Arbeiter kurzfristig auf Grund der beabsichtigten Lohnkürzung den Betrieb still und in einem Eisenacher Metallbetrieb stürmten Arbeiter das Direktionszimmer, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. (34) Diese kleinen Abteilungsstreiks hatten alle den gleichen Inhalt: die Arbeiter wehrten sich gegen den direkten oder durch die Einführung des Akkords indirekten Lohnabbau und die Steigerung der Arbeitshetze.
Doch die Aufrüstung und Erfüllung des Vierjahresplans ließen keine Zugeständnisse an die Arbeiter zu, sondern sie verlangten einzig und allein Arbeits- und leistungswillige Arbeiter. Der Reichspropagandaminister sagte dem "deutschen Arbeiter", was allein von ihm erwartet wurde: "daß er nur dann helfen kann, wenn er arbeitet, arbeitet und immer wieder arbeitet, wenn nicht Uneinigkeit in den Betrieben herrscht und gestritten wird, sondern Ruhe in den Betrieben ist, und wenn geschafft wird vom Morgen bis zum Abend. Jeder hat deshalb zu begreifen, daß es heute darauf ankommt, die notwendige Arbeitsruhe zu halten und den Arbeitsfrieden." (35)
Aber im Gegensatz zu derlei Appellen nahmen die Kämpfe der Arbeiter mit der Verknappung der Arbeitskräfte zu. Ein Lagebericht der Gestapo vom September vermerkte, daß "im Jahre 1936 ein noch größeres Ausmaß von Streiks und streikähnlichen Aussetzungen stattgefunden habe als in den Jahren 1933/34" (36). Bei der Auto-Union in Berlin streikten 600 Sattler gegen die Lohnkürzungen. Sie versammelten sich auf dem Fabrikhof und beantworteten die drohende Aufforderung zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit trotz Anwesenheit der Gestapo nur mit Grölen und Johlen. (37) Auch in den DKW-Motorenwerken in Berlin-Spandau wurde gestreikt. (38) Auf die Streikaktionen vom Sommer 1936 reagierten Unternehmungsleitungen und der Polizeiapparat gleich empfindlich. Der Ausbau eines Spitzelnetzes und die Aufstel-

(32) Ebd.
(33) Ebd. S.169 f.
(34) Aus: Informationsbulletin (Organ des internationalen Komitees der Metallarbeiter), 1935, Nr.5 und 2, hier zit. nach: W.A.Schmidt, Damit Deutschland lebe. Ein Quellenwerk über den deutschen antifaschistischen Widerstand 1933-1945, Berlin 1958, S.29 f. und S.34 f.
(35) Der Vierjahresplan, 1937, Folge I, S.31.
(36) Vgl. Lehrbuch der deutschen Geschichte Bd.II, op.cit. S.235 ff.
(37) Zit. nach: W.A.Schmidt, op.cit. S.40,
(38) Aus: Informationsbulletin, 1936, Nr.10, hier zit. nach: W.A.Schmidt, op.cit. S.41.

lung einer Kartei der "politisch unzuverlässigen Arbeitsgefolgschaftsmitglieder" wurden propagiert, um bei einem Streik sofort alle Verdächtigen festnehmen zu können. (39) Nach Gestapounterlagen wurden allein vom 1.10.1936 bis zum 31.1.1937 4 305 Personen wegen "kommunistischer Umtriebe" verhaftet. (40)

Die kapitalistische Entwicklung unter dem Nationalsozialismus bis zu Beginn des Krieges läßt sich jedoch nicht ausschließlich durch den extensiven Gebrauch der Arbeitskraft und die mit Gewalt erzwungene Stagnation des Reallohns charakterisieren. Denn ein weiterer und nicht unerheblicher Angriff auf die Arbeiter ging von den technologischen Erneuerungen in der Produktion und der verstärkten Rationalisierung der Arbeitsorganisation aus. Die entscheidenden Impulse zur Steigerung der Arbeitsproduktivität kamen von einer weitgehenden Erneuerung des Maschinenparks und der Chemisierung der Produktion. Die in den 20er Jahren begonnene Rationalisierung wurde verbreitert und erfaßte die bis dahin von dieser Entwicklung unberührt gebliebenen Industriezweige. Die zweite Rationalisierungsphase begann, aufgezwungen durch die Erfordernisse des "totalen Krieges" und eine völlig veränderte, nämlich multinational zusammengesetzte Arbeiterklasse in den Jahren 1942 bis 1944. Bekantermaßen verfügte Westdeutschland noch bis weit in die 50er Jahre hinein über einen so modernen Produktionsapparat, daß sich Neuinvestitionen erübrigten - ein Tatbestand, der die These vom "Faschismus als verfaulendem Kapitalismus" und auch seine ausschließliche kategoriale Bestimmung als eine auf der Basis absoluter Mehrwertproduktion betriebene Kapitalakkumulation fragwürdig erscheinen läßt. (41)

Die Hartmetallwerkzeuge waren in den Jahren 1932 bis 1955 der entscheidende Hebel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität. Obwohl die Sinterhartmetalle bereits Ende der 20er Jahre entwickelt waren, wurden sie erst in den 30er Jahren in vollem Umfang in der Produktion (zuerst im Drehbankbau und danach auch in allen anderen Verfahren der spanabhebenden Formgebung) angewandt. Allein in den Jahren 1930 bis 1934 wurden 90 000 und in den drei darauffolgenden Jahren 171 000 alte Werkzeugmaschinen durch neue ersetzt, hinzu kam natürlich die Erweiterung der Maschinerie. In den Jahren 1935 bis 1938 wurden 81 000 Werkzeugmaschinen neu investiert. (42) Diese Zahlen verdeutlichen eine Entwicklung, wenn die Werkzeugmaschinen zurecht als das begriffen werden, was sie sind - das Herzstück der modernen Maschinerie, der Massenproduktion. Sie beweisen nämlich sehr handfest die Durch-

(39) Zit. nach: Lehrbuch der deutschen Geschichte Bd.II. op.cit. S.239.

(40) Ebd. S.240 f.

(41) Vgl. dazu A.Sohn-Rethel, op.cit., und E.Hennig, op.cit.

(42) R.Katzenstein, Zur Einwirkung des zweiten Weltkriegs auf den kapitalistischen Reproduktionsprozeß, dargestellt am Beispiel des Werkzeugmaschinenbaus in Deutschland, in: Konjunktur und Krise, 5.Jg.1961, Heft 2, S.113 ff.; K.Lange, Werkzeugmaschinen als Grundlage der Produktionssteigerung, in: Der Vierjahresplan, 1939, Folge 19, S.1133 ff.

setzung der fließenden Fertigung auf wesentlich breiterer Ebene als in den mit dem Namen Rationalisierungsoffensive etikettierten Jahren 1924 bis 1928. Die Anwendung der Leichtmetalle Aluminium und Magnesium steigerten die Leistungsfähigkeit der Werkzeugmaschinen über eine Erhöhung der Minutenumdrehung erneut. (43) Weiterhin veränderten neuartige chemische Verfahrenstechniken Produkte und Arbeitsabläufe. (44)
In allen Bereichen der Industrie, ausgenommen natürlich die in dieser Periode stagnierende Konsumtionsmittelindustrie, wurde mit dem Ziel, "den Anteil an hochwertigen Kräften in der Fertigung auf das geringste herabzudrücken und weitestgehend angelernte Arbeiter und Frauen einzuschalten" (45), die Einführung der fließenden Fertigung beschleunigt. In dem führenden Konzern der Elektroindustrie, Siemens und Halske, konnte dadurch der Facharbeiteranteil von 40 v.H. im Jahre 1935 innerhalb von drei Jahren auf nur noch 25 v.H. gesenkt werden. (46) Die gesamte Rüstungsindustrie machte sich die Vorteile der Massenproduktion - hoher Produktionsausstoß bei geringen Lohnkosten - zunutze. Den unmittelbaren Nutzen der Revolutionierung des Werkzeugmaschinenbaus für die Aufrüstung umriß ein Artikel in der Zeitschrift "Der Vierjahresplan": "Für die Herstellung von unzähligen Einzelteilen, wie sie gerade in den Rüstungsbetrieben benötigt werden, stellt der Maschinenbau u.a. die moderne Revolverdrehbank und den Drehautomaten zur Verfügung. Die Rüstungsindustrie war dabei weitgehend zu vereinfachen und leicht bedienbar zu machen, um das Heer der Rüstungsarbeiter (...) durch ungelernte Kräfte und Frauen beliebig ergänzen und vergrößern zu können." (47)
Mit der Errichtung der ersten vollkontinuierlichen Breitbandstraße 1936 in Dinslaken begann auch für die Eisen- und Stahlindustrie eine neue Ära. Die Arbeitsproduktivität stieg um das fünf- bis sechsfache und in Dinslaken verrichtete jetzt ein ungelernter Hilfsarbeiter das, wozu vorher 5 bis 10 durch jahrelange Tätigkeit anzulernende Feinblechwalzer nötig gewesen waren. (48)
Auch machte die Massenproduktion vor der Domäne des Facharbeiters, dem Werkzeugmaschinenbau, nicht halt. Immer mehr Maschinen wurden nach Normung und Standardisierung bereits in Serie hergestellt. In der metallverarbeitenden Industrie war Ende 1938 der Anteil der ungelernten Arbeiter schon doppelt und der der angelernten Arbeiter dreifach so hoch wie der Fachar-

(43) J.Free, Wandlung der Maschinentechnik durch die neuen Werkstoffe, in: Der Vierjahresplan, 1938, Folge 6, S.530 ff. und Folge 7, S.586 ff.; siehe auch die Aufsätze von Haas und Beck, 1939, Folge I/2, S.66 ff. und Löb, 1938, Folge I, S.4 ff.
(44) J.Eckell, Die deutschen Kunststoffe, in: Der Vierjahresplan, 1937, S.264 ff.
(45) G.Leiter, Der Einfluß des planmäßigen Arbeitseinsatzes auf die Leistung des Betriebes, in: Der Vierjahresplan, 1939, Folge 10, S.665 f.
(46) Ebd.
(47) K.Lange, Deutsche Maschinentechnik im Zeitgeschehen, in: Der Vierjahresplan, 1940, Folge 14, S.594.
(48) A.R.L.Gurland, Technological Trends and Economic Structure under National Socialism, in: Studies in Philosophy and Social Science, Vol. IX/1941, S.266; H.Cramer, Die erste vollkontinuierliche europäische Breitbandstraße, in: Der Vierjahresplan, 1939, Folge 16, S.973 ff.

beiteranteil. (49)
Die Auswirkung der Massenproduktion und der inzwischen überall eingeführten Akkordarbeit auf die Gesundheit der Arbeiter wurde sogar in den Jahresberichten (1935/36) der Gewerbeaufsichtsbeamten beim Namen genannt: "Wenn auch die Akkordarbeit ein Mittel ist, um den Leistungsfähigeren, Geschickteren und Fleißigeren Gelegenheit zu geben, vorwärts zu kommen, so muß doch schärfstens berücksichtigt werden, daß die Akkordarbeit in gesundheitsgefährlichen Betrieben geeignet ist, zur Außerachtlassung der Vorsichtsmaßregeln zu verleiten und durch größere Anstrengungen den Körper empfinlicher zu machen (...). Das Arbeitstempo ist im allgemeinen hoch, vielfach klagten Arbeiter, daß sie ihrem Empfinden nach durch die starke Kräfteanspannung nervöser und anfälliger für Erkrankungen geworden sind. - In einer Metalldreherei war seit etwa zwei Jahren Überarbeit genehmigt und wurde bis zum August 1936 in 10stündiger Tag- und Nachtarbeit durchgeführt. Der Vertrauensarzt einer Krankenkasse berichtete um die Mitte dieses Jahres, daß er aus keinem anderen Industriezweig so viele Zustände von Erschöpfungen zu sehen bekomme wie aus diesem Werk. Den Beschwerden ist Regierungs- und Gewerbemedizinalrat Dr. Betke nachgegangen und ermittelte an etwa 100 Drehern, die im Akkord Präzisionsarbeit ausführen, daß rund 90 v.H. über nervöse Reizbarkeit, Ermüdungs- und Erschöpfungszustände zu klagen hatten und trotz kräftiger Muskulatur und gutem Ernährungszustande durch ihre starke Gesichtsblässe und ihren abgespannten Gesichtsausdruck auffielen. Viele klagten über Schlaflosigkeit trotz stärkster Müdigkeit, Kopfschmerzen und Schwindelanfälle, andere über Weinkrämpfe, Interesselosigkeit und seelische Unbeherrschheit; auch wurde vielfach über Magenbeschwerden geklagt. Eine Untersuchung der Blutbilder ergab in vielen Fällen leichte Anzeichen von Bleieinwirkung, es waren im Berichtsjahr auch 13 Bleierkrankungen gemeldet und bestätigt worden. Die Statistik zeigte, daß die Zahl der Erkrankungsfälle von 1934 zu 1935 um 45 v.H. gestiegen war und dann von 1935 zu 1936 sogar um 90,7 v.H." (50) Obwohl dies zweifelsohne kein für die Arbeiter parteinehmender Bericht war, beweisen diese Fakten doch, wie die Akkord- und Fließbandarbeit die physische und psychische Gesundheit der Arbeiter in kürzester Zeit zerstört. Für die Arbeiter bedeutete dieser Prozeß mehr denn je: Dequalifizierung, monotone und stumpfsinnige Arbeit, unerhörte Arbeitshetze, totale Abhängigkeit und Bestimmung von dem Takt der Maschinen und der Geschwindigkeit der Bänder. Sie waren nicht länger auf Grund ihres fachlichen Könnens für einen geregelten Produktionsablauf unabkömmlich, sie waren jederzeit durch einen anderen ersetzbar, eine wirksame Waffe

(49) Vgl. R. Katzenstein, op. cit.; G. Leiter, op. cit.; W. Fehe, Serien und Einzelfertigung im Werkzeugmaschinenbau, in: Der Vierjahresplan, 1939, Folge 18, S.1075 ff.; H. Benkert, Die Werkzeugmaschine in der Massenfertigung, in: Der Vierjahresplan, 1939, Folge 19, S.1135 ff.; E. Koehler, Die Ausbildung Jugendlicher zu Spezialarbeitern, in: Der Vierjahresplan, 1938, Folge 12, S.739 ff.

(50) J. Kuczynski, op. cit. S.206.

gegen aufsässige Arbeiter. Allein im Jahr 1935 wurden in "70 060 Betrieben 140 000 Kündigungen ausgesprochen"(51), nach welchen Kriterien dabei vorgegangen wurde, sagten z.B. die IG Farben-Herren sehr deutlich. Sie selektierten bei den Einstellungen nach eindeutig politischen Kriterien, erwarteten sie doch von NSDAP-Mitgliedern am ehesten die Verwirklichung des vielgepriesenen neuen Arbeitsethos. (52) Im Zusammenhang mit der Erfüllung des Vierjahrespland und der beschleunigten Aufrüstung entstanden überall in Deutschland in kürzester Zeit neue Fabrikanlagen. So wurden, um im Kriegsfall von ausländischen Öleinfuhren unabhängig zu sein, das Leunawerk der IG Farben ausgebaut und mit staatlichen Mitteln eine beträchtliche Anzahl neuer Hydrieranlagen aus dem Boden gestampft. Obwohl die synthetische Mineralölgewinnung gewissermaßen das Kernstück des Vierjahresplans (denn für die Realisierung der Blitzkriegskonzeption war eine hoch mobile, motorisierte Kriegsmaschinerie vonnöten) war, betrug die Auslandsabhängigkeit im Jahre 1939 immer noch 60 v.H. (53). Die Einfuhr von Kautschuk sollte durch eine vermehrte Bunaproduktion (Bunawerk der IG Farben) gedrosselt werden (54); Leichtmetalle und Kunststoffe sollten den Mangel an Nichteisen- und Edelmetallen ausgleichen. (55) Nicht immer aber deckten sich wie bei dem riesigen IG Farben-Konzern die Interessen einzelner Konzerne mit dem von der Vierjahresplanbehörde beschrittenen Weg der Aufrüstung. Um ihre Stellung auf dem Weltmarkt nicht weiter zu gefährden, weigerten sich die Manager der deutschen Eisen- und Stahlindustrie, die eisenarmen deutschen Erze extensiv abzubauen und zu verhütten. Sie forderten, wenn sie dem Göringschen Vorschlag nachkämen, staatliche Subventionen und einen Preisaufschlag von 50 v.H. Stattdessen gründete Göring - natürlich kam es bald darauf wieder zu einem Arrangement zwischen der Vierjahresplanbehörde und der Eisen- und Stahlindustrie - im Juli 1937 die staatseigene "AG für Erzbergbau und Eisenhütten Hermann Göring". (56) Die "Hermann Göring Werke" entwickelten sich, nachdem sie sich große Industrien in den annektierten und besetzten Gebieten einverleibt hatten, zu einem Mammutkonzern mit über 600 000 Beschäftigten.
Einen ähnlichen Widerstand setzte die deutsche Automobilindustrie Hitlers Plänen entgegen, in einem Gemeinschaftsprojekt einen deutschen Kleinwagen - den Wagen für jedermann - zu produzieren. (57) Nach vierjährigen Plänen und Verhandlungen wurde dann im Mai 1938 mit dem Bau des staatlichen Volks

1) Ebd. S.149.
2) Kämpfendes Leuna 1916-1945. Die Geschichte des Kampfes der Leuna-Arbeiter. Teil I, 2.Halbband, Berlin 1961, S.653.
(53) D.Petzina, op.cit. S.98; K.Krauch, Weg und Erfolg der deutschen Kraftstoffwirtschaft, in: Der Vierjahresplan, 1939, Folge I/2, S.34 ff.
(54) D.Petzina, op.cit. S.99 f.; J.Eckell, Buna- der deutsche Kautschuk, in: Der Vierjahresplan, 1937, Folge 2, S.78 ff.
(55) D.Petzina, op.cit. S.108 f. und S.100 f.; Mh.H.Haas und Beck, op.cit.; F.Löb, op.cit.
(56) D.Petzina, op.cit. S.104 ff.
(57) H.Handke, Zur Rolle der Volkswagenpläne bei der faschistischen Kriegsvorbereitung, in: JWG 1962, Teil I, Berlin 1962, S.22 ff.

wagenprojekts begonnen. Da dieser "KdF-Wagen" ganz nach der Fordschen Devise für jedermann erschwinglich sein sollte, wurde in Fallersleben ein Automobilwerk gebaut, das sich die amerikanischen Erfahrungen der Fließbandproduktion im Automobilsektor voll zunutze machte. Porsche, der Chefkonstrukteur des "KdF-Wagens", holte sich Anregungen und Fachleute aus den USA für den Bau des großen Kraftwerks, den Karosseriebau, die Technik des neuen Elektrodenschweißens und nicht zuletzt für die Produktionsleitung. (56) Aus diesem modernsten Automobilwerk Deutschlands rollte bekanntlich kein einziger "KdF-Wagen" vom Band, dafür aber Kübelfahrzeuge für die Wehrmacht.

Die Rationalisierung der Produktion und die neuen, hochmodernen Industrieanlagen aus den Jahren 1936 bis 1940 führten zu enormen Umschichtungsprozessen innerhalb der Arbeiterklasse. Zum einen äußerten sie sich bedingt durch die neu entstandenen Vierjahresplanprojekte regional und zum zweiten bewirkte die verstärkte Einführung der Massenproduktion ein starkes Sinken des Facharbeiteranteils zugunsten angelernter Tätigkeiten. Ein Artikel zur Ausbildung von Jugendlichen resumierte die Folgen dieser Entwicklung: "Der Fortschritt der industriellen Fertigungstechnik hat in fast allen Zweigen der Industrie eine Strukturwandlung hinsichtlich der Berufsgruppen der beschäftigten Arbeiter mit sich gebracht. Durch die zunehmende Verwendung von Maschinen und eine weitgehende Arbeitsteilung ist der über ein breites Berufskönnen verfügende, systematisch in einer Lehre ausgebildete Handwerker und Facharbeiter an vielen Stellen der Produktion ersetzt worden durch den durch eine kurze Anlernung und längere Übung in einer bestimmten Tätigkeit einsatzfähig gemachten angelernten Arbeiter oder Spezialarbeiter." (59) Statt einer qualifizierten Ausbildung wurden von diesem Arbeitertyp nur mehr Fähigkeiten verlangt, wie sie auch heute noch für den Arbeiter der Massenproduktion typisch sind: "die Wartung komplizierter Maschinen und Apparaturen, die Überwachung eines im Fluß befindlichen Arbeitsablaufes, lange Erfahrung, sicherer Blick, schnelles Reaktionsvermögen und zuverlässige Disposition" (60).

Rationalisierung und Leistungssteigerung waren zur obersten Wirtschaftspflicht geworden. Die Zeit, wo keine Zeitstudien durchgeführt werden konnten und der Widerstand unter der Parole "Weg mit der Stoppuhr!", "gründliche Untersuchungen nach Refa in den Werkstätten unterbunden" hatte, war längst vorbei. (61) Das im Jahr 1934 unter der Schirmherrschaft der DAF gegründete "Arbeitswissenschaftliche Institut" entfaltete eine rege Tätig-

(58) P. Kluke, Hitler und das Volkswagenprojekt, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1960, S.361.

(59) E. Koehler, op. cit. S.739.

(60) Ebd.

(61) C. Knott, Erinnerungen eines alten RKW- und Refamannes, in: Produktivität und Rationalisierung. Chancen, Wege, Forderungen, Frankfurt-Hamburg 1971, S.156.

keit. (62)
Mit dem 1934 verordneten "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" erhielt die intensivierte Ausbeutung in den Fabriken ihren politisch-ideologischen Überbau. (63) Der entscheidende Kern dieses Gesetzes lag "in der Auffassung der Arbeit als eines Ehrendienstes, in der Verankerung aller Arbeit in einer sozialen Ehre" und das "neue Recht", wie es weiter hieß, knüpfte damit an die Gedanken der Ehre, Treue und letztlich an die Quellen des deutschen Rechts überhaupt an. In jeder "Betriebsgemeinschaft", dem "Abbild und Sinnbild des nationalsozialistischen Staates im kleinen", gab es nunmehr den "Führer" (sprich Unternehmer) und die "Gefolgschaft" (die Arbeiter und Angestellten). Der "Führer" hatte in allen betrieblichen Angelegenheiten gegenüber der "Gefolgschaft" zu entscheiden. An den Betriebspaternalismus des vergangenen Jahrhunderts anknüpfend, hatte der "Führer" für "das Wohl der Gefolgschaft" zu sorgen, und als Gegenleistung mußte diese ihm "die in der Betriebsgemeinschaft begründete Treue" halten. (64)
Scheinbar auf die Traditionen der Arbeiter bezugnehmend, sah dieses neue Fabrikgesetz anstelle der alten Betriebsräte sogenannte Vertrauensräte vor. Diese wurden vom "Führer des Betriebes im Einvernehmen mit dem Obmann der NSBO" bestellt und die Listen dann den Arbeitern und Angestellten zur "Abstimmung" vorgelegt. Doch spielten die Arbeiter diese Farce nicht mit. Im Frühjahr 1934 stimmten 74 v.H. der Arbeiter gegen die Listen oder sie enthielten sich der Stimme. (65) Als ein Jahr später die Ergebnisse nicht besser ausfielen (66), wurden die Vertrauensrätewahlen - von den Arbeitern als "Aprilscherz in den Betrieben des Dritten Reiches" (67) ironisiert - erst gar nicht mehr wiederholt. Selbstverständlich institutionalisierte dieses Fabrikgesetz auch eine betriebliche "soziale Ehrengerichtsbarkeit". Die "Soldaten der Arbeit" konnten, verhielten sie sich nicht nach der neuen sozialen Arbeitsehre, von den Betriebsgerichten Geldstrafen erhalten, verwarnt oder auch entlassen werden. (68)
Der ständige Propagandist für maximale Arbeitsleistungen und Arbeitsfrieden in den Betrieben war die DAF (Deutsche Arbeitsfront), sie war der Träger der offiziellen Doktrin, daß der Klassenkampf abgeschafft sei. Sie

(62) O.Marrenbach, Fundamente des Sieges. Die Gesamtarbeit der Deutschen Arbeitsfront von 1933-1940, Berlin 1940, vergl. Abschnitt: "Die arbeitswissenschaftlichen Grundlagen", S.122 ff.; Das arbeitswissenschaftliche Institut der DAF, Berlin 1943.
(63) Die Ordnung der nationalen Arbeit. Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben mit sämtlichen Durchführungsbestimmungen, 12. wesentlich ergänzte Ausgabe. Berlin 1941.
(64) Hueck-Nipperdey-Dietz, Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit. Kommentar, 4. neubearbeitete Auflage, München-Berlin 1943, S.25.
(65) H.G.Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der "Deutschen Arbeitsfront", Hannover-Frankfurt 1958, S.128.
(66) Ebd. S.126.
(67) Ebd. S.129.
(68) Hueck-Nipperdey-Dietz, op.cit. S.518/546.

wurde einen Tag nach dem Verbot der Freien Gewerkschaften gegründet und behielt in der Anfangsphase auch deren organisatorische Struktur bei, um den Arbeitern das Gefühl zu geben, daß sie nichts anderes als eine neue Einheitsgewerkschaft sei. (69) Damit sie dennoch nicht durch den Druck "von unten" gewerkschaftliche Tendenzen und in bezug auf die Lohnpolitik eine unerwünschte Eigendynamik entwickelte, wurden noch 1933 verschiedene Absicherungen getroffen. Die zwei wesentlichen Maßnahmen waren die Bestellung von "Treuhändern der Arbeit" und die Entmachtung der NSBO (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation). Die "Treuhänder der Arbeit", fast ausschließlich ehemalige juristische Berater der Arbeitgeberverbände, wurden auf Vorschlag der Länderregierungen von Hitler bestellt und regelten von nun an mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet alle Lohnfragen. (70) Die Mitglieder der NSBO, meist selbst Arbeiter, glaubten noch immer an manche antikapitalistische Losung und Forderung aus der "Kampfzeit". Sie wurden zurückgepfiffen, bevor sie innerhalb und mit der DAF darangingen, ihre falschen Hoffnungen einzulösen. Die NSBO "als ein Kader der NSDAP, als ein Vortrupp des deutschen Arbeitertums, als SA der Betriebe" hatte in Zukunft nur mehr "politisch-propagandistische Kampfaufgaben gegenüber dem Marxismus in den Betrieben" wahrzunehmen. (71) Nachdem gesichert war, daß die DAF "nicht das Organ sein werde, durch welches die materiellen Fragen des Arbeitstages entschieden würden" (72), traten auch die Arbeitgeberverbände, obwohl sie sich ihre selbständige Organisationsstruktur vorbehielten, der DAF bei.

Auch wenn einzelne Funktionäre der DAF mit den zunehmenden Arbeitskämpfen 1935/36 (73) sich partiell mit den Forderungen der Arbeiter solidarisierten - wohl mehr, um nicht gänzlich das Gesicht und an Einfluß zu verlieren - gibt es keine Hinweise dafür, daß diese größte Zwangsorganisation eine eigenständige und den Interessen des Kapitals zuwiderlaufende Entwicklung genommen hätte. Die Beschwerden und Eingaben Einzelner, daß es Anzeichen für die Entwicklung der DAF hin zu einer "ungeheuer dynamischen Gewerkschaft" (74) gebe, spiegelten wohl mehr die Ängste von gewissen Industriellen als die tatsächliche Realität wider.

Letzlich beschränkte sich die DAF darauf, mit immer fröhlichen Losungen und breit gefächerten Aktivitäten die Mauer der Ablehnung, die die Arbeiter der neuen Betriebsgemeinschaft entgegenbrachten, zu durchbrechen. Sie or-

(69) Vgl. H.G.Schumann, op.cit., den Abschnitt: "Die Zerschlagung der deutschen Gewerkschaftsbewegung und der Aufbau der DAF", S.76 ff.

(70) Ebd. S.82.

(71) Ebd. S.89.

(72) T.W.Mason, Labour in the Third Reich 1933-1939, in: Past and Present. A Journal of Historical Studies, Jg.1966, Nr.33, S.113 ff., hier zitiert nach einer hektographiert vorliegenden deutschen Übersetzung von J.Kuhfuss, S.4.

(73) Vgl. z.B. die Angaben bei W.A.Schmidt, op.cit., über die verschiedenen Aktionen auf Betriebsebene.

(74) Zit. nach T.W.Mason, op.cit. S.9/10.

ganisierte mit Hilfe der Werkscharen Schulungskurse in nationalsozialistischer Weltanschauung. (75) Unter dem Motto "Schönheit der Arbeit" schmückte und verschönte die DAF Tausende von Werkshallen und Arbeitsräumen. Sie baute Sport- und Waschanlagen in den Fabriken und legte auf den Fabrikgeländen Grünanlagen an. Sie initiierte Kampagnen zu Themen wie "Saubere Menschen im sauberen Betrieb", "Schönheit der Arbeit im Bergbau" oder "Gutes Licht - Gute Arbeit". (76) Da der Lohn als Mittel der Arbeits- und Leistungsstimulierung wegfiel, organisierte die DAF mit großem Aufwand propagierte Wettkämpfe. Millionen von Jugendlichen nahmen jährlich an den Reichsberufswettkämpfen teil, "an der entschlossenen Demonstration einer geeinten Jugend, für den Adel der Arbeit, gegen den Geist des Profits" (77). Diese Form von Wettkämpfen und Propaganda hatte die Funktion, die Jugendlichen zu guten Arbeitsleistungen anzuspornen und sie stärker mit ihrer Arbeit zu identifizieren. Während diese Jugendlichen wohl im guten Glauben handelten, damit ihre Einstellung "gegen den Geist des Profits" zu demonstrieren, wurden sie zugunsten höherer Profite um ihren Lohn beschissen. Die Leistungskämpfe der Betriebe hatten letztlich keine andere Funktion.
Wichtig war, daß die DAF, obwohl sie keinen Einfluß auf die Lohngestaltung hatte, dennoch Teilfunktionen der ehemaligen Gewerkschaftsverbände übernommen hatte. In den Betrieben organisierte sie ein Netz von sozialpolitischen Ausschüssen (Rechtsausschüsse, "Ärztliche Betreuung der Schaffenden, Ausschüsse für die besonderen Belange der Frau im Betrieb") (78) und gewann auch zunehmenden Einfluß auf die Berufserziehung. Ihre Hauptaufgabe lag darin, anstelle einer an den Produktivitätssteigerungen orientierten Lohnpolitik die Arbeiter über Ersatzbezugspunkte und -aktivitäten an den neuen Ausbeutungszyklus zu binden. Ganz in diesem Sinne war auch das Paradepferd der DAF, ihre Abteilung KdF (Kraft durch Freude) aufgezogen. (79) KdF bot den Arbeitern die verschiedensten Freizeitprogramme an, sie veranstaltete Reisen, Theater- und Konzertveranstaltungen, sie baute Erholungsheime und sogar ganze Seebäder. Der Zweck dieser staatlich programmierten Freizeitgestaltung wurde mit einer unbekümmerten Offenheit zugegeben. "Wir (die DAF e.V.) schickten unsere Arbeiter nicht auf eigenen Schiffen in Urlaub oder bauten ihnen gewaltige Seebäder, weil uns das Spaß machte oder zumindest dem einzelnen, der von dieser Einrichtung Gebraucht machen kann. Wir taten das nur, um die Arbeitskraft des einzelnen zu erhalten und um ihn gestärkt und neu ausgerichtet an seinen Arbeitsplatz zurückkehren zu lassen. KdF überholt gewissermaßen jede Arbeitskraft von Zeit zu Zeit, genauso wie man den Motor eines Kraftwagens nach einer gewissen gelaufenen Kilometer-

(75) O. Marrenbach, op.cit. S.47 f.
(76) Ebd. S.320 ff.
(77) A. Armann, Der Reichsberufswettkampf, Berlin 1938, S.29.
(78) O. Marrenbach, op.cit. S.185 f., 208 f., 229 f. und G. Starcke, Die deutsche Arbeitsfront, Berlin 1940, S.141 ff.
(79) O. Marrenbach, op.cit. S.331 ff. und G. Starcke op.cit. S.155 ff.

3. Ein Kampfzyklus gegen den Vierjahresplan

1936 war die Arbeitslosenquote wieder auf das Vorkrisenniveau abgesunken. In den rüstungswichtigen Industrien wurden die Arbeitskräfte, besonders qualifizierte Facharbeiter, knapp. Die Einführung des zweijährigen Militärdienstes hatte diese Entwicklung zusätzlich verschärft. Ein im August 1936 vom Reichsarbeitsministerium ausgearbeitetes Memorandum sah auf Grund des Arbeitskräftemangels vor allem in der Baumaterial-, Bau- und Metallindustrie (allein in der Flugzeugindustrie wurden zusätzlich 50 000 Metallarbeiter benötigt!) das Aufrüstungsprogramm und die Erfüllung des Vierjahresplans ernsthaft gefährdet. (81) Für die Aufrüstung wurde, wollte man den Kriegsbeginn nicht hinausschieben und damit des Überraschungsangriffs und der bislang noch bestehenden Rüstungsüberlegenheit verlustig gehen, jede Arbeitskraft dringend benötigt. Dieser Tatbestand führte zu erheblichen politischen Konsequenzen. Die staatlich gelenkte Preis- und Lohnpolitik geriet ins Wanken, und die Arbeiter begannen diese Widersprüche für sich zu nutzen. Die Rüstungsindustrie versuchte zugunsten des eigenen Profits die staatlichen Aufträge unter allen Umständen zu erfüllen. Also zahlte sie höhere Löhne und schlug die Differenz auf die Preise. Billigere Konkurrenten brauchte die deutsche Rüstungsindustrie nicht zu fürchten, denn die Abnahme war ja von

(81) Bundesarchiv Koblenz, r 43 ii, Akte 533, zit. nach T.W. Mason, Labour in The Third Reich, op.cit. S.112 ff, Anm.50.

staatswegen gesichert. Die Unlgeichzeitigkeit zwischen ihr und der Konsum- und exportorientierten Industrie wurde weiter verschärft. Am gefährlichsten für den Bestand des Systems wirkte sich aber die durch diese Entwicklung hervorgerufene Stärke der Arbeiter aus und die Tatsache, daß sich nach vier- bis fünfjähriger nationalsozialistischer Herrschaft ein spezifischer Kampfzyklus der Arbeiter abzeichnete. Die in dem oben genannten Memorandum skizzierten politischen Auswirkungen auf die Arbeitsmarktsituation nahmen in den kommenden zweieinhalb Jahren nicht ab, sondern sie nahmen an Breite zu. Dort hieß es: "Die entscheidende Methode, Arbeiter wegzulocken, ist das Angebot übermäßig hoher Löhne (...). Das Ausmaß der Lohnsteigerungen ist beachtlich, es werden sogar Sätze vom Dreifachen des Tarifminimums gezahlt, wozu noch Überstundenverdienste für einen Arbeitstag von bis zu vierzehn Stunden kommen. Diese übermäßigen Löhne sind besonders verbreitet in Industrien, die öffentliche Aufträge ausführen (...). Die oben aufgezeigten Umstände haben eine äußerst schädliche Wirkung auf das Zugehörigkeitsgefühl des Arbeiters zu seiner Firma und auf die Arbeitsmoral. Die hohe und unkontrollierte Umschichtung der Arbeitskräfte ruft Unruhe in den Werkstätten hervor. In vielen Fällen verlassen Arbeiter ihre Beschäftigungen, ohne darüber Bescheid zu geben, und brechen damit ihre Arbeitsverträge oder aber sie zwingen ihre Arbeitgeber durch disziplinloses Verhalten oder durch geringen Arbeitseinsatz, sie zu entlassen. Streikversuche derjenigen Arbeiter, die die günstigste Position auf dem Arbeitsmarkt hatten, mit dem Ziel, weitere Lohnsteigerungen zu bekommen, sind jetzt bedauernswerter Weise kein außergewöhnliches Vorkommnis mehr. Die Landflucht - die Strömung der Landarbeiter in besser bezahlte Beschäftigungen, besonders in die Bauindustrie - wird durch diese Entwicklungen ebenfalls gefördert." (82)
In den Jahren 1937/38 streikten die Arbeiter immer wieder für höheren Lohn. Einen Tag lang streikten beispielsweise die Arbeiter eines Berliner Metall-Großbetriebes und die Kürzung der Prämienzuschläge wurde zurückgenommen. (83) In einem mitteldeutschen Metallbetrieb stellten die Arbeiter die Maschinen aus, um höhere Löhne zu erzwingen. Das Gerede des DAF-Vertreters - "Im Dritten Reich gibt es keinen Streik (...) und wenn das Moskau erfahren würde, wüßte es das ganze Ausland" verhinderte die Aktion nicht. (84) Kurz hintereinander kündigten 200 Arbeiter einer mitteldeutschen Maschinenfabrik. Die Geschäftsleitung zahlte daraufhin höhere Löhne. (85)
Auf den norddeutschen Werften kursierte die Parole "Arbeitet ruhig und gediegen, was nicht fertig wird, bleibt liegen!" Durch systematisches Langsam-

(82) T.W.Mason, op.cit.; im folgenden zitieren wir aus der Übersetzung dieses Aufsatzes, ebd. S.21 f.

(83) Aus: Deutsche Volkszeitung, Paris-Prag, v.10.7.1938, zit. nach W.A.Schmidt, Damit Deutschland lebe. Ein Quellenwerk über den deutschen antifaschistischen Widerstand 1933-1945, Berlin 1958, S.43.

(84) Aus: Deutsche Volkszeitung, Paris-Prag, v.10.7.1938, zit. nach W.A.Schmidt, op.cit. S.45.

(85) Aus: Rundschau, Basel, v. 15.9.1938, zit. nach W.A.Schmidt, op.cit. S.46.

zahl überholen muß. Betriebssport, Schönheit der Arbeit, Werkskonzerte sind alles keine Dinge an sich, sondern sie dienen immer wieder dem großen Gesamtziel, die Leistungen des deutschen Volks auf allen Gebieten zu steigern." (80) Zu durchsichtig waren die Absicht der fröhlichen DAF-Losungen und -Aktivitäten und das Fehlen einer am Produktivitätsanstieg orientierten Lohnpolitik, als daß der DAF jemals die gleiche Integrationsfunktion wie den Gewerkschaften der 20er Jahre zukommen konnte.
Der Tatbestand, daß die Arbeiter außerhalb des NS-Systems geblieben waren und der konjunkturelle Aufschwung in bewußter Konfrontation mit ihnen betrieben wurde, mußte unweigerlich zu einer Zuspitzung der inneren sozialen Widersprüche führen. Die beginnenden Arbeitskämpfe in dem Moment, als der Wert der Arbeitskraft, weil sie knapp geworden war, wieder stieg, brachten das NS-Regime in eine reale Krise.

(80) G.Starcke, op.cit. S.10 f.

3. Ein Kampfzyklus gegen den Vierjahresplan

1936 war die Arbeitslosenquote wieder auf das Vorkrisenniveau abgesunken. In den rüstungswichtigen Industrien wurden die Arbeitskräfte, besonders qualifizierte Facharbeiter, knapp. Die Einführung des zweijährigen Militärdienstes hatte diese Entwicklung zusätzlich verschärft. Ein im August 1936 vom Reichsarbeitsministerium ausgearbeitetes Memorandum sah auf Grund des Arbeitskräftemangels vor allem in der Baumaterial-, Bau- und Metallindustrie (allein in der Flugzeugindustrie wurden zusätzlich 50 000 Metallarbeiter benötigt!) das Aufrüstungsprogramm und die Erfüllung des Vierjahresplans ernsthaft gefährdet. (81) Für die Aufrüstung wurde, wollte man den Kriegsbeginn nicht hinausschieben und damit des Überraschungsangriffs und der bislang noch bestehenden Rüstungsüberlegenheit verlustig gehen, jede Arbeitskraft dringend benötigt. Dieser Tatbestand führte zu erheblichen politischen Konsequenzen. Die staatlich gelenkte Preis- und Lohnpolitik geriet ins Wanken, und die Arbeiter begannen diese Widersprüche für sich zu nutzen. Die Rüstungsindustrie versuchte zugunsten des eigenen Profits die staatlichen Aufträge unter allen Umständen zu erfüllen. Also zahlte sie höhere Löhne und schlug die Differenz auf die Preise. Billigere Konkurrenten brauchte die deutsche Rüstungsindustrie nicht zu fürchten, denn die Abnahme war ja von

(81) Bundesarchiv Koblenz, r 43 ii, Akte 533, zit. nach T.W. Mason, Labour in The Third Reich, op.cit. S.112 ff, Anm.50.

staatswegen gesichert. Die Unlgeichzeitigkeit zwischen ihr und der Konsum- und exportorientierten Industrie wurde weiter verschärft. Am gefährlichsten für den Bestand des Systems wirkte sich aber die durch diese Entwicklung hervorgerufene Stärke der Arbeiter aus und die Tatsache, daß sich nach vier- bis fünfjähriger nationalsozialistischer Herrschaft ein spezifischer Kampfzyklus der Arbeiter abzeichnete. Die in dem oben genannten Memorandum skizzierten politischen Auswirkungen auf die Arbeitsmarktsituation nahmen in den kommenden zweieinhalb Jahren nicht ab, sondern sie nahmen an Breite zu. Dort hieß es: "Die entscheidende Methode, Arbeiter wegzulocken, ist das Angebot übermäßig hoher Löhne (...). Das Ausmaß der Lohnsteigerungen ist beachtlich, es werden sogar Sätze vom Dreifachen des Tarifminimums gezahlt, wozu noch Überstundenverdienste für einen Arbeitstag von bis zu vierzehn Stunden kommen. Diese übermäßigen Löhne sind besonders verbreitet in Industrien, die öffentliche Aufträge ausführen (...). Die oben aufgezeigten Umstände haben eine äußerst schädliche Wirkung auf das Zugehörigkeitsgefühl des Arbeiters zu seiner Firma und auf die Arbeitsmoral. Die hohe und unkontrollierte Umschichtung der Arbeitskräfte ruft Unruhe in den Werkstätten hervor. In vielen Fällen verlassen Arbeiter ihre Beschäftigungen, ohne darüber Bescheid zu geben, und brechen damit ihre Arbeitsverträge oder aber sie zwingen ihre Arbeitgeber durch disziplinloses Verhalten oder durch geringen Arbeitseinsatz, sie zu entlassen. Streikversuche derjenigen Arbeiter, die die günstigste Position auf dem Arbeitsmarkt hatten, mit dem Ziel, weitere Lohnsteigerungen zu bekommen, sind jetzt bedauernswerter Weise kein außergewöhnliches Vorkommnis mehr. Die Landflucht - die Strömung der Landarbeiter in besser bezahlte Beschäftigungen, besonders in die Bauindustrie - wird durch diese Entwicklungen ebenfalls gefördert." (82)
In den Jahren 1937/38 streikten die Arbeiter immer wieder für höheren Lohn. Einen Tag lang streikten beispielsweise die Arbeiter eines Berliner Metall-Großbetriebes und die Kürzung der Prämienzuschläge wurde zurückgenommen. (83) In einem mitteldeutschen Metallbetrieb stellten die Arbeiter die Maschinen aus, um höhere Löhne zu erzwingen. Das Gerede des DAF-Vertreters - "Im Dritten Reich gibt es keinen Streik (...) und wenn das Moskau erfahren würde, wüßte es das ganze Ausland" verhinderte die Aktion nicht. (84) Kurz hintereinander kündigten 200 Arbeiter einer mitteldeutschen Maschinenfabrik Die Geschäftsleitung zahlte daraufhin höhere Löhne. (85)
Auf den norddeutschen Werften kursierte die Parole "Arbeitet ruhig und gediegen, was nicht fertig wird, bleibt liegen!" Durch systematisches Langsam-

(82) T.W. Mason, op.cit.; im folgenden zitieren wir aus der Übersetzung dieses Aufsatzes, ebd. S.21 f.

(83) Aus: Deutsche Volkszeitung, Paris-Prag, v.10.7.1938, zit. nach W.A.Schmidt, Damit Deutschland lebe. Ein Quellenwerk über den deutschen antifaschistischen Widerstand 1933-1945, Berlin 1958, S.43.

(84) Aus: Deutsche Volkszeitung, Paris-Prag, v.10.7.1938, zit. nach W.A.Schmidt, op.cit. S.45.

(85) Aus: Rundschau, Basel, v. 15.9.1938, zit. nach W.A.Schmidt, op.cit. S.46.

arbeiten wurden die vom Reichsrüstungsrat geforderten Ablieferungstermine hinausgezögert. (86) Auf den Bremer Werften versuchte die Gestapo mit Massenverhaftungen die nötige Arbeitsdisziplin wieder herzustellen. (87)
Auf den großen staatlichen Baustellen, unter den Autobahn- und Befestigungsarbeitern, führten die unerträglichen Arbeits- und Wohnbedingungen immer wieder zu größeren Konflikten. Als Hitler und seine Parteigenossen selbstherrlich die Fertigstellung des zweitausendsten Kilometer der Reichsautobahn feiern wollten, zogen die Arbeiter der Teilstrecke Lübeck durch die Stadt, berichteten der Bevölkerung über ihre tatsächlichen Arbeits- und Lebensbedingungen und zogen anschließend durch die Festsäle an den feiernden Nazibonzen vorbei. (88)
Die Westwallarbeiter organisierten auf breiter Ebene das Langsamarbeiten. Sie fingen später als vorgeschrieben mit der Arbeit an, machten eine halbe Stunde länger Mittag und hörten eher mit der Arbeit auf. Als die Gestapo einschritt und zahlreiche Arbeiter verhaftet wurden, ging die Aktion mit anderen Mitteln weiter, "keiner sagte etwas, aber schneller gearbeitet wird nicht" (89).
Die Arbeiter dieser staatlichen Großbauprojekte, die in Baracken zusammengepfercht, von ihren Familien getrennt in einem 10- und oft 12-stündigen Arbeitstag Schwerstarbeit verrichten mußten, sangen bei der Arbeit diese und auch andere Spottverse:

"Der eine kriegt 'nen Orden
Der andere kriegt ihn nicht
Und eine volle Schippe
Hat fünfzehn Pfund Gewicht

Und dreißig volle Schippen
Bringen einen Pfennig ein
Und dieser eine Pfennig
Soll unser Orden sein!" (90)

Ein weiteres Beispiel: Ein regierungsamtlicher Bericht klagte über die vermehrte Disziplinlosigkeit und Aufsässigkeit der Bauarbeiter in Niedersachsen. "In zunehmendem Maße und mit wachsender Geschlossenheit stellen die Mitglieder der Gefolgschaft Forderungen nach höheren Löhnen, von deren Erfüllung sie den Beginn der Arbeit abhängig machen. Diese Erscheinung hat sich schon von den Ingenieuren und Facharbeitern auf andere Teile der Arbeiterschaft ausgebreitet. Daher erklärten die Arbeiter, die aus Schlesien hierher gebracht worden waren, um einen Kanal für die Hermann Göring Werke zu bauen, daß sie nicht für einen Stundenlohn von 52 Pfennige arbeiten würden. Ein Viertel der Arbeiter verließ den Bauplatz und fuhr nach Hause. In

(86) Dokumente des Widerstandes. Ein Beitrag zum Verständnis des illegalen Kampfes gegen die Nazidiktatur. Eine Artikelserie aus der Hamburger Volkszeitung Juli bis Oktober 1947, S. 43 ff. und 71 ff.
(87) Informationsblatt der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, Amsterdam, v. 25.6.1938, zit. nach W.A.Schmidt, op.cit. S.62.
(88) Aus: Rundschau, Basel, v. 30.12.1937, zit. nach W.A.Schmidt, op.cit. S.78.
(89) Vgl. J.Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus Bd.6, Berlin 1964, S.227.
(90) Aus: Informationsblatt der Internationalen-Transportarbeiter-Föderation, Amsterdam, v. 18.2.1939, zit. nach W.A.Schmidt, op.cit. S.85.

Gandersheim verlangte die (...) Gefolgschaft einer Baufirma (140 Leute) eine vorläufige Lohnerhöhung von 10 Pfennige pro Stunde und drohte zu streiken (...). In Zukunft kann man nicht ohne Zwangsmaßnahmen auskommen (...). Eine Braunschweigische Firma, die schon 68 Pfennige pro Stunde bezahlt, wo das gesetzliche Minimum 59 Pfennige ist, berichtet, daß sie jeden Tag bis 7 Arbeiter an die Baustellen des Volkswagenwerkes verlieren. Je länger das Bestehen der gegenwärtigen Zustände geduldet wird, desto geringer wird die Widerstandskraft der Betriebsführer und je skrupelloser wird der selbstsüchtige Druck der Gefolgschaften auf die Unternehmer." (91)
Eine illegale Bergarbeiterzeitung aus dem Jahr 1937 berichtete "über 25 allein im Monat Mai dieses Jahres bekannt gewordene Bewegungen der Bergleute gegen Verlängerung der Arbeitszeit und das Verfahren der Überschichten. Es gibt dabei bereits eine ganze Anzahl relativ weit entwickelter Bewegungen, wie beispielsweise der Belegschaften von 'Minister Stein', 'Achenbach', 'Victoria' im Ruhrgebiet, oder derjenigen auf den 'Preussag-Gruben' und den Zechen der 'Borsig-Koks AG' in Oberschlesien. Auch die Bewegungen der Saargrenzgänger im Februar 1937 und die neue im Juli zeigte die fortgeschrittene Form des Widerstands." (92) Auch im kommenden Jahr ging der Kampf der Bergarbeiter weiter. Sie streikten kurzfristig oder einzelne Schichten hielten bewußt die Arbeitleistungen zurück. (93)
Am benachteiligtsten waren die Arbeiter in den Nahrungsmittelbetrieben. Aber auch sie versuchten mit ihren Aktionen ihre Löhne dem Aufwärtstrend in der Rüstungsindustrie anzugleichen. Ein illegaler KPD-Bericht charakterisierte die politische Stimmung unter den Arbeitern in der süd- und südwestdeutschen Nahrungsmittelindustrie so:
"'Wie der Lohn, so die Leistung' und 'Langsamer arbeiten", diese illegalen Parolen sind heute zur weithin feststellbaren und äußerst wirksamen Kampfmethode geworden. Diese Waffe und ein immer solidarischer werdendes wirkliches volksgemeinschaftliches Zusammengehen errangen zum Beispiel die Autobuschaffeure von Völkingen/Saar nach einem einstündigen Streik eine bedeutende Lohnaufbesserung. Auch im Singener Maggi-Betrieb war eine Lohnbewegung entstanden, die solche Unruhe brachte, daß sich die Nazis gezwungen sahen, im Werk eine zwölfköpfige Gestapogruppe zu 'installieren'. Besonders interessant ist die Nachricht aus einem Münchner Lebensmittelgroßbetrieb, wo sich sogar die Frauen erfolgreich wehrten, gegen einen viel geringeren Lohn die gleiche Arbeit wie die Männer zu leisten. Ganz symptomatisch ist die passive Resistenz der Arbeiter einer (...) Tabakfirma, welche sich nach einer Erhöhung der DAF-Beiträge so lange untätig auf den Werkhof zurückzogen, bis die Direktion eine Regelung zusicherte." (94)
Im Herbst 1937 stiegen die Löhne in der Metall-, Maschinenbau- und Bauin-

(91) Bundesarchiv Koblenz, r. 43 ii, Akte 528, zit. nach Mason (Übersetzung), op.cit. S.29.
(92) Aus: Rundschau, Basel, v. 26.8.1937, zit. nach W.A.Schmidt, op.cit. S.68.
(93) Ebd. S.71 f.
(94) Aus: Süddeutsche Volksstimme, Juli 1939, zit. nach W.A.Schmidt, op.cit. S.100.

dustrie erheblich an. (95) Im Frühjahr 1938 sah sich sogar die Reichsregierung gezwungen, ihren Grundsatz, die Minimallohnsätze weder zu erhöhen noch zu senken, zu durchbrechen; sie erhöhte die Löhne und Gehälter der öffentlichen Arbeiter und Angestellten. (96) Die unveröffentlichten Lohnstatistiken des RAM (Reichsarbeitsministerium) zeigten zwischen Dezember 1935 und Juni 1938 eine durchschnittliche Erhöhung der Stundenlöhne um 5,5 v.H. (97) Diese Durchschnittszahlen spiegelten die Wirklichkeit nur sehr verfälscht wider, denn die Lohnsteigerungen in der Eisen-, Metall- und Bauindustrie lagen beträchtlich über diesen Werten, wohingegen die Löhne in den nicht unmittelbar rüstungswichtigen Betrieben stagnierten. Die Arbeiter suchten vermehrt in der besser bezahlten Rüstungsindustrie unterzukommen. Ihre hohe Mobilität schlug sich gesamtwirtschaftlich negativ in einer enormen Fluktuationsrate nieder. Nach Angaben der Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung hatten im Jahr 1938 monatlich rund eine halbe Million Arbeiter ihren Arbeitsplatz gewechselt. (98) Die Zeitschrift für "Wirtschaft und Statistik" kam zu noch höheren Zahlen. (99) Der "Völkische Beobachter" lamentierte, daß allein im Jahr 1938 9 Millionen Personen ihren Arbeitsplatz gewechselt hätten.

Die "Volks-Rüstungs-Wirtschaft" habe dadurch 30 Millionen Arbeitsstunden verloren, das sei ein höherer Ausfall als in den Zeiten großer Streikbewegungung. (100)

Diese Entwicklung drohte das eigentliche Ziel, die Aufrüstung und den geplanten Kriegsbeginn, zu gefährden. Die Antwort auf den zunehmenden Verlust der Kontrolle über die Arbeitskraft war die beschleunigte Aufrüstung und Kriegsplanung. Der im Juni 1938 erarbeitete "Wehrwirtschaftliche Neue Erzeugungsplan" löste den auf Autarkie in allen Wirtschaftsbereichen abgestellten Vierjahresplan ab. Die eindeutige Priorität in der Produktion hatte jetzt die Herstellung von Pulver-, Spreng- und Kampfstoffen und deren Vorprodukten sowie die Produktion von Leichtmetallen. (101) Die politischen Überlegungen für die Beschleunigung der Kriegsvorbereitungen sind zweifelsohne in der Haltung der Arbeiter zu suchen. Die Intention des Blitzkrieges, ihn in mehrfacher Weise gegen die Arbeiter auszuspielen - die Wehrmacht als Disziplinierungsinstrument der Arbeiter zu benutzen, die Klasse selbst in der Situa-

(95) T.W. Mason, op.cit. S.28.

(96) Ebd. S.29.

(97) Detaillierte Lohnstatistiken für 1933 bis 1936 im Bundesarchiv Koblenz, r 43 ii, Akte 542, zit. nach T.W. Mason, op.cit. S.30; vgl. auch D. Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, Bd.I, 1939-1941, Berlin 1971, Abschnitt "Anzeichen innerer Schwäche des Regimes", S. 86 ff.

(98) Aus: Deutsche Volkszeitung, Paris-Prag, v. 1.5.1938, zit. nach W.A. Schmidt, op.cit. S.142.

(99) Aus: Deutsche Volkszeitung, Paris-Prag, v. 21.5.1939 zit. nach W.A. Schmidt, op.cit. S.142.

(100) Ebd.

(101) Reichsgesetzblatt 1938, I, S.691, zit. nach T. Mason, op.cit. S.31.

tion, wo ein großer Teil nicht in den Betrieben ist, neu zusammenzusetzen und nicht zuletzt über die geplante Hereinnahme der ausländischen Arbeiter die sozialen Widersprüche endgültig zu befrieden - war genau kalkuliert; also durfte jetzt seine Realisierung nicht in Frage gestellt werden. Mit administrativer staatlicher Gewalt wurde, als die "friedlichen" Annektionen schon voll angelaufen waren, auch im Inneren jedes Risiko ausgeschaltet. Es wurden Höchstlohnlinien (Juni 1938) verordnet, um die Löhne erneut unter Kontrolle zu bringen. Die Freizügigkeit der Arbeiter in bezug auf die Wahl des Arbeitsplatzes wurde nach und nach eingeschränkt. 1938 waren in den meisten Industriezweigen Einstellung und Entlassung von der Zustimmung der zuständigen Arbeitsämter abhängig. (102) Die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht "zur Durchführung von Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung" im Juni 1938 und die drei Monate später verordnete "Notdienstpflicht" stellte für jedes rüstungswichtige Projekt mit Hilfe der Staatsgewalt die notwendigen Arbeitskräfte zur Verfügung. (103)
Aber dennoch zeigten die Arbeiter nicht die erwünschte und dringend erforderliche Leistungsbereitschaft. Im Gegenteil, ihre neuen Kampfformen schreckten die Ideologen des neuen Arbeitsethos und die Industriellen gleichermaßen hoch. Die Arbeiter feierten in einem bisher unbekanntem Ausmaße krank, sie gingen nicht zur Arbeit, sie arbeiteten langsam und gemächlich, sie produzierten Ausschuß, so daß viele Werke einen erheblichen Produktionsrückgang konstatierten.
Die "Rheinischen Stahlwerke" schrieben in ihrem Jahresbericht (Sommer 1939), daß "- schon vor der Arbeitzeitverlängerung! - von den 15 000 Bergarbeitern ihrer Zeche zeitweise 1 500 krank waren! Durch krankgefeierte Schichten fielen fast soviel Schichten aus, wie später durch die Schichtzeitverlängerung gewonnen werden sollten! Andere Zechen berichten, daß Bergarbeitergruppen sich eines 'vorsichtigen Einsatzes der Arbeitskraft' befleißigen, mit der Leistung zurückhalten." (104) Die Zeitung der Zechenherren "Glückauf" stellte fest, daß "in einzelnen Gruben über 12 v.H. der Belegschaften krank feierten" (105). Von den Zechen "Concordia", "Rheinstahl" und "Harpen" kamen ähnliche Klagen und Beschwerden: Zunahme der Fehlschichten, der willkürlichen Feierschichten und vermehrtes Krankfeiern. (106) Auf einer Betriebsversammlung bei der "Rheinmetall" in Düsseldorf ging die Ansprache eines DAF-Gauobmanns im Tumult unter, als dieser gegen das viele Blaumachen und den Luxus des Krankfeierns tobte und "jedes weitere un-

(102) Zit. nach A.Zischka, Sieg der Arbeit, Leipzig 1941, S.351 bis 353.
(103) Vgl. I.Kuczynski, op.cit., den Abschnitt: "Fesselung des Arbeiters an Berufszweig und Betrieb", S.150 ff.
(104) Aus: Informationsblatt der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, Amsterdam, v. 22.7.1939, zit. nach W.A.Schmidt, op.cit. S.73.
(105) Aus: Deutsche Volkszeitung, Paris, v.20.8.1939, zit. nach W.A.Schmidt, op.cit. S.74.
(106) Aus: Frankfurter Zeitung, Frankfurt/M.,v. 13.8.1939, zit. nach W.A.Schmidt, op.cit. S.73.

begründete Fehlen als Sabotageakt bezeichnete" (107). In der IG Farben Filmfabrik Wolfen fehlten Anfang 1938 im Durchschnitt von 11 000 immer rund 600 Arbeiter. Als die Geschäftsleitung diesem Tatbestand nachging, entdeckte sie, daß die Arbeiter sich einen freien Nachmittag genommen hatten, um ins Kino zu gehen. Vermehrt kamen die Arbeiter betrunken von der Frühstückspause oder rauchten in der Nähe von brennbaren Gütern. Die IG Farben stellte daraufhin polnische Arbeiter ein, da diese damals noch mehr produzierten als ihre deutschen Kollegen. (108)
Um dem selbst gewählten verlängerten Weihnachtsurlaub von vorneherein die politische Spitze zu nehmen und "angesichts der Aussicht einer ernsten Wiederholung dieser Disziplinlosigkeit" aus dem Vorjahr wurden zwischen Weihnachten und dem Jahreswechsel 1937/38 fünf zusätzliche Feiertage gewährt. Aber dennoch hielten sich viele Arbeiter wieder nicht an den Arbeitsbeginn. (109)
In vielen Betrieben sanken die Arbeitsleistungen. In den Jenaer Zeiss-Werken lag die Arbeitleistung bis Ende 1938 um 20 v.H. unter der Normalleistung. (110) Ende 1938 schrieb der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft an das Reichswirtschaftsministerium, daß die Durchschnittsproduktivität pro Mann und Schicht im vergangenen Jahr von 1,956 Tonnen auf das unwahrscheinlich niedere Niveau von 1,75 Tonnen gesunken sei. Von den insgesamt 51 500 Belegschaftsmitgliedern seien 5 000 nur zu dem Zweck beschäftigt, diesen Fall der Produktivität wettzumachen. (111) Um diesen Produktionsrückgang auszugleichen, wurde im Frühjahr 1939 die Arbeitszeit für alle Untertagearbeiter um eine dreiviertel Stunde erhöht. Gleichzeitig erhielten die Arbeiter einen in der Geschichte des Bergbaus noch nie dagewesenen 200 prozentigen Akkordaufschlag, aber die Förderleistungen nahmen nicht zu. (112) Auch stieg in einzelnen Betrieben die Ausschußquote an. Nachdem die Berliner Firma Löwe die Akkordsätze herabgesetzt hatte, kletterte der Ausschuß von den bisher üblichen 0,8 bis 1,2 auf 5,7 bis 8,9 Prozent an. (113) Der Werkssicherheitsdienst der Mansfelder Kupferberghütte meldete im Sommer 1938 wiederholte Sabotageakte und auch eine ständige Zunahme der unreinen Förderung. Die Zahl der wegen unreiner Förderung verhängten Betriebsbußen war 1937 erheblich angewachsen. Der Anteil der unzulässigen Ausschläge betrug auf dem Vitzhum-Schacht 5 bis 6 v.H., auf dem Clothilde-Schacht 8 bis 9 v.H. und

(107) Aus: Volksrecht, Zürich, v. 22.5.1939, zit. nach W.A.Schmidt, op.cit. S.50.
(108) Material des Sozialbüros der Filmfabrik Agfa-Wolfen, besonders Akte A 3717, i,: Betriebsarchiv des VEB Orwo-Wolfen, zit. nach T.W.Mason, (Übersetzung) op.cit. S.27.
(109) Ebd. S.26.
(110) Aus: Monatsbericht des Parteivorstandes der SPD, Jan. 1939, hier zit. nach W.A.Schmidt, op.cit. S.49.
(111) Zit. nach T.W.Mason, op.cit. S.27.
(112) Verordnung zur Erhöhung der Förderleistung und des Leistungslohnes im Bergbau, in: Reichsgesetzblatt, 1939, Teil I, Nr.46.
(113) Aus: Rote Fahne, November 1938, zit. nach W.A.Schmidt, op.cit. S.47.

auf dem Wolf-Schacht sogar 15 bis 17,5 v.H. Im kommenden Jahr nahm die unreine Förderung an Umfang noch zu, sie machte auf dem Wolf-Schacht zwischen 30 bis 40 v.H. der gesamten Förderung aus. (114) Die Anweisung der Gestapo an die Abteilungsleiter und Oberingenieure der Leunawerke, vermehrt auf Sabotageakte zu achten und auch scheinbar harmlose Vorkommnisse, die den Produktionsablauf unterbrechen, genau zu registrieren, lassen auch in dieser IG Farben-Fabrik auf ein Anwachsen der Arbeitsverweigerung und erhöhtes Sabotieren eines geregelten Arbeitsprozesses schließen. (115)
Mit dem Rückgang der Arbeitsleistung wurden die betrieblichen Strafen verschärft. Der "Reichtreuhänder der Arbeit" erklärte 1939, daß "gegen notorische Bummelanten mit allen Mitteln vorgegangen wird und im übrigen in bestimmten Fällen Bußen in verschärfter Form erhoben werden. Auf Grund neuer Weisungen des Reichsarbeitsministers werden in Zukunft die schweren Fälle über das Arbeitsamt der Gestapo gemeldet. Diese Maßnahme werde sich gut bewähren." (116) Doch die Herren der Konzerne und Fabriken begnügten sich nicht mit diesen Maßnahmen. Während die Kriegsvorbereitungen auf vollen Touren liefen, um von außen die Kontrolle über die Arbeiter wieder herzustellen, wurde auch in den Betrieben der Unterdrückungsapparat einsatzfähig gemacht. Den Industriellen war klar, daß dieser langwierige Prozeß der über den Blitzkrieg beabsichtigten Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse nur bei der brutalsten Unterdrückung jedes Widerstandsversuchs gelingen konnte. In allen Betrieben wurden die Werkschutzeinheiten vergrößert und reorganisiert und in den Rüstungsbetrieben zusätzlich mit der Gestapo kooperierende Abwehrbeauftragte eingesetzt.
Die Initiative zum Ausbau des betrieblichen Unterdrückungsapparats ging von der IG Farben aus und wurde bereits 1935 in der "Denkschrift zur Militarisierung der Wirtschaft" (117) formuliert. In den speziellen "Vorschlägen für Sonderschutzmaßnahmen zur Sicherung der Produktion in Industrie und Landwirtschaft" wurde die Störung der Produktion sowohl durch "feindliche Sabotagekommandos" als auch durch "Spione und Spitzel aus den eigenen Reihen" erörtert. Da man weder die eigenen Kriegsziele hinausschieben wollte noch in das Verhalten der Arbeiter allzu großes Vertrauen setzte, wurde mit dem Ausbau der mit Polizeigewalt ausgeübten innerbetrieblichen Kontrolle sofort begonnen. "Jedes Industriewerk muß seine (...) (betrieblichen Sicherheitsorgane) so aufbauen Werkssicherheitsdienst, Werkspolizei, Pförtner, Wächter), daß es sich gegen überraschende Angriffe vom Lande her eine gewisse Zeit wirkungsvoll mit der Waffe verteidigen bzw. das Eindringen feindlicher Kräfte solange verhindern kann, bis herbeigerufene Hilfs-

(114) W. Jonas, Das Leben der Mansfelder Arbeiter, Berlin 1957, S. 404 f.
(115) Kämpfendes Leuna 1916-1945. Die Geschichte des Kampfes der Leuna-Arbeiter. Teil 1, 2. Halbband 1933-1945, Berlin 1961, S. 690 f. und 715.
(116) K. Lärmer, Vom Arbeitszwang zur Zwangsarbeit. Die Arbeitsordnungen im Mansfelder Kupferschieferbergbau von 1673 bis 1945, op. cit. S. 254.
(117) S. Dokumentarischer Anhang, V.

kräfte eintreffen." Zum Schutz gegenTiefflieger (!) sollte der Werkschutz mit Maschinengewehren, Maschinenkanonen und Gewehren bewaffnet werden. Natürlich war der Werkschutz nicht dazu da, Fliegerangriffe oder feindliche Truppen abzuwehren. Für diesen Zweck standen ausreichend militärische und paramilitärische Organisationen zur Verfügung, so hatte z.B. jedes Werk einen eigenen Werkluftschutz, der aber oftmals die Funktionen des Werkschutzes zusätzlich mitübernahm. Die Entstehungsgeschichte der Betriebspolizeien und die Rolle, die der Werkschutz in den folgenden Jahren bei der unglaublich brutalen Unterdrückung vor allem der ausländischen Arbeiter gespielt hat, beweisen zur Genüge, daß der Werkschutz immer nur Instrument zur Unterdrückung der Arbeiter war und ist. Die "Militarisierung der führenden Organe in den Betrieben" ernannte die Betriebsführer zu "Wehrwirtschaftsführern" mit einem entsprechenden Stab an Reserve-Offizieren und -Unteroffizieren. (119) Ihnen wurde damit zusätzliche Befehlsgewalt über die Arbeiter gegeben; diese hatten jetzt nach militärischem Vorbild absolut zu gehorchen und sich unterzuordnen.
Zwei staatliche Verordnungen aus den Jahren 1937/1939 und der "Mobilmachungsplan für die Rüstungswirtschaft" (1938) räumten den Konzernen ausdrücklich alleinige Befehlsgewalt in den Betrieben ein. (120) Die Gestapo übernahm die Einstellungsüberprüfung und gegebenenfalls die Schulung der Werkschützer. Nur in dringenden Fällen sollte die Gestapo hinzugezogen und ihr die Betroffenen in "staatsgefährdenden Angelegenheiten" übergeben werden. Für die Leitung des Werkschutzes war "eine politisch einwandfreie, vertrauenswürdige, in gehobener Stellung des Betriebes stehende geeignete Persönlichkeit" (121) auszusuchen.
In den "Richtlinien für die sicherheitspolizeiliche Tätigkeit der Abwehrbeauftragten (1939) (122) und in den "Richtlinien für die Abwehrbeauftragten" geschützter Betriebe (1940) (123) wurden die Aufgaben und die "Abwehrtätigkeit" des Werkschutzes näher definiert. In den Gestaporichtlinien wurde noch einmal klar gestellt, welche Tätigkeiten oder Äußerungen im Betrieb als staatsgefährlich anzusehen und entsprechend zu ahnden waren. "Staatsgefährlich ist insbesondere jene Tätigkeit einer Person, die dem Aufbau des nationalsozialistischen Reiches oppositionell gegenübersteht, sofern diese Tätigkeit auf die Hervorrufung einer Beunruhigung der Gefolgschaft (politische oder Streikhetze, Greuelpropaganda usw.), auf die Vorbereitung oder Ausführung von Verrat und Sabotage jeder Art oder auf die

(119) Vgl. K.Drobisch, Eine Denkschrift der IG Farben über die "Militarisierung der Wirtschaft" vom März 1935, in: Jahrbuch des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Berlin 1967, Bd.I, S.294.

(120) Zit. nach K.Drobisch, Der Werkschutz - betriebliches Terrororgan im faschistischen Deutschland, in: JWG, Jg.1961, Teil IV, S.220 f.

(121) Ebd. S.222.

(122) Ebd. S.222 f.

(123) S. Dokumentarischer Anhang, VI.

Erfassung oder das Organisieren staatsverneinender Elemente gerichtet ist." (124) In den OKW-Richtlinien wurden zusätzlich alle Formen der Arbeitsverweigerung, wie sie seit 1936 verstärkt in den Betrieben von den Arbeitern angewandt wurden, zur Sabotage erklärt. "Auch jede vorsätzliche Handlung oder Unterlassung produktionsstörenden Charakters aus persönlichen Motiven ist Sabotage. Hierzu gehören (...) absichtliches langsames oder fehlerhaftes Arbeiten, Unpünktlichkeit, Fernbleiben von der Arbeitsstätte, Vortäuschen von Erkrankungen, Selbstverletzungen, Ungehorsam gegen betriebliche Vorgesetzte, Arbeitsverweigerung, Miesmacherei, absichtliche Beunruhigung der Gefolgschaft durch Flüsterpropaganda, Gerüchtemacherei, Aufwiegelung und Aufforderung zum Streik usw." (125) Die Schattenarmeen des Kapitals waren aufgebaut und für die kommenden Auseinandersetzung in den Betrieben gut vorbereitet.
Resumieren wir: Weder die fröhlichen DAF-Losungen noch die einstigen Versprechungen an die "Schaffenden der Faust" hatten die Arbeiter, da der rüstungsbedingte wirtschaftliche Aufschwung mit auf Kosten der Stagnation der Reallöhne erkauft wurde, an das neue System binden können. Im Gegenteil, je mehr die Arbeitslosigkeit abnahm, desto offener artikulierten die Arbeiter sich gegen das NS-Regime. Die fortschreitende Mechanisierung der Produktion, die Umschichtung der Arbeiterklasse zu in ihrer Mehrheit nur angelernten Arbeitern, die sozialen Auswirkungen der regionalen Umschichtung der Arbeiter durch die neu entstandenen Rüstungsindustrien, Vierjahresplanprojekte und staatlichen Großbaustellen und nicht zuletzt die brutale gesellschaftliche und betriebliche Unterdrückungsmaschinerie haben zu gänzlich neuen Formen des Arbeiterkampfs geführt. Die Arbeiter verweigerten die geforderten Leistungen, sie feierten krank und machten blau, sie arbeiteten langsam und sie produzierten Ausschuß. Während die Produktion pro Arbeiter und Stunde in der Produktionsmittelindustrie bis 1937 bedingt durch die technologischen Neuerungen anstieg, stagnierte sie ab 1937 auch in diesem Bereich. Auch Kuczynski sieht die Ursache hierfür in dem Verhalten der Arbeiter begründet. Seine These aber, daß die Arbeiterklasse als Ganzes die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit überschritten habe und langsam, aber sicher, ihrem zeitweiligen Ende als moderne industrielle Klasse entgegen gehe, scheint äußerst fragwürdig (126) Wichtig hingegen scheint uns, daß die Arbeiter unter den Bedingungen einer zunehmend veränderten Arbeitsorganisation, die mit einer gewaltsam erzwungenen Stagnation der Löhne gekoppelt war, neue Kampfformen entwickelten und in der Phase intensivster Kriegsvorbereitung einen spezifischen Kampfzyklus hervorgebracht haben.

(124) Siehe Anm. 122.
(125) Siehe Anm. 123.
(126) J. Kuczynski, op. cit. S. 240; vgl. auch S. 177 f. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß während des I. Weltkriegs diese Kampfformen völlig unbekannt waren. Vgl. dazu auch W. Jonas, op. cit. S. 408 f.

Das NS-Regime war durch diese Arbeitskämpfe in eine reale Krise gebracht und es beantwortete sie mit einer Radikalisierung der Blitzkriegsvorbereitung. Die Blitzkriegskonzeption war der entscheidende Hebel, die inneren sozialen Widersprüche nach außen zu transformieren. Im Sommer 1939 wurden Millionen von Arbeitern in die Wehrmacht eingezogen. Der in den vergangenen beiden Jahren begonnenen politischen Homogenisierung der Klasse war damit erst einmal der Boden entzogen. Der "äußere, gemeinsame Feind", auch wenn er selbst produziert war, erfüllte seine Funktion darin, von den eigenen, sozialen Konfliktpunkten abzulenken. Für die in den Betrieben verbleibenden Arbeiter hieß jetzt die Devise, ihren Beitrag "an der inneren Front" durch vermehrten Arbeitseinsatz, Arbeitsfreude und Leistungsbereitschaft zu zeigen. Und eine "Unabkömmlichkeitsstellung" war bei geringstem Widerstand auf seiten der Arbeiter schnell in einen Einzugsbefehl verwandelt.
Mit Beginn des Blitzkriegs, dem Einmarsch in Polen, war dem Kampfzyklus der Arbeiter gewaltsam und abrupt ein Ende gesetzt. Die mit dem Krieg beginnenden Zwangsdeportationen ausländischer Arbeitskräfte hatten nicht nur die Zusammensetzung der Arbeiterklasse in Deutschland völlig verändert, sondern mit der Schaffung einer neuen Pariaschicht wurden die deutschen Arbeiter politisch korrumpiert. Der Blitzkrieg war nur Instrument, daß Wirklichkeit wurde, was der Titel einer Didierschen Propagandaschrift besagte: "Europa arbeitet in Deutschland"! (127)

(127) Europa arbeitet in Deutschland. Sauckel mobilisiert die Leistungsreserven, hrsg. v. F. Didier, Berlin 1943.

4. Der Blitzkrieg als Instrument für die Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse

Mit Beginn des Krieges tauschten Millionen von Arbeitern ihren Arbeitsplatz gegen ein Paar Knobelbecher ein. Im ersten Kriegsjahr ging die gesamte Beschäftigtenzahl um 10 v.H. zurück. Die Anzahl der deutschen männlichen Arbeitskräfte war vom Mai 1939 bis Mai 1940 von 24,5 auf 20,4 Millionen gesunken.(128) Gleichzeitig mit Kriegsbeginn wurde mit der im September erlassenen umfangreichen Kriegswirtschaftsverordnung (KWVO) ein erster Vorstoß unternommen, die Löhne erneut zu kürzen, Zulagengelder zu streichen, eine Urlaubssperre zu verhängen und u.a. die Arbeitszeit zu verlängern. (129) Dies war der erste Testfall, um zu sehen, ob die Arbeiter durch den Kriegsbeginn mit Polen schon soweit in die Enge getrieben waren, daß sie widerstandslos jede Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen hinnehmen würden. Das vorsichtige Taktieren mit der KWVO zeigt, daß in der Kriegsanfangsphase, um die eigentlichen Kriegsziele nicht zu gefährden, den Arbeitern gegenüber aus politischem Kalkül noch manches Zugeständnis gemacht wurde. Nach der KWVO sollten die Löhne, "die in einer von allen Schichten des Volkes Opfer verlangenden Kriegswirtschaft als zu hoch anzusprechen sind", gesenkt werden und die Akkord-

(128) Vgl.: "Schätzung der Wehrmachtsangehörigen und zivilen Arbeitskräfte" vom Sept. 1939-Juni 1941, in: Kuczynski, op.cit. S.257.
(129) Reichsgesetzblatt, 1939 I, 27.Aug.-7.Sept. 1939.

spannen die tariflichen Akkordsätze nicht länger um mehr als 10 v.H. überschreiten. Aber schon eine Woche später kamen dem Reichsarbeitsminister Bedenken über die "ungünstigen psychologischen Auswirkungen der den Arbeitern durch die KWVO auferlegten Lasten" (130). In den entscheidenden Durchführungsbestimmungen begnügte man sich aus politischer Einsicht vorsichtshalber mit einem verstärkten Lohnstop. (131) Mit der Verordnung, die Zulagen für Überstunden, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit zu streichen, verhielt es sich nicht viel anders. Mitte November wurden die Zuschläge wieder gewährt und einen Tag später auch die Urlaubssperre wieder aufgehoben. (132) Für Männer wurde die gesetzlich begrenzte Arbeitszeit annulliert und für Frauen und Jugendliche in sogenannten dringenden Fällen der Zehnstundentag eingeführt. Dennoch wurden die Mehrarbeitszuschläge weiterhin auf einen Achtstundentag bezogen, um die Arbeiter zumindest über entsprechenden Lohnanreiz bei der Stange zu halten. (133) Die relativ unentschlossene Durchführung der KWVO war mit Ausdruck des politischen Dilemmas der Blitzkriegskonzeption überhaupt.
Der politische Kern der Blitzkriegskonzeption war, Krieg zu führen, aber eine Kriegswirtschaft zu umgehen. Unter allen Umständen wollte man vermeiden, die gesamten Lasten einer Kriegswirtschaft auf die Arbeiter abzuwälzen. Die Gefahr, daß ihre ablehnende Haltung in offenen Widerstand umgeschlagen wäre, war zu groß. Hingegen konnte man damit rechnen, daß bei einem Blitzkriegsieg "die seelische Geschlossenheit des Volkes vielleicht nicht von so ausschlaggebender Bedeutung" (134) sei und spekulierte - nicht zu Unrecht, wie die Geschichte zeigte - auf den Korruptionsmechanismus: "aber die öffentliche Meinung ist stets mit den siegreichen Bataillonen marschiert". Die Fehler des I. Weltkriegs, diesen "Wahnsinn unfähiger Staatsmänner" (135) durften, wollte man ein neues 1918/1919 und seine Folgen vermeiden, nicht wiederholt werden. Die Devise des Blitzkrieges war es deswegen, Kanonen und Butter gleichzeitig zu produzieren, um zu dem "äußeren" keinen "inneren Feind" hinzuzugewinnen.
Ein wichtiger Punkt in der Diskussion um die Wiedergewährung von Zuschlägen für Nacht-, Sonntagsarbeit usw. war die Tatsache, daß "das Verbot zu einer Verweigerung von Überstunden, der Nacht- und Sonntagsarbeit und zu förmlichen Sabotageerscheinungen geführt" (136) hatte. Aus der

(130) Zit. nach D.Eichholtz, op.cit. S.71 f.
(131) Reichsgesetzblatt, 1939 I, S.2028.
(132) Reichsgesetzblatt, 1939 I, S.2254.
(133) Zit. nach D.Eichholtz, op.cit. S.77.
(134) Ludendorff, Der totale Krieg, München 1935, S.16
(135) A.S.Milward, Die deutsche Kriegswirtschaft 1939-1945. Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Stuttgart 1966, S.18.
(136) Protokoll einer Besprechung im Reichswirtschaftsministerium vom 10.Nov.1939, zit. nach D.Eichholtz, op.cit. S.74 ff.; vgl. auch T.W.Mason, op.cit. der dieses Dokument ebenfalls heranzieht, um seine These von den zunehmenden Arbeiterkämpfen seit 1935/36 zu belegen.

gleichen Furcht heraus wurde, trotz verschiedentlicher Vorstöße des WiRü-Amtes (Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt im OKW), eine zweite und dritte Schicht in der Rüstungsindustrie eingeführt. "Arbeit in zwei oder drei Schichten wäre jedoch gegen den Geist des Blitzkrieges gewesen, deshalb ließ man lieber die Maschinen zum Teil ungenutzt" (137), mit diesen Worten umschreibt Milward das politische Dilemma der Blitzkriegskonzeption. Um die äußeren Kriegsziele nicht durch soziale Unruhen im Inneren zu gefährden, wurden in dieser ersten Kriegsphase die Zuteilung der rationierten Konsummittel relativ großzügig gehandhabt und eine verstärkte Mobilisierung der Frauen für die Rüstungsproduktion wohlweislich zurückgestellt. (138) Die Gauleiter und unteren Parteistellen achteten darauf, daß der Lebensstandard der Bevölkerung erhalten blieb (139) und die DAF betonte immer wieder, daß die Wirtschaft trotz Krieg "normal arbeite" (140). Denn die Akten des Berliner Polizeipräsidenten waren gefüllt mit besorgten Vorhersagen über soziale Unruhen für den Fall, daß sich die Lebenslage der breiten Bevölkerungsschichten drastisch verschlechtere. (141) Die recht hoch bemessene staatliche Zuwendung für die Familien, deren Männer bei der Wehrmacht waren, unterstützte den weiteren Rückgang der arbeitenden Frauen. (142) Trotz herrschender Arbeitskräfteknappheit sank in der Phase des Blitzkriegs der Anteil der arbeitenden Frauen um 3 v.H. (143), da sie auf Grund der staatlichen Unterstützung "ohne Arbeit - wenn auch nicht besser, so doch bequemer leben" (144) konnten. Auch diese den Interessen der Rüstungsindustrie zuwiderlaufende "Großzügigkeit" war ausschließlich politisch motiviert, denn "es gehe während des Krieges darum (...), die Stimmung des Volkes, in erster Linie die Haltung der breiten Massen, zu festigen. Nur aus diesem Grund läßt sich die Großzügigkeit rechtfertigen, die nach den anderen untersuchten Gesichtspunkten in mancher Beziehung bedenklich erscheint." (145) Mit einer ähnlichen Begründung wurde der in den Schubladen liegende Gesetzentwurf "über den verstärkten Einsatz von Frauen für Aufgaben der Reichsverteidigung" vertagt: "die zwangweise Heranziehung der Frauen zur Arbeit (...) ist im besonderen Maß geeignet, die Stimmung der Bevölkerung zu beeinflussen (...). Bei der Heranziehung der Frauen muß besonders behutsam vorgegangen werden. Auf diesem Gebiet erfolgende Mißgriffe können sich sowohl auf die

(137) Zit. nach A.S. Milward, op.cit. S.46; vgl. zur Position des WiRüAmts auch S.28 und 37.
(138) Vgl. folgende Abschnitte bei D. Eichholtz, op.cit.: "Das System der Zwangsrationierung" (S.67 ff) und "Erste Vorstöße zum Arbeitszwang für Frauen" (S.79 ff.).
(139) Zit. nach A.S. Milward, op.cit. S.16.
(140) Zit. nach R. Wagenführ, Die deutsche Industrie im Kriege 1939-1945, Berlin 1954, 2.Aufl. 1963, S.26.
(141) Zit. nach A.S. Milward, op.cit. S.17/18.
(142) Zit. nach D. Eichholtz, op.cit. S.83.
(143) Ebd. S.85.
(144) Ebd. S.83.
(145) Ebd. S.84.

Stimmung in der Heimat wie auf die an der Front gefährlich auswirken". (146) Die Absicht dieser Politik war offensichtlich. In der Kriegsanfangsphase mußten alle Ansätze zu einer antagonistischen Entwicklung im Inneren unter Kontrolle gehalten werden, da die politischen und sozialen Widersprüche erst über einen Kriegserfolg unterlaufen, verschoben und unterbunden werden konnten. Bevor wir näher auf diese Kriegsziele, die Neuordnungspläne von Europa, die Auspowerung ganz Europas und die Ausbeutung der gesamten europäischen Arbeiterklasse zugunsten des deutschen Kapitals eingehen, sollen die militärisch-strategischen Überlegungen, die in den Augen der Militärs für eine Blitzkriegskonzeption sprachen, kurz erwähnt werden.

In umfangreichen Studien hatte die deutsche Generalität ihre Lehre aus dem I. Weltkrieg gezogen und frühzeitig begonnen, die militärische Revision von Versailles und die deutsche Vormachtstellung in Europa zu planen. (147) Um einen von vorneherein aussichtslosen Mehrfrontenkrieg zu vermeiden, sollten die europäischen Staaten nacheinander angegriffen und zumindest der Konzeption nach auch geschlagen werden. Die deutsche Schwäche - begrenztes Rüstungspotential und beschränkter quantitativer Umfang der Wehrmacht -, wie sie in einem längeren und Mehrfrontenkrieg unweigerlich zu Tage treten mußte, sollte durch den Einsatz modernster Waffen und Ausrüstung in einem Blitzkrieg ausgeglichen werden. Der hohe Motorisierungsgrad zu Land, Wasser und Luft machte die deutsche Kriegsmaschinerie hoch beweglich, schnell einsetz- und umlenkbar und wollte mit dem Vorteil des Überraschungsangriffs den Gegner gleich zu Beginn der Kriegshandlungen völlig schlagen. Auch die außenpolitische Konstellation, die dieses militärische Vorgehen absichern sollte, war genau kalkuliert. Der anzugreifende Staat sollte außenpolitisch isoliert werden, um mit einiger Wahrscheinlichkeit in der Situation des Angriffs nur ihn zum Gegner zu haben. Diese Konzeption hatte sich bekanntermaßen durch die fatale Appeasement-Politik der Westmächte ebenso wie durch den Hitler-Stalin-Pakt ausgezahlt und war zur nicht unwesentlichen Bedingung für den Erfolg der nazistischen Blitzkriegsführung geworden.

Bis zum Sommer 1940 waren bereits neun Länder annektiert, angegriffen und militärisch besetzt worden: Österreich, die Tschechoslowakei, Polen, Dänemark, Norwegen, die Niederlande, Belgien, Luxemburg und Frankreich. In den südosteuropäischen Ländern erübrigte sich ein militärischer Einmarsch, da der politisch-ökonomische Einfluß dort schon gesichert war, und die sich diesem Einverleibungsprozeß widersetzenden Länder Jugosla-

(146) Staatssekretär Stuckart an Ministerrat für die Reichsverteidigung vom 9. Mai 1940, zit. nach Eichholtz, op.cit. S. 81.

(147) Vgl.: Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Bd. 1-14; bearbeitet im Reichsarchiv Berlin 1925 bis 1944; s. die Arbeit von G. Förster, Totaler Krieg und Blitzkrieg. Die Theorie des totalen Krieges und des Blitzkrieges in der Militärdoktrin des faschistischen Deutschlands am Vorabend des zweiten Weltkrieges, Berlin 1967.

wien und Griechenland mußten nicht mehr lang auf die deutschen Truppen warten. In den zahlreichen, in diesen Jahren von den führenden Konzernen verfaßten Denkschriften zur Neuordnung Europas wurden die Hintergründe für die Inszenierung des 2. Weltkrieges mit aller Offenheit dargelegt. (148) Abgesehen von spezifischen Sonderwünschen der einzelnen Konzerne waren sich diese "Friedensvorschläge" im Ziel sehr einig. Die Neuordnung des europäischen Wirtschaftsmarkts zielte auf die wirtschaftspolitische Gleichschaltung der westeuropäischen und skandinavischen Industrie mit den "bewährten deutschen Wirtschaftsmethoden" (diesbezügliche Gesetze und Verordnungen; einheitliches Maßsystem; feste Währungsrelationen; Angleichung der Lebenshaltungs- und Lohnkosten; Übernahme der deutschen Standards und Typen usw.), auf die Stärkung des deutschen Kapitaleinflusses (über zwangsweise verordnete "Kapitalverflechtung" oder "Arisierung" ausländischer Konzerne) und auf die Ausschaltung lästiger Konkurrenz. (149) Die angestrebte "gemeinsame Ordnung der beteiligten Märkte unter deutscher Führung" sollte mit einem ganzen Paket von Zwangsmaßnahmen erreicht und sichergestellt werden. Unter anderem sollten für diesen neuen europäischen Markt unter deutscher Führung Stillegungs-, Errichtungs- und Erweiterungsverbote, ein umfassendes Außenhandels- und Zollsystem "vorwiegend im deutschen Interesse" und die Aufhebung der Meistbegünstigungsklausel im Handel mit dritten Ländern," um der teilweise sehr ernsten, insbesondere amerikanischen, Konkurrenz entgegentreten zu können", erlassen werden. Auch war eine Neuordnung in den Verhältnissen der internationalen Kartelle "auf Grund der neuen Lage, in der Deutschland die Führung beanspruchen kann", gedacht soweit sie, wie in Holland die Elektroindustrie, internationale Konzerne betrafen. (150) Doch die Pläne für ein "neues Europa" sahen noch weitere Raubzüge vor. Die Länder Südosteuropas waren im Rahmen einer europäischen Arbeitsteilung als die Lieferanten von landwirtschaftlichen Gütern und Rohstoffen bestimmt. Polen und die UdSSR sollten, um ihre industriellen und natürlichen Reichtümer beraubt, kolonialisiert werden. (151) Somit wollte sich Deutschland ein unerschöpfliches Arbeitskräftereservoir schaffen. Das während des Kriegs errichtete Zwangsarbeitersystem in Deutschland hat für Millionen Menschen aus ganz Europa bereits wahr gemacht, was in diesen "Friedensplänen" der Konzerne das Schicksal des polnischen und russischen Volks für immer werden sollte:

(148) Vgl. hierzu die beiden Dokumentenbände: Anatomie des Krieges. Neue Dokumente über die Rolle des deutschen Monopolkapitals bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges, hrsg. von D. Eichholtz und W. Schumann, Berlin 1969; Anatomie der Aggression. Neue Dokumente zu den Kriegszielen des faschistischen deutschen Imperialismus im zweiten Weltkrieg, hrsg. von G. Hass und W. Schumann, Berlin 1972.

(149) Zit. nach D. Eichholtz, op. cit. S. 167.

(150) Ebd.

(151) Siehe folgende Dokumente in: Anatomie der Aggression, op. cit.: Nr. 4, Nr. 16, Nr. 27 in: Anatomie des Krieges, op. cit., die Dokumente: Nr. 142, 150, 158, 159, 163 (Auszüge aus der "Grünen Mappe"), Nr. 167.

Arbeitsvieh zu sein.
Die Entwicklung der Zwangsrekrutierung ausländischer Arbeitskräfte war von der jeweiligen Rüstungsexpansion und ihrem militärischen Korrelat, der Kriegsführung, bestimmt. Die erste Periode dauerte von März 1939 bis 1941, es war die Phase der erfolgreichen Blitzkriegsführung. Die Zeit von 1941 bis März 1942 fiel dagegen schon in das Übergangsstadium hin zu einem langen Krieg und die Umstellung der Wirtschaft auf eine totale Kriegswirtschaft; die Operationen im Westen waren erfolgreich abgeschlossen (abgesehen vom Verzicht auf die Invasion Englands), der Feldzug gegen die Sowjetunion vorbereitet und begonnen, und als der Blitzsieg ausblieb, reichten die bisherigen Methoden der Zwangsrekrutierung nicht mehr aus. Die dritte Phase begann mit der Einsetzung Sauckels zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und dauerte bis Kriegsende.
Im Oktober arbeiteten 1,15 Millionen ausländische Arbeitskräfte in Deutschland; ein Jahr später war ihre Zahl schon auf das Dreifache angestiegen. Von den 3,5 Millionen ausländischen Arbeitern waren 1,5 Millionen Kriegsgefangene und die restlichen sogenannte Zivilarbeiter. (152) Am polnischen Volk vollzog sich zum ersten Mal die ganze Brutalität des nazistischen Zwangsarbeitssystems in allen seinen Konsequenzen. Wie der spätere "Generalplan Ost" für die UdSSR sahen die wirtschaftspolitischen Richtlinien für das Generalgouvernement die Kolonialisierung dieses Teils von Polen vor. Sie beinhalteten die "Ausnutzung des Landes durch rücksichtslose Ausschlachtung, Abtransport aller für die deutsche Kriegswirtschaft wichtigen Vorräte, Rohstoffe, Maschinen, Fabrikationseinrichtungen usw., Heranziehung der Arbeitskräfte zum Reich, Drosselung der gesamten Wirtschaft Polens auf das notwendigste Lebensminimum. Schließung aller Bildungsanstalten, insbesondere der technischen Schulen und Hochschulen, zur Verhütung einer polnischen Intelligenz (...), Polen soll wie ein Kolonialland behandelt werden, die Polen werden die Sklaven des Großdeutschen Reiches werden." (153). Diese gegenüber der UdSSR und Polen auch wahr gemachte und mit dem Leben von Millionen Menschen bezahlte Politik zielte auf die Entvölkerung oder wie es hieß "Germanisierung" dieser Länder und ihre systematische, durch Raub betriebene Entindustrialisierung und schuf gewaltsam ein künstliches Arbeitskräftereservoir. Bei der Deportation schreckten die Schergen der in Polen installierten "Arbeitsämter" - den meist gehaßten deutschen Behörden - und die zur Unterstützung herangezogene Polizei und SS vor keiner Grausamkeit zurück. (154)
Die Zwangsrekrutierung wurde von den WStb-Abteilungen (Wehrwirtschafts-

(152) Drobisch und Eichholtz, Die Zwangsarbeit ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland während des zweiten Weltkrieges, in: ZfG, Jg.1970, S.630.
(153) Zit. nach Seeber, Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft. Die Deportation und Ausbeutung polnischer Bürger unter besonderer Berücksichtigung der Lage der Arbeiter aus dem sogenannten Generalgouvernement (1939-1945), Berlin 1964, S.102.
(154) Vgl. ebd. S.109 ff.und S.120 ff.

stab im OKW), den Außenorganisationen des Reichsarbeitsministeriums und den privaten "Werbeagenturen" der Konzerne organisiert. Die 1,5 Millionen Kriegsgefangenen (circa 1 Million Franzosen, die restlichen Kriegsgefangenen waren britischer, belgischer und polnischer Nationalität) wurden von den Kriegsgefangenenstammlagern (Stalags) gegen Entgelt an die Betriebe ausgeliehen. Die rund eine Million polnischen, 220 000 tschechischen, 120 000 belgischen Zwangsarbeiter und 270 000 italienischen "Zivilarbeiter" wurden in dieser ersten Phase hauptsächlich in der Landwirtschaft eingesetzt.(155)
Die zweite Periode der Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte (1941 bis 1942) erfuhr mit dem Einsatz sowjetischer Kriegsgefangener ihren Höhepunkt. Die Zahl der Zwangsarbeiter einschließlich der zur Arbeit verpflichteten Kriegsgefangenen erhöhte sich um weitere 1,2 Millionen Menschen (156). Mit dem Scheitern des Blitzkriegs gegen die UdSSR im Winter 1941/42 wurde die Ausrottungspolitik gegenüber dem russischen Volk durch das nicht minder brutale Prinzip "Vernichtung durch Arbeit" abgelöst. Rückblickend auf das durch Seuchen und Hunger verursachte Massensterben unter den 3 Millionen russischen Kriegsgefangenen kommentierte Himmler diesen Gesinnungswandel mit den zynischen Worten: "Wir haben damals die Masse Mensch nicht so gewertet, wie wir sie heute als Rohstoff, als Arbeitskraft werten. Was letzten Endes, wenn ich in Generationen denke, nicht schade ist, was aber heute wegen Verlustes der Arbeitskraft bedauerlich ist." (157)
Auf Grund der angespannten Arbeitskräftesituation in der Rüstungsindustrie wurden die bestehenden rassischen Vorurteile gegen die "slawischen Untermenschen" und die Einwände der Sicherheitspolizei, die mit dem Einsatz russischer Arbeitskräfte innerhalb Deutschlands eine breite "bolschewistische Infiltration" befürchtete (158), beiseite geschoben und im Juni 1941 erstmals der Einsatz von 500 000 russischen Kriegsgefangenen erlaubt. (159) Allerdings durften keine "mongolischen und asiatischen" und keine deutsch sprechenden Kriegsgefangenen deportiert werden. Für ihren Arbeitseinsatz wurden strengste Sicherheitsmaßnahmen angeordnet.
Auf die Initiative der Reichsvereinigung Kohle, die im November 1941 10 000 bis 12 000 sowjetische Bergleute aus dem Gebiet von Krivoj Rog anforderte, begann die Zwangsdeportation der Zivilbevölkerung und ihr Einsatz in der deutschen Rüstungsindustrie. (160) Die im gleichen Monat erlassene

(155) Vgl. ebd. S.150 ff. und K.Drobisch und D.Eichholtz, Die Zwangsarbeit ausländischer Arbeitskräfte, op.cit.
(156) Vgl. J.Kuczynski, op.cit. S.277.
(157) IMT-Dok. PS-1919, S.112: Rede Himmlers in Posen, zit. nach E.Seeber, op.cit. S.62.
(158) H.Pfahlmann, Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Darmstadt 1968, S.91 ff. und E.L.Homze, Foreigns Labour in Nazy Germany, Princeton 1967, S.73 ff.
(159) Zit. nach E.L.Homze, op.cit. S.74 und H.Pfahlmann, op.cit. S.91 ff.
(160) K.Drobisch, Die Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte im Flick-Konzern während des zweiten Weltkrieges, Diss.Phil. Humboldt Universität Berlin 1964, S.34 ff.

"Verordnung über den Einsatz russischer Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter" (161) bezweckte eine breite Umschichtung innerhalb der gesamten multinationalen Arbeiterklasse. Die russischen Arbeitskräfte sollten zuerst im Bergbau, in der Bahninstandhaltung, in der Rüstungsindustrie, in der Land- und dann in der Bauwirtschaft die deutschen Arbeiter und danach auch die Arbeitskräfte aus den westeuropäischen Ländern an den schwersten, gefährlichsten und schmutzigsten Arbeitsplätzen ersetzen.
Im Frühjahr 1942 nahmen die Forderungen nach ausländischen Arbeitskräften weiter drastisch zu. Die bestehenden Institutionen waren nicht mehr in der Lage, diese Zahlen mit ihren bisherigen Mitteln und Methoden zu erfüllen.
Bevor der Krieg gegen die UdSSR überhaupt begonnen hatte, ging die nazistische Führung davon aus, daß er gewonnen war. Diese überhebliche Selbsteinschätzung verleitete sie, die Rüstungsproduktion zu drosseln. Von 1940 bis 1941 war die Rüstungsproduktion nur um 1 bis 2 v.H. gestiegen und sie sank sogar auf dem Sektor Waffen, Munition und Schiffsbau bis Mitte 1942. (162) Das Scheitern des Blitzkriegs am Widerstand der sowjetischen Armee, der lange Winter 1940/41 und die unerwartet hohen Verluste an der Ostfront bewirkten ein radikales Umdenken in der Rüstungsplanung und -wirtschaft. Der Rüstungsboom von 1943/44 hatte wesentlich folgende Gründe:
1. Mit einem planstaatlichen Lenkungsinstrumentarium wurde die gesamte Rüstungswirtschaft - die Vergabe von Rüstungsaufträgen, die Zuteilung von Maschinen, Rohstoffen und Arbeitskräften - zentralisiert, von oben gelenkt und kontrolliert. 2. Nach dem Prinzip der sogenannten Selbstverwaltung und Eigenverantwortlichkeit der Industrie wurden die planstaatlichen Lenkungsgremien mit den führenden Konzernvertretern und -managern der jeweiligen Rüstungsbranche besetzt und damit ein reibungsloser Übergang und effektives Zusammengehen der staatlichen und industriellen Machtschaltzentren garantiert. 3. Diese beiden ersten Maßnahmen gewährleisteten die in den Jahren 1942 bis 1944 ungeheuer forcierte Rationalisierung der Produktion, da nur die weitere Rationalisierung der Produktion die zunehmenden Verluste an der Front ausgleichen und zudem die inzwischen multinational zusammengesetzte Arbeiterklasse effektiv ausbeuten konnte. 4. Mit Beginn des "totalen Kriegs" wurden auch die deutschen Arbeitskräftereserven verstärkt mobilisiert.
Noch unter Todt, dem ersten Reichsminister für Bewaffnung und Munition, wurde mit dem "Sonderausschuß Munition" der Prototyp von Organisationsform geschaffen, der dann unter Speer in allen Bereichen der Rüstungsindustrie Eingang fand. Die Munitionsproduktion, bislang vom WiRüAmt und

(161) Ebd. S.24; E.L.Homze op.cit., vgl. den Abschnitt "Decision to Use Russian Labour", S.73 ff.

(162) Vgl. Janssen, Das Ministerium Speer. Deutschlands Rüstung im Krieg, Frankfurt-Berlin 1968, S.25; Die deutsche Wirtschaft im Kriege 1939-1945, hrsg. v. Wagenführ, Berlin 1963, S.30 ff.

den drei Wehrmachtsteilen kontrolliert, ging ausschließlich in die Hände des neuen Sonderausschusses über. Die Vollmachten des Ausschusses Munition, geleitet von den "besten Kräften der Industrie", waren sehr weitgehend. Er hatte die Befugnis, die "verschiedenen Firmen (zu) zwingen, ihre Produktionsmethoden und Rationalisierungsmethoden allgemein zur Verfügung zu stellen. Der Ausschuß sollte die Produktionskapazität aller seiner Kontrolle unterstehenden Werke statistisch erfassen und dann sämtliche Planungen für den Kauf neuer Maschinen abstimmen. Maschinen und Arbeitskräfte konnten von einem Werk an ein anderes überstellt werden, um den einzelnen Betrieben zu ermöglichen, ihre Produktionsziele zu erreichen. Die Herstellung bestimmter Munitionstypen und Einzelteile wurde auf diejenigen Werke konzentriert, die sie am rationellsten produzieren konnten." (163) Die Aufgabe dieses und der später folgenden Ausschüsse, Ringe und Kommissionen war in erster Linie, die Produktion zu rationalisieren.

Der im Dezember 1941 erlassene Führerbefehl zur "Rationalisierung der Wirtschaft" faßte zusammen, wie die deutsche Rüstungswirtschaft sich auf den nun absehbar länger andauernden Krieg einzustellen hatte: Erstens sollten moderne Verfahren der Massenproduktion in größerem Umfang als bisher bei gleichzeitiger Vereinfachung der Ausrüstung eingeführt und zweitens die Produktion in denjenigen Werken konzentriert werden, die über die besten und wirtschaftlichsten Arbeitmethoden verfügten. Und drittens sollten, um den Verlust allgemeiner militärischer Verluste auszugleichen, zusätzliche Produktionsstätten aufgebaut werden.(164)

Unter Speer (Frühjahr 1942) wurde die gesamte Rüstungsplanung und -wirtschaft dann nach Ringen, Ausschüssen und Kommissionen reorganisiert. Unter Leitung des "anerkannten Industriefachmannes der Bestfertigungsbetriebe" waren die leistungsfähigsten Betriebe entsprechend ihrer Produkte in Ringe oder Ausschüsse zusammengeschlossen. Die Ausschüsse waren für die Endfertigung (Panzer, Waffen, Munition usw.) und die Ringe für die Zulieferbetriebe zuständig. (165) Sie hatten für den Ausbau rationeller Beziehungen der Betriebe untereinander und für die volle Auslastung der insgesamt vorhandenen Kapazitäten zu sorgen. Sie beschleunigten die Rationalisierung der Produktion über den Austausch von Patenten und technischen Produktionsverfahren, die Feststellung der Arbeitszeiten und Arbeitsverfahren mit dem Ziel, Bestzeiten zu ermitteln, sie durchzusetzen und die Herstellungstechniken über Typenrationalisierung zu vereinfachen. (166) Durch ihre Machtstellung in den Ausschüssen und Ringen konnten die gro-

(163) Zit. nach A.S. Milward, op.cit. S.58.
(164) Ebd. S.62.
(165) Vgl. W. Bleyer, Staat und Monopole im totalen Krieg. Der staatsmonopolistische Machtapparat und die totale Mobilisierung im ersten Halbjahr 1943, Berlin 1970, Abschnitt: "Zur Entwicklung der totalen Kriegswirtschaft bis Ende 1942", S.39 ff.
(166) Die deutsche Wirtschaft im Kriege 1939-1945, op.cit. S.40.

ßen Konzerne lästige Konkurrenz ausschalten und erhielten gleichzeitig Einblick in die Entwicklungsvorhaben und Fertigungsweisen anderer Betriebe. Verständlich, daß auch sie es waren, die vorzugsweise Arbeitskräfte, Rohstoffe usw. erhielten. Mit der Einrichtung von Kommissionen wurde auch die Entwicklung von Kriegsmaterial der Wehrmacht (Heereswaffenamt) entzogen. In den Entwicklungsabteilungen der Konzerne sah man eher die Gewähr gegeben, daß von Anfang an nur solche Waffen entwickelt würden, "die auch in der Massenfertigung von fachlich nicht ausgebildeten Arbeitskräften produziert werden konnten" (167). Die beschleunigte weitere Einführrung der Fließbandfertigung in der Rüstungsproduktion 1942 bis 1944 war mitbedingt durch die in diesen Jahren zwangsweise neuzusammengesetzte Arbeiterklasse in Deutschland. Der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, die heterogene Qualifikationsstruktur der ausländischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen, ihre Sprachschwierigkeiten und ihr massiver Widerstand, für die deutsche Rüstungsproduktion zu arbeiten, diese jede Steigerung der Rüstungsproduktion hemmenden Faktoren waren nur durch eine weitere Zerlegung und Vereinfachung der Produktionsabläufe aufzuheben. Die Fließbandarbeit verlangte minimale Anlernzeit, und zudem bot diese Form der Arbeitsorganisation selbst maximale Kontrolle über die Arbeitskraft. Entscheidend in diesem Zusammenhang ist, daß im Vergleich zu anderen kapitalistischen Rationalisierungsperioden die Umschichtung der Arbeiterklasse nicht primär Resultat der Veränderung der Produktion war, sondern sie war erst einmal gewaltsam durch die Verschleppung von Millionen Menschen erzwungen worden.

Im Bereich der Grundstoffindustrie lenkten die mächtigen Reichsvereinigungen (die größten waren die Reichsvereinigung Kohle und die Reichsvereinigung Eisen) die Herstellung, Verteilung und den Verkauf von Rohstoffen. Auch hier wurden die Großkonzerne durch ein neu eingeführtes Kontigentierungsverfahren begünstigt (168). Die gesamte Koordination der vielfältigen industriellen "Selbstverwaltungskörperschaften" oblag der "Reichsgruppe Industrie", deren Vorsitz der eigens dafür "mit dem Rationalisierungsauftrag betraute Leiter der Reichsgruppe Industrie, Generaldirektor Zangen", innehatte. (169) Das "oberste Lenkungsinstrument der deutschen Kriegswirtschaft" war jedoch die im April 1942 gegründete "Zentrale Planung". Dieses Gremium, unter der Leitung von Speer, entschied über: die Notwendigkeit oder Weiterführung vorhandener Planungen; die Schaffung neuer oder im Ausbau vorhandener Rohstofferzeugungsstätten; die Verteilung vorhandener Rohstoffe, insbesondere von Eisen und Metall, an alle Bedarfsträger; den Einsatz von Kohle und Energie in der Endfertigung und die Abstimmung der Forderungen der Gesamtwirtschaft an das Transportwesen.(170) Das

(167) G. Janssen, op. cit. S. 46.
(168) Ebd. S. 71.
(169) W. Bleyer, op. cit. S. 49.
(170) G. Janssen, op. cit. S. 58.

waren, grob skizziert, die Instrumente des nazistischen Planstaats, mit dessen Hilfe er die Rationalisierung und Effektivierung der Rüstungsproduktion durchsetzte und damit seine Konsequenz aus der gescheiterten Blitzkriegskonzeption zog.
Mit der Ernennung Sauckels zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz (21. März 1942) wurde parallel zur gesamten Rüstungswirtschaft und -planung die Arbeitskräftebeschaffung zentralisiert. Sauckel konnte "nach seinem Ermessen im Großdeutschen Reich, dem Protektorat und dem Generalgouvernement sowie den besetzten Gebieten alle Maßnahmen (...) treffen, die den geordneten Arbeiteinsatz für die deutsche Kriegswirtschaft unter allen Umständen gewährleisten"; gegenüber den "Wehrwirtschaftsinspektoren" der Wehrmacht und den Besatzungsbehörden hatte er in allen Fragen der Zwangsaushebung volles Weisungsrecht. (171) Damit waren staatlicherseits die organisatorischen Voraussetzungen für die systematische Jagd nach Arbeitskräften in den besetzten Gebieten gegeben.
Bald nach seiner Ernennung ließ Sauckel die erste große Zwangsaushebung starten. Allein in der Zeit vom April bis August 1942 wurden 1,6 Millionen Menschen nach Deutschland verschleppt. (172) Die meisten Zwangsarbeiter kamen aus der UdSSR, so daß ihr Anteil an allen ausländischen Arbeitern in dieser kurzen Zeit von 4 auf 30 v.H. anstieg. (173) Im Sommer 1942 ging man aber auch in Frankreich, Belgien und Holland zu Zwangsaushebungen über, um den Mangel an qualifizierten Arbeitern auszugleichen. (174) Mit dem Abschluß der zweiten Sauckelaktion im Dezember 1942 arbeiteten jetzt nahezu 6 Millionen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene für die deutsche Kriegswirtschaft und damit für die Verlängerung des Krieges. Auf seine kurze Amtszeit zurückblickend zog Sauckel das in seinen Augen stolze Resümee, daß die neu gewonnenen 3,5 Millionen Zwangsarbeiter die Abgangsquote der deutschen Arbeiter zur Wehrmacht und die "natürliche Fluktuation und (den) Abgang durch Krankheit und Tod immer wieder ersetzt" (175) hätten. Doch im Jahr 1943 konnte die Sauckelbehörde ihre Planziffern nicht mehr erfüllen. In diesem Jahr, das mit der Niederlage der 6. Armee vor Stalingrad begann, das den Sturz Mussolinis brachte und mit dem Vormarsch der Roten Armee nach Polen endete, verlor auch die Sauckelbehörde langsam an Boden. Trotz der zunehmenden Partisanentätigkeit in den besetzten Ländern und des organisierten Widerstands gegen die Zwangsdeportationen wurden in diesem Jahr noch einmal über 1,4 Millionen Menschen, die Kriegsgefangenen nicht miteingerechnet, zur Arbeit nach Deutschland gezwungen.(176) Um dieses Ziel zu erreichen, war jedes Mittel recht. Ganze Ort-

(171) Geheimer Erlaß Hitlers vom 30.9.1942, IMT-Dok. PS-1903.
(172) IMT Bd.27, S.116-117.
(173) E.L.Homze, op.cit. S.130.
(174) Ebd. S.135 und H. Pfahlmann op.cit. S.33 ff.
(175) IMT Dok. PS-1739.
(176) E.L.Homze, op.cit. S.144, vgl. auch Kuczynski, op.cit. S.282.

schaften, vor allem in der UdSSR, wurden entvölkert. Die Anwerbekommissionen der Sauckelbehörde veranstalteten gemeinsam mit der SS regelrechte Menschenjagden. Ein Betroffener schrieb: "Man fängt jetzt Menschen, wie die Schinder früher Hunde gefangen haben. Man ist schon eine Woche auf Jagd und hat doch nicht genug. Die gefangenen Arbeiter sind in Schulen eingesperrt, sie dürfen nicht einmal hinaus, um ihre Bedürfnisse zu erledigen, sondern müssen es wie Schweine im selben Raum tun. Aus den Dörfern wallfahrten viele Leute an einem bestimmten Tag nach Potschaev. Sie wurden alle festgenommen, eingesperrt und man wird sie zur Arbeit schikken. Unter ihnen gab es Lahme, Blinde und Greise." (177)
Gleichzeitig wurde mit dem Geheimerlaß vom 13. Januar 1943 die Mobilisierung aller deutschen Arbeitskraftreserven vorbereitet.(178) Sämtliche Wehrmachtsdienststellen, aber auch Dienststellen bei Ersatzheer, Staat und Wirtschaft wurden durchkämmt, ob "alle Kräfte im Hinblick auf die Erfordernisse des Krieges zweckmäßig verwendet und voll ausgenutzt würden" (179). Alle Männer im Alter von 16 bis 65 und Frauen von 17 bis 45 Jahren wurden erfaßt und unterlagen der gesetzlich angeordneten Arbeitspflicht. (180) Jedoch brachte diese Mobilisierungsaktion nicht den gewünschten Erfolg. Nur 1,3 Millionen, das war weniger als die Hälfte aller Meldepflichtigen, konnten zusätzlich für die Rüstungsproduktion gewonnen werden. (181) Viele Handwerksbetriebe und Geschäfte fielen im Rahmen dieser Aktion unter die Kategorie "kriegsunwichtig" und wurden geschlossen. (182) Dieses Vorgehen gegen den traditionellen Mittelstand und die eigentliche politische Basis des Nationalsozialismus hatte die Zahl der Rüstungsarbeiter kaum erhöht, aber viel - wie die Stimmungsberichte des SD immer wieder meldeten - politisches Porzellan zerschlagen. (183) Mit Speers Forderung (Anfang 1943), endlich den "Übergang zur Großfertigung in nur wenigen Betrieben" (184) einzuleiten, wurden viele kleine und mittlere Zulieferbetriebe und sogar Rüstungsbetriebe, die mit den rationellen Fertigungsmethoden der Großkonzerne nicht Schritt halten konnten, geschlossen. Hierdurch gewann die Rüstungsindustrie 500 000 zusätzliche, meist sogar qualifizierte, Facharbeiter. (185)
In dieser Phase der Mobilisierung aller Arbeitskräfte für den "totalen Kriegs

(177) Zit. nach K.Drobisch, Diss., op.cit. S.27.
(178) Zit. nach W.Bleyer, op.cit. S.60.
(179) Ebd. S.67.
(180) Reichsgesetzblatt 1943, Teil I, S.67.
(181) Zit. nach W.Bleyer, op.cit. S.99.
(182) Vgl. bei W.Bleyer, op.cit., den Abschnitt: "Die Schließungsaktion im Handel, Handwerk und Gewerbe", S.100 ff.
(183) SD-Berichte zur inneren Lage, Bundesarchiv Koblenz, R 58/183, Bl. III f., zit. nach W.Bleyer, op.cit. S.104.
(184) Zit. nach W.Bleyer, K.Drechsler, G.Förster, G.Hass, Deutschland 1939-1945. Lehrbuch der deutschen Geschichte Bd.12, Berlin 1970, S.225.
(185) Vgl. bei W.Bleyer, op.cit., den Abschnitt: "Die Stillegungs- und Auskämmungsaktion in der Industrie", S.106 ff.

einsatz" begann auch die Ökonomisierung der Konzentrationslager. Die KZs wurden in das SS-Wirtschaftsverwaltungsamt eingegliedert, und die Häftlinge hatten nun das Schicksal, das Vernichtung durch Arbeit hieß, zu erleiden. Über den Funktionswandel der KZs schrieb der General der Waffen SS, Oswald Pohl, an Himmler: "Der Krieg hat eine sichtbare Strukturänderung der Konzentrationslager gebracht und die Aufgaben des Häftlingseinsatzes grundlegend geändert.
Die Verwahrung von Häftlingen nur aus Sicherheits-, erzieherischen oder vorbeugenden Gründen allein steht nicht mehr im Vordergrund. Das Schwergewicht hat sich nach der wirtschaftlichen Seite hin verlagert. Die Mobilisierung aller Häftlingsarbeitskräfte zunächst für Kriegsaufgaben (Rüstungssteigerung) und später für Friedensaufgaben schiebt sich immer mehr in den Vordergrund." (186)Nach welchen Kriterien dieser Häftlingseinsatz zu geschehen hatte, stand in einer Anweisung, die Pohl an alle KZs leitete: "Der Lagerkommandant allein ist verantwortlich für den Arbeitseinsatz der Arbeitskräfte. Dieser Einsatz muß im wahren Sinne des Wortes erschöpfend sein, um ein Höchstmaß an Leistungen zu erreichen (...). Die Arbeitszeit ist an keine Grenzen gebunden (...). Alle Umstände, welche die Arbeitszeit verkürzen können (Mahlzeiten, Appelle u.a.) sind daher auf ein nicht mehr zu verdichtendes Minimum zu beschränken." (187) Diese Menschen hatten noch nicht einmal den sozialen Status von Sklaven. Hatte der Sklavenhalter ein Interesse daran, seine Sklaven als Arbeitskräfte zu erhalten und garantierte ihnen deswegen ein Existenzminimum, so waren die Häftlinge der KZs als "Unmenschen oder Untermenschen" überhaupt nichts wert. Ihre Lebensmittel waren derart karg und geringfügig, der Arbeitseinsatz hart und extrem lang, hinzu kamen die ständigen Schläge und Quälereien ihrer Aufpasser, daß Tausende von ihnen allmählich zugrunde gingen. Sie wurden auf Zeit vernichtet, und viele, die diesen unmenschlichen Terror überlebt hatten, sind bald danach an den Folgen ihrer physischen und psychischen Schäden gestorben.
Facharbeiter wurden in der Regel für 6.-- RM und ungelernte Arbeiter für 4.-- RM pro Tag von der SS-Wirtschaftsverwaltung an die Betriebe ausgeliehen. (188) Beide Seiten machten bei diesem Menschenhandel ein einträgliches Geschäft. Die "arbeitsfähigen" Häftlinge wurden in "Außenkomman-

(186) Zit. nach A.J. Kaminski, Die faschistischen Konzentrationslager als soziale und ökonomische Erscheinung, in: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg, Bd.4 (Beiträge zum Thema "Die Innenpolitik und die Besatzungspolitik des deutschen Imperialismus und die antifaschistische Widerstandsbewegung in Deutschland und den besetzten Gebieten"), Berlin 1961, S.125/126.

(187) Zit. nach H. Laschitza, Die Errichtung von Konzentrationslagern und die Ausbeutung und Vernichtung von KZ-Häftlingen als Wesenszug des menschenfeindlichen faschistischen deutschen Imperialismus (dargestellt am KZ Buchenwald), in: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg, op.cit. S.147.

(188) H. Schumann und H. Kühnrich, Die Rolle und Bedeutung der Konzentrationslager des Nazi-Regimes, in: Internationale Hefte der Widerstandsbewegung, 2. Jg. Juli 1960, S.II.

dos" zusammengefaßt und mußten oft, bevor ihr mindestens 11-stündiger Arbeitstag begann, viele Kilometer zu Fuß zu ihrer Arbeitsstätte gehen. Um die Häftlinge effektiver ausbeuten zu können, wurden entweder unter ihrem Einsatz neue Rüstungswerke in der unmittelbaren Nähe von schon bestehenden KZs errichtet oder aber "Außenlager von KZ-Stammlagern in der Nähe bestehender Rüstungswerke eingerichtet" (189).
Die letzte und vierte Sauckelaktion fand 1944 statt. Die "totale Kriegswirtschaft" *erforderte über 4 Millionen zusätzliche Arbeitskräfte. Nach Anga*ben der Sauckelbehörde konnten 1944 noch einmal insgesamt 3,3 Millionen Arbeitskräfte für die Kriegsproduktion gewonnen werden.(190) Davon waren 1,21 Millionen ausländische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter, und die restlichen Arbeitsplätze wurden hauptsächlich mit deutschen Frauen und Jugendlichen besetzt. Bei insgesamt 35,9 Millionen Beschäftigten hatte 1944 jeden zweiten Arbeitsplatz eine Frau und jeden vierten ein ausländischer Arbeiter inne.(191) Diese enorm veränderte Zusammensetzung der Arbeiterklasse war auf das politische Verhalten der deutschen Arbeiter nicht ohne Auswirkung geblieben.
Die forcierte Rationalisierung der Produktion, der Einsatz von Millionen Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen und die verstärkte Mobilisierung der deutschen Arbeitskräftereserven führten zu einem enormen Anstieg in der Rüstungsproduktion. Die Intensivierung der Ausbeutung erbrachte eine Leistungssteigerung pro Arbeiter um etwa 135 v.H. (192) Trotz der alliierten Luftangriffe und des massiven Widerstands der ausländischen Arbeiter war die Rüstungsproduktion seit 1941 um das Drei- bis Vierfache gestiegen.(193) Während in der Rohstoffproduktion, bedingt vor allem durch die Luftangriffe, 1944 empfindliche Krisen auftraten (194), stieg die Rüstungsendproduktion auf den Sektoren Panzer-, Zugkraftwagen-, Flugzeuge-, Munition- und Waffenbau in diesem letzten Kriegsjahr sogar noch an. (195) Dieser Rüstungsboom war nur möglich auf Grund des Zwangsar*beitssystems und des permanenten Terrors insbesondere gegenüber den aus*ländischen Arbeitern.

(189) So z.B. die Errichtung des IG-Bunawerkes in Auschwitz-Monowitz; vgl. dazu das Gutachten von Kuczynski zum Auschwitz-Prozeß (März 1964): Die Verflechtung von sicherheitspolizeilichen und wirtschaftlichen Interessen bei der Einrichtung und im Betrieb des KZ-Auschwitz und seiner Nebenlager, in: Dokumentation der Zeit, Heft 30, 16.Jg.1964, Aprilheft S.36 ff.; oder auch z.B. die Einrichtung des Außenlagers Dora (KZ-Buchenwald) für den Bau und die Produktion der "deutschen Wunderwaffen"; vgl. dazu: M.Bornemann, Geheimprojekt Mittelbau. Die Geschichte der deutschen V-Waffen-Werke. München 1971; zur umfangreichen KZ-Literatur s. die Bibliographie über die Konzentrationslager in: Internationale Hefte der Widerstandsbewegung, 2.Jg. Juli 1960, S.143 ff. und Nov. 1960, S.163 ff.
(190) Sauckels Bericht an Hitler vom Dez. 1944, zit. nach Homze, op.cit. S.152.
(191) J.Kuczynski, op.cit. S.282.
(192) Die deutsche Industrie im Kriege 1939-1945, op.cit. S.125.
(193) Zit. nach W.Bleyer, op.cit. S.171.
(194) Die deutsche Industrie im Kriege, op.cit. S.91 ff. G.Jannsen, op.cit. S.140 ff.
(195) Die deutsche Industrie im Kriege, op.cit. S.67.

5. Die Spaltung der Arbeiterklasse durch das Zwangsarbeitssystem

Bis in das Jahr 1942 hinein hatte sich für die deutschen Arbeiter, soweit sie nicht bei der Wehrmacht waren, die Ausbeutungssituation verglichen mit dem Vorkriegsstand nicht wesentlich verschärft. Diese Konzession an die deutschen Arbeiter war mit dem Preis der Zwangsverschleppung von Millionen Menschen, ihrer keine Grenzen kennenden Ausbeutung und Unterdrückung, bezahlt worden. Die in kürzester Zeit und mit ungeheurer Repression bewirkte Umschichtung der Arbeiterklasse führte zu einer Besserstellung der deutschen Arbeiter in der Produktion. Jede Tendenz zur politischen Homogenisierung dieser europäischen Arbeiterklasse wurde mit allen Mitteln der Klassenspaltung erschwert. An der Spitze der bewußt erzeugten Hierarchie, die sich rassische Vorurteile, Lohndifferenzen und die Stellung in der Produktion zunutze machte, standen die deutschen Arbeiter, die mehr und mehr in die Funktion von "Overlookers" der Produktion und Antreibern der ausländischen Zwangsarbeiter hineingerieten. Ihre direkte und indirekte Partizipation an der Unterdrückung eines weit unter ihr selbst stehenden Teils der Arbeiterklasse hatte ihren vor Beginn des Kriegs entstandenen Kampfzyklus unterlaufen.
Außer den deutschen Arbeitern und -innen gab es fünf festgesetzte Kategorien von Arbeitern: "Ausländer allgemein, Polen, Ostarbeiter, Kriegsgefangene und Juden" (196). Unter die erste Gruppe fielen alle "Zivilarbeiter" aus besetzten oder mit Deutschland verbündeten Staaten. Diese aus-

ländischen Arbeiter hatten in der Regel einen Arbeitsvertrag über mindestens ein halbes Jahr und wurden nach den Tariflöhen der deutschen ungelernten Arbeiter des betreffenden Industriezweigs entlohnt.(197) Die Kriegsgefangenen der westeuropäischen und skandinavischen Länder waren - häufig wurden sie in ein zivilrechtliches Arbeitsverhältnis überführt, um sie direkt in der Rüstungsindustrie einsetzen zu können - den Arbeits- und Lebensbedingungen der ersten Gruppe in etwa gleichgestellt. Dies traf nicht auf die polnischen und russischen Kriegsgefangenen zu. Für den Einsatz von russischen Kriegsgefangenen bestimmte das OKW, "daß der Arbeitseinsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen in keinen Vergleich zu setzen ist mit dem Einsatz anderer Kriegsgefangener (...). Es gibt nur ein Gesetz, das zu beachten ist: das deutsche Interesse, darauf gerichtet, das deutsche Volk gegen die auf Arbeitskommandos befindlichen sowjetrussischen Kriegsgefangenen zu sichern und die Arbeitskraft der Russen auszunutzen. (...) Der Schutz des deutschen Volkes beim Russeneinsatz ist das Maßgebliche, der Arbeitseinsatz ist in zweiter Linie zu beachten." (198) Die polnischen und russischen Arbeiter, die sogenannten Ostarbeiter, rangierten jeweils noch eine Stufe tiefer. Ganz unten, nicht mehr als Menschen angesehen, standen die Zigeuner und die Juden.
Bewußt wurden nationale Unterschiede unter den Völkern Osteuropas ausgenutzt und zusätzlich geschaffen, um mit dem alten Herrschaftsprinzip "Teile und herrsche!" einen Solidarisierungsprozeß dieser am meisten Unterdrückten nicht aufkommen zu lassen. In dem Schulungsmaterial der DAF für Wachmänner und Betriebsleitungen wurde die Bedeutung der Kenntnis "von Gegensätzen und Feindschaften beim Umgang mit den verschiedenen Völkerstämmen" (199) erörtert und in der Denkschrift "Über die Behandlung des Fremdvölkischen im Osten" wurde hervorgehoben, "daß wir nicht nur das größte Interesse daran haben, die Bevölkerung des Ostens nicht zu einen, sondern im Gegenteil in möglichst viele Teile und Splitter zu zergliedern" (200). Diese Pariaschicht unter den Arbeitern war schon äußerlich stigmatisiert. Für jedermann sichtbar mußten sie die Kennzeichnung "Po-

(196) Der ausländische Arbeiter in Deutschland. Eine tabellarische Übersicht. Hrsg.: Arbeitswissenschaftliches Institut der DAF; vgl. auch: E.Seeber, Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft. Die Deportation und Ausbeutung polnischer Bürger unter besonderer Berücksichtigung der Lage der Arbeiter aus dem sogenannten Generalgouvernement (1939-1945), Berlin 1964, ebd.: "Die Unterschiede in der Behandlung der ausländischen Arbeiter, S.51 ff.; vgl. auch: Frühholz, Das System der Zwangsarbeit in den Betrieben der IG-Farbenindustrie während der Vorbereitung und Durchführung des 2.Weltkrieges, Diss. Berlin 1964, S.178 ff.

(197) Zit. nach K.Frühholz, op.cit. S.179.

(198) R 41/168/25 (Reichsarbeitsministerium Geheimregistratur der Hauptabteilungen I, V, VI -Bundesarchiv Koblenz), zit. nach H.Pfahlmann, Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945. Beiträge zur Wehrforschung Band XVI/XVII, Darmstadt 1968, S.93.

(199) Der Arbeitseinsatz der Ostvölker. Schulungsmaterial der DAF, o.O. 1943, S.6.

(200) Zit. nach E.Seeber, op.cit. S.53.

le", "Ostarbeiter" oder den Davidstern tragen. Diese Kennzeichnung kam einem Freibrief gleich und machte sie gegen jede Willkür recht- und schutzlos. Sie lebten in Lagern hinter Stacheldraht und fristeten in diesen Ghettos unter grauenhaften hygienischen Bedingungen, in Hunger und oftmals in Krankheit, ein unmenschliches Dasein. Sogar eine von der Sauckelbehörde eingesetzte Regierungskommission mußte feststellen, daß die Konzerne in den Lagern nicht einmal das Minimum an Forderungen eingehalten hatten, das ihnen von den nationalsozialistischen Behörden aufgetragen war. In den Massenunterkünften herrschte Dunkelheit, überall gab es Ungeziefer, und die Lager waren regelrecht verseucht.(201) Diese Lebensbedingungen, die tägliche schwere Arbeit, die kargen Essensrationen und der ständige Terror bedeuteten für Millionen ausländischer Arbeiter den Tod auf Zeit - die Vernichtung durch Arbeit. Die polnischen und russischen Arbeiter wurden mit administrativer und polizeilicher Gewalt in dem Status einer Pariaschicht der Arbeiterklasse gehalten. Eine geheime "Dienstvorschrift über die Pflichten der Zivilarbeiter und -arbeiterinnen polnischen Volkstums während ihres Aufenthaltes im Reich" beschrieb genauestens all die Maßnahmen, mit denen die Isolierung und Diskriminierung dieser untersten Schichten der Arbeiterklasse betrieben wurde: Sie durften ihren Aufenthaltsort nicht verlassen; das Benutzen der öffentlichen Verkehrsmittel war ihnen untersagt; sie mußten stets sichtbar das Abzeichen "Pole" auf der rechten Brustseite eines jeden Kleidungsstückes fest annähen; bei Verlassen der Arbeitsstätte, lässigem Arbeiten, Sabotagehandlungen und Verstößen gegen die Arbeitsdisziplin drohte die Einweisung in ein Arbeitserziehungslager; jeder gesellige Verkehr mit der deutschen Bevölkerung und der Besuch von Kinos, Gaststätten etc. war untersagt; "wer mit einer deutschen Frau oder mit einem deutschen Mann geschlechtlich verkehrt(e) oder sich ihnen sonst unsittlich nähert(e)", wurde mit dem Tode bestraft (202). Die Ghettoisierung der ausländischen Arbeiter in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen hatte ihr ebenbürtiges Korrelat in der Stellung der ausländischen Arbeiter in der Produktion.

In den Betrieben begann die Spaltung der Arbeiter mit der unterschiedlichen Entlohnung, ging über die Zuteilung der Arbeitsplätze und endete in den betriebseigenen Konzentrationslagern, den Arbeitserziehungslagern.

Die Lohnskala entsprach der Hierarchie unter den Arbeitern. Die Gruppe der "Ausländer allgemein" erhielt in der Regel die Tariflöhne der deutschen, ungelernten Arbeiter des betreffenden Industriezweiges. Nach einer Anordnung von Juni 1942 sollten sie, um ihre Arbeitsleistungen zu steigern, nach den üblichen Reichs- und Bezirkstarifforderungen entlohnt werden, allerding mit der Einschränkung, daß die ausländischen Arbeiter "nicht besser

(201) Ebd. S.187 f.; vgl. auch: K.Drobisch, Die Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte im Flick-Konzern während des Zweiten Weltkrieges, Diss. Phil. Humboldt Universität, Berlin 1964: "Die Unterbringung der ausländischen Arbeiter", S.133 ff.

(202) Vgl. Dokumentarischer Anhang Nr. VII

gestellt sein dürften als die deutschen Arbeiter". De facto erhielten sie dann die Arbeitsplätze, die sowieso in die unterste Lohngruppe fielen. (203) Die Kriegsgefangenen erhielten überhaupt keinen Lohn, sondern wurden von den Stalags an die Betriebe vermietet. Sie hatten nur die Möglichkeit, über Akkordarbeit oder sonstige Mehrarbeit an eigenes Bargeld zu kommen. Ab September 1943 bekamen dann auch die Kriegsgefangenen im Zuge der Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität einen Teil des Lohns direkt. (204) Die polnischen und russischen Arbeiter mußten Zusatzsteuern abführen, bei den polnischen Arbeitern betrug die "Soziale Ausgleichsabgabe" 15 v.H. des Lohns und die "Ostarbeiterabgabe" erhöhte sich progressiv zum Lohn. (205) Letzlich erhielten die polnischen und russischen Arbeiter nach den Abzügen für Unterkunft, Verpflegung, Kleidung und den Sondersteuern überhaupt keinen Pfennig Lohn mehr.

Der unmittelbare Arbeitseinsatz in den Fabriken geschah nach der gleichen hierarchischen Abfolge. Die Kriterien für den Einsatz ausländischer Arbeiter hatte die Reichsgruppe Industrie bereits 1940 festgelegt. Nach diesen waren "für die Vielzahl der einfachen, untergeordneten und primitiv erscheinenden Arbeiten nicht volksdeutsche Arbeitskräfte zu verwenden, vielmehr sollten solche Arbeiten ausschließlich von Angehörigen sogenannter Hilfsvölker (vorwiegend Slawen usw.) ausgeführt werden. Dem volksdeutschen Arbeiter soll eine gehobenere, qualitativ wertvollere Arbeitsleistung vorbehalten bleiben." (206) Die körperlich schweren, gefährlichen und schmutzigen Arbeiten wurden den ausländischen Arbeitern zugeteilt, und die "qualitiv wertvollere Arbeitsleistung" der deutschen Arbeiter bestand mehr und mehr darin, für einen reibungslosen Ablauf des Arbeitsprozesses und die Überwachung der ausländischen Arbeiter zu sorgen. So schrieb z.B. die Betriebsleitung eines Flickschen Hüttenwerks an die Reichsvereinigung Eisen, daß "sein Werk einen bestimmten Stamm deutscher Gefolgschaftsmitglieder brauche, um die russischen Arbeitskräfte anzuweisen bzw. anzutreiben" (207). Die maximale Disziplinierung und optimale Kontrolle der ausländischen Arbeiter sah man in den Flick-Werken bei der Fließbandarbeit erreicht: "um mit allen Mitteln aus diesen Kriegsgefangenen höhere Leistungen herauszuholen, sollten geschlossene Gruppen möglichst in Fließ-

(203) K.Frühholz, op.cit. S.179 ff.; vgl. auch K.Drobisch, op.cit.: "Der Spottlohn für die ausländischen Arbeiter und die Profite des Flick-Konzerns im zweiten Weltkrieg", S.154 ff., sowie E.Seeber, op.cit. S.180 ff.

(204) H.Pfahlmann, op.cit. S.180 ff.

(205) K.Frühholz, op.cit. S.180 f., sowie E.Seeber, op.cit., Abschnitt: "Die Ausbeutung der polnischen Arbeiter in der deutschen Kriegsindustrie und die Rolle der Monopole", S.180 ff.

(206) Zit. nach: Anatomie des Krieges, op.cit., Dokument 126: "Aus der streng vertraulichen Denkschrift der Reichsgruppe Industrie vom 1.August 1940 über Grundfragen der künftigen Stellung des deutschen Unternehmers und über die Lohnpolitik im Rahmen der faschistischen 'Neuordnung Europas'"; S.273.

(207) Zit. nach K.Drobisch, op.cit. S.68.

bandarbeit eingesetzt werden" (208). Nach den gleichen Kriterien wurde der Arbeitseinsatz in allen anderen Großbetrieben organisiert. Die Abwehrbeauftragten der IG Farben stellten genaue Einsatzpläne für die ausländischen Arbeiter auf; die sowjetischen Arbeiter standen ständig unter der Aufsicht des Werkschutzes oder besonders ausgesuchtem Aufsichtspersonal. (209)
In Mansfeld, wie auch anderswo im Bergbau, wurden die ausländischen Arbeiter in erster Linie unter Tage eingeteilt. Jonas schreibt über die Lage der Zwangsarbeiter im Mansfelder Kupferbergbau: "Die ausländischen Arbeiter waren also in erster Linie dort eingesetzt, wo die schwere, harte Knochenarbeit ist, an den Arbeitspunkten, wo nicht sie das Arbeitstempo angeben, sondern das Tempo durch die abgebaute Menge Minern der jeweiligen Kameradschaft festgelegt ist und die Kameradschaften immer einen Druck auf die Trecker und Förderleute ausüben, damit die Minern vom Stre wegkommen." (210) Ein letztes Beispiel: Bei der AEG betrug der Anteil der ausländischen Arbeiter (1942) 35 v.H., und in einzelnen Betrieben waren bereits mehr ausländische als deutsche Arbeiter beschäftigt. Die Geschäftsleitung schlug deshalb vor, die deutschen Arbeiter so auszubilden, "daß sie die Arbeitsüberwachung und Anlernung der Ausländer übernehmen" könnten. (211)
Das Zwangsarbeitssystem hatte in allen Betrieben die gleichen Resultate. Die ausländischen Arbeiter mußten die harten, schlechten und gefährlichen Arbeitsplätze einnehmen, und die deutschen Arbeiter stiegen in der Hierarchie der Arbeitsorganisation auf. Sie wurden umgeschult, erhielten bessere und qualifiziertere Arbeit oder sie traten ganz aus der unmittelbaren Produktion heraus. Sie wurden Vorarbeiter oder einfache Aufpasser der ausländischen Arbeiter.
Die gesellschaftliche und betriebliche Diskriminierung der Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen wurde tagtäglich von einem riesigen Unterdrückungsapparat manifestiert. Der Widerstand der ausländischen Arbeiter, die nach Deutschland verschleppt und hier gezwungen wurden, für die Rüstung und den Krieg zu produzieren, war groß. Nur ein unglaublicher Terror vermochte den anwachsenden Widerstand unter den ausländischen Arbeitern immer wieder unter Kontrolle zu bringen.
Der organisierte Kern der betrieblichen Unterdrückung lag in den Händen des jeweiligen Werkschutzes. Schon zu Kriegsbeginn wurde der Werkschutz durch Gruppen aus "politisch zuverlässigen" Betriebsangehörigen verstärkt und neben dem hauptamtlichen noch ein nebenamtlicher Werkschutz ausgebaut. (212) Im August 1940 erhielten alle Betriebspolizeien wieder den offi-

(208) Ebd. S.99.
(209) Zit. nach K.Frühholz, op.cit. S.163 f.
(210) Zit. nach W.Jonas, Das Leben der Mansfelder Arbeiter, Berlin 1957, S.450 f.
(211) H.Radandt, Die Vorgeschichte des EAW (Elektro-Apparate-Werke) "J.W.Stalin" 1926-1946, in: JWG, 1961/Teil I, S.204.
(212) K.Drobisch, Der Werkschutz- betriebliches Terrororgan im faschistischen Deutschland, op.cit. S.217 ff.

ziellen Status einer Hilfspolizei. (213) Mit dem Himmlerschen Erlaß über den "Arbeitseinsatz von Arbeitskräften aus dem Osten" (Febr. 1942) wurde die betriebliche Unterdrückung verbreitert und weiter verschärft. Die Gestapo wurde danach aufgefordert, die betrieblichen Abwehrbeauftragten zur strengen Überwachung der sowjetischen Zwangsarbeiter anzuhalten. Die unmittelbare Bewachung war Aufgabe des Werkschutzes, "er sollte aus Meistern und Vorarbeitern verstärkt werden, um auch im Arbeitsprozeß eine scharfe Kontrolle auszuüben" (214). "Körperliche Einwirkung auf die Arbeitskräfte", die bis zur "Sonderbehandlung durch den Strang" reichen konnte, waren erlaubt und auch an der Tagesordnung. Die Gestapoleitstelle Düsseldorf (Juni 1942) verlangte, daß die Betriebe für je 20 bis 30 ausländische Arbeiter einen Wachmann stellen mußten. Diese Wachmänner hatten den ausdrücklichen Befehl, "bei den geringsten Anzeichen von Ungesetzlichkeit und Ungehorsam (...) rücksichtslos durchzugreifen und zur Brechung von Widerstand auch von der Waffe schonungslos Gebrauch zu machen. Auf fliehende Russen ist sofort zu schießen, mit der festen Absicht, zu treffen." (215) Mitte 1942 wurde zusätzlich der Aufbau eines "Erweiterten Werkschutzes I" und eines "Erweiterten Werkschutzes II" angeordnet. Der Erweiterte Werkschutz I sollte den eigentlichen Werkschutz verstärken. Seine Angehörigen waren ebenfalls hauptamtlich mit dem Dienst betraut. Die Tätigkeit im Erweiterten Werkschutz II war nebenamtlich und betraf die Aufrechterhaltung von "Ruhe und Ordnung" während der Arbeit. 1943 bestimmte man, Meister und Vorarbeiter seien für den nebenbeamtlichen Werkschutz zu verpflichten, um besonders ausländische Arbeiter am Arbeitsplatz zu überwachen. 1944 schließlich wurde angeordnet: "Zur Durchführung der erforderlichen erhöhten Schutzmaßnahmen ist der Werkschutz ab sofort durch einen Hilfswerkschutz und Werkschar zu verstärkten" (216). Wie ein Polyp durchdrang der Werkschutz mit seinen vielen Armen - Erweiterter Werkschutz I und II, Hilfswerkschutz, Alarmeinheiten, Betriebstrupps, Wachmänner, Werkschar, Vorarbeiter und Meister - jeden Betrieb. Er richtete sich fast ausschließlich gegen die ausländischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen und wurde als Antwort auf den immer breiteren Widerstand dieser unterdrücktesten Schichten der Arbeiterklasse mehr und mehr ausgebaut. Diese Werkspolizisten waren uniformiert, mit Karabinern, Pistolen, Knüppeln und bei Krupp auch mit lederbezogenen Metallruten ausgerüstet. Zeugenaussagen ehemaliger ausländischer Zwangsarbeiter vor dem Nürnber-

(213) DZAP, Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Nr.859, Bl.91, Rundschreiben Nr.47 der Abwehrstelle im Wehrkreis II v. 5.9.1940; seit 1942 wurde dieser Status wieder eingeschränkt.

(214) Zit. nach K.Drobisch, Diss., op.cit. S.77.

(215) Flick-Prozeß, Dok. Bukarest, Nr.274, Merkblatt der Gestapoleitstelle Düsseldorf über die sicherheitspolizeiliche Behandlung sowjetischer Arbeitskräfte v. 24.6.1942; zit. nach K.Drobisch, Diss., op.cit. S.77 f.

(216) K.Drobisch, Der Werkschutz - betriebliches Terrororgan, op.cit. S.222.

ger Militärgerichtshof bestätigten, daß diese Mordinstrumente schon bei geringen Anlässen gegen ausländische Arbeiter gebraucht wurden (217). In den Händen des Werkschutzes lag die Bewachung der ausländischen Arbeiter in den Lagern, auf dem Weg zur Arbeit und am Arbeitsplatz. Keinen Augenblick konnten die Zwangsarbeiter der Brutalität und oft zynischen Grausamkeit ihrer Bewacher entkommen. Das Zuchthaus war überall gegenwärtig. Entscheidend aber für das politische Verhalten der gesamten Arbeiterklasse war, daß an der unglaublichen Unterdrückung der ausländischen Arbeiter eben nicht nur eine kleine Gruppe "unmenschlicher Werkschutz-, SS- und Gestapoleute" beteiligt war, sondern viele deutsche Arbeiter in dieses System integriert waren und in jedem Fall eigene Vorteile daraus zogen. Die deutschen Arbeiter erhielten bessere Arbeitsplätze und dadurch mehr Lohn; sie waren innerhalb der sozialen Stufenleiter des Betriebes nicht mehr ganz unten, sondern unter ihnen standen noch die "Ausländer allgemein, Polen, Ostarbeiter, Kriegsgefangene, Zigeuner und Juden", die weit mehr entrechtet als sie selbst waren.
Die deutschen Arbeiter waren zu Vorarbeitern, Meistern oder "Wachmännern" der ausländischen Arbeiter geworden. Ein Dokument über die Aufstellung sogenannter Betriebstrupps zeigt, wie eine immer größere Zahl deutscher Arbeiter unmittelbare Unterdrückungsfunktion gegenüber den Zwangsarbeitern übernahm. Der Abwehrbeauftragte des Krupp-Konzerns schrieb an die Staatspolizeileitstelle Düsseldorf: "Von sämtlichen Betrieben habe ich die erbetene Bestätigung erhalten, daß die Betriebstrupps anweisungsgemäß aufgestellt und verpflichtet sind. Es stehen, sobald die Verteilung der Stäbe, Armbinden und Stahlhelme erfolgt ist, rund 310 Betriebstrupps mit rund 2 050 Gefolgschaftsmitgliedern einschließlich der Reservetrupps und Reserveleute zur Verfügung (...). Außer diesen Betriebstrupps, die, wie aus meinem Rundschreiben hervorgeht, zur Sicherung der Betriebe dienen sollen, ist eine Alarmeinheit aufgestellt zur Verstärkung des Werkschutzes. (...) Zur Ausrüstung sowohl des Werkschutzes wie der erwähnten Alarmeinheiten haben wir von der Wehrmacht über das hiesige Rüstungskommando 250 Mannlicher-Gewehre mit 4 600 Schuß Munition erhalten (...). Indem mit Nachdruck stets betont wird, daß der Zweck dieser Einheiten die Bekämpfung etwaiger Unruhen unter unseren etwa 18 000 (davon 6 000 Ostarbeiter) ausländischen Gefolgschaftsmitgliedern ist, ist m.E. jedem Gerede über andere Verwendungsmöglichkeiten dieser Formationen die Spitze abgebrochen und brauchen Befürchtungen über eine Beunruhigung der Belegschaft oder der Bevölkerung in dieser Hinsicht nicht gehegt zu wer-

(217) Trial of War Criminals before the Nuernberg Military Tribunals under Control Concil, Volume VI, Washington 1952, The Flick-Case; vgl. den Abschnitt: Slave Labor - Count one, S. 681 ff.; Volume IX, The Krupp-Case; vgl. den Abschnitt: Treatment of Foreign Labourers. Working and Living Conditions, Diszipline, and Krupp's Relations with the Gestapo, S. 874 ff.

den." (218) Die deutschen Arbeiter wurden jedoch nicht nur auf die Bekämpfung eines etwaigen Aufstandsversuchs und die Niederhaltung bewaffneten Widerstands von seiten der Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen vorbereitet, sondern sie mußten auch im täglichen Betriebsablauf über die Arbeitsleistung der ausländischen Arbeiter wachen. "Hilfswachmannschaften" und "Wachmänner", "zuverlässige" deutsche Arbeiter, sorgten mit für die nötige Arbeitsdisziplin. Für die Kriegsgefangenen galt, daß sie während der Arbeitszeit "der Arbeitsdisziplin in den deutschen Betrieben (unterstehen). Sie wird durch Hilfswachmannschaften ausgeübt, die (...) aus der Zahl der deutschen Gefolgschaftsmitglieder bestellt werden.(...) Sie treten in kein Arbeitsverhältnis zum Stalag, sind aber gemäß § 35 des Wehrgesetzes in Bezug auf den Waffengebrauch den für Soldaten geltenden Vorschriften unterstellt." (219) In der Zuteilung von zusätzlicher Machtbefugnis gegenüber diesem Heer von Betriebspolizisten war man nicht zimperlich. Ihre Hauptaufgabe war, Arbeitsdisziplin und Ruhe unter den ausländischen Arbeitern herzustellen, mit welchen Mitteln das geschah, danach fragte keiner, und niemand zog sie für ihre Schindereien zur Rechenschaft. Im Gegenteil, sie wurden bei Strafandrohung zu noch härterem und rücksichtsloserem Durchgreifen gegenüber den Zwangsarbeitern angehalten. In einem Merkblatt für Betriebsführer, um der sinkenden Arbeitsleistung entgegenzuwirken, hieß es dazu: "Bei Nichteinhaltung der Leistung sind auch die Vorarbeiter und Wachmannschaften zur Verantwortung zu ziehen. Gegen jede Drückebergerei, auch aus vorgeschobenen gesundheitlichen Gründen, Bummelei, muß das Aufsichtspersonal rücksichtslos durchgreifen. Der Betriebsführer darf Gefühlsduselei seines Aufsichtspersonals nicht aufkommen lassen. Eine scharfe Bestrafung ist von der Polizei zugesichert worden, und zwar in beschleunigter Form sowie ohne zeitraubende Verhöre."(220) Wie sollte von diesem deutschen "Vorarbeiter Europas" noch Widerstand gegen das perfekte System nazistischer Ausbeutung und Unterdrückung erwartet werden? Wenn man bedenkt, daß auf etwa 20 ausländische Arbeiter immer ein Wachmann kam, ist es nicht schwer zu errechnen, wieviele deutsche Arbeiter allein an der unmittelbaren Unterdrückung der Zwangsarbeiter beteiligt waren. Und die Besserstellung der deutschen Arbeiter durch das Zwangsarbeitssystem verfehlte ihre politische Wirkung nicht darin, den gemeinsamen Kampf der ausländischen und deutschen Arbeiter auf breiter Basis gegen diese neue Form kapitalistischer Herrschaft zu unterlaufen. Die unmittelbare betriebliche Unterdrückung sah ein ganzes Arsenal von

(218) Abgedruckt in: Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, op.cit. S.318 f.

(219) Anweisung des Oberkommandos der Wehrmacht "Betr. Behandlung der Kriegsgefangenen. Leistungssteigerung", vom 17.8.1944 in: Akte Nr. 94 A.418 der Handelskammer Hamburg. Vgl. Bd.2, Dokumentarischer Anhang, X, sowie für das Folgende allgemein X-XIV.

(220) "Merkblatt für Betriebsführer bezüglich der Behandlung von ausländischen Arbeitern und Kriegsgefangenen", vom 9.I.1944 in Hamburg; in: Akte Nr.94.A.418 der Handelskammer Hamburg.

Strafbestimmungen vor. Sie begann mit dem allmorgendlichen Betriebsappell und konnte mit der Einweisung in ein Arbeitserziehungslager enden. In den IG Farben-Fabriken war dieser morgendliche Appell eine unverhüllte Drohung an die ausländischen Arbeiter, die geforderte Arbeitsleistung zu erbringen. In einer dementsprechenden Anweisung hieß es: "An jedem Arbeitstag ist zu Beginn den Ostarbeitern durch den Dolmetscher zu erklären, welches Arbeitspensum sie an dem Tag erledigen müssen. Sie sind darauf hinzuweisen, daß eine Rückkehr ins Lager erst dann erfolgt, wenn die Arbeit ordnungsgemäß beendet ist. Eine Bezahlung für die Überarbeit erfolgt grundsätzlich nicht." (221) Bei schlechter oder geringer Arbeitsleistung wurde der Lohn gekürzt, Mehrarbeit in Form von Überstunden, Nacht-oder Sonntagsarbeit befohlen oder aber die ohnedies kümmerlichen Essensrationen verringert. Für alle Betriebe gab die Sauckel-Behörde die Anordnung heraus, daß, "bleibt ein Arbeiter in seiner Arbeitsleistung hinter der Durchschnittsleistung eines deutschen Arbeiters zurück, so ist sein Arbeitsentgelt vom Unternehmer entsprechend zu kürzen" (222). Für die polnischen und russischen Arbeiter führten die Abzüge für "Minderleistung", Unterkunft, Verpflegung, Beförderung zur Arbeitstelle und für den Zeitausfall bei Krankheit dazu, daß sie nicht nur keinen Lohn erhielten, sondern darüber hinaus in ein "Schuldverhältnis gegenüber dem Betrieb" gerieten.(223) Bei Verstößen gegen die Arbeitsdisziplin konnten die Lebensmittelrationen von einem Tag bis auf mehrere Wochen gekürzt werden. Doch damit waren die Strafmaßnahmen beileibe noch nicht ausgeschöpft. In der Filmfabrik Wolfen zum Beispiel wurde zur Überprüfung der "ausländischen Bummelanten" ein spezieller Überwachungsdienst eingerichtet. Diese Spitzel des Sozialbüros II waren den ganzen Tag damit beschäftigt, die sogenannten Bummelanten aufzuspüren und wieder an ihre Arbeitsplätze zu schleppen.(224) Die Betriebsleitung des Leunawerkes empfahl zwecks Aufrechterhaltung der nötigen Arbeitsdisziplin folgende "Erziehungsmaßnahmen": "Arbeitsunwilligen kann die warme Verpflegung für ein oder mehrere Tage entzogen werden. Arbeitsunwillige können während ihrer Freizeit im Lager in einem Arrestlokal bei Wasser und Brot eingesperrt werden. Die beharrlichen Bummelanten werden der Staatspolizei zwecks Zuführung in ein Konzentrationslager gemeldet." (225) Seit 1940 gab es in den Leunawerken sogenannte Straftrupps für "arbeitsscheue und arbeitsunwillige Elemente"; sie standen unter besonders strenger Aufsicht eines Meisters und des Werkschutzes. (226) Auch in den Flick-Werken bestanden für Arbeiter, "die nachlässig und träge arbeite(te)n", Straftrupps.(227) In den Fällen, wo die Konzernherren

(221) Zit. nach K. Frühholz, op.cit. S.175.
(222) Ebd. S.183.
(223) Ebd. S.184.
(224) Ebd. S.197.
(225) Ebd. S.198.
(226) Kämpfendes Leuna 1916-1945, op.cit. S.760 f
(227) Zit. nach K. Drobisch, Diss., op.cit. S.82.

glaubten, nicht selbst die notwendige Arbeitsdisziplin unter den ausländischen Arbeitern herstellen zu können, wurde die Gestapo zugezogen.(228) Die letzte Stufe der betrieblichen Unterdrückung waren die Arbeitserziehungslager. Sie hatten die Aufgabe, "arbeitsscheue Elemente zur Arbeitsdisziplin" zu erziehen und diese "nach Erreichung des Erziehungszweckes dem Arbeitsplatz wieder (zu)zuführen" (229). Anfänglich waren die Arbeitserziehungslager der Staatspolizei oder den Kriminalpolizeidienststellen angeschlossen.(230) Die Konzerne verloren jedoch mit dem verstärkten Widerstand der ausländischen Arbeiter zuviele Arbeitskräfte an die Gestapo und SS, so daß sie die Arbeitserziehungslager zwecks Disziplinierung der Zwangsarbeiter in Betriebsnähe in eigene Regie übernahmen. In den Arbeitserziehungslagern der IG Farben wurden die Häftlinge in drei Kategorien eingeteilt. Die erste Gruppe war die "Umschulungskompanie", zu ihr gehörten meist deutsche Arbeiter, die durch Bemerkungen im Betrieb aufgefallen waren. Sie wurden zu vorwiegend leichteren Arbeiten herangezogen und mußten abends Schulungskurse in nationalsozialistischer Weltanschauung über sich ergehen lassen. In der zweiten Gruppe waren die Arbeitsbummelanten. Ihre Bestrafung bestand in hartem Arbeitseinsatz und Exerzieren. Dann kam die "Strafkompanie". Diese Menschen wurden zusätzlich zu härtestem Arbeitseinsatz in unglaublicher Weise drangsaliert und geschunden.(231) Die Aussagen ehemaliger Häftlinge der Kruppschen Straflager, der berüchtigten Dechen- und Neerfeldschule, zeugen davon, daß die konzerneigenen Straflager den KZs in nichts nachstanden.(232) Bei Krupp mußten die Arbeiter diese Tortur über sich ergehen lassen: Erst einmal gingen sie durch Prügelkeller der Krupp-Polizei. Die Privatsachen wurden ihnen abgenommen, sie erhielten Sträflingskleidung ohne Unterwäsche, und der Kopf wurde ihnen mit ungeeigneten Messern geschoren. "Täglich wurden sie um sechs Uhr geweckt und ohne Nahrung zur Arbeit geführt. Zum Teil wurden sie bei schweren Erdarbeiten, zum Teil in der Geschützfabrikation und in der Gußstahlfabrik, eingesetzt. Mit Schlägen wurden die Strafarbeiter zu schnellerer Arbeit angetrieben. Nach zwölfstündiger Arbeit erhielten sie ungefähr einen halben Liter warmes Wasser, in dem Kohlblätter schwammen, und circa fünfzig Gramm Marmelade, 25 Gramm Wurst. Während der ganzen Zeit ihres Aufenthaltes bekamen die Gefangenen kein Waschwasser, keine

(228) Vgl. das Dokument "Bekämpfung der Arbeitsvertragsbrüche", Flick-Prozeß Dok. Weiss Nr.1244, zit. nach K.Drobisch, Dokumente zur direkten Zusammenarbeit zwischen Flick-Konzern und Gestapo bei der Unterdrückung der Arbeiter. Sonderdruck aus dem Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1963/Teil III, Berlin 1963, S.215 f.

(229) Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg (IMT), Bd.XIII, S.302 Dok. Gestapo 57.

(230) IMT Bd.XI, S.278, Aussage Kaltenbrunner.

(231) Kämpfendes Leuna, op.cit., vgl. den Abschnitt: "Die Hölle von Spergau", S.809 ff.

(232) Vgl. K.Drobisch, Der Werkschutz - betriebliches Terrororgan, op.cit. S.231 f.

Seife, keine neue Kleidung, keine ärztliche Betreuung und keinen Lohn."(233) Diese Zustände waren keine Ausnahme. Über das Arbeitserziehungslager Radeberg des Siemens-Konzerns schrieb ein ehemaliger Häftling: "Ich war 6 1/2 Jahre in deutschen Zuchthäusern und Gefängnissen. Das Schlimmste, was ich erlebt habe, war das Arbeitserziehungslager Radeberg. Die Zustände in Radeberg überstiegen alles, was wir durchgemacht hatten. Man konnte sich ungefähr ausrechnen, wann und wie man zugrunde ging. Ein Häftling, der mit mir eingeliefert war, starb nach zwei Tagen infolge der schlechten Behandlung. Zentimeterhoher Dreck mußte aus den Baracken mit Schaufeln herausgeholt werden. Es gab weder Decken, Seife noch Handtücher, und im Abortraum lagen die Leichen, die Merkmale schwerer Mißhandlungen trugen. Wegen Kleinigkeiten wurden die Häftlinge des sogenannten Erziehungslagers Radeberg geschlagen, wobei sie über einen Schemel gelegt und an Kopf und Händen festgehalten wurde. Dabei wurden öfters 50, 60 und 75 Schläge ausgeteilt, so daß es vorkam, daß Häftlinge an den Folgen der Schläge binnen drei Tagen gestorben waren." (234)

(233) Zit. nach: ebd. S.240.
(234) H.Radandt, op.cit. S.211.

6. Widerstandsformen in den Betrieben

Bei Kriegsausbruch waren etwa 300 000 Menschen auf Grund ihrer politischen Gegnerschaft zum NS-Regime inhaftiert. Eine Million Deutsche waren seit dem März 1933 verurteilt, in Haft oder "Schutzhaft" genommen oder in ein KZ gebracht worden.(235) Längst war der zweite Versuch aus den Jahren 1934/35 - nach dem Untergang der Arbeiterorganisationen 1933 - einen illegalen Widerstand aufzubauen, gescheitert. Diese kleinen Widerstandszirkel waren fast ausnahmslos in Kürze von der Gestapo unterlaufen und zerschlagen worden.(236)
Die anfänglichen Kriegserfolge hatten die Realität in den Betrieben verändert und jede Agitation und jeden Widerstand gegen die NS-Herrschaft erschwert. Der Kampfzyklus der deutschen Arbeiter war mit Beginn des Kriegs

(235) Zit. nach P.Auerbach, Wesen und Formen des Widerstandes im Dritten Reich, Diss. Erlangen 1949, S.121.

(236) Vgl. u.a.: H.Bretschneider, Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in München 1933-1945, München 1968; W.Bohn, Transportkolonne Otto, Frankfurt 1970; G.Meyer, Nacht über Hamburg. Berichte und Dokumente 1933-1945, Frankfurt 1971; H.J.Steinberg, Widerstand und Verfolgung in Essen, Hannover 1969; H.P.Görgen, Düsseldorf und der Nationalsozialismus, Düsseldorf 1969; K.Klotzbach, Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933-1945, Hannover 1969; M.Weissbecker, Gegen Faschismus und Kriegsgefahr. Ein Beitrag zur Geschichte der KPD in Thüringen 1933-1935, Berlin 1955.

gebrochen, und das System der Zwangsarbeit für die ausländischen Arbeiter und Kriegsgefangenen hatte die soziale Zusammensetzung der gesamten Arbeiterklasse umgewälzt und damit auch neue soziale Widersprüche geschaffen. Die ausländischen Zwangsarbeiter brachten als spottbillige Arbeitskräfte nicht nur den Industriellen ungeahnte Extraprofite, sondern sie waren in diesem auf europäischer Ebene angelegten System der Klassenspaltung politisches Ventil für die bis zum Kriegsausbruch desintegrierte deutsche Arbeiterklasse. Die Besserstellung der deutschen Arbeiter in der Produktion und ihre zunehmende Kontrollfunktion denjenigen gegenüber, die jetzt zum eigentlichen Ausbeutungsobjekt wurden, konnte auf ihr Kampfverhalten nicht ohne Auswirkung bleiben. Der Widerstand in den Betrieben, dort, wo er Massencharakter trug, ging nicht von den deutschen, sondern von den ausländischen Arbeitern aus. Leider ist bislang in der Literatur, die überhaupt den Widerstand in den Betrieben untersucht hat, das politische Verhalten der deutschen Arbeiter nicht im Zusammenhang mit dem Zwangsarbeitssystem für die ausländischen Arbeiter diskutiert und gesehen worden. (237) Weil wir im Rahmen dieses Aufsatzes weitgehend auf eigene Quellenstudien verzichtet haben, sind wir zum Teil auf Rückschlüsse angewiesen. Die bislang bekannten Fakten über den Organisationsgrad unter den ausländischen Arbeitern und die Tatsache, daß die ausländischen Arbeiter zahlenmäßig in weit größerem Umfang von der betrieblichen und gesellschaftlichen Unterdrückung betroffen waren, sprechen für ihren Widerstand. Zwar gab es auch in der Blitzkriegsphase Widerstandsversuche und -aktionen, aber sie blieben meist auf kleine Gruppen beschränkt und diese kamen über Parolen-Malen, Flugblätter-Verteilen und Agitationsmaterial-Verschicken nicht hinaus. Diese angesichts des Ziels, das verhaßte Regime zu stürzen, recht bescheidenen Widerstandsformen setzten dennoch innerhalb der Gruppen einen hohen Organisationsgrad und eine beträchtliche Erfahrung in der illegalen Arbeit voraus. Die Gestapo und ihre vielen Helfershelfer, die bezahlten und die unbezahlten Spitzel waren überall gegenwärtig. Eine Festnahme bedeutete für den einzelnen in jedem Fall Gestapofolter, langjährige Haft, KZ und oftmals auch den Tod.
Trotzdem schafften es einzelne Gruppen, in dieser ersten Kriegsphase größere Widerstandszellen in den Betrieben zu organisieren. Meist wurden sie von Arbeitern getragen, die als ehemalige Mitglieder der KPD, SPD, Gewerkschaften oder kleinerer Organisationen (KPO, SAP, ISK) schon eine längere Haftzeit hinter sich hatten und die Grausamkeit ihrer Folterer zur Genüge kannten. In den Jahren 1941/42 hatte die "Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe" in über 30 Hamburger Großbetrieben und in den Werften Wider-

(237) Vgl. hierzu die bibliographischen Angaben in: Faschismus und Widerstand 1933-1945. Ein Literaturverzeichnis, bearbeitet v. U. Hochmuth, Frankfurt 1973; s. vor allem Abschnitt V: Deutscher Widerstand - Querschnitt und allgemeine Werke einschließlich zur Arbeiterbewegung, S. 83 ff.

standsgruppen aufgebaut. (238) Bei "Blohm & Voss" waren 60 bis 80 Arbeiter in von einander unabhängig und illegal operierenden Dreiergruppen erfaßt; auf der "Howaldt-Werft" bestanden 6 Gruppen mit über 30 Arbeitern und zu den anderen Werften waren Kontakte zu kleinen Widerstandsgruppen vorhanden. In allen großen Hamburger Metallbetrieben hatte die "Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe" illegale Betriebsgruppen: u.a. bei den "Vereinigten Deutschen Metallwerken", "Heidenreich und Harbeck", "Kampnagel" und "Hans Still". Die "ABC-Kolonne" (genannt nach den Anfangsbuchstaben ihrer aktivsten Kader Abshagen, Bretschneider und Christoffers) versuchte unter den Bauarbeitern eine Widerstandsbasis zu entwickeln. In den Industriegruppen "Hafen", "Lebenswichtige Betriebe" und "Chemie" war der Aufbau von Dreier-Betriebsgruppen noch in den Anfängen, als im Oktober 1942 die große Verhaftungswelle und Zerschlagung der Gruppe begann. (239) Die Mitglieder der Betriebsgruppe mußten "genaue Berichte über ihre örtliche Situation geben, d.h. über die Stimmung unter den Arbeitern, Zusammensetzung der Belegschaft, Löhne, Produktion, Lage der ausländischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen und anderes mehr" (240). Diese konkreten Informationen bildeten die Grundlage für die Agitation in den Betrieben. Die Unzufriedenheit der Arbeiter über die steigenden Preise und die mindere Qualität der Lebensmittel seit Kriegsausbruch waren für die Widerstandsgruppe immer wieder Anlaß, um in den Betrieben über die arbeiterfeindliche NS-Politik zu diskutieren. Die "Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe" forderte die deutschen Arbeiter in Flugblättern auf, sich solidarisch gegenüber den ausländischen Arbeitern zu verhalten und ihnen zumindest mit zugesteckten Tabak-, Eßwaren und Kleidung ihr Los zu erleichtern Aber die Agitation dieser kleinen deutschen Arbeitergruppen gegen Krieg und die Zwangsverschleppung von Millionen Menschen führte zu keinem breiteren Massenwiderstand unter den deutschen Arbeitern. Die inszenierte und mit allen Mitteln betriebene Klassenspaltung verhinderte jeden politisch wirksamen Solidarisierungsprozeß zwischen den deutschen und ausländischen Arbeitern. Diese neu geschaffene Realität in den Betrieben war mächtiger als die vereinzelte, wenn auch sehr mutige Agitation gegen das verbrecherische Zwangsarbeitssystem. Auch wenn an einen gemeinsamen Widerstand aller Arbeiter in den Jahren der Kriegserfolge nicht zu denken war mußte jede Widerstandsarbeit, die auf dieses Ziel hinarbeitete, den deutschen Arbeitern die Unterdrückung und Entrechtung der Zwangsarbeiter entgegen der nazistischen Propaganda von den "Hilfsvölkern" immer wieder vor Augen halten.

(238) U. Puls, Die Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe. Bericht über den antifaschistischen Widerstandskampf in Hamburg und an der Wasserkante während des zweiten Weltkrieges, Berlin 1959. Vgl. den Abschnitt: "Widerstandskampf in den Hamburger Großbetrieben", S. 50 ff., und G. Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand, Frankfurt 1969, vgl. Abschnitt: "Widerstandsorganisation Bästlein-Jacob-Abshagen", S. 341 ff.

(239) U. Puls, op. cit. S. 50 ff.

(240) Ebd. S. 54.

Vereinzelt kamen in diesen Jahren Sabotageaktionen in den Rüstungsbetrieben vor. Sie wurden aber ausschließlich von dem "harten Kern" der Widerstandsgruppen getragen und durchgeführt. In den "Vereinigten Deutschen Metallwerken" wurden beispielsweise Feuerwehrschläuche beschädigt, auf den "Howaldt-Werften" manche E-Schweißmaschine ins Wasser geschoben, auf der "Deutschen Werft" Material verschnitten und bei der "DAG Düneberg" verdarben einige Tonnen Pulver. (241) Hinweise auf den Organisationsgrad der ausländischen Arbeiter in Hamburg lassen Rückschlüsse auf die Breite und Qualität des von ihnen getragenen Widerstands zu. Bereits Ende 1942 wurde von dem Großlager Rütersberg aus, in dem Zwangsarbeiter aus 14 Nationen untergebracht waren, mit dem Aufbau einer illegalen Leitung des Widerstands aller ausländischen Arbeiter begonnen. (242) Französische Arbeiter hatten erfolgreich für folgende Forderungen gestreikt: Unterbringung in einem Lager mit Bombenunterstand, bessere Verpflegung, Einrichtung einer Theaterbühne und den unkontrollierten Verkehr zwischen dem Lager Lattenkamp und der Fabrik für ihren Vertrauensmann, den französischen Widerstandskämpfer Fridana. (243) Die französischen Kriegsgefangenen nutzten "Unterhaltungsgruppen" und Sportveranstaltungen für ihre Widerstandsarbeit und Kontakte zu anderen Lagern aus. Rückblickend schrieb Fridana, daß seine "Genossen ein großes Verdienst darin (hatten), daß sie einen ganzen Tag an der Maschine standen, sie laufen ließen, um fast nichts zu produzieren" (244).
In Mannheim war in den Jahren 1940/41 die "Lechleiter-Gruppe" aktiv. Sie hatte in vielen Mannheimer Großbetrieben, u.a. bei "Lanz", "Brown, Boveri & Cie" und "Daimler Benz" kleine Widerstandszellen. Nach außen traten sie mit der Zeitschrift "Der Vorbote" in Erscheinung. Jede Nummer enthielt Artikel zur militärischen Lage, wirtschaftlichen Situation in Deutschland und in den besetzten Gebieten und sie schloß immer mit "Hinweisen auf die Notwendigkeit einer systematischen Verbesserung der organisierten Tätigkeit der Betriebszellen der KPD und der antifaschistischen Gruppen" (245).
Mit der gleichen Zielsetzung und unter den gleichen Bedingungen wie die bisher genannten Gruppen arbeitete die "Uhrig-Gruppe" in Berlin. Sie hatte in 22 Berliner Betrieben Zellen, darunter bei der "AEG", im "Siemens-Schaltwerk", bei "Osram" und in den "Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken". (246)

(241) Ebd. S.63-66.
(242) Ebd. S.90.
(243) Aus einem Bericht des französischen Widerstandskämpfers Fridana, abgedruckt in: U.Puls, op.cit. S.152 f.
(244) Ebd. S.148.
(245) M.Oppenheimer, Der Fall Vorbote. Zeugnisse des Mannheimer Widerstandes, Frankfurt 1970, vgl. Abschnitt: "Krieg und Innere Front", S.33 ff.
(246) O.Winzer, Zwölf Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg. Ein Beitrag zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands 1933 bis 1945, Düsseldorf 1955, S.196.

Ein Gestapobericht von 1941 charakterisierte die Aktivität einer in den Großbetrieben Thüringens operierenden Widerstandsgruppe: "Folgende Probleme sind vorwiegend Gegenstand der Kritik und damit Ausgangspunkt für die beabsichtigte Stimmungsmache: Fragen des täglichen Lebens, und zwar die Verknappungserscheinungen bei Lebens- und Verbrauchsgütern, Mängel in der Verteilung, die allgemeine Verteuerung und gleichzeitige Qualitätsverschlechterung. Berufsfragen, wie Maßnahmen des Arbeitseinsatzes, ungünstige Arbeitsbedingungen, Überspannungen des Arbeitstempos bei gleichzeitiger Verringerung der Akkord- und Prämiensätze und Lohnfragen überhaupt. Soziale Fragen wie die Höhe der sozialen Abgaben, insbesondere die Beibehaltung des Abzuges für die Arbeitslosenversicherung, Vergleiche zwischen der früheren Gewerkschaft und der DAF, die nur ein 'teuerer Verein' sei, und insbesondere das Thema Betriebsobleute, die als ungeeignete Vertreter der Interessen der Gefolgschaft bezeichnet werden, weil sie von der Betriebsführung abhängig sind. Militärische Fragen, wobei die Sowjetunion als unschlagbar bezeichnet wird und die Presse und z.T. auch die OKW-Berichte hinsichtlich der Angaben über die Verluste an Menschen und Material und über die bei Feindflügen angerichteten Schäden in Zweifel gezogen werden." (247) Dieser Bericht vermittelt durchaus realistisch und auch für die anderen Widerstandsgruppen exemplarisch, wie die deutschen Widerstandsgruppen nur über das ständige, konkrete Eingehen auf die unmittelbaren Arbeits- und Lebensbedingungen der deutschen Arbeiter hoffen konnten, allmählich eine breitere Widerstandsbasis unter ihnen zu entwickeln. Alle diese deutschen Arbeitergruppen wurde meist durch Verrat von Spitzeln und eingeschleusten V-Leuten in den Jahren 1941/42 von der Gestapo aufgerollt.

Dieser Schlag gegen die ersten keimhaften Ansätze eines möglichen breiteren Widerstands unter den deutschen Arbeitern fiel nicht zufällig in die Zeit, in der die Konzeption des Blitzkriegs gegen die UdSSR versagte, die Reorganisation und Zentralisation der gesamten Rüstungswirtschaft, die massive Rationalisierung der Rüstungsproduktion und die verschärfte Mobilisierung aller deutschen und ausländischen Arbeitskraftreserven durch die Sauckel-Behörde begannen. Die ersten Niederlagen der deutschen Wehrmacht nahmen ihr den Nimbus der Unbesiegbarkeit und verstärkten die Hoffnungen der ausländischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen auf Befreiung aus ihrem Knechtschaftsdasein. Diese militärisch veränderte Situation gab dem Widerstandskampf der ausländischen Arbeiter in der deutschen Rüstungsindustrie neuen Auftrieb und Verbreiterung. Die durch die Rationalisierung der Produktion vermehrte Arbeitshetze und noch unerträglicher gewordene Arbeitssituation vergrößerte trotz der angewandten Taktik von Zuckerbrot und Peitsche die Widerstandsbasis in den Betrieben. Weder die mit

(247) Lagebericht der Gestapo von 1941, zit. nach G. Glondajewski und H. Schumann, Die Neubauer-Poser-Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischem Kampfes (Thüringen 1939 bis 1945), Berlin 1957, S.43 f.

unerhörter Brutalität angewandte betriebliche Unterdrückung noch die partiellen Zugeständnisse an die ausländischen Arbeiter (Prämien in Form von Tabak- oder Eßwaren, vermehrter Ausgang usw.), um ihre Arbeitsleistung zu steigern, vermochten den vermehrten Widerstand vor allem unter den ausländischen Arbeitern in der Phase des "totalen Kriegs" Einhalt zu gebieten. Das Abhören ausländischer, illegaler Radiosendungen war eine verbreitete Form des passiven Widerstands. Die Zahl der Sender, die zum Widerstand gegen das NS-Regime aufriefen und über den tatsächlichen Verlauf des Kriegsgeschehens berichteten, nahm in der zweiten Hälfte des Kriegs ständig zu, und trotz drastischer Strafandrohung hörten immer mehr Arbeiter und auch weite Teile anderer Bevölkerungsschichten diese illegalen Sendungen. Für die ausländischen Arbeiter waren diese Sendungen oft die einzige Verbindung zur Heimat; über sie erhielten sie Informationen über den Frontverlauf und konnten Mut und Hoffnung auf ihre eigene baldige Befreiung schöpfen.
Neben den am weitesten verbreiteten Sendungen von Radio Moskau, London und Beromünster zählte ein Gestapobericht noch folgende Sendestationen auf: "Sender Freies Deutschland" (Nationalkomitee Freies Deutschland), "Sudetendeutscher Freiheitssender", "Sender Österreich", "Sender der europäischen Revolution" (wahrscheinlich Vertreter der Linken innerhalb der SPÖ, der Sender wandte sich an die "revolutionären Vertrauensleute in den Betrieben"), "Radio Wien" (Sender der österreichischen Sozialisten), "Radio Espana Independiente", "Sender Daventry GSA (Großbritannien), "Sambre et Meuse" (248). Die in verschiedenen Sprachen gebrachten Sendungen enthielten Informationen über: "außenpolitische und militärische Ereignisse; Appelle an die Solidarität und den proletarischen Internationalismus, besonders der Zusammenarbeit der ausländischen und deutschen Arbeiter; Anweisungen für die illegale Arbeit; Aufruf zur Verstärkung der Antihitlerkoalition der Völker; Organisierung des Widerstandes gegen die Deportation; Anweisung zur Anleitung der Langsamarbeitsbewegung, der Sabotage, des Streiks und Berichte über einzelne Erfolge, Vorbereitung auf den bewaffneten Aufstand; Schutz der Betriebe, Verkehrslinien usw. als die Hitlerfaschisten 1944/45 auf das eigene Territorium zurückgeschlagen wurden und die Vernichtung der deutschen Wirtschaft planten (Unternehmen Nero)" (249). Immer wieder wurden die deutschen Arbeiter zur Solidarität mit den ausländischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern aufgerufen, so schloß z.B. die Sendung "Mit den ausländischen Arbeitern und Kriegsgefangenen gegen Hitler" mit den Worten: "Ihr Schaffenden in Stadt und Land, sorgt heute dafür, daß die Millionen ausländischen Arbeiter eines Tages Grund haben, vor dem Gericht der Völker für Euch zu sagen: Diese da kämpfen für die

(248) J.Schmelzer, Das hitlerfaschistische Zwangsarbeitssystem und der antifaschistische Widerstandskampf der ausländischen Gefangenen und Deportierten, Diss. Halle, S.139.
(249) Aus Akten des Reichssicherheitshauptamtes über die Jahre 1941/42, zit. nach J.Schmelzer, op.cit. S.138.

Ehre des deutschen Volkes - gegen Hitler!" (250) Immer wieder gingen die Sendungen darauf ein, daß jede Schädigung der Kriegsproduktion den Krieg schneller beenden helfe. In einem Aufruf z.B. hieß es: "Wenn alle ausländischen Bergarbeiter in Deutschland und alle Arbeiter in den von den Deutschen besetzten Gebieten nur eine halbe Minute vergeuden, dann verlieren die Deutschen so viel Kohle, wie notwendig wäre, um Treibstoff für einen Luftangriff auf London durch 500 Flugzeuge herzustellen. Wenn ausländische Arbeiter in Deutschland in der Flugzeugindustrie beschäftigt sind und es zuwege bringen, an irgendeinem Tag der Woche zehn Minuten der Arbeitszeit zu verschwenden, dann wird es eine Me 110 weniger in der Luft geben." (251)
Vermehrt tauchten in dieser Phase des Kriegs Flugblätter, Tarnschriften oder gemalte Parolen in den Betrieben auf. Diese Agitation ging auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der ausländischen und deutschen Arbeiter ein, prangerte das verbrecherische Kriegstreiben an und forderte zur direkten Sabotage der Rüstungsproduktion auf. Diese illegalen Schriften und Flubblätter propagierten, bewußt langsam zu arbeiten, Ausschuß zu produzieren oder Material und Maschinen zu beschädigen. Immer wieder ermahnten sie die deutschen Arbeiter, sich solidarisch gegenüber den ausländischen Arbeitern zu verhalten und gemeinsam mit ihnen den Kampf gegen Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung zu beginnen. Ein in deutscher und polnischer Sprache verfaßtes Flugblatt ging auf die politische Rolle der ausländischen Arbeiter und den gemeinsamen Kampf aller Arbeiter ein: "Der Stein ist im Rollen! (...) (Die Fremdarbeiter) bilden einen Teil der Massen innerhalb des Reiches, die dazu beitragen können, den Zusammenbruch Hitlers zubeschleunigen. Die Fremdarbeiter in Deutschland sind heute ein Faktor von allergrößter politischer Bedeutung. Es ist unzweifelhafte Pflicht der deutschen Arbeiter, in jeder Weise mit ihnen zusammenzuarbeiten und wenn nötig ihrer Führung zu folgen. Der Stein ist im Rollen, die deutschen Arbeiter müssen ihn weiterstoßen." (252) Ein anderes Beispiel für ein Flugblatt, das zur Sabotage der Rüstungsproduktion aufrief, aus einem Leipziger Rüstungsbetrieb: "In jedem Betrieb die 72-Stunden-Woche ablehnen! Arbeitet langsamer! Brandmarkt die faschistischen Antreiber! Meldet euch krank! Werdet ihr durch den Vertrauensarzt gesund geschrieben, so meldet euch erneut krank oder bleibt der Arbeit fern! (...) Treibt Sabotage an Maschinen und Werkzeugen! Übt passive Resistenz in jeder Form! Tut alles, was dem Krieg schadet und ihn schnell beendet! (...) Beweist, daß wir in der Lage sind, ein freies, demokratisches Deutschland aufzubauen." (253)

(250) G.Wangenheim in einer Sendung des "Nationalkomitees Freies Deutschland" v. 11.9.1944, zit. nach J.Schmelzer, op.cit. S.144.
(251) E.Seeber, Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft, Berlin 1964, S.232.
(252) Zit. nach J.Schmelzer, op.cit. S.147.
(253) I.Krause, Die Schumann-Engert-Kresse-Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischen Kampfes (Leipzig - 1943-1945), Berlin 1960, S.27.

Mit den zunehmenden alliierten Luftangriffen erschienen Flugblätter wie dieses: "(...) Schützt Euch gegen Luftangriffe! Verlaßt die Betriebe, wenn die Sirenen heulen! Sucht Eure Wohnungen und Familien auf, wenn die Angriffe vorüber sind. Laßt Betriebe brennen, aber rettet eure Wohnungen!" (254)
Immer häufiger tauchten, meist im Ausland gedruckte Tarnschriften auf. Nach Gestapounterlagen wurden in den Jahren 1933 bis 1945 insgesamt 590 Tarnschriften mit einer durchschnittlichen Auflage von 10 000 Stück erfaßt; die tatsächliche Zahl muß natürlich höher geschätzt werden. (255) Die ausländischen Arbeiter hatten ihre eigenen Widerstandsschriften; z.B. ist ein "Handbuch für französische Arbeiter in Deutschland" bekannt, in dessen Mittelpunkt die politische Zusammenarbeit aller Arbeiter stand: "Willst Du ein neues Europa schaffen, ein befreites Europa, dann fange damit an, es in Deutschland zu schaffen, im brüderlichen Kampf, Seite an Seite mit den ausländischen Deportierten, den Belgiern, Holländern, Rumänen, Norwegern und Russen und im engsten Kampfbündnis mit den Antifaschisten in Deutschland selbst. Dann wird auch der deutsche Arbeiter in Dir seinen Bundesgenossen gegen seinen Feind sehen, der auch Dein Feind ist, gegen Hitler." (256)
Diese Agitation und die Widerstandsaktionen wurden in erster Linie von den ausländischen Arbeitern, den meist 1942 entstandenen großen ausländischen und deutschen Widerstandsorganisationen getragen und initiiert. Durch organisierte Arbeitsverweigerung, Sabotage der Rüstungsproduktion und Vorbereitung von bewaffneten Widerstandsaktionen wollten sie dazu beitragen, den Krieg schneller zu beenden, das Nazi-Regime und die kapitalistische Herrschaft zu stürzen. In Berlin konstituierte sich zum Teil - soweit sie der Verhaftungswelle entgangen waren - aus den alten Betriebszellen der "Uhrig-Gruppe" die Widerstandsgruppe "Saefkow-Jacob-Bästlein". In 30 Berliner Großbetrieben hatte sie kleine Widerstandszellen aufgebaut. (257) Sie hatte Kontakte zur "Europäischen Union", die als Vermittlungsstelle für zahlreiche kleinere Komitees und Widerstandsgruppen ausländischer Zwangsarbeiter in Berlin fungierte und in der Unterstützung des Kampfs der ausländischen Arbeiter ihre Hauptaufgabe sah. Auch kooperierte die "Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe" mit der Widerstandsgruppe "Innere Front". Diese kommunistische Gruppe hatte nach Verschmelzung mit der "Schulze-Boysen-Harnack-Gruppe (bekannter unter dem Namen "Rote Kapelle") außer

(254) G.Nitzsche, Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe. Dokumente und Materialien des illegalen antifaschistischen Kampfes (1942-1945), Berlin 1957, S.41.
(255) H.Gittig, Illegale antifaschistische Tarnschriften 1933-1945, Frankfurt 1971, S.15 und 57; allerdings muß man sagen, daß ein hoher Prozentsatz der Schriften mit der illegalen Arbeit in Deutschland sehr wenig zu tun hatte, so z.B. wurden Schriften zur Stachanow-Bewegung in der UdSSR oder über "die konterrevolutionären trotzkistisch-sinowjewistischen Terroristen" verteilt.
(256) Zit. nach J.Schmelzer, op.cit. S.148 f.
(257) G.Nitzsche, op.cit. S.36 ff.

zu Widerstandszellen in Berliner Betrieben (u.a. bei der "AEG", "Siemens", "BEWAG", "Shell-Oil", "Hasse & Wrede" und den "Deutschen Industriewerken in Reinikendorf") auch zu bürgerlichen und militärischen Widerstandskreisen Kontakte. (258) Die Mitglieder der "Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe" waren im Rahmen ihrer Organisation als Verbindungsleute zu anderen deutschen und ausländischen Widerstandsgruppen tätig; über das "Nationalkomitee Freies Deutschland" (NKFD) versuchten sie, in nicht proletarischen Schichten Bündnispartner und innerhalb der Wehrmacht Soldaten für die Widerstandsarbeit zu gewinnen; die Gruppe verfügte über einen illegalen Apparat für die Herstellung und Verbreitung von Druckschriften und die Betreuung und Unterbringung illegal lebender Mitglieder; zur Sicherung der illegalen Organisation war eine Gruppe mit der Beschaffung von Waffen und Munition betraut, und die Bildung von "Wehrgruppen" diente der Absicherung geplanter Aktionen und Zusammenkünfte. (259)
Unter ähnlichen Bedingungen und mit den gleichen Zielen war die "Schumann-Engert-Kresse-Gruppe" in 17 großen Rüstungsbetrieben von Leipzig aktiv. (260) Anläßlich der verstärkten Luftangriffe verteilten sie beispielsweise ein Flugblatt, indem die Arbeiter bestärkt wurden, zuerst ihr eigenes Leben zu schützen: "Sichert bei Luftangriffen zuerst euer Leben - geht sofort aus dem Hasag-Werk! (...) Stellt schon bei Voralarm die Arbeit ein, in jedem Fall aber heraus aus dem Betrieb. Nach dem Luftangriff denkt sofort an eure Familien und ihre Wohnungen, also zuerst den Weg zum eigenen Heim und dann erst wieder ins Werk. Euer Leben und das eurer Familien ist wichtiger als die Rüstungsarbeit für die Kriegsverbrecher!" (261) Da bei Luftalarm kein Arbeiter das Werkstor verlassen durfte, setzten polnische Arbeiter den Luftschutzkeller kurzerhand unter Wasser und alle Arbeiter verließen bei dem darauffolgenden Alarm das Betriebsgelände. Werksfeuerwehr und Werkschutz gingen gegen die Arbeiter vor; zwei polnische Arbeiter wurden erschossen und einer schwer verletzt, diesmal aber kamen die Werkschutz- und Feuerwehrleute nicht ungeschoren davon, sondern wurden von den Arbeitern verprügelt. (262) Die "Schumann-Engert-Kresse-Gruppe" stand mit ausländischen Widerstandsgruppen in Verbindung, so der Organisation der französischen Kriegsgefangenen FTPF (Francs Tireurs et Partisans Français") und dem "Antifaschistischen Komitee" in Leipzig, das zu fast allen Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiterlagern Kontakte hatte. (263)

(258) Vgl. W.A.Schmidt, Damit Deutschland lebe. Ein Quellenwerk über den deutschen antifaschistischen Widerstand 1933-1945, Berlin 1958, S.356 f. und V.Tomin und S.Grabowski, Die Helden der Berliner Illegalität. Reportage über den gemeinsamen Kampf deutscher und sowjetischer Antifaschisten, Berlin 1967, S.45 ff.
(259) G.Nitzsche, op.cit. S.31-33.
(260) I.Krause, op.cit. S.22 ff.
(261) Ebd. S.25.
(262) Ebd. S.25 f.
(263) Ebd. S.41.

In Thüringen war die "Neubauer-Poser-Gruppe" in den großen Betrieben von Weimar, Jena, Erfurt, Gotha, Eisenach, Bad Salzungen, Zella, Mehlis und u.a. Suhl aktiv. (264) Diese drei großen deutschen Widerstandsgruppen in Berlin, Sachsen und Thüringen hatten untereinander enge Verbindung. Sie tauschten fremdsprachige Flugblätter aus und versuchten eine illegale Leitung aller Widerstandsgruppen, die ihren Schwerpunkt in den Betrieben hatten, aufzubauen. (265) Darüber hinaus hielten sie Verbindung zu Gruppen in Hamburg, München, Hannover, im Rheinland und Ruhrgebiet. (266) In einer gemeinsamen Plattform "Wir Kommunisten und das Nationalkomitee Freies Deutschland" formulierten sie die politischen Forderungen, über die sie die Widerstandsbasis nicht nur unter den Arbeitern zu verbreitern hofften: "1. Bildet die Einheitsfront aller Gegner Hitlers (...). 2. Sabotiert jede Arbeit, die den Krieg verlängert! Arbeiter und Bürger im Waffenrock: Keinen Schuß mehr auf Eure Brüder an der Front! (...) 3. Arbeiter, Bauern, Bürger, deutsche Patrioten, bildet Kampfgruppen gegen den Nazifaschismus! Bildet Widerstandszentren und Volksausschüsse! Wehrt Euch mit der Waffe gegen die Henker und Massenmörder Hitlers, Himmlers und Konsorten! 4. Reiht die Frauen und ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen vor allem in den Betrieben in die Kampffront gegen Krieg und Faschismus! Wehrt Euch gegen die Zwangsverschickung und Zwangsevakuierung Eurer Frauen und Kinder! 5. (...) Wählt aus Euren eigenen Reihen wirkliche volksverbundene Führer, Offiziere, Beamte, die Gegner Hitlers, des Nazismus und des imperialistischen Krieges sind. Das antifaschistische deutsche Volk fordert die Zerschlagung des faschistischen Staatsapparates, die Entwaffnung aller Faschisten und faschistischen Söldlinge und die Bewaffnung des antifaschistischen Volkes! 6. Fordert von Euren selbstgewählten Führern und Offizieren die Zurückführung der deutschen Armee auf die Grenzen des Reiches, die Abschließung eines sofortigen Waffenstillstandes und die Einleitung eines demokratischen Friedens auf folgender Basis: Unabhängigkeit und Selbstbestimmungsrecht aller Völker und Nationen." (267) Außer von diesen und kleineren - nicht so bekannt gewordenen - deutschen Widerstandsgruppen wurde die Hauptlast der illegalen Arbeit von den ausländischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern getragen. Sie waren meist multinational organisiert und vertraten hunderte, die großen Gruppen sogar Tausende von ausländischen Arbeitern. Fast immer standen sie in Kontakt mit deutschen Gruppen, da diese ausländischen Widerstandsgruppen einen Erfolg ihres Kampfes von der Zusammenarbeit aller Arbeiter abhängig machten, auch waren sie in vielen praktischen Details (Beschaffung von Material,

(264) G.Glondajewski und H.Schumann, op.cit.; s. dort "Übersichtskarte der Neubauer-Poser Gruppe in Thüringen".

(265) Ebd. S.67 ff. und H.Laschitza und S.Vietzke, Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung 1933-1945, Berlin 1964, S.208 ff.

(266) Entfällt.

(267) Zit. nach G.Glondajewski und H.Schumann, op.cit. S.70 f.

Unterbringen und Untertauchen von ausländischen Arbeitern usw.) auf diese Zusammenarbeit angewiesen. Die wohl größte ausländische Widerstandsorganisation war die im November 1942 im Lager Perlach (München) entstandene Organisation "Brüderliche Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen" (BSW). (268) Sie war, wenngleich auf die Initiative russischer Offiziere hin gegründet, von Anfang an multinational zusammengesetzt und hatte sowjetische, polnische, französische, jugoslawische, tschechoslowakische, englische und amerikanische Komitees in den Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiterlagern. Der multinationale Rat der BSW formulierte in seinem Programm folgende Zielsetzung der Widerstandsarbeit: "1. Gewaltsamer Sturz des faschistischen Regimes. 2. Organisation und Durchführung von Sabotageakten aller Formen in den Rüstungsbetrieben Deutschlands und in anderen Betrieben, die die militärische Macht Deutschlands stärken. 3. Jegliche Unterstützung der sowjetischen Armee und der angloamerikanischen Invasionsarmeen, sobald sie das Gebiet Deutschlands und seiner Verbündeten betreten haben." (269) Dazu wurde konkret gefordert: "a) Sammeln von militärischen Informationen und Weitergabe an die sowjetische und verbündeten Armeen. b) Organisierung und Bewaffnung der Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeiter, die sich in Hitlerdeutschland befinden." (270) Bereits in den Monaten Mai/Juni 1943 hatte die BSW in 20 in München und seiner Umgebung gelegenen Lagern Zellen aufgebaut (271). In den Münchner Rüstungsfirmen, u.a. in den "Bayerischen Motorenwerken", "Lokomotivwerken Krauss-Maffei", "Elektroapparatefabrik Zettler" und den "Agfa-Kamerawerken" propagierten und organisierten die Mitglieder der BSW die Senkung und Sabotage der Rüstungsproduktion. (272) Die illegale Arbeit der BSW weitete sich aus auf Bayern, die Industriezentren des Ruhrgebiets, den mitteldeutschen Raum Halle-Leipzig, das sächsische Gebiet um Chemnitz, Nordrhein-Westfalen, Süddeutschland und Berlin. (273)

Zumindest dem Namen nach sind noch weitere ausländische Widerstandsgruppen, meist unter sowjetischer Leitung, bekannt: Die Gruppe "Bor'ba" im Raum Fallingbostel/Bergen-Belsen (gegründet 1941); das "Hannoversche Komitee" (gegründet 1943); das Komitee "Kampf gegen den Faschismus", das im Raum Düsseldorf aktiv war und Kontakte nach Köln, Aachen und Süddeutschland besaß; das "Sowjetische Arbeiterkomitee" im Chem-

(268) J.A.Brodski, Die Lebenden kämpfen. Die Organisation Brüderliche Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen (BSW), Berlin 1968; J.A.Brodski, Der Befreiungskampf der Sowjetmenschen im faschistischen Deutschland (1943 bis 1945), in: Die Presse der Sowjetunion, Nr.82/1957, S.1813 ff.; J.Schmelzer op.cit. S.182 ff.

(269) J.A.Brodski, Die Teilnahme sowjetischer Patrioten an der antifaschistischen Widerstandsbewegung in Süddeutschland (1943-1945), in: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg Bd.4, Berlin 1961, S.494 f.

(270) Ebd.

(271) J.A.Brodski, Die Lebenden kämpfen, op.cit. S.124.

(272) Ebd.

(273) Vgl. J.Schmelzer, op.cit. S.187.

nitzer Industriegebiet; das "Sowjetische ZK gegen den Faschismus" im Hamburger Raum; die "Partisanenorganisation" im Gestapobereich Karlsbad; das "Freie Kampfbataillon", das der BSW angeschlossen war; das "Internationale Antifaschistische Komitee", das in Leipzig mit dem NKFD zusammenarbeitete; das "Revolutionskomitee" im Lazarett Ebelsbach bei Bamberg; die "Iskra" im Raum Stettin; die "Antihitler-Bewegung" im Bereich Wien; die "Krankenkasse für Hilfsbedürftige" und der "Sturmvogel" in Kiel, das "Komitee zur Unterstützung der Heimat" in Rendsburg und die bewaffnete Partisanengruppe "Ehrenfeld" (500 Mann stark) im Raum Köln-Ehrenfeld. (274) Dem Namen nach unbekannt gebliebene ausländische Widerstandsgruppen operierten und waren aktiv in: Berlin, Braunschweig, Bromberg, Tilsit, Peenemünde, im Raum Kiel, Dortmund, Halle Hannover, Kassel, Düsseldorf, Nürnberg, Innsbruck, Koblenz, Köln, Münster, Oppeln, Reichenberg, Erfurt, Weimar, Herzberg, Reichenbach, Sonneberg, Suhl, Sömmerda und Zweibrücken. In den Städten München, Berlin, Hamburg, Köln, Leipzig, Wien, Innsbruck, Hannover, Chemnitz, Halle, Lützkendorf, Insterburg, Suhl und Erfurt waren die ausländischen Widerstandsorganisationen multinational zusammengesetzt. (275)

Auch wenn auf Grund der einseitigen Geschichtsschreibung - sei es der bürgerlichen, die den Widerstand in den Betrieben sowieso so gut wie ganz vernachlässigt hat, oder der DDR-Historiographie, für die die KPD-Parteigeschichte oftmals die ganze Realität des Arbeiterkampfs zu sein scheint - die Kämpfe der ausländischen Arbeiter bis auf wenige Ausnahmen zur Ungeschichte geworden sind, liegt unserer Meinung nach gerade in ihnen und in der sozialen Auswirkung des Zwangsarbeitssystem der Schlüssel zum Verständnis des Arbeiterkampfs in den Jahren des NS-Regimes.

Eine weit verbreitete und die Produktion empfindlich störende Widerstandsform war das bewußte und organisierte Langsamarbeiten. "Arbeitet langsam!" hieß eine zentrale Parole der ausländischen und auch der deutschen Widerstandsgruppen. In allen Betrieben nahmen die Beschwerden über den Rückgang der Arbeitsleistung ausländischer Arbeiter zu. Der Terror gegen ausländische Arbeiter wurde verstärkt, um ihre Arbeitsleistung wieder zu erhöhen und ihren Widerstand zu brechen. Der bereits geschilderte Ausbau der betrieblichen Unterdrückung - die Einrichtung von Strafkolonnen und Arbeitserziehungslagern, der Entzug von Essen usw. - war Antwort auf die Kämpfe der ausländischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen. In einem geheimen Rundschreiben Speers vom August 1943 wurde vorgeschlagen, mit welchen Mitteln die Arbeitsleistung der ausländischen Arbeiter gesteigert werden sollte: entsprechend den Kenntnissen und Fähigkeiten des einzelnen sollte der Arbeitseinsatz geplant und damit verbessert werden; überall sollte Akkordarbeit angeordnet und bei Minderleistung die Kürzung des Lohns

(274) Ebd. S.180 f.
(275) Ebd. S.181 f.

verfügt werden; zur Aufrechterhaltung der Disziplin durften die deutschen Hilfswachmannschaften von der Waffe Gebrauch machen; "im übrigen empfiehlt es sich aber, mit anderen Erziehungs- und Strafmitteln den Kriegsgefangenen auf den Weg der Ordnung zurückzurufen. Es ist z.B. mit Erfolg der Versuch gemacht worden, durch die Ausgabe von zweierlei Essen den schlechter arbeitenden Teil der Kriegsgefangenen zu erziehen bzw. zu strafen. (...) Auch Entziehung von Tabak und Abordnung zur Außenarbeit, insbesondere zu Bauarbeiten, die bei sowjetischen Arbeitern ganz besonders unbeliebt sind, zusätzliche Nacht- und Sonntagsarbeit sind solche Erziehungsmittel, die mit Erfolg angewendet worden sind. (...). Ziel dieser Zusammenarbeit (Rüstungskommandos der Wehrmacht und Kommandanten der Kriegsgefangenenlager, d.V.) muß die Weckung des Interesses der Wachmannschaften an einer Steigerung der von ihnen beaufsichtigten Kriegsgefangenen sein". (276)
Trotz all dieser Repressionsmaßnahmen gelang es nicht, diese Form des Widerstands, die organisierte Arbeitsverweigerung, zu unterbinden. Ein vom "Arbeitswissenschaftlichen Institut" der DAF angestellter Leistungsvergleich zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern zeigte, in welchem Ausmaß die deutsche Rüstungsproduktion nicht zuletzt durch das Langsamarbeiten geschädigt wurde. Diese Zahlen wurden 1942 erhoben und sind für die Phase des "totalen Kriegs" im Durchschnitt eher zu niedrig als zu hoch anzusehen, da die Widerstandstätigkeit in den Jahren 1942 bis 1944 anwuchs. Die Arbeitsleistung der Franzosen und Belgier lag 37,5 v.H., der Polen 38,5 v.H., der Engländer 52 v.H., der Serben 59,5 v.H. und der russischen Arbeiter 71,5 v.H. unter der vergleichbaren Arbeitsleistung der deutschen Arbeiter bezogen auf den Reichsdurchschnitt. (277)
Eine weitere Widerstandsform unter den ausländischen Arbeitern, die Massencharakter hatte, waren in der Sprache ihrer Gegner der "Arbeitsvertragsbruch" und die Flucht. Trotz strengster Ahndung nahm die Zahl der "Arbeitsvertragsbrüche" ständig zu. Verschiedene Unternehmen behielten, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken und die ausländischen Arbeiter an den Betrieb zu binden, in den ersten zehn Wochen 10 v.H. des Nettolohns ein. Daß auch dieses Mittel vergebens war, geht aus Unterlagen der Filmfabrik Wolfen hervor, wonach die Betriebsführung in einem Jahr 2 500 RM an nicht "abgeholtem" Lohn zusätzlich einheimste (278): Eine Summe, die bei dem geringen Lohn auf das Ausmaß der Flucht schließen läßt. In den Leuna-Werken wurden seit Ausbruch des Kriegs bis zum November 1942 insgesamt 27 v.H. und im Bunawerk während des gesamten Kriegs 33 v.H.

(276) Geheimes Rundschreiben des Ministeriums Speer: "Betr.: Steigerung der Leistung der Kriegsgefangenen", Berlin, den 23.12.1943, in: Akte Nr.94.A.418 der Handelskammer Hamburg. S. Bd.2, Dokumentarischer Anhang, X.

(277) Enderlein-Riedelk, Die Preisbildung beim Einsatz von Kriegsgefangenen und Ausländern in der Bauwirtschaft, Berlin-Wien 1942, S.2-13; zit. nach J.Schmelzer, op.cit. S.199.

(278) Aus den Direktionskonferenzen vom 23.8.1943, zit. nach J.Schmelzer, op.cit. S.209.

der ausländischen Arbeiter "vertragsbrüchig". (279)
Rund 7 000 flüchtige Arbeiter wurden monatlich in der zweiten Hälfte des Jahres 1941 festgenommen (280), d.h., daß das tatsächliche Ausmaß der Flucht ausländischer Arbeiter und Kriegsgefangener wesentlich höher lag. Heydrich gab zu, daß im November 1941 allein 5 000 russische Kriegsgefangene innerhalb Deutschlands geflohen seien (281) Da diese Fluchtbewegung unter den ausländischen Arbeitern mit den bisherigen Methoden nicht zu stoppen war, wurde im Januar 1942 eine neue Hilfspolizei, die "Landwacht" und kurz darauf die "Stadtwacht" gegründet, die "den Gefahren, die durch die Verwendung zahlreicher Kriegsgefangener auf deutschem Boden entstanden waren, begegnen und die für anderweitige Aufgaben bereits übermäßig in Anspruch genommene ordentliche Polizei entlasten" (282) sollten - eine spezielle Polizeitruppe für die ausländischen Arbeiter. Auch die einzelnen Konzerne verschärften ihre Überwachungsmaßnahmen. Bei den IG Farben wurde zur Bekämpfung der "ungesunden Fluktuation" ein "Inspekteur des Arbeitseinsatzes für die chemische Industrie im Gebiete des Großdeutschen Reiches" eingesetzt und die "Zivilarbeiter" erhielten nur noch Urlaub, wenn andere ausländische Arbeiter für ihre Rückkehr bürgten. (283) Die Betriebsleitung eines Flickschen Hüttenwerkes beklagte sich, daß von den ihnen zugeteilten 380 "Ostarbeitern" 104 geflüchtet und nur 34 wieder gefaßt worden seien (284). Speer nannte in einer Führerbesprechung wohl als realistisch zu geltende Zahlen über das Ausmaß der Fluchtbewegung: "Den Führer darauf aufmerksam gemacht, daß aus der Gesamtwirtschaft jeden Monat 30-40 000 entlaufene Arbeiter oder Kriegsgefangene von der Polizei eingefangen werden, die dann als KZ-Sträflinge bei den Vorhaben der SS eingesetzt werden. Dies sei für mich nicht tragbar, da es sich zu einem großen Teil um angelernte oder Facharbeiter handelt, die möglichst schnell wieder ihrem ursprünglichen Beruf zugeführt werden sollten. Einen Schwund von 500 000 Arbeitskräften im Jahr könnte ich nicht durchhalten (...)." (285)
Im März 1943 fand die erste Großrazzia (Einsatzplan und -stufe Alpha) nach flüchtigen ausländischen Arbeitern statt. In dieser 14-tägigen Großfahndung wurden etwa 14 000 Personen, darunter 8 280 Ausländer festgenommen. Aber, wie aus einem Schreiben Bormanns hervorging, bestand zwischen Festgenommenen und Flüchtigen noch eine erhebliche Differenz. Zwei Monate später wurde die Razzia wiederholt, diesmal galt der Einsatzplan Beta, das hieß, daß 650 000 Personen, darunter allein 250 000 Zivilisten

(279) Ebd. S.209 f.
(280) Vgl. E.Seeber, op.cit. S.223.
(281) Zit. nach J.Schmelzer, op.cit. S.218.
(282) H.J.Neufeldt, J.Huck, G.Tessin, Zur Geschichte der Ordnungspolizei 1936-1945, Koblenz 1957, S.28 f.
(283) J.Schmelzer, op.cit. S.214 f.
(284) K.Drobisch, Die Ausbeutung ausländischer Arbeiter im Flick-Konzern während des zweiten Weltkrieges, Diss. Humboldt Universität, Berlin 1964, S.95 f.
(285) Zit. nach: Kämpfendes Leuna ..., op.cit. S.810 f.

für die Großfahndung mobilisiert wurden. (286)
Da von den geflüchteten ausländischen Arbeitern zu einem nicht geringen Teil verstärkter und sogar bewaffneter Widerstand befürchtet wurde, richtete Himmler eine spezielle Sicherheitsabteilung (S-2k) bei der Gestapo ein (287) und im Juni 1943 wurde ein "Generalinspekteur für das Gefangenenwesen" mit unumschränkten Vollmachten bestellt (288). Die organisierte Fluchtbewegung aber ließ nicht nach. Der Sender des "NKFD" berichtete noch im Mai 1944, daß sich laut amtlichen Angaben über 60 000 flüchtige ausländische Arbeiter in Deutschland befänden. (289)
Der Tatbestand, daß jeder Rüstungsbetrieb einen mit der Gestapo und im Werk mit dem Werkschutz kooperierenden Abwehrbeauftragten besaß und zahlreiche Vorkehrungen getroffen waren, um jede Form von Wirtschaftsspionage zu verhindern, läßt Rückschlüsse nicht nur über die Angst der Betroffenen vor dieser Widerstandsform, sondern auch deren Verbreitungsgrad zu. In vielfachen Fällen gelang es ausländischen Arbeitern, wichtige Informationen - sei es über Standort, Termine oder Beschaffenheit von Neuentwicklungen der Rüstungsindustrie - an die gegen Deutschland kämpfenden Armeen weiterzugeben. Zwei spektakuläre Beispiele: Sowjetische Arbeiter konstruierten in der Gießerei der Krauss-Maffei-Werke eine Pedal-Signalanlage, bei deren Betätigung am Fabrikschornstein eine Lampe aufflammte. Auf Grund dieses Signals wurde die Gießerei des Werkes, in der sich Gießformen für Abgüsse von Panzerteilen befanden, bis auf die Grundmauern zerstört. (290) Und polnische Widerstandskämpfer brachten es fertig, von dem V 1-Versuchsgelände in Peenemünde (dem angeblich bestgehüteten Geheimnis in Deutschland!) genaue Lageskizzen zu erstellen. Auf Grund dieser Angaben konnte die englische Luftwaffe mit gezielten Angriffen das Versuchsgelände zerstören. (291)
Eine weitere Parole des Widerstandskampfs hieß: Sabotage der Rüstungsproduktion. Auf den Flugblättern tauchte immer wieder die Aufforderung an alle Arbeiter auf, Ausschuß zu produzieren, Maschinen oder Material zu zerstören, um durch eine Verringerung der Rüstungsproduktion zur Verkürzung des Kriegs beizutragen. Die Ermittlungsstelle des Buna-Werkes führte in den Jahren 1943/44 allein 19 Brände auf Sabotage zurück; zahlreiche Brandanschläge ereigneten sich auch im Bereich Magdeburg. (292) Die Spionage- und Sabotageabwehrstellen des Bereiches Halle berichteten im Frühjahr 1943, "daß die Sabotageakte, die hauptsächlich durch Ausländer her-

(286) E.Seeber, op.cit. S.225 und J.Schmelzer, op.cit. S.218 f.
(287) J.Schmelzer, op.cit. S.219.
(288) Ebd.
(289) Sender des NKFD vom 11.5.1944, zit. nach J.Schmelzer, op.cit. S.217.
(290) J.A.Brodski, Die Lebenden kämpfen, op.cit. S.206.
(291) E.Seeber, op.cit. S.235.
(292) J.Schmelzer, op.cit. S.229.

vorgerufen werden, von Tag zu Tag schlimmer werden" (293). Eine zu den Bitterfelder IG-Werken gehörende Aluminium-Fabrik beklagte den "zu einem Schandfleck angestiegenen Ausschuß" (294). In allen großen Rüstungsbetrieben wurde täglich Sabotage verübt. (295) So legte eine Widerstandsgruppe (296) im Simonswerk in Suhl II den Kessel des Maschinenhauses in Brand (297) und bei der Rüstungsfirma Schmöle & Co. (Kreis Salzungen) wurden die Zünder für kleinere Bomber durch Ausglühen unbrauchbar gemacht und insgesamt 20 000 Zünder (!) in die Abwässergruben geworfen. (298) Wie ein ehemaliger Mitkämpfer der "Schumann-Engert-Kresse-Gruppe" schrieb, wurden in den Leipziger Hasagwerken oftmals leere Zündplättchen in die Panzerfäuste gelegt, die Dichtungsringe der Tretminen wieder gelockert und diese damit unbrauchbar gemacht oder bei der Herstellung von Bordschnellfeuerwaffen für Flugzeuge den Federhäusern kein Fett gegeben, so daß diese schnell untauglich waren. (299) Anfang 1945 lehnten es die Abnahmeoffiziere ab, von den Hasagwerken Waffen zu kaufen, weil der fehlerhafte und nicht einsatzfähige Anteil an Waffen zu hoch war. (300) Seeber berichtete über die organisierte Störung des Güterverkehrs durch ausländische, meist polnische Arbeiter im Raum Berlin: "(...), war es den deutschen Kontrolleuren bei circa 100 Waggons und dem starken Verkehr an den Laderampen unmöglich zu verhindern, daß ein großer Teil der Frachtbriefe vernichtet oder umadressiert wurde. Wie der Schreiber berichtet, gelang es sogar, zahlreiche Beschriftungen von solchen Gütertransporten zu entfernen, die für die Front bestimmt waren. Welchen Einfluß diese Art von Sabotage besonders in den letzten Jahren des Krieges auf das gesamte Wirtschaftsgefüge hatte, geht zum Beispiel aus einer Notiz der Zellwoll-AG Schwarz hervor. Darin wurde Klage geführt, daß auf den Umschlagbahnhöfen zum großen Teil "nur noch ausländische Arbeiter" tätig seien, so daß Stückgutsendungen, auch unter der Voraussetzung, daß sie nicht fehlgeleitet wurden, eine Laufzeit von ca. 3 bis 4 Wochen haben " (301).
Trotz innerbetrieblichen Terrors und Gestapoallgegenwart wurde sogar in diesen Jahren gestreikt. Meist waren es nur sehr kurzfristige Arbeitsnie-

(293) Ebd.
(294) Ebd. S.229 f.
(295) Beispiel aus dem Flick-Konzern, vgl. K.Drobisch, Die Ausbeutung ausländischer Arbeiter im Flick-Konzern, op.cit.; Beispiele aus den IG Farben-Werken vgl. K.Frühholz, Das System der Zwangsarbeit in den Betrieben der IG Farbenindustrie Aktiengesellschaft unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus während der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges, Phil.Diss. Berlin 1964; auch in der hier verwandten DDR-Literatur über den Widerstand der Arbeiter werden immer wieder konkrete Beispiele von Sabotageakten gegeben.
(296) Entfällt.
(297) G.Glondajewski und H.Schumann, op.cit. S.49.
(298) I.Krause, op.cit. S.26.
(299) Ebd.
(300) Zit. nach E.Seeber, op.cit. S.248.
(301) Ebd. S.76.

derlegungen, da diese offene Auflehnung sofort Werkschutz, Gestapo und ihre Helfershelfer in großem Ausmaß auf den Plan riefen. An Hand der Zahl der Verhafteten muß auch hier auf das Ausmaß der Streikbewegung geschlossen werden, da andere Zahlen fehlen. In der zweiten Hälfte des Jahres 1941 wurden im Durchschnitt monatlich 7 588 Arbeiter wegen Streikbeteiligung verhaftet und der Anteil der deutschen Arbeiter betrug annähernd nur 25 v.H. (302) Von August bis November 1941 wurden allein im Raum Düsseldorf, Dortmund und Köln insgesamt 1 674 Arbeiter, weil sie gestreikt hatten, verhaftet. In den Monaten Mai bis August 1942 vervierfachte sich die Zahl der aus diesem Grund Verhafteten. Insgesamt wurden 7 228 Arbeiter, von ihnen waren 4 628 sowjetische Zwangsarbeiter, festgenommen. (303) 1942 wurden durchschnittlich 28 631 Widerstandskämpfer, davon 21 521 wegen Streikbeteiligung, verhaftet. Der Anteil der ausländischen Arbeiter betrug 83 v.H. (304) Die größten Streiks im Jahr 1943 wurden von den italienischen Arbeitern getragen. Zwei Tage lang legten die italienischen Arbeiter im IG Farben-Werk Landsberg die Arbeit nieder (305) und im Stickstoffwerk Lützkendorf streikten die Arbeiter anläßlich des Sturzes von Mussolini mit der Forderung, sofort in ihre Heimat zurück zu dürfen. (306) Nach Angaben des damaligen Justizministers Thierack hatten in der ersten Hälfte des Jahres 1944 insgesamt 193 024 ausländische und 12 945 deutsche Arbeiter gestreikt (307), und nach der Schätzung eines Berliner Wirtschaftsinstituts hatten 1944 insgesamt 250 000 ausländische Arbeiter die Arbeit niedergelegt. (308)

Der Widerstand der ausländischen Arbeiter begnügte sich nicht mit Agitation gegen das NS-Regime, Arbeitsniederlegungen und Sabotage der Rüstungsproduktion. Korbukov, der Vorsitzende des Rats der BSW, schloß eine illegale Versammlung mit den Worten, "daß man allein mit Flugblättern Hitler nicht stürzen könne und daß die Aufstellung von Kampfgruppen jetzt die Hauptsache" sei. (309) Das war die Handlungsmaxime vieler ausländischer Widerstandsgruppen, und sie bereiteten sich aktiv auf einen bewaffneten Kampf innerhalb Deutschlands vor.

Die Betriebe, Ordnungspolizei, Gestapo und die Abwehr des OKW verstärkten ihre Abwehrmaßnahmen und den Terror gegen die ausländischen Arbei-

(302) H. Roggenbuck, Der Aufschwung der antifaschistischen Bewegung unter Führung der KPD seit dem Überfall des faschistischen deutschen Imperialismus auf die friedliebende Sowjetunion, in: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg, op.cit. S.452.

(303) Ebd. S.457.

(304) Ebd.

(305) Zit. nach J. Schmelzer, op.cit. S.225.

(306) Ebd. S.226; "The New York Times" vom 31.7.1943, Samstagausgabe, berichtete auch aus anderen Städten von Aktionen der italienischen Arbeiter anläßlich des Sturzes von Mussolini. Die italienischen Metallarbeiter der "Siemens-Schuckert-Werke" feierten diese Nachricht und sangen die "Internationale".

(307) O. Winzer, op.cit. S.229.

(308) J.A. Brodski, op.cit. S.205.

(309) Ebd. S.208.

ter. In einem bereits aus dem Jahr 1941 stammenden Abwehrplan forderte die Leitung des Buna-Werkes den vermehrten Einsatz von Landesschützen (310), und die gesamten IG Farben-Werke erbaten "zum Schutz gegen Unruhen der ausländischen Arbeitskräfte ständige militärische Bewachung von außerhalb" (311). In der Filmfabrik Wolfen wurde als "vordringliche Selbstschutzmaßnahme, da die zur Verfügung stehenden Polizeikräfte nicht als ausreichend angesehen" wurden, der Werkschutz erweitert. (312) Die Abwehr des OKW und der Chef der Ordnungspolizei hielten es seit Dezember 1942 im "Hinblick auf den starken Einsatz ausländischer Arbeitskräfte in den Betrieben" für notwendig, ständig geschlossene Polizeieinheiten in Alarmbereitschaft zu halten. (313) "Für den Fall von inneren Unruhen oder Aufständen der zahllosen Fremdarbeiter und Kriegsgefangenen" hatte die Abwehr des OKW einen speziellen Einsatz- und Alarmplan vorbereitet. (314) Dieser Plan "Walküre", der meist nur im Zusammenhang mit dem 20. Juli genannt wird, sah den Einsatz von 300 000 Landesschützen und dem 12,2 Millionen starken Ersatzheer vor, um einen möglichen bewaffneten Aufstandsversuch der ausländischen Arbeiter zu brechen. Diese Pläne waren nicht nur Sandkastenspiele und übertriebene Hirngespinste irgendwelcher Abwehroffiziere. In den Städten Berlin, Chemnitz, Hamburg, Karlsbad, Halle, Leipzig, Stettin, Celle und in verschiedenen Städten in Süddeutschland waren Partisanengruppen aktiv, die sich mit Aufstandsplänen befaßten. (315) Im Jahr 1943 war beispielsweise "in Kiel eine ausgezeichnet getarnte sowjetische Partisanenorganisation entstanden, die von dem illegal in Deutschland lebenden Blashko geleitet wurde. Diese Gruppe weitete sich in der Folgezeit auf 6 Hauptorganisationen mit circa 180 organisierten Mitgliedern aus. Auch sie bereitete sich darauf vor, zum bewaffneten Kampf überzugehen, wenn die Sowjetarmee in deutsches Gebiet vorrückte." (316) Eine Berliner Betriebsgruppe, bestehend aus 40 Arbeitern, hatte für den gleichen Zeitpunkt Vorbereitungen für bewaffnete Widerstandsaktionen getroffen. (317) Dank der mühsamen Nachforschungen Brodskis sind die Aufstandspläne der BSW näher bekannt. Die Leitung der BSW rechnete mit der sich abzeichnenden Niederlage der deutschen Truppen an der Ostfront damit, daß die anglo-amerikanischen Truppen eine zweite Front eröffnen würden. Für diesen Fall, wenn Süddeutschland zum operativen Hinterland der deutschen Wehrmacht würde, wollte die BSW mit Sabotageakten und bewaffneten Aktionen in den Kampf eingreifen. (318) Im September

(310) Zit. nach J. Schmelzer, op. cit. S. 245.
(311) Ebd.
(312) Ebd.
(313) Aus einem Rundschreiben der Abwehr vom 7.12.1942, Nr. 76 a, zit. nach ebd. S. 245.
(314) Ebd. S. 245 f. und E. Seeber, op. cit. S. 224 f.
(315) J. Schmelzer, op. cit. S. 182.
(316) E. Seeber, op. cit. S. 238.
(317) E. Weinert, Das Nationalkomitee Freies Deutschland, Berlin 1957, S. 129.
(318) J. Schmelzer, op. cit. S. 249.

wurden innerhalb der Reihen der BSW Kampfgruppen aufgestellt und ausgebildet. Der erste Aufstandsplan für München hatte folgende Konzeption: "Die Lagerwachen überfallen und entwaffnen, die in der Nähe befindliche Flakbatterie besetzen und zum Zentrum des Aufstandes verwandeln, die politischen Häftlinge des Stadelheimer Gefängnisses und des KZs Dachau und die Kriegsgefangenen der umliegenden Lager befreien und die Deportierten in den Kampf einbeziehen. Die Antinazistische Volksfront (ADV) sollte mit einer breiten antifaschistischen Demonstration das Signal zum Aufstand geben." (319) Dieser Plan wurde durch die Verhaftungen der leitenden Mitglieder der ADV zunichte gemacht. Bereits im Sommer und Herbst 1942 wurden neue Aufstandspläne vorbereitet und ein geheimes Waffenlager angelegt.
Da die erwartete Landeoperation der alliierten Streitkräfte ausblieb, veränderte die BSW ihre Taktik. Ihre Hauptaufgabe sah sie nun darin, die deutsche Luftabwehr zu desorganisieren. Diese Aktionen wurden von dem Badener Stabskomitee der BSW für den süddeutschen Raum organisiert, auch wurde diese Gruppe im Winter 1943/44 zum Zentrum für die Vorbereitung des bewaffneten Aufstands. (320)
Im Juli und August 1944 wurden alle Kerne der hier genannten deutschen und ausländischen Widerstandsgruppen der Arbeiter mit der einsetzenden großen Verhaftungswelle zerschlagen. Die meisten Festgenommenen überlebten die grausame Folter nicht oder sie wurden noch nach mörderischen Qualen zum Tode verurteilt. Damit war der organisierte Kern des Arbeiterkampfs, von dem zumindest in den entscheidenden letzten Monaten des bereits militärisch geschlagenen NS-Regimes ein bewaffneter Widerstand in Deutschland selbst hätte ausgehen können, ausgeschaltet. Schon jetzt war entschieden, daß es zur Politik der Alliierten und der Restauration der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse keine wirkliche Alternative geben würde. Das passive Verhalten der deutschen Arbeiter 1945 war damit nur Konsequenz ihrer Integration in die nazistische Kriegspolitik, ihrer direkten und indirekten Beteiligung an der Unterdrückung und Ausbeutung Millionen ausländischer Arbeiter, die sie unfähig gemacht hatte, in dem entscheidenden Moment für ihre wahren Interessen zu kämpfen.

(319) J.A.Brodski, Die Lebenden kämpfen, op.cit. S.188 f.
(320) Ebd. S.209 f.

IV. Arbeiterkampf und kapitalistischer Gegenangriff seit dem Nationalsozialismus

1. Die alten Weichen neu gestellt: 1945 bis Anfang der fünfziger Jahre

Im April/Mai 1945 wurde die NS-Ära durch die Schlußoffensive der alliierten Truppen auf deutschem Boden beendet. Dieser lapidare Tatbestand artikuliert hinsichtlich der Klassenkonstellation in Deutschland nach 1945 einen Prozeß von immenser historischer Tragweite. Es besagt, daß die Arbeiterklasse gegen Kriegsende in Deutschland als historisches Subjekt nicht existierte - und aufgrund dessen auch für lange Zeit nicht existenzfähig war. Im Innern wie auch in der internationalen strategischen Planung der Antihitlerkoalition war alles darauf orientiert, eine Entwicklung à la 1918 um jeden Preis zu vermeiden - wobei keiner der triumphierenden Siegermächte auch nur an einer Farce auf 1918/19 gelegen war. (1) Deutschland wur-

(1) Dieser Tatbestand geht eindeutig aus den Verhandlungsdokumenten der Antihitlerkoalition über ihre Besatzungsstrategie hervor. Es ging allen beteiligten Mächten um eine Neubestimmung des status quo und um die Festlegung der europäischen Einflußsphären nach der Zerstörung des NS-Regimes. Die sowjetische Politik stand dabei mit ihrer Strategie, die Klassenkonstellation zu neutralisieren, hinter den Westmächten in nichts zurück. Zur Politik der SU innerhalb der Antihitlerkoalition vgl. vor allem die Einschätzung von I. Deutscher, Myths of the Cold War, in: D. Horowitz (ed.), Containment and Revolution, London 1967, S. 13 ff.; sowie die Dokumentenbände: Foreign Relation of the United States: The Conferences at Malta and Yalta 1945, Washington DC 1955; Foreign Relations: Conference of Berlin (Potsdam) 1945, Washington DC 1960; Correspondence between the Chairman of

de programmgemäß - sogar vor dem geplanten Termin - von den Truppen der Antihitlerkoalition, nicht aber durch einen Aufstand der geschundenen multinationalen Arbeiterklasse vom Nationalsozialismus befreit.
Natürlich hat es Ereignisse gegeben, die vom Versuch revolutionärer Arbeiterkader zeugen, sich wenigstens unmittelbar vor dem Einmarsch der alliierten Truppen durch die bewaffnete Befreiungsaktion Ausgangspositionen zu erobern, um dem Anspruch auf die aktive Zerschlagung des NS-Systems und auf proletarische Macht gegenüber den entstehenden Besatzungsregimes in den vier Zonen eine materielle Basis zu verschaffen. Die Konzentrationslager Buchenwald und Mauthausen wurden durch den militärischen Aufstand überlebender Arbeiteravantgarden kurz vor dem Einmarsch der Truppen der Antihitlerkoalition befreit. (2) In Berlin hatte der "Kampfverband Freies Deutschland" unter der Führung von Erich Gumbert den bewaffneten Kampf gegen die SS und die letzten Aufgebote der NSDAP aufgenommen und kurz vor dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Straßenkämpfen in Charlottenburg mehrere SS-Soldaten getötet. (3) In Leipzig hatte das lokale "Nationalkomitee Freies Deutschland" wenige Tage vor der Besetzung der Stadt durch US-Truppen den offenen Kampf gegen die NS-Institutionen aufgenommen und sofort nach dem Einmarsch der Eisenhower-Truppen umfangreiche Verhaftungen aktiver Nazis vorgenommen; es wurde denn auch schon am 26. April 1945 vom US-Kommandanten verboten. (4) Von verschiedenen Betriebsausschüssen sind Aktionen gegen die Unternehmensleitungen und die Meister-Hierarchie in den Stunden der Agonie des verhaßten Terrorsystems bezeugt; genauso steht fest, daß sie sich nicht in allen Fällen durch die Auseinandersetzungen zwischen dem Unternehmerwerkschutz und der SS im Zusammenhang mit dem Zerstörungsbefehl Hitlers in die Irre führen ließen (5):

the Council of Ministers of the USSR and the Presidents of the USA and the Prime Minister of Great Britain During the Great Patriotic War 1941-1945, Moskau 1957.

(2) Dazu B. Baum, Die letzten Tage von Mauthausen, Berlin 1965; H. Laschitza: Die Errichtung von Konzentrationslagern und die Ausbeutung und Vernichtung von KZ-Häftlingen als Wesenszug des menschenfeindlichen faschistischen deutschen Imperialismus (dargestellt am Beispiel des KZ Buchenwald), in: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg Bd. 4, Berlin 1961, S. 139 ff.; zur Bedeutung dieser Befreiungsaktionen auch U. Schmidt, T. Fichter, Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen 1945-48, Berlin 1971, S. 51.

(3) Vgl. Landesarchiv Berlin, Standort-Nr. 3772, Dokumentensammlung der Forschungsgruppe für Berliner Nachkriegsgeschichte: "Kampfverband Freies Deutschland".

(4) Vgl. Krüger, Der Kampf um die Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten in Leipzig (1945-1948), Diss. phil. Leipzig 1958 (Ms.), S. 63 f.; F. Köhler, Die Befreiung Deutschlands vom faschistischen Joch, Berlin 1955, S. 53 f.

(5) Dazu F. Köhler, op. cit., passim; Zu den Ereignissen in Kiel, wo die Arbeiter bis zum Einrücken der britischen Truppen die Betriebe besetzt hielten, vgl. DGB-Archiv Düsseldorf, Plettl-Nachlaß, IV., Bruno Verdieck, Leiter der Kieler Gewerkschaften nach 1945, an Martin Plettl v. 29. 12. 1946.

so wurde bei Continental in Hannover der "Werkschutz" durch den Betriebsausschuß aufgelöst. (6) Zweifellos waren hier und da bei den "Volkskomitees" und den "Betriebsausschüssen" der ersten Stunde Ansätze zur bewaffneten Arbeitermacht vorhanden. (7)
Aber alles das kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Liquidierung des NS-Systems durch die alliierten Truppen nicht von einem revolutionären Massenaufstand begleitet war. Der Mechanismus der Klassenspaltung in ausländische Zwangsarbeiter und deutsche Antreiberschicht funktionierte bis in die letzten Kriegstage; die sozialistischen deutschen Arbeiterkader waren infolge des forcierten Terrors und ihrer systematischen Militarisierung gerade während der letzten Kriegsmonate - "Volkssturm", "erweiterter Werkschutz" usw. (8) - in die letzten Zuckungen des Systems einbezogen und jeglicher Solidarisierungsmöglichkeit mit den Zwangsarbeitern beraubt worden. (9) Genauso war die Revolutionierung der Armee so gut wie vollständig ausgeblieben. Auch hier hatte sich die Kombination von "psychologischer Kriegsführung" nach innen (10) und gnadenlosem Terror bis zuletzt als überaus effektiv erwiesen. (11) Und schließlich hatte sich auch der politische Widerstand der Arbeiterbewegung, soweit er überhaupt jemals bereit gewesen war, über die zirkelmäßige Selbsterhaltung seiner Traditionen hin-

(6) Vgl. K. Brumlop, H. S. Grontzki, Conti dementiert Selbstschutzübungen, in: Gewerkschaftspost, Hrsg. IG Chemie, Juli 1967, Nr. 4, S. 15.

(7) Vgl. die Hinweise zu Berlin und Leipzig, Anm. 3 und 4; zur Rolle der "Volkskomitees" und "Betriebsausschüsse" allgemein U. Schmidt, T. Fichter, Der erzwungene Kapitalismus, op. cit. S. 47 ff.; Befreiung und Neubeginn, ausgew. und überarb. Protokoll der Wissenschaftlichen Konferenz des Historischen Instituts der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald in Verbindung mit der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft und der Deutschen Historiker-Gesellschaft am 29. und 30. April 1966, Berlin 1966; K. Greese, Der Kampf um die Entnazifizierung in Südbaden Mitte 1945 bis Ende 1946, Diss. Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1961.

(8) Zum "erweiterten Werkschutz I und II" vgl. Bd. 1, III 5.
Zum "Volksturm" vgl. H. Kissel, Der Deutsche Volksturm 1944/45. Eine territoriale Miliz im Rahmen der Landesverteiteidigung, Beiheft 16/17 der Wehrwissenschaftlichen Rundschau, Frankfurt 1962, eine durch und durch apologetische Arbeit. Anschaulich formuliert der alte Arbeiterfunktionär C. Kraienhorst die Disziplinierung und Militarisierung selbst alter und oppositioneller Arbeiterkader in: E. Runge, Bottroper Protokolle, Frankfurt 1968, S. 11 ff.: "Betriebsratsvorsitzender Clemens K.".

(9) Vgl. Kraienhorst in: Runge, op. cit., S. 18 f.

(10) Entfällt.

(11) Vgl. dazu I. Rösler, Die faschistische Gesetzgebung und Rechtssprechung gegen "Wehrkraftzersetzung" als Mittel der zwangsweisen Erhaltung der Kampfmoral von Truppe und Bevölkerung im zweiten Weltkrieg, in: Zeitschrift für Militärgeschichte, Jg. 1971, H. 5, S. 561 ff.; K. Scheel, Krieg über Ätherwellen. NS-Rundfunk und Monopole 1933-1945, Berlin 1970; sowie als Beispiel nachträglicher Apologetik H. v. Wedel, Die Propagandatruppen der deutschen Wehrmacht, Neckargemünd 1962.

auszugehen und praktisch aktiv zu werden (12), in Reaktion auf den Massenterror der Gestapo nach dem 20. Juli 1944 buchstäblich in die letzten Schlupfwinkel verkrochen. Ihm ging es nur noch um Eines: um das passive Warten auf die Befreiung von außen, ums nackte Überleben. (13)
Die derart vollständige Nichtexistenz der Klasse in den letzten Tagen und Stunden der NS-Ära hatte weitreichende Folgen. Auf Massenebene verschafften sich die Arbeiter keinerlei politische Macht, die sie legitimiert hätte, unter bewußter Mißachtung der unterschiedlichen Direktiven der Okkupationstruppen (14) mit dem Ausbeutersystem abzurechnen. Sie wurde von Anfang an zum Objekt der Besatzungspolitik mit allen daraus ableitbaren Konsequenzen für die weitere historische Entwicklung. Daß hier der springende Punkt liegt, wird durch die Ereignisse in den ersten Tagen nach der Befreiung bewiesen: nur da, wo es seitens der Arbeiter praktische Ansätze zur Insurrektion gegeben hatte, vermochten diese überhaupt eine bescheidene Rolle zu spielen. So etwa der "Kampfverband Freies Deutschland" in Berlin, dem es gelang, zumindest zeitweilig auf das Verhalten der mit den sowjetischen Truppen zurückgekehrten Aktive der KPD Einfluß zu nehmen. (15) So auch die sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Gruppe um Albin Karl in Hannover (16), die wenigstens fähig gewesen war, den Verlauf der Kämpfe in der Stadt genau zu verfolgen und sich unmittelbar nach dem Abschluß der Kampfhandlungen im Stadtzentrum dem US-Kommandeur als handlungsfähige Organisation vorzustellen. (17) So, wie schon erwähnt, die NKFD-Gruppe in Leipzig, die es aufgrund ihres Verhaltens in den letzten Kriegstagen gar nicht erst nötig hatte, sich vom Befehlshaber der US-Truppen legitimieren zu lassen und

(12) Dabei war die aus der KPD-Tradition stammende Widerstandsbewegung zweifellos noch am aktivsten. Vgl. die zusammenfassende Einschätzung bei J. Klein, Vereint sind sie alles? Untersuchungen zur Entstehung der Einheitsgewerkschaften in Deutschland. Von der Weimarer Republik bis 1946/47, Hamburg 1972, S. 68 f.

(13) So hat beispielsweise Jakob Kaiser in Berlin von Ende September 1944 bis zum Einmarsch der Sowjetarmee Ende April 1945 völlig isoliert in einem Keller gelebt. Vgl. E. Nebgen, Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1967. Wie die Durchsicht der Widerstandsliteratur zeigt, war dies kein Einzelphänomen.

(14) Zu den Besatzungsdirektiven der Truppen der Antihitlerkoalition vgl. vor allem M. Bistram, Grundzüge der sowjetischen Deutschlandpolitik 1941-1945, unveröff. Staatsexamensarbeit Universität Bonn, Duisburg 1967; M. Balfour, Viermächtekontrolle in Deutschland 1945-1946, Düsseldorf 1959; W. L. Dorn, Die Debatte über die amerikanische Besatzungspolitik für Deutschland, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1958 H. 1, S. 60 ff.; J. Klein, op. cit. S. 125 ff.

(15) Vgl. Kampfverband Freies Deutschland, op. cit.

(16) Dazu die erste zusammenfassende Darstellung über die Widerstandsbewegung in Hannover, die auf den Akten des DGB-Archivs basiert, bei J. Klein, op. cit.

(17) DGB-Archiv Düsseldorf, Material Gottfurcht, Deutschlandberichte 1944 bis Ende 1945 I. und II.: "Von der Untergrundbewegung" von A. Karl, Juni 1945, erstmals ausgewertet bei J. Klein, op. cit.

ohne viel Federlesens zum Ausheben geheimer nazistischer Waffenlager schritt. (18)
Im allgemeinen kam es freilich nur dazu, daß sich, sobald die alliierten Truppen die letzten nazistischen Widerstandsnester niedergekämpft hatten, deren Kommandeuren alsbald Abgeordnete diverser Antifa-Ausschüsse, Volkskomitees usw. präsentierten und in wohlgesetzten Petitionen für eine angemessene Beteiligung am Wiederaufbau und an der Entnazifizierung plädierten. (19) Exemplarisch hierfür waren die Ereignisse in Aachen, der ersten befreiten deutschen Stadt, die sich seither in unzähligen Varianten wiederholen sollten. Im Oktober 1944, kurz nach der Eroberung Aachens durch US-Truppeneinheiten, sprachen drei Aachener Gewerkschafter bei der gerade etablierten Militärverwaltung vor, um die Legalisierung der relativ intakt gebliebenen "freien" Aachener Gewerkschaftsgruppe zu erbitten. Dies wurde zurückgewiesen mit der Begründung, dafür sei es noch zu früh, die Sache könne erst diskutiert werden, wenn die alliierten Truppen am Rhein stünden. (20) Dabei blieb es denn auch, so daß erst am 8. Februar 1945 "mit offizieller Genehmigung der Militärregierung" eine "erste gewerkschaftliche Zusammenkunft" abgehalten werden konnte. (21) Aus den Diskussionen der folgenden Monate ging dann eine für die ganze spätere Gewerkschaftsbewegung typische Konzeption, basierend auf den "13 Aachener Punkten", hervor. Ihr Kernpunkt war, daß so schnell wie möglich eine Einheitsgewerkschaft ("Freier Deutscher Gewerkschaftsbund - FDGB") aus der Taufe gehoben wurde, lokaler Vorgriff auf eine Zentralorganisation in ganz Deutschland, die die traditionelle Gliederung nach Berufsgruppen und vor allem die als besonders verhängnisvoll eingeschätzte politische Zersplitterung der Weimarer

(18) Vgl. F. Köhler, Die Befreiung Deutschlands vom faschistischen Joch, op. cit. S. 54; G. Krüger, Der Kampf um die Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten in Leipzig, op. cit. S. 64.

(19) Dieses Wohlverhalten erbrachte nichts. In den Westzonen wurden die "Volkskomitees" schon am 6. 6. 1945 verboten, in der Sowjetischen Zone wurden sie von der Sowjetischen Militär-Administration zugunsten neugeschaffener und von ihr abhängiger "antifaschistischer" Parteien und Gewerkschaften aufgelöst. Damit war einer wirklichen und autonomen Massenbewegung überall in Deutschland die Basis entzogen. Für die SBZ sah Ulbricht die Sache so (in einem Brief an Dimitroff): "Die spontan geschaffenen KPD-Büros, die Volksausschüsse, die Komitees der Bewegung 'Freies Deutschland' und die Ausschüsse der Leute des 20. Juli, die vorher illegal arbeiteten, treten jetzt offen auf. Wir haben all diese Büros geschlossen und den Genossen klargemacht, daß jetzt alle Kräfte auf die Arbeit in den Selbstverwaltungsorganen konzentriert werden müssen." W. Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Bd. 2, 1933 bis 1946, Reden und Aufsätze, Berlin 1963, S. 458 f.

(20) DGB-Archiv Düsseldorf, Ordner Aachen 1945-1949, Auszug aus der US-Army Zeitung Yank 1945; nach J. Klein, op. cit. S. 165.

(21) Die Gewerkschaftsbewegung in der britischen Besatzungszone. Geschäftsbericht des DGB der britischen Zone 1947-1949, Köln 1949, S. 22.

Zeit (22) überwinden sollte. So machte die Passivität der Arbeiterbasis das Wiederaufleben des Reformismus wieder möglich, als ob die Umwälzung der Klasse während des Nationalsozialismus nie geschehen wäre: während die Arbeiter in ihren Betriebsausschüssen um das nackte Überleben und um die Wiederherstellung der demontagebedrohten Arbeitsplätze kämpften, kehrten ihre Funktionäre die Strategiedebatten von 1932/33 wieder hervor. Die Diskussionen, die sich von vornherein aller "parteipolitischen Tendenzen" enthielten, wurde nur in Einzelpunkten um Aspekte der harten Realität bereichert: so wurden "Kampf gegen preußischen Militarismus und Faschismus", "Mithilfe an der Entfernung der Nazis aus Wirtschaft und Verwaltung", "Vertretung der Gewerkschaft in allen Zweigen des öffentlichen Lebens", "Wiedereinführung des Achtstundentags evtl. der Vierzigstunden-Woche", "Wiedereinführung des Streikrechts", "Unterdrückung der Werkschutzvereine", und "Sicherstellung der Arbeitsfrontbücher" gefordert. (23) Alles in allem hatten die Ereignisse in Aachen Signalcharakter: eine fragmentarische Arbeiterautonomie, die sich in den entscheidenden Nachkriegsmonaten damit erschöpfte, die wichtigsten Existenzprobleme der Klasse zu lösen; und in weiter Distenz dazu ein ohnmächtiger Arbeiterreformismus, der allenfalls stark genug war, um im richtigen Augenblick alle trotzdem aufkommenden Ansätze zur antagonistischen Arbeitermacht wieder unter Kontrolle zu bringen. Es gab keine Anzeichen dafür, daß sich gegen die Strategie der Antihitler-Koalition eine reale proletarische Alternative manifestieren würde.
Die Arbeiterkalsse war passiv geblieben - eine Einschätzung, die wahrscheinlich auch in einer künftigen Geschichte der proletarischen Betriebsausschüsse in den ersten Nachkriegsmonaten kaum korrigiert werden dürfte. (24) Genauso steht die enorme Distanziertheit der reformistischen Arbeiterorganisationen von den realen Bewegungen der Klasse fest - es wäre illusionär, von ihnen in dieser Frage gerade im Jahr der Befreiung vom Nationalsozialismus eine Korrektur des bisherigen Verhaltens zu erwarten. Welcher politischen Richtung auch immer: die überlebenden Organisationskader taten sich von Anfang an vor allem bei der Abwiegelung "unsinniger", tendenziell zur Machtfrage drängender Arbeiteraktionen hervor. Stolz weisen beispielsweise DDR-Historiker darauf hin, daß der KPD-Funktionär Hans Schiwon "imApril 1945 einen völlig unsinnigen Streik auf der Zeche 'Nordstern' (Gelsenkirchen-Horst) verhindern" konnte. "Auf der ersten größeren Zusam-

(22) Das war ein sehr vager, aber allgemein verbreiteter Rückgriff auf die Bemühungen zwischen 1930 und 1932/33, für eine antizyklische Einkommensrevolution ein breites einheitsgewerkschaftliches Rückgrat zu schmieden!

(23) Die "13 Aachener Punkte" sind abgedruckt in den Aachener Nachrichten v. 21. 3. 1945; wiederabgedruckt bei: J. Klein, op. cit. S. 166 f.

(24) Mitteilung von J. Klein an den Verf.; Klein hat bei seiner Untersuchung über die Rekonstruktion der Gewerkschaftsbewegung in den ersten Nachkriegsjahren auch umfangreiche Materialien über die proletarische Basisbewegung gesichtet.

menkunft der Betriebsräte aus Gelsenkirchen, Gladbeck, Bottrop, Recklinghausen, Wattenscheid und Wanne-Eickel, die illegal am 19. April 1945 stattfand, berichteten fast alle Vertreter über ähnliche Erscheinungen wie auf 'Nordstern'. Auf Grund der Haltung, die Hans Schiwon einnahm, beschlossen die anwesenden Delegierten, in der gegenwärtigen Situation keine Streiks auszulösen und die Produktion in Gang zu bringen." (25) Dieses Verhalten gegenüber den Bergbauarbeitern war keine Ausnahmeerscheinung. Die Klasse hatte zu schweigen: die "Betriebsausschüsse" wurden darauf beschränkt, unter strenger Berücksichtigung eingefrorener Eigentumsverhältnisse (26) eine minimale Produktion zu reorganisieren. Wo sie darüber hinaus gingen, riefen sie nicht nur den geschlossenen Widerstand der westalliierten Unternehmerstatthalter, sondern auch des "antifaschistischen" Reformismus hervor, der sich jeden Versuch verbat, durch konkrete Aktionen die illusionären Bündnishoffnungen der traditionellen Arbeiterbewegung gegenüber den Militärkommandanturen zu stören.

Nicht nur hinsichtlich der Niederhaltung jeglicher Ansätze von proletarischer Autonomie waren sich die aus einer zwölfjährigen Passivität und Zirkeltätigkeit erwachten Arbeiterorganisationen einig. Mehr noch als dies verblüfft die Tatsache, daß die überlebenden Kerne der Arbeiterbewegung genauso wie die meisten Emigrationsverbände trotz jahrelanger Isolierung voneinander eine völlig homogene Nachkriegskonzeption entwickelt hatten, bei der nur sekundäre taktische Differenzen zu beobachten waren. Die gemeinsame Basis war klar: sie war gegeben durch die systematische Mißachtung all jener Kampfformen, die die Arbeiter trotz des immensen Drucks der Klassenspaltung gegen die nazifizierte Mehrwertmaschinerie entwickelt hatten. Gerade der Reformismus benötigte damals - und selbst heute noch - jene widerliche Legende, daß es unter dem Nationalsozialismus keine konkret artikulierte Klassenkonfrontation gegeben habe; ja, es war ein nicht ungeschickter Vorgriff auf kommende Zeiten, die Zersplitterung der Klasse in "Vorarbeiter Europas" und Zwangsarbeitssklaven fremder Nationalität aus der politischen Analyse zu streichen. Statt eines bewußten Verhaltens zur Klassenrealität herrschte auch bei jenen immer wieder geschlagenen Veteranen von vor 1932/33, die

(25) Zit. nach Mannschatz, J. Seider, Zum Kampf der KPD im Ruhrgebiet für die Einigung der Arbeiterklasse und die Entmachtung der Monopolherren 1945 bis 1947, Berlin 1962, S. 27.

(26) Über den Zusammenhang von blockierter Kapitalbildung und Eigentumsverhältnissen bis 1948/49 vgl. vor allem H. Heininger, Die Erhaltung des Industriepotentials der deutschen Monopole durch die imperialistischen Westmächte nach dem zweiten Weltkrieg, in: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg Bd. 5, Berlin 1962, S. 207 ff.; G. Mannschatz, Das Entflechtungsmanöver der Eisen- und Stahlindustrie an der Ruhr, ein spezifisches, neues Mittel zur Restaurierung der Macht des deutschen Monopolkapitals unter Beihilfe der britischen Besatzungsmacht, ebd. S. 187 ff.; Die Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Ein Bericht der Stahltreuhändervereinigung, München-Berlin 1954.

sich nicht als bedingungslose Erfüllungsgehilfen der jeweiligen Siegermächte verstanden, die autistische Vorstellung von einer alle Lohnabhängigen umfassenden gewerkschaftlichen Einheitsorganisation. Genau da, wo die brutale Realität den Arbeiterreformismus widerstandslos aus den Angeln gehoben hatte, wurde wieder angesetzt: ihre bisherige Zersplitterung überwindend, sollten die Gewerkschaften zu stabilen Garanten des Staats der Arbeit werden und im Wiederaufbau den Reallohn zum Stachel einer gewerkschaftlich mitbestimmten plankapitalistischen Entwicklung machen. Die einen - z.B. Tarnow in Schweden und der im Bergischen Land untergetauchte Böckler - plädierten in Übereinstimmung mit dem Leuschner-Kreis für eine an die Probleme von 1932/33 angepaßte "Übernahme" der Deutschen Arbeitsfront. (27) Andere Auslandsverbände der Emigration und viele Aktivisten der ersten Stunde - und zwar sowohl die KPD-Aktive wie auch die im Mai/Juni in Hamburg, Braunschweig und Bremen entstandenen einheitsgewerkschaftlichen Organisationen (28) - hingegen machten sich stark für eine zentralisierte Gewerkschaftsstruktur nach dem Industrieverbandsprinzip. (29) Im historischen Kontext eines turbulenten halben Jahrhunderts betrachtet, war diese Entschlossenheit zur ex-post-Korrektur vergangener Versäumnisse von großer Bedeutung: sie signalisierte eine geschlossene Abkehr aller Strömungen des Arbeiterreformismus vom Facharbeiter, die Hinwendung zur Wirtschaftsdemokratie, zum Staat der allgemeinen Arbeit, basierend auf der gewerkschaftlichen Kontrolle des Massenarbeiters durch das Industrieverbandsprinzip. Es

(27) So sehr die Pläne dieser Gewerkschaftsgruppen im einzelnen divergierten, hatten sie doch eine grundsätzliche gemeinsame Basis: im Ziel nämlich, die materiellen Potenzen der DAF mit den Utopien von 1932/33 zu kombinieren und endlich eine breite reformkapitalistische Entwicklung im Sinn der Wissell-Naphtalischen Konzeption zu stimulieren. Immerhin eine beträchtliche Kontinuität in den Köpfen der Gewerkschaftsbosse, die mit der Ohnmacht der von ihnen kommandierten Institutionen merkwürdig kontrastiert. Auf die Bedeutung der DAF-Nachfolgekonzeption hat erstmals J. Klein in seiner schon mehrfach zitierten Dissertation aufmerksam gemacht.

(28) Zu den Gewerkschaftsverbänden in der Emigration vgl. J. Klein, op. cit. S. 95 S. 95 ff.; in Hamburg war die "Sozialistische Freie Gewerkschaft" aktiv, deren Tätigkeit alsbald von einem reaktionären Funktionärsflügel um Spliedt desavouiert wurde; in Bremen und Bremerhaven war eine "Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus" aktiv; in Braunschweig wurde die Gründung eines "Freien Deutschen Gewerkschaftsbunds" versucht. Alle darüber verfügbaren unpublizierten und publizierten Materialien verarbeitete erstmals J. Klein in seiner Untersuchung über die Einheitsgewerkschaftsbewegung bis 1946/47.

(29) Diese konzeptionelle Position hat große historische Bedeutung, stellt sie doch nichts anderes als den Versuch dar, ein für allemal eine reformistische Antwort auf die im Nationalsozialismus vollendete Herausbildung des Massenarbeiters zu finden. Aufgrund der deutschen Variante des "New Deal" hatte der Arbeiterreformismus eine Menge nachzuholen, aber er blieb auch jetzt reaktiv, im Schlepptau der Rekonstruktionsstrategie der Unternehmer und ihrer westalliierten Schutzmächte, welche ihn für unvereinbar mit ihrer containment-Politik hielten.

ist wahrhaft eine Ironie der Geschichte, daß dieses sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Projekt von 1918, 1932 und 1945 trotzdem nur in Ostdeutschland unter der Führung von KPD-Kadern verwirklicht worden ist.
In den Westzonen wurden derlei Illusionen indes von den Besatzungsverwaltungen rasch in ihre Schranken verwiesen. Auf Arbeiterseite gab es praktisch nichts, was einen derart weitgehenden Integrationsschritt erforderlich gemacht hätte, und die internationale Konstellation hatte schon im Sommer 1945 die Statthalterfunktion der Westalliierten für die Unternehmer verbrieft. Getrennt von den verelendeten Massen, die von den westlichen Besatzungsmächten auch schon vor 1947/48 im Bündnis mit den Unternehmern durch eine bewußt blockierte wirtschaftliche Entwicklung auf defensive Revolten gegen die Demontagen, gegen den Hunger und gegen die spekulative Profitmacherei der Kapitalisten auf dem Schwarzmarkt fixiert wurden, war das Schicksal der reformistischen Rekonstruktionsinitiative in Westdeutschland rasch besiegelt. (30) Wie der Historiker J. Klein seit neuestem detailliert nachweist (31), bedurfte es nur einiger skrupellos gegen die - in jeder Beziehung mit der wirtschaftsdemokratischen Perspektive identifizierten - KPD-Gruppen amoklaufender Arbeiterfunktionäre à la Spliedt, Reuter und Fleck (32), damit die westalliierten Kommandanturen diese nicht in die sich anbahnende containment-Strategie (33) passenden Ansätze bis Ende 1946/Anfang 1947 völlig desavouierten. Daß es ihnen darum ging, mit allen erdenklichen Mitteln die materielle Basis der NS-Klassenkonstellation zu konservieren und den NS-Planstaat als "soziale Marktwirtschaft" wieder Urständ feiern zu lassen, verdankt sich der 1944/45 längst getroffenen Entscheidung der westlichen Partner der Antihitlerkoalition, Versailles endgültig zu revidieren (34) und den im Notfall auf die drei Westzonen beschränkten deut-

(30) Es gibt noch keine Arbeit, in der es gelungen ist, den Zusammenhang zwischen blockierter wirtschaftlicher Entwicklung und Stagnation im Klassenantagonismus genau zu rekonstruieren. Auch die alte stalinistische Theorie, die Westalliierten hätten versucht, ein reifes kapitalistisches Land in eine Art Halbkolonie zu verwandeln (letzter Exponent dieser Auffassung ist gegenwärtig noch J. Kuczynski), vermag hier wenig zu bieten. Vgl. J. Kuczynski, Darstellung der Lage der Arbeiter in Westdeutschland seit 1945 (Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus Bd. 7 a), S. 33 ff.

(31) Vgl. J. Klein, op. cit. S. 163 ff.: Die ersten Gewerkschaftsgründungen während der ersten Besatzungsphase in Deutschland.

(32) Spliedt in Hamburg, Reuter in Bayern, Fleck in Württemberg-Baden. Vgl. dazu in den Details J. Klein, op. cit. S. 186 f., 195 f., 214 ff., 313 f.; sowie ein amüsantes Detail: die "Rehabilitation" des Nationalsozialisten Dr. Karl Schmid (jetzt: Carlo Schmid) durch den Gewerkschaftsführer Fleck in Südwürttemberg, S. 216.

(33) Zur Entstehung der globalen Containment-Strategie vgl. vor allem Alperovitz, Atomare Diplomatie-Hiroshima und Potsdam, München 1966; D. Horowitz, Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Bd. I/II, Berlin 1969.

(34) Natürlich war dies keine glatt getroffene Entscheidung - auch nicht auf der Seite der US-Amerikaner, wo ja gerade der Morgenthau-Plan als radikalisier-

schen Kapitalismus in ein international rekonstruiertes Weltwirtschaftssystem einzubeziehen. (35) Aber das alles ist inzwischen hinreichend bekannt und braucht hier nicht weiter erörtert zu werden; erforderlich ist allenfalls eine Korrektur dahingehend, daß dieser Prozeß nicht erst 1947/48 im Zusammenhang mit Truman-Doktrin und Marshall-Plan (36), sondern unmittelbar nach der Liquidierung des Nationalsozialismus einsetzte, daß er sich also in der langfristigen Perspektive exakt mit den Nachkriegsplänen der deutschen Kapitalisten deckte. (37) Während sich der im Vergleich zu 1918/19 extrem abgehalfterte Arbeiterreformismus in Organisationskontroversen erschöpfte und Tagespolitik nur insoweit machte, als erforderlich war, um die hin und wieder aufbegehrenden Massen (38) unter Kontrolle zu halten, wurden von den Westalliierten-Unternehmern die alten Weichen neu gestellt. Die Militärbehörden etablierten "Treuhandverwaltungen" des Kapitals im wörtlichen Sinn - solange, wie die Unternehmer brauchten, um das supermoderne und durchrationalisierte Produktionspotential der Speer-Ära auf die Bedingungen einer international rekonstruierten Weltwirtschaft, die gleichzeitig zum "containment" gegenüber der Sowjetunion ansetzte (39), hin zu orientieren und darüberhinaus dessen planstaatliche Rahmenbedingungen wieder in Gang zu bringen. (40) Hans Böckler, als ehemaliger Sekretär der

te Neuauflage von Versailles sogar eine Zeitlang Regierungsdoktrin war. Vgl. vor allem J. M. Blum, Deutschland - ein Ackerland. Morgenthau und die amerikanische Kriegspolitik 1941-1945, Düsseldorf 1968; J. L. Chase, The Development of the Morgenthau Plan Through the Quebec Conference, in: The Journal of Politics, 16. Jg. 1954, S. 324-359.

(35) Wie früh die diversen Flügel der Bourgeoisie in den Westzonen auf diese Strategie reflektierten, ist selbst in einer so apologetischen und methodisch schwachen Arbeit wie der von H. P. Schwarz nachzulesen: Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945-1949, Neuwied-Berlin 1966.

(36) Vgl. dazu H. Claude, Der Marshallplan, Berlin 1949; Horowitz, Kalter Krieg, op. cit., Bd. 1, S. 43 ff.; W. Millis (ed.), The Forrestal Diaries. The Inner History of the Cold War. London 1952.

(37) Vgl. die Darstellung im letzten Teil des voraufgegangenen Abschnitts (Bd. 1, III 6.).

(38) Die bedeutendste Rolle spielten dabei die Volkskämpfe zwischen Januar und April 1947. Über sie gibt es noch keine Analyse, die vom Standpunkt der Massen geschrieben wäre. Andeutungen oft reformistisch-apologetischen Charakters gibt es bei R. Badstübner, Restauration in Westdeutschland 1945 bis 1949, Berlin 1965, S. 129 f.; J. Kuczynski, op. cit. Bd. 7 a, S. 148 f.; G. Mannschatz, J. Seider, Zum Kampf der KPD im Ruhrgebiet, op. cit. S. 207 ff.; U. Schmidt, T. Fichter, Der erzwungene Kapitalismus, op. cit. S. 23 ff., mit einer Kritik der Volksparteilinie der KPD S. 62 ff.

(39) Hier sei erneut verwiesen auf die Arbeiten von Alperovitz, Atomare Diplomatie, München 1966; W. Millis, op. cit.; sowie bezüglich der Übergänge gegen Ende des zweiten Weltkriegs auf J. Bagguley, The World War and the Cold War, in: D. Horowitz (ed.), Containment and Revolution, London 1967, S. 76 ff.

(40) Eine genaue Untersuchung der Rekonstruktion des Staatsapparats nach der Stabilisierung der Bizonen-Wirtschaft als Instrument der Wirtschaftspolitik

"Zentralarbeitsgemeinschaft" von 1918 (41) durchaus zu einem qualifizierten Beitrag für eine neue reformistische Entwicklungsoffensive befähigt, wurde dabei nicht benötigt. Dem - im Sinn der Kapitalstrategie auch jetzt keinesfalls rückständigen - Arbeiterreformismus wurde allenfalls bei der Modernisierung der Montanindustrie eine Warteposition zugewiesen. Das geschah zweifellos deshalb, weil die Europaplanung von Bretton-Woods und den Welthandelskonferenzen (42) wegen der selektiven Steigerung der Kohlenförderung eine weniger riskante Kontrolle der Arbeitskraft der Ruhrbergleute für angemessen hielt. (43) Aber abgesehen von der "Montanmitbestimmung" (44) hat der Arbeiterreformismus weder bei der "Entflechtung" der IG Farben noch bei der schrittweise vollzogenen Reorganisation der übrigen Industriezweige mehr als eine manipulierte Statistenrolle gespielt (45). Er saß in keiner der wirklich wichtigen Schaltstellen des Restaurationsprozesses, noch nicht einmal in den Arbeitsämtern. Das gewerkschaftliche Industrieverbandsprinzip sollte erst um 1950/51 als wirtschaftspolitischer Faktor zu Ehren

gibt es noch nicht. Über die Rolle des Staats in der Frühphase der BRD vgl. vor allem Chmelnizkaja, Der westdeutsche Monopolkapitalismus, Berlin 1962, Reprint Hamburg 1972, S. 123 ff.; Die Rolle der Staatsmacht bei der Umverteilung des Nationaleinkommens.

(41) Diese Information steht in allen wichtigen Biographien, wie ja überhaupt der westdeutsche Gewerkschaftsreformismus sich immer wieder aus der "Zentralarbeitsgemeinschaft" offen-propagandistisch herleitet. Vgl. beispielsweise E. Klein-Viehöfer, Hans Böckler. Das Lebensbild eines Arbeiterführers, Düsseldorf o. J.; Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.), Hans Böckler. Leben und Wirken, Düsseldorf o. J.

(42) Zur Strategiedebatte des internationalen Kapitals von Bretton-Woods und Havanna, die zur Rekonstruktion der Weltwirtschaft in ihren jetzigen Strukturen führte, vgl. vor allem P. Einzig, The Euro-Dollar System, 2. Aufl. London 1965; G. Hinkel, Die Bretton-Woods-Institute im Dienste des US-Imperialsmus, in: Deutsche Außenpolitik, Berlin 1968, H. 12, S. 1584 ff.; K. Kock, International Trade Policy and the GATT 1947-1967, Stockholm 1969; F. K. Liebich, Grundriß des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT), 2. neubear. Aufl., Baden-Baden 1967; G. Schomburg, Von Bretton-Woods bis heute, in: Deutsche Außenpolitik, 1969, H. 8, S. 935 ff.

(43) Das zeigte sich spätestens in dem Augenblick, als die Montanunion zum ersten Objekt eines ersten westeuropäischen Wirtschaftsbündnisses wurde. Vgl. dazu W. Diebold jr., The Schumann plan - a study in economic cooperation 1950-1959, New York 1959; EGKS 1952-1962. Ergebnisse, Grenzen, Perspektiven, Luxemburg 1963.

(44) Über sie haben sich unzählige Autoren mehr oder weniger kritisch ausgelassen, ohne das zentrale Problem der Hereinnahme der Arbeitskraft in die Produktivitätsstimulierung zu reflektieren. Zu den Fakten im Zusammenhang mit dem Montan-Mitbestimmungsgesetz vom 21. 5. 1951 vgl. F. Deppe, J. v. Freyberg, Chr. Kievenheim, R. Meyer, F. Werkmeister, Kritik der Mitbestimmung, Frankfurt 1969. Was 1951 wirklich gespielt wurde, zeigt am deutlichsten ein Artikel von W. Pahl - eben jenem Pahl, der 1933 die Gewerkschaften den Nazis angedienert hat: Mitbestimmung in der Montanindustrie, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 1951, H. 5.

(45) Das gibt selbst das in Anm. 44 zitierte Autorenkollektiv zu, ohne daraus Konsequenzen zu ziehen.

kommen, und das auch nur wegen seiner erhofften produktivitätsstimulierenden Potenzen. (46)
Wie entwickelte sich bei alldem der Antagonismus der Arbeiterklasse auf Fabrikebene, nachdem in den entscheidenden Tagen des "Zusammenbruchs" jeder Anflug von antagonistischer Arbeitermacht ausgeblieben war? In ungeheuren sozialen Umwälzungen und Wanderungsbewegungen (47) begriffen, wurde er im Nachkriegsprozeß erstickt. Die zaghaften Ansätze von Klassensolidarität zwischen ausländischen Zwangsarbeitern und deutschen Arbeitergruppen gegen Kriegsende hatten nicht ausgereicht, um in den jetzt ablaufenden Massenwanderungen und innerhalb der blockierten wirtschaftlichen Entwicklung irgendwelche Kristallisationspunkte aufrechtzuerhalten. Die Erinnerung an die unglaubliche Brutalität des Fabrikkommandos und an die Spaltung der Klasse in "europäische Vorarbeiter" und Arbeitersklaven war nach dem fast geräuschlosen Verschwinden der Zwangsarbeiter aus den industriellen Ballungszentren innerhalb weniger Monate wie weggewischt. Detaillierte Kleinarbeit ist nötig, um wenigstens heute den Zusammenbruch des barbarischen Vorgriffs auf die aktuelle Klassenkonstellation zu rekonstruieren (48). Es ist erschütternd, wie schnell und scheinbar vollständig die Klassenzusammensetzung der Jahre 1944/45 zur Ungeschichte geworden ist, während sie sich mit der Geschichte der Reproduktionszyklen des Kapitals untrennbar verbindet. Beim zurückgebliebenen "Stammarbeiter"-Teil sind allenfalls ein paar Erinnerungen an einige kurzlebige Racheaktionen seitens der ausländischen Arbeiter zurückgeblieben. Und deren Vorgeschichte: die öffentlichen Hinrichtungen von ausländischen Parias vor versammelter Gesamtbelegschaft, die tagtäglichen Prügelorgien der Werkschutzkommandos, die Qual der "Arbeitserziehungslager", aber auch das letzte Aufgebot von

(46) Nämlich im Zusammenhang mit der jetzt neuerlich einsetzenden Rationalisierungskampagne. Dazu noch weiter unten.

(47) In diesem Zusammenhang sei verwiesen auf: Die berufliche Eingliederung der Heimatvertriebenen im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, in: Wirtschaft und Statistik, NF, 2. Jg. 1950, H. 10, S. 303 ff.; G. Reichling, Die Heimatvertriebenen im Spiegel der Statistik, Berlin 1958.

(48) Welch große Bedeutung diese Arbeit hat, hat ein Diplomandenkollektiv der Berliner Humboldt-Universität bewiesen, das kürzlich das Schicksal der Arbeitssklaven in den SS-V-Waffenfabriken im Harz untersucht hat: G. Dieckmann, Existenzbedingungen und Widerstand im Konzentrationslager Dora-Mittelbau unter dem Aspekt der funktionellen Einbeziehung der SS in das System der faschistischen Kriegswirtschaft, Diss. phil. 1968; B. Grabowski, Deutsche Geschichte 1945-1966, dargestellt am Leben und Wirken der ehemaligen Häftlinge und der Strafverfolgung der SS-Leute des Konzentrationslagers Dora, Staatsexamensarbeit Institut für Deutsche Geschichte, Humboldt-Universität, Berlin 1966; P. Hochmuth, Der antifaschistische Widerstand im KZ Dora und die Sabotage der V-Waffenproduktion in den Mittelwerken, Diplomarbeit, ebd. 1966; M. Pautz, Ein Arbeitslager der SS. Der Aufbau und die Häftlings- und SS-Organisation des KZ "Dora" und seiner Außenkommandos, Staatsexamensarbeit, ebd. 1966.

Gestapo und Werkschutz gegen deutsche Arbeiterkader, sind wirklich alles andere als Einzelfälle gewesen. Eine Klasse, politisch in ihren Avantgarden derart weitgehend vernichtet und durch die auf ihre Wohnviertel konzentrierten westalliierten Bombenangriffe so weitgehend demoralisiert, daß sie sich in den ersten Stunden der Befreiung nicht gegen ihre Peiniger erhob, braucht in der Tat Jahrzehnte, um ihre Apathie und Geschichtslosigkeit zu überwinden, den rekonstruierten Mechanismus der Klassenspaltung anzugreifen, und von sich aus neue antagonistische Kampfformen zu entwickeln.
Natürlich wurde in den ersten Nachkriegstagen hier und da - beispielsweise, wie schon erwähnt, bei Continental in Hannover und in den VW-Werken in Wolfsburg (49) - der Werkschutz und dessen "erweiterte" Hilfstruppen durch Arbeiteraktionen beseitigt. Aber das geschah fast immer nur da, wo auch größere deutsche Arbeitergruppen dessen alltäglichen Antreibereien und Brutalitäten ausgesetzt gewesen waren. Wahrscheinlich ereignete sich gerade in solchen Ballungsgebieten, die gegen Kriegsende mit Zwangsarbeitern buchstäblich vollgestopft waren, so gut wie nichts dergleichen. In Essen beispielsweise, wo sich der Krupp-Werkschutz zusammen mit der Gestapo gerade in den letzten Kriegsmonaten mit viehischer Grausamkeit an den Zwangsarbeitern ausgelassen und entflohene Arbeitssklaven dutzendweise massakriert hatte, hatten sich die besonders exponierten Werkschutz-Sadisten rechtzeitig abgesetzt. (50) Während einige freigelassene Arbeiter noch nach ihnen suchten, um mit ihnen abzurechnen, wurde zur selben Zeit eben dieser Werkschutz noch während der letzten Kampfhandlungen in aller Form von den US-Kommandeuren als Polizeischutztruppe gegen proletarische Aneignungsaktionen bestätigt! (51) Er blieb praktisch völlig unangetastet, während der "Krupp Case" genauso wie die übrigen Nürnberger Nachfolgeprozesse gegen deutsche Großindustrielle (52) "verhandelt" wurde (53). Wie der damalige Hauptankläger der Nürnberger Prozesse, Taylor, nach gebührendem zeitlichem Abstand zugab, waren die Festnahmen von Krupp-Managern und -Angestellten ohnedies von den Besatzern vor allem als Schutzmaßnahme vor Racheakten seitens der freigelassenen Zwangsarbeiter verstanden worden (54) -

(49) Nach einer Mitteilung eines ehemaligen VW-Werkschutzangehörigen während der NS-Zeit, Ribbe.
(50) Vgl. W. Manchester, Krupp, München 1968, S. 561.
(51) So dargestellt bei N. Mühlen, Die Krupps, Frankfurt/M. 1960, S. 185.
(52) Und zwar im Flick-, IG Farben- und Krupp-Prozeß. Vgl. die entsprechenden Dokumentenbände in der Serie "Trials of War Criminals before the Nuernberg Military Tribunals Under Control Council Law No. 10, Vol. VI, VII-VIII, IX, Washington D. C., 1950-1953.
(53) Vgl. ebd. Vol. IX:The Krupp Case, Washington D. C. 1950, Um den Prozeß rankt sich eine weitschweifige, meist apologetische Literatur, während die Dokumentenbände des Prozesses bis heute immer nur selektiv untersucht worden sind. Vgl. Dokumentarischer Anhang, XII und XIII.
(54) Taylor wörtlich: "Wenn wir führende Nazis auf freiem Fuß gelassen hätten, wären sie zum Ziel privater Racheakte und zum Zündstoff für die Ausbreitung

aber zur großen Überraschung aller Betroffenen sind diese Aktionen ausgeblieben. (55) Die Klassenspaltung war mit einer unglaublichen physischen Verelendung kombiniert gewesen. Der physische Verfall der - überlebenden - Zwangsarbeiter war so weit fortgeschritten, daß die befürchtete Revolte unterblieb: von Ansätzen zu einer antagonistischen Klassensolidarität konnte demzufolge noch weniger gesprochen werden. (56) Darüberhinaus unternahmen die Besatzungsverwaltungen alles, um auch nach den ersten turbulenten Tagen des Zusammenbruchs jede kämpferische Artikulation seitens der Arbeiter im Keim zu ersticken. So sehr auch danach wirkliche Kampfaktionen der proletarischen "Betriebsausschüsse" gegen die nazifizierte Betriebshierarchie und die bald einsetzenden wirtschaftspolitischen Eingriffe der "Treuhandverwaltungen" Ausnahmen blieben: für die alliierten Kommandanturen war allein schon ihre formale Existenz eine unangenehme Unbekannte in einer ansonsten genau berechenbaren Gleichung. Sie bemerkten, daß sie sich von den - freilich überaus zaghaften - Ansätzen von Arbeiterautonomie hatten völlig überraschen lassen. Umso kompromißloser wurden deshalb die Betriebskomitees von den Besatzern außer Gefecht gesetzt, sobald sie deren Eingriffe in die Produktion auch nur minimal zu behindern drohten. So etwa in Jena, wo Spezialeinheiten der US-Truppen vor ihrem Rückzug hinter die vereinbarte Demarkationslinie den gesamten Forschungs- und Entwicklungskomplex plünderten und aus gutem Grund kommunistische Kader kurzerhand wieder hinter Schloß und Riegel brachten. (57) So aber auch im Ruhrbergbau: als die Bergleute der Schachtanlage "Gerhard Blumental" in Recklinghausen sich gewaltsam gegen die Wiedereinstellung eines berüchtigten Nazi-Zechenbeamten zur Wehr setzten, wurden sechs von ihnen wegen "Aufruhrs" von einem Militärgericht zu Gefängnisstrafen verurteilt. "In anderen Betrieben beschlossen die Bergarbeiter, so lange nicht einzufahren, bis alle aktiven Nazis aus dem Betrieb entfernt worden sind. Auf einer Ze-

politischer Gewalttaten geworden." T. Taylor in: Columbia Law Review, 1963, Nr. 2, zit. nach: W. Manchester, op. cit. S. 562 f.

(55) Vgl. die ausgezeichnete Darstellung über die Verhältnisse in Essen während und unmittelbar nach dem Einmarsch der US-Truppen bei W. Manchester, op. cit. S. 560 ff.; sowie ergänzend N. Mühlen, op. cit. S. 181 ff.

(56) Manchester (op. cit. S. 563) berichtet allerdings, einige westalliierte Offiziere hätten Aktionen seitens der osteuropäischen Zwangsarbeiter befürchtet, sobald sie wieder zu Kräften gekommen waren. Aber sie konnten beruhigt sein: "Einige alliierte Offiziere äußerten die Befürchtung, daß sie schwer zu bändigen sein würden, wenn sie sich physisch erholt hätten, aber die Eroberer hatten keine Vorstellung von den psychischen Schäden, die eine lange Unterdrückung anrichtet."

(57) Vgl. dazu die ausführliche Darstellung in: Autorenkollektiv unter Leitung von W. Schumann, Carl Zeiss Jena einst und jetzt, Berlin 1962, S. 587 ff. Die Begründung für die Verurteilung von 22 Jenaer Kommunisten Pfingsten 1945 durch einen US-Gerichtsoffizier war typisch: "Wir brauchen in Deutschland keine Antifaschisten, keine Kommunisten, wir haben eine starke Armee, wir werden in Deutschland jede Politik ausrotten." Zit. nach ebd. S. 602.

che erschien daraufhin britisches Militär mit Panzerwagen. Der Betriebsratsvorsitzende wurde sofort verhaftet." (58) Den Kumpels blieb nichts anderes übrig, als durch gezieltes Langsamarbeiten die Entfernung wenigstens der berüchtigsten Nazisteiger zu erzwingen, und um - dies sollte nicht vergessen werden - auch die reformistischen Agitatoren für eine Wiederankurbelung der Produktion ohne Vorbedingungen seitens der Arbeiter auf Distanz zu halten.

Gleichwohl schienen den alliierten Besatzungsverwaltungen derart drakonische Vorgehensweisen gegen alle Keimformen von Arbeiteraufsässigkeit nicht ausreichend genug, um die Arbeitermassen auf Dauer als Widerstandspotential gegen die Reorganisation und Modernisierung des nazifizierten Gesamtkapitals auszuschalten. In diesem Zusammenhang haben makabrerweise gerade die weiteren Ereignisse bei Krupp Schule gemacht. Als sich nach der Übernahme der Krupp-Anlagen durch die Briten zeigte, daß der personell weitgehend unveränderte Werkschutz als Kontrollinstrument gegenüber den jetzt wieder ausschließlich deutschen Stahlarbeitern versagte, wurde er direkt dem Kommando eines Majors der britischen Armee unterstellt, in britische Uniformen gesteckt und mit automatischen Waffen ausgerüstet.(59) Als "Industriepolizei" mit allen martialischen Insignien des Ausnahmezustands und der Militärgerichtsbarkeit ausgestattet, hatte er die Funktion, jeden Anflug von Aufsässigkeit sofort und mit brutaler Härte zur Räson zu bringen. So hielten die verhaßten Werkschutztruppen der Unternehmer wieder Einzug, nur diesmal nicht nur mit dem Krupp-Emblem am Ärmel, sondern zusätzlich ausgestattet mit den Armbinden der westalliierten Militärpolizei. Für die Arbeiter hatte sich praktisch nichts geändert, mehr noch: jetzt, nach dem sang- und klanglosen Verschwinden der ausländischen Arbeitssklaven, waren sie selbst wieder in das Zentrum betrieblicher Repression hineingeraten, vor der es vorerst kein Entrinnen gab.

Nach wenigen Monaten war der Fall Krupp verallgemeinert. Die neuerliche Knebelung der Arbeiterbedürfnisse war unverschleiert erkennbar. Die "Industriepolizei" wurde zum zentralen Hebel für die Durchsetzung des restaurativen Phasenprogramms der westlichen Alliierten, der sich ziemlich schnell als wirksames Einschüchterungsinstrument erwiesen hatte und dem die gedemütigten Arbeiter hilflos gegenüberstanden. Zunächst wurden über die deutschen Polizeistellen seit Herbst 1945 "Wachmänner" zum Schutz der amerikanischen, britischen und französischen Militärstützpunkte rekrutiert und modern ausgerüstet. (60) Aus diesen Wachmannschaften, aber auch aus den

(58) G. Mannschatz, J. Seider, Zum Kampf der KPD im Ruhrgebiet, op. cit. S. 105.
(59) Vgl. C. Amelunxen, Werkschutz und Betriebskriminalität, Hamburg 1960, S. 12 f.; sowie K.-H. Kallenbach, Die Privatarmee der bundesdeutschen Industrie, in: Frankfurter Rundschau Nr. 198 v. 27. 8. 1964.
(60) Vgl. SFC Hermann DEML, Geschichte des Labor Service, Heidelberg 1953, S. 2 f.

bewußt intakt gehaltenen Wehrmachtresten wie den "Dienstgruppen" (61), dem in den "Historischen Abteilungen" der westalliierten Armeen insgeheim zusammengezogenen Generalstab der Wehrmacht sowie der militärischen Abwehr (62), wurden seit Anfang 1946 ständig neue Einheiten der "Industriepolizei" formiert. Sie stellten, bis heute noch von einem fast vollständigen Schleier der Geheimhaltung umgeben (63), zweifellos in allen drei westlichen Zonen das entscheidende Instrument für die Unterdrückung der Arbeiterautonomie und für die schrittweise Rekonstruktion des gesellschaftlichen Gewaltapparats einer fest ins westliche Bündnis eingekeilten westdeutschen herrschenden Klasse dar. Die "Industriepolizei" war ein gigantischer Pool, in dem sich die großen und die kleinen Werkschutz-, SS-, Gestapo- und Wehrmachtsoldaten einerseits vor der "Entnazifizierung" schützen, andererseits für ihre neuen Aufgaben bewähren konnten. Sie war eine Art Durchlauferhitzer, aus dem die meisten westalliierten Spezialdienste und später die Kader von Bundesgrenzschutz, Bereitschaftspolizei, Verfassungsschutz und politischer Polizei sowie seit 1954/55 der Bundeswehr hervorgegangen sind. (64) Der Grund ist einfach: die "Industriepolizei" war die einzige Polizeiformation der Westalliierten, die vor 1950 auf den Stützpunkten der US-Truppen eine vollständige Bürgerkriegsausbildung erhielt. Der Übergang zu den "Dienstgruppen" war fließend; feststeht, daß gerade die unmittelbar gegen die Arbeiter eingesetzten Formationen in Straßen- und Häuserkampf, in der Taktik der Besetzung von Industriezonen usw. unterrichtet und mit

(61) Zur Rolle der "Dienstgruppen" der westalliierten Besatzungsarmeen vgl. die Darstellung eines Beteiligten: F. Schulz, Dienstgruppe GCLO, GSO. Eine deutsche Nachkriegstrilogie, Bd. I, Bonn 1956; sowie die kritische Analyse von Zboralski, Zur Erhaltung deutscher militaristischer Kader nach dem zweiten Weltkrieg in Westdeutschland, in: Der deutsche Imperialismus und der zweite Weltkrieg Bd. 5, Berlin 1962, S. 387 ff.

(62) Zu diesen Komplex liegt jetzt eine geschlossene Untersuchung vor: H. Zolling, H. Höhne, Pullach intern. General Gehlen und die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes, Hamburg 1971, S. 106 ff.; die Autobiographie von R. Gehlen, Der Dienst. Erinnerungen 1942-1971, S. 151 ff., ist auch hier apologetisch.

(63) Auch in spezialisierten DDR-Untersuchungen über die politisch-polizeiliche Restauration in den Westzonen wird das Thema "Industriepolizei" nur kursorisch gestreift. Die genauesten Informationen stammen von einem Beteiligten. Vgl. SFC Hermann DEML, Geschichte des Labour Service, op. cit. S. 6 f.

(64) Der typische Werdegang eines Wehrmacht-Berufsoffiziers in westalliierten Diensten zwischen 1945 und 1955/56 durchlief folgende Etappen: Industriepolizei bis 1950, 1950/51 Übernahme in die "Dienstgruppen", von da aus in die neuen westdeutschen Polizeieinheiten (Bereitschaftspolizei/Bundesgrenzschutz oder auch politische Polizei/Geheimdienste) dann Anwerbung durch das "Amt Blank" und schließlich Übernahme in die Bundeswehr. Zur ersten Phase bis 1950/51 vgl. SFC Hermann DEML, op. cit., außerdem - wenn auch zutiefst apologetisch und ins Defensive verfälschend - G. Wettig, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943-1955, München 1967, bes. S. 225 ff., 276, 300, 306 f.

allen Infanteriewaffen einschließlich Granatwerfern ausgerüstet wurden. (65) Die Restauration in den Westzonen vollzog sich also unter einem drakonischen Besatzungsregime, das alle wesentlichen Institutionen der Arbeiterunterdrückung auf unmittelbarer Betriebsebene aufrechterhielt. Die Arbeiter waren buchstäblich vom gesellschaftlichen Leben abgeschnitten und in das Korsett einer vom Ausnahmezustand begünstigten und blockierten wirtschaftlichen Entwicklung eingezwängt. Daran änderte sich auch nach 1947/48, als die Einbeziehung der Ökonomie der Westzonen in die internationalisierte containment-Wirtschaft einsetzte, praktisch nichts. Die Hungerrevolten von 1947 (66) und die Ansätze zum Generalstreik gegen die Währungsumstellung 1948 (67) wurden derart systematisch unterdrückt, daß sie allenfalls den Umschlag von der selektiven Wirtschaftsblockade zur separaten westzonalen Rekonstruktion forcierten. Ein umfangreicher Aufmarsch der Besatzungsarmeen war allerdings auch in den kritischen Perioden des Kurswechsels nicht nötig. Das Bollwerk "Industriepolizei" bestand seine Belastungsprobe. Sobald die internationale Konstellation über die wirtschaftspolitische Rekonstruktionsplanung auch die separatstaatliche Rehabilitation der herrschenden Klasse zuließ, hatten die Fabrikkommandos ihre Funktion erfüllt. Die gesellschaftliche Maschinerie des Systems ging zur arbeitsteiligen Modernisierung der Klassenherrschaft über, und die Besatzungsverwaltungen zogen sich in Fabrik und Gesellschaft auf Reservepositionen zurück. Von diesen Positionen aus blieben die westzonalen Unternehmer-Marionetten freilich trotz aller wiedergewonnenen Staatlichkeit tief in die internationale containment-Strategie verstrickt. Auf jeden Fall wurde von keinem der an der Klassenkonfrontation Beteiligten - wenn man vom Arbeiterreformismus absieht - der parlamentarische Institutionenkomplex des Separatstaats sonderlich ernst genommen. Seit 1949/50 hatten die westlichen Alliierten dem Adenauerregime grünes Licht für die endgültige Stabilisierung der inneren Klassenherrschaft gegeben, die Wiederaufstellung eines kontrollierten Armeekontingents für das osteuropäische containment programmiert (68)

(65) Vgl. dazu: Merkbuch für die Industriepolizei. Verhalten bei Unruhen, Augsburg 1947; auf diese geheime Dienstanweisung wurde erstmals 1948 in einem Zeitungsartikel aufmerksam gemacht: Schwarze Garden und Industriepolizei - gegen wen? in: Tägliche Rundschau v. 14. 3. 1948.

(66) Vgl. Anm. 37.

(67) Vgl. dazu die Informationen bei A. Behrendt u. a., Die westdeutschen Gewerkschaften und das staatsmonopolistische Herrschaftssystem 1945-1966, Berlin 1968, S. 65; L. D. Clay, Entscheidung in Deutschland, Frankfurt 1950, S. 331 f.; sowie Kritik der Mitbestimmung, op. cit. S. 91 ff.

(68) Vgl. dazu vor allem die zwei von Autorenkollektiven verfaßten DDR-Standardarbeiten: Bundeswehr-Armee für den Krieg, Berlin 1968; Polizei der BRD - Polizei der Monopole, Berlin 1972, die - abgesehen von ihrem problematischen politisch-methodischen Ansatz - jedoch einige Informationsfehler enthalten; ausführlich, aber gezielt verschleiernd G. Wettig, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung, op. cit.; sowie von US-amerikanischer Seite vor allem W. Martin: The American Decision to Rearm Germany, in:

und gleichzeitig mit der Organisation eines geheimen militärischen Untergrundnetzes für den Fall eines größeren europäischen Kriegs mit der Sowjetunion begonnen. Mit fünfjähriger Verspätung begann sich die Nachkriegsplanung der Unternehmer und der Akteure des späten NS-Planstaats zu verwirklichen, und die Anzeichen mehrten sich, die darauf hindeuteten, es würde doch noch zu einem Affront gegen den hartnäckigen reformistischen Gebrauch des sich langsam einspielenden parlamentarisch-tarifpolitischen Institutionalismus kommen. Unter der Ägide des US-Militärgeheimdienstes und der 1950 etablierten "Bundeszentrale für Heimatdienst", dem Vorläufer des späteren "Amts Blank" (69), schossen SS-Traditionsverbände, Kameradschaften von Elitetruppen der Naziwehrmacht und militaristische Jugendverbände aus dem Boden. Vor allem beim "Bund Deutscher Jugend (BDJ)" war es offensichtlich, daß hier eine außer-institutionelle Massenbasis zur Verschleierung des Übergangs der westalliierten Hilfstruppen in die Dienste des Unterdrückungsapparats des frischgebackenen Unternehmerstaats geschaffen werden sollte. Als die Besatzungsmächte 1950/51 ihre "Industriepolizei" wieder aus den Betrieben abzogen, wandte sich die Bundesleitung des BDJ an die Ruhrindustriellen, um ihnen qualifizierte Kader für die Verstärkung ihrer vorübergehend geschwächten Werkssicherheitsdienste anzudienen; in einem entsprechenden Schreiben war das "Bundesinnenministerium als Bürge für die Zuverlässigkeit des BdJ angeführt worden" (70). Diese Offerte scheint von den Unternehmern prompt angenommen worden zu sein; anders ist die Tatsache, daß der damalige zweite BDJ-Bundesvorsitzende Hammacher heute den Posten eines Werkschutzleiters bei Mannesmann bekleidet (71) und daß ein seinerzeit durch seine BDJ-Kontakte kompromittierter Kriminalbeamter namens Sczesny gegenwärtig als Chef der Frankfurter "Werkschutz GmbH" amtiert (72), wohl kaum zu erklären. Aber der BDJ tat sich nicht nur in dieser Richtung hervor, denn bei der Rekonstruktion des Werkschutzes haben auch andere, mit ihm assoziierte Terrorverbände wie beispielsweise die in der DDR operierende "Kampfgruppe gegen Unmenschlich-

H. Stein (ed.), American Civil-Military Decisions, University of Alabama Press 1963; J. L. Richardson, Deutschland und die NATO, Köln und Opladen 1967, bes. S. 17 ff.; sowie besonders E. Willenz, Early Discussions Regarding a Defense Contribution in Germany (1948-1950), RAND-Memo. RM-698, Santa Monica/Cal. 1952.

(69) Vgl. dazu die Angaben bei Wettig, op. cit. S. 300 f.

(70) "Technischer Dienst" und BDJ (Bund Deutscher Jugend), in: Feinde der Demokratie, Hrsg. Landesbezirk Nordrhein/Westfalen des DGB, 1953, Nr. 2, S. 7.

(71) In dieser Funktion hat Hammacher seit Beginn der 60er Jahre mehrfach in der Zeitschrift "Ziviler Luftschutz" (später "Zivilschutz") über Werkschutzfragen publiziert. Vgl. auch: Feinde der Demokratie, op. cit. S. 5.

(72) Vgl. beispielsweise den folgenden Artikel, den H. Sczesny der Wirtschaftszeitung "Blick durch die Wirtschaft" geschrieben hat: Sicherheitslücken in der deutschen Wirtschaft, wiederabgedruckt in dem Sammelband: Wie schütze ich meinen Betrieb, hrsg. v. J. Jeske, Düsseldorf-Wien 1973, S. 15 ff.

keit" (73), deren Sabotagechef Baitz heute den Werkschutz der Chemischen Werke Marl leitet (74), eine bedeutende Rolle gespielt. Im Hintergrund des BDJ operierte gleichzeitig ein "Technischer Dienst", bestehend aus mehreren tausend ehemaligen SS-Offizieren, der sich unter Anleitung des US-amerikanischen CIC insgeheim auf den "Fall X", nämlich die Bekämpfung von großen Arbeiterunruhen und auf Massenliquidierungen von SPD-, Gewerkschafts- und KPD-Funktionären im Fall militärischer Auseinandersetzungen vorbereitete. (75) Anläßlich der Aufdeckung des "Technischen Dienstes" im Herbst 1952 in Hessen wurde bekannt, daß es mindestens 15 weitere solcher Geheimorganisationen gab, deren Mitglieder - fast ausschließlich ehemalige Gestapo- und SS-Leute - sich auf den großen Sprung in die politischen Zentren der von Westalliierten, Unternehmern und Bundesregierung projektierten neuen Unterdrückungsinstitutionen vorbereiteten. Was dabei den Werkschutz betrifft, scheint dessen Übernahme in alleinige Unternehmerregie schon 1951 mit der Gründung der "Gesellschaft zum Schutz der Deutschen Wirtschaft (GSW)" abgeschlossen gewesen zu sein. Denn hier brauchten bei den großen Konzernen die alten Kader nur geringfügig verstärkt und modernisiert zu werden, als sie 1950/51 den Status von Hilfstruppen der westalliierten Militärpolizei verloren. So war das Unternehmerkommando voll restauriert, nachdem es sechs Jahre lang mit der Autorität des westzonalen Besatzungsregements über die Klippen der Nachkriegsära gerettet worden war. Auch auf gesellschaftlicher Ebene sollte die große präventiv-konterrevolutionäre Mobilisierung, so wie sie Adenauer anläßlich der Neugründung der "Technischen Nothilfe" - jetzt unter dem Namen "Technisches Hilfswerk" 1951 als Schritt zum "Aufbau der inneren Front" gefeiert hatte, der die äußere Linie des kalten Kriegs wirkungsvoll ergänzte (76), nicht ohne Wirkung sein. Der bankrotte Arbeiterreformismus hatte sich mit seinen Mitbestimmungskampagnen auf eine Defensivbewegung beschränkt, die die Arbeiterbedürfnisse nicht tangierte und deshalb eine ohnmächtige Geste blieb. Und da die Arbeiter auch nicht bereit waren, den grenzenlosen Zynismus der KPD-Wiederaufbauparolen in den alles entscheidenden Nachkriegsmonaten genauso wie die Abwiegelungstaktik der Kommunisten bei den Hungerrevolten von 1947 (77) zu vergessen, blieb auch die KPD bei ihrer verzweifelten Wiedervereinigungskampagne von 1952, bei der sie mit ihrem Programm für den

(73) Vgl. dazu K. H. Roth, Die "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit": Fünfte Kolonne des Kalten Krieges, in: ders. Invasionsziel DDR, Hamburg 1971, S. 85 ff.

(74) Vgl. dazu U. Sander, Menschenleben spielten keine Rolle. Die seltsame Karriere des Gerd Baitz, in: Tatsachen v. 8. 3. 1969; Das ist der Terror der Betriebs-Gestapo! in: elan-express, Dortmund, März 1971 S. 1.

(75) Vgl. dazu ausführlich: Feinde der Demokratie, op. cit. S. 10 f.

(76) Zit. nach: Fünf Jahre BDI. Aufbau und Arbeitsziele des industriellen Spitzenverbandes, Hrsg. BDI, Bergisch Gladbach 1954, S. 91.

(77) Über das Zurückweichen der KPD vor der Massenbewegung im Frühjahr 1947 vgl. U. Schmidt, T. Fichter, op. cit. S. 41 f.

Sturz des Adenauerregimes immerhin die Illegalisierung riskierte (78), ohne Massenbasis. Die Arbeiter waren vollständig eingekreist in das Nachkriegscontainment und sahen keine Möglichkeiten für eine autonome Entwicklung ihrer Bedürfnisse. Und so sahen auch die Unternehmer bald keinen Anlaß mehr, eine zu Beginn der fünfziger Jahre erfolgreich perpetuierte Ausbeutungsorganisation durch überproportional scharfe Angriffe gegen die Arbeiter zu forcieren. Für sie entwickelte sich die Fortsetzung des 1941/42 auf die Spitze getriebenen Mechanismus der Klassenspaltung als wirksamstes Mittel einer reibungslosen Disziplinierung. Die Ersetzung der ausländischen Zwangsarbeiter durch die Millionenmassen der freiwillig aus Osteuropa und Ostdeutschland abgewanderten Arbeiter war längst in Gang gekommen. Der Werkschutz, das "Technische Hilfswerk" und ein hinlänglich funktionierendes System schwarzer Listen reichten vorerst aus, um das, was an proletarischer Aufsässigkeit sich gegen den Rekonstruktionsboom wandte, auf eigene Unternehmerrechnung zu kriminalisieren.

(78) Dieses Programm, von dem sich die KPD übrigens nach 1956 öffentlich distanzierte, wurde von der Klassenjustiz tatsächlich als Hauptargument für die Illegalisierung benutzt. Vgl. dazu G. Pfeiffer, H.-G. Strickert, KPD-Prozeß, Bd. 1-3, Karlsruhe 1955-1956, bes. Bd. 2, S. 33 ff., 399 ff.; Bd. 3, S. 51 ff. und 581 ff., Die Entscheidung des Gerichts.

2. Der Boom

Zu Beginn der fünfziger Jahre war das Wirtschaftssystem auf allen wichtigen Ebenen des inneren Klassenwiderspruchs endgültig reorganisiert. Es war erstaunlich, mit welcher Flexibilität und Kaltschnäuzigkeit der Unternehmerstaat jetzt den lange vor dem Zusammenbruch des NS-Systems geplanten Kurswechsel auch in der internationalen Strategie vollzog und sich in die neue weltwirtschaftliche Dynamik mit all ihren begrenzten Kriegen und ihren begrenzten kontinentalen Wirtschaftsbündnissen integrierte. (79) Trotzdem war die "soziale Marktwirtschaft", jetzt fest im westlichen Bündnis eingekeilt, in vielen wesentlichen Aspekten der Klassenherrschaft kaum von der voraufgegangenen Periode zu unterscheiden. Die Modifikationen sind klar, etwa, wenn wir bedenken, daß das auf eine neue Expansion umschaltende Wirtschaftssystem mit dem Klassenantagonismus sehr viel differenzierter als vorher umgesprungen ist - und das, obwohl der Arbeiterreformismus zunächst einmal genauso ausgeschaltet blieb wie in der Zeit nach 1933. Wie war es möglich, daß ein um ein Drittel seines Potentials reduziertes Wirtschaftssystem zehn Jahre nach Kriegsschluß über eine politisch-ökonomi-

(79) Dazu zusammenfassend A. Piettre, L'économie allemande contemporaine 1945-1952, Paris o.J.; K. W. Roskamp, Capital Formation in West Germany, Detroit 1964; H. C. Wallich, Mainsprings of German Revival, New Haven 1955.

sche Macht verfügen konnte, die es ihm jetzt gestattete, die Träume von 1940 und 1941, die Träume von einer Vormachtstellung in einem Versailles endgültig über den Haufen werfenden und vereinigten europäischen Wirtschaftssystem, Wirklichkeit werden zu lassen? Und wie konnte es dazu kommen, obwohl sich das Unternehmerkommando wohlweislich davor hütete, die düsteren nazistischen Exzesse bei der Mehrwertstimulation zu wiederholen? Tatsächlich konnten viele, für die der NS-Planstaat nur eine Inkarnation von Sadismus und Barbarei gewesen war, die Kontinuität in allen wesentlichen Zusammenhängen der Klassenherrschaft, die sich da kundtat, nicht mehr begreifen. Zentrale Bedingung des Booms war die ungebrochene Handhabung eines gespaltenen Arbeitsmarktes. Bis zu Beginn der fünfziger Jahre waren 9 Millionen Flüchtlinge und Umsiedler aus den Gebieten jenseits der Elbe und jenseits von Oder und Neiße in den westdeutschen Separatstaat gekommen; sie wurden im Verlauf der fünfziger Jahre um weitere drei Millionen ergänzt. Von diesen 12 Millionen Flüchtlingen waren 7 Millionen Arbeiter. (80) Somit verfügte der westdeutsche Kapitalismus insgesamt über sieben Millionen, teilweise hochqualifizierte, zusätzliche Verkäufer von Arbeitskraft, die durch eine radikale Konfrontationspolitik des Adenauerregimes gegen Osteuropa und nicht zuletzt durch die mehr oder weniger offene Annexionspropaganda vor allem gegenüber der DDR (81) jahrelang von einer Integration in den allgemeinen und "freien" Arbeitsmarkt abgehalten werden konnten. Hierin liegt die materielle Basis für die gesamte Politik des Adenauerregimes; ihr ganzer Zynismus wird deutlich, wenn wir uns klarmachen, daß der jahrelange Gebrauch der Flüchtlinge als besonders mobiler subproletarischer Teil des Gesamtarbeiters den Verlust der Zwangsarbeitssklaven der späten NS-Ära voll zu kompensieren vermochte. (82) Verglichen mit den Verhältnissen zwischen 1941/42 und 1945 war die systematische Spaltung des Arbeitsmarkts in den fünfziger Jahren sogar noch effektiver; diesmal handelte es sich um freiwillige Arbeitsemigranten, bei denen zumindest in den ersten Emigrationsjahren der Haß auf das sowjetisierte Wirtschaftssy-

(80) Genauere Angaben über die wachstumsstimulierende Rolle des weiter gespaltenen Arbeitsmarkts macht Kinleberger, Europe's Postwar Growth. The Role of Labor Supply, Cambridge/Mass. 1967, S. 30 ff.

(81) Daß diese Propaganda tatsächlich bis tief in die fünfziger Jahre ernstgemeint war, kann heute von niemand mehr bestritten werden. Die Reintegration der DDR-Ökonomie in das westdeutsche Wirtschaftssystem war miutiös vorbereitet. Vgl. beispielsweise K. H. Roth, Der "Forschungsbeirat für die Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands", Planungszentrale für die Annexion der DDR, in: ders., Invasionsziel DDR, op. cit. S. 15 ff., vor allem die Dokumente S. 52 ff.

(82) Über die materiellen Grundlagen der damaligen Klassenspaltung hat J. Kuczynski, op. cit. Bd. 7a, S. 224 ff., einige wichtige Daten zusammengetragen. Kindleberger, op. cit. S. 30 ff., kommt zu demselben Ergebnis, wenn auch in einer anderen Terminologie.

stem in Osteuropa mit all seinen kapitalistischen Rückständigkeiten (83) eine hinlängliche Arbeitsmoral zustandebrachte. Die sieben Millionen über den staatlichen Sektor des Arbeitsmarkts den wichtigsten Industriezweigen zugeteilten Flüchtlings-Proletarier sind zum Kristallisationspunkt für die Intensivierung der Ausbeutung über den Stand von 1943/44 hinaus geworden. Sie wurden jahrelang durch weitere subproletarische Randschichten, vor allem durch Frauen und sozial entwurzelte Jungarbeiter (84), ergänzt. Dies war der entscheidende Mechanismus, durch den die westdeutschen Unternehmer, gestützt auf die systematisch betriebene Spaltung Deutschlands und eine ultrakonservative innere Politik, die Fassade des Wirtschaftswunders errichten konnten.

Auch die Produktionsstruktur wurde in den fünfziger Jahren Schritt für Schritt an die optimalen Bedingungen des Potentials an Arbeitskräften angepaßt. Seit der brutalen Liquidierung der im NS-deficitspending gemachten Milliardenschulden gegenüber den Massen im Jahr 1948 (Währungsreform) (85) war ein ungeheuer modernisiertes Produktionssystem wieder angekurbelt worden. Die militärischen Auseinandersetzungen, die alliierten Flächenbombardements und die nachfolgenden Demontagen hatten zwar die materielle Basis für eine antagonistische Klassenidentität bei den Arbeitern zerstört, sie hatten aber die Maschinenaggregate des Kapitals so gut wie ungeschoren gelassen. Der westdeutsche Werkzeugmaschinenpark gehörte zu Beginn der fünfziger Jahre noch zu den modernsten der Welt. (86) Und die 1942 einsetzen-

(83) Über die Rückständigkeit beispielsweise des sowjetischen Wirtschaftssystems hat Rita di Leo in ihrem Buch "Die Arbeiter und das sowjetische System", Trikont-Verlag, München 1973, eine interessante Erklärungshypothese vorgelegt. Problematisch ist nur, daß die Autorin dabei von der Tatsache abstrahiert, daß die Nazi-Armee bis 1944 zwei Drittel der sowjetischen Wirtschaft zerstört hatte.

(84) Eine systematische Untersuchung über die subproletarischen Schichten der Arbeiterklasse in der BRD der fünfziger Jahre gibt es noch nicht. Dabei ist selbst die Statistik eindeutig: der Anteil der Frauen, die Akkordempfänger sind, ist insgesamt etwa doppelt so hoch wie bei den Männern (September 1949), die Bruttowochenverdienste schwanken pro Wirtschaftszweig zwischen 45 und maximal 76 Prozent bezogen auf die Männerverdienste. Vgl. Wirtschaft und Statistik, NF, 2. Jg. 1950, H. 2, S. 40, H. 6. Bezüglich der Lage der Jugendlichen sei verwiesen auf: Die wirtschaftliche und soziale Lage der Jugend in Westdeutschland, Hrsg. Deutsches Wirtschaftsinstitut, Berlin 1951. Auch die Gewerkschaften waren über die geringe Arbeitsmoral der Nachkriegsjugend beunruhigt und forderten integrationistische Abhilfe. Vgl. DGB-Bundesvorstand, Hauptabt. Jugend: Arbeitslosigkeit und Berufsnot der Jugend, Bd. I/II, Köln 1952.

(85) Über den genauen Mechanismus der Währungsumstellung vgl. V. Agartz, Wirtschafts- und Steuerpolitik, in: Referat zum DGB-Kongreß in Frankfurt/M. 1954, Sonderdruck; A. Piettre, L'économie allemande contemporaine, op. cit. S. 205 ff.

(86) Vgl. dazu ausführlich R. Katzenstein, Zur Einwirkung des zweiten Weltkriegs auf den kapitalistischen Reproduktionsprozeß, dargestellt am Bei-

de "totale Rationalisierung" hatte die Produktionsstruktur der deutschen Industrie endgültig in eine intensive Periode der Massenproduktion und der Mechanisierung hineingebracht. Das zahlte sich jetzt aus, wenn es auch zutrifft, daß die deutschen Unternehmer in den ersten Nachkriegsjahren kurzfristig von den neuesten Umwälzungen in Chemie, Elektrotechnik und Energiewirtschaft ausgeschlossen gewesen waren. Alles in allem waren die Bedingungen jedoch optimal, um auf der Basis des Investitionszyklus von 1942-1944 die massenhafte Aneignung von unbezahlter Arbeitszeit fortzusetzen. Die Unternehmer absolvierten bis gegen Ende der fünfziger Jahre eine Periode der "Rationalisierung der Ausbeutung mit möglichst geringem Kapitalaufwand". Die Produktionsabläufe wurden weiter zerlegt, und zwar fast immer nach dem Prinzip, bei minimalem Investitionsaufwand den Sektor der mechanisierten Massenproduktion auszuweiten und gleichzeitig seitens des Gesamtarbeiters eine möglichst effektive "Leistungshergabe" zu erreichen. (87) Aufgrund der aktuellen Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse schienen im Gegensatz zum letzten Reproduktionszyklus der NS-Ära die letzten Hemmnisse für eine Intensivierung der Arbeitsleistung wegzufallen. Der Maschinenpark wurde nur insoweit ergänzt, als es erforderlich schien, um mit griffesparenden Folgesteuerungen, selbstgängigen Vorschub- und Zustellbewegungen das Maschinentempo zu steigern; jedenfalls wurden technisch längst mögliche Eingriffe zur Homogenisierung der Produktionsketten (Kopierverfahren) nur selten ausgenutzt. Das Fließband, bislang weitgehend auf die Endmontage in Elektrotechnik und Autoindustrie beschränkt, erfuhr eine massive Ausweitung innerhalb der verschiedensten Industriezweige (z.B. Lebensmittelindustrie, Versandhauskonzerne etc.); noch typischer aber war, daß in den klassischen Fließbandindustrien selber ständig neue Abteilungen an die Hauptbänder der Endmontage angeschlossen wurden (Zylinderblockmontage in der Autoindustrie). (88) Alles in allem war die Produktionsentwicklung durch das Bestreben der Unternehmer gekennzeichnet, die in der Kriegswirtschaft stabilisierten Ansätze zur Untergliederung der Arbeitsope-

spiel des Werkzeugmaschinenbaus in Deutschland bzw. Westdeutschland, in: Konjunktur und Krise, 5. Jg. 1961, H. 2, S. 113 ff.

(87) Zur Rationalisierungsbewegung der frühen fünfziger Jahre vgl. vor allem ADB-REFA-AWF (Hrsg.), Rationalisierung - 100 Beispiele aus den Betrieben, München 1955; Bordag-Wettengel, Bürgerliche Legenden vom Wesen der kapitalistischen Rationalisierung in Westdeutschland, in: JWG, 1963, T. I, S. 61 ff.; L. Brandt, G. Frenz, Industrielle Rationalisierung, Dortmund 1953; R. Katzenstein, Die Investitionen und ihre Bewegung im staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin 1967 (enthält trotz des abschreckenden Titels wichtige Informationen); C. A. Ross, Wege und Ziele deutscher Rationalisierung, Dortmund 1955.

(88) Zur Ausdifferenzierung des Fließbandsystems in der Autoindustrie vgl. die ausgezeichnete Studie von Hammer, Vergleichende Morphologie der Arbeit in der europäischen Automobilindustrie: Die Entwicklung zur Automation, Basel-Tübingen 1959.

rationen zu konsolidieren und zu verbreitern. Unter diesen Bedingungen konnte die gespaltene Handhabung des Arbeitsmarkts zur Quelle einer intensiven Spaltung und Desorientierung des Gesamtarbeiters in allen wichtigen Sektoren werden.

Nicht weniger entscheidend war der systematische produktivitätsstimulierende Gebrauch des traditionellen Arbeiterreformismus gegen die Arbeiterklasse. Die politische Arbeiterbewegung befand sich in einer desolaten Situation. Ihre institutionelle Struktur, einzige Basis jener Strategie, die Arbeiterklasse durch eine starke Einheitsgewerkschaft in einen demokratischen Planstaat hineinzunehmen, war je nach dem Primat einer äußeren West- oder Ostorientierung aufgesplittert; sie hatte mit dem Einsetzen der Verfolgungsjagden gegen interne KPD-Kader jegliche Stoßkraft verloren. Sobald die Westalliierten den Unternehmern die Bestimmung über die Strategie der Mehrwertproduktion - selbstverständlich nur im Rahmen des festgeschriebenen internationalen wirtschaftspolitischen Kontexts - wieder überlassen hatten, gingen diese kompromißlos gegen die Gewerkschaften und die politischen Arbeiterinstitutionen vor. Besonders leichtes Spiel hatten sie dabei mit jenem Flügel, der durch seine zynische Beteiligung an der Westlösung und der Spaltung Deutschlands jegliche Initiative verloren hatte, um die Massenbedürfnisse in sein Modell der wirtschaftsdemokratischen Entwicklung umzuleiten. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie waren bis zu Beginn der fünfziger Jahre zu einem kolossalen Monstrum degeneriert, das sowohl gegenüber den Massen wie auch gegenüber dem sich abzeichnenden Boom - der große Unterschied zu 1918! - jegliche Existenzberechtigung verloren hatte. So blieb ihnen nichts anderes übrig, als jeden Brosamen, der von den Tischen der wirtschaftlichen Expansion abfiel, dankbar anzunehmen und Wartestellung zu beziehen. Gegen Ende der Weltwirtschaftskrise war ihre wirtschaftspolitische Doktrin bis an das Niveau eines Keynes herangekommen, als sie sich entschlossen, sich der Reichswehrgeneralität und danach den Nazis als Garanten der Hereinnahme der Arbeiter in einen neuen Entwicklungszyklus anzudienen: Überwindung der Krise durch öffentliche Produktion, Stimulierung der Nachfrage durch Reallohnanstieg und nachträgliche Reorganisation der Profitabilität des privaten Kapitals durch Produktivitätssteigerung und Arbeitsintensivierung - das waren damals ihre Parolen. Davon waren die einheitsgewerkschaftlichen Tagträumereien von 1945 bis 1947 in nichts zu unterscheiden gewesen; da dabei von den Reformisten außer acht gelassen wurde, daß sie ihr politisches come back nicht auf dem Rücken der Arbeiterklasse, sondern auf den Schultern der Antihitler-Armeen organisierten, war dem Hoffen auf eine gesamtdeutsch-plankapitalistische Rekonstruktion in einem wahren Staat der Arbeit ein rasches Ende beschieden gewesen. Die Konsequenz war einfach. Gewerkschaften und Sozialdemokratie gaben sich mit dem zufrieden, womit sie den Unternehmern vorerst nützlich waren: mit der Teilnahme an der Stimulierung der Arbeitsproduktivität. (89) Bald war auch nur

(89) Vgl. dazu: Rationalisierung und Arbeitnehmerschaft. Entwurf einer gewerk-

die Erörterung des zentralen Bestandteils der "wirtschaftsdemokratischen" Integration der Arbeiter, des Reallohns, verpönt. Es gehörte offensichtlich zu den Intentionen des Marshallplans, daß im entstehenden westeuropäischen Bollwerk der US-Weltwirtschaft die Löhne weit unter dem US-amerikanischen (25 Prozent) und dem westeuropäischen Standard (15 bis 20 Prozent mit der größten Differenz gegenüber England) blieben. (90) Der westdeutsche Brosamen-Reformismus kalkulierte seither in diesen Dimensionen mit (91) - Dimensionen, die die übrigen herrschenden Klassen Westeuropas zehn Jahre nach ihrer Europäisierung durch die Nazi-Stiefel auf sehr viel reellere Weise ins Schlepptau der Unternehmer des westdeutschen Rumpfstaats geraten ließen. (92) Daran wurde auch von den Nachfolgern der Böckler und Schumacher nicht mehr gerüttelt. Sie begannen, auf ihre Weise die ihnen von oben zudiktierte Rolle einer Nachfolge der Halb-Einheitsgewerkschaft DAF anzutreten: keine aktive Lohnpolitik, absolutes Tolerieren der Klassenspaltung und ihrer Voraussetzung in der Zirkulationssphäre, des gespaltenen Arbeitsmarkts, vorrangige Orientierung an der Effektivierung der Ausbeutung der Arbeiter, lediglich pro-"atlantische" Kompensation und Versachlichung der NS-Arbeitsideologie. (93) Im Jahr 1950 war das "Rationa-

schaftlichen Stellungnahme, Köln 1950; sowie die diversen Rechenschaftsberichte des RKW seit Anfang der fünfziger Jahre (abgedruckt in der RKW-Zeitschrift: Rationalisierung, München 1950 ff.), in denen konstant von einer außerordentlich "rationalisierungsfreundlichen" Haltung der westdeutschen Gewerkschaften die Rede ist.

(90) Dieses Ziel wurde seit der Währungsumstellung mit aller Härte verwirklicht: "Zwar war der Preisstop mit der Währungsreform aufgehoben, doch der Lohnstop sollte noch auf Monate durch die westalliierte Administration und den Frankfurter Wirtschaftsrat aufrechterhalten bleiben. Bei einem Preisauftrieb bis zu 20 % verschlechterte sich die materielle Lage der arbeitenden Bevölkerung weiter." Kritik der Mitbestimmung, op. cit. S. 92. Zur Entwicklung der Löhne vgl. J. Kuczynski, op. cit. Bd. 7a, S. 205 ff., 383 ff.

(91) Allerdings wurden sie wegen der bis etwa 1954 fortdauernden innergewerkschaftlichen Flügelkämpfe in dieser Zeit noch offen diskutiert. Zu diesem Komplex wären die wichtigsten Gewerkschaftszeitschriften: Der Gewerkschafter, Jg. 1952 ff.; Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 1952 ff., heranzuziehen.

(92) Dieser Zustand war praktisch seit der offiziellen Sanktionierung der Marshallplan-Strategie durch die Gewerkschaften hergestellt und seither unverändert. In den meisten kritischen Gewerkschaftsanalysen wird dies konstatiert, jedoch fast nie auf den springenden Punkt - die aktive Beteiligung an der Effektivierung der Ausbeutungsraten mittels einer neuaufgelegten "Rationalisierungsbewegung" - bezogen.

(93) Hierbei waren bezeichnenderweise Autoren und Funktionäre wie Walther Pahl in der vordersten Linie, die sich schon immer an den stärksten Bataillonen, darunter auch der nazistischen "Regierung der nationalen Erhebung", orientiert und in den Gewerkschaftszeitschriften entsprechende Propaganda betrieben hatten. Vgl. W. Pahl, Der Feiertag der Arbeit und die sozialistische Arbeiterschaft, in: Gewerkschaftszeitung, Nr. 17 v. 29. 4. 1933, S. 259 ff. Pahl hat bis Anfang der fünfziger Jahre ungestört in den "Gewerkschaftlichen Mo-

lisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft", die 1948 wiedergegründete Nachfolgeorganisation des "Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit" (94), zur westdeutschen "Produktivitätszentrale" der Marshallplanbehörden und der Produktivitätsorganisation OEEC der reorganisierten Weltwirtschaft weiterentwickelt worden. Der DGB und die großen Einzelgewerkschaften hatten sich daran anstandslos beteiligt, genauso, wie sie den Wiederaufbau der übrigen arbeitswissenschaftlichen Institutionen wie beispielsweise des REFA mitbetrieben hatten. (95) Mit Geldern der Bundesregierung und des Europäischen Wiederaufbau-Fonds wurden die gerade durch Betriebsverfassungsgesetz und Mitbestimmungsdesaster dupierten unteren und mittleren Verwaltungskader der Gewerkschaften in Einheiten zur Stimulierung der Arbeitsleistung umgewandelt. (96) Die Zahl der gewerkschaftlichen Vertrauensleute und Ortsverwaltungsfunktionäre, die jährlich für die Teilnahme an der Arbeitsintensivierung geschult wurde, stieg bis 1956 auf immerhin 4000 an. (97) So blieb der Brosamen-Reformismus auch jetzt seiner großen historischen Linie treu, sich in ein Moment der unmittelbaren gesellschaftskapitalistischen Stimulierung des relativen Mehrwerts zu verwandeln, und das selbst dann, wenn die einkommenspolitische Integration der Arbeiter in die expandierende Kapitalbildung institutionell noch in weiter Ferne lag. Mit ungleich härteren Bandagen gingen die Unternehmer freilich gegen die KPD-Arbeiter vor. Hier gab es keine Möglichkeit, die ganze dahinterstehende Institution auf eine Wartestellung abzudrängen. Die KPD-Kader waren bis zuletzt - in voller Übereinstimmung mit der sowjetischen Strategie - für ein plankapitalistisches, von den Industriegewerkschaften mitgetragenes und außerhalb der Machtblöcke rekonstruiertes Gesamtdeutschland eingetreten; gerade der vereinheitlichte Arbeiterreformismus galt hier als entscheidende Neutralitätsgarantie. Wie wir schon andeuteten, hatte sich auch der KPD-Flügel der Ar-

natsheften" und anderen Gewerkschaftszeitungen für die - wieder einmal - neue Gewerkschaftslinie schreiben können.

(94) Zur Neuentstehung des RKW vgl. dessen offizielle Selbstdarstellung: Entwicklung der Rationalisierung und des RKW, in: Rationalisierung, 22. Jg. 1971, H. 5, S. 148 ff.

(95) Die Gewerkschaften waren von Anfang an mit mehreren Arbeitsdirektoren in den Institutionen des RKW vertreten (vgl. dazu Anm. 94); siehe auch: Methoden und Auswirkungen der Rationalisierung in der westdeutschen Industrie, in: DWI-Berichte, 11. Jg. 1960, Nr. 13, S. 21.

(96) Darüber schreibt der damalige RKW-Hauptgeschäftsführer Heinz Lübeck im RKW-Bericht 1957/58 recht offenherzig: "Ein weiterer Beweis für die große Aufgeschlossenheit gegenüber den Erfordernissen der Rationalisierung ist die positive Einstellung der maßgebenden Gewerkschaftskreise und die im Rahmen der Produktivitäts-Zuschußprogramme der Bundesregierung mit ausgezeichnetem Erfolg abgewickelten und noch in Gang befindlichen Ausbildungsprogramme der Gewerkschaften." Zit. nach: Rationalisierung, München 1958, H. 4., S. 99.

(97) Vgl.: Rationalisierung 1955/56. Rechenschaftsbericht des RKW, Frankfurt 1956, S. 43 ff.

beiterbewegung nach 1945 mit dieser Strategie zunächst konsequent vom professionellen Arbeitertypus abgewandt und seine Bereitschaft bekräftigt, den Restrukturierungsprozeß der Arbeitskraft als Grundbedingung für eine planstaatliche Konsolidierung anzuerkennen. Die Entwicklung der DDR lag denn auch ganz auf dieser Linie. (98) Aber hinsichtlich der Bundesrepublik widersprach dieses Programm den Intentionen des internationalen Kapitals; es ist klar, daß durch einen stabilisierten gesamtdeutschen Plankapitalismus mit neutralistischer Volksfronttendenz die Unterdrückung des proletarischen Kampfzyklus, wie er nach 1944/45 in ganz Europa ablief, außerordentlich erschwert worden wäre. Der KPD-Reformismus geriet notwendig in eine harte Konfrontationslinie mit der Unternehmeralternative: mit der "sozialen Marktwirtschaft", die für die Unternehmer die Fortsetzung der entscheidenden Neuerungen in der Wirtschaftspolitik der NS-Ära garantierte. Und das hatte wiederum zur Folge, daß sich konträr zur politischen Doktrin die traditionell-politischen Facharbeitergruppen erneut an der KPD zu orientieren begannen. Die Tragödie des deutschen Facharbeiters, in der NS-Ära durch 10 Millionen Arbeitsskalven gerade noch einmal verschleiert, lief erst in den fünfziger Jahren in ihrer ganzen Härte ab. Und so wie 1933 der lautlose Untergang des Millionenkolosses KPD nur einen Prozeß abschloß, der seine materielle Grundlage in der schrittweisen Eliminierung des professionellen Arbeiters aus den Produktionszentren hatte, so war auch in den fünfziger Jahren die KPD von jeglicher ernsthaften politischen Initiative entfernt. Erneut setzte eine Periode ein, wo die Facharbeiter Schritt für Schritt vor der kapitalistischen Initiative zurückwichen, die Zentren der rationalisierten Massenproduktion verließen, um in den technologisch rückständigsten Industriezweigen sowie in der Mittel- und Kleinindustrie den status quo zwischen Ausbeutungsrealität und berufsorientierter Arbeitsidentität wiederzugewinnen. Im Prozeß der Verbreiterung des Rationalisierungsbooms wurden sie dabei mehr denn je in die Ecke gedrängt. Es ist bezeichnend, daß die Unternehmer gerade in jenen Industriezweigen, wo die KPD-Arbeiter in den ersten Nachkriegsjahren stärkere Positionen errungen hatten - in der Montanindustrie -, mit Hilfe des Staats und der "Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl" einen Investitionszyklus durchsetzten, der den Reproduktionszyklus der übrigen Sektoren weit in den Schatten stellte. (99) Im Gegensatz zur metallverarbeiten-

(98) Das schloß allerdings nicht aus, daß auch die DDR-Arbeiterklasse erst einmal eine Phase der brutalen Imitation des sowjetischen Stachanovismus durchlaufen mußte, dessen DDR-Surrogat die sogenannte Adolf-Hennecke-Bewegung war. In der Karl Liebknecht-Grube bei Ölsnitz hatte der 45-jährige A. H. im Oktober 1948 387 % des Tagessolls an Steinkohle gefördert. Der FDGB der DDR versuchte danach, ein verschärftes Arbeitstempo im gesamten Bergbau durchzusetzen. Vgl. J. Klein, Vereint sind sie alles?, op. cit. S. 394, S. 396.

(99) Über die Bedeutung des "Investitionshilfegesetzes" von 1952 für die Montanindustrie vgl. Chmelnizkaja, Der westdeutsche Monopolkapitalismus, op. cit.

den und Elektroindustrie war die Eliminierung des Facharbeiters im Bergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie mit massiven technologischen Umwälzungen verbunden; Voraussetzung war die Einführung teilautomatisierter Fließprozesse und mechanisierter Abbauverfahren, um hier einen neuen, von der Maschinerie beherrschten und "entpolitisierten" Arbeitertypus durchzusetzen. (100) Und nur dieser Umwälzungsprozeß wurde durch eine selektiv bestimmte politische Repression ergänzt. Während die Klassenkonstellation allmählich ihre offen gewaltsamen Auseinandersetzungsmomente verlor, sorgte der restaurierte Unterdrückungsapparat des Unternehmerstaats dafür, daß die Umschichtung und Entprofessionalisierung der proletarischen Klassenzusammensetzung in der Montanindustrie durch zentralisierte schwarze Listen sowie durch FDJ- und KPD-Verbot massiv beschleunigt wurde. (101) So wurde die Tragödie des Facharbeiters zu einem Politikum, das die Strategie der "sozialen Marktwirtschaft" der fünfziger Jahre entscheidend bestimmte, ohne sie in ihren allgemeinen klassenpolitischen Zielen entscheidend zu modifizieren. Die Arbeiter befanden sich überall auf dem Rückzug, und da die Unternehmer keinen Anlaß sahen, einen neuen status quo vorzubereiten oder sich aufzwingen zu lassen, gingen sie überall dort, wo die Arbeiterdefensive Widerstandsformen artikulierte, mit überdurchschnittlicher Härte vor. Ein nüchternes Resümee der Klassenkonstellation der fünfziger Jahre macht klar: die oberflächlich so plump wirkende wirtschaftspolitische Strategie des Adenauerregimes war an Raffinesse nicht zu überbieten. Das Ergebnis war

S. 126 f., sowie über den Zusammenhang von Investitionsstimulierung und Reorganisation des Montankapitals H. Hennig, Entflechtung. Neuordnung der westdeutschen Montanindustrie unter besonderer Berücksichtigung der Verbundwirtschaft zwischen Kohle und Eisen, Bern 1952.

(100) Allerdings beschränkte sich in den Stahlwerken die Teilautomatisierung auf die Begichtungsvorgänge und die Teilsteuerung des Schmelzprozesses. In den Walzwerken wurden dagegen erstmals ganze Walzenstraßen mit einer Reihe nachgeschalteter Gerüste eingeführt, die so miteinander verbunden waren, daß am Ende der Walzstraße das fertige Produkt herauskam. Zu einzelnen Beispielen vgl. F. Pollock, Automation, neubearb. Aufl. Frankfurt 1964, S. 361 f.

(101) Zur Situation und zur Unterdrückung der KPD-Organisationen in der BRD wären vor allem heranzuziehen: Die KPD lebt und kämpft. Dokumente ... 1956-1962, Berlin 1963; Dokumente der KPD 1945-1956, Berlin 1965; Freies Volk, Zentralorgan der KPD, Jg. 1949-1956, illegale Ausgabe 1956 ff.; R. Herrmann, Die Sondergerichte Westdeutschlands in Aktion, Berlin o.J.; Pfeiffer, Strickert, KDP-Prozeß, Bd. I-III, op. cit.; C. Möcklinghoff: Aspekte der Geschichte und Theorie der Bündnispolitik der KPD und DKP, in: Probleme des Klassenkampfs, 1972, Nr. 4. S. 113 ff.; Pfannenschwarz, Schneider, Das System der strafrechtlichen Gesinnungsverfolgung in Westdeutschland, Berlin 1965; M. Reimann, Aus Reden und Aufsätzen 1946-1963, Berlin 1963; M. Uhlemann, Der Anteil der westdeutschen Arbeiterjugendbewegung im Kampf gegen die Pariser Verträge und den Aufbau der aggressiven Bundeswehr (1954-1957), Habil. schrift Potsdam 1969; Unser Weg, Monatsschrift für aktuelle Fragen der Arbeiterbewegung, Hrsg. PV der KPD, 1951-1956; Vier Jahre KPD. Handbuch der Bundestagsfraktion der KPD, Bonn o. J.

frappierend. Indem sie die internationale Nachkriegskonstellation optimal nutzten, verschafften sich die Unternehmer durch die Spaltung Deutschlands die Option auf einen jahrzehntelang gespaltenen deutschen Arbeitsmarkt à la 1941/42 bis 1944. Der Spaltungsmechanismus war derart effektiv, daß es gelang, im Rahmen einer international bestimmten Korrektur des nazistischen Va Banque die Ausbeutungsstrategie der voraufgegangenen Ära - planstaatliche Expansion ohne Hereinnahme der Klasse in die Entwicklung mittels des Reallohns - fortzusetzen. (102) Der Arbeiterreformismus wurde gleichzeitig für ein weiteres Jahrzehnt auf Wartepositionen abgedrängt und, soweit er die Ausbeutungsintensivierung zu sabotieren drohte, unterdrückt. Die mechanisierte Massenproduktion wurde weiter ausgeweitet, der Investitionszyklus jedoch nur in der Schwerindustrie gezielt als Instrument der Neuzusammensetzung der Klasse eingesetzt. Der Mechanismus der Neuzusammensetzung funktionierte relativ reibungslos. Die Millionenmassen von Flüchtlingsarbeitern lösten die ausländischen Arbeitssklaven der frühen vierziger Jahre ab; sie waren am ehesten bereit, die forcierte Arbeitsqual, den stagnierenden Reallohn und eine weitgehende Ausklammerung von den sozialpolitischen Segnungen des Planstaats kampflos zu ertragen, weil ihnen das System eine politische Alternative anbot - das roll back gegen Osteuropa -, die ihre doppelt erfahrene Deklassierung auf dem imperialistischen Lösungsweg rückgängig machen würde. Währenddessen setzten sich die Arbeiter des "freien" Arbeitsmarkts, die nach 1945 zunächst ebenfalls in alle Industriezweige zurückgekehrt waren - vor allem die Facharbeiter, die die 1939/40 neuerlich einsetzende Umwälzung der Produktionsverfahren nicht mehr miterlebt hatten, weil sie Wehrmachtssoldaten waren - aus den am weitesten durchrationalisierten Produktionszweigen ab. Dieser Desintegrationsprozeß ist wirtschaftspolitisch wie repressiv überall dort, wo er nicht zügig genug vonstatten ging, von den Unternehmern systematisch beschleunigt worden. Er führte zu einer tiefgreifenden Klassenspaltung, welche die Ausweitung der Defensivkämpfe der Facharbeiter beispielsweise in der Automobilindustrie oder auf den Werften, die unmittelbar gegen die Rationalisierung gerichtet waren, blockierte. (103) Für die Arbeiterinnen, die Jungarbeiter und die Flüchtlingsproletarier in der Massenproduktion, die allein dem System durch gezielte Kampfaktionen innerhalb der Entwicklung hätten gefährlich werden können, war die Arbeiterbewegung endgültig und für alle Zeiten diskreditiert: die Brosamen - Gewerkschaften und Sozialdemokraten -, weil sie sich anschickten, als reines Hilfsinstrument des Unternehmerkommandos zu reussieren; der KPD-Reformismus, weil sich dessen professionelle Basis den radikalisierten Ausbeutungsbedingungen in ständig neuen Fluchtbewegungen

(102) Vgl. dazu die einleitenden Bemerkungen im vorherigen Abschnitt.

(103) Vgl. dazu die Berichterstattung in der Zeitschrift "Arbeiterpolitik", Hrsg. Gruppe Arbeiterpolitik, Jg. 1951 ff.; sowie Proletarische Front (Hrsg.), Rationalisierung und Massenarbeiter, Trikont-Verlag, München 1973.

entzog, während die Flüchtlingsarbeiter, für die es vorerst kein Entrinnen von den Fließbändern gab, ihn gleichzeitig mit allen seinen propagierten Segnungen des alternativen Arbeiterstaats in der ostdeutschen Realität einer nicht weniger forcierten Ausbeutung der Klasse erlebt hatten. Die traditionelle Arbeiterbewegung war endgültig tot, und folgerichtig "entpolitisierten" sich die am meisten an den Boom geketteten Schichten der Arbeiterklasse. Freilich brachten gerade sie in Keimform jene Kampfformen wieder hervor, mit denen sich eine neu strukturierte Klasse in den Zyklen von 1926-30, 1937-39 und 1942-44 gegen das modernisierte Unternehmerkommando zu konstituieren begonnen hatte. Während die defensiven Massenkämpfe seit Mitte der fünfziger Jahre vollends abflauten, nahmen die informellen Abteilungsaktionen gegen die Arbeit - Krankfeiern, alle möglichen Varianten des Absentismus, Angriffe auf die untere Betriebshierarchie - an Intensität zu. (104) Daraus entstanden allerdings nirgends relevante Ansätze von Arbeiterautonomie - das System der "sozialen Marktwirtschaft" zögerte nicht, auf diskrete Weise die ganze in der NS-Ära entwickelte Unterdrückungsstrategie gegen die erneut aufkommenden Kampfmethoden innerhalb des Entwicklungssprungs des Kapitals ins Feld zu führen.
Mit der Übernahme der westalliierten "Industriepolizei" im Jahr 1951 hatten die Unternehmer unter Beweis gestellt, daß sie es langfristig sehr wohl für nötig hielten, den ökonomisch-repressiven Zerstörungsprozeß des politischen Facharbeiters mit Maßnahmen gegen die aus den letzten Kampfzyklen bekannte "Arbeitsscheu" der Massenarbeiterschichten zu kombinieren. Gerade während der Stabilisierung der Ausbeutungsbeziehungen nach 1950/51 waren die Werkssicherheitsdienste der Konzerne reorganisiert und erweitert worden. Die Unternehmer hatten eine panische Angst davor, die professionellen KPD-Arbeiter könnten eines Tages ihren langen Marsch aus der Massenproduktion abbrechen und zu Kristallisationspunkten von Kämpfen innerhalb der wichtigsten Expansionsindustrien werden - eine Angst, die sich weitgehend als ungerechtfertigt erwies. Die KPD-Betriebszeitungen wurden sorgfältig registriert. (105) Auf das KPD-Verbot wurde nicht zuletzt deshalb hingearbeitet, weil die Unternehmer die freiwillige und oft genug repressiv erzwungene Mobilität der professionellen KPD-Basis lückenlos erfassen und nach den ihnen genehmen Kriterien bestimmen wollten. Die stabilsten Arbeiterkader der KPD in den norddeutschen Werft- und Hafenplätzen wurden nicht nur von

(104) Vgl. dazu die verschiedenen Aufsätze über die Problematik der neuen proletarischen Kampfformen in: Arbeit und Leistung. Zentralblatt für Arbeitswissenschaft und soziale Betriebspraxis, Frechen bei Köln, Jg. 1956 ff.; sowie Sozial-Archiv, Dokumente sozialwirtschaftlicher Betriebsgestaltung, Essen 1957 ff.

(105) Exemplarisch dafür ist eine Veröffentlichung des Deutschen Industrie-Instituts, in der sämtliche KPD-Betriebszeitungen registriert und analysiert wurden: Kommunistische Betriebszeitungen. Stand und Taktik der kommunistischen Betriebszeitungsarbeit und die rechtlichen Möglichkeiten ihrer Abwehr, Köln 1956.

den Werksicherheitsdiensten, sondern von den Geheimdiensten bis hin zur "Organisation Gehlen" unterwandert; verschiedene Sabotageaktionen gegen Kriegsschiffe hatten den Verdacht aufkommen lassen, hier könnte auf der Basis einer intakten organisatorischen Struktur eine avantgardistische Artikulation der aus der NS-Ära gut bekannten neuen Kampfformen des dequalifizierten Arbeitersklaven zustandekommen. (106) Beim rigorosen Vorgehen gegen die KPD-Arbeiter hat darüberhinaus der 1953/54 relativ breit einsetzende Wiederaufbau der Rüstungsindustrien eine wichtige Alibi-Rolle gespielt. 1954 beschloß das Präsidium des "Bundesverbands der Deutschen Industrie" (BDI), die bisherigen zentralen Initiativen in Sachen Werkssicherheit besser zu koordinieren; das neu anstehende Problem der "Abwehrangelegenheiten" in der Rüstungsindustrie wurde dabei als willkommener Anlaß benutzt. Gegenüber den staatlichen Instanzen argumentierte der BDI damit, "daß eine Einschaltung staatlicher Stellen in Abwehrangelegenheiten der Betriebe, wie sie vor und während des vergangenen Krieges gehandhabt wurde, als erheblich störend empfunden werden" müsse. (107) Er habe deshalb am 11. März 1954 beschlossen, "daß 1. die Industrie den in Verbindung mit geheimzuhaltenden Fertigungen von den Auftraggebern geforderten Geheimschutz in den Betrieben in Eigenverantwortlichkeit übernimmt, 2. in die Durchführung dieser Aufgabe in der Mittelinstanz zweckmäßigerweise die Beratungsstelle für Betriebsschutz einzuschalten ist" (108). Mit dieser Beratungsstelle, der fortan der ehemalige Wehrmachtsmajor Berendsen, Prokurist im Klöckner-Konzern und CDU-Bundestagsabgeordneter (109), vorstand, war erstmals wieder ein Pool für die verschiedenen Sicherheitsaktivitäten der Wirtschaftsverbände geschaffen; die Informationsstelle der BDA, die seit 1953/54 einen "Industriewarndienst zur Abwehr wirtschaftsschädigender Tätigkeit" herausgab, verfügte seither genauso wie die von allen Unternehmerverbänden getragene "Gemeinschaft zum Schutz der Deutschen Wirtschaft" und die "Abteilung In-

(106) Vgl. dazu die Andeutungen bei Zolling, Höhne, Pullach intern, op. cit. S. 154 ff., S. 221, wo die Aktionen dem DDR-Geheimdienst unter Wollweber zugesprochen werden.

(107) Rundschreiben des BDI v. 20. 3. 1956, streng vertraulich, Az.: Rü I/14/56/sv., zit. nach: Feinde der Demokratie, Hrsg. Landesbezirk Nordrhein-Westfalen des DGB, Nr. 1, 1957, S. 3.

(108) Ebd. S. 3.

(109) Berendsen machte Ende der fünfziger Jahre noch einmal bei der Bundeswehr Karriere: 1959 wurde er zeitweilig aktiver Bundeswehroffizier. "Als Brigadegeneral und zuletzt Generalmajor war er bis zum März 1964 stellvertretender Kommandeur der 2. Panzergrenadierdivision und Stellvertreter des Chefs des Stabes für Logistik bei der NATO-Armeegruppe Mitte. Nach seinem Ausscheiden aus der Bundeswehr zog Berendsen 1965 wieder als CDU-Abgeordneter in den Bundestag ein, wo er die Interessen des Klöckner-Konzerns wahrnimmt." (A. Charisius, J. Mader, Nicht länger geheim. Entwicklung, System und Arbeitsweise des imperialistischen deutschen Geheimdienstes, Berlin 1969, S. 272). Berendsen übte dann noch einmal sein altes Metier aus, indem er in die "GSW" überwechselte.

dustrieschutz" des BDI in den "Abwehrbeauftragten" der Rüstungsunternehmen über zuverlässige Kommunikations- und Meldeposten. (110) Wie aus der Satzung der "Beratungsstelle für Betriebsschutz" hervorgeht, wurde deren Geschäftsführung das Recht zugestanden, "zur Wahrung ihrer Aufgaben in den Ländern der Bundesrepublik Landesberatungsstellen am Sitz der einzelnen Länderregierungen einzurichten" (111). Nachdem bis 1956 die Zentralisierung der Arbeiterunterdrückung in der Fabrik unter reinem Unternehmerkommando abgeschlossen war, wurde im Bundeswirtschaftsministerium ein Sonderreferat "ZS" (Zentrale Sicherheit) zur Koordinierung der Werksicherheitsorganisation der Unternehmer mit den staatlichen Geheimdiensten aufgebaut. (112)

Daß sich das Kapital beim Vorgriff auf die Abwehr- und Geheimhaltungsorganisation der Rüstungsindustrie nur eines Kniffs bediente, um den Angriff gegen die Arbeiter in alleiniger Regie zu führen und etwaige planstaatliche Abschwächungstendenzen auszuschließen, geht aus einem kurz nach der Konstituierung von der BFB herausgebrachten "Ratgeber zur Durchführung vorsorglicher Maßnahmen zur Abwehr von Sabotage und Spionage in den Betrieben der Privatwirtschaft" hervor. Das Dokument belegt, daß die Unternehmer eine Homogenisierung des politischen Verhaltens der KPD-Kader mit den neuen Kampfformen der Arbeiter in der Massenproduktion befürchteten, daß ihnen also der Mechanismus der Klassenspaltung trotz aller Anfangserfolge noch lange nicht sicher genug erschien. Zunächst einmal wurde die Notwendigkeit betont, die Tätigkeit der BFB keinesfalls nur auf das Alibi Rüstungsproduktion, sondern "auf sämtliche gefährdet erscheinenden Betriebe der Privatwirtschaft im Bundesgebiet" (113) zu richten: dabei rangierten Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie sowie chemische Industrie an der Spitze der Prioritätsliste, also genau jene Zweige, in denen eine Verbindung der

(110) Allerdings sind diese "Abwehrbeauftragten" erst gegen Ende der sechziger Jahre zu den entscheidenden Säulen des kapitalistischen Arbeiterbekämpfungssystems geworden. Dazu noch weiter unten.

(111) Vgl. Auszug aus der Satzung der "Beratungsstelle für Betriebsschutz", in: Feinde der Demokratie, op. cit. S. 5, § 13: "Landesberatungsstellen".

(112) Mitteilung eines höheren Angestellten der Rüstungsindustrie an d. Verf. Diese Information wird durch das geheime BDI-Rundschreiben vom 20. 3. 1956 bestätigt (vgl. Anm. 107), wo es u. a. heißt: "In der Zwischenzeit ist die Frage der Federführung auf dem Gebiet des Geheimschutzes in der Wirtschaft dahingehend gelöst worden, daß sie dem Bundeswirtschaftsministerium übertragen worden ist. Wir begrüßen diese Lösung, da vom Bundeswirtschaftsministerium als der in wirtschaftlichen Belangen fachkundigen Behörde auch in den Fragen des Geheimschutzes eine verständnisvolle Behandlung zu erwarten sein wird. Das Bundeswirtschaftsministerium ist im Einvernehmen mit den anderen Behörden mit einer Einschaltung der Beratungsstelle für Betriebsschutz (BFB) (...) einverstanden." (Ebd. S. 9).

(113) Ratgeber zur Durchführung vorsorglicher Maßnahmen zur Abwehr von Sabotage und Spionage in den Betrieben der Privatwirtschaft, auszugsweise abgedruckt in: Feinde der Demokratie, op. cit., S. 6.

professionellen Defensivaktionen mit den neuen antagonistischen Kampfformen am ehesten zu befürchten war. Gerade hier kämen immer wieder Sabotageakte vor:
"1. Einzelfälle aus Gründen der persönlichen Verärgerung, denen keine besondere politische Bedeutung beizumessen ist, 2. Vorsätzliche Beschädigung aus weltanschaulicher Haltung, 3. Vorsätzliche Beschädigung, die von außen gelenkt wird." (114) Hier wurde also die Motivationsstruktur der Arbeiter für Attacken gegen die Arbeitsorganisation verwischt; gegen jede Art von Aufsässigkeit war gleichermaßen vorzugehen, hinsichtlich der Klassenzusammensetzung gab es keine Differenzierung. Den Unternehmern erschien in dieser Zeit der aufkommende neue Arbeiterradikalismus wieder einmal "kommunistisch" gesteuert, womit die Sache für sie zunächst erledigt war: "Die sich immer mehr steigernde kommunistische Parteitätigkeit, insbesondere die Schwerpunktverlagerung der Parteiarbeit in die Betriebe der Privatwirtschaft, wie sie in der Bildung von Angriffs-Büros, Sabotage-Trupps und Aktivtruppen in Erscheinung tritt, läßt es erforderlich erscheinen, daß die bedrohten Betriebe zur Unterstützung der mit den Abwehrmaßnahmen beauftragten Behörden selbst mit in die Bekämpfung der kommunistischen Bestrebungen eingreifen. Zu diesem Zweck ist die Beratungsstelle für Betriebsschutz (BFB) geschaffen worden." (115) Für jeden, der die wirkliche politische Struktur der KPD-Kader kennt, wirken diese Sätze wie eine ideologische Verteufelung; es ist bekannt, daß sich gerade die kommunistischen Kader wegen ihres Arbeitsstolzes und ihrer hohen Arbeitsmoral bei vielen Unternehmern großer Beliebtheit erfreuten - und daß diese Kader nach der Illegalisierung der Partei in vielen mittleren - und technologisch auf professionelle Arbeiter angewiesenen - Unternehmen auf der Basis richtiger gentleman-agreements untergekommen sind. (116) Und doch hat es seit Mitte der fünfziger Jahre Arbeitergruppen gegeben, die nach dem totalen Bankrott des traditionellen Reformismus in der Tat zu subversiven "Aktivtruppen" wurden. Nur hatte das alles mit dem Angriff auf den politisch-professionellen Hauptfeind nichts mehr zu tun; hier entwickelte sich ein neuer Zyklus der proletarischen Widerstandsgeschichte. Offensichtlich haben dies auch die Akteure und Agenten der BFB nach einiger Zeit begriffen, nachdem sie ihr Informationsnetz in den industriellen Ballungszentren verankert und die Werkssicherheitsdienste der Unternehmen, die Verbände des Technischen Hilfswerks, die Gewerbeaufsichtsbehörden, die Berufsgenossenschaften und die regionalen Geheimpolizeien kurzgeschlossen hatten. Ihnen schien allmählich klar zu werden, daß der Strauß mit der defensiven professionellen Ar-

(114) Ebd. S. 7.
(115) Ebd. S. 6.
(116) So berichtet ein alter Hamburger KPD-Arbeiter, daß vom Werftindustriellen Schliecker Ende der fünfziger Jahre kommunistische Arbeiter "wegen ihrer guten Leistungen" bevorzugt eingestellt worden seien. Vgl. Proletarische Front, Archiv, Protokolle von Arbeiterbefragungen der Werftindustrie.

beiterbewegung endgültig ausgefochten, aber bei den subproletarischen Pariaschichten der Fließbandsektoren und Montageabteilungen der stoffumwandelnden und stoffverformenden Industrien ein neuer antagonistischer Kristallisationspunkt im Entstehen war. Jedenfalls wurden in einer von der BFB später veröffentlichten "Sonderanweisung" zur Sabotagebekämpfung wortwörtlich die Begriffsbestimmungen aus der Anweisung von 1940 übernommen. Ein exakter Katalog jener Kampfformen, mittels welcher sich die "asozialen" Massenarbeiter der verschärften Arbeitsqual zu entziehen suchen, wird hier unter dem Begriff "Sabotage" zusammengefaßt:
"Hierzu gehören absichtlich langsames oder fehlerhaftes Arbeiten, Unpünktlichkeit, Fernbleiben von der Arbeitsstätte, Vortäuschen von Erkrankungen, Selbstverletzungen, Ungehorsam gegen betriebliche Vorgesetzte, Arbeitsverweigerung, Miesmacherei, absichtliche Beunruhigung der Belegschaft durch Flüsterpropaganda, Aufwiegelung, Aufforderung zum illegalen Streik, d.h. zu einem nicht von der befugten Organisation beschlossenen Streik usw." (117)
Lediglich der Begriff "Gefolgschaft" war durch "Belegschaft" ersetzt und damit den Zeitläufen etwas angepaßt. Sonst hatte sich nichts geändert - die Akteure der betrieblichen Repression sind gezwungen, Definitionen, die seinerzeit den ausländischen Zwangsarbeitern galten, auf die deutsche Pariaschicht der Klasse, die Frauen, Jungarbeiter und Flüchtlinge, innerhalb der Zentren der Ausbeutung anzuwenden. Inwieweit war diese Anweisung nur "vorsorglich", und inwieweit reflektierte sie eine Entwicklung, die seit Mitte der fünfziger Jahre schon eine verschwiegene Massenbasis hatte? Resultierte sie vielleicht nur aus der Bequemlichkeit der Filialleitungen des unternehmenseigenen Sicherheitsdienstes, in denen nachweislich die alten Experten der militärischen Abwehr und der Ausländerabteilung des Reichssicherheits-Hauptamts wieder Fuß gefaßt (118), die also einfach ihre alten Dienstanweisungen abgeschrieben hatten?
Solange wir nur über die reformistischen Interpretationen des Arbeiterkampfs und über einige wenige Arbeiterbefragungen und Streikanalysen aus dieser Zeit verfügen, kann diese Frage nur anhand des Materials der Unternehmerseite beantwortet werden. Hierzu mögen vor allem ein knappes Dutzend - recht schäbiger, aber informativer - juristischer Dissertationen, einige interne Unterlagen von Unternehmerseite und eine systematische Zeitungsauswertung über das Problem der sogenannten Betriebskriminalität dienen. Aus ihnen geht zunächst einmal hervor, daß seit 1950/51 in praktisch allen Großbetrieben der westdeutschen Industrie Werkschutzeinrichtungen mit enormem finanziellem Aufwand weiterentwickelt und über die "Abwehrbeauftragten" - meistens Spitzenmanager der Personalabteilung - an die "Beratungsstelle

(117) Ratgeber zur Durchführung vorsorglicher Maßnahmen (...), op. cit. S. 7 f.; vgl. Dokumentarischer Anhang, VI.

(118) Vgl.: Feinde der Demokratie, ebd. S. 9.

für Betriebsschutz" angeschlossen wurden. Sie erreichten von einer Betriebsgröße ab 500 Beschäftigten durchschnittlich ein Prozent der gesamten Belegschaftsstärke. Auf einer Jahrestagung der westdeutschen Polizeipräsidenten wurde darauf hingewiesen, daß es für den staatlichen Polizeiapparat gute Gründe gebe, sich voll mit einem derart potenten Werkschutz zu arrangieren: "er leidet teilweise nicht unter dem gleichen Personalmangel wie die staatliche Polizei; er ist auch oft in materiell-technischer Hinsicht besser ausgestattet." (119) Die Angaben, die der Referent über den Aufbau eines typischen Werkschutzapparats machte, werden durch die Daten in den erwähnten Dissertationen (120) voll bestätigt: "So ist beispielsweise in einem Großbetrieb der chemischen Industrie im Rheinland mit 36 000 Belegschaftsangehörigen folgende Werkschutzorganisation anzutreffen: Insgesamt umfaßt der Werkschutz, der einem Abteilungsleiter untersteht, rund 200 Personen. In der allgemeinen Verwaltung wird etwa ein Dutzend Kräfte beschäftigt. Es bestehen zwei Hauptabteilungen: Ordnungsdienst - ihm gehören 75 Prozent des Werkschutzpersonals an - und Ermittlungsdienst. Der Ordnungsdienst umfaßt fünf Unterabteilungen: Pförtnerdienst, Streifendienst, Verkehrsüberwachungsdienst, Werkslotsen und Waagenwärterdienst sowie Parkplatzwächterdienst. Der Ermittlungsdienst gliedert sich ebenfalls in fünf Unterabteilungen für allgemeine Kriminalität, Wirtschaftskriminalität, Jugend- und Frauenkriminalität, Ausweis- und Passierscheinerteilung, Wareneingangs- und -ausgangskontrolle. Nach ähnlichem Schema ist auch der Werkschutz zahlreicher anderer Großbetriebe aufgebaut." (121) Immer wieder wird auf die ungebrochenen nazistischen Traditionen der Werkschutzeinheiten hingewiesen. Die Dienstreglements stammen teilweise wörtlich aus der Zeit um 1933/34. (122) Die Ausrüstung mit Faustfeuerwaffen gilt als selbstverständlich. (123) Frappierend war - und ist -, mit welcher Unverfrorenheit die Prioritäten bei der Bekämpfung der Arbeiter gesetzt wurden. Die Identifikation politisch aktiver Gruppen, werksinterner Agitatoren, Flugblattverteiler usw. stand auch während der fünfziger Jahre in der Rangliste ganz oben; dafür hatten die Ermittlungsdienste zusammen mit einem ihm zugeordneten geheimen

(119) C. Amelunxen, Werkschutz und Betriebskriminalität, op. cit. S. 50.

(120) Vgl. dazu (Auswahl) G. Beyer, Die Kriminalität in Betrieben der Schwerindustrie 1954 bis 1960, Diss. jur. Bonn 1963; D. Goos, Die Kriminalität in Betrieben der Elektroindustrie (in den Jahren 1955-1960), Diss. jur. Bonn 1963; D. Lisiecki, Reaktionsformen von Betrieben auf innerbetriebliche kriminelle Vorgänge, Diss. jur. Hamburg 1965; J. Schmitz, Die Kriminalität in Betrieben der eisenschaffenden Industrie (in den Jahren 1951-1957), Diss. jur. Bonn 1959; N. Servatius, Ursachen und Bekämpfung der Kriminalität in einem Industriebetrieb, Diss. jur. Hamburg 1964.

(121) Amelunxen, op. cit. S. 14 f.

(122) Dargestellt für die Werftindustrie bei D. Lisiecki, op. cit. S. 179.

(123) Auf ihre Existenz wird in allen erwähnten Dissertationen hingewiesen.

V-Leute-Netz zu sorgen (124), und die sofortige Entlassung der ertappten "politischen Kriminellen" war oberstes Gebot. Dasselbe galt auch für alle tätlichen Angriffe der Arbeiter gegen die untere Hierarchie sowie für alle Angriffe gegen die Arbeitsorganisation, deren tendenzieller Massencharakter so systematisch unter Kontrolle gehalten werden sollte. (125) Auch gegenüber solchen Arbeitern, die für ihre abwesenden Genossen die Stempelkarten bedienten oder an den Kontrollinstrumenten, Arbeitszeitschreibern usw. drehten, gab es grundsätzlich keinen Pardon. (126) Das Bestreben war deutlich, aus der seit Mitte der fünfziger Jahre enorm ansteigenden Insubordination gegen die Ausbeutungsbedingungen all jene Fälle, die in sich den Keim zu Abteilungsrevolten gegen die Arbeitsorganisation trugen, von der alltäglichen "kleinen" Betriebskriminalität auszugrenzen.
Wir werden am Ende dieser Arbeit das System betrieblicher Repression darstellen, so wie es der Arbeiter tagtäglich unmittelbar erlebt. Deshalb mögen hier diese wenigen Hinweise genügen, um zu zeigen, wie weit schon in den fünfziger Jahren die Organisation der kapitalistischen Werkssicherheit gediehen war. Es war schon damals derart perfekt, daß es allein durch seine Existenz die intensiven Bemühungen der Unternehmer, durch "human relations", Werkszeitungen und nicht zuletzt durch einen im Gegensatz zur KdF-Ära durchaus auch materiell abgesicherten Klimbim betrieblicher Sozialleistungen und Sozialpartnerschaft ein qualitativ neues "Kruppianertum" zu fördern (127), zur Fiktion erstarren ließ.
Was wurde aber mit jener "kleinen" Betriebskriminalität, die der Werkschutz unentwegt zutage förderte, mit den Arbeitern, die sich ein Werkstück oder ein Stück Buntmetall organisierten, um ihren Lohn aufzubessern, die zu oft krankfeierten, die ihren Urlaub auf eigene Faust verlängerten, und die über-

(124) Die "Vertrauenspersonen" als verlängerter Spitzelarm des Werkschutzes werden in vielen Arbeiten oder Darstellungen über den Werkschutz erwähnt. Sie sind meistens dem "Ermittlungsdienst" zugeordnet. Darüber heißt es beispielsweise in einem weit verbreiteten "Betriebsleiter-Handbuch": "Der Abwehrdienst muß über genaueste Kenntnisse des Personals (einschließlich der familiären Verhältnisse), zuverlässige Vertrauensleute und einen über das Werk hinausreichenden Ermittlungs- und Beobachtungsdienst verfügen. Seine Arbeit soll unbeachtet bleiben. Am besten ist es, wenn niemand im Werk weiß, wer im Abwehrdienst und für den Abwehrdienst tätig ist. Vollzugsaufgaben sind nicht Sache des Abwehrdienstes. Hier ist der Ordnungs- und Ermittlungsdienst zuständig." Betriebsleiter-Handbuch, Verlag Moderne Industrie, München 1963, S. 820.
(125) Über gewaltsame Angriffe seitens der Arbeiter gegen Betriebshierarchie und Werkschutz vgl. D. Beyer, op. cit. S. 90, 109 f., N. Servatius, op. cit. S. 17; es gibt viele weitere Beispiele in der in Anm. 120 aufgeführten Literatur.
(126) Dazu Einzelheiten bei D. Goos, op. cit., und J. Schmitz, op. cit. S. 23 ff.
(127) Eine ausgezeichnete Studie zum Verhältnis von Unternehmer-Werkszeitungen und "human relations" stammt von Kauders, Westdeutsche Werkszeitungen und ihre Rolle als Instrument zur Verbreitung der "human relations" in den Monopolbetrieben nach 1945, in: JWG, 1960 T. II, Berlin 1961, S. 9 ff.

haupt die Arbeit satt hatten, gemacht? Gegen sie wurden exakt die in der NS-Ära entwickelten Methoden, abzüglich natürlich der "Vernichtung durch Arbeit" in den Arbeitserziehungslagern und der Gestapo-Keller, angewandt. Legitimiert wurden sie durch die "Arbeitsordnungen", die genauso wie die Werkschutzreglements, um einige Passagen des Betriebsverfassungsgesetzes angereichert, in vielen Fällen aus der NS-Ära stammen. Die "kleine Betriebskriminalität" wurde, einmal aufgedeckt, vom Werkschutz als quasi staatsanwaltschaftlicher Ermittlungsbehörde vor die "Betriebsgerichte" gebracht. In praktisch allen Großunternehmen wurde die anno 1934 im "Gesetz über die Ordnung der nationalen Arbeit" legalisierte Betriebsjustiz wieder eingeführt. (128) Die personelle Zusammensetzung hatte freilich gewechselt: dem "Gericht", dem im Fall der Montanmitbestimmung meist der Arbeitsdirektor vorsitzt, gehören paritätisch Mitglieder der Unternehmensleitung und des Betriebsrats an. Ihre Funktion war, die überhandnehmende "kleine Betriebskriminalität" des neuen, entprofessionalisierten Arbeitertyps betriebsintern zu ahnden, dessen "asoziale Grundströmung" in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre wieder derart anwuchs, daß bei einer grundsätzlichen Einschaltung des staatlichen Justizapparats die Werkshallen ziemlich bald leer gewesen wären. (129) Hier konnten denn auch die auf allen gesellschaftlichen Ebenen abgehalfterten Gewerkschaften bei der Strafzumessung - von der Verwarnung über die Geldbuße bis zur fristlosen Entlassung - (130) wieder zum Zuge kommen. Im Hüttenwerk Oberhausen (Hoag) beispielsweise war das Werksgericht vor allem durch die Initiative des ersten westdeutschen gewerkschaftlichen Arbeitsdirektor, Strohmenger, eingerichtet worden. Das war, Strohmenger zufolge, notwendig geworden, weil die durch die Mechanisierung des Produktionsflusses ihrer traditionellen Antreiberautorität entkleideten Werkmeister und -Obermeister mit den "Verfehlungen" des neuen Arbeitertyps nicht mehr fertig werden konnten. Seither arbeiteten unter "Strohmengers Vorsitz (...) im Oberhausener Disziplinarausschuß sechs Vertreter der Werksleitung und des Betriebsrats Hand in Hand. Ein Sachbearbeiter der Personalabteilung vertritt nach dem Muster ordentlicher Gerichte die Anklage, während Betriebsratsvorsitzender Heinrich ('Hein') Verhoeven, 51, und zwei weitere Betriebsräte die Angeklagten verteidigen." (131)

(128) Vgl. dazu: Proletarische Front, Archiv, 2.4.3. - Betriebsgerichte, Betriebsstrafen usw.; sowie W. Harbeck, Probleme der Betriebsgerichtsbarkeit, Hamburg 1969; Herschel, Betriebsbußen. Ihre Voraussetzungen und Grenzen, Köln-Berlin-Bonn-München 1967.

(129) So die offizielle Begründung von Unternehmerseite, mit der im allgemeinen die Institution des "Betriebsgerichts" begründet wird!

(130) Über die "Strafmaße" vgl. Harbeck, op. cit. S. 76 ff.; Herschel, op. cit. S. 56 ff.

(131) Zit. nach: Betriebsjustiz - Das Werksgericht, in: Der Spiegel, 1959, H. 1, S. 24.

Wie diese Verteidigung aussah, daß sie sich ebenfalls als Teil im großen Räderwerk der Arbeiterdisziplinierung begriff, daraus machte der Betriebsratsvorsitzende kein Geheimnis: "Der Betriebsrat sieht die Notwendigkeit eines solchen Ausschusses ein. Wir wollen im Werk nur anständige, pflichtbewußte und fleißige Kollegen beschäftigen. Für faule Köppe ist auch der Betriebsrat nicht zu haben." (132) In diesen zynischen Sätzen deutet sich erstmals die große spätere kapitalistisch-gewerkschaftliche Einheitsfront gegen den Massenarbeiter an. Sie beschränkte sich zunächst auf die rein betriebliche Ebene; die Institution der Betriebsjustiz war bis Ende der fünfziger Jahre auf praktisch alle westdeutschen Großbetriebe ausgeweitet. Aber sie war immerhin schon akzentuiert genug, um die allmähliche Schwerpunktverlagerung im kapitalistischen Gegenangriff gegen die Arbeiter ahnen zu lassen. Der Zusammenbruch des gespaltenen Arbeitsmarkts, die zunehmende soziale Integration eines Teils der repetitiven Bandarbeiter, der osteuropäischen Flüchtlinge, war nicht mehr aufzuhalten. Von der Arbeiterseite her schien der Boom gegen Ende der fünziger Jahre seine Grenze erreicht zu haben. Schon lange dachten die Kapitalisten wieder an eine Verbreiterung ihrer innerbetrieblichen Unterdrückungsbasis. Die Zeit schien reif, um die seit 1952/53 in Expertenkreisen geführten Diskussionen über eine Erweiterung des Werkschutzes und über die Einbeziehung der gesamten unteren Betriebshierarchie in das Werkssicherheitssystem aufzugreifen. Allenthalben holten die einschlägigen Experten ihre Erfahrungsbericht über das Zusammenspiel von "Werkschutz" und "erweitertem Werkschutz" bzw. "Werkluftschutz" aus den Schubladen hervor. (133)

(132) Ebd.

(133) Vgl. beispielsweise: Erfahrungen im Werkluftschutz. 1. Wie es war und wie es sein soll, in: Ziviler Luftschutz, 1953, H. 6, S. 131 ff.; 4. Folgerungen für den Aufbau eines Industrie-Luftschutzes, ebd. H. 12, S. 286 ff.; H. Kreis, Erfahrungen im Werkluftschutz, ebd. Jg. 1953, H. 1, S. 8 ff.; H. 2, S. 35 ff.; H. 3, S. 67 ff.; H. 4, S. 87 ff.; H. 5, S. 112 ff.; ders., Eingreifreserven für den Werkluftschutz? ebd. Jg. 1954, H. 10, S. 231 ff.; W. Meendsen-Bohlken (Admiral a. D.), Grundfragen über die Durchführung eines Industrieluftschutzes, ebd. Jg. 1954, H. 11, S. 255 ff.; H. J. Hütten (Polizeioberstleutnant i. R.), Erfahrungen im Werkluftschutz. Der Werkluftschutzplan, ebd. Jg. 1956, H. 5, S. 154 ff.; Schmidle (Major der Schutzpolizei a. D.), Werkluftschutz aus der Schau der Dienststelle eines Befehlshabers der Ordnungspolizei, ebd. Jg. 1957, H. 11, S. 296 ff.

3. Die präventive Einkreisung der Arbeiterautonomie in den sechziger Jahren

Dessen ungeachtet sollte sich die wirtschaftliche Expansion vorerst weiter beschleunigen. Der zweite große Investitionszyklus der Nachkriegsära, Ende der fünfziger Jahre mit voller Wucht einsetzend, hatte eine radikal veränderte Ausgangsbasis. So komplex dieser Mechanismus bei oberflächlicher Analyse wirken mag, so eindeutig ist trotzdem sein zentraler Ausgangspunkt. Er bestand in dem Versuch, durch die Forcierung der bislang auf die Montanindustrie beschränkten wirtschaftspolitisch-europäischen Blockbildung - natürlich innerhalb der atlantischen Grenzen von Bretton Woods - den Zusammenhang von gespaltenem Arbeitsmarkt und Spaltung der Arbeiterklasse im Produktionsprozeß um praktisch jeden Preis aufrechtzuerhalten.
In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre waren sich die meisten Kapitalisten klar geworden, daß es nur noch eine Frage der Zeit war, wann die auf der Spaltung Deutschlands begründete Handhabung eines staatlich gelenkten Markts an Flüchtlingsarbeitern gegen den Markt der "freien" Arbeiterklasse ihre Funktion vollends verlieren würde. Es war schon lange nicht mehr möglich, die ostdeutschen und osteuropäischen Emigranten konfliktlos zu getthoisieren, an die schlechtesten und monotonsten Arbeitsplätze zu stekken und unter dem durchschnittlichen Reproduktionsniveau zu halten. Die Flüchtlinge, die anfänglich ohne Zweifel sich durch die Hoffnung auf das große roll back hatten hinlänglich disziplinieren lassen, hatten längst begonnen, sich in den westdeutschen Arbeiteralltag zu integrieren - für den Unterneh-

merstaat ein durchaus alarmierendes Ereignis. Gerade weil sie mit dem traditionellen Arbeiterreformismus nichts mehr verband, revoltierten sie gegen Arbeitsplätze und Arbeitsrhythmen, die von der Durchschnittsarbeitskraft zwar ein paar Jahre ertragen, aber keinesfalls als jahrzehntelange Existenzbedingung hingenommen werden können. Vor allem die Flüchtlingsarbeiter unterminierten gegen Ende der fünfziger Jahre die Sozialleistungspolitik der Konzerne auf geradezu spektakuläre Weise, indem sie deren reallohnsteigernde Effekte jetzt auch für sich reklamierten; sie waren die erste Schicht der Klasse, die sich weigerte, den integrationistischen Effekt, der in der Kluft zwischen Tariflöhnen und betriebsspezifischen Effektivverdiensten angelegt ist, anzuerkennen. Seither begann sich der Widerstand der Arbeiter wieder zu homogenisieren. Wie die schleswig-hosteinischen Metallarbeiterstreiks von 1956/57 drastisch demonstrierten - das Ziel der Arbeiter war vor allem Legalisierung des sich verstärkenden Absentismus (134) -, war knapp zehn Jahre nach der Einleitung des Booms dessen zugrundeliegende Ausbeutungsbasis gründlich ins Wanken gekommen.
Die westdeutschen Unternehmer hatten also einigen Anlaß, die Mitte der fünfziger Jahre in Gang gekommenen Verhandlungen über eine west- und mitteleuropäische Wirtschaftsintegration voranzutreiben. Lange vor der offiziellen Sanktionierung der Existenz zweier deutscher Staaten und damit der Unmöglichkeit, den Boom weiter durch den Raubbau an ostdeutscher Arbeitskraft zu speisen, wurden die Weichen gestellt, um den bruchlos über die NS-Ära hinübergeretteten gespaltenen Arbeitsmarkt erneut auf einer supranationalen Basis zu reorganisieren. Die Entwicklungsstrategie der süd- und südosteuropäischen Peripherieländer wurde an die Dispositionen der mitteleuropäischen Kapitalzentren gekettet - ein Prozeß, dessen stabilisierenden Effekt auf die Profitrate in den reifen kapitalistischen EWG-Ländern (forcierter Kapitaltransfer zwischen den Zentren, Unterordnung der Kapitalbildung der Peripherie an die Exportstrategie der Zentren und totale Ausplünderung des Arbeitsmarkts der Peripherie zugunsten der Zentren) wir an dieser Stelle sicherlich nicht erst zu beweisen haben. (135) Wir brauchen uns genauso-

(134) Bei den Metallarbeiterstreiks von 1956/67 ging es vor allem um die Beseitigung der "Karenztage", d.h. der ersten drei Tage nach Eintritt der Arbeitsunfähigkeit, für die es kein Krankengeld gab. Zum Verlauf der Streikbewegung vgl. H. Berger, Neue Methoden im Schleswig-Holstein-Streik, in: Die Quelle, 8. Jg. 1957, H. 1; S. Braun, Kampf um den Status der Arbeiter, in: Sozialistische Politik, 3.-4. Jg. 1956/57, Nr. 12/1; Der Streik der Arbeiter um einen neuen sozialen Status, ebd. Jg. 1957, Nr. 3, S. 2; Der Streik der Metallarbeiter in Schleswig-Holstein, in: Dokumentation der Zeit, Berlin 1957, Nr. 136, 137, 139; R. H. Kalbitz, Biographie über den Streik der IG Metall in Schleswig-Holstein 1956/57. Unveröff. Dipl. arbeit Bochum 1969. Zur damaligen Unternehmerstrategie gegen den Absentismus vgl. G. E. Stammitz, Was kann der Betrieb gegen die Scheinkranken unternehmen? in: Mensch und Arbeit, 1959, H. 4.

(135) Wir verweisen lediglich auf eine kürzlich erschienene Arbeit, die sich mit

wenig darüber auszulassen, daß bis heute im Rahmen der EWG in der Tat nur ein wirtschaftspolitischer Hebel wirklich voll funktionierte, nämlich die Rekrutierung der an die EWG "assoziierten" Arbeiterklasse der Peripherieländer zugunsten der gespaltenen Arbeitsmärkte in den Schaltzentren des am weitesten entwickelten europäischen Kapitals. (136) Schließlich wäre daran zu erinnern, daß selbst die nichtprofitable Sphäre des deutschen gemischten Wirtschaftssystems seit 1956/57 sich als ganz bewußt gehandhabtes Instrument zur Regulierung des gespaltenen Arbeitsmarkts entpuppte, sobald der Ausbau der westdeutschen NATO-Armee in allen seinen Phasen an die Effektivität der Neuzusammensetzung der Klasse angebunden worden war. (137) Somit war vom westdeutschen Unternehmerstaat lange vor dem spektakulären Berliner Mauerbau vom August 1961, der die alten Mechanismen des Booms weithin sichtbar blockierte, ein neuer Reproduktionszyklus eingeleitet. Die ostdeutschen und osteuropäischen Flüchtlingsarbeiter wurden durch süd- und südosteuropäische Arbeitsemigranten ersetzt. Noch vor dem Mauerbau 1961 hatte ihre Zahl schon die Millionengrenze überschritten. (138) Zuerst wurden die Lücken, die der Rückzug jetzt auch der Flüchtlingsarbeiter von den Fließbändern der mechanisierten Massenproduktion in Auto-, Elektro- und Lebensmittelindustrie sowie in den traditionellen Schwerarbeit-Sektoren Bergbau, Gießereien und Tiefbau geschaffen hatte, durch die qualifizierte Schicht arbeitsloser Metallarbeiter aus Italien und Spanien gestopft. (139) Aber es zeigte sich bald, daß in den arbeitsintensivsten Sektoren der Endmontage bei weiterer Zerlegung der Arbeitsoperationen und der Einführung neuer Lohnanreizsysteme auch die völlig unqualifizierte industriell-agrarproletarische Reservearmee des europäischen Südens ausgebeutet

dem Verhältnis von Arbeitsemigration und EWG-Entwicklung auseinandersetzt: M. Nikolinakos, Politische Ökonomie der Gastarbeiterfrage. Migration und Kapitalismus, Reinbek 1973.

(136) Vgl. in diesem Zusammenhang die Untersuchungen in dem von J. Cuisenier und R. Aron hrsg. Buch: Problèmes du développement économique dans les pays méditerranéens, Paris-Le Haye 1963; sowie G. Kade, G. Schiller, Gastarbeiterwanderungen - ein neues Element in der Wirtschaftspolitik der Mittelmeerländer, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 1969, Bd. 102/I, S. 333 ff.; M. Nikolinakos, Die systemstabilisierende Funktion der Auswanderung in den Emigrationsländern, in: links, Offenbach 1972, Nr. 36, S. 9 ff.

(137) Zu den damaligen kapitalinternen Diskussionen über den Zusammenhang von Remilitarisierung und Arbeitsmarkt vgl. vor allem G. Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik. Forschungen und Berichte der Evangelischen Studiengemeinschaft 21, Witten und Berlin 1966, S. 127 ff., 161 ff.

(138) Und zwar war ihre Zahl im Vergleich zum Vorjahr (1959) im Jahr 1960 um 69,2 Prozent angestiegen. Vgl.: Anwerbung und Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer. Erfahrungsbericht 1961, Beilage zu Nr. 4/1962 der ANBA, S. 7.

(139) Vgl. die Angaben über die Ausländerquoten in den einzelnen Industriesektoren in: Bundesanstalt für Arbeit, Ausländische Arbeitnehmer. Jahresberichte 1967, S. 10; 1969, S. 12, 1970, S. 9.

werden konnte. (140) Die neuerliche Umstrukturierung der Klasse gerade in den arbeitsintensivsten Zweigen der Massenproduktion hatte weitreichende Konsequenzen. Ihre ausgeklügelte Isolierung von den übrigen Schichten des Gesamtarbeiters, die sich bis hin zu einer die NS-Methoden verfeinernden Ausländergesetzgebung niederschlug (141), war für die Unternehmer eine entscheidende Garantie, um im zweiten großen Expansionszyklus die gesamte industrielle Zweigstruktur umzuwälzen. Denn sie war nichts anderes als eine Option auf die optimale Steigerung des relativen Mehrwerts in einem stetig wachsenden Sektor des Produktionspotentials, dessen technologische Struktur seit der Rationalisierungsperiode der zwanziger Jahre zwar im Sinn der Steigerung der Ausbeutungsraten und der Reorganisation der Arbeitsplätze mit vormechanisierter Handarbeit effektiviert, aber keinesfalls durch kapitalintensive Innovationen umgewälzt worden war. Bei AEG, Daimler Benz, Ford, Opel, Siemens usw. liefen die Fließbänder unverändert seit über 30 Jahren. Kapitalintensive Neuerungen gab es nur insoweit, als sie - das Paradebeispiel sind die seit den fünfziger Jahren eingeführten Transferstraßen - unumgänglich waren, um immer neue Abteilungen wie beispielsweise die Zylinderblockmontage in der Autoindustrie an die Hauptmontagebänder anzuschließen und das Fließbandprinzip in Bereiche vor der Endmontage zurückzuverlagern. Wertmäßig ausgedrückt unterblieb also ein nennenswerter Zuwachs in der organischen Zusammensetzung des Kapitals. Im Gegenteil: es gelang den Unternehmern, durch die systematische Ausschaltung aller Poren des Arbeiteralltags - mittels der berüchtigten Kleinstzeitverfahren und deren Kopplung mit einer ausgeklügelten Lohnhierarchie - (142) sich ein ständig steigendes Quantum unbezahlter Arbeitzeit anzueignen - und das in einer Konstellation, wo in der Endmontage gleichzeitig jeder abträgliche Effekt im Verhältnis von konstantem und variablem Kapital auf die Mehrwertrate ausgeblieben war! Das Resultat war eindeutig. Die zweite Phase des Booms wurde gespeist von der systematischen Überausbeutung einer stetig wachsenden Pariaschicht der Arbeiterklasse in den Montagesektoren der Massenproduktion. Die südosteuropäischen Arbeitsemigranten, genauso wie

(140) Vgl. beispielsweise W. Scholten, Die Beschäftigungsstruktur der ausländischen Arbeitnehmer in der BRD, Diss. Bochum 1968; allgemein auch: S. Geiselberger (Hrsg.), Schwarzbuch: Ausländische Arbeiter, Frankfurt 1972, S. 62 ff.

(141) Zur Handhabung der Ausländergesetzgebung vgl. F. Franz, Die Rechtsstellung der ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland, in: E. Klee, Gastarbeiter. Analysen und Berichte, Frankfurt 1972, S. 36 ff.; D. Peters, Ausländische Arbeiter in der BRD, Stuttgart 1970; G. Weißmann, Kommentar zum Ausländergesetz, Berlin 1966.

(142) Vgl. dazu: Redaktionskollektiv Gewerkschaften, Zum Zusammenhang von Kapitalakkumulation, Veränderungen in den Formen der Profitproduktion und der Rolle neuerer Entlohnungsmethoden in der BRD, in: Probleme des Klassenkampfs, Berlin 1974, H. 4 und 5; sowie: Neue Methoden zur Steigerung der Arbeitsintensität in der westdeutschen Industrie, in: DWI-Berichte, 1965, Nr. 15.

die deutschen Arbeiterinnen und ein erheblicher Anteil dequalifizierter deutscher Handwerker, Bergleute usw., durch einen ungeheuer differenzierten Mechanismus der Klassenspaltung von den übrigen Schichten der Klasse isoliert, haben mit ihrer Arbeitskraft die Bedingungen für eine in ihrer Gesamtheit ungeheuer kapitalintensive Reorganisation der industriellen Zweigstruktur geschaffen. (143)
Seit Ende der fünfziger Jahre nahm der Umwälzungsprozeß des Gesamtkapitals gigantische Ausmaße an; er wurde von den Profiten der mechanisierten Massenproduktion gespeist. Die ungeheuer angestiegenen Mehrwertmassen der mechanisierten Endstufen des Gesamtproduktionsprozesses wurden dazu benutzt, um in den stoffgewinnenden und stoffumwandelnden Grundstoffindustrien eine äußerst kapitalintensive Restrukturierung der Arbeitsorganisation durchzusetzen. In der chemischen Grundstoffindustrie, der Mineralölindustrie und in der Eisen- und Stahlindustrie wurden jetzt in voller Breite teilautomatisierte und verfahrenstechnisch geschlossene Produktionsverfahren eingeführt. Es handelte sich um einen Prozeß, der schließlich auch die klassischen Investitionsgüterindustrien angefangen vom Maschinenbau bis zum neuen Computersektor des Elektrokapitals entscheidend revolutionierte. (144) Selbst in solchen Industriezweigen, deren Produktionskette arbeitsintensive Montageprozesse im Sinn des Fließbandprinzips nicht zuließ, wie z.B. in Teilen der Textilindustrie, in der Druckereibranche und in vielen Zweigen der Lebensmittel- und Konsumgüterindustrie, wurde die lebendige Arbeit als unmittelbar mit dem Maschinensystem verbundene Produktionsbedingung Zug um Zug beseitigt. Sie hatte den Produktionsfluß nur noch zu überwachen, Instandhaltungsfunktionen zu verrichten oder an numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen beschränkte Zubringerdienste zu leisten. Indem der kapitalistische Gebrauch der Maschinerie in den neuen Sektoren die manuelle Produktionsarbeit eliminierte und die Vergegenständlichung von lebendiger Arbeit auf Überwachungs- und Reparaturtätigkeiten in Ausnahmefällen degradierte, setzte ein sehr widersprüchlicher Sprung im Verhältnis von Kapital und Arbeit ein, der im Vergleich zur Rationalisierungsperiode

(143) Hierzu gibt es eine unübersehbar gewordene Literatur. Wegen ihrer konkreten Informationen seien empfohlen: Automatisierung. Stand und Auswirkung in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom RKW, München 1957; R. Katzenstein, S. Liebe, Zu einigen Entwicklungstendenzen der volkswirtschaftlichen Strukturen in Westdeutschland und anderen hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern, in: Konjunktur und Krise, 1968, H. 2; Methoden und Auswirkungen der Rationalisierung in der westdeutschen Industrie, in: DWI-Berichte, 1960, Nr. 13.

(144) Dieser Prozeß wird in folgenden Arbeiten systematisiert: F. Pollock, Automation, op. cit. Praktische Beispiele zur Automatisierung aus der Bundesrepublik Deutschland, England, Frankreich und Italien, Hrsg. RKW, München 1959; H. W. Zimmermann (Hrsg.), Aspekte der Automation, Basel-Tübingen 1959.

seit den zwanziger Jahren gedrängt und konzentriert verlief. (145) Einerseits wurden im Verlauf dieser Umwälzung die meisten professionellen Arbeiterschichten, die sich bislang erfolgreich aus den wachsenden Sektoren der mechanisierten Massenproduktion abgesetzt hatten, unter das Kommando einer weitgehend geschlossenen Arbeitsorganisation gebracht, welche jetzt auch ihnen Arbeitstempo und Arbeitsverhalten bis in die letzten Details zudiktierte; langfristig gesehen war es mit dem zäh verteidigten status quo zwischen kapitalistisch gehandhabtem Maschinensystem und dem bewußten Gebrauch der Arbeitskraft durch den qualifizierten Arbeiter vorbei. Andererseits waren die Unternehmer in den teilautomatisierten Industriezweigen wegen der hohen Störanfälligkeit der Aggregate und der enormen Höhe der in ihnen fixierten Kapitalwerte auf ein diszipliniertes, produktionsbewußtes Arbeiterverhalten angewiesen - ein Tatbestand, der sich rasch in der Anwendung entsprechend orientierter Entlohnungskategorien niedergeschlagen hat. (146) So wurden die teilautomatisierten Grundstoffindustrien und die stoffumformenden Industriezweige in den sechziger Jahren zu einem neuen Experimentierfeld für einen differenzierten status quo, der den deutschen Arbeitern und den enorm anwachsenden technischen Kadern zunächst erhebliche Konzessionen machte - trotz analytischer Arbeitsplatzbewertung und neuer Prämienlohnsysteme verfügte die Hoffnung auf ein neuerliches "upgrading" der traditionell qualifizierten deutschen Arbeiterschichten zunächst über eine gewisse materielle Basis. (147) Das gilt ganz besonders für die Wartungs- und Reparaturhandwerker, bei denen ein produktionsorientiertes und "pflichtbewußtes" Verhalten gegenüber der Maschinerie wieder zur essentiellen Vorbedingung für die Kontinuität der Produktionsabläufe wurde, ohne daß sich eine entscheidende inhaltliche Requalifizierung in den Arbeitsinhalten erkennen ließ.
Wir können zusammenfassend feststellen, daß die Arbeiterklasse mehr noch

(145) Vgl. die Auseinandersetzung über die "downgrading"- und "upgrading"-Theorien in der Automationsliteratur bei Pollock, op. cit.

(146) Und zwar in der Einführung von Prämienlöhnen. Vgl. dazu vor allem: F. Bösherz, Die Praxis der Prämienentlohnung, Baden-Baden und Bad Homburg 1968; W. Braun, Grenzen traditioneller und Bedingungen moderner Leistungsentlohnung, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 36. Jg. 1966; H. Schönefeld, Beitrag zu Grundsatzfragen der Leistungsentlohnung vorzugsweise bei mechanisierter und teilweise automatisierter Fertigung, Diss. TH Aachen 1963; sowie als neue Untersuchung G. A. Koch und andere, Veränderung der Produktions- und Instandhaltungstätigkeiten in der industriellen Produktion. Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 6, Hrsg. RKW, Frankfurt 1971, S. 132 ff.: Auswirkungen technischer Veränderungen auf Arbeitsbewertung und Entlohnung.

(147) Und das erklärt auch die kontroversen Auseinandersetzungen über dieses Problem in den sechziger Jahren: vgl. Anm. 145. Heute sind die Fronten eindeutig geklärt.

als in den fünfziger Jahren im vergangenen Jahrzehnt entlang einer Trennungslinie, die bruchlos vom neuerlich gespaltenen Arbeitsmarkt bis in die Fabrikhallen reichte, aufgesplittert war. In den technologisch stagnierenden und arbeitsintensiven Montage- und Verpackungssektoren der Massenproduktion wurde der in seiner sozialen Zusammensetzung zweimal umgeschichtete Massenarbeiteranteil am Gesamtarbeiter schrittweise zu beidhändig tätigen Arbeitsaffen degradiert; die Sektoren, in denen die Mehrwertraten absolut und relativ stiegen, wurden ständig ausgeweitet - exemplarisch hierfür ist die Entwicklung in der Werftindustrie. Das hatte zur Folge, daß in den letzten verarbeitenden Zweigen des gesamten Produktionsflusses bei steigender Arbeitsintensität die organische Zusammensetzung des Kapitals mindestens stagnierte, wenn nicht überhaupt bis etwa 1961/62 zurückging.(148) Und das war der Grund, warum die Unternehmer in den vorgelagerten Produktionsphasen massive Investitionen für einen neuerlichen Entwicklungssprung tätigen konnten, welche den Anteil an lebendiger Arbeit zu einem Anhängsel der Verfahrenstechniken reduzierten und einen neuen status quo mit wichtigen Schichten der an die Wand gedrängten deutschen professionellen Arbeiter herbeiführen sollten. Die Unternehmer blieben ihrer mehr als dreißig Jahre alten Klassenstrategie gegenüber dem Gesamtarbeiter treu: eine flexibel gehandhabte und ständig umgeschichtete Pariaschicht der Arbeiterklasse wurde rigoros und kompromißlos ausgebeutet, wobei es egal war, ob es sich um weibliche Arbeiter - die berühmten "Zehnjahresmädchen" der Leichtlohngruppen -, um ausländische Arbeiter oder um dequalifizierte ältere deutsche Arbeitergruppen handelte. Das gesamte wirtschaftspolitische Repertoire auch der späten Adenauer-Ära war darauf ausgerichtet, diese Schicht kompromißlos zu unterdrücken, ihre Reproduktionskosten so niedrig wie möglich zu erhalten und jede Tendenz zur Stimulierung der Produktivität durch "aktive Lohnpolitik" weiter zu desavouieren. Auf dem Rücken dieser Pariaschicht wurde sodann der status quo mit den übrigen Schichten der Klasse so flexibel wie möglich gehandhabt, um jeden Ansatz zur geschlossenen Klassenkonfrontation unmöglich zu machen. Allerdings wurde gerade in dieser Phase bei den traditionellen deutschen Facharbeiterschichten genauso wie bei den neuen technischen Angestelltengruppen jegliche langfristige Widerstandslinie endgültig untergraben. Daß der konsequente unternehmerische Gebrauch der teilautomatisierten Produktionssysteme im Bedarfsfall ebenfalls das Arbeitstempo bei den Kontroll-, Steuer- und Mehrstellentätigkeiten enorm zu steigern vermag, sollte sich erst in der Periode nach der Krise von 1966/67 erweisen.

(148) Dies ist eine Hypothese, die sich auf die wichtigsten Arbeiten stützt, welche über die wirtschaftliche Expansion in der BRD geschrieben worden sind. Es gibt aber keine exakte Analyse, die etwa der Untersuchung von Kuznets über die US-Ökonomie ebenbürtig wäre. Vgl. Kuznets, Capital in the American Economy, New York 1961.

Es ist bezeichnend genug, daß sich der auf Wartepositionen abgedrängte Arbeiterreformismus erneut konfliktlos mit den hier skizzierten neuen Strukturen des Unternehmerkommandos zu arrangieren verstand. Während die IG Metall ihren anläßlich der baden-württembergischen Metallarbeiterstreiks von 1963 gestarteten Versuch, den Reallohn endgültig zum reformistischen Stachel der Kapitalbildung zu machen und somit dem gemischten Wirtschaftsystem seinen letzten Schliff zu geben, rasch wieder aufgab (149), kündigte sie gleichzeitig mit einer Serie von Automationskonferenzen ihre Anwartschaft auf eine angemessene Beteiligung bei der Revolutionierung der Ausbeutungsstrukturen an. (150) Sie setzte voll auf das "upgrading" der Arbeiterklasse beim Übergang zur Automation - selbstverständlich nur hinsichtlich der professionellen Restgruppen bei den deutschen Arbeitern. (151) In der Tat war die endgültige Transformation der Arbeitsbedingungen der professionellen Arbeiterschichten ein delikates Thema. Denn es bedurfte nicht erst einiger "kulturpessimistischer" Analysen in Sachen Automation, um zu begreifen, daß die von den Unternehmern aus Gründen der Produktivitätssicherung so dringend benötigte Ideologie des "upgrading" der deutschen Instandhalter-, Reparatur- und Mehrstellenarbeiter eine Fata Morgana war. (152) Umso verständlicher, daß sich die Gewerkschaften, die seit den sechziger Jahren nur noch in diesen Arbeiterschichten verankert waren (153), für eine entsprechende materielle Basis dieser Ideologie starkmachen würden - im andern Fall würde die Klassenspaltung unterhöhlt und die Folgen unabsehbar. Mit der stillschweigenden Beteiligung an der Stimulierung der Produktivität via RKW war es nicht mehr getan. Nur stießen die Gewerkschaften vorerst weiter auf taube Ohren. Ihre Initiative schien trotz vielfältiger Lobes-

(149) Vgl. dazu die informative, wenn auch institutionssoziologisch kopflastige Arbeit von D. Noé, Gebändigter Klassenkampf. Tarifautonomie in der Bundesrepublik Deutschland. Der Konflikt zwischen Gesamtmetall und IG Metall vom Frühjahr 1963, Berlin 1970.

(150) Vgl. dazu die bislang erschienenen Protokollbände: G. Friedrichs (Red.), Automation und technischer Fortschritt in Deutschland und den USA, Frankfurt 1963; ders.: Automation, Risiko und Chance, Bd. I/II, Frankfurt 1965; ders.: Computer und Angestellte, Bd. I/II, Frankfurt 1971.

(151) Vgl. dazu die Referate von IG Metall-Funktionären in den verschiedenen Protokollbänden; sie sprechen eine deutliche Sprache.

(152) Das geht unzweideutig aus den Publikationen in den einschlägigen Fachzeitschriften über diese Frage hervor: wo kein materieller "Aufstieg" mehr winkt, werden stattdessen die Register der Sozial- und Organisationssoziologie gezogen. Vgl.: Arbeit und Leistung, Jg. 1967 ff.; Mensch und Arbeit, Jg. 1967 ff.; Rationalisierung, Jg. 1967 ff.

(153) Belegbar ist dies durch die enormen Unterschiede in der Gewerkschaftszugehörigkeit je nach Industriesektoren. Vgl. darüberhinaus R. Schmidt, E. Becker, Reaktionen auf politische Vorgänge, Frankfurt 1967, II: Metallarbeiterstreik in Baden-Württemberg, S. 67 ff., wo nur die professionellen Arbeiterschichten sich mit der Politik der IG Metall bei den Streiks von 1963 auseinandersetzen. Das "Desinteresse" des Massenarbeiters wird natürlich entsprechend denunziert.

hymnen auf ihre prinzipielle "Rationalisierungsfreundlichkeit" (154) verfrüht. Zwar hatte es seit Ende der fünfziger Jahre einen nur notdürftig verschleierten Zyklus von Abteilungskämpfen gegeben, der in teilweise heftige Konfrontationen mit den Werkschutz- und Polizeieinheiten der Länder ausgeartet war. Zwar waren die individuellen Kampfformen - Krankfeiern und Absentismus, kleine Betriebs"kriminalität" usw. - in einem für die Unternehmer erschreckenden Ausmaß angestiegen. (155) Zwar wußte der Manager einer norddeutschen Werft zu konstatieren, daß sich an der Bereitschaft der Hafen- und Werftarbeiter, zu klauen, was nicht niet- und nagelfest war, nichts geändert hatte - die Entschlossenheit zur notfalls handgreiflichen Auseinandersetzung mit der Meisterhierarchie und den Werkschutzleuten war eindeutig gestiegen. (156) Aber trotzdem hatten die Unternehmer Anlaß genug, sich bis auf weiteres gelassen zu geben. Sie hatten auf die zunehmende Kampfbereitschaft in den Montageabteilungen ihrer diversifizierten Konzerne mit der Neuzusammensetzung des Gesamtarbeiters geantwortet, und der Effekt war nicht ausgeblieben. 1959/60 hatte es einige bedrohlich zugespitzte Arbeiteraktionen gegeben - so bei VW in Hannover, wo die deutschen Bandarbeiter nach einer offenen Revolte gegen das Fließband zu Hunderten ihren Arbeitsplätzen den Rücken gekehrt hatten. (157) Und gerade bei VW hatte sich dieser Kampfzyklus in einer für die Unternehmer vorteilhaften Weise wiederholt: die italienischen Arbeiter, die sich jetzt - 1962 - gegen die Bänder auflehnten, blieben von den deutschen Arbeitern isoliert, ihre "Rädelsführer" wurden kurzerhand verhaftet und abgeschoben. (158) Dergleichen war in Dut-

(154) Vgl. beispielsweise die laudatio auf den früheren DGB-Vorsitzenden Rosenberg in der RKW-Zeitschrift "Rationalisierung": "Die Herauslösung der Rationalisierungsarbeit aus der Sphäre der gefühlsbetonten Ablehnung durch die Arbeitnehmer ist nicht zuletzt ein Verdienst von Ludwig Rosenberg. In seinen modernen und gewiß undoktrinären Anschauungen von der Wirtschaftspolitik bedeutet Rationalisierung sehr viel mehr als technische oder organisatorische Maßnahmen in den Einzelbetrieben (...). Diesen modernen Geist der deutschen Gewerkschaften verkörpert Ludwig Rosenberg in hohem Maße." Persönliches: Ludwig Rosenberg zum 60. Geburtstag, in: Rationalisierung, 14. Jg. 1963, H. 6, S. 148.

(155) Vgl. dazu die Artikel in den einschlägigen Zeitschriften "Arbeit und Leistung" und "Mensch und Arbeit" bis Anfang der 60er Jahre!

(156) So sagte ein Werft-Manager zu einem Werkschutz-Doktoranden während eines Interviews: "Werft- und Hafenarbeiter können alles gebrauchen, sie klauen alles; sie würden auch die Schiffe mitnehmen, wenn diese nicht zu groß und zu schwer wären. Das größte Verbrechervolk treibt sich im Hafen herum. Das Unternehmen und auch der Staat sind dagegen machtlos." D. Lisiecki, Reaktionsformen von Betrieben auf innerbetriebliche kriminelle Vorgänge, op. cit. S. 141.

(157) Vgl. die Berichterstattung über die Hannoveraner VW-Streiks in der Regionalpresse Hannovers, September 1959; sowie PF-Archiv, Kämpfe der westdeutschen Automobilarbeiter.

(158) Dazu L. Elsner, Fremdarbeiterpolitik in Westdeutschland, Berlin 1970, S. 183 ff.

zenden anderer Betriebe passiert - jegliche Ausweitung der Kämpfe unterblieb, die Nationalität der Emigranten wurde etwas genauer zur Spaltung eingesetzt, unqualifizierte Bauern-Proletarier aus Südosteuropa und der Türkei wurden nachgeschoben. Aber abgesehen davon hatte der reorganisierte Spaltungsmechanismus ausgezeichnet funktioniert. Die deutschen professionellen Arbeiterschichten waren froh, der Monotonie der Bänder entronnen zu sein, und gaben sich vorerst mit der kapitalintensiv reorganisierten eigenen Ausbeutungssituation zufrieden, soweit sie nicht überhaupt die Chance wahrnahmen, auf Kosten der Arbeitsemigranten in der Betriebshierarchie aufzusteigen und Sonderprämien für besonders scharfe Geschwindigkeiten an den Bändern zu kassieren. Alles in allem fühlten sich die Unternehmer noch souverän genug, um jeden Ansatz von Arbeiterautonomie ohne größere gewerkschaftspolitische Beteiligung einzukreisen und zugrundezurichten.
Anfang der sechziger Jahre setzte bei der herrschenden Klasse eine neue Diskussion über die strategischen Grundlinien ihres Kommandos über die Arbeiter ein. Sie wurde auf praktisch allen Ebenen, von der Generalität der restaurierten Armee über Geheimdienste und Polizeiapparat bis hin zu den unternehmeseigenen Industrieschutzzentralen, mit einer bemerkenswerten Intensität geführt. (159) Bei allen Beteiligten stand die Frage im Vordergrund, welche unmittelbaren wie langfristigen Konsequenzen sich aus dem beschleunigten wirtschaftlichen Wandel und der rapiden sozialen wie geographischen Umstrukturierung der Arbeiterklasse für die Kontinuität und Effizienzerhaltung der Herrschaftsmaschinerie des vergesellschafteten Kapitals ergeben würden. Einige entscheidende Bezugspunkte zur damaligen Konstellation des "atlantischen" Systems führten dazu, daß diese Auseinandersetzung zu einem bemerkenswert homogenen und rasch verwirklichten Reorganisationsprojekt des Klassenkommandos führten.
Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stand eine im allgemeinen überraschend realistische Analyse des mit ungeheurer Vehemenz ablaufenden sozialen Umwälzungsprozesses. Es wurde konstatiert, daß die soziale Konzentration der ausgebeuteten Klassen weiter fortgeschritten war. Die Zentren der mechanisierten Massenproduktion waren mit den Zentren der multinationalen Neuzusammensetzung der Klasse weitgehend identisch: in einer den US-amerikanischen "stripe cities" analogen Zuordnung von Produktion, Reproduktionssphäre und Transporttangenten reichten sie von Braunschweig/-Salzgitter/Wolfsburg über Hannover, Ostwestfalen, Ruhrgebiet, Niederrhein, Rhein-Maingebiet, Rhein-Neckargebiet und Stuttgart sowie Göppingen bis nach München. Hier waren die ausländischen Arbeiter seither am stärksten konzentriert, mit einer Fluktuationsrate von ca. 30 Prozent äußerst mobil, gleich-

(159) Vgl. dazu: BDI-Jahresberichte, 1960/61, 1961/62, 1962/63; BDI-Mitteilungen 1960-1963; DIHT (Hrsg.): Notstandsvorsorge als Aufgabe der Wirtschaft, Bonn 1962; Wehrkunde, Jg. 1960 ff.; Wehrwissenschaftliche Rundschau, Jg. 1960 ff.; Ziviler Luftschutz (später: Zivilschutz), Jg. 1960 ff.

zeitig optimal ghettoisierbar und somit je nach den Expansionsrichtungen der mechanisierten Massenproduktion leicht zu verschieben. Dadurch wurde die noch 1960 wirksame Tendenz, die Fließbandproduktion in Gebiete mit besonders hoher struktureller deutscher Arbeitslosigkeit zu verschieben (z.B. Opel-Zweigwerk in Bochum, VW-Zweigwerk in Emden), entscheidend abgeschwächt. (160) Von großer Bedeutung war in diesem Zusammenhang, daß der Expansionsprozeß der neuen teilautomatisierten grundstoff-und stoffumwandelnden Industrien und somit der über die Mechanisierung hinaus strukturierten deutschen Arbeiter- und Technikerschichten sich um die genannten Produktionszentren derart gruppierte, daß diese durch das produktionstechnisch bestimmte Übergewicht der Transporttangenten und der Energieversorgung stärker als in den Jahrzehnten zuvor ineinander übergingen. Es steht außer Zweifel, daß diese strukturell-geographische Zusammenballung der neu zusammengesetzten Arbeiterklasse auf der Kapitalseite den optimalen Verwertungskriterien eines von wenigen diversifizierten Unternehmensgruppen beherrschten Produktionsflusses vom Grundstoff bis zum Endprodukt entsprach. Aber hinter vorgehaltener Hand wurde von den Unternehmern gleichzeitig über immense neue Probleme der Kontrolle über die Gesamtarbeitskraft gemunkelt. Von einer politischen Arbeiteropposition, die sich traditionellen Strategien gemäß organisierte, war nirgends mehr, auch in der Montanindustrie nicht, etwas zu spüren. Das klassische "politische" Arbeiterbewußtsein, das sich an einer klaren gesellschaftlichen Strategie orientierte, war atomisiert und im aktuellen Porzeß der Neuzusammensetzung untergegangen- die Unternehmer ließen sich dies in dieser Zeit von allen Seiten attestieren. (161) Dafür hatten sich die neuen Probleme des unmittelbar am Widerstand gegen die Arbeitsorganisation ansetzenden Arbeiterverhaltens erheblich zugespitzt. Während die deutschen professionellen Arbeiter der teilautomatisierten Industrien den Kampf um den neuen status quo aufnahmen oder im Verlauf der Zunahme der ausländischen Arbeiter endgültig zu Vorarbeiter- und overlookposten avancierten, kamen die mobilen Massenarbeiterschichten der mechanisierten Massenproduktion auch nach der Niederschlagung ihrer Kampfansätze zu Beginn der sechziger Jahre nicht mehr zur Ruhe. Die Untersuchungen darüber, daß die jüngsten, am wenigsten qualifizierten und ständig fluktuierenden Massenarbeiter eine sich stetig verschlech-

(160) Zur regionalen Wirtschaftsstruktur und Klassenzusammensetzung der BRD mit ihren Folgen für die Stabilität der Klassenherrschaft vgl. vor allem E. Beyer, Regionale Integrationsprobleme unserer Verteidigung, in: Zivilschutz, 1964, H. 6; Düren, Wirtschaftliche Aspekte der Verteidigung, in: Wehrkunde, 1964, H. 5; K. Seemann, Gedanken zur Landesverteidigung, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 1963, H. 11.

(161) Am repräsentivsten ist die im Rahmen des RKW-Projekts "Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland" von H. Kern und M. Schumann verfaßte Studie: Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, Teil I/II, Frankfurt 1970.

ternde Arbeitsmoral aufwiesen, sind in den sechziger Jahren Legion. (162) Die Gefahr war groß, daß sich dieses Verhalten auf die um ihren Status kämpfenden Stammarbeiter der Konzerne ausweiten würde, die gerade auf breiter Ebene zu Reparatur-, Instandhaltungs- und Mehrstellenarbeitern umqualifiziert wurden. Auf jeden Fall waren neue Eindämmungsmaßnahmen nötig, die über das bislang Übliche hinausgingen, es war einfach "ein Unterschied, ob es sich um eine Stammbelegschaft mit gesunden und politisch unbedenklichen Auffassungen handelt oder um eine Belegschaft, die infolge hoher Fluktuation keine innere Bindung zum Werk hat und deshalb illegalen politischen Tendenzen zugänglicher ist" (163). Und da es Betriebe mit "unbedenklichen" Stammbelegschaften kaum mehr gab und stattdessen die Zusammensetzung des Gesamtarbeiters sich mehr als bisher an den unterschiedlichen Entwicklungsstufen der Produktion innerhalb der Unternehmen festmachte, war eine derart simple Trennung der Arbeiter in gut und böse nicht mehr ohne weiteres möglich. Es wurde damals in vielen Betrieben üblich, krankfeiernde Arbeiter durch Werkschutzleute kontrollieren zu lassen. (164) Der Werkschutz ging dazu über, auf die ansteigende Betriebs-"Kriminalität" härter denn je zu reagieren. Die Handhabung der Stempeluhren, der Akkordzettel usw. wurde in vielen Betrieben reorganisiert. Der betriebsinterne Pförtner-, Ordnungs- und Streifendienst wurde ausgeweitet, um jegliche Kommunikation der Arbeiter untereinander und jedes auch nur kurzfristige Verlassen der Arbeitsplätze zu unterbinden.
Schon in Verdachtsfällen wurde es üblich, selbst bei deutschen Arbeitern Haussuchungen durchzuführen. (165) Die ausländischen Emigrationsarbeiter wurden auch auf gesellschaftlicher Ebene von ihren deutschen Klassengenossen isoliert, in den Wohnheimghettos wurde eine neue Aufseher- und Kaposchicht herangezüchtet, die unmittelbar an die Werkschutzeinheiten angeschlossen war, jede minimale Tendenz zur Aufsässigkeit unter Kontrolle hielt und stillschweigend denunzierte. Die Ermittlungsdienste des Werkschutzes expandierten, ihre Funktion war klar und unzweideutig festgelegt: mittels eines kriminaltechnisch perfektionierten Überwachungssystems von der Einstellung bis zur Entlassung die Kollektivierung der neuen Kampfformen zu unterbinden. Im Oktober 1964 hielt die "Gemeinschaft zum Schutz der Deutschen Wirtschaft" eine zweite Informationstagung ab, bei der Referate über "moderne Methoden der Sabotage", über den "illegalen Streik, Mißbrauch und Abwehr", sowie "die Abwehr verdeckter Kampfmethoden im Betrieb in

(162) Vgl. dazu die Jahrgänge 1962-1965 von "Arbeit und Leistung" sowie "Mensch und Arbeit".
(163) Zit. nach GSW (Hrsg.), Werkschutz. Aufbau und Aufgaben, Körbecke-Möhnsee o. J., S. 10.
(164) Vgl.: Deutsches Institut für Betriebswirtschaft (Hrsg.), Fehlzeiten im Betrieb, Düsseldorf-Wien 1962, S. 88.
(165) Dies berichten alle Autoren der Werkschutz-Dissertationen in ihren Untersuchungen (vgl. hier Anm. 120).

politischen Spannungszeiten" im Zentrum der Diskussionen standen. (166) Im Zusammenhang damit wurde von der GSW ein überarbeiteter "Einsatzplan für den Fall eines wilden Streiks" herausgebracht, eine unmittelbare Antwort auf die fortschwelenden Abteilungskämpfe, deren Stoßrichtung grundlegend für die Unterdrückungstaktik in den späteren Jahren war. Dieser Plan sah die Besetzung aller neuralgischen Betriebspunkte durch Werkschutzeinheiten im Fall sich ausweitender Abteilungsaktionen vor, die Kommandoverhältnisse wurden reorganisiert und erste Ansätze zu einer gewaltsamen Bekämpfungsstrategie schon auf Abteilungsebene festgelegt. "Führungskräfte" sollten fortan "in ihren Abteilungen bleiben". Die "Sicherheitsbeauftragten" sollten sofort Kontakt mit der politischen Polizei und den Landesämtern für Verfassungsschutz aufnehmen, um "bei Feststellung von Schreihälsen und Rädelsführern sofortiges Eingreifen der Betriebsleitung" vorzubereiten: "Hinweis auf Verstoß gegen Arbeitsordnung, gegebenenfalls Heranziehung des Werkschutzes", und, last not least: "Verbindungsaufnahme mit IG Metall, Gewerkschaftsvertreter auffordern, eindeutige Stellungnahme gegen die wilden Streiks herbeizuführen" (167). Es ist bezeichnend, daß diese Richtlinien, die sich von den Anweisungen der fünfziger Jahre durch ihre Präzision deutlich unterschieden, in modifizierter Form in den Streikbekämpfungsrichtlinien der größten Branchenverbände der Unternehmer wiederzufinden sind. (168)

Die Reorganisation des Werkschutzes in diesen Jahren war somit alles andere als Routine. Der Kampf gegen die proletarische "Sabotage" der Arbeitsorganisation war kein Programmpunkt mehr, sondern alltägliche Realität geworden. Und dabei wurden wieder einmal die ausländischen Arbeiter als kritische Punkte der Arbeitsmoral lokalisiert; das war nichts anderes als der Versuch, die Abhängigkeit des zweiten Investitionsbooms von den Mehrwertmassen, die in steigendem Umfang dem multinationalen Massenarbeiter der mechanisierten Massenproduktion abgepreßt wurden, repressiv zu stabilisieren. In allen Diskussionen der Unternehmer geriet das Problem des Kommandos über die Emigrationsarbeiter in den Vordergrund. Der Autor eines Pamphlets über die präventive Unterdrückung eines proletarischen Partisanenkriegs in der BRD wollte sie allein als "Minderheiten, die in bezug auf

(166) Vgl. Protokoll über die zweite Informationstagung der GSW am 6. und 7. 10. 7. 10. 1964 in Essen, abgedruckt in: G. Wallraff, 13 unerwünschte Reportagen, Köln 1969, S. 221 f.

(167) Abgedruckt als Anlage zu: GSW-Mitteilungen, Essen/III. Hagen 31, Postfach 615, 1964.

(168) Vgl. beispielsweise: Merkblatt für die aktive betriebliche Streikabwehr, hrsg. vom Arbeitsring der Arbeitgeberverbände der deutschen chemischen Industrie, o. O. 1963, mit Anlage: Einsatzplan im Streikfalle; Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Rundschreiben Nr. 70/1964: Verbandssolidarität und wilde Streiks. Aufgaben der Arbeitgeberverbände; Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände; Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände e. V., Arbeitskampfrichtlinien, 1963.

verdeckte Kämpfe diesen Namen verdienen", gelten lassen. "Unter ihnen befinden sich ohnehin zahlreiche Kommunisten, und am Wohlstand nehmen sie hier wegen des nach Haus geschickten Geldes nur zur Hälfte teil (...). Außerdem haben zahlreiche Griechen und Spanier unter ihnen mehr Erfahrung im verdeckten Kämpfen - allerdings auch in deren Abwehr - als die ganze illegale KPD zusammengenommen." (169) Ein anderer Autor wies darauf hin, daß trotz rigoroser Selektionsmaßnahmen seitens der westdeutschen staatlichen Anwerbungsbüros in den Emigrationsländern in einer "Warnkartei",der "Zentralkartei für nichtdeutsche Arbeitnehmer in München",allein "50 000 Personen registriert" würden, "von denen Vorstrafen oder politische Unzuverlässigkeit bekanntgeworden sind" (170). Aber auch von den Sicherheitszentralen der Unternehmer wurde immer wieder auf die Notwendigkeit einer lückenlosen Überwachung durch den Werkschutz hingewiesen, um "abgesehen von der bedenklichen ideologischen Beeinflussung" der Emigranten "im Sinne des kommunistischen Klassenkampfes (...) Unruhestiftung, Panikmache, Ausspähung und Sabotage im Betrieb" anzugreifen. (171) Schließlich konfrontierten die Unternehmer auch den militärischen Planungsapparat mit der Frage, welche strategischen Ziele gegen die Arbeitsemigranten im Fall zugespitzter innerer Unruhen - massenhafte Abschiebungsaktionen oder zwangsweise Internierung - zu formulieren seien. (172)
Die Arbeitsemigranten waren so seit den sechziger Jahren - zusammen mit ihren "asozialen" deutschen Klassengenossen - in der Massenproduktion Hauptfeind Nummer eins geworden. Schon 1964 wurden gegen sie 60 000 Werkschutzleute, straff reorganisiert, mit automatischen Handfeuerwaffen ausgerüstet und technisch höher qualifiziert als die staatliche politische Polizei, mobilisiert. (173) Auch in vielen mittleren und kleineren Betrieben waren die Zeiten, wo dequalifizierte ältere Arbeiter in die Werksicherheitsdienste abgeschoben wurden, allmählich vorbei. Dessenungeachtet müssen wir konstatieren, daß eine sehr viel weitergehende Energie und ein enormer materieller wie personeller Aufwand zwecks äußerer Einkreisung des latent "empfindlichen Punkts" in der gewandelten Klassenzusammensetzung aufgeboten wurden. Seit den sechziger Jahren nahmen die seit langem diskutierten Pläne Gestalt an, in Modifikation der seit 1941/42 gehandhabten Praxis einen

(169) E. Grimmel, Partisanen im Schwarzwald? Bremen 1964, S. 18.
(170) L. Heinrichs, Ratgeber für den Werkschutz, Dreieck-Verlag, Wiesbaden o. J., S. 72.
(171) GSW: Werkschutz, Aufbau und Aufgaben, op. cit. S. 36.
(172) Offensichtlich wurde darüber bis heute kein klarer Standpunkt erreicht. Vgl. H. Wagner, Gastarbeiter im Konfliktfall. Keiner geht ran, in: Dialog, Jg. 1972, S. 58 ff.
(173) "In aller Stille hat die westdeutsche Industrie in den letzten Jahren eine straff organisierte 'Privatarmee' aufgebaut, die heute rund 60 000 gut ausgebildete, zum Teil mit automatischen Waffen ausgerüstete und oft sogar kriminalpolizeilich geschulte Männer umfaßt." Kallenbach, Die Privatarmee der bundesdeutschen Industrie, in: Frankfurter Rundschau Nr. 198 v. 27. 8. 1964.

unternehmerloyalen Teil der deutschen Arbeiterschichten an der Umklammerung der neuerlich aufkeimenden Aufsässigkeit in der mechanisierten Massenproduktion zu beteiligen. (174) Vor allem in den "kritischen" industriellen Ballungszentren wurde dieser Prozeß enorm forciert. Er stellte den Versuch dar, die deutschen Instandhaltungs- und Reparaturarbeiter sowie die Vorarbeiter und Arbeitssicherheitsorgane der mechanisierten Massenproduktion in einer Art Neuauflage des "erweiterten Werkschutzes" von 1943/44 als Hilfstruppen der Werkschutz-"Elite" zu rekrutieren. Auf eine effektive Tarnung - sie beschränkte sich allenfalls auf die Verschleierung als "Industrieluftschutz" seit 1961/62 als "Werkselbstschutz" (175) - wurde bemerkenswert wenig Wert gelegt. Der "Werkselbstschutz", von dem "Gastarbeiter" unbedingt fernzuhalten waren (176), ist in den 1963/64 herausgegebenen "Empfehlungen für planerisch-organisatorische Vorbereitungen in den Betrieben zur Herstellung der zivilen Verteidigungsbereitschaft" des Industrieschutz-Ausschusses des BDI (177) in aller Offenheit als erweiterte Hilfsorganisation des Werkschutzes aufgeführt. (178) Das genaue Studium dieser Pläne wie auch der Ablauf verschiedener Übungseinsätze in Konzernen des Ruhrgebiets gegen Mitte der sechziger Jahre (179) lassen keinen Zweifel an der Stoßrich-

(174) Sie kristallisierten sich um das Projekt, zur Ergänzung des "Werkschutzes" eine Hilfstruppe aus unternehmerloyalen Arbeitern, den "Werkselbstschutz", aufzubauen, von der alle renitenten und vor allem ausländischen Arbeiter ferngehalten werden sollten. Vgl. Deutscher Industrie- und Handelstag, Jahresbericht 1962, zusammengefaßt in dem Artikel: Verteidigungswirtschaftliche Fragen im Tätigkeitsbericht des DIHT für 1962, in: Zivilschutz, 1963, H. 4, S. 127 ff. Vgl. auch Kohnert, Werkselbstschutzmaßnahmen in den Betrieben der gewerblichen Wirtschaft. Gedankliche Grundlagen der BDI-Druckschriften, in: Zivilschutz, 1964, H. 10, S. 333 ff.

(175) Die Planung zur Reorganisation des "erweiterten Werkschutzes" in Westdeutschland hat eine lange Vorgeschichte. Vgl. dazu K. H. Roth, Gewerkschaften und Werkselbstschutz, in: Atomzeitalter, Frankfurt, Jg. 1966, S. 415 ff.; ders.: Vom "Industrieluftschutz" zum "Werkselbstschutz". Zur Methodik der "Gleichschaltung" der Arbeiterklasse seit 1933, Hrsg. SDS-Landesverband Hamburg in Zusammenarbeit mit dem RSB Hamburg, Hamburg 1968.

(176) So explizit gefordert in: Arbeitskreis des Bundesverbands der Deutschen Industrie (Hrsg.), Vorschläge für Stärke, Gliederung, Ausrüstung und Ausbildung von Werkselbstschutzkräften gemäß § 24 des Entwurfs zum Selbstschutzgesetz. Zweite Empfehlungen, Drucksache Nr. 72, Juni 1964, S. 10.

(177) Entfällt.

(178) Vgl. ebd.; vgl. auch die "ersten" und "dritten" Empfehlungen: BDI, Ausschuß Industrieschutz (Hrsg.), Erste Empfehlungen für planerisch-organisatorische Vorbereitungen in den Betrieben zur Herstellung der zivilen Verteidigungsbereitschaft, BDI-Drucksache Nr. 64; Arbeitskreis des BDI, Anleitung für eine Werkbeschreibung. Dritte Empfehlungen, Drucksache Nr. 73, 1964. Über den Zusammenhang von Werkschutz und Werkselbstschutz äußert sich auch N. Hammacher, Gedanken und Anregungen für den Aufbau einer Organisation zur Verhinderung und Abwehr von Spionage und Sabotage in den Betrieben, in: Zivilschutz, 1963, H. 5, S. 159 ff.

(179) Vgl. K. Kullmann, Zum heutigen Stand und zur Entwicklung des betrieblichen

tung des Projekts: über die Hierarchie der Unteroffiziere der Produktion hinaus eine breitere Schicht der deutschen Arbeiter für die Unterdrückung des multinationalen Massenarbeiters zu mobilisieren. Gleichzeitig sollten dadurch die Reparatur-, Instandhaltungs- und Steuerungsarbeiter der außerordentlich störanfälligen teilautomatisierten Industriekomplexe über den Umweg "Werkselbstschutz" wieder mit dem Produktionsziel identifiziert werden. Die expandierenden Strukturen des repressiven Unternehmerkommandos waren in allen wesentlichen Aspekten auf die Akzentuierung des Spaltungsmechanismus der Arbeiterklasse angelegt. Das war der ökonomisch-politische Inhalt der damals ausufernden Selbstschutz- und Katastrophenschutzpläne, während die aufkommende neue Linke sich viel zu sehr auf die Kritik der institutionellen Strukturen konzentrierte. (180)
Mehr noch als die präzisierte Rekonstruktion des Unternehmerkalküls gegen die Arbeiter à la 1942/43 stand in den sechziger Jahren die äußere Einkreisung der aufkeimenden Arbeiterautonomie im Vordergrund. Es ist wahr, daß die Unternehmer wie nie zuvor die "Organisation zur Verhinderung und Abwehr von Spionage und Sabotage in den Betrieben" (181) forcierten, daß sie eine erweiterte Reproduktion der Kampfformen der Arbeiter in der Schlußphase des Nationalsozialismus präventiv blockieren wollten. Das Geschütz, das sie auffuhren, war in der Tat schweren Kalibers. Der "Diebeskummer", die Furcht, die neuen Kampfformen könnten außer Kontrolle geraten, ging um, je größer die ausländischen Arbeiterkontingente wurden. Die Forderungen, die beispielsweise eine Zeitschrift der Rüstungsindustrie aufstellte: "1. Dem industriellen Werkschutz könnten polizeiliche, auf das betriebliche Areal begrenzte Befugnisse und Rechtspflichten zugewiesen werden (...). 4. Suspendierung des Streikrechtes sowie tariflicher Arbeitszeit- und Kündigungsregelungen für Werkschutzangehörige wäre unerläßlich. 5. Erwähnung verdienen ferner ein allgemein verbindliches Disziplinarrecht (...). 6. Schließlich wäre noch an die Rekrutierung von Hilfskräften in Analogie zu den Helfern des freiwilligen Selbstschutzes zu denken" (182) - waren alles andere als papierene Parolen. Sie demonstrierten eine politische Linie gegen die Arbeiter, die deren reformistische Integration in das Wirtschafts-

Objektschutzes als Teil der "Inneren Verteidigung" in der BRD, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, Jg. 1969, S. 1068 ff.

(180) Vgl. beispielsweise K. Kullmann, "Selbstschutz in Betrieben" und Arbeitnehmer. Analyse des dritten Abschnittes des Selbstschutzgesetzes, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 1967, H. 5, S. 466 ff. Auch im damaligen SDS ist eine materialistische Auseinandersetzung nicht möglich gewesen; er bewegte sich in dieser Frage - gegen den Widerstand des Verf., der damals Referent im SDS-Bundesvorstand war - auf einer von der IG Metall finanzierten institutionenkritischen Linie.

(181) Vgl. den Aufsatz des Mannesmann-Werkschutzleiters N. Hammacher, Gedanken und Anregungen ..., op. cit.

(182) Zit. nach: Schwächen der industriellen Notstandsplanung, in: Wehr und Wirtschaft, 1963, H. 4, S. 135.

wachstum negierte und bis auf weiteres ausschließlich auf den Mechanismus der Klassenspaltung setzte. Aber dieser Mechanismus wurde zusätzlich durch die systematische Ausweitung der Fabrikdespotie auf die Gesellschaft ergänzt. Schon Ende der fünfziger Jahre hatten die Unternehmer bei der Generalität der wiederaufgebauten Armee und den Spitzen des inneren Polizeiapparats darauf gedrängt, die im Rahmen der NATO zudiktierte "überkommene Konzeption vom Krieg in Form eines bewaffneten Konflikts zu revidieren" und sich stärker als bisher an der Möglichkeit "einer untergründigen Bedrohung der Verteidigungsbereitschaft" zu orientieren. (183) Sie hatten ohnedies immer die der Bundeswehr zudiktierte Rolle eines "Stolperdrahts", des Indikators für einen präventiven US-amerikanischen Atomschlag gegen etwa vormarschierende sowjetische Truppen, als unrealistisch und der wirtschaftlichen Expansionsstrategie abträglich angegriffen und schon 1955/56 einer oppositionellen "Wehrkoalition" mit F.J.Strauß an der Spitze zum Durchbruch verholfen. (184) Aber erst im Zusammenhang mit der Etablierung der Kennedy-Regierung in den USA und deren Entscheidung, für den Fall eines europäischen Kriegs das militärische Potential im Sinn "flexibler" militärischer Kampfmethoden umzugruppieren und "begrenzte Kriege" unterhalb der "nuklearen Schwelle" einzukalkulieren (185), war die Einbeziehung des westdeutschen Militär- und Polizeipotentials in die äußere Einkreisung der Arbeiterautonomie voll praktizierbar geworden. Das "Kriegsbild" hieß fortan "Vorwärtsverteidigung", die Planung des militärischen Potentials war nicht mehr festgelegt auf die Preisgabe der BRD als Operationsfeld des Nuklearkriegs und die Verteidigung der Rheinlinie; die Operationen sollten im Fall begrenzter Kriege an der DDR-Grenze beginnen, die BRD sollte als Hinterland einer militärischen Offensive gegen Osteuropa stabilisiert werden.(186)

(183) Ebd. S. 134. Diese Auseinandersetzungen liefen zunächst auf internen Ebenen. Klartext wurde erst 1968 gesprochen: "Eine vorbeugende Abwehr gegen subversive Kräfte aller Art ist für die Erhaltung unserer staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung lebenswichtig. Weil es nicht möglich sein wird, einen ausreichenden äußeren Objektschutz (...) aufzubauen, und weil die zunehmende Verfeinerung der Technik unter gleichzeitiger Personalverminderung ein Anwachsen der Stör- und Lähmungsempfindlichkeit der technischen und baulichen Objekte mit sich bringt, gewinnt der innere Objektschutz ständig an Bedeutung." DIHT-Jahresbericht 1968, S. 158.

(184) Vgl. dazu G. Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, op. cit. S. 184 ff.; J. L. Richardson, Deutschland und die NATO, Köln und Opladen 1967, S. 41 ff.

(185) Vgl. dazu F. Frassati, Die NATO auf der Suche nach einer Strategie. Rohübersetzung eines in "Critica Marxista", Jg. 1968, erschienenen Artikels, im Bes. d. Verf.

(186) Diese strategische Hypothese liegt einer Untersuchung des damaligen Generalmajors de Maizière zugrunde, die die Umwälzungen der seinerzeitigen militärpolitischen Planung konzentriert zusammenfaßt: de Maizière, Die Landesverteidigung im Rahmen der Gesamtverteidigung, Hamburg-Berlin 1964.

Damit waren die Voraussetzungen für die Orientierung großer Teile des staatlichen Militär- und Polizeipotentials am aktuellen Klassenwiderspruch gegeben. Es war jetzt nur noch erforderlich, einen genau definierten Zusammenhang zwischen der effektivierten Arbeiterunterdrückung auf Fabrikebene und in der Gesellschaft herzustellen. Gefragt war eine Strategie, die fähig war, eine etwaige soziale Ausweitung der latenten Arbeiterautonomie präventiv vorwegzunehmen. Das Ergebnis war vom Unternehmerstandpunkt gesehen klar und eindeutig - es war die Konzeption des "verdeckten Kriegs". (187) Die Theoretiker des "verdeckten Kriegs" versuchten im allgemeinen, die Klassenkampferfahrungen des Systems aus den frühen zwanziger Jahren, der NS-Ära nach 1941/42 und einige Reminiszenzen der Gegen-Insurrektion aus den drei Kontinenten mit jenen zentralen Problemen, die sich aus der aktuellen Klassenkonstellation ergaben, zu verbinden. (188) Ihre Diskussionen mündeten schon 1963/64 in einen Konsens hinsichtlich der vorbeugenden Einkreisung der "empfindlichen Punkte" zukünftiger Klassenauseinandersetzungen ein. Es waren dies die reorganisierten industriellen Ballungszentren; sie kehrten bei allen taktischen Differenzen in Einzelpunkten in den meisten Analysen als Kernproblem der präventiven Gegen-Insurrektion wieder. (189) Als "in besonderem Maße anfällig" "gegen staatsfeindliche Einwirkungen" wurden "industrielle Großunternehmen und Ballungszentren, wie beispielsweise das Ruhrgebiet" festgestellt (190); auf deren Kontrolle vor und nach einem Tag X seien alle Anstrengungen auszurichten, weil "durch Anzettelung wilder Streiks oder gewaltsame Beschädigung von Produktionsmitteln (...) verteidigungs- und lebensnotwendige Betriebe der gewerblichen Wirtschaft sowie Verkehrs- und Versorgungseinrichtungen mühelos längere Zeit zum Stillstand gebracht werden" könnten (191), ohne daß dabei eine offene militärische Auseinandersetzung im Sinn des bisherigen kalten Kriegs

(187) Zur Theorie des "verdeckten Kriegs" in der BRD vgl. vor allem: Truppenpraxis, Jg. 1962 ff.; Wehrkunde, Jg. 1962 ff.; Wehrwissenschaftliche Rundschau, Jg. 1962 ff.; sowie K. V. R. Wolf, R. W. Günther, G. Moritz, Der verdeckte Kampf, Bonn o. J.; H. v. Zitzewitz, Innere Verteidigung. Gemeinsame Abwehraufgaben für Militär und Zivil in der Landesverteidigung der NATO-Mächte, in: Wehrkunde, 1962, S. 81 ff. - ein Artikel, der besonders intensiv diskutiert worden ist.

(188) Exemplarisch dafür: Der verdeckte Kampf, op. cit.; H. K. Günther, Der Kampf gegen die Partisanen, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 1968, H. 12; W. Hahlweg, Kriegserfahrungen in Vietnam und ihre Anwendbarkeit auf Europa, ebd. H. 3.

(189) Dazu vor allem: E. Beyer, Raumordnung und Landesverteidigung, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 1965, H. 1; Düren, Wirtschaftliche Aspekte der Verteidigung, in: Wehrkunde, 1964, H. 5; H. Walitschek, Probleme des modernen Kriegsbildes, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 1964, H. 4; K. Seemann, Landesverteidigung und Wirtschaft, ebd. H. 3.

(190) Schwächen der industriellen Notstandsplanung, in: Wehr und Wirtschaft, 1963, H. 4, S. 135.

(191) Zit. nach ebd.

mit Sowjet- oder DDR-Truppen nötig sei. Die "verdeckte Kampfführung" wurde verstanden als möglicher Versuch radikalisierter Arbeitergruppen, durch Streiks, Sabotage, Massendemonstrationen und "Banden"-Aktivitäten die Zentren der mechanisierten Massenproduktion "subversiv" zu zersetzen und schließlich gänzlich der Kontrolle des Wirtschaftssystems zu entziehen. Das aber war Anlaß genug, um sich auf ein Versagen des - gleichwohl massiv forcierten - Spaltungsautomatismus innerhalb der Klasse einzurichten. Wie der seither beschleunigte Aufbau einer "Zivilverteidigung" zur Ergänzung der "nationalen" Operationsplanung der Bundeswehr ("Territorialverteidigung") dokumentiert (192), wurden die Zentren der Ausbeutung des multinationalen Massenarbeiters durch eine Kombination von militärischer Dislozierung und infrastruktuerellen Maßnahmen eingekreist. (193) Das Produktionspotential - vor allem die Raffineriekapazitäten - und das Verkehrssystem wurden weiter diversifiziert, um über den ökonomischen Kalkül des Wirtschaftssystems hinaus die Arbeitermassen von Industriezentrum zu Industriezentrum im Fall größerer Unruhen gegeneinander abzuschließen. Die "praktischen Vorbereitungen der Landesverteidigung" wurden systematisch "auf die unteren regionalen Stellen verlagert", so daß unzählige Kontaktflächen" entstanden, "die sich zu einer gewaltigen Kapazität" addierten (194) Für die beiden wichtigsten Varianten des neuen "Kriegsbilds", den reinen Klassenwiderstand der Arbeiter im Sinn der "verdeckten Kampfführung" wie auch für den "begrenzten Krieg", in welchem sich befristete militärische Auseinandersetzungen zwischen der BRD und etwa der DDR mit Arbeiteraufständen addierten, waren "Insellagen" nötig: jeder Regierungsbezirk, in dem es wichtige industrielle Produktionszentren gab, sollte fähig werden, auch im Fall längerdauernder Verluste wichtiger Regionen an aufständische Arbeiter oder feindliche Truppen unter Unternehmerkommando weiterzuexistieren. (195) Diesem Ziel wurde schließlich die gesamte Strukturpolitik des Wirtschaftssystems subsumiert. Im "Ersten Raumordnungsbericht" von 1963 heißt es lakonisch: "Bei den gesamten Raumordnungsmaßnahmen sollte sowohl im Interesse der militärischen und zivilen Verteidigung als auch zum besseren Schutz gegen Katastrophen darauf hingewirkt werden, daß bei einer vorübergehenden Unterbrechung des gebietlichen Zusammenhangs der Bun-

(192) Dazu de Maizière, op. cit.; E. Beyer, Das Zusammenwirken der Kräfte in der Landesverteidigung, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 1962, H. 2; H. J. Trieglaff, Die Bonner Territorialverteidigung im System der von den westdeutschen Militaristen geplanten Notstandsdiktatur, in: Militärwesen, Berlin, 1964, H. 4.

(193) Vgl. E. Beyer, Regionale Integrationsprobleme unserer Verteidigung, in: Zivilschutz, 1964, H. 6; G. Brehmer, Wirtschaftliche Landesverteidigung heute und morgen, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 1965, H. 1.

(194) E. Beyer, Regionale Integrationsprobleme ..., op. cit. S. 189.

(195) Dafür wurde ein besonderer Begriff geschaffen: "regional geschlossene Teilverteidigungswirtschaft". Vgl. K. Seemann, Landesverteidigung und Wirtschaft, op. cit. S. 150.

desrepublik oder regionaler Versorgungsbereiche im Notstandsfall das Überleben der Bevölkerung und die Erfüllung der dringendsten Aufgaben der öffentlichen Verwaltung in den einzelnen Teilräumen gewährleistet werden." (196) In diesem Sinn wurde eine gigantisch perfektionierte Maschinerie zur Vervollständigung des Kommandos über die Arbeitermassen in den neuralgischen industriellen Zentren etabliert. Eine geheime Schubladen-Gesetzgebung (197) zeigte detailliert die entscheidende Stoßrichtung an: Präzisierung des Mechanismus der Klassenspaltung in der Fabrik und präventiver Belagerungszustand gegen die Arbeiter auf gesellschaftlich-territorialer Ebene, um jegliche Ausweitung von Kämpfen, die lokal außer Kontrolle gerieten, auszuschalten. Die gesamte Strategie mutet wie eine modernisierte und dem seit der Spätphase der NS-Zeit umgewälzten Klassenverhältnissen angepaßte Neuauflage der Aufstandsbekämpfungspläne der Reichswehr in den frühen zwanziger Jahren an, denn auch jetzt begannen sich "die Überlegungen derjenigen, die heute über die Landesverteidigung nachdenken (...) auf die schwach besiedelten Gebiete und auf die Umlandzonen der großen Ballungsräume" (198) zu konzentrieren. Das geschah wohlgemerkt in einer Situation, wo im Vergleich zu 1920/21 die Zersplitterung der Klasse in den Betrieben und Abteilungen auf die Spitze getrieben war! Gemessen an dieser bombastischen Entwicklung der Fabrik zur Gesellschaft mutete die antagonistische Tendenz auf Arbeiterseite hingegen wie eine gerade erfaßbare Randstörung äußerst stabiler Verhältnisse an. Vielleicht hatten die Unternehmer und der Staatsapparat tatsächlich den Signalcharakter der erneut aufkommenden proletarischen Kampfformen erfaßt und deshalb so hektisch reagiert. Gleichwohl war er nicht dazu angetan, um für die Ausgestaltung von Bürgerkriegsmanövern gegen die Massen auszureichen. In der Stabsrahmenübung "Fallex 66", an der sich auch eine BDI-Delegation beteiligte (199), wurde deshalb nicht die "verdeckte" Insurrektion der Arbeiter allein, sondern ein "begrenzter Krieg" mit starker revolutionärer Arbeiterbeteiligung geübt. Das Manöver fing mit Arbeiterunruhen bei VW in Wolfsburg an - im Gegensatz zur westdeutschen Linken hatte das westdeutsche Wirtschaftssystem die Tragweite der VW-Kämpfe von 1959 und 1962 also nicht übersehen. (200) Am vierten Manövertag hatten sich die "wilden Streiks" massiv ausgeweitet, in den Industriezentren taten sich Agitatoren für einen Generalstreik hervor. Dann setzte eine große Sabotage-Welle, nicht von den multinationalen Massenar-

(196) Deutscher Bundestag, 4. Wahlperiode, Drucksache IV/1492: Erster Raumordnungsbericht v. 1.10.1963, S. 42.

(197) Ein Teil dieser Schubladengesetzgebung wurde 1967/68 bekannt und von der außerparlamentarischen Opposotion veröffentlicht. Die erste Publikation war: Schubladentexte, eingeleitet von H. Hannover, Frankfurt und Berlin 1966.

(198) Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung, Düsseldorf v. 22.3.1958.

(199) Vgl. Mitteilungen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, 14. Jg. 1966, Nr. 11, S. 8.

(200) Zum Fallex-Manöver vgl.: Der Spiegel Nr. 46 v. 6.11.1967, S. 33 ff.

beitern in der BRD, sondern von bewaffneten Banden des militärischen Feinds "Orange" angezettelt, ein. "Wilde" Streiks und Sabotageaktionen auch gegen militärische Einrichtungen skizzierten also die Manöverlage, ohne daß eine revolutionäre und bewaffnete Arbeiterorganisation vorhanden war, die den Spaltungsmechanismus der Klasse auf Fabrikebene durchbrochen hätte. Um den Realismus zu wahren, kam die Neubestimmung des Verhältnisses von Arbeiterautonomie und bewaffneter Arbeitermacht noch von außen, sie kam von "Orange". (201) Würde es in Zukunft bei den beschränkten Kampfformen der Arbeiter und bei einer davon unabhängigen bewaffneten Subversion, aus osteuropäischer Richtung kunstvoll gesteuert, auf den Manövertheatern der gesellschaftskapitalistischen Bürgerkriegsmaschine bleiben? Und wie war die Perspektive der Konfrontation auf dem realen Klassentheater?

(201) Also einem fiktiven äußeren militärischen Gegner.

4. Von der Wirtschaftskrise 1966/67 bis zu den Septemberstreiks

Während die Ergebnisse von "Fallex 66" noch ausgewertet wurden, entstanden zwischen Kapital und Arbeit neue Konfrontationslinien, welche die Bedingungen und Entwicklungstendenzen des westdeutschen Klassenantagonismus entscheidend zu verändern drohten. Eine Zeit lang schien es, als ob der zentrale Mechanismus der Klassenspaltung an Bedeutung verlieren sollte. Denn die Unternehmer leiteten mit der Wirtschaftskrise von 1966/67 einen neuen Gegenangriff ein, der zweifellos auf die Positionen des Gesamtarbeiters zielte. Wie konnten sie sich nach fast 20 Jahren plankapitalistischer Expansion jenseits der klassischen Krise und jenseits einer massiven produktivitätsstimulierenden Rolle des Reallohns für einen derart einschneidenden Rückgriff auf wirtschaftspolitische Instrumente entscheiden, der die Fassade der "sozialen Marktwirtschaft" erheblich erschüttern mußte? Was war geschehen, daß die Unternehmer sich jetzt dazu herbeiließen, gegen die Massenarbeiter und die umgeschichteten Gruppen der deutschen "Stammarbeiter" in den teilautomatisierten Industrien gleichermaßen vorzugehen?
Die zentrale Ursache ist nicht so sehr in den Analysen der Linken über die Wirtschaftskrise von 1966/67 (202), sondern in den Ergebnissen einer groß-

(202) Vgl. Beispielsweise: Die Krise in der Bundesrepublik. Am Ende des Wirtschaftswunders, in: Arbeiterpolitik, 1967, Nr. 1; Die westdeutsche Industrie im Krisenjahr 1967, in: DWI-Berichte, 1968, H. 3; Die Wirtschaftskrise

angelegten Untersuchung des "Rationalisierungskuratoriums der Deutschen Wirtschaft" angedeutet. Darin heißt es, die fortschreitende Ersetzung von Arbeitskraft durch Kapital im letzten Investitionszyklus habe dazu geführt, daß aus der beschleunigten "Kapitalintensivierung ein abnehmender Produktionsgewinn zu erwarten" sei. (203) Indirekt wird daraus die Notwendigkeit abgeleitet, den abgelaufenen Reproduktionszyklus in seinem Schwerpunkt umzukehren und den inzwischen erreichten "Kapitalbestand durch vermehrten Arbeitseinsatz besser auszunutzen" (204). Offensichtlich hatten sich die Relationen zwischen den ausbeutungsintensiven Sektoren der mechanisierten Massenproduktion und den neuen kapitalintensiven Grundstoffindustrien, bezogen auf die organische Zusammensetzung des Gesamtkapitals, rapide verschoben und damit einen erheblichen Rückgang der Gesamtprofitrate herbeigeführt. (205) Es wurde also nach einer euphorischen Begeisterung über die Möglichkeiten der Automation gefordert, das Tempo, mit dem das Kapital seine eigene Ausbeutungsbasis untergrub, wieder zu verlangsamen: Vom Arbeiterstandpunkt her nichts anderes als die Tatsache, daß nicht das Kapital gemeint sein kann, wenn die Frage diskutiert wird, was erforderlich sei, um die notwendige Arbeitszeit gegen Null gehen zu lassen.
Wir müssen in diesem Zusammenhang darauf verzichten, die sich seit Anfang der sechziger Jahre anbahnende Verschlechterung der Profitabilität des Kapitals und damit den zunehmenden Rückgang des Investitionsbooms detailliert zu rekonstruieren, genauso, wie wir bewußt davon Abstand nehmen, die Gegenmanöver der großen Unternehmen aufzuarbeiten, die sich vor allem auf Kapitalexporte und direkte Übernahme der mechanisierten Produktionsstufen durch die überkapitalisierten Grundstoffindustrien konzentrierten. (206) Es genügt uns die Feststellung, daß die stetige Entwicklung der

1966/67 in Westdeutschland und ihr Platz in der langfristigen ökonomischen Entwicklung. Als Ms. gedruckt, Berlin 1967; L. Maier, Ökonomie und Politik einer Wirtschaftskrise. Gegenwärtige Entwicklungstendenzen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland, in: DWI-Berichte, 1968, H. 2; Ökonomie und Politik einer Krise, DWI-Forschungshefte, Jg. 1968, H. 2.

(203) Zit. nach: Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland. Forschungsprojekt des RKW, 1. Bd.: Sieben Berichte, Frankfurt 1970, S. 116.

(204) Ebd.

(205) Diese Einsicht bringt die RKW-Autoren in eine verblüffende Nähe zu Marxschen Kategorien, die freilich nur in Gänsefüßchen formuliert werden: "Die Beschleunigung der Kapitalintensivierung in den sechziger Jahren bringt zum Ausdruck, daß der immer kanpper werdende Produktionsfaktor Arbeit in steigendem Maß durch Kapital substituiert wurde. Zwar konnte dadurch die Produktivität schneller wachsen als in den fünfziger Jahren, doch zeigt sich, daß die Produktivitätsfortschritte durch Kapitalintensivierung einer 'Tendenz zum abnehmenden Ertragszuwachs' unterliegen." Zit. nach ebd. S. 116.

(206) Zur Entwicklung der westdeutschen Kapitalexporte vgl. die vorzügliche Arbeit von K. Nehls, Kapitalexport und Kapitalverflechtung, Frankfurt 1971; zur Diversifizierungsstrategie der Konzerne besonders Chmelnizkaja, Moderne Kombination und Diversifikation. Einige neue Erscheinungen in der Entwicklung der Monopole, in: Konjunktur und Krise, 1967, H. 1, S. 41 ff.

Profitrate, wesentlich basierend auf der Effizienz der Klassenspaltung, ins Wanken geraten war. Die aus den mechanisierten Produktionssektoren angeeignete Mehrarbeitszeit reichte nicht mehr aus, um den ausgeklügelten und durch erhebliche Konzessionen an den Reallohn verschleierten Umschichtungsprozeß der deutschen Arbeiterschichten an den Mehrstellenarbeitsplätzen, in Reparatur-, Instandhaltungs- und Kontrolltätigkeiten im bisherigen Schneckentempo ablaufen zu lassen. Die Zeit war vorbei, wo die Unternehmer bereit waren, die entintellektualisierten Funktionen der Fräser, Dreher, Bohrer, Walzwerker, Schiffbauer, Elektriker usw. als "neue" Facharbeiterstellen zu führen und zu bezahlen. Es ist richtig, daß die Arbeitsorganisation, der die neuen Arbeitergruppen unterlagen, nicht mit der Situation der Fließbandarbeiter in den mechanisierten Sektoren gleichgesetzt werden kann. Es ist in der Tat ein gewaltiger Unterschied, ob die Arbeitskraft mit monoton-manuellen und ständig wiederkehrenden Operationen dem Fließbandrhythmus unterworfen ist, oder ob sie, endgültig aus der Maschinerie hinausgedrängt, darauf gedrillt ist, vom Produktionsablauf durch gezielte und zeitlich befristete Eingriffe alle möglichen Störfaktoren fernzuhalten. Unbestreitbar blieb trotzdem eine Gemeinsamkeit: die zunehmende Distanzierung aller Arbeiterschichten vom Produktionsvorgang, die Beseitigung aller Identifikationsmerkmale mit der Arbeit. Die Einführung der numerisch gesteuerten Werkzeugmaschine, seit Mitte der sechziger Jahre enorm beschleunigt, wurde explizit mit der Notwendigkeit begründet, die letzten Abhängigkeiten des Maschinentempos vom status quo zwischen Maschinerie und Arbeitskraft aus dem Weg zu räumen. (207) Und dies war wiederum nur Voraussetzung dafür, daß es möglich wurde, die Arbeitskraft durch neue Prämienlohnsysteme zwangsweise an das jetzt ausschließlich von der Maschine diktierte Arbeitstempo anzupassen. Gleichzeitig wurden natürlich auch in der technologisch rückständigen Montageproduktion die Kleinstzeitverfahren verstärkt durchgesetzt - ein Prozeß, bei dem der kapitalistische Gebrauch der Maschinerie die Arbeitskraft endgültig zum zweihändigen, sensumotorisch gedrillten Arbeitsaffen degradierte und die Ausbeutungsraten bis hin zur absoluten Grenze steigerte. (208)

(207) Darüber äußerte sich ein Manager von Mannesmann-Meer in einem Referat über numerisch gesteuerte Werkzeugmaschinen folgendermaßen: "Die Praxis numerischer Steuerungen bringt es mit sich, daß die Denkprozesse aus den Fertigungsstätten in die Arbeitsvorbereitung verlagert werden. (...) Die numerische Maschine arbeitet weitgehend fehlerfrei. Sie kennt keinen 'Blauen Montag', keine Müdigkeit, keine Erkältung usw., Erscheinungen also, die zum Menschen gehören und hingenommen werden müssen. Sie sind es aber, die die Leistung und Qualität entscheidend beeinflussen. Selbst der konzentrierte und gewissenhafte Mensch irrt sich gelegentlich." A. Kohlitz, F. Grunwald, Die numerisch gesteuerte Werkzeugmaschine als Mittel der Rationalisierung. Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Rationalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen, H. 83, Dortmund 1966, S. 14, 16.

(208) Dieser Prozeß wird durchaus auch von Gewerkschaftsfunktionären registriert,

Die Unternehmer gaben unumwunden zu, daß sie die traditionelle Krise brauchten, um diesmal gleichzeitig bei allen wichtigen Schichten des Gesamtarbeiters die Arbeitsintensität zu steigern. (209) Der befristete Investitionsstreik war aus ihrer Sicht erforderlich, um durch ein systematisches "Gesundschrumpfen der Belegschaften" eine breite Basis für ihren Angriff zu schaffen. (210) 300 000 Arbeitsemigranten und fast genauso viele deutsche Arbeiter wurden an die Luft gesetzt. Die betrieblichen Sozialleistungen und Sonderprämien vor allem für die besser situierten deutschen Arbeiterschichten wurden selbst in großen Unternehmen mit besonders intensivem "human engineering" ersatzlos gestrichen oder zumindest eingeschränkt. (211) Immer wieder bekräftigen die Unternehmer ihre Entschlossenheit, auf diesem Weg die Arbeitsmoral systematisch aufzubessern. Das war 1966/67 der Ausgangspunkt für einen neuerlichen Entwicklungssprung in der gesamtkapitalistischen Entwicklung, und die Stoßrichtung war auf betrieblicher wie gesellschaftlicher Ebene genau festgelegt. Der drohende Verlust der Arbeitsplätze und die Eliminierung aller Arbeitergruppen mit fortgeschrittenen informellen Kampfformen gegen die Arbeitsorganisation sollten eine gemeinsame Grundlage für das in den Einzelheiten komplizierte Vorgehen gegen die Arbeiter schaffen: gegen die Fließbandarbeiter der Montage- und Verpakkungssektoren, die ziemlich schlagartig den über das REFA-System hinaus versachlichten neuen Arbeitsnormen à la MTM und Work Factor unterworfen wurden; gegen die Instandhaltungs-, Reparatur- und Kontrollarbeiter, die erstmals auf breiter Front Bekanntschaft mit der "analytischen Arbeitsbewertung" machten, welche eindeutig darauf abzielte, ihre informell geübte "Akkordzurückhaltung" zu knacken (212); und nicht zuletzt gegen die kauf-

als "tragisch" bezeichnet - und dann doch toleriert. Vgl. exemplarisch H. Pornschlegel, Kritisches zu den Verfahren vorbestimmter Zeiten, in: Der Gewerkschafter, 1961, H. 5, S. 16 f.; H. 6, S. 20 f.

(209) Dieses Unternehmerziel konstatiert selbst ein Otto Brenner: "Die unter dem Druck der Angst vor Arbeitsplatzverlust und Verdiensteinbußen ansteigende Arbeitsleistung (...) ist doch wahrhaftig eine zweischneidige Sache. (...) Jetzt (...) benutzt man jede Möglichkeit, unliebsame, angeblich leistungsschwache Arbeiter und Angestellte loszuwerden, und versucht gleichzeitig, Druck auf diejenigen auszuüben, die infolge der veränderten Wirtschaftslage am kürzeren Hebel sitzen." O. Brenner, Vorwort zu: Vorstand der IG Metall (Hrsg.), Weißbuch zur Unternehmermoral, Frankfurt 1967, S. 7.

(210) Über diese Mentalität der "Reinigungskrise" vgl. Brenner, op. cit. S. 15.

(211) Vgl. ebd. S. 29 ff.: "Kürzung freiwilliger Sozialleistungen".

(212) "Es gibt Firmen (bzw. Abteilungen) in denen die Facharbeiter leicht auf 180 % kommen könnten. Um aber diese nicht aufgedeckte Zeitreserve weiter zu behalten, wird diese Zeit nicht angerechnet. Es gibt so Kollegen, die 20 000 Minuten 'in der Kiste' haben. Diese Minuten werden auch an andere Kollegen abgegeben. Mit 125 % hat der Kollege 'sein Geld drin', mehr kann er nicht abrechnen. Diese überschüssige Zeitreserve ist sein Freiheitsspielraum im Betrieb." F. Brandt, Träger der SPD-Ideologie im Betrieb, Typoskript o.O. und J. (1973), S. 12.

männischen Angestellten und die technischen Kader, denen 50 Jahre nach Ford und Taylor mittels der Computertechnologie erstmals die bisherigen kognitiven Reservate in den der unmittelbaren Produktion zugeordneten Abteilungen entzogen und die ebenfalls einer systematischen Arbeitsteilung unterworfen wurden. (213) Der Angriff war in der Tat umfassend. Das zeigte sich nicht zuletzt darin, daß die Unternehmer begannen, eine heftige Agitation gegen die außerbetrieblichen Qualifizierungseinrichtungen des Bildungswesens zu entfalten. Die "Bildungskrise", die sie damals entdeckten, wies ihre Entschlossenheit aus, die gesellschaftlichen Strukturen zu zwingen, sich an den großen Sprung im Fabrikkommando anzupassen. (214) Das erforderte eine Menge gesellschaftlicher Reformen und folglich eine gewisse Umstrukturierung des institutionellen Rahmens des Gesamtkapitals. Der Arbeiterreformismus, zwanzig Jahre in Wartepositionen abgedrängt, wurde wiederentdeckt als ein Instrument, das dazu beitragen sollte, die Kluft, die zwischen dem Rationalisierungsboom in den Werkhallen und den erstarrten gesellschaftlichen Strukturen entstanden war, schrittweise abzubauen. Das gesamtkapitalistische Gehirn leitete - in wohlproportionierter Dosierung - das große come back von Sozialdemokratie und Gewerkschaften auf der institutionellen Ebene des Systems ein, um es sich schließlich auch bei der Rekonstruktion der durch die Krise beeinträchtigten Klassenspaltung in der Fabrik zunutze zu machen. Dieser Prozeß lief genau jenen gesellschaftlichen Explosionen parallel, die sich seit 1966/67 als unmittelbare Reaktion auf den kapitalistischen Angriff zu stabilisieren begannen.

Indes hatte die Krise von 1966/67 noch einen anderen und nicht minder wichtigen Aspekt: das antagonistische Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit, so, wie es sich im Stand der Profitrate manifestiert, hatte sich massiv über die Einkreisungsstrategie der Unternehmer gegenüber den Arbeitern hinweggesetzt. Es zeigt sich wieder einmal, daß ein noch so ausgefeilter Plan zur politisch-repressiven Verewigung des Kommandos über die Arbeiter allein nicht ausreicht, um einfach durch seine demonstrative Existenz schon die befürchtete Radikalisierung des Arbeiterantagonismus aufzuhalten. Wenn man von den Versuchen der fabrikspezifischen Repression absieht, die sinkende Arbeitsmoral unter Kontrolle zu bringen, war die ganze gesellschaftliche Maschinerie der Einkreisung der Arbeiter in den Zentren der Ausbeutung Makulatur geblieben. Sie hatte nicht zu verhindern vermocht, daß die Unternehmer selbst sozusagen nachträglich die materiellen Bedingungen für die noch gar nicht vorhandene, aber in den paramilitärischen Planspielen so erfolgreich im voraus bekämpfte Insubordination der Arbeiter lieferten. Natürlich könnte man dem entgegenhalten, die Unternehmer seien eben so weit-

(213) Wichtige empirische Beispiele für die jüngste Entwicklung untersucht J. Fuhrmann, Automation und Angestellte, Frankfurt 1971.

(214) Vgl. dazu vor allem St. Leibfried (Hrsg.), Wider die Untertanenfabrik, Köln 1967; K. H. Roth, E. Kanzow, Unwissen als Ohnmacht. Zum Wechselverhältnis von Kapital und Wissenschaft, erw. Sonderausgabe, Berlin 1971.

sichtig gewesen, um sich schon lange vor relevanteren Angriffen gegen die Arbeiter auf die Niederschlagung etwaiger Konflikte, die daraus notwendig resultieren mußten, vorzubereiten. Aber gegen eine derart weitgehende Rationalität der Unternehmerstrategie gibt es ein entscheidendes Argument: das nämlich, daß sie mit ihrem - wenn auch noch so sehr befristet kalkulierten - Investitionsstreik von 1966/67 ihre bisherigen Ausgangshypothesen hinsichtlich der zu erwartenden Frontstellung gegen die Arbeiter weitgehend über den Haufen warfen. Wer die konzerninternen Zuschläge auf den Reallohn in über 70 Prozent der Betriebe ersatzlos streicht und damit einen nicht unwichtigen Teil der Klassenspaltung dem Profit opfert, konnte kaum hoffen, die deutschen Arbeitergruppen in Aufpasserkommandos für die Arbeitsemigranten umzuwandeln. Und wer den neuen Arbeiterschichten der teilautomatisierten Industrien durch neue Bewertungsverfahren auf drastische Weise die Illusion vom bruchlosen Aufstieg in der Betriebspyramide nahm, mußte wohl oder über darauf verzichten, sie für den "Selbstschutz" der Werksanlagen gegen "Sabotage", "Diversion" und "Katastrophen" zu begeistern. Er entzog der vom Kriegsbild des "verdeckten Kriegs" geforderten Beteiligung eines Teils der Arbeitermassen an der präventiven Aufstandsbekämpfung die materielle Basis. Das sollten die Defensivkämpfe der Arbeiter, die 1966/67 einsetzten (215), in aller Deutlichkeit beweisen. Anfänglich waren die Arbeitsemigranten bei den Aktionen im Saarland und im Ruhrgebiet nur passiv beteiligt, als sich die Belegschaften von Unternehmen der Holzindustrie, der Eisen- und Stahlindustrie und des Maschinenbaus der demonstrativen Reallohnkürzung widersetzten. Aber der Unternehmerangriff konnte erst wirklich abgewehrt werden, als im Mai 1967 die Rheinstahl-Hanomagarbeiter in Hannover, Hamburg-Harburg und Bremen und im Herbst 1967 die hessischen Gummiarbeiter sich tatsächlich homogenisierten, um - ganz gleich, ob Bandarbeiter oder Instandhaltungs- und Reparaturarbeiter - die bedrohten übertariflichen Zulagen auf den Reallohn "einfach einzustreiken" (216), Bezeichnenderweise wurden die Arbeiter erst jetzt fähig, "über die Lohnfragen hinaus in Probleme der Restrukturierung der Arbeitsorganisation einzugreifen." (217)'Sie wußten nur zu gut, was die neuerliche Rationalisierungswelle für sie konkret bedeutete. Seit den Ereignissen in den Hanomag-Werken hat sich die Widerstandslinie der Arbeiter erheblich versteift (...) Immer deutlicher nisten sich in den Arbeiterkämpfen neue Kampfformen und neue Parolen ein. In den meisten Betrieben, die später in den September-

(215) Zu ihrem Ablauf vgl. die Angaben bei K. H. Roth, Westdeutsche Arbeiterkämpfe in den sechziger Jahren, in: Zirkular: Probleme des Arbeiterkampfes. 2. Jg. 1973, H. 12, S. 21 ff.

(216) Zit. nach Welt am Sonntag, Hamburg, 21. 5. 1967. Zu den Hanomag-Aktionen vgl. auch: Der Streik bei Hanomag, in: Arbeiterpolitik, 1967, Nr. 2, S. 10 f.; Hanomag: Nachlese und Auslese, ebd. Nr. 4, S. 8 ff.; H. Bender, Streik bei Hanomag, in: express international Nr. 45 v. 27. 5. 1967.

(217) K. H. Roth, Westdeutsche Arbeiterkämpfe, op. cit. S. 25.

streiks eine große Rolle spielen, entstehen neue aktionsbereite Gruppen von Akkordarbeitern, die, wie die ständigen Abteilungskämpfe bei Klöckner-Humboldt-Deutz in Köln, auf der Bremer Klöckner-Hütte, auf den großen Werften, in den Stahlwerken des Ruhrgebiets und in verschiedenen Fabriken der elektrotechnischen Industrie zeigen, mehr und mehr der gewerkschaftlichen Kontrolle entgleiten." (218) Die Arbeitsemigranten hatten an dieser Entwicklung erheblichen Anteil. Es paßte wahrhaft nicht in das gerade umständlich realisierte Konzept der Kombination von interner Klassenspaltung und äußerer Einkreisung der Arbeiterautonomie, daß die ausländischen Arbeiter von ihren deutschen Klassengenossen während der ablaufenden Konflikte auch nur als passiv Beteiligte geduldet wurden. Ja, mehr noch, die Arbeitsemigranten wurden hier und da, wie die "Frankfurter Allgemeine" entrüstet konstatierte, zur "radikalen Garde" bei spontanen Streiks. Mit der Pufferfunktion der Ausländer, die durch ihre gelenkte Mobilität und durch ihre Existenz an den schwersten und am schlechtesten bezahlten Arbeitsplätzen den bisherigen Investitionszyklus stabilisiert hatten und vollständig unter Kontrolle schienen, war es, wenn es so weiterging, demnächst vorbei. Denn in die bislang so "friedliche Landschaft passen (...) die häßlichen Vorgänge ganz und gar nicht, die sich bei dem dramatischen Streik in der hessischen Gummiindustrie abgespielt haben. Vor den Toren eines größeren Gummiwerkes in Hanau bildeten johlende Ausländer lebende Ketten, die zunächst Arbeitswilligen den Zugang zum Betrieb verweigern wollten, jedoch dann von einer Welle von Emotionen aufgepeitscht selbst zum Angriff übergingen. Es gab Verletzte, zerrissene Kleider, Arbeitswillige wurden gejagt wie Hasen bei der Treibjagd.(...) Zwar entwickelt sich keine größere Straßenschlacht aber immerhin war plötzlich eine Situation entstanden, die einem Tumult ähnlich war, die vor allem mit den Vorstellungen eines legalen Streiks, in dessen Verlauf Arbeitswillige oder gar völlig Unbeteiligte unbelästigt bleiben müssen, nichts mehr zu tun hatte." (219) Die vorausberechnete Konfliktsituation schien sich also tatsächlich vorzubereiten, nur blieb sie nicht auf die Fließbandarbeiter und Arbeitsemigranten beschränkt, sondern wurde wegen der Geschlossenheit des Angriffs auf den Reallohn und die Arbeitsbedingungen von breiten Arbeitermassen getragen. Damit war das Kernstück der präventiven Gegen-Insurrektion des Kapitals illusorisch geworden. Das Gesamtkapital vermochte nicht zu verhindern, daß der kalkulierte Investitionsstreik binnen kurzem gegen seine Akteure gewendet wurde. Die Jahre zwischen 1966/67 und den Septemberstreiks von 1969 umschließen die erste Epoche bundesrepublikanischer Geschichte, in der die scheinbar eherne Maschinerie des Systems ausgehend von den sozialen Teilkrisen im Bildungswesen bis hin zur Fabrik ernsthaft erschüttert wurde. Ge-

(218) Ebd.
(219) E.G. Vetter, Gastarbeiter - die radikale Garde beim Streik? in: FAZ v. 27.11.1967.

genüber der Studentenbewegung, die eine massive außerinstitutionelle Bewegung katalysierte (220) und schließlich von ersten autonomen Arbeiteraktionen überflügelt wurde (221), erwies sich das Klassenfeind-Bild des Systems als überraschend wirkungslos. Jahre vergingen, bis die Gewaltmaschine der herrschenden Klasse fähig wurde, sich auf die neue und unerwartete Konfrontation einzustellen und das Prinzip der Klassenspaltung zu reorganisieren. Es ist bezeichnend für die damaligen Verhältnisse, daß das ganze System präventiver Gegen-Insurrektion nicht etwa auf unmittelbarer Fabrikebene, sondern zunächst im Rahmen der außer-institutionellen Oppositionsbewegung angegriffen wurde. Seit 1966 wurde in verschiedenen Zeitschriften und Broschüren der Linken auf Existenz und Traditionen des innerbetrieblichen Unterdrückungsapparats der Unternehmer aufmerksam gemacht und aktiver Widerstand dagegen gefordert. (222) Als schließlich der Publizist Wallraff als fiktiver Ministerialrat des Bundesinnenministeriums von mehreren Sicherheitsbeauftragten eine exakte Bestätigung dieser Analysen erhielt, kam es zu einem Skandal, der die Unternehmer in eine heikle Defensive drängte. (223) Strategie und unmittelbare Stoßrichtung des Werkschutz-Systems wurden publik. Vergeblich wurde von den Unternehmern die paramilitärische Ausrüstung abgestritten. (224) Die Dementis, die schon vor der Veröffentlichung des Artikels von Wallraff einsetzten (225), vermochten nur zu verdeutlichen, wieviel Porzellan tatsächlich zerschlagen worden war. Unternehmensleitungen und Betriebsräte waren in eine heikle Position geraten. Der Versuch der Manager von Rheinstahl-Hanomag AG beispielsweise, auf die Arbeiteraktionen von Mai 1967 mit verschärften Repressalien jede neue Bewegung zu verhindern, machte jetzt vor aller Augen klar, in welchem Dilemma sich die Unternehmer seit der Krise befanden. In einer "Dienstanweisung für Werk-

(220) Es gibt bislang noch keine Analyse der westdeutschen Studentenbewegung als Katalysator der außerparlamentarischen Opposition von 1966/67 bis 1969. Es bleibt zu hoffen, daß ein gerade gestartetes Unternehmen des Mailänder Feltrinelli-Instituts diese historische Lücke schließen wird.

(221) Vgl. dazu K. H. Roth, op. cit. S. 25 ff.

(222) Vgl. die Arbeiten von W. Fischer, K. Kullmann, K. H. Roth u. a. in den Zeitschriften der außerparlamentarischen Opposition von 1966/67.

(223) Vgl. G. Wallraff, Wehe, wenn sie losgelassen! in: Pardon, Juni 1967. Die Reaktion der Tagespresse auf diesen Artikel füllt einen dicken Aktenordner; G. Wallraff hat ihn dem Verf. freundlicherweise zur Verfügung gestellt.

(224) Vgl. beispielsweise: Mannesmann - Selbstschutz hat keine Waffen, in: Rheinische Post v. 3. 6. 1967; Der Selbstschutz exerzierte ohne Waffen, in: Westfälische Rundschau v. 3. 6. 1967; Waffen im Betrieb? Bastelarbeit einer Redaktion, in: Rheinischer Merkur v. 9. 6. 1967; Invalidenarmee, in: Handelsblatt, 17. 7. 1967; Conti dementiert Selbstschutzübungen; in: Gewerkschaftspost, Hannover, 7. 7. 1967.

(225) Vgl.: Werkselbstschutz trägt keine Waffen, in: Rheinische Post v. 27. 5. 1967. Dieser Zeitungsartikel bezieht sich auf die Veröffentlichung Wallraffs, die erst ab 1. 6. 1967 gedruckt erreichbar gewesen ist. Wahrscheinlich hatte der Verfassungsschutz der "Rheinischen Post" und anderen Unternehmerzeitungen die Druckfahnen des Pardon-Artikels zugespielt.

schutz und Werkfeuerwehr der Rheinstahl-Hanomag AG", heißt es, da "Streikpropaganda innerhalb des Werksgeländes (...) verboten" sei, habe der Werkschutz "dem Versuch zu solcher rechtswidrigen Propaganda entgegenzutreten". Darüberhinaus seien "Streikversammlungen im Werksgelände (...) nach Möglichkeit - unter Umständen mit polizeilicher Hilfe - zu verhindern", die "Rädelsführer solcher Maßnahmen" seien "festzustellen". (226) Die Anweisung wurde vom Betriebsrat mehr oder weniger offen gedeckt, und das, obwohl aus Gewerkschaftskreisen berichtet wurde, auch der Hanomag-Werkschutz sei inzwischen mit Faustfeuerwaffen ausgerüstet. (227) Das Martialische in der Dienstanweisung vermag nicht darüber hinwegzutäuschen, daß sich die Unternehmensleitung in der Defensive befand. Ihre Antwort auf die Arbeiteraktionen vom Mai 1967 war aufgedeckt, eine Antwort, die sich praktisch gegen alle Arbeiter, und nicht etwa nur die Arbeitsemigranten und jungen angelernten Deutschen an den Fließbändern, richtete. Die Hoffnung, deutsche Reparatur- oder Instandhaltungsarbeiter in größerer Zahl für die Aufrechterhaltung der Arbeitsmoral rekrutieren und im "Werkselbstschutz" zusammenschließen zu können, war aufgegeben. Der Spaltungsmechanismus war vorübergehend außer Funktion gesetzt.
Die Werkschutzaffäre war darüberhinaus Anlaß genug für die Unternehmer, ihre bisherigen zentralen Koordinierungsinstitutionen in Sachen Werkschutz in Frage zu stellen. Struktur und politische Funktion nicht nur des "Werkschutzes", sondern der "Gemeinschaft zum Schutz der Deutschen Wirtschaft" waren aufgedeckt; das allein war schon Anlaß genug, um über ihre Weiterexistenz nachzudenken. Zweitens hatte sich die GSW durch ihre zu starke Integration in das Gegen-Insurrektionsmodell des "verdeckten Kriegs" auch gegenüber den Unternehmern kompromittiert. So, wie er vorauskalkuliert war, schien sich der Arbeiterantagonismus nicht zu entwickeln. Schon immer hatten sich die Unternehmer gegen eine zu starke Integration ihrer Pinkertons in das System der "Zivilverteidigung" gesträubt, wie sie von der GSW und einzelnen Konzern-Abwehrbeauftragten vor allem 1963/64 betrieben worden war - sie hatte sich vor allem gegen deren Intentionen zur Wehr gesetzt, der Werkschutz solle wieder einmal Hilfspolizei-Status erhalten. (228) Drittens hatte sich die GSW, die seit 15 Jahren die Werkschutzleute zentral

(226) Zit. nach: Politischer Streik, Diskus Extra Blatt Nr. 4, Mai 1968, S. 1.
(227) Das war auch nichts besonderes, da in anderen Konzernen sogar die Lagerung von automatischen Waffen bekanntgeworden war.
(228) Über eine entsprechende Forderung des Conti-"Sicherheitsbeauftragten" Bockenkamp vgl. den Artikel von E. Nitschke: Die Industrie hat Diebeskummer, in: Die Welt v. 7.10.1964. Bockenkamp ließ "verlauten", in Bonn würden gegenwärtig Überlegungen angestellt, den "über 60 000, zum Teil mit automatischen Waffen ausgerüsteten oder oft sogar kriminalpolizeilich geschulten Männern" des bundesdeutschen Werkschutzes den Status von Hilfspolizisten zu verleihen. Sie könnten so, folgert Bockenkamp, "als eine Art von Polizeireserve vielleicht sogar Bestandteil der militärischen Territorialreserve werden, die gegenwärtig noch unter Blutarmut leidet".

schulte, als zu unflexibel erwiesen. Ähnlich wie in manchen "Feindlagen" des staatlichen Polizeiapparats (229) trieben in den "GSW-Mitteilungen" noch immer die Kommunisten traditioneller Couleur ihr Unwesen; (230) daß sich der Klassenantagonismus entscheidend gewandelt hatte, war aber schließlich auch den Unternehmern nicht verborgen geblieben. Was sollten sie mit einem Abwehrsystem anfangen, das allzuoft notorisch auf alten Gleisen blieb, während beispielsweise sogar der "Industriekurier" die Legalisierung der KPD 1968 als einen Prozeß begrüßte, der notwendig war, weil er zur Disziplinierung und Zähmung der neuen und unkontrollierbaren sozialrevolutionären Tendenzen beitragen würde? (231) Folglich wurde die GSW Anfang 1968 faktisch aufgelöst, indem die großen Unternehmerverbände kurzfristig ihre Mitgliedsbeiträge strichen. (232) Für die Unternehmer galt es jetzt, alte Schemata der Repression abzuschütteln und sich auf eine veränderte Konstellation einzustellen. Diese Einsicht zielte nicht zuletzt auf die Gewerkschaften, da sie aktuell nicht länger in der Lage waren, das bisherige System der betrieblichen Unterdrückung stillschweigend zu decken. Ein neuer Anlauf tat not. Es galt, gegenüber den sich gefährlich homogenisierenden Arbeitern die Initiative wiederzugewinnen. Alles deutete darauf hin, daß sich bei einer reformistischen Stabilisierung des Systems die bisherigen Strukturen des Angriffs gegen die Arbeiter entscheidend verändern würden. Sobald sich die Arbeiterautonomie real abzeichnete, wurde das Prinzip der präventiven äußeren Einkreisung fallengelassen. Vorrang hatte jetzt alles, was den aufkommenden Arbeiterkämpfen von der Abteilung her, in unmittelbarem Zusammenhang mit der Arbeitsorganisation, Einhalt gebot.

(229) Ein typisches Beispiel dafür liefert der Artikel von Polizeioberrat Josef Müller, Durchsuchung eines Gebäudes, in: Die polizeiliche Lage. Beilage der Zeitschrift: Die Polizei, Nr. 1 v. 8. 1. 1968, wo "aus dem antidemokratischen Ausland eingeschleuste" Kader dingfest gemacht werden sollen, die bezeichnenderweise "Leo Kinski" und "Wasil Dimitroff" heißen!

(230) So schrieb die GSW noch 1967, als sich die neuen proletarischen Kampfformen schon stark entwickelt hatten, völlig KPD-Kader-fixierte Feindlageberichte: "Die derzeitige Zurückhaltung, deren sich kommunistische Parteigänger in den Betrieben befleißigen, um weisungsgemäß ihren Arbeitsplatz zu erhalten, ist rein taktisch bedingt. Sie bedeutet keinesfalls eine Aufgabe der gesteckten Ziele. (...) Die Mobilisierung der staatserhaltenden Kräfte in den Betrieben ist eine Grundforderung, um der kommunistischen Aktivität und ihrer destruktiven politischen Zielsetzung zu begegnen." Zit. nach: GSW-Mitteilungen Nr. 3/67, Essen, 17. 3. 1967, S. 3 f.

(231) Vgl. Industriekurier v. 27. 7. 1967: Der große Gewinn einer Zulassung der KPD bestünde darin, daß die außerparlamentarische Opposition - vor allem auch in Studentenkreisen - vor die Wahl gestellt würde, Farbe zu bekennen oder an Wirkung zu verlieren." (!)

(232) Vgl.: Die Industrie steigt aus - Privatarmee: Wer finanziert jetzt die "GSW"? in: Metall, Nr. 4, 1968; BDI-Jahresbericht 1969/70, S. 140.

5. Unruhige Jahre

Aber vorerst blieb die Initiative auf Arbeiterseite. Bis auf weiteres hatten die Unternehmer keine Chance, die jahrelang gehüteten Geschütze gegen die aufkeimende Arbeiterautonomie ins Feld zu führen. Die neuen informellen Arbeiterkerne konnten ihren 2. September 1969 in aller Ruhe vorbereiten. Sie rückten dabei den Unternehmern mit erheblichem taktischen Geschick zu Leibe. Die erste Revolte, die den Übergang zur autonomen Aktion außerhalb der bisherigen Defensivparolen signalisierte, trugen sie aus einer fast hundertprozentig gewerkschaftlich organisierten Belegschaft vor. Um so unerhörter war, was die Initiative der Hüttenarbeiter der Hoesch-Westfalenhütte am Morgen des 2. September auslöste: "Westdeutsche Arbeiter schoben in kollektiven Aktionen den ungeheuren Koloß ihrer Internalisierung in die kapitalistische Entwicklung wie eine Streichholzschachtel beiseite, um mit der Parole 'Gleicher Lohn für gleiche Arbeit' eine autonome Offensive gegen die kapitalistische Arbeitsorganisation einzuleiten. Von Arbeitern der Neunkirchener Eisenwerke wurden die Walzstraßen stillgelegt, die Roheisenbahn blockiert und die beiden Stahlwerke besetzt, um den Abstich zu verhindern; als ihre Forderungen nach linearer Lohnerhöhung und Zurücknahme der Arbeitshetze immer noch nicht erfüllt wurden, stürmten sie das Verwaltungsgebäude. Arbeiter der Bremer Klöcknerhütte zeigten sich bereit, auf die Provokation der Unternehmensleitung, die den Mischer, das kostspielige Zentrum des neuen LD-Stahlwerks, hatte füllen lassen, um dadurch die

Fortsetzung der Arbeit zu erzwingen, mit einer militanten Aktion zu antworten: sie besetzten das Werk, sperrten die leitenden Angestellten aus, und verhinderten die planmäßige Entleerung der Mischanlage, um sie als Faustpfand in ihrem Kampf zu benutzen - ' entweder mehr Geld oder ein heroisches Denkmal aus Stahl ' (...). Auf der Ruhrzeche 'Minister Stein' wurden Funktionäre der Industriegewerkschaft Bergbau, die sich den Streikparolen massiv widersetzten, von Bergleuten festgenommen, beschimpft und angespuckt (...). Nirgends sind die 140 000 Arbeiter und Angestellten der Hütten-, Bergbau-, Werft-, metallverarbeitenden und Elektroindustrie bereit, in den ersten Tagen der Septemberstreiks irgendwelche Provokationen, seien es Drohungen der Gewerkschaftsfunktionäre, Streikbrecher oder Polizeiaufmärsche, kampflos hinzunehmen." (233) Aber dazu kam es - von einer Ausnahme abgesehen (234) - erst gar nicht. Niemand wagte in den Septembertagen, die Arbeiter, die von ihrem Kern, der Eisen- und Stahlindustrie aus, mit dem höchsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad, den es in einem westdeutschen Industriezweig überhaupt gab (235), gegen Unternehmer und Gewerkschaften operierten, offen anzugreifen. Der Grund war einfach. In der teilautomatisierten Eisen- und Stahlindustrie wurden 1969 je ein Drittel der Arbeiter als "Facharbeiter", "angelernte Arbeiter" und "ungelernte Arbeiter" geführt. (236) Demgegenüber war die Arbeitsorganisation derart weit entwickelt, daß sich unter ihr die Arbeiter im Gegensatz zur Lohnskala weitgehend homogenisiert hatten. Wenn man von einigen zahlenmäßig schwachen Steuerleutegruppen absieht, war die soziale Zusammensetzung des Gesamtarbeiters der Hüttenindustrie noch ziemlich fließend und hierarchiemäßig ausdifferenziert; dequalifizierte deutsche Handwerker, ältere zurückgestufte Facharbeiter und natürlich Arbeitsemigranten bildeten gemeinsam den großen Pool der halbqualifizierten Lückenbüßer der Produktion, ohne daß bei ihnen eine besonders diskriminierte Paria-Kaste heraus-

(233) K. H. Roth, Westdeutsche Arbeiterkämpfe in den sechziger Jahren, op. cit. S. 2.

(234) Zum einzigen größeren Polizeieinsatz kam es am 9. 9. beim Schalker Verein in Gelsenkirchen. Dort versuchten Polizeieinheiten und Werkschutz die Arbeiter durch ihren demonstrativen Aufmarsch einzuschüchtern. Vgl. E. Schmidt, Ordnungsfaktor oder Gegenmacht, Frankfurt 1971, S. 92.

(235) Gerade in den sechziger Jahren war der gewerkschaftliche Organisationsgrad der Arbeiter in der Eisen- und Stahlindustrie mit ca. 80 Prozent am höchsten. Vgl. beispielsweise die Angaben bei Noé, Gebändigter Klassenkampf, op. cit. S. 84 ff.; selbst in der Maschinenindustrie, der klassischen Gewerkschaftsbranche, betrug er hingegen nur noch 50 Prozent.

(236) Indes besagen diese Qualifikationskategorien in der Realität so gut wie nichts. Es ist ein offenes Geheimnis, daß gerade in der Stahlindustrie als hochqualifiziert eingestufte Tätigkeiten "keine formale Qualifikation erfordern, d. h. ohne Lehrausbildung ausgeübt und deswegen beim Übergang in eine andere Industrie nicht entsprechend gewertet werden." M. Schumann, F. Gerlach, A. Gschlössl, P. Milhoffer, Am Beispiel der Septemberstreiks - Anfang der Rekonstruktionsperiode der Arbeiterklasse?, Frankfurt 1971, S. 39.

gebildet war. Es gab also gerade in diesem Industriezweig kaum brauchbare materielle Hebel für eine effektive Klassenspaltung im Sinn der bisherigen Unterdrückungsstrategie. Das zeigte sich nicht zuletzt an den Forderungen, die fast ausnahmslos auf die Beseitigung der künstlichen Hierarchien unter dem Gesamtarbeiter drängten. Der ganze Sinn der gegen die gewerkschaftlichen Betriebskader durchgesetzten Faustpfandaktionen der ersten Tage bestand darin, lineare Lohnerhöhungen gleich für alle Arbeitergruppen, Beseitigung der Lohndifferenz je nach Industriestandort, volle Bezahlung der Streikschichten, keine Repressalien gegen die Aktivisten und hier und da auch Einschränkung der neuen Lohnanreizsysteme durchzusetzen. (237) Die IG Metall konnte denn auch nur feststellen, durch diese Parolen werde das bisherige "leistungsbezogene" Tarifsystem zerstört (238), aber sie war nicht in der Lage, unmittelbar und konzessionslos gegen die Arbeiter, die sich ihrer so listig bedienten, vorzugehen. Genauso wenig sahen die Unternehmer Ansatzpunkte für einen direkten Gegenangriff; sie taten das Beste, was sie in der für sie prekären Situtation tun konnten und hielten ihren Repressionsapparat vollständig zurück.
Durch die Septemberstreiks wurde die bisherige soziale Konstellation der Klassen erstmals grundlegend in Frage gestellt. Ein neuer Faktor machte wieder jenseits aller rückwärtsgewandten Vereinnahmungstendenzen von sich reden: die Arbeiterklasse, die jetzt starkgenug geworden schien, um kollektiv aus dem rigiden Unternehmerkommando auszuscheren. Die Krise von 1966/67 hatte sich endgültig als Bumerang erwiesen. Es war jetzt alles andere als einfach, den Desintegrationsprozeß der Arbeiter von den bisherigen Konventionen des Ausbeutungssystems zu stoppen und eine neue Auffanglinie zu stabilisieren. Noch im September 1969 kehrten der politische und der ökonomische Reformismus aus ihren Wartepositionen in die Kommandohöhen des erschütterten Systems zurück. Ihre Funktion war klar: durch den massiven vorübergehenden Gebrauch des Lohndrucks die Wiederherstellung des Mechanismus der Klassenspaltung, der in den frühen sechziger Jahren so wirksam funktioniert hatte, mit vorzubereiten.
Das Zusammenspiel zwischen Unternehmern und Gewerkschaften wurde wenige Tage nach Ausbruch der Septemberstreiks behutsam eingeleitet. (239) Linksgewerkschaftliche Initiativgruppen bildeten alsbald mehr oder weniger informelle Streikleitungen, um die Insubordination der Arbeiter durch al-

(237) Bezüglich der Forderungen sei vor allem verwiesen auf E. Schmidt, op. cit. S. 123 ff.; W. Eschenhagen, Antigewerkschaftlicher Kampf oder Kampf in den Gewerkschaften?, Trikont-Verlag, München 1971, S. 77 f.
(238) So der Kommentar des Tarifexperten der IG Metall zu den Forderungen nach linearer Lohnerhöhung auf einer Klausurtagung seiner Gewerkschaft: "Zunächst einmal würden wir dadurch unsere bisherige Auffassung preisgeben, daß unsere Lohn- und Gehaltspolitik leistungsbezogen sei." Der Gewerkschafter, Sonderheft Tarifbewegung 70, Nr. 6a, Juni 1970, S. 4.
(239) Zu den Einzelheiten vgl. E. Schmidt, op. cit. S. 148 ff.: "Die Politik des Gewerkschaftsapparates zur Eindämmung der Streikbewegung".

lerlei Tricks, die von manipulierten Betriebsversammlungen bis zu abstumpfenden und sinnlosen Gewaltmärschen durch irgendwelche Stadtviertel reichten, zu entschärfen und als Druckmittel für eine "aktivere" Gewerkschatspolitik zu funktionalisieren. (240) So wurde die Zeit überbrückt, die notwendig war, um die massive Aufsässigkeit erneut unter die Kuratel einer mehr denn je "leistungsorientierten" nachgezogenen Tarifkampagne zu stellen. Denn auch jetzt waren die Tarifkommissionen wie eh und je mit Arbeitern besetzt, denen es in den vergangenen Jahrzehnten - nicht zuletzt dank ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit - gelungen war, sich in die höheren Lohngruppen zu lavieren; sie wiesen natürlich selber - ohne besonderen Anstoß durch die Unternehmerseite - die Forderung nach linearer Progression des Reallohns für alle Lohngruppen sofort zurück. Zur Belohnung für ihre unerschütterte Leistungsdisziplin wurden sie dafür vom IG Metall-Bundesvorstand mit der Anerkennung einer 14 Prozent-Forderung honoriert. Auch die Unternehmer waren bereit, eine derart hohe Tarifforderung durchaus als Vorstufe für die jetzt dringend erforderliche Nueauflage der "Zentralarbeitsgemeinschaft" zu akzeptieren. Ein Sprecher des Arbeitgeberverbands Eisen und Metall gab zu erkennen, daß er den Forderungssprung der Gewerkschaft als "eine taktische Forderung und nichts anderes" zu verstehen wisse: "Die IG Metall konnte gar nicht anders, um diese vielen wilden Streiks mit den unerhörten Wünschen aus den Werken zu unterlaufen. Ich bin sicher, daß das am Verhandlungstisch nicht drin ist (...). Wir wollen mit der Gewerkschaft zusammen als Ordnungsfaktor für das Lohnwesen das Bestmögliche finden." (241) Dieses "Bestmögliche" wurde ziemlich bald in einer 11-prozentigen Lohnerhöhung fixiert, und es folgten weitere zwei Jahre, in denen Gewerkschaften und Unternehmer es für opportun hielten, die fortdauernde Aufsässigkeit der Arbeiter durch Konzessionen an den Reallohn, die in der deutschen Geschichte ihresgleichen suchen, gemeinsam wieder unter Kontrolle zu bringen. (242) Die Unternehmer hatten die Lehren aus den Septemberstreiks begriffen. Sie waren sich klar darüber geworden, daß der bisherige Kurs gegen die Arbeiter nicht länger zu halten war. Globale Konfrontationen brachten fortan nicht sie, sondern die Arbeiter in die Initiative. Und die Insubordination, die seit 1969 anhielt, sah nicht danach aus, daß auf sie mit dem bislang entwickelten Instrumentarium betrieblicher und außerbetrieblicher Unterdrückung eingewirkt werden konnte, ohne Gefahr zu laufen, den ganzen seit der Krise sich reorganisierenden plankapitali-

(240) Typisch dabei war vor allem das Verhalten der DKP-Kader, die jede an den Gewerkschaften vorbeistoßende Aktion denunzierten. Es wurde in der DKP-offiziösen Schrift: Die Septemberstreiks 1969. Darstellung, Analyse, Dokumente, Frankfurt 1970, ausführlich gerechtgertigt.

(241) Vgl. Interview Dr. Neben, Arbeitgeberverband Eisen und Stahl, in: Stuttgarter Zeitung v. 11. 9. 1969.

(242) Vgl. dazu die Berichterstattung über die Tarifbewegungen bis 1971/72 in: Arbeiterpolitik, Jg. 1970 ff.

stischen Stabilisierungsprozeß (243) zu gefährden. Die Kontrolle über die Arbeiter konnte nur noch im Bündnis mit einem dynamischen und modernisierten Arbeiterreformismus zurückgewonnen werden.
Wenn wir die Entwicklung seit 1969/70 rekapitulieren, müssen wir konstatieren: Gewerkschaften und Sozialdemokratie haben die von den Unternehmern in sie gesetzten Erwartungen durchaus erfüllt. Die Tarifkampagnen 1970, 1971 und 1972 in Chemie- und Metallindustrie waren echte Meisterstücke hinsichtlich der Entsolidarisierung und neuerlichen Aufsplitterung der Arbeiterklasse. Die bisherige Gewerkschaftsstrategie in Sachen Tarifbewegung wurde dezentralisiert und mit Urabstimmungen gespickt, um so einen breiteren Fächer für die Neutralisierung der Bewegung an der Arbeiterbasis zu gewinnen. Das taktisch gemeinsame "Maximum an Demokratie" bei der "gewerkschaftlichen Willensbildung" wurde jedoch gleichzeitig an die Kandare eines stärker zentralisierten hauptamtlichen Strangs gelegt. (244) So konnten von der institutionellen Zentrale des Gewerkschaftsreformismus Jahr für Jahr außerordentlich hohe Tarifforderungen der Basis (1970 in der Metallindustrie: 15 Prozent) hingenommen werden, ohne einen umstürzlerischen Effekt auf die konkrete Ausbeutungssituation befürchten zu müssen. Der "Zahlen-Zirkus" lief ab unter maximaler regionaler Zersplitterung der proletarischen Basis. Vor allem gelang es den Gewerkschaften mittels einer Taktik, die auf die Verhinderung des Übergreifens lokaler Kämpfe konzentriert war, die latente Vereinheitlichung der Arbeiter schrittweise zu unterminieren: die Löhne wurden fast immer bezogen auf die Ecklohngruppe 7 erhöht, mit dem Ergebnis, daß sich die Schere zwischen den unteren Lohngruppen und den sogenannten Facharbeiterlohngruppen progressiv vergrößerte. Zwar umfaßt die Gruppe VII auch heute noch "die größte Anzahl von Arbeitern im Verhältnis zu den anderen Gruppen, jedoch stellen die unteren Lohngruppen II - VI zusammen mehr als die Hälfte aller Lohnempfänger dar" (245). Bei einem "Mindestwert" von 72 Pfennig pro Stunde während der Metall-Tarifkampagne 1970 kamen diese unteren Gruppen beispielsweise bei Klöckner in Bremen nur auf etwa 40 Pfennig. "Durch die prozentuale Erhöhung wurden die schlechtestbezahlten Arbeiten weiter gedrückt, die bestbezahlten weiter gehoben." (246) Ähnlich lagen die Verhältnisse auch bei allen anderen Tarifabschlüssen. (247) Die In-

(243) Zur Einschätzung der Stabilisierungsstrategie der "sozialliberalen" Brandt-Scheel-Regierung vgl. vor allem: Proletarische Front (Hrsg.), Arbeiterkampf in Deutschland, Klassenzusammensetzung und Kampfformen der Arbeiter seit dem Nationalsozialismus, Trikont-Verlag, München 1973, S. 151 ff.
(244) Vgl. dazu: Die Septemberstreiks 1969. Diskussionsmaterial, hrsg. vom Vorstand der IG Metall am 9.7.1970 - das war tatsächlich das Resüme einer fast einjährigen innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung!
(245) W. Eschenhagen, op. cit. S. 124.
(246) Ebd.
(247) Vgl. dazu vor allem: Einschätzung der Tarifauseinandersetzungen in der Me-

tentionen, die Gewerkschaften und Unternehmer damit gemeinsam verfolgten, sind leicht einzusehen. Konzessionen an den Reallohn mußten gemacht werden, um eine alternative Arbeiterorganisation als Ergebnis der Septemberstreiks zu verhindern, also wurden alle Ansätze zu einer überregionalen Kampfbewegung gezielt paralysiert. Gleichzeitig wurden diese Konzessionen dazu genutzt, um den seit 1966/67 infragegestellten Spaltungsmechanismus von der Ebene des Reallohns her zu reorganisieren. Gewerkschaftsoppositionelle Ansätze wie etwa bei Klöckner in Bremen oder bei den Stuttgarter Daimler-Benz-Werken wurden von den Gesellschaften systematisch unterdrückt.(248) Allein auf sich gestellt wären die Unternehmer zur Rekonstruktion des Spaltungsmechanismus mit Sicherheit nicht mehr fähig gewesen.

Wie der Verlauf der Arbeiteraktionen in den letzten Jahren zeigt, ist Unternehmern und Gewerkschaften der gemeinsame Angriff auf die Homogenisierungstendenzen des Gesamtarbeiters weitgehend geglückt. Dabei fungierte die Spaltung vom Arbeitslohn her jedoch nur als Ausgangspunkt. Die betriebliche Zentralarbeitsgemeinschaft verstand sich recht gut darauf, zusätzliche Instrumente zu entwickeln. Sie war sich auch über die weiteren differenzierten Schritte zur Stabilisierung der kurzfristig in Frage gestellten Klassenspaltung einig. Über die Notwendigkeit, die Arbeiter der mechanisierten Massenproduktion durch beschleunigte Umschichtung ihrer Nationalitäten (sogenanntes Rotationsprinzip) (249), also durch eine kapitalistisch kontrollierte Mobilität von den übrigen Schichten der Klasse zu isolieren, bestand fast uneingeschränkter Konsens. Gerade hier waren die Gewerkschaften mehr denn je bereit, ihre Rolle zu spielen. (250) Die beidhändigen Kleinstzeitverfahren bekamen endgültig ihren gewerkschaftlichen Segen, und die diversen Gewerkschaftsakademien nahmen sie in die Schulungsprogramme ih-

tall- und Stahlindustrie, in: Arbeiterpolitik, 1970, Nr. 4, S. 3 ff.; Analyse der Tarifauseinandersetzung 1970 in der Metallindustrie Schleswig-Holsteins, ebd. S. 5 ff.; Die Tarifauseinandersetzung in Nordbaden-Nord-Württemberg, ebd. S. 9 ff.; Zur Tarifrunde in der Metallindustrie, ebd. 1971, Nr. 6.

(248) Zum Fall Klöckner-Hütte vgl. Gruppe Arbeiterpolitik (Hrsg.): Die Auseinandersetzungen in der Klöckner-Hütte Bremen, T. I/II, Bremen, o. J.; W. Eschenhagen, op. cit. S. 98 ff.; zu den Auseinandersetzungen um die Stuttgarter Plakat-Gruppe deren broschierte Flugblattsammlung, o. O. (Stuttgart) und o. J., sowie: links, Offenbach, 1970 ff.

(249) Vgl. dazu: Unternehmer und CSU fordern: Industrielle Reservearmee durch "Rotationsprinzip", in: Unsere Zeit Nr. 5 v. 2. 2. 73; daß es sich dabei allerdings nicht nur um CSU-Parolen, sondern um eine offizielle und seit Jahren praktizierte arbeitsmarktpolitische Linie handelt, geht spätestens aus der regierungsoffiziellen Propaganda seit Anfang 1973 hervor.

(250) Eindeutig äußerte sich in diesem Sinn beispielsweise Bundesarbeitsminister Arendt, ein alter Gewerkschaftsfunktionär. Andererseits bestreiten die Gewerkschaften jede Diskriminierung der Arbeitsemigranten. Vgl. beispielsweise: IG Metall, Gastarbeiter nicht diskriminiert. Der Streik bei Pierbrug in Neuß ist illegal, in: Handelsblatt v. 17. 8. 1973.

rer Betriebskader auf. (251) Denn die Gewerkschaften hatten inzwischen hinreichende Gründe, um sich "rationalisierungsfreundlicher" (252) denn je zu geben. Den reformkapitalistischen Akteuren war klar, daß ihr Programm der strukturellen Evolution von der Ausbeutung der subproletarischen Pariaschicht der Arbeitsemigranten, Frauen und dequalifizierten deutschen Desperados lebt - wer sollte sonst die enormen Mehrwertmassen schaffen, die für die weitere Umwälzung der Grundstoffindustrien und vielleicht irgendwann auch einmal der technologisch stagnierenden Sektoren (253) erforderlich waren? Vor allem war sehr viel Luft nötig, um wenigstens die deutschen Arbeiterschichten von Lohngruppe VII an aufwärts nach den gefährlichen Eruptionen von 1969 wieder in die Konventionen des Wirtschaftssystems hineinzunehmen. Seit 1969/70 wurde von der IG Metall, dem Eisberg des gewerkschaftlichen Fortschritts, mit neuen exemplarischen Modellen der Identifikation dieser Arbeitergruppen mit dem Produktionsziel experimentiert. Das Ziel war, vor dem zunehmenden Arbeiterangriff die Zergliederung der Arbeitsoperationen und die daraus resultierende Monotonie der Arbeitstakte zu stoppen und das Kommando über den Arbeitsablauf an die jeweiligen Arbeitsgruppen zu delegieren. Beispielsweise wurde auf der HDW-Werft in Kiel seit 1969/70 aufgrund einer IG Metall-Initiative eine neue kollektive Entlohnungsform eingeführt, die auf einer weit fortgeschrittenen Arbeitsweise im Schiffsbau basierte. (254) Der Programm-Prämienlohn, zwischen Abteilungsgruppe und "Prämienführer" ausgehandelt, sollte im Interesse übersichtlicher Serienproduktionspläne pro Produktionsstufe das Erreichen eines festgelegten Arbeitsprogramms in einer möglichst kontinuierlichen Höhe garantieren. Dabei wurden die IG Metall-Vertrauensleute zu Vorarbeitern und "Prämienführern" in einem, die Überwachung der Arbeitsdisziplin stand nicht mehr dem Funktionsmeister zu, sondern wurde zu einer internen Angelegenheit der jeweiligen "homogenen Gruppe", die sich jetzt im Interesse des an der kontinuierlichen Stückzahl fixierten Prämienlohns selbst gegenseitig im Arbeitstempo stimulierte. (255) Hier war

(251) Vgl. beispielsweise: H. Pornschlegel, R. Birkwald, H. Wiesner, Menschliche Leistung und Arbeitsergebnis. Hrsg. Vorstand der IG Metall, Abt. Bildungswesen, Köln 1967; H. Pornschlegel, R. Birkwald, Verfahren vorbestimmter Zeiten. Hrsg. Vorstand der IG Metall, Abt. Bildungswesen, o. O. und J.

(252) In diesem Zusammenhang sollte der programmatische Aufsatz des IG Metall-Vorstandssekretärs Arno Schwarting gelesen werden: Rationalisierung und Gewerkschaften, in: Rationalisierung, 24. Jg. 1973, H. 1.

(253) Hier ist zu bedenken, daß zu Beginn der siebziger Jahre auch in der BRD die heute weltweit geführte Diskussion über die "Requalifizierung" des Fließbandarbeiters begann.

(254) Und zwar auf der Einführung des sog. Volumen-Sektionsbaus. Zur aktuellen Umwälzung in der Werftindustrie vgl. Proletarische Front (Hrsg.), Rationalisierung und Massenarbeiter, Trikont-Verlag, München 1973.

(255) Dieser Funktionswandel ist ausführlich beschrieben in dem Artikel: Neue Form der IGM-Politik: Programm-Prämienentlohnung, in: Arbeiterpolitik, 1971, Nr. 3/4, S. 22 ff.

erstmals die betriebliche Gewerkschaftsbasis in ein Instrument der unmittelbaren Kontrolle über die Arbeiter umgewandelt worden. Ein Beispiel von vielen, das zeigt, wie die Gewerkschaften seit 1969/70 paktierten. Die Gewerkschaften waren endgültig dabei, sich als moderner Lückenbüßer des in der Wirtschaftskrise aus den Fugen geratenen Unternehmerkommandos zu profilieren. Für die Unternehmer handelte es sich dabei hingegen nur um die Einbeziehung des modernen Arbeiterreformismus in ein allzu brisant gewordenes Geschäft der Klassenpolitik. Was die Periode hoher Tariflohnsteigerungen zwischen 1969 und 1972 betrifft, die damit verbunden war, konnten sie sich in Sicherheit wiegen. Da war ja auch noch die Sozialdemokratie, der "politische" Arm des Arbeiterreformismus, der die neue Revolutionierung der "effektiven Nachfrage" im Rahmen des gesamtwirtschaftlichen Systems regulieren und inflationieren bzw. wegsteuern würde. (256) Dessen ungeachtet war das Problem des politisch-repressiven Klassenkommandos natürlich nicht aus der Welt geschafft. Im Gegenteil: dank des neuen reformkapitalistischen Manövers war die Klassenspaltung der sechziger Jahre auf qualitativ neuer Stufenleiter reproduziert, und damit auch die materielle Basis für die damals aus der NS-Ära übernommenen und modernisierten Strukturen der innerbetrieblichen Unterdrückung. Das Kernstück war erhalten geblieben; nur, was sich seinerzeit darum gerankt hatte -Werkschutz usw. - war inzwischen Makulatur. Da die Unternehmer die Gewerkschaften am kapitalistischen Kommando über die Arbeiter unmittelbar zu beteiligen begannen, und da sie diesen Schritt mit einer vollen Entwicklung des plankapitalistischen Systems kombinierten, war die äußere Einkreisung der Arbeiterautonomie jetzt zu einer zweitrangigen Frage geworden. Der "verdeckte Krieg" hatte in der Tat begonnen - aber nur in den Abteilungen, im Zentrum der industriellen Ballungsgebiete. (257) Er basierte auf einer harten und unerbittlichen Klassenscheidung, an der nicht wenige Gruppen der neuen Linken, die seit 1969/70 systematisch in die Betriebe gingen, resignierten. Zu schnell waren sie - wider bessere Absicht - innerhalb der Arbeitsorganisation auf Posten abgeschoben worden, die wegen ihres arbeits-

(256) Über die spätkeynesianische Struktur des BRD-Wirtschaftssystem seit 1969/70 vgl.: Proletarische Front (Hrsg.), Arbeiterkampf in Deutschland, op. cit. S. 154 ff.

(257) Dieser Tatbestand wurde von den Unternehmern sehr wohl konstatiert. So versuchte ein Continental-Manager, das "Problem" der schlechten Arbeitsmoral der Arbeitemigranten folgendermaßen anzugehen: "Zusammengefaßt läßt sich eine zweifache Teilung des Problems (...) finden:
1. Gegenwärtiger Bestandteil: erhöhte Fluktuation - erhöhter Krankenstand - erhöhter Abfall - verlängerte Anlernzeit - weniger Leistung.
2. Zukünftiger Bestandteil: Arbeitsniederlegung - Handgreiflichkeiten - Anwachsen der unter (1) genannten Probleme - keine Führungskräfte aus dem Kreis der ausländischen Mitarbeiter." (W. Gogoll, G. Hiesler, Das Problem mangelnder Deutschkenntnisse (!) der Gastarbeiter und seine Lösung im Bildungswesen einer industriellen Unternehmung, in: Arbeit und Leistung, 25. Jg. 1971, H. 7, S. 124).

vorbereitenden oder -kontrollierenden Charakters zu den delegierten Kommandofunktionen über die multinationalen Massenarbeiter gehörten. (258) Im Vergleich zu den sechziger Jahren waren über das Lohnsystem hinaus alle Instrumente der Hierarchisierung im Arbeitsprozeß forciert: die repetitiven Tätigkeiten der mechanisierten Produktionszweige wurden hemmungslos weiter zerlegt, neue Anlernmethoden für die kontinuierliche Ausübung "sensomotorischer" Fertigkeiten wurden durchgesetzt, die dem Unternehmeranspruch genügten, das Arbeitstempo durch Einschränkung stärker motorisch bedingter Bewegungselemente des Hinlangens und Transportierens und entsprechende Leistungssteigerung in komplexen manuellen Arbeitsvorrichtungen wie Greifen und Montieren zu forcieren. (259) Im Gegensatz dazu wurde bei allen Manövern zur Vereinfachung und Ent-Intellektualisierung der Steuer-, Kontroll- und Instandhaltungstätigkeiten mehr denn je Wert auf eine konfliktfreie Hingabebereitschaft an das Produktionsziel seitens der umqualifizierten deutschen Facharbeiterreste Wert gelegt; ein enormer Katalog von reformistischen Integrationsmanövern, der von der beruflichen Qualifizierung bis zu Rationalisierungsschutzabkommen für ältere deutsche Arbeiter reicht, sollte Gewerkschaften und SPD-Betriebsgruppen die soziale Hegemonie über diese Arbeiterschichten erleichtern. Bis heute hat das reorganisierte System der Klassenspaltung in mobile und jederzeit auswechselbare Massenarbeiter und in umqualifizierte Spezialarbeiter der teilautomatisierten Produktion eine bemerkenswerte Stabilität erreicht. In Frage gestellt wird es von Unternehmern und Gewerkschaften nur noch in Randsektoren - überall da, wo ihnen im Interesse eines abrupten technologischen Innovationssprungs - wie z.B. gegenwärtig in der Druckereiindustrie (260) - ein kalkulierter und begrenzter Konflikt mit dem Gesamtarbeiter unabdingbar erscheint.

Es mangelt nicht an Belegen, die die Entschlossenheit des 1970/71 reorganisierten Wirtschaftssystems dokumentieren, die solcherart effektivierte Klassenspaltung als Basis für die Rekonstruktion des politisch-repressiven

(258) Das war - und ist noch immer - das Problem von Gruppen der Westberliner neuen Linken, soweit sie 1969/70 in die Betriebe gingen. Bis heute gibt es noch keinen kompetenten Versuch, die daraus resultierende Krise dieser Gruppen auch nur zu artikulieren.

(259) Wie weit heute die Transformation des manuellen Teilarbeiters am Fließband zum beidhändigen Arbeitsaffen perfektioniert ist, läßt sich anhand einer Spezialstudie im Rahmen des schon öfter zitierten RKW-Forschungsprojekts eruieren: W. Rohmert, J. Rutenfranz, E. Ulich, Das Anlernen sensomotorischer Fertigkeiten. Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland, Forschungsprojekt des RKW, Bd. 7 Frankfurt 1971.

(260) Vgl. dazu einen Bericht über die Lage der Arbeiter in der Druckereiindustrie anläßlich der jüngsten Streikbewegung: Die Tarifbewegung in der Druckereiindustrie, in: Arbeiterpolitik, Sonderblatt 1. Mai 1973.

Klassenkommandos zu begreifen.(261) Die Gewerkschaften stehen inzwischen auch hinsichtlich der Probleme der Arbeitsorganisation voll auf Unternehmerseite. Arbeiterinteressen werden von ihren Institutionen nur insoweit aufgegriffen und transportiert, als es die Stabilität des Kontakts mit den umqualifizierten deutschen Arbeiterschichten erheischt. Nur unter diesem Aspekt werden Konzessionen ausgehandelt, und nur in diesem Kontext wird politischer Druck ausgeübt: die Mitbestimmungsbewegung zielt beispielsweise ausschließlich darauf ab, die Gewerkschaften und deren selektierte Basis innerhalb der Klasse auch auf gesellschaftlicher Ebene an den Perspektiven des Systems zu beteiligen. Und nicht zuletzt haben sich auch diverse traditionelle Arbeiterorganisationen, die ihre Arbeitermitglieder inzwischen zum systematischen Aufstieg innerhalb der prospektiven Mitbestimmungshierarchie verpflichten - allen voran die DKP - entschieden, ihre Rückwärtsgewandtheiten zu modernisieren und sich an die Stabilisierungsperspektive des Systems anzuhängen. (262) Soweit die materielle Basis für ein flexibel reorganisiertes Klassenkommando, das inzwischen auf spektakuläre äußere Einkreisungsmanöver verzichtet und alle Kräfte darauf konzentriert, die Initiative von der Abteilungsebene her wiederzugewinnen. Es ist dies der Ausgangspunkt für die politisch-repressive Disziplinierung jener Arbeiterschichten der mechanisierten Massenproduktion, die sich mit dem Produktionsziel nicht mehr identifizieren, die mehr denn je durch ihre alltäglichen Kampfformen die Existenzberechtigung eines reifen Kapitalismus bestreiten. An dieser Disziplinierung, die die Hingabebereitschaft an die Mehrwertproduktion offen und politisch bewußt erzwingt, sind die Gewerkschaften voll beteiligt. Es demonstriert ihre konsequente Klassenlinie und ist keinesfalls als skandalöser faux pas zu werten, wenn wir hören, daß eben diese Gewerkschaften, die 1967 noch scheinheilig die volle "Aufdeckung" der Werkschutzaffäre forderten (263), 1970 zur Gründung eines "Arbeitskreises Werkschutz im DGB" fortgeschritten sind. (264) Heute sind 80 Prozent aller Werkschutzpolizisten gewerkschaftlich organisiert (265) - ein wei-

(261) Es sei auf ein herausragendes Beispiel hingewiesen, nämlich auf die Publikationsserie: "Wie schütze ich meinen Betrieb" in der Unternehmerzeitung "Blick durch die Wirtschaft", die in 35 Teilen vom 6.11.1972 an erschien und inzwischen in "gereinigter" Fassung auch als Buch publiziert ist: J.J. Jeske (Hrsg.), Wie schütze ich meinen Betrieb? Das Handbuch für alle Unternehmensbereiche, Düsseldorf-Wien 1973.

(262) Zum Beispiel verpflichtet die DKP alle Hafenarbeiter, die sich bei ihr organisieren, darauf, so schnell wie möglich in der Hierarchie - der Übergang vom Schauermann zum Kranführer gilt als erstes Sprungbrett - aufzusteigen!

(263) Vgl.: Wurde der Notstand geprobt? IG Metall verlangt Untersuchung, in: Metall Pressedienst, XI/77, 2. Juni 1967.

(264) Vgl. dazu Günther, Wie die Gewerkschaften zum Werkschutz stehen (Wie schütze ich meinen Betrieb, V), in: Blick durch die Wirtschaft, 20.11.1972 (siehe Dokumentarischer Anhang, XX).

(265) Dazu Günther, op. cit., lakonisch: "In der Bundesrepublik gibt es etwa

terer Beleg dafür, daß die Gewerkschaften kaum mehr Arbeiterorganisationen, sondern zu allererst einmal Zusammenschlüsse von Meistern, Vorarbeitern, Kalkulatoren, Arbeitsvorbereitern mit einem gewissen Rückhalt bei den umqualifizierten deutschen Arbeitergruppen sind, denen inzwischen sogar ein Refa-Ingenieur als Bundesvorsitzender präsidiert. (266) Sie alle machen inzwischen aus ihrer Überzeugung, daß die Arbeitsmoral als Garant krisenfeien wirtschaftlichen Fortschritts notfalls auch gewaltsam aufrechterhalten werden muß, keinen Hehl mehr. Seit 1970 geht auch der DGB "davon aus, daß in Industrie und Verwaltung von einer bestimmten Größenordnung an und bei bestimmten Voraussetzungen Werkschutzeinrichtungen bestehen, wobei der Werkschutz zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung innerhalb der Unternehmen dienen soll. Ohne Ordnungsregeln ist ein reibungsloser Produktions- und Verwaltungsablauf nicht denkbar. Die Zulässigkeit der Organisation eines Werkschutzes umfaßt alle Maßnahmen, die der Betriebsinhaber treffen kann, um unerlaubte Eingriffe in seine Rechtssphäre abzuwehren. Die allgemein als schutzwürdig anerkannten Interessen des Arbeitgebers reichen von der Sicherung gegen Eigentumsdelikte und der Erhaltung der Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit seines Betriebes bis zur Abwehr von Sabotageakten." (267) Klarer kann es gar nicht gesagt werden: seit 1970 hat sich in der BRD die Bekämpfung der Arbeiterautonomie auf spezifische Weise vervollständigt. In der BRD stimuliert der Arbeiterreformismus nicht einfach die Kapitalentwicklung, sondern eine Kapitalentwicklung auf der Grundlage einer umfassenden Klassenspaltung. Seit 1970 ist ein fast hundertjähriger Prozeß des Arbeiterkampfs abgeschlossen mit dem Ergebnis, daß die traditionellen Arbeiterorganisationen unwiderruflich und mit demonstrativer Offenheit auf der anderen Seite der Barrikade stehen. Ohne daß es ihnen schon voll bewußt wäre, haben die multinationalen Massenarbeiter und mit ihnen die als "chaotisch" denunzierten Avantgardeansätze, schon auf Abteilungsebene durch die etablierten Gewalten eingekreist, einen neuen Zyklus revolutionärer Arbeiterkämpfe eingeleitet. (268) Auf jeden Fall ist es nicht bei einem turbulenten September 1969 geblieben. Und keinesfalls vermochten die Tarifbewegungen der letzten Jahre die neue Qualität der Arbeiteraktionen zu kaschieren, die den August 1973 vorbereiteten. Vier Jahre liegen dazwischen, die ausgefüllt sind mit immer neuen

70 000 Werkschutzangehörige. Sie sind zu 80 Prozent in den Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes organisiert. Unter ihnen sind sowohl Betriebsratsmitglieder als auch Vertrauensleute. Die Notwendigkeit der Werkschutztätigkeit wird allgemein anerkannt."

(266) Nach Informationen aus Gewerkschaftskreisen wurde dies bei der Wahl Vetters zum Nachfolger Rosenbergs nirgends ernsthaft moniert.

(267) Günther, op. cit.

(268) Allerdings scheint es, als sollte es doch noch eine politisch bewußte Reflexion dieser Entwicklung geben, und zwar im Rahmen der monatlich erscheinenden Zeitung "Wir wollen alles", die seit Anfang 1973 von verschiedenen antireformistischen Gruppen gemeinsam herausgegeben wird.

lokalen Kämpfen und Abteilungsbewegungen. (269) Vier Jahre, in denen wegen der intensiven gewerkschaftlichen Integrationsmanöver gegenüber den umqualifizierten deutschen Arbeitergruppen die Initiative Schritt für Schritt auf die multinationalen Massenarbeiter in den mechanisierten Fließbandsektoren übergeht. Je länger die Septemberstreiks zurückliegen, desto größer ist die Beteiligung der gewerkschaftlich unorganisierten Arbeiter und Arbeiterinnen an den Aktionen, desto stärker homogenisieren sich trotz des überwiegend lokalen Charakters die Kampfformen und die Parolen. Und desto konsequenter kehren Unternehmer und Gewerkschaften ihre Entschlossenheit zum rein repressiven Gegenangriff hervor. Dabei hatten sie freilich zunächst erhebliche Schwierigkeiten. Im Januar 1970 kam es zu einer spektakulären Neuauflage der Werkschutzaffäre, diesmal allerdings unmittelbar von Arbeiterseite. Im Kölner Werk des Felten & Guilleaume-Konzerns hatte der Werkschutzleiter Boljahn, ehemals Beamter der Kölner politischen Polizei, neben der betriebsinternen Diebstahlskartei eine politische Geheimkartei angelegt. (270) In ihr waren Informationen über das Privatleben und die politischen Aktivitäten mißliebiger Arbeiter zusammengetragen, was die enge Kooperation mit der politischen Polizei beweist; sie wurden durch einen werksinternen Spitzeldienst ständig auf dem neuesten Stand gehalten. (271) Als die Arbeiter die Beweise in der Hand hatten, warfen sie die Brocken hin, um die Entlassung Boljahns und der prominentesten Werksspitzel durchzusetzen. Sie hatten Erfolg (272), denn auch für den Betriebsrat fand sich in der Geheimkartei kein Zusammenhang mit der ansonsten strikt bejahten Organisation für eine stabile "Werkssicherheit". Diese und andere Aktionen - beispielsweise gegen den Betriebsterrorismus in den Chemischen Werken Marl (273) - waren kaum dazu angetan, eine konfliktlose und stillschweigende Reorganisation der Werkssicherheitsdienste über die Büh-

(269) Zur Berichterstattung darüber vgl. vor allem: Arbeiterpolitik, Jg. 1970 ff.; Wir wollen alles, 1973. Im übrigen müßte die sehr zersplitterte Publizistik der neuen Linken herangezogen werden.

(270) Darüber wurde vor allem in folgenden Zeitungen etwa eine Woche lang ausführlich berichtet: Abendzeitung München, 31. 1./1. 2. 1970 ff.; Express Düsseldorf, 30. 1. 1970 ff.; Kölner Stadtanzeiger, 30. 1. 1970 ff. (Siehe dazu Dokumentarischer Anhang, XIX).

(271) Vgl.: Informationen an Werkschutz vermutlich von Polizisten, in: Kölnische Rundschau v. 14. 2. 1970, S. 15.

(272) Vgl.: F & G-Spitzel Werkschutz-Chef Boljahn entlassen, in: Unsere Zeit v. 9. 5. 1970.

(273) Zur Kampagne der SDAJ gegen den Werkschutz der Chemischen Werke Hüls vgl.: Das ist der Terror der Betriebs-Gestapo! in: Elan-express, Dortmund, März 1971, Titelseite. Die Agitation hatte Ende 1968 begonnen und sich über drei Jahre ergebnislos hingezogen. Dazu auch H. -J. Hennecke, Wie man Werkschützer wird, in: elan, Dez. 1968/Jan. 1969, S. 20 ff.; sowie als Beispiel für die apologetische Reaktion der Unternehmerpresse: Elanvoller Attacke folgt eine muntere Entgegnung, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung v. 2. 10. 1968.

ne gehen zu lassen. Freilich fehlte ihnen die Stoßkraft, um eine wirksame Wende in der Klassenstrategie der Unternehmer zu erzwingen. Infolgedessen wurde in den lokalen Betriebskämpfen die repressive Präsenz des Werkschutzes und der politischen Polizei mehr und mehr zum alltäglichen Ereignis. Sie schlugen überall da zu, wo die Tarifkampagnen allein nicht ausreichten, um die nach den Septemberstreiks reorganisierte Klassenstrategie durchzusetzen. Das gilt vor allem für die Chemiestreiks im Juni 1971, die im Gegensatz zu den baden-württembergischen Metallarbeiterstreiks im selben Jahr mit ihren großen, reformistisch gelenkten Demonstrationen (274) an mehreren Punkten der Kontrolle durch die IG Chemie zu entgleiten drohten. (275) Bei der Kalle AG in Wiesbaden, einer Tochtergesellschaft der Farbwerke Hoechst, wurden zwei Tage nach Streikbeginn Kommandos der politischen Polizei eingesetzt, die vom Werkschutz denunzierte ausländische Arbeiter offen vor den Werkstoren überfielen und zusammenschlugen. (276) Ähnliches ereignete sich auch in der Kölner Gummifabrik Clouth, wo Einsatzeinheiten der Polizei Chemiearbeiter zusammenprügelten und teilweise schwer verletzten, als diese das Einschleusen von Streikbrechern durch einen Sitzstreik vor dem Werkstor zu verhindern suchten. (277) Darüberhinaus wurde es seither allgemein üblich, aufsässige Arbeiter schon in der Abteilung durch konzerneigene Spitzel zu observieren und zu feuern, um jede Kollektivierung der Kampfformen zu vereiteln. So sprach der VW-Anwalt Henschel bei einer Arbeitsgerichtsverhandlung nach der Entlassung einer Bandarbeiterin des Emdener VW-Zweigwerks Klartext, als er in der Entlassungsbegründung sagte: "Wenn von einem Punkt im Betrieb ein wilder Streik losgeht, dann breitet sich das aus, auch ohne daß es vorher organisiert wird und ohne Generalstabsplan. Eine Unmutsäußerung genügt schon, um die Sache ins Rollen zu bringen. Darum ist die VW-Werksleitung gezwungen, den Anfängen zu wehren." (278) Besonders hart gingen die Werkschutzeinheiten bei allen Aktionen mit überwiegender Emigrantenbeteiligung vor. Exemplarisch für viele andere lokale Auseinandersetzungen waren die Ereignisse in den Münchner BMW-Werken im Mai 1972 (279), wo sich nach einem Demonstrationszug italienischer Arbeiter Meister, Vorarbeiter, In-

(274) Zu den baden-württembergischen Metallarbeiterstreiks 1971 vgl.: Zur Tarifrunde in der Metallindustrie, in: Arbeiterpolitik, 1971, Nr. 6, S. 1 f.

(275) Dazu Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Informationsbericht Nr. 7: Über die Streiks in der chemischen Industrie im Juni/Juli 1971 in einigen Zentren der Tarifbewegung in Hessen und Rheinland, Frankfurt o. J.; Von der "Rotfront" der chemischen Industrie, in: Blick durch die Wirtschaft v. 22. 6. 1971.

(276) Vgl. J. Roth, Ist die Bundesrepublik ein Polizeistaat?, Darmstadt 1972, S. 73.

(277) Vgl.: Kommunistische Pressekorrespondenz Nr. 26 v. 29. 6. 1971; Stuttgarter Zeitung v. 22. 6. 1972.

(278) Dazu: Hanne Harm's zweiter Sieg, in: Unsere Zeit v. 3. 4. 1971.

(279) Vgl. Arbeitersache München: Streik bei BMW, München o. J.

genieure und Werkschutzleute formierten, um die Streikenden zusammenzuprügeln. Aber noch mangelte es der betriebsinternen Gegenstrategie der Unternehmer an Koordinierung und langfristiger Planung. (280) Der Widerstand konnte erst nach einem tagelangen Kleinkrieg, bei dem die Arbeitermilitanten vor Schichtbeginn oder bei Wohnheimrazzien herausgegriffen und zusammengeschlagen wurden, gebrochen werden. Freilich zogen die Unternehmer aus diesen lokalen Konflikten rasch ihre Lehren. Zwischen 1970 und 1972 wurden in den meisten Konzernen die "Sicherungsmaßnahmen" gegen Arbeiterunruhen reorganisiert. Allmählich entstand jenes neue Bekämpfungsschema, wie wir es seit Mai 1973 in seiner praktischen Realität kennen. Es ist beispielsweise in einer "Eil-Nachricht 7/71" der "Sozialpolitischen Abteilung" des Siemens-Konzerns detailliert aufgeführt. (281) An erster Stelle rangiert ein ganzes Arsenal von Maßnahmen, um die politischen Kerne der Aufsässigkeit rasch und lückenlos zu erfassen: "Vorbereitung zur Beobachtung und verstärkten Sicherung besonders gefährdeter Betriebsanlagen und aller Zugänge (...), Leitung größerer Wohnheime mit Sprechfunkverbindung zum Streikbüro ausrüsten (...), zur Beweissicherung für den Fall von Ausschreitungen Fotoapparate." Dann kommt die "Kontaktaufnahme mit Polizei; Karte des Betriebsgeländes rechtzeitig an Polizei und Feuerwehr. Anschriften der Wohnheime, Namen der Heimleiter und Angaben über die im Heim wohnenden Nationalitäten an die örtliche Polizeidienststelle." Und zu guter Letzt werden Meister, technische Kader usw. für den "Notdienst" rekrutiert. Es ist klar, daß die "Notdienst"-Einheiten als Hilfstruppen der im "Streikbüro" zusammengefaßten Werkssicherheitsdienste fungieren; daß sie nicht nur nach Möglichkeit die Produktion aufrechterhalten, sondern die Kontingente für einen genau kalkulierten gewaltsamen Angriff gegen die Kristallisationspunkte der streikenden Arbeiter stellen. Die Unternehmer verstanden es sehr wohl, sich auf die reorganisierte Konfrontationslinie mit den Arbeitern vorzubereiten. Die Ereignisse bei John Deere und Ford zeichneten sich bei den vielen kleineren Auseinandersetzungen seit 1970 deutlich ab; sie waren die notwendige Konsequenz, die aus den Strategiedebatten von Unternehmern und Gewerkschaften nach den Septemberstreiks resultierte. (282)

(280) Das geht aus dem Bericht der Gruppe Arbeitersache hervor. Vgl. die Abschnitte: "Werkschutz und Werksfeuerwehr kommen", "Werkschutzbullen verprügeln Arbeiter" usw.

(281) Vgl. dazu: Internes aus der Kampfzentrale des Super-Konzerns Siemens, in: Unsere Zeit v. 4.12.1971.

(282) Das Ergebnis dieser Diskussionen ist in der schon erwähnten Werkschutz-Serie von "Blick durch die Wirtschaft" (vgl. Anm. 261) nachzulesen. Besonders wichtig sind folgende Artikel: A. Riester, Auch Gastarbeiter werfen Sicherheitsprobleme auf, BddW v. 14.12.1972; H. Sczesny, Die Sicherheitslücken in der deutschen Wirtschaft, BddW v. 8.1.1973; W. Heidenreich, Die Sicherheitsorganisationen der gewerblichen Wirtschaft, BddW v. 25.1.1973; C. Triesch, Was tun bei politischen Störungen? ebd. 8.2.1973; H. Neukirchner,

Sobald die Zielsetzung des neuen Werkssicherheitsprogramms: Einkreisung der Massenarbeiter schon auf Betriebsebene, für die Konzernleitungen und Gewerkschaften endgültig feststand, machten sie sich daran, ihre neue Schwerpunktstrategie auf der Ebene ihrer Verbandsstrukturen zu rekonstruieren. Dabei setzten sie in größerem Ausmaß als je zuvor auch hochqualifizierte Unternehmen ein, die offen damit hausieren gehen, sie seien ausschließlich auf die systematische Bekämpfung aller Ansätze von Arbeiterkampf spezialisiert. Sowie der Konzern-Werkschutz zu einer wohlausgerüsteten Polizeitruppe avancierte, der sich sogar an der Jagd auf die "Rote Armee-Fraktion" beteiligte (283), war auch die Zeit der traditionellen "Wach- und Schließgesellschaften" weitgehend vorbei. (284) Eine "Werkschutz GmbH" mit Sitz in Frankfurt machte sich anheischig, für jede spezielle Konfliktkonstellation ein perfektes "Sicherheitssystem" zu liefern.(285) Ein Kasseler Werkschutzunternehmen (Mihm OHG) wagte es in aller Offenheit, sich den Unternehmern als wohltrainierte Killer-Organisation zu offerieren - seine "Mitarbeiter" kommen fast ausnahmslos aus dem Unteroffizierskorps der Bundeswehr und aus Spezialeinheiten der Polizei.(286) Und schließlich hat inzwischen auch in Hamburg eine "Tiedemann und Co.-Institut für Wirtschaftsschutz GmbH" in einer breit angelegten Kampagne den norddeutschen Unternehmern ihre qualifizierten Dienste angeboten: "Unsere Mitarbeiter sind von uns im Hinblick auf ihre Spezialaufgaben sorgfältig ausgesucht, zur strengen Verschwiegenheit verpflichtet und in jeder Hinsicht überprüft worden. Sie stammen alle aus einschlägigen Bereichen von Wirtschaft und Staatsdienst und sind aufgrund ihrer Ausbildung und jahrelanger Erfahrung Spezialisten auf ihren Fachgebieten." (287)
Die Ressourcen waren also zur Hand, um im Rahmen der Wirtschaftsverbände ein neues "Sicherheitsnetz" aufzubauen, das nicht alten Reminiszenzen anhing, sondern fähig war, sich an der neuen Qualität des Arbeiterkampfes zu orientieren. Die Stoßrichtung war klar: zunehmende Kampfbereit-

Wenn vor dem Werkstor Flugblätter verteilt werden, ebd. 19.2.1973; H. Stohr, Was bietet die Technik für die Betriebssicherheit?, ebd. 8.3.1973.

(283) Vgl.: Bayer-Werkschutz mischt mit, in: Die Pille, Betriebszeitung der DKP für die Bayer-Belegschaft, Nr. 3, März 1971.

(284) Allerdings wurden riesige Anstrengungen gemacht, um das "Bewachungsgewerbe" in eine radikalisierte Werkssicherheits-Konzeption zu reintegrieren. Vgl. E.-G. Kusch, Was die Wach- und Schließgesellschaften bieten, in: BddW v. 11.1.1973.

(285) Dazu H. Sczesny (Chef der Werkschutz GmbH), Die Sicherheitslücken in der deutschen Wirtschaft, in: BddW v. 8.1.1973.

(286) Vgl. vor allem: Behörden schweigen Mihm-Apparat tot, in: Unsere Zeit v. 13.4.1973; Betriebsrat bespitzelt und erpreßt - Mihm-Privatarmee auf Werksgelände, ebd. 1. Mai-Ausgabe; sowie vor allem H. Gebhardt: "Der erste Schuß muß tödlich sein", in: Stern, Hamburg, Nr. 14 v. 29.3.1973.

(287) Tiedemann & Co. Institut für Wirtschaftsschutz GmbH. Hamburg, Betr.: Wirtschaftsschutz von Industrie- und Handelsunternehmen, den 4. Oktober 1973 (siehe Dokumentarischer Anhang, XXI).

schaft bei den Arbeitsemigranten (288) und den deutschen Restgruppen vor allem in den Montageabteilungen (289); die Gruppen der neuen Linken, angefangen von ihren Betriebskadern bis hin zu Flugblattverteilern vor den Werkstoren (290); und vor allem jene schwer faßbare informelle Militanz der Arbeiter gegen die kaputtmachende Arbeitsorganisation mit ihren Folgen für die Unternehmer: "Gefährdung (...) durch Sabotage, Betriebsmittelbeschädigung, innere und äußere Störversuche und illegale Streiks" (291), jene Konfrontationslinie mit dem "Terror aus dem Untergrund" (292), wie der Unternehmerstaat den heute sich ausweitenden Zyklus der Arbeiterkämpfe bezeichnet. Die Parole hieß: Aufbau hochspezialisierter Unterdrückungsinstitutionen gegen die "zunehmenden aggressiven Aktivitäten des internen politischen Untergrunds" (293). Kurz nach der Auflösung der "Gemeinschaft zum Schutz der Deutschen Wirtschaft (GSW)" machen sich die drei Spitzenverbände der westdeutschen Unternehmer daran, von ihren regionalen Zentren aus eine neue "Sicherheitsorganisation" zu installieren. Den Kristallisationspunkt bildeten Arbeitskreise von "Abwehrbeauftragten" der zentralen Großbetriebe in den einzelnen Bundesländern. Sie wurden noch 1969 in einer "Koordinierungsstelle für Sicherheitsfragen der gewerblichen Wirtschaft (KSW)" zusammengeschlossen. (294) Die KSW erfaßt über den Pool der regionalen Abwehrbeauftragten (295) alle wichtigen Informationen über

(288) Vgl. dazu A. Rieser, Auch Gastarbeiter werfen Sicherheitsprobleme auf (Wie schütze ich meinen Betrieb, XII) in: Blick durch die Wirtschaft v. 14. 12. 1972.

(289) Dazu vor allem G. Triesch, Was tun bei politischen Störungen? (Wie schütze ich meinen Betrieb, XXV), in: Blick durch die Wirtschaft v. 8. 2. 1973.

(290) Zur Bekämpfungsstrategie gehört natürlich auch die Ausbildung der Unternehmensmanager in einer deftigen Gegen-Agitation. Vgl. dazu: Polit-Unterricht: Haut die Linken, in: Capital, 1972, H. 10, S. 26 ff.

(291) A. Riester (Vorsitzender der Landesstelle für Betriebsschutz e. V. Stuttgart), Wo der Geheimschutz zum Staatsgeheimnis wird, in: Blick durch die Wirtschaft v. 13. 11. 1972, S. 5.

(292) H. Sczesny, Die Sicherheitslücken in der deutschen Wirtschaft, ebd. v. 8. 1. 1973.

(293) Sczesny, ebd.: "Den aggressiven Aktivitäten des internen politischen Untergrunds stehen viele Unternehmen noch recht hilflos gegenüber. Anarchisten oder Terroristen sind sich in ihren Bestrebungen einig, die Fundamente der Ordnung und Stabilität in den Betrieben zum Einsturz zu bringen, um auf den Trümmern ihren zweifelhaften Weizen blühen zu lassen. Nach der unkomplizierten Grundregel 'Der Feind steht immer oben' gilt ihr Angriff primär den Autoritäten, vom Vorstand bis zum Vorarbeiter; auch der Betriebsrat bleibt hiervon nicht verschont. (...) Sie gehen in jüngster Zeit dazu über, aus streng konspirativer Tarnung heraus ihre gezielten Angriffe zu führen."

(294) Vgl. BDI-Jahresbericht 1969/70, S. 140.

(295) Dazu äußert sich der baden-württembergische Abwehrchef und Sicherheitsbeauftragte von Daimler-Benz, A. Riester: "Je nach Größe und Geschäftszweig sind (die Sicherheitsbevollmächtigten) auch für die Bekämpfung der nichtpolitischen Betriebskriminalität, Beobachtung der sich ständig verstärkenden subversiven Propaganda, die den Sicherheitsstatus mancher Betriebe beeinträchtigen, für die Steuerung der Werkschutzausbildung, den Aufbau des betriebli-

proletarische Widerstandsformen und gibt seit nunmehr drei Jahren einen internen Informationsdienst, die "KS-Mitteilungen", heraus. (296) Selbst die "GSW" ist inzwischen wieder, umbenannt in "Verband für die Sicherheit in der gewerblichen Wirtschaft (VSW)", als zentrale Ausbildungsakademie für Werkschutzkader in Erscheinung getreten. (297) Es hat den Anschein, als wäre sie jetzt fähig, im Konkurrenzkampf mit den spezialisierten Pinkerton-Unternehmen zu bestehen und ihre Positionen auszubauen.
So ist eine neue komplexe Spezialorganisation des Unternehmerkommandos gegenüber den Arbeitern im Entstehen. Sie verfolgt eine klare strategische Linie: erstens systematisierter Gebrauch der Klassenspaltung, um zweitens jene Schichten der Arbeiterklasse schon auf Abteilungsebene einzukreisen, die aufgrund ihrer Ausbeutungssituation und der Diskriminierung von vornherein als nicht integrierbar in die Perspektiven des Systems gelten. Diese Entwicklung ist alles andere als die Realisierung einer "besonders reaktionären" oder "aus dem Rahmen fallenden" Unternehmerstrategie. (298) Hier entsteht vielmehr d i e entscheidende Verteidigungslinie des vergesellschafteten Kapitals gegen die Arbeiter, und hier tauchen auch wieder, eingebettet in die Gewaltmaschinerie des Systems, die Gewerkschaften auf. Seit Ende 1970 bilden Unternehmer-, DGB- und Polizeifunktionäre die neuen Werkschutzkader in gemeinsamen zentralen Lehrgängen aus. (299)

chen Katastrophenschutzes und anderes mehr verantwortlich(...)." (Wo der Geheimschutz zum Staatsgeheimnis wird, in: BddW v. 13.11.1972).

(296) Vgl. Anm. 294; die KS-Mitteilungen enthalten detaillierte Informationen über die Gruppen der neuen Linken. Vgl. beispielsweise die KS-Mitteilungen vom Juli 1972, in denen über die Umwandlung des norddeutschen "Sozialistischen Arbeiter- und Lehrlings-Zentrums" (SALZ) in "Kommunistischer Bund" berichtet wird.

(297) Vgl. K. Günther, Wie die Gewerkschaften zum Werkschutz stehen, in: BddW v. 20.11.1972 (siehe Dokumentarischer Anhang, XX).

(298) Also genau das Gegenteil zu jener Hypothese, mit der beispielsweise die DKP ihre Kritik am Werkssicherheitssystem begründet.

(299) Dazu Günther, op. cit.: "Seit über einem Jahrzehnt wird außerbetrieblich eine intensive Schulungsarbeit, zum Beispiel vom Verband für Sicherheit in der Wirtschaft (VSW) Essen, in Haltern betrieben. Die Lehrpläne und Inhalte wurden in Absprache mit den bestehenden Werkschutz-Arbeitskreisen festgelegt. (...) Seit dem letzten Vierteljahr 1970 wirken Referenten des DGB bei diesen Lehrgängen mit."

V. Statt einer Zusammenfassung: Kapitalistische Repression und Arbeiterkampf

Die bundesrepublikanische Klassengesellschaft lebt in einem permanenten Belagerungszustand. Schwerpunkt des Belagerungszustands ist die Fabrik. Der Ausnahmezustand wird wirksam, sobald du irgendwo zu arbeiten anfangen willst. Du muß einen lückenlosen Lebenslauf vorlegen, damit die Personalabteilung gleich katalogisieren kann: gehörst du zu den Dauer-Fluktuierern, bist du irgendwo fristlos entlassen worden, hast du in den letzten Monaten oft krank gefeiert, gehörst du etwa sogar einer linken Gruppe an? Die Personalabteilung hat ihre Kanäle, um das in Erfahrung zu bringen. Wenn du Glück hast, gibt es nur eine Routine-Recherche bei "nahestehenden" Institutionen wie der AOK, der Berufsgenossenschaft, beim Arbeitsamt, beim Wirtschaftsverband - eine Angelegenheit, die noch nicht überall lückenlos funktioniert. Wenn deine Akte über die Ermittlungsabteilung des Werkschutzes geht, hast du dagegen kaum Chancen, daß etwas verborgen bleibt. Dann gehen die Unterlagen über deinen Fall an eine der regionalen Werkschutzkoordinierungsstellen, und dort wird sie mühelos mit dem angereichert, was über dich bei der politischen Polizei bekannt ist. Denn die Übergänge sind fließend, eine Hand wäscht die andere, auch die politische Polizei greift gern einmal auf die Personalakten der größeren Unternehmen zurück. Nehmen wir an, du hast trotzdem Glück gehabt, oder die Personalabteilung drückt ein Auge zu, weil sie auf deine Arbeitskraft angewiesen ist. Sie wird auf jeden Fall bei deiner Einstellung vermerken, für welche Abteilung du geeig-

net bist und für welche nicht. Bist du ein Dauer-Fluktuierer, "Sozialschutt" im Jargon der Personalabteilung, kommst du in die Abteilungen mit den höchsten Fluktuationsraten - etwa in die Endmontage. Bist du auch noch "politisch", wird man dich dahin stecken, wo du keine Kommunikationschancen mit anderen Arbeitern hast, wo die Arbeitsorganisation und der Maschinenrhythmus jede Zigarettenpause unterbinden. Bist du hingegen nicht aufgefallen und irgendwie qualifiziert, wird man aus dir etwas machen wollen. Du gehörst dann zu denen, von denen man sich erhofft, daß sie sich irgendwie am Ausnahmezustand beteiligen, vom Ausnahmezustand profitieren: der Meister wird dich aufklären, wie nützlich eine Zugehörigkeit zur Gewerkschaft ist, er wird dich beobachten, und, wenn du nicht ganz auf den Kopf gefallen bist, vor Monatsfrist zum Springer und bald darauf zum Arbeitsvorbereiter usw. machen. Denn der Ausnahmezustand ist nicht plump gegen alle gerichtet, sondern darauf aus, ein bestimmtes Kontingent schwarzer Schafe an der Basis der Betriebspyramide zu disziplinieren.
Du fängst also zu arbeiten an. Du schaust nach und nach den Arbeitergenossen die Tricks ab, mit denen sie sich ein paar Poren gegen die Arbeitsorganisation offen halten. Große Möglichkeiten hast du dabei nicht. Nach und nach bekommst du mit, wie die Bosse über die untere Hierarchie hinaus die Produktion überwachen. Wenn du clever bist, hast du bald die Werkschutzleute von der Ermittlungsabteilung identifiziert, die in Arbeitskluft in den Abteilungen herumstreunen, und dir ist dann sofort klar, daß da, wo sie öfter auftauchen, etwas in der Luft liegt: eine linke Zelle hat sich in einer Werkhalle eingenistet, oder es wurden vor ein paar Tagen Flugblätter neben die Stempeluhren gelegt, oder eine Stechuhr ist zu Bruch gegangen, oder der Ausschuß hat sich zu stark erhöht. Du identifizierst sie, weil du sie in einer Ecke ein kleines Sprechfunkgerät bedienen siehst, oder weil sie gerade in einen PKW steigen, um in die Zentrale zurückzufahren. Auf jeden Fall sind die Ermittlungsleute gefährlich, gefährlicher als die Uniformierten von Streifen- und Ordnungsdienst oder die Torkontrollen - die richten kaum Schaden an. Freilich: die Ermittlungs-Werkschützer haben da auch noch ihre Kontaktleute. Die "V-Personen" sind am gefährlichsten. Sie gehören meistens der SPD-Betriebsgruppe oder dem gewerkschaftlichen Vertrauenskörper an. Sie reden meistens nicht viel, aber sie kennen ihre Pappenheimer, und sie sind immer, wenn etwas los ist, dabei. Vielleicht siehst du sie, wenn es wirklich einmal geknallt hat, unverhofft wieder: zusammen mit den Meistern und deinem Abteilungsleiter in der Schlägertruppe des Notdienstes, oder am nächsten Tag zusammen mit der Spitze von Werkschutz und Personalabteilung, wenn sie durch die Hallen gehen, um die "Rädelsführer" herauszugreifen. Hinzu kommen noch die "stillen" V-Leute, die auch einmal auf links machen, die Flugblattverteiler ansprechen, hin und wieder die Minox zücken: das sind Profis, die dreifachen Lohn kriegen und mit dem Werkschutz und dem Verfassungsschutz zusammenarbeiten. Bei größeren Auseinandersetzungen reichern die Manager die Werkshallen beängstigend schnell mit solchen Typen an.

Aber das alles ist noch nicht besonders schlimm. Du lernst, wenn du gut aufpaßt, ziemlich schnell, dich an den Belagerungszustand faktisch anzupassen. Du lernst zu kalkulieren, was es bedeutet, wenn du über die informellen Widerstandsformen hinausgehst, wenn du mehr machst, als am Akkord zu drehen oder im Rahmen des üblichen krank zu feiern oder dich hin und wieder gehen zu lassen gegen die beschissene Arbeitsorganisation und Schrott zu machen. Du wirst vorsichtig. An deinem Widerstand ist meistens nur ein Kumpel beteiligt, schon eine kleine Gruppe von drei oder vier Leuten, die wirklich kämpft, die ihre Militanz im Rahmen des Möglichen organisiert und sich stillschweigend auf den Tag X vorbereitet, gehört zu den ausgesprochenen Seltenheiten.
Schlimmer ist, daß die Unternehmer in der letzten Zeit die fast ausschließliche Überwachung durch die bekannten Kontrollinstrumente - von Akkordzettel, Stempel- und Stechuhr bis zum Vorarbeiter und Meister- und die V-Leute sowie den Werkschutz weiter vorangetrieben haben. Daß sie es sich inzwischen leisten können, "Sozialbetreuerinnen" anzuheuern, die nichts anderes machen, als beispielsweise den Akkordarbeiterinnen in der Transistormontage beim Verlassen des Werks in den BH und in den Schlüpfer zu fassen. (1) Daß Unternehmen der NE-Metallindustrie dazu übergegangen sind, an den Werksgrenzen Scheinwerfer und Beobachtungstürme aufzubauen, um Leute, die ihren kärglichen Lohn durch ein bißchen Buntmetall aufzubessern suchen, abzuknallen. (2) Daß der Bayer-Werkschutz Angestellte des Werks in Sachen "Rote-Armee-Fraktion" verhört. (3) Daß beispielsweise in den Druckereien von Springer an allen wichtigen Punkten Fernsehanlagen angebracht worden sind, mit deren Hilfe die Werksschnüffler in ihrer Zentrale den Weg der Platten von der Stereotypie zu den Rotationsmaschinen überwachen; demnächst gibt es auch in den Setzereien über den Arbeitsplätzen Fernsehkameras. (4) Daß es Mode wird, überall dort, wo man bislang noch ungestört miteinander reden konnte, Abhöranlagen zu installieren - selbst in den WC's. Daß die Aufpasser in den Ausländerwohnheimen der Konzerne inzwischen über Sprechfunkverbindungen mit den Einsatzzentralen der Werkssicherheitsdienste verfügen und innerhalb weniger Minuten die Greifer alarmieren können. Der Ausnahmezustand gegen die Arbeiteraufsässigkeit wird

(1) So berichtet D. Lisiecki, Reaktionsformen von Betrieben auf innerbetriebliche kriminelle Vorgänge, op. cit. S. 160, daß einzelne Elektrokonzerne ausschließlich zu diesem Zweck sogenannte Betriebsfürsorgerinnen eingestellt hätten!

(2) Vor allem die Kupferhütten wirken wie Fabrik-Zuchthäuser, die vor den Ausgebeuteten noch extra "geschützt" werden müssen. Vgl. beispielsweise den Bericht über die Norddeutsche Affinerie: "Die 28 Meter hohen Wachtürme rund um das 'Affi'-Gelände sind mit Werkschutzleuten besetzt und mit taghellen Scheinwerfern ausgerüstet. Ungebetene Gäste haben keine Chance." "Glühendes Kupfer und dicke Panzertüren", in: Die Welt v. 27.7.1973, S. 18.

(3) Vgl. Anm. 289 im vorhergehenden Kapitel.

(4) Mitteilung eines Druckereiarbeiters an d. Verf.

in ungeheurem Tempo perfektioniert. Praktisch jeder Wirtschaftsverband hat heute Alarmpläne für den Fall größerer Arbeiteraktionen in den Schublagen liegen. (5) Die Unternehmer machen riesige Abzüge vom Profit, um ihre Spitzelsysteme und die neuesten Technologien (6) effektiver denn je miteinander zu kombinieren, und dies "1984" wird zum Bestandteil des Arbeiteralltags heute. Das Ziel ist klar: alle Ansätze, die darauf aus sind, mit der Fabrikdespotie, die aufgrund der Reife der Produktivkräfte anachronistisch geworden ist, aufzuräumen, im Keim zu ersticken. Die Unternehmer haben das qualitativ Neue an deinen Kampfformen, die, so informell sie sein mögen, sich unmittelbar gegen den kapitalistischen Gebrauch der Maschinerie und eine zynische Arbeitsorganisation richten, genau kapiert. Sie wissen, daß dein feindliches Verhalten gegen die Arbeit in allen seinen keimhaften Erscheinungsformen zur Alternative gegen den gewerkschaftsreformistischen Zirkus um Lohnzahlen und abgestumpfte Streiks geworden ist. Und weil sie sich über die Tragweite deines bewußten Widerstands gegen eine sinnlos gewordene Arbeitsmoral klargeworden sind, sind sie schon jetzt mit allen Mitteln gegen dich zum Endkampf angetreten:

- sie versuchen, einen Teil deiner Klassengenossen so umzustrukturieren, daß er sich erneut mit der Arbeit identifiziert, daß er bereit ist, einen gesellschaftlichen Wandel, der auf Selbstbeteiligung an der Ausbeutung hinausgeht (Mitbestimmung), als unausweichlich hinzunehmen;
- sie versuchen, dadurch all jene Arbeiterschichten der mechanisierten Produktion, mit denen es keinen status quo geben kann, weil sie als Lückenbüßer für fallende Mehrwertmassen unersetzbar sind, von der gesamten Klasse zu isolieren;
- und sie versuchen, diese isolierte Schicht der Klasse einem verschärften inneren Belagerungszustand auszusetzen, einem Belagerungszustand, der aus ihnen, die sie die Arbeit abgrundtief hassen, hilflose Arbeitssklaven macht. Darüber vermag das ganze aktuelle Gerede vom "job enlargement" auch des Massenarbeiters nicht hinwegzutäuschen. Das "job enlargement" wird bleiben, was es schon immer war: ein Instrument der Klassenspaltung. Übrigens ist dieses "1984" der Fabrik alles andere als ein spezifisch bundesrepublikanisches Ereignis. Überall in Europa, wo der Arbeiterkampf mit seinen antagonistischen neuen Inhalten das Kapital überhaupt in Frage stellt, haben die Unternehmer auf eine Unterdrückungsstrategie zurückgegriffen, die unmittelbar in der Fabrik ansetzt und darauf aus ist, die Kämpfe auf ihrer gegenwärtigen individuellen Vorstufe zu fixieren. Diesbezüglich haben die europäischen Kapitalisten in den letzten Jahren viel von den BRD-Unternehmern gelernt. Die belgische Werkschutzorganisation "Intergarde" bei-

(5) Vgl. beispielsweise: Gesamtverband der metallindustriellen Arbeitgeberverbände e. V., Richtlinien für das Verhalten der Firmen bei wilden Streiks, Juli 1970.

(6) Vgl. dazu den Artikel: H. Stohr, Was bietet die Technik für die Betriebssicherheit?, in: BddW v. 8. 3. 1973.

spielsweise wurde unmittelbar durch deutsche Unterdrückungsspezialisten aufgebaut. (7) Der FIAT-Chef Agnelli hat mit seinem Spitzelsystem in Turin die deutschen Vorbilder längst in den Schatten gestellt. (8) Vom Rénault-Werkschutz wurde vor eineinhalb Jahren ein Arbeitermilitanter vor dem Werkstor in Billancourt erschossen. (9) 30 Jahre nach dem nationalsozialistischen Europa hat sich in Antwort auf den revolutionären Kampfzyklus der europäischen Massenarbeiter der späten sechziger Jahre der europäische Gesamtkapitalist zu einem modifizierten Rückgriff auf die ehemaligen Unterdrückungsmethoden entschlossen. Damals wie heute ist die europäische Arbeiterklasse aus Gründen der Spaltungsstrategie multinational zusammengesetzt - im Gegensatz zu damals allerdings nicht nur in Deutschland, sondern in allen kapitalistischen Zentren der EWG. Damals wie heute wird sie unmittelbar auf Fabrikebene angegriffen und gewaltsam in das Korsett einer ihr fremd gegenüberstehenden Arbeitsorganisation hineingezwängt. Das Ausmaß der Gewalt seitens der Unternehmer zeigt freilich klare Unterschiede: die Ermordung von Arbeitern macht heute noch Schlagzeilen, während im NS-Deutschland die Erhängung von ausländischen Zwangsarbeitern vor angetretener Belegschaft ohne Aufsehen über die Bühne ging. Aber das darf uns nicht täuschen. Damals gab es eine starke, antagonistische und bewaffnete Arbeiterklasse - den europäischen Maquis, eine europäische Partisanenbewegung. Heute gibt es bislang nur sporadisch zugespitzte Arbeiteraktionen in den Ausbeutungszentren. Trotzdem hat das vergesellschaftete Kapital den Weg der Klassenkämpfe vorgezeichnet; ein Weg, der zur bewaffneten Klassengewalt seitens der Arbeiter oder aber zu einem langfristigen Rückschlag führen wird. Die Fabrik ist heute zu einer waffenstarrenden Unternehmerfestung geworden, die die antagonistischen Bedürfnisse der Arbeiter mit Füßen tritt. Die Antwort kann nur sein, die Fabrik zur Arbeiterfestung zu machen, zum Ausgangspunkt, von dem aus die Arbeiter die gesamte vergesellschaftete Maschinerie des Systems aus den Angeln heben werden. Der Ausnahmezustand des Arbeiteralltags wird zur antagonistischen und nicht weniger alltäglichen Arbeiter-Guerilla führen. Dabei glauben wir, "daß die bewaffnete Aktion nur das kulminierende Moment einer breitgestreuten politischen Arbeit sein kann, über die sich die proletarische Avantgarde organisiert, die Widerstandsbewegung in direkter Beziehung zu ihren realen unmittelbaren Bedürfnissen" (10), zu Bedürfnissen, die in der ersten Phase des Kampfs vor allem vom multinational zusammengesetzten Arbei-

(7) Dazu: Un Scandale! "Intergarde", Une veritable milice privée fasciste, in: La Voix du Peuple, Bruxelles, v. 10. 3. 1967, S. 20.

(8) Vgl. dazu die von der italienischen Gruppe "Lotta Continua" hrsg. Dokumentation: Agnelli ha paura e paga la Questura. I documenti dello spionaggio e della corruzione FIAT, Milano 1972.

(9) Vgl. dazu: La cause du peuple No. 29, 15 octobre 1972; sowie die entsprechenden Artikel in: Le Monde Hebdomadaire, No. 1218, 24. 2. -1. 3. 1972.

(10) Zit. nach: Interview mit den Brigate Rosse. Drei Jahre nach ihrer Gründung bekräftigen sie ihre politische Entscheidung, dt. Übersetzung aus: Potere

ter der Massenproduktion artikuliert werden, so, wie er seit August 1973 auf die historische Bühne getreten ist.

[illegible] Operaio Nr. 44 v. 14. 3. 1973, in: Zirkular Probleme des Arbeiterkampfs, 2. Jg. 1973, Nr. 21, S. 31.

I BEKÄMPFUNG DER RUHRARBEITERSTREIKS 1905

In dem diesseitigen Bericht vom 27. Januar d. J. sind Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät die wesentlichsten der zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung getroffenen Polizeimaßregeln bereits angezeigt worden. Im Nachstehenden darf ich diese und die weiteren Maßnahmen, welche von den Verwaltungsbehörden oder auf Anregung derselben getroffen worden sind, wie folgt zusammenfassen:

1. umfangreiche Verstärkung der stationären Polizeikräfte durch Heranziehung auswärtiger Gendarmen sowie kommunaler und königlicher Polizeiexekutivbeamter;
2. die Bildung von Zechenschutzwehren aus zuverlässigen Bediensteten der Zechenverwaltungen;
3. ständige Überwachung der Dynamitlager, der Gas- und Wasserversorgungsanlagen;
4. Einrichtung ununterbrochenen Tag- und Nachtdienstes in den Büros der beteiligten Behörden;
5. öffentliche Warnung des Publikums vor Ausschreitungen und Hinweis auf die betreffenden Strafbestimmungen durch Anschlag;
6. Einrichtung regelmäßigen Nachtdienstes auf den Post- und Telegraphenämtern sowie beschleunigte Abfertigung aller auf die Ausstandsbewegung sich beziehenden telephonischen und telegraphischen Mitteilungen der Behörden;
7. ständige Überwachung der Zechenplätze sowie der Zu- und Abgangswege zu letzteren durch Polizeiposten;
8. nachdrücklicher Schutz der Arbeitswilligen, insbesondere auf dem Wege zur und von der Arbeit durch regelmäßige Polizeibegleitung;
9. strenge Handhabung der Polizeiverordnungen betreffend das Verbot, bestimmte Waffen zu verkaufen oder bei sich zu tragen, und der Verordnungen über den unnötigen Aufenthalt in der Nähe der Zechenanlagen; Verhütung der Ansammlung von Menschen auf den Straßen;
10. gegenseitige Unterstützung der Polizeibehörden aneinanderstoßender Amtsbezirke;
11. sorgfältige Überwachung der Versammlungen und Bereitstellung genügender Polizeikräfte zur Unterdrückung etwa entstehender Unruhen; in einzelnen Fällen Verbot des Getränkeausschanks während der Versammlungen;
12. Herabsetzung der Polizeistunde für Wirtschaften sowie völlige Schließung der letzteren, ferner Verbot des Ausschanks sowie des Verkaufs von Branntwein über die Straße;
13. Ausdehung der Straßenbeleuchtung über die ganze Nacht;
14. Nichtgenehmigung von Hauskollekten zugunsten der Streikenden;
15. Verhütung der Heranziehung größerer Mengen von Ausländern zum Ersatz der Streikenden;
16. schleunige Aburteilung aller Streikausschreitungen.

Die Durchführung der vorstehenden Maßnahmen stellte hohe Anforderungen an alle bei

II STREIKABWEHR IM SOMMER 1916

Um bei etwa ausbrechenden Streiks in der Rüstungsindustrie das einheitliche Vorgehen der Militärbehörden zu gewährleisten, hat das Kriegsministerium im Einvernehmen mit den zuständigen Zivilressorts die anliegenden Leitsätze aufgestellt.
Die weitere Veranlassung wird ergebenst anheimgestellt und noch bemerkt, daß bei Lohnstreitigkeiten, die zu Streiks führen können, ein rechtzeitiges vermittelndes Eingreifen der Königlichen Stellvertretenden Generalkommandos u.U. von Vorteil ist.

In Vertretung:
gez. v. Wandel

An alle Stellvertretenden Generalkommandos (...)

LEITSÄTZE

für das Vorgehen der Militärbefehlshaber bei Ausbruch größerer Streiks in der Rüstungsindustrie.
1. Bei jedem Streik, durch den die rechtzeitige Versorgung des Heeres irgendwie gefährdet werden kann, ist mit allen verfügbaren Mitteln und aller Schärfe einzugreifen. In allen Fällen ist jedoch Vorsicht bei der Prüfung der Verhältnisse geboten und Übereilung zu vermeiden, um unbedeutenden Vorkommnissen nicht künstlich eine größere Bedeutung zu geben und nicht etwa durch Mißgriffe Agitationsstoff zu schaffen. Scharfe Maßnahmen gegen einzelne Persönlichkeiten empfehlen sich nur bei offenkundigen Beweisen, damit nicht Märtyrer geschaffen werden.
2. Rädelsführer sind sofort in Sicherheitshaft zu nehmen. Nach dem vorliegenden Material ist in jedem Fall zu entscheiden, ob gerichtlich wegen Landesverrats gegen sie vorgegangen werden soll oder ob die Leute militärisch einzuberufen oder, falls sie nicht mehr wehrpflichtig, in Sicherheitshaft zu behalten sind. Möglichst frühzeitig sind Personen festzustellen, die zum Streik hetzen (Flugblätterverteilung usw.). Vorbeugende Maßnahmen: Einberufung (möglichst unauffällig), Sicherheitshaft, Bestrafung. Verhinderung der Verbreitung von Flugblättern in den Fabriken, von heimlichen Versammlungen.
3. Ist die Wiederaufnahme der Arbeit in keiner anderen Weise zu erreichen, so müssen die Arbeiter der betr. Fabrik durch eine Verordnung der Militärbefehlshaber auf Grund

III FREIKORPSERFAHRUNGEN AUS DEN BERLINER STRASSENKÄMPFEN (1919)

I. VORBEDINGUNG

Verhängung des Belagerungszustandes. Befehl, daß Leute, die mit der Waffe sich widersetzend angetroffen sind, erschossen werden; desgleichen Leute, die man beim Plündern findet.

II. ALLGEMEINES

1. Je schärfer die Mittel, um so schneller der Erfolg. Der Gegner ist im allgemeinen feige und hält bei energischem Zugreifen nicht stand. Deshalb keine halben Maßnahmen wie Schreckschüsse, Manöver, Kartuschen usw. Infanterie- und M.G.-Feuer, gegen das sich der Gegner hinter Häuserecken und Barrikaden schützen kann, machen wenig Eindruck, Artillerie- und Minenfeuer, gegen das es im Straßenkampf keinen Schutz gibt, schafft in kürzester Zeit Ordnung. Die schärfsten Mittel sind deshalb auch die humansten.
2. Keine Verhandlung, sondern restlose Ergebung erzwingen. Der Gegner versteht es immer wieder, die Verhandlungen hinzuziehen und dadurch Vorteile für sich herauszuschlagen. Unter dem Zwang der Waffen muß er sich restlos ergeben. Keine Zeit zu Beratungen lassen. Die Aufforderung muß bestimmt und kurzfristig sein unter Hinweis auf die bereits feuerbereiten Kampfmittel. Ja oder nein! Jedes Wort darüber ist vom Übel.
3. Unsichere Elemente rechtzeitig entfernen. Besser ein offener Feind als ein unsicherer Freund. Wer nicht für die Regierung ist, ist wider sie. Truppen, die während des Kampfes zum Feinde übergehen, können alles zunichte machen. Deshalb rechtzeitig säubern und nicht hinhalten. Der geplante Aufruhr kommt doch. Wird er durch Abstoßen unsicherer Formationen beschleunigt, um so besser für uns. Der Aufstand bricht dann für den Gegner zu früh los, ehe seine Organisation fertig ist.
4. Alarmnachrichten nicht Glauben schenken. Der Gegner sucht uns durch falsche Nachrichten nervös zu machen und zum Zersplittern unserer Kräfte zu verleiten. Besser, die frische Truppe kommt ein paar Stunden zu spät, als daß sie beim Beginn des Aufruhrs schon verzettelt und verbraucht ist.
Wir müssen ebenfalls vom System der "Mystifikation" Gebrauch machen. Anschläge z.B. mit der Nachricht, der Generalstreik sei auf 3 Tage verschoben, bringen Unsicherheit

und Unklarheit in die Reihen des Gegners. Vortäuschen starker Truppen durch geschlossene Märsche durch die Straßen können in sonst unsicheren Stadtteilen Ruhe und Ordnung aufrechterhalten.
5. Die Bestimmungen des Belagerungszustandes müssen vielmehr Allgemeingut der Bevölkerung werden. Rechtzeitige Bekanntgabe durch Anschlag. Abwurf durch Flieger und von Autos.
Einzelheiten müssen genau befohlen und durchgedrückt werden. Zum Beispiel:
a) Jeder Hausbesitzer ist verpflichtet, die Haustüren und auch die Böden und Keller ständig verschlossen zu halten. Portier und Hausverwalter sind verantwortlich, daß kein Unberufener das Haus betritt.
b) Sämtliche Fenster nach den Straßen müssen geschlossen sein, Jalousien dürfen nicht herabgelassen werden. Das Rufen der Soldaten "Fenster zu" ist meistens unverständlich.
c) Warnung vor Betreten der Straßen und Ansammlungen, z.B. vor Lebensmittelgeschäften, Abhalten von Märkten usw. Kein Stehenbleiben. Aufruf des Polizeipräsidenten: "Ich warne Neugierige". Schulbesuch muß verboten werden.
d) Schließen aller Theater, Kinos, Restaurants vor Einbruch der Dunkelheit. Verbot jedes öffentlichen Tanzvergnügens.
e) Sperrung der allgemeinen Verkehrsmittel im Kampfgebiet und rechtzeitige Bekanntgabe in Zeitungen und durch Anschlag.
f) Bekanntgabe der Notwendigkeit von Straßensperren.
g) Festsetzung besonderer strenger Strafen für Zuwiderhandlungen unter Angabe des jeweils für Durchführung Verantwortlichen.

III. MILITÄRISCHE EINZELHEITEN

1. Klare Befehlsverhältnisse. Quartier und Fernsprecher vor Beziehen des Gefechtsstandes melden. Öffentlicher Fernsprechverkehr muß gesperrt werden, da sonst Befehlsübermittlung unmöglich.
2. Märsche.
a) Der Einmarsch muß geschlossen erfolgen. Versammlung außerhalb des Weichbildes der Stadt und Vormarsch in mehreren geschlossenen Kolonnen aller Waffen. Gleichzeitiges Überschreiten einer gegebenen Linie. Schon der Einmarsch muß auf den Gegner einschüchternd und entmutigend wirken.
b) Ausscheiden einer Vorhut und Nachhut. Vorausfahren eines Panzerautos stärkt das Vertrauen der Truppe. M.G. und einzelne Geschütze müssen direkt hinter der ersten Gruppe folgen, um jeden Widerstand sofort zu brechen. Die Vorhut muß in Reihenkolonne an den Häusern entlanggehen und vorhandene Deckung gewandt ausnutzen. Die Nachhut ist den Angriffen des Pöbels besonders ausgesetzt. Deshalb ein Panzerauto oder Lastauto mit aufmontiertem M.G. als Rückendeckung. Eine einfache Infanterie-Nachspitze wird leicht abgedrängt.
c) Keine dünnen langen Kolonnen, sie reißen auseinander. Am besten Doppelmarschkolonne, auch für Artillerie. Nur Fahrzeuge auf dem Damm, alle Fußgänger beiderseits der Fahrzeugkolonne auf den Bürgersteigen dicht an den Häusern. Aufgepflanztes Seitengewehr für etwaige Überfälle aus den Hauseingängen.
(...)
f) Bei Feuer aus den Häusern oder von den Dächern sofort an die Häuserreihe herantre-

ten, aus der geschossen wird. Eine Begleitung des Marsches durch gute Schützen seitwärts auf den Dächern ist anzustreben. Hochliegende Punkte sind sofort mit M.G.'s zu besetzen. Dächerkampf nur mit Handgranaten. Infanteriefeuer gefährdet die eigene Truppe.

3. Gegen Menschenansammlungen stets rücksichtslos nach dreimaliger Aufforderung von der Waffe Gebrauch machen, da die Truppe sonst Gefahr läuft, plötzlich umringt und entwaffnet zu werden. Die Straße muß leer und übersichtlich vor der Truppe liegen. Einsatz von M.G.'s. Sehr wirkungsvoll sind Panzerkraftwagen oder mit M.G.'s besetzte Lastkraftwagen.

4. Angriff gegen Barrikaden und Stützpunkte.

a) Eigene Menschenleben schonen, deshalb Maschinen in den Kampf führen. Je schärfer das Mittel, desto schneller der Erfolg. Fernwirkung, deshalb vor allem Artillerie- und Minenwerfer. Dann nach deren Eingreifen Vorgehen der Stoßtruppe zum Säubern der Straße. Jede Rücksicht auf Sachschaden muß hinter der Vermeidung eigener Verluste zurücktreten, sonst verliert Truppe Vertrauen zur Führung.

b) Infanterie-Stoßtrupp in Stärke von 2 Gruppen unter energischem Führer-Stellvertreter vorher bestimmen - Hauptkampfmittel Handgranaten, Bajonett und Kolben. Zuteilung von Flammenwerfern.

Beim Vorgehen Deckung ausnutzen, auch gegen Feuer aus Häusern und von Dächern.

c) Artillerie. Grundsätzlich offen mit direktem Schuß, auch für schwere Artillerie. Nur bei direkter Augenverbindung von der Feuerstellung aus mit der Infanterie ist Zusammenarbeiten möglich. Planloses Schießen ohne bestimmtes Ziel erregt nur Verbitterung unbeteiligter Einwohner und ist unbedingt zu vermeiden.

Schwere Artillerie (...) nur gegen Barrikaden und stark besetzte Häuser, nicht gegen M.G.'s, da Ziel zu klein. Entfernung nicht unter 500 m, da Splitterwirkung zu groß und eigene Truppe gefährdet. Infanterie muß entsprechend vom Ziel abbleiben. Für Steilfeuerschuß mindestens 2500 m abbleiben, da sonst Einfallwinkel zu klein. Daher meist nicht zu verwenden. Minenwerfer.

Gegen Dachschützen Flakgeschütze mit Brennzünder besonders geeignet infolge ihrer Schnelligkeit und großen Erhöhungsmöglichkeit.

Bei Barrikaden nur Geschoß mit empfindlichen Zündern verwenden, da sonst Abpreller und Wirkung an falscher Stelle. Gegen senkrechtes Mauerwerk Geschosse mit Verzögerung. Unbedingt Deckung ausnutzen (Torweg, Straßenecken). Ausbildung von Stoßtrupps aus Bedienungsmannschaften, um die Artillerie nicht zu sehr von der Infanterie abhängig zu machen. In jeder Batterie drei Trupps mit je 1 Führer und 8 Mann mit M.G.

d) Minenwerfer. Zum Erstürmen starkbesetzter und verteidigter Häuserblocks schw. M.W. besonders geeignet. Auch mit Brennzünder, wenn unnötige Verluste vermieden werden sollen.

5. Häuserkampf

Bei plötzlichen Feuerüberfällen aus besetzen Häusern kein planloses Geschieße, da hierunter die Gefechtsleitung, Orientierung und eigene Sicherheit leidet.

Auch nicht beim Hineinstürmen in die Häuser auf alle Personen losgehen, erst feststellen, aus welcher Wohnung geschossen ist, und wenn dort Leute mit Waffen angetroffen werden, diese erschießen, vorher Waffen nachsehen, ob kürzlich aus diesen geschossen worden ist. 4-5 Häuser oberhalb und unterhalb des betreffenden Hauses geht je eine Gruppe in die Gebäude und besetzt die Dächer bzw. alle Zugänge, die aus dem besetzten Haus herausführen.

Im besetzten Haus dringt eine starke Abteilung ein und arbeitet sich bis zum Dache vor. Türen, die nicht freiwillig geöffnet werden, mit Handgranaten sprengen. Genaue Durchsuchung aller Räumlichkeiten nach Waffen (Kohlenhaufen, Mülleimer, Ofenrohre, Zentralheizung, Dielenbelag usw.)

Bei Nacht Verwendung von Leuchtkugeln und Scheinwerfern zum Absuchen der Dächer nach Dachschützen. Aufstellung der Scheinwerfer auf erhöhten Punkten, wie Haustürmen usw.
Bereithalten von Brett-Tafeln für den Dachkampf.
6. Sperren
a) Das im Kampf besetzte Gebiet muß sofort gegen jeden Verkehr abgesperrt werden, um Waffenverschleppen und Überfälle von rückwärts zu verhindern. Die dadurch entstehenden Härten gegen Unschuldige müssen in Kauf genommen werden.
Sperren sind nur wirksam, wenn sie rücksichtslos durchgeführt werden. Passierenlassen einzelner Leute mit Ausweisen führt zu Verhandlungen der Posten mit der Bevölkerung und macht damit die Sperre unmöglich.
250 m vor der Sperrlinie Straßen mit breitem Stacheldraht-Hindernis sperren, Schilder aufstellen: "Wer weiter geht, wird erschossen." Sperrlinie selber mit Schützengräben und Barrikaden festungsartig ausbauen.
Auf jeden, der den Stacheldraht vorwärts der Sperrlinie und die dort aufgestellten mit Schießen drohenden Tafeln zu überschreiten sucht, wird geschossen. Nur so kann die Menge festgehalten und die Sperre tatsächlich aufrechterhalten bleiben. Wird das Feuer zu spät eröffnet, so ist die Sperre durchbrochen, ehe das Feuer wirksam wird. Keine Schreckschüsse, auf die Beine halten!
Sobald der Mob erst weiß, daß Ernst gemacht wird, hören die Angriffe auf. Im übrigen Verkehr durch die Polizei umleiten lassen.
b) Innerhalb des abgesperrten Raumes jeden Verkehr auf der Straße rücksichtslos unterbinden. Autos und Patrouillen mit Schildern: "Achtung! In den Häusern bleiben, auf der Straße Lebensgefahr, da scharf geschossen wird." Wer dem zuwiderhandelt, wird festgenommen.
7. Im abgesperrten Gebiet beginnt die Entwaffnung.
a) Entwaffnung etwaiger Straßenpassanten durch Abtasten. Durchsuchen von Paketen, Öffnen von Kisten und Kollis auf Lastwagen, Möbelwagen, Durchsuchen von Frachtschiffen.
b) Haussuchungen. Stets im Zusammenarbeiten mit der Polizei und Kriminalbeamten. Zuteilen von Polizei-Offizieren der einschlägigen Reviere zu den Abschnitts-Kommandeuren.
Haussuchungen erfordern sehr viel Zeit und starke Truppen, deshalb einen Häuserblock lieber gründlich absuchen, als an vielen Stellen nur oberflächlich suchen. Die Polizei-Offiziere werden die wichtigsten Stellen meist angeben können. Häuserblocks vorher von jedem Verkehr absperren. Dächer besetzen.
Besondere Suchkommandos ausbilden, die infolge ihrer Erfahrung und Ausbildung schneller die Verstecke ausfinden. Jeder Schrank, Koffer, Keller, Boden und Dielenbelag, Ofen, Ofenrohre und Schutthaufen muß durchsucht werden.
Achtung auf überdeckte Gruben, unter Kohlenhaufen, in Höfen, Gärten und Laubengängengelände! Festnahme jedes einzelnen, bei dem Waffen gefunden wurden, und strenge, rasche Bestrafung durch die zuständigen Gerichte.
8. Unterbringung.
In geschlossenen starken Verbänden. Machtzentren. Kein Zersplittern der Kräfte, dadurch leidet Gefechtskraft. Schwache Wachen werden außerdem erfahrungsgemäß überrumpelt. Schnellste Alarmierung der einzelnen Unterkünfte gewährleisten. Fernsprechanschluß.
9. Patrouillen
Starke Patrouillen in Form von Offizierstreifen, möglichst Lastkraftwagen mit M.G.'s mitgeben. Jede Patrouille muß soviel Gefechtskraft besitzen, daß sie selbständig angreifen kann. Patrouillen unter 15 Mann werden leicht vom Mob umzingelt und unschädlich

gemacht.
Energische Führer, die rechtzeitig von der Waffe Gebrauch machen. Posten und Patrouillen ist jede Unterhaltung mit Zivilpersonen verboten. Jeder Mann muß wissen, daß sich dann stets weiteres Volk ansammelt, ihn - auch bei anfänglich ruhiger Unterhaltung - ins Gedränge bringt und ihn schließlich so bedrängt, daß er nicht mehr von der Waffe Gebrauch machen kann.
10. Festgenommene mit kurzem schriftlichen Tatbericht an Sammelstellen abliefern. Freilassung - auch wenn anscheinend zu Unrecht festgenommen - erst nach Beendigung der betr. Kampfhandlung, da diese Leute erfahrungsgemäß am meisten hetzen.
Einrichtung von Gefangenensammel- und Vernehmungsstellen bei den Abschnittskommandeuren.
Abtransport in Gefängnisse mit Lastautos oder durch Relais, damit Kampftruppe nicht geschwächt wird. Während der Fahrt haben Gefangene sich hinzulegen, damit das Publikum sie nicht erkennt und sie zu befreien versucht.
Sicherstellung von Räumen als Hilfsgefängnisse.
11. Ausweise
Die zahlreichen verschiedenen Ausweise führen zu Unklarheiten bei Posten und Patrouillen. Schließlich weiß niemand mehr, welche Ausweise gültig sind. Bedauerliche Reibungen sind die Folge, deshalb Niederlagen einheitlicher Ausweise bei den Kommandostellen, die auf besonderen Befehl ausgegeben werden. Jeder andere Ausweis ist dann ungültig.
12. Besondere Unternehmungen
Unbedingte Geheimhaltung. Die ausführende Truppe darf erst unmittelbar vor dem Abmarsch ihre Aufgabe erfahren. Dagegen Vorbereitung so, daß vor Abmarsch jeder Mann genau eingeteilt wird und klare erschöpfende Weisungen für seine Tätigkeit erhält. Unbedingte Überraschung des Gegners, deshalb sammeln auf einen so entfernten Platz, daß Ort des Unternehmens nicht verraten wird. Dann einheitlich losschlagen. Truppe am besten auf Lastkraftwagen, starke Reserven bereit halten. Einweisung durch Kriminalbeamte und Agenten. Abmarsch auf einheitliche Signale (Trompete).

v. Hofmann,
Generalleutnant und Korps-Kommandeur.

Quelle: Garde-Kavallerie-Schützen-Korps I a Nr. 225. Erfahrungen aus den Straßenkämpfen in Berlin vom 31. März 1919.
Deutsches Militärarchiv Potsdam, Stellv. Generalkommando XII. Armeekorps, Nr. 9548, Bl. 55 ff.

IV RICHTLINIEN DER REICHSABWEHR ZUR AUFSTANDSBEKÄMPFUNG (1920)

I. ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE

Bei der geringen Stärke der Reichswehr ist ein gleichmäßiger Schutz für alle Teile des Reiches nicht möglich. Die Zusammenfassung von Kräften an entscheidenden Punkten macht die Entblößung zahlreicher Orte und ganzer Landesteile unvermeidlich.
Für die Zusammenziehung stärkerer Kräfte werden diejenigen Orte und Gebiete als "Machtzentren" ausgewählt, die als Basis zur Wiederherstellung der Ordnung im Lande geeignet sind. Ausschlaggebend für die Auswahl der Machtzentren sind - abgesehen von den militärischen Rücksichten - wirtschaftliche und politische Gesichtspunkte.
Besonderer Beachtung bedürfen Aufruhrherde an der Landesgrenze. Sie können anderen Staaten Anlaß zur Besetzung deutschen Gebietes geben. Bedrohte Grenzgebiete sollen daher, solange es irgend angängig ist, nicht ganz von Reichswehrtruppen entblößt werden.
Von den Machtzentren aus beginnt die Besitznahme der Aufstandsgebiete in der Reihenfolge ihrer Wichtigkeit. Kleinere, für das Volks- und Wirtschaftsleben wichtige Bezirke und Orte werden durch rasches Zufassen besetzt. Stark verseuchte größere Aufstandsgebiete, deren sofortige Wiedernahme nicht möglich oder nicht erforderlich ist, werden zunächst von Reichswehr geräumt, von allem Verkehr abgesperrt und später planmäßig wiedergenommen.
Die Truppe darf Teilniederlagen nicht ausgesetzt werden.
Die Beteiligung von Zivilbehörden, Polizei und zuverlässigen Zivilorganisationen bei den Absperrungsmaßnahmen ist unentbehrlich. Die für diese Aufgaben nur in geringem Masse zur Verfügung stehenden Reichswehrtruppen werden in den einzelnen Abschnitten in der Hauptsache nur den taktischen Rückhalt bilden können. Ziel aller Absperrmaßnahmen bleibt zu verhindern, daß eine Verbindung zwischen den verschiedenen Aufstandsbewegungen im Reich hergestellt wird. Diese Verbindung wird von den radikalen Führern als die Voraussetzung für ihren endgültigen Sieg bezeichnet und planmäßig organisiert.
Bei der Wiederherstellung des Verkehrs- und Nachrichtennetzes kommt es darauf an, daß die für die Operation und das Wirtschaftsleben notwendigen Durchgangsverbindungen nach allen Teilen des Reichs wieder entstehen. Engste Fühlungnahme der militärischen Dienststellen mit den zivilen Stellen ist unerläßlich.
Dauernde eingehende Orientierung des Reichswehrministeriums über die Lage ist von größter Bedeutung für die Leitung der Operationen. Auch anscheinend unwesentliche Einzelheiten vervollständigen das Gesamtbild. Meldungen, in welchen Bezirken Ruhe herrscht, sind wichtig.

II. DIE UNRUHEHERDE

Als Unruheherde kommen in Betracht:
1. Groß-Berlin
2. das rheinisch-westfälische Industriegebiet
3. Mitteldeutschland
4. kleinere, mehr örtliche Aufstandsherde:
Die Kohlenreviere von Senftenberg und Waldenburg (handschriftlicher Zusatz: Vogtland)
Die Bezirke von Breslau, Stettin, Swinemünde, Stralsund, Rostock, Hamburg, Kiel, Wilhelmshaven,
voraussichtlich Bremen, Frankfurt a.M., Nürnberg, Braunschweig, Magdeburg, Hanau a.M.
Auch München, Dresden, Stuttgart werden dauernd der Beobachtung bedürfen.
5. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen und Nachrichten ist auch in reinen Landwirtschaftsgegenden (Mecklenburg, Pommern, Schlesien) bei im Reiche entstehenden Unruhen mit Ausschreitungen und Plünderungen zu rechnen.
Am meisten gefestigt erscheinen zur Zeit die Verhältnisse in den süddeutschen Staaten, in den Bezirken von Cassel, Münster, Minden, Hannover und in den beim deutschen Reich verbliebenen Teilen von Posen und Westpreußen.
Ferner in Ostpreußen.
Ostpreußen wird infolge der Abtrennung durch den Korridor bei Unruhen im wesentlichen auf sich selbst angewiesen sein. Die vorhandenen Reichswehrtruppen sind schwach. Abgaben an andere Teile des Reiches kommen nur unter ganz besonderen Umständen in Frage. Ebenso sind Verstärkungen nach Ostpreußen im Rahmen der hier angenommenen Gesamtlage nicht planmäßig vorzusehen. Ostpreußen scheidet daher aus den weiteren Erörterungen hier aus.

III. MACHTZENTREN, VERBINDUNGEN

1. Im Falle größerer Aufstände im Reich müssen aus militärischen, politischen und wirtschaftlichen Gründen von vornherein fest in der Hand gehalten werden
Berlin, zum mindesten in seinen wichtigsten Stadtteilen,
Breslau,
Stettin,
Münster,
Hannover,
Cassel,
München.
2. Ebenso ist es erwünscht, in der Nähe der von Polen bedrohten Grenzgebiete stets einige Truppen zu belassen. Besonders bedroht sind:
Die Bahnlinie Kreuz-Schneidemühl, Meseritz und Bomst, einzelne Gebiete in Schlesien, besonders südlich der Neiße.
3. Die wichtigsten Bahnverbindungen zwischen den in Punkt 1 genannten Orten mit den für die Truppenverschiebung und für die Versorgung der Bevölkerung nötigsten Anschlußstrecken s. Karte (Karte liegt nicht bei, als wichtigste Anschlußlinien im Bereich des Reichswehrgruppenkommandos 1 sind vom Reichswehrministerium bezeichnet:

Berlin-Frankfurt-Liegnitz-Breslau
Berlin-Stettin
Berlin-Rathenow-Hannover
Berlin-Magdeburg
Stettin-Stargrad-Köslin-Stolp
Stettin-Bützow-Lübeck-Hamburg
Lübeck-Mölln-Lüneburg-Hannover.
Als Umgehungsbahnen von Berlin sind angegeben:
Stettin-Küstrin-Frankfurt
Sagan-Cottbus-Dobrilugk-Wittenberg-Magdeburg-Oebisfelde
Pasewalk-Prenzlau-Templin-Neuruppin-Rathenow).
Die Vorbereitungen für die Sicherung dieser Bahnstrecken im Falle von Unruhen und für ihre rasche Wiederherstellung sind von grundlegender Bedeutung für die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung im Reich. Bei der Truppenbelegungs- und Garnisonsfrage muß diesen Gesichtspunkten entsprechende Bedeutung beigemessen werden.

IV. OPERATIONEN

1. Hand in Hand mit der Wiederherstellung der Verbindungen zwischen den in Punkt 1 genannten Machtzentren beginnen die Einzeloperationen. Aufgabe des Reichswehrgruppenkommandos ist es, die Aufstandsherde an wichtigen Orten ihres Befehlsbereiches durch rasches Zufassen zu beseitigen.
Hierfür kommen besonders in Betracht:
Bei Rw.Gr.Kdo. 1.: Etwa nicht besetzte Stadtteile Groß-Berlins und seine Umgebung,
Senftenberger Kohlenrevier,
Odermündung,
Waldenburger Kohlenrevier,
Hamburg.
Bei Rw.Gr.Kdo. 2: Umgebung des Rhein.Westf. Industriegebietes,
Braunschweig,
Frankfurt a.M. und Hanau a.M., soweit es die außenpolitischen Verhältnisse erlauben.
Bei Rw.Gr.Kdo. 4: Nürnberg,
Hof.
2. Für die Führung der Operationen gegen die noch verseucht gebliebenen großen Aufstandsgebiete z.B. Mitteldeutschland ergehen Anweisungen durch den Reichswehrminister je nach der Lage. Für Räumung und Absperrung dieser Gebiete (vgl. Abschnitt I) müssen vorbereitende Maßnahmen durch die Reichswehrgruppenkommandos getroffen sein. Der Befehl zur planmäßigen Räumung dieser Gebiete ergeht durch das Reichswehrministerium. In Fällen dringender Gefahr entscheidet der örtliche Befehlshaber.
3. Reserven des Reichswehrministeriums bilden
a) Brigade Döberitz
b) die mit RW.Nr. 808.1020 T1 A2 v.14.1.20 von jedem Reichswehrgruppenkommando bereitzuhaltende gemischte Abteilung (3-1-3). Unterbringungsräume und Stärken sind bei Anordnung "erhöhte Bereitschaft" ohne weiteren Befehl dem Reichswehrministerium T1 zu melden.
I.A. gez. Hasse

Quelle: Reichswehrministerium, T 1 Nr. 212 IA pers., Geheim, durch Offizier. Berlin, den 14. Mai 1920. Richtlinien für die militärischen Operationen beim Ausbruch großer bewaffneter Aufstände im Reich. Deutsches Militärarchiv Potsdam, Nr. R 4465, Bl. 156 ff.

V AUSZÜGE AUS DEN WEHRWIRTSCHAFTSPLÄNEN DER IG FARBENINDUSTRIE AG (1935)

INHALTSÜBERSICHT (10./12.3.1935)

Leitgedanken

I. Aufbau im Frieden
A) Rüstungsstellen als organisatorischer Rahmen für den Aufbau.
B) Werkluftschutz als Rahmen der Organisation im einzelnen in der Industrie.
C) Ziviler Luftschutz als Rahmen der Organisation im einzelnen für die sonstige Wirtschaft insbesondere die Landwirtschaft.
II. Arbeiten im Kriege.
A) Rüstungsstellen.
B) Industrie.
C) Sonstige Wirtschaft und Landwirtschaft.
III. Anhang: Sonderschutzmaßnahmen zur Sicherung der industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugung (im Rahmen bzw. als Ergänzung der Luftschutzmaßnahmen).

Leitgedanken
1. Wehr bzw. Wirtschaftskreise des Landes sollen in industrieller und landwirtschaftlicher Hinsicht weitgehend unabhängig gewisse Zeit bestehen können, daher Dezentralisierung in der Produktion von Industrie und Landwirtschaft im Kriege.
2. Zentralisation in der Führung des Aufbaues und in der Vorbereitung der wehrwissenschaftlichen Maßnahmen, insbesondere in der Rüstungsindustrie durch Rüstungsstellen.
3. Anlehnung des Aufbaues an die wesensverwandte Luftschutzorganisation. In der Industrie, einschließlich der lebenswichtigen Betriebe, an den Werkluftschutz, in den Städten und auf dem flachen Lande an den zivilen Luftschutz.
4. Militärische Einordnung und Einstufung eines jeden Arbeitsfähigen in Industrie und Landwirtschaft in den Rahmen der Landesverteidigung. Altersgrenze für Frontdienst 35 Jahre, Vorbereitung der Ersatzgestellung von älteren Personen, Jugendlichen und Frauen, insbesondere aus den Städten, für Industriearbeit und Landwirtschaft.
5. Schulung der Ersatzkräfte für ihre Aufgaben im Kriege.
Erprobung der wehrwissenschaftlichen Maßnahmen bei Luftschutzübungen.

Es folgen die im einzelnen niedergelegten Vorschläge über die Gestaltung der Landesverteidigung, insbesondere der Rüstungsindustrie, auf Grund der obigen Leitgedanken.
(...)
B. Werkluftschutz als Rahmen der Organisation im einzelnen in der Industrie.

Seinem Sinne gemäß muß der Aufbau des Werkluftschutzes nicht die normalen Verhältnisse der Friedensproduktion, sondern die einer planmäßigen Kriegsproduktion berücksichtigen. Auch bezüglich der Rohstoffe, ferner des Heranziehens der Arbeitskräfte zur Werkluftschutzarbeit, muß den Erfordernissen der Landesverteidigung weitgehend Rechnung getragen werden. Eine Werkluftschutzorganisation, die ihren praktischen Wert haben soll, ist also nur möglich bei engster Zusammenarbeit zwischen den Rüstungsstellen und den betreffenden Industriewerken. Im weiteren Sinne sind neben den eigentlichen Industriewerken, den Erzeugungsstätten von Maschinen, chemischen Produkten usw., auch die lebenswichtigen Betriebe, welche elektrische Energie, Gas oder Wasser liefern, Schlachthöfe, Lebensmittelspeicher usw., zu verstehen. Diese sind auch bereits in der Werkluftschutzorganisation der RG (Reichsgruppe) Industrie erfaßt worden. Bezüglich der kleinen Erzeugungsstätten, größeren Handwerkerbetriebe usw., wird es durch die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Organisationen, insbesondere auch mit dem Reichsluftschutzbund und dem behördlichen Luftschutz, möglich sein, alle Erzeugungsmöglichkeiten voll auszunutzen, bzw. für die Ausschaltung im Kriegsfalle unwichtiger Erzeugungsstellen zu sorgen.

Übersicht über den Aufbau des Werkluftschutzes.

Blatt 3 zeigt schematisch die Verhältnisse in einem kleineren Betriebe bzw. in dem Betriebsteil eines größeren Betriebes, wie sie sich gemäß den Luftschutzrichtlinien der RG Industrie aufbauen.

Einzelheiten gehen aus dem oberen Teil a) auf Blatt 3 hervor. Die Vorbereitung der Organisation sowie die Einteilung der Gefolgschaft ist aus dem mittleren Teile b), der Zustand bei Alarm aus dem unteren Teile c) ersichtlich.

Diese bisher zumeist die Verhältnisse der normalen Friedensproduktion berücksichtigende Organisation läßt sich naturgemäß in der einfachsten Weise auf die Verhältnisse im Kriege einstellen, sofern die hierzu notwendigen Grundlagen im Einvernehmen mit den Rüstungsstellen festgelegt werden. So muß der Kriegsproduktionsplan im Gegensatz zu dem Erzeugungsplan im Frieden ausgearbeitet werden. Demzufolge verschieben sich für den Luftschutz die Zahlen der Gefolgschaftsmitglieder in den einzelnen Betrieben bzw. Betriebsteilen. Andere Betriebe werden völlig umstellen oder auch zum Teil oder ganz stillegen, wenn ihre Einrichtungen sich nicht auf Kriegsproduktion umstellen lassen. Ihre Gefolgschaft wird dann für andere Betriebe freiwerden. Es gilt dann u.a. eine Reihe von frontdienstfähigen Männern durch ältere Jahrgänge, Jugendliche oder Frauen zu ersetzen (über die Bedürfnisse der Landwirtschaft an Arbeitskräften siehe weiter unten).

Schaubild Blatt 4 gibt einen Überblick, wie sich die Belange der Rüstung in den Rahmen der Werkluftschutzmaßnahmen einfügen lassen. Der ganze Aufbau der Organisation bleibt dabei wie auf Blatt 3 dargestellt, nur daß dem Aufbau und naturgemäß allen Übungen nicht die Friedens-, sondern die Kriegserzeugung zugrundegelegt wird. Bewußt wird dabei im Luftschutz die wehrfähige Mannschaft bis 35 Jahren nicht für den Kriegsfall erfaßt - unbeschadet ihrer Mitarbeit in normaler Zeit - sowie diejenigen, die infolge ihrer Sonderkenntnisse z.B. Führerstellen in Wehrverbänden oder ähnliches innehaben. Ausnahmen, daß Männer unter 35 Jahren im Betriebe unersetzbar sind, werden selten sein. Für die Praxis ist daran zu denken, daß für Übungen das Ergänzungspersonal (vgl. später) mitherangezogen werden muß, das im Notfalle dazu berufen ist, die entstandenen Lücken aufzufüllen.

Im Zusammenhang mit den Wehrfragen scheint eine Ergänzung des Werkluftschutzes insofern notwendig, als die Führung der passiven Belegschaft, die bei Alarm Sammelschutzräume aufsuchen soll, durch die eigens dazu bestellten Ordner erfolgt, während für die Notbelegschaft, die bei Alarm in den einzelnen Betrieben am Arbeitsplatz bleibt, jeweils für die einzelnen Betriebe keine Führer vorgesehen sind. Hier wird meist der Vor-

arbeiter oder Meister an sich schon aus betrieblichen Gründen die Führerrolle übernehmen. Es erscheint jedoch zweckmäßig, dieses auch durch Benennung des Betreffenden als Führer der Notbelegschaft zum Ausdruck zu bringen.
Die bislang nicht stark genug bei der gesamten Organisation hervortretende Berücksichtigung der Notbelegschaft muß dem Sinne der Rüstungsindustrie entsprechend stärker werden. Der Begriff des "Fortführens von der Arbeitsstelle in Schutzräumen" wird zu stark verallgemeinert. Für sehr stark belegte Betriebe, z.B. mechanische Werkstätten, Nähbetriebe usw., mag er seine Berechtigung haben, jedoch zumeist nicht für die Großbetriebe, wie Bergwerke, Gruben, chemische Großbetriebe, Eisenhütten usw.
Mit steigender Beachtung des Begriffes der Notbelegschaft und ihres Wertes für die Aufrechterhaltung der Industrieproduktion ergibt sich auch hier die Forderung, den einzelnen Betriebsteilen Führer der Notbelegschaft an die Spitze zu stellen.
Es ergibt sich ferner die Forderung, die Notbelegschaft in Schutzzellen in unmittelbarer Nähe ihres Arbeitsplatzes unterzubringen (vgl. Blatt 3), von wo aus sie bei Gefahr schnell Deckung finden kann und auch schnell wieder an ihrer Arbeitsstelle ist. Demgemäß sollen auch die Sammelschutzräume für die passive Belegschaft in den betreffenden Betriebsteilen selbst gelegen sein, da sonst bei Alarm zu lange Betriebsunterbrechungen eintreten, schließlich durch fortgesetzte Alarme die Produktion zum Erliegen kommen kann.
Blatt 5 gibt die Werkluftschutz-Verhältnisse in einem größeren Industriewerk wieder, wobei das Werk der Übersichtlichkeit halber in mehrere Werkluftschutz-Abschnitte unter Werkluftschutz-Abschnittsführern eingeteilt ist.
Wenn allgemein im Werkluftschutz die Einteilung nach den oben beschriebenen Erfordernissen erfolgt, ergibt sich für die gesamte Gefolgschaft des Werkes im Werkluftschutz, d.h. letzten Endes des Werkes, wie es im Kriegsfall produzieren soll, eine organische Gliederung. Für diese wird eine straffe Einteilung vorgeschlagen, die z.B. der militärischen entspricht.
Rangstufen der Gefolgschaft.

	Kleiner Betrieb	mittlerer Betrieb	Großbetrieb
Werkluftschutz-leiter	Leutnant	Leutnant bis Ober-leutnant	Oberleutnant Hauptmann
WLS - Abschnitts-führer			Leutnant
Arbeitstruppführer Führer der Son-dertrupps		U.-Offizier	
Führer der Not-belegschaft			
Ordner	Gefreiter bis U-Offizier		
Aktive Belegschaft und Notbelegschaft			
Passive Beleg-schaft		Mannschaft	
Alle Mitglieder der Arbeitstrupps, Son-dertrupps, Beob-achter, Fernspre-cher, Melder, Pförtner usw.			

In diesem Zusammenhang kann der Arbeitspaß als Unterlage zur Erfassung der jeweiligen persönlichen Eignung zum Frontdienst bzw. Industriesonderarbeit oder Arbeit

auf dem Lande dienen. Auch die Werkluftschutzkarteien bzw. Listen dienen ebenso für Vorbereitung für die Einteilung der Arbeitskräfte im Kriegsfalle und sind in dieser Richtung auszubauen und zu ergänzen.
(...)
Anhang. Sonderschutzmaßnahmen zur Sicherung der industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugung. (Im Rahmen bzw. als Ergänzung der Luftschutzmaßnahmen)
Als Angreifer auf das Hinterland, auf alle verkehrswichtigen Punkte, sowie auf die Erzeugungsstätten der Industrie und Landwirtschaft kommt nicht nur die Luftwaffe durch den Angriff mittels Bomben aus der Luft in Frage. Auch die Landung von feindlichen Streitkräften, z.B. von Sabotage-Kommandos durch Flugzeuge oder Schraubenflieger sowie durch Fallschirmabsprung erscheint als sehr ernst zu nehmende Gefahr.
Auch mit der Möglichkeit von Sabotage-Versuchen durch Spione oder Spitzel aus den eigenen Reihen muß gerechnet werden. Die beste wehrwirtschaftliche Organisation in der Industrie und auf dem Lande ist in ihrem Wert beeinträchtigt, wenn die Werke bzw. lebenswichtigen Verkehrsbauten und Betriebe usw. gegen einen Handstreich von der Erde aus ungeschützt bzw. wehrlos sind. Es werden daher zur Sicherung die folgenden auch auf Blatt 8 schematisch wiedergegebenen Maßnahmen vorbereitet:
1. Jedes Industriewerk muß seine Luftschutzorganisation so aufbauen (Werksicherheitsdienst, Werkspolizei, Pförtner, Wächter), daß es sich gegen überraschende Angriffe vom Lande her eine gewisse Zeit wirkungsvoll mit der Waffe verteidigen bzw. das Eindringen feindlicher Kräfte solange verhindern kann, bis herbeigerufene Hilfskräfte eintreffen. Insbesondere die isoliert und fern von Städten gelegenen Werke müssen ganz besonders zu dieser Selbstverteidigung in der Lage sein. Auch gegen tieffliegende Flugzeuge muß ein solches Werk in Form von M.G. bzw. M.K. und auch durch die Gewehre des Wachpersonals in der Lage sein, eine gewisse Abwehrtätigkeit zu entfalten.
2. Die Möglichkeit der Kontrolle des gesamten Landes muß bestehen, so daß Flugzeuge nicht unbemerkt landen können bzw. Sabotage-Kommandos sich nicht unbemerkt den Gefahrenpunkten nähern können. Hierzu muß der Flugmeldedienst mit seinen Flugwachen (Fluwa) und Flugwach-Kommandos (Fluko) entsprechend ergänzt werden durch:
a. Bewaffnung der Flugwachen (Gewehre, M-Pistolen, Beförderung durch Fahrräder, leichte Krafträder etc.)
Bewaffnung der Flugwachkommandos (M.G. auf Kraftrad bzw. Kraftwagen usw.)
Diese Stellen können dann selbständig sofort gegen gelandete Kommandos eingreifen. Das Flugwachkommando übernimmt dann zugleich die Führung und gegebenenfalls das Herbeirufen von Hilfskräften aus der Umgebung.
b. Die Verkehrskunstbauten (z.B. Eisenbahn oder Autostraßenbrücken) müssen entsprechend gesichert werden (vgl. Bahnschutz), wobei die dortigen Posten über ihre Dienststellen mit den Flukos in Verbindung stehen.
c. Abseits der Städte liegende Industriewerke müssen ihren Beobachtungsdienst auf die gesamte Umgebung lenken und ihre Beobachtungen dem Fluko mitteilen und duch eigene Bewaffnung und Bewachung des Werksgeländes (s. oben) schnell gegen Landekommandos z.B. vorgehen können.
d. Die Luftschutzorganisation in Stadt und Land muß durch eigene Beobachtungsposten an die Flugwachen Meldungen weitergeben, damit in den Städten die motorisierten bewaffneten Kräfte der Polizei bzw. deren Ergänzungskräfte und auf dem Lande ebenfalls leicht bewaffnete Wachkräfte die Angriffe aufhalten bzw. abwehren können.

Quelle: Betriebsarchiv des VEB Elektrochemisches Kombinat Bitterfeld, Akte 1087, VEB-EKB.

VI BEKÄMPFUNG VON SABOTAGE IN DER RÜSTUNGSWIRTSCHAFT (MAI 1940)

Geheim

1. *Dies ist ein Staatsgeheimnis des § 88 RStGB, in der Fassung des Gesetzes vom 24. 4. 1934 (RGBl. 1, S. 844 ff.*
2. *Weitergabe nur verschlossen bei Postbeförderung als Einschreiben*
3. *Empfänger haftet für sichere Aufbewahrung*

Richtlinien für die Abwehrbeauftragten geschützter Betriebe. Aufgestellt vom Oberkommando der Wehrmacht. Ausgabe: Mai 1940
(...)

IV. Sabotagearten
Der Saboteur arbeit sowohl mit einfachen Mitteln (Störung von Antriebsanlagen, Verunreinigungen von Kraft- und Schmierstoffen usw.) als auch mit vorbereiteten, sehr wirksamen Brandstiftungs- und Sprengmitteln, Seuchenkeimen und Gift.
Der Erfolg kann sowohl durch massenhafte Einzelsabotagehandlungen wie auch durch umsichtig vorbereitete Großaktionen erreicht werden.
Demnach muß ohne Rücksicht auf das Motiv unterschieden werden zwischen:
1. Einzelsabotage.
2. Planmäßigem Großangriff.
Zu 1.: Ein Saboteur ist nicht nur derjenige, welcher im Auftrage des feindlichen N.D. (organisierte Feindsabotage, im Frieden selten) aus staatsfeindlichen Beweggründen handelt. Auch jede vorsätzliche Handlung oder Unterlassung produktionsstörenden Charakters aus persönlichen Motiven ist Sabotage. Hierzu gehören: absichtlich langsames oder fehlerhaftes Arbeiten, Unpünktlichkeit, Fernbleiben von der Arbeitsstätte, Vortäuschen von Erkrankungen, Selbstverletzungen, Ungehorsam gegen betriebliche Vorgesetzte, Arbeitsverweigerung, Miesmacherei, absichtliche Beunruhigung der Gefolgschaft durch Flüsterpropaganda, Gerüchtemacherei, Aufwiegelung und Aufforderung zum Streik usw. Zu 2.: Der planmäßige Großangriff unterscheidet sich von dem zu 1. geschilderten Vorgehen dadurch, daß er, gestützt auf vorangegangene betriebliche Ausspähung des Sabotageobjektes nach Angriffspunkten, Umfang der Aktion, Bereitstellung der erforderlichen Mittel in personeller und materieller Hinsicht, sowie Festlegung des Zeitpunktes der Durchführung vom gegnerischen N.D. gesteuert wird.

B. SABOTAGEABWEHR IN DER WEHRWIRTSCHAFT

I. Begriff und Gliederung der Abwehr

Der Sabotage als militärischem Angriffsmittel muß eine militärische Abwehr entgegengesetzt werden. Hiermit ist keineswegs gesagt, daß die Sabotageabwehr lediglich durch die Wehrmacht durchzuführen ist. Vielmehr müssen im Rahmen der Landesverteidigung alle für die Abwehr von Spionage und Sabotage geeigneten Organe des Staates - in erster Linie die Geheime Staatspolizei bzw. die Kriminalpolizei - in gemeinsamer Front eingesetzt werden.
Bei der Abwehr von Sabotage ist zu unterscheiden zwischen:
1. der eigentlichen oder unmittelbaren Abwehr (vorsorglicher Abwehrschutz, Werkschutz, Abnahme),
2. der mittelbaren Abwehr
a) soziale Betreuung der Gefolgschaft zur Herstellung echter Betriebsgemeinschaft,
b) Arbeiterschutz (Unfall- und Schadenverhütung zur Erschwerung der Sabotage),
c) Betriebsschutz (Einengung der durch Sabotage entstandenen Schäden).

II. Ziel und Mittel der Abwehr

Das Ziel der Sabotageabwehr im Wehrwirtschaftsbetrieb ist die Gewährleistung des reibungslosen Ablaufes der Produktion. Es kann nur erreicht werden, wenn alle vorhandenen Sicherungsmaßnahmen, jede Betriebseinrichtung und jeder Mann an verantwortlicher Stelle ständig auf "Sabotageabwehr" eingestellt sind.
Die dem Leiter der betrieblichen Abwehr, dem Abwehrbeauftragten, zur Verfügung stehenden Abwehrmittel sind:
1. Der vorsorgliche Abwehrschutz gemäß den Geheimhaltungsbestimmungen für Firmen, die amtliche Abnahme oder Bauaufsicht, die Mob. Vorbereitung.
2. Der Werkschutz.
3. V.-Leute im Betriebe.
4. Die Betriebsordnung, genehmigt durch den Treuhänder der Arbeit.
5. Schaden- und Unfallverhütung, Kontrolle durch die Gewerbeaufsichts- bzw. Berg-Revier-Beamten, die Organe der Dampfkessel-Überwachungsvereine und der gewerblichen Berufsgenossenschaften.
6. Soziale Betreuung der Gefolgschaft in Verbindung mit DAF.
7. Der Feuerlöschdienst des Betriebes in Verbindung mit der zuständigen Feuerschutzpolizei.
8. Der Sanitätsdienst des Betriebes, angegliedert an die örtliche Organisation des Roten Kreuzes.
9. Der Werkluftschutz.
10. Technische Nothilfe.

III. Durchführung der Abwehr

Die vorgenannten Einrichtungen fassen zwar zum Teil nur den einzelnen Fall ins Auge oder treten erst mit der betreffenden Störung in Erscheinung, wie z. B. Feuerwehr, Sanitätsschutz usw.; sie sind auch zu verschiedenen Zeiten entstanden und waren in ihrem ursprünglichen Zweck nicht eigentlich zur Abwehr von Sabotage bestimmt, und doch sind sie alle sehr wesentliche Hilfsmittel für die Sabotageabwehr und vom Abwb entsprechend auszunützen.
Die Aktivierung dieser einzelnen Kräfte ist immer nur möglich bei enger Zusammenarbeit des Abwehrbeauftragten mit den Abwehroffizieren, den Rüstungskommandos, der Geheimen Staatspolizei, dem SD. des Reichsführers SS, den Bezirkswirtschaftsämtern, den Bereichs-Vertrauensstellen und den Behörden oder Dienststellen, die das Aufsichtsrecht über den vorerwähnten Arbeiter- und Betriebsschutz ausüben.
Anweisungen für die Durchführung der Sabotageabwehr erteilt den Abwehrbeauftragten allein die Abwehrstelle bzw. der zuständige A. O. /III/Rü. - Hinsichtlich der politischen und staatspolizeilichen Belange erhält der Abwehrbeauftragte als Organ der Geheimen Staatspolizei unmittelbare Anweisungen von der zuständigen Staatspolizeistelle. - Abwehr und Geheime Staatspolizei unterrichten sich gegenseitig von den jeweils gegebenen Anordnungen.
Die vorhandenen mittelbaren Abwehrkräfte können nur mit verständnisvoller Unterstützung der zuständigen behördlichen Aufsichtsstellen unter Führung des A. O. in den Sabotageabwehrkampf eingegliedert werden. Die Abwehrstellen geben die entsprechenden Anregungen und fordern die erforderliche Amtshilfe an.
Schematisch dargestellt ergibt sich folgende Übersicht (siehe Schaubild).

IV. Abwehrplan

Gemäß Dienstanweisung "Der Abwb in Rüstungsbetrieben", Teil IV B, muß der Abwehrdienst im Betriebe planmäßig aufgebaut, durchgeführt und überwacht werden. Als Unterlage hierfür hat der Abwb sämtliche für seinen Betrieb erforderlichen vorsorglichen Maßnahmen und Anordnungen zur Abwehr von Spionage, Verrat und Sabotage nach der vorerwähnten Dienstanweisung in einem Abwehrplan zusammenzufassen. Hierzu bildet der Sabotageabwehrplan eine Vertiefung und Ergänzung der allgemeinen Abwehrmaßnahmen in bestimmter Richtung.
Bei der Aufstellung des Sabotageabwehrplanes ist anzustreben, daß auch Werkfremde (Abwehroffiziere, Offiziere des auftraggebenden Wehrmachtteiles, Beamte der Geheimen Staatspolizei) schnell einen Überblick über das Werk und seine Sicherungsmaßnahmen gewinnen können.
Die Sabotageabwehr hat die Sicherung der Produktion zum Ziel. Demzufolge ist der Sabotageabwehrplan nach den Gefahrenpunkten und Störungsmöglichkeiten der Produktion abfallend zu ordnen. Diese sind in jedem Betrieb verschieden. Es ist möglich, daß in einem Betrieb die Wasserturbine wichtiger ist als das Lager mit feuergefährlichen Rohstoffen, Erzeugnissen oder gar dem Endprodukt; in einem anderen Werk sind bestimmte Maschinen oder Einrichtungen der Engpaß des Betriebes, dessen Störung oder Zerstörung die völlige Betriebsstilllegung zur Folge haben kann.

Für das Aussuchen der Gefahrenpunkte des Betriebes kann sehr oft eine Zusammenstellung der Luftschutzobjekte einen Anhalt bieten.
Zu jedem Gefahrenpunkt muß aus dem Sabotageabwehrplan ersichtlich sein: die besonders geschaffene Sicherungsmaßnahme und wer für die Durchführung dieser Sicherung und ihre Kontrolle verantwortlich ist.
Mit der einmaligen Aufstellung des Sabotageabwehrplanes ist jedoch die Sabotageabwehr nicht praktisch durchgeführt. Der Sabotageabwehrplan muß im einzelnen immer wieder überprüft und nach den neuesten Erkenntnissen und Erfahrungen vertieft und erweitert werden.
Hierzu werden folgende Hinweise gegeben:
Lageplan: Für die Gefährdung des Betriebes von außen ist die örtliche Lage, die Umgebung des Betriebes, die Nähe weiterer sabotageempfindlicher Industrien usw. ausschlaggebend. Diese Gefahren, die zu erwartenden Angriffsarten und die hiergegen getroffenen Sicherungsmaßnahmen menschlicher und technischer Natur (Einzäunung, Vergitterung, Posten, Streifendienst und Verbindung mit den anliegenden Werken) sind zur Erläuterung des Lageplans im einzelnen aufzuführen. Die Festlegung erfolgt zweckmäßig im Einvernehmen mit dem Abwehroffizier, Wehrwirtschaftsoffizier, einem Offizier der örtlich zuständigen Flak-Formation, des verstärkten Polizeischutzes und der Landesschutzverbände. Dabei sind die Meldewege und Mittel, Ersatz für Ausfall usw. festzulegen.
Werksplan: Der Werksplan muß eine Übersicht über die gesamte Werkanlage, die Gebäude mit Belegschaftsstärke, den Produktionsfluß, die Rohstoffdepots und Fertiglager mit der Empfindlichkeit und den Abwehrmaßnahmen von außen und innen (farbigen Zeichen für Feuer- und Explosionsgefahr - rot, gelb -, Wachen und Verkehrskontrollen, Kommandostellen, Bewachungstürme, Flak-Stände, Feuermeldestellen, Luftschutzräume, Unterkunft des Werkschutzes, der Feuerwehr, des Sanitätspersonals usw.) ergeben.
Zum Werksplan gehört eine Pause, die das Kraftstromnetz, die Rohrleitungen für Feuerlöschzwecke (Wasser, Schaum), Gas, Fernsprechverbindungen, Alarmvorrichtungen und ähnliches enthält. Die Pause, mit der Werksplanzeichnung zur Deckung gebracht, ergibt eine Übersicht über die Häufung von Gefahrenpunkten und - je nach Lage, Bauart und Umständen - die besonderen Engpässe im Betrieb und damit die Möglichkeit ihrer Sicherung bzw. Änderung.
Abteilungsplan: Für die sabotageempfindlichen Betriebsteile (Kraftzentrale, Werkstätten, Lager) sind möglichst Sonderpläne anzufertigen. Hieraus müssen sämtliche Öffnungen und Verschlüsse, die empfindlichsten Teile der Maschinen und Produktionsstücke, die Störungsmöglichkeiten der Werkstoffe, Rohre, Leitungen, Aufbewahrungsbehältnisse usw. unter genauer Bezeichnung der Gefahr (Sprengung, Feuer Kurzschluß, Selbstentzündung u. ä.) und die vorhandenen Sicherungen (Eintrittsverbote, Bewaffnung, Feuerlöschgerät, Türverschlüsse, Schlüsselaufbewahrung) mit dem Namen der jeweils verantwortlichen Gefolgschaftsmitglieder, Vorarbeiter, Meister, nebst den Ablösern ersichtlich sein.

V. SOZIALE FÜRSORGE, UNFALL- UND SCHADENVERHÜTUNG

Im Rahmen der unmittelbaren Abwehrmaßnahmen gegen Sabotage (und gleichzeitig gegen Verrat und Spionage) innerhalb des Wehrwirtschaftsbetriebes ist ein besonders wichtiger Punkt die soziale Betreuung der Gefolgschaft zur Erzielung echten Betriebsgemeinschaftsgeistes. (Gewährung anständiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, gesundheitliche Fürsorge, Altersversorgung usw.)
Die Mehrzahl aller Betriebsstörungen zeigt, daß der entstandene Schaden (z. B. durch Kurzschluß, Brand, Wassereinbruch) zunächst nicht besonders bedeutend ist, aber durch Fehlen, Unbrauchbarkeit oder verspäteten Einsatz der Schutzmittel sich oft bis zur Vernichtung des ganzen Betriebes auswächst. Erfahrungsgemäß werden Sabotageakte oft als Betriebsunfälle getarnt. Ein wesentlicher Teil der Sabotageverhütung ist daher die strenge Durchführung der Unfall- und Schadenverhütungsvorschriften, die möglichst in die Betriebsordnung aufzunehmen sind, um Übertretungen mit Geldstrafen ahnden zu können.
Der Abwb muß weiterhin zur Verhütung von Sabotage in loyaler Zusammenarbeit mit dem Abwehr- und Wehrwirtschaftsoffizier, den Beamten der Abnahme, Gewerbeaufsicht, Dampfkessel-Überwachungsvereine sowie der Gewerblichen Berufsgenossenschaften bemüht sein, die Unfallverhütung auf das höchste zu steigern.
Da in vielen Fällen Brand sowohl Mittel zur Sabotage wie die Folge von Sabotageakten ist, empfiehlt es sich, zu Besichtigungen von Feuerschutzeinrichtungen der Betriebe die zuständigen Feuerschutzpolizeioffiziere hinzuzuziehen. Letztere müssen enge Verbindung zur Werksfeuerwehr haben und jedes Löschmittel des Betriebes, die Lage aller Hydranten, Aufbewahrungsort der Schlauchleitungen, die Einfahrtstore und Anfahrtswege für die Feuerlöschpolizei kennen. Letztere muß auf Geheimhaltung verpflichtet werden, was besonderer Aufmerksamkeit bei den freiwilligen Feuerwehren bedarf. Hierfür tragen die zuständigen Abwehroffiziere Sorge.
Alle Maßnahmen sind im Betrieb mit den Aufgaben und den Einrichtungen des Werksluftschutzes in Übereinstimmung zu bringen.

3 Abwendung von Katastrophenfolgen

Bei größeren Explosionsunglücken, Bränden oder Betriebsunfällen mit Opfern an Verletzten und Toten zeigt sich meist ein allgemeines Durcheinander im betroffenen Betriebsteil wie auch im Gesamtbetrieb. Es ergibt sich einmal aus dem Schrecken und zum anderen aus den Streben der Belegschaft, an der Unglücksstelle retten zu wollen.
Sehr oft verlassen auch Wächter und Pförtner ihre Posten, so daß die dadurch entstehende Lage leicht zur Spionage wie auch zur Sabotage ausgenützt werden kann.
Um Tote zu bergen oder Verletzten zu helfen, werden spontan Aufräumungsarbeiten vorgenommen, die später die Arbeit der Staatsanwaltschaft, Geheimen Staats- bzw. Kriminalpolizei, Gewerbeaufsicht oder Gewerblichen Berufsgenossenschaft zur Feststellung der Ursache der Betriebsstörung sehr erschweren, oft sogar unmöglich machen.
Es ist daher Aufgabe der Abwb in sabotageempfindlichen Betrieben oder solchen mit besonders geheimer Fertigung, den Dienst zur Abwendung von Katastrophenfolgen durch entsprechende Anordnungen, die im Abwehrplan aufzunehmen sind, vorzubereiten:

a) Bewachungsmannschaften und Werkschutz müssen unter allen Umständen auf ihren Posten verbleiben, sie dürfen weder zu Rettungszwecken oder aus sonstigen Gründen weglaufen, noch zu anderen Aufgaben befohlen werden. Mit dem Augenblick einer größeren Betriebsstörung muß über die normalen Werkschutz- und Verkehrskontrollen hinaus ein erhöhter Streifendienst eingesetzt werden.
b) Die Aufgaben des Werkschutzes, des Absperrdienstes, der Werksfeuerwehr, des Werkssanitätsdienstes müssen (wie im Werkluftschutz) für jede Katastrophe so geregelt werden, daß die einzelnen Schutzorganisationen des Werkes bis zum Eintreffen der Feuerschutzpolizei, die bei erhöhter Alarmstufe automatisch Ordnungspolizei zur Absperrung mitbringen sollte, der Sanitätskolonne usw. erste Hilfe oder Widerstand leisten. Bei explosionsgefährdeten Unternehmungen muß rechtzeitig und weitgehend mit Hilfe des Roten Kreuzes die Möglichkeit vorbereitet sein, genügend Ärzte und Transportmittel heranholen und Verletzte in geeignete Krankenhäuser der nächsten Umgebung bringen zu können.
c) Jede Katastrophe zieht eine Unmenge von Neugierigen heran, die, teilweise unter Berufung auf irgendwelche behördliche oder parteidienstliche Funktionen, zur Unglücksstelle wollen. Diese darf aber nur von Personen betreten werden, die nach Anlage "G" zu den "Geheimhaltungsbestimmungen für Firmen" hierzu berechtigt sind und deren Anwesenheit dienstlich erforderlich ist (z. B. Vertreter der Staatsanwaltschaft, der Geheimen Staats- und Kriminalpolizei, der Gewerbeaufsicht, des Regierungspräsidenten, des Landrats, des Polizeipräsidenten). In jedem weiteren Fall muß die dienstliche Zuständigkeit gegenüber dem Abwb bzw. dem anwesenden Abwehroffizier, der Geheimen Staatspolizei oder dem die Untersuchung leitenden Staatsanwalt nachgewisen werden.
d) Bei der Untersuchung über die Ursachen der Katastrophe ist es Pflicht des Abwb, zu seinem Teile dazu beizutragen, daß die Untersuchungen der zuständigen Behörden schnellstens und ohne jede Behinderung vor sich gehen können.
Hierbei wird besonders darauf hingewiesen, daß jede selbständige Ermittlungstätigkeit des Abwb streng verboten ist (s. Dienstanweisung für den Abwb).
Sofern bei Katastrophen Beunruhigung der Bevölkerung zu beobachten ist, wird durch Ordnungspolizei und Gendarmerie (auf dem Lande) für einen unverzüglich einsetzenden Ordnungsdienst Sorge getragen werden, der die Aufgabe hat, beruhigend zu wirken, insbesondere Gerüchten entgegenzuarbeiten und eine Panik zu verhindern.
Um eine Gewähr für stete Sabotageabwehr-Bereitschaft zu haben, ist die Einrichtung einer ständigen Kontrolle der Abwehrmaßnahmen unentbehrlich. Diese kontrollierende Tätigkeit ist vorzüglich Aufgabe des Abwehrbeauftragten und seines Mitarbeiterstabes. Zu seiner Erleichterung kann der Abwehrbeauftragte einzelne Aufgaben an die für die Produktion verantwortlichen Unterorgane abgeben, die ihrerseits wiederum in ihrem engeren Wirkungskreise dahin wirken, daß das ganze Werk wie ein Mann zur Abwehr antritt.

Quelle: Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, Nr. 859; Sabotageabwehr in der Wehrwirtschaft. Richtlinien für die Abwehrbeauftragten geschützter Betriebe, aufgestellt vom Oberkommando der Wehrmacht, Ausgabe Mai 1940 (Auszüge).

VII DISKRIMINIERUNG DER POLNISCHEN ZWANGSARBEITER (NACH 1940)

EIN WORT ZUM EINSATZ POLNISCHER ARBEITSKRÄFTE

Tausende polnischer Arbeitskräfte gelangen während des Krieges als Hilfskräfte in der Industrie, in der Landwirtschaft usw. zum Einsatz. Es gibt z. Zt. keine andere Möglichkeit, dem Mangel an Arbeitskräften zu begegnen. Wie diese Polen aber blutmäßig zu bewerten sind, das haben uns die Blutnacht in Bromberg und die von Polen ermordeten 58 000 Volksdeutschen gezeigt. Zwischen polnischem Blut und deutschem Blut darf es keine Verschmelzung geben. Zwischen deutschem und polnischem Blut muß eine klare Trennung bestehen. Der Tod der 58 000 ermordeten Volksdeutschen muß hier eine ständige Mahnung sein.

Haltet klaren Abstand von den Polen

Kein deutscher Mann und keine deutsche Frau darf beim Umgang mit diesen polnischen Hilfskräften vergessen, daß die Vermischung von deutschem Blut und polnischem Blut zum Schaden des deutschen Blutes und mit dem Stolz auf das deutsche Volkstum unvereinbar ist. Klarer Abstand zwischen deutsch und polnisch muß beim Einsatz der polnischen Hilfskräfte im täglichen Leben die Richtschnur sein.

Werdet nicht zu Verrätern an der deutschen Volksgemeinschaft

Die Polen gehören nicht zur deutschen Volksgemeinschaft. Wer sie wie Deutsche behandelt oder gar noch besser, der stellt seine eigenen Volksgenossen auf eine Stufe mit Fremdrassigen. Das gleiche gilt auch für den Deutschen Gruß.

Laßt Polen nicht mit an Eurem Tische essen

Sie gehören nicht zur Betriebsgemeinschaft. Sie bekommen genügend zu essen, sie sollen aber getrennt von Euch essen. Damit ist nicht gesagt, daß die Polen menschenunwürdig oder schlecht behandelt werden sollen. Das soll nicht sein. So etwas liegt uns Deutschen auch nicht, dazu sind wir innerlich viel zu stolz.

Bei Feiern und Festen haben die Polen nichts zu suchen

Wir wollen bei unseren Feiern und Festen unter uns sein. Die Polen sind ein fremdes Volk. Sie werden unter sich ihre eigenen Feiern veranstalten. Die Polen gehören auch nicht in unsere Gasthäuser. Kein Mann oder keine Frau wird die Schande auf sich laden, sich mit einem Polen in einem Gasthaus zu zeigen.

Gebt den Polen auch sonst keine Vergünstigungen

Wenn Ihr glaubt, durch Geschenke ihre Arbeitsfreudigkeit zu steigern, irrt Ihr Euch. Jede weichliche Behandlung schwächt erfahrungsgemäß ihren Willen zur Arbeit.

Seid gegenüber den Polen selbstbewußt

Die deutschen Soldaten haben im Polenfeldzug die "polnische Wirtschaft" kennen gelernt. Seid stolz auf Eure Überlegenheit in jeder Beziehung. Die Polen sind nicht nach Deutschland geholt worden, damit sie hier ein besseres Leben führen als in den primitiven Verhältnissen ihrer Heimat, sondern damit sie durch ihre Arbeit den unermeßlichen Schaden wieder gutmachen, den der polnische Staat dem deutschen Volke zugefügt hat. Ihr habt den Polen nicht ehrlos zu behandeln, aber laßt keinen Zweifel daran, daß Ihr die Herren im eigenen Lande seid.

Haltet das deutsche Blut rein

Was Eingangs dieser Worte bereits erwähnt worden ist, muß hier nochmals unterstrichen werden. So wie es als größte Schande gilt, sich mit einem Juden einzulassen, so versündigt sich jeder Deutsche, der mit einem Polen oder mit einer Polin intime Beziehungen unterhält. Seid rassenbewußt und schützt Eure Kinder. Wer diese Worte nicht beachtet, verliert sein höchstes Gut: Seine Ehre.

Denkt vor allem an die Spionagegefahr

Jede Anbiederei und Vertrauensseligkeit bietet der Spionage Vorschub. Nehmt keine Briefe der Polen mit. Erfüllt auch sonst keine kleinen Gefälligkeiten. Führt keine unnötigen Unterhaltungen mit Polen, die Deutsch verstehen, sondern sprecht kurz und dienstlich mit Ihnen. Seid vorsichtig mit Euren Äußerungen in der Gegenwart von Polen. Schwerste Strafe trifft den, der fahrlässigen Landesverrat begeht.

DEUTSCHE, SEID ZU STOLZ, EUCH MIT POLEN EINZULASSEN!

* *Quelle: Dokumentarischer Anhang (ohne weitere Quellenangabe) in: E. Seeber, Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft, Berlin 1964*

VIII VERSCHÄRFUNG DER ZWANGSREKRUTIERUNG AUSLÄNDISCHER ARBEITER IN DEN WESTEUROPÄISCHEN UND SKANDINAVISCHEN LÄNDERN (JANUAR 1942)

"Betrifft: Verstärkung des Einsatzes von Arbeitskräften aus den besetzten Gebieten im Deutschen Reich und Vorbereitung eines zwangsweisen Einsatzes.

Der durch die starken Einberufungen zur Wehrmacht verschärfte Mangel an Arbeitskräften einerseits und die gesteigerten umfangreichen Rüstungsaufgaben im Reich andererseits machen es erforderlich, daß zur Ausführung der entstehenden Lücken Arbeitskräfte aus den besetzten Gebieten in einem weitaus größeren Umfang zur Dienstleistung in Deutschland herangezogen werden, als es bisher geschehen ist. In den besetzten Gebieten müssen daher alle Maßnahmen getroffen werden, die es ermöglichen, die Arbeitskräfte, die dort arbeitslos sind oder für den Einsatz in Deutschland unter strengster Auskämmung irgendwie freigestellt werden können, (...) einer Beschäftigung im Deutschen Reich zuzuführen."

"Dieser Einsatz soll zunächst wie bisher auf freiwilliger Grundlage erfolgen. Aus diesen Grunde muß die Werbung für einen Einsatz im Deutschen Reich erheblich verstärkt werden. Wenn aber ein befriedigendes Ergebnis erzielt werden soll, müssen die reichsdeutschen Stellen, die in den besetzten Gebieten die Hoheitsgewalt ausüben, mit allem Nachdruck die Maßnahmen anordnen können, die zur Unterstützung der freiwilligen Werbung von Arbeitskräften für den Einsatz in Deutschland erforderlich sind. Danach müssen, soweit notwendig, die in den besetzten Gebieten geltenden Vorschriften über den Arbeitsplatzwechsel und über den Unterstützungsentzug bei Arbeitsverweigerung verschärft werden. Durch Ergänzung der Arbeitsplatzwechselvorschriften muß vor allem sichergestellt werden, daß freiwerdende ältere gegen jüngere ausgleichsfähige Kräfte ausgetauscht und diese dann für das Reich bereitgestellt werden. Durch weitgehende Senkung der Unterstützung, auch in der öffentlichen Fürsorge, muß erreicht werden, daß die Arbeitskräfte zur Arbeitsaufnahme im Reich geneigt werden. Die den Arbeitslosen gewährte Unterstützung muß so niedrig bemessen werden, daß bei ihrer Zahlung im Hinblick auf die im Reich im Durchschnitt gebotenen Löhne und Überweisungsmöglichkeiten der stärkste Anreiz für eine Arbeitsaufnahme im Reich besteht. Bei ungerechtfertigter Verweigerung der Arbeitsaufnahme im Reich müssen die Unterstützungsleistungen auf das zur Fristung des Lebens Unerläßliche herabgesetzt oder ganz gestrichen werden. In diesem Zusammenhang kann auch an einen teilweisen Entzug von Lebensmittelkarten und an die Einweisung in besonders schwere Pflichtarbeit gedacht werden."

Quelle: Rundschreiben der Geschäftsgruppe Arbeitseinsatz des Beauftragten für den Vierjahresplan, Dr. Mansfeld, an: Reichskommissar für die besetzten norwegischen Gebiete, Reichskommissar für die besetzten niederländischen Gebiete, Militärverwaltungschef für Belgien und Nordfrankreich, Chef der Militärverwaltung in Frankreich, Chef der Zivilverwaltung in Luxemburg, Chef der Zivilverwaltung in Metz, Chef der Zivilverwaltung in Straßburg, 29. 1. 1942; abgedruckt in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem internationalen Militärgerichtshof, Nürnberg 1947, Bd. 5, S. 512-513.

IX MERKBLATT: VERHALTEN GEGENÜBER KRIEGSGEFANGENEN IM ARBEITSEINSATZ (1943)

Der Reichswirtschaftsminister

II L 2/50694/43

Berlin W 8, den 6. August 1943
Behrenstr. 43

An
1. die Herren Reichsstatthalter, Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und entsprechenden Behörden
- Landeswirtschaftsämter-
mit Überdrucken für die Gauwirtschaftskammern und Wirtschaftskammern
2. alle Oberbergämter mit Überdrucken für die Bergbehörden

Runderlaß Nr. 431/43/LWA
Betr.: Verhalten gegenüber Kriegsgefangenen; Merkblatt des OKW.

Nachstehendes in neuer Fassung herausgegebenes Merkblatt über das Verhalten gegenüber Kriegsgefangenen im Arbeitseinsatz, das vom OKW im Einvernehmen mit der Parteikanzlei und dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda aufgestellt wurde, übersende ich zur Kenntnisnahme. Frühere Merkblätter sind hierdurch überholt.

Im Auftrag
gez. Dr. Fremerey

Merkblatt

Verhalten gegenüber Kriegsgefangenen im Arbeitseinsatz

Die Kriegswirtschaft erfordert den Einsatz aller zur Verfügung stehenden Ar-

beitskräfte.
Deshalb werden die Kriegsgefangenen in vollem Umfange in den Dienst unserer Wirtschaft gestellt.
Kriegsgefangene müssen so behandelt werden, daß ihre volle Leistungsfähigkeit der Industrie und Ernährungswirtschaft zugute kommt.
Sie werden ausreichend ernährt; dieser Ernährung muß eine entsprechende Arbeitswilligkeit gegenüberstehen.
Jede Arbeitsstunde, die infolge Krankheit oder Unterernährung ausfällt, geht der deutschen Volkswirtschaft verloren.
Die Behandlung muß streng, aber korrekt sein. Sie wird wesentlich durch den Nutzen bestimmt, der im deutschen Interesse zu erzielen ist; mangelnde Arbeitswilligkeit wird durch die Wehrmacht bestraft, jede eigenmächtige Bestrafung ist streng verboten.
Kriegsgefangene gehören nicht zur Haus-, Tisch- oder Hofgemeinschaft, also auch nicht zur Familie. Sie haben als Soldaten ihres Landes gegen Deutschland gekämpft und müssen auch jetzt noch als feindlich gesinnt angesehen werden. Wer sie deutschen Arbeitskräften gleichstellt oder sogar bevorzugt behandelt, wird zum Verräter an der Volksgemeinschaft.
Deutsche Frauen, die in Beziehungen zu Kriegsgefangenen treten, schließen sich von selbst aus der Volksgemeinschaft aus und erhalten ihre gerechte Bestrafung. Selbst der Schein einer Annäherung muß vermieden werden. Mangelnder Abstand gegenüber Kriegsgefangenen erleichtert dem Feind Spionage und Sabotage und richtet sich damit gegen unser Volk.
Die Teilnahme an deutschen Feiern und Festen (falls nicht ausdrücklich aus besonderen Gründen von der Wehrmacht genehmigt) sowie kirchlichen Veranstaltungen, an denen Deutsche teilnehmen, ist den Kriegsgefangenen grundsätzlich untersagt. Der Besuch von Gaststätten und für Kriegsgefangene nicht zugelassenen Geschäften ist ebenfalls verboten. Dagegen ist es ihnen gestattet, ihre Feste unter sich zu feiern.
Einzelne französische und belgische Kriegsgefangene, die sich durch besondere Leistungen verdient machen, dürfen sich, mit Urlaubsscheinen des zuständigen Lagers ausgestattet, auch ohne deutsche Bewachung frei bewegen.
Kriegsgefangene erhalten alle unbedingt notwendigen Dinge. Geringfügige Zuwendungen, als Belohnung für gute Arbeitsleistungen im Interesse der Erhaltung oder Steigerung der Arbeitsleistung, sind statthaft. Die für bestimmte Arbeiten vorgeschriebene Arbeitskleidung, wie z. B. für Grubenarbeiten, chemische oder andere Spezialberufe, ist nicht von der Wehrmacht, sondern vom Betriebsführer zur Verfügung zu stellen. Geld und andere Wertgegenstände dürfen Kriegsgefangene nicht erhalten, ebensowenig Alkohol, soweit dieser nicht zur betriebsüblichen Ernährung behört.
Die Arbeitszeit richtet sich nach den kriegsbedingten Verhältnissen des Betriebes. Die Kriegsgefangenen haben Anspruch auf die zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit erforderliche Ruhezeit und darüber hinaus auf eine gewisse Freizeit zur Instandhaltung der Bekleidung und der Unterkunft.
Kriegsgefangene sind wertvolle Arbeitskräfte.
Diese Tatsache verpflichtet alle, die Kriegsgefangene einsetzen und beschäftigen.
Bedarfsträger, die Kriegsgefangene beschäftigen, müssen sich ihrer Verantwortung für Erhaltung der Arbeitskraft im Interesse der Gesamtkriegsführung bewußt sein.

Mutwillige oder fahrlässige Vernachlässigung der Kriegsgefangenen im Arbeitseinsatz schwächt die Kampfkraft von Front und Heimat.
Die Arbeitskraft der Kriegsgefangenen mit allen Mitteln zu erhalten, ist ein über dem Nutzen einzelner Bedarfsträger stehendes Gebot im Interesse des großen Ganzen.
Im Umgang mit allen Kriegsgefangenen sind diese Leitsätze von jedem Deutschen unbedingt zu beachten. Sie gelten auch gegenüber den Kriegsgefangenen, denen gewisse Erleichterungen gewährt sind.
Jeder Verstoß gegen die Richtlinien sabotiert die Kriegsführung und wird streng bestraft.

Dieses Merkblatt ist aufgestellt in Zusammenarbeit des Oberkommandos der Wehrmacht mit der Parteikanzlei und dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda und allen Parteidienststellen auf deren Dienstwegen zugegangen. Zusätze zu diesem Merkblatt sind verboten.
Alte Merkblätter sind einzuziehen.

Quelle: Archiv der Handelskammer Hamburg, Akte Nr. 94.A.418, ohne Seitenangabe

X ANWEISUNG ZUR STEIGERUNG DER ARBEITSLEISTUNG VON KRIEGSGEFANGENEN (DEZEMBER 1943)

Berlin, im Juli 1943

Der Reichsminister
für
Rüstung und Kriegsproduktion

Berlin, den 23. 12. 1943

V e r t r a u l i c h !

(Nicht in das Nachrichtenblatt. Nur zur persönlichen Unterrichtung der Betriebsführer.)

An die deutschen Betriebsführer!

Betr.: Steigerung der Leistung der Kriegsgefangenen.

Ich habe in den letzten Monaten die Feststellung treffen müssen, daß die Leistung der Kriegsgefangenen fast durchweg erheblich hinter der des deutschen Arbeiters zurückbleibt. Ein solches Zurückbleiben der Leistung der Kriegsgefangenen muß unter allen Umständen und mit allen Mitteln verhindert werden. Der Kriegsgefangene wird bei uns streng, aber gerecht behandelt, wir können deshalb von ihm auch eine Leistung erwarten, die etwa der des deutschen Arbeiters entspricht. Ich bin den Ursachen dieser Erscheinung nachgegangen und empfehle daher, bei der Behandlung von Kriegsgefangenen auf folgendes zu achten:

1.) Der Einsatz

Zunächst einmal wird in Zukunft, wo das noch nicht geschehen ist, die Heranführung der Kriegsgefangenen zur Arbeit unter allen Umständen so rechtzeitig erfolgen, daß der Arbeitsbeginn nicht verzögert wird.
Der Einsatz selbst muß unter der Devise stehen: Jedem seinen Arbeitsplatz; d.h., jeder Kriegsgefangene muß auf den Arbeitsplatz gestellt werden, der seinen Kenntnissen, Fertigkeiten und Fähigkeiten entspricht. Hierbei wird der Arbeitseinsatz-Ingenieur mitzuwirken haben.
Die Betriebe werden naturgemäß nicht selten eine nach Vorbildung, Kenntnissen und Fähigkeiten bunt zusammengesetzte Gruppe von Kriegsgefangenen zur Arbeit zugewiesen erhalten. Um diese wirklich nutzbringend und zweckentsprechend einzusetzen, wird sich bei Arbeiten, die einige Kenntnisse und Fertigkeiten voraussetzen, eine Ein- oder Umschulung nicht immer umgehen lassen. Eine solche ist daher, wenn notwendig und möglich, unverzüglich durchzuführen. Hierbei hat es sich als zweckmäßig herausgestellt, mit einer Grundschulung zu beginnen, um den Kriegsgefangen möglichst vielseitig verwenden zu können und dann zu Sonderlehrgängen überzugehen. Die Schulung muß sowohl die praktische als auch die theoretische Seite umfassen. Hierzu gehört auch der Unterricht in der deutschen Sprache, soweit sie im Arbeitsleben benötigt wird.
Der Einsatz selbst im Betrieb soll in geschlossenen Gruppen erfolgen. Es muß unter allen Umständen vermieden werden, daß Kriegsgefangene mit ausländischen Zivilarbeitern zusammen eingesetzt werden. Wo das im Augenblick noch geschieht, ist eine Trennung unverzüglich durchzuführen.
Schon während der Umschulung empfiehlt es sich, für jeden Kriegsgefangenen eine Karteikarte anzulegen, auf der der Ausbildungsgang, die Leistungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten laufend eingetragen werden. Wenn eine solche Kartei laufend und vollständig geführt wird, so wird es auch bei einer Umsetzung des Kriegsgefangenen immer leicht möglich sein, den für ihn geeigneten Arbeitsplatz zu finden.
Um die Arbeitskraft des Kriegsgefangenen voll auszunutzen, soll dieser, wenn irgend möglich, im Akkord eingesetzt werden. Es muß vermieden werden, daß der deutsche Arbeiter in 10 - 12-stündiger Akkordarbeit das Beste hergibt, während der Kriegsgefangene gemächlich im Zeitlohn Arbeitsstunden abbummelt; eine Erscheinung, die leider viel zu häufig festgestellt werden mußte.

2.) Der Lohn

Um nun den Kriegsgefangenen auch von sich aus dazu zu bringen, die Leistung zu steigern, hat der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz durch Erlaß vom 8. Sept. 1943 die bisherigen Grundsätze über die Bezahlung von Kriegsgefangenenarbeit im Interesse der Leistungssteigerung der Kriegsgefangenen im Einvernehmen mit dem OKW geändert. Aus diesen Grundsätzen soll hier hervorgehoben werden:
Der Unternehmer hat für die Überlassung von Kriegsgefangenen eine Entschädigung zu zahlen, die sich aus dem Anteil, der an das Deutsche Reich zu zahlen ist und dem Anteil, den der Kriegsgefangene erhält, zusammensetzt. Entsprechend meiner Forderung, daß der Kriegsgefangene grundsätzlich das glei-

che zu leisten hat wie der deutsche Gefolgsmann, hat der Unternehmer bei der Berechnung der Entschädigung für die Überlassung von Kriegsgefangenen von dem Verdienst auszugehen, den die im Betrieb beschäftigten gleichartigen und gleichaltrigen deutschen Arbeitskräfte, jedoch ohne Mehrarbeits-, Sonn-, Feiertags- und Sozialzuschläge erhalten würden.
Bei der Akkordarbeit hat der Unternehmer dem nichtsowjetischen Kriegsgefangenen einen Zuschlag von 10. v. H. des deutschen Akkordverdienstes zu gewähren. Der Zuschlag kann bis auf 70 v. H. erhöht werden, und zwar je nach der Leistung des Kriegsgefangenen. Für den sowjetischen Kriegsgefangenen beträgt der Zuschlag 5 v. H. des deutschen Akkordverdienstes.
Bei ungenügenden Leistungen des Kriegsgefangenen kann der Anteil bis auf die Hälfte herabgesetzt werden. Bei anhaltend ungenügenden Leistungen ist eine Minderentlohnung festzusetzen, über die der Kommandant des Mannschaftsstammlagers im Benehmen mit dem Beauftragten des Reichstreuhänders der Arbeit beim zuständigen Arbeitsamt entscheidet.

3.) Die Verwertung des Lohnanteils

Die Bereitschaft, durch gute Leistungen zu einem höheren Verdienst zu kommen, wird häufig ausbleiben, wenn der Kriegsgefangene keine Möglichkeit hat den höheren Erlös in Waren und dergleichen anzulegen. Es muß deshalb Aufgabe des Betriebsführers, der Kriegsgefangene beschäftigt, sein, diesem soweit als möglich in der Kantine auch Gegenstände des täglichen Bedarfs und dergleichen zum Verkauf zu stellen.

4.) Ärztliche Betreuung

Auf die Erhaltung des Gesundheitszustandes muß Wert gelegt werden. Im allgemeinen wird die gesundheitliche Betreuung durch einen Kriegsgefangenen-Lagerarzt durchgeführt. Da sich bisweilen herausgestellt hat, daß die Angaben dieses Lagerarztes oder eines sonstigen ausländischen Lagerarztes über den Gesundheitszustand des Kriegsgefangenen nicht zutreffend waren, empfiehlt sich in geeigneten Fällen die Einschaltung des Betriebsarztes, der bei geringen Verletzungen, Erkrankungen und dergleichen unverzüglich wieder die Arbeitsfähigkeit herstellen kann, ob der Kriegsgefangene die Krankheit nur vorgibt oder ob er wirklich krank ist.

5.) Aufrechterhaltung der Disziplin

Außerhalb des Betriebes wird die Disziplin von den Kommandanten des Kriegsgefangenen-Mannschaftsstammlagers ausgeübt. Während der Arbeit unterstehen die Kriegsgefangenen der Arbeitsdisziplin in den deutschen Betrieben. Sie wird durch Hilfswachmannschaften ausgeübt, die von der Stalag auf Vorschlag der für den Beschäftigungsort zuständigen Polizeibehörde aus der Zahl der deutschen Gefolgschaftsmitglieder bestellt werden. Diese Hilfsmannschaften erhalten hierüber eine Bescheinigung. Sie treten in kein Arbeitsverhältnis zur Stalag, sind aber gemäß § 35 des Wehrgesetzes in Bezug auf den Waffenge-

brauch den für Soldaten geltenden Vorschriften unterstellt. Sie können also in schweren Fällen auch von der Waffe Gebrauch machen, um etwaigen Widerstand der Kriegsgefangenen gegen Anordnungen des Betriebsführers oder betrieblicher Unterführer zu brechen. Im übrigen empfiehlt es sich aber, mit anderen Erziehungs- und Strafmitteln den Kriegsgefangenen auf den Weg der Ordnung zurückzurufen. Es ist z. B. mit Erfolg der Versuch gemacht worden, durch die Ausgabe von zweierlei Essen den schlechter arbeitenden Teil der Kriegsgefangenen zu erziehen bzw. zu strafen. Die übergroße Mehrzahl der Kriegsgefangenen hat versucht, durch bessere Arbeit wieder in den Genuß des besseren Essens zu kommen. Auch Entziehung von Tabak und Abordnung zur Außenarbeit, insbesondere zu Bauarbeiten, die bei sowjetischen Arbeitern ganz besonders unbeliebt sind, zusätzliche Nacht- und Sonntagsarbeit sind solche Erziehungsmittel, die mit Erfolg angewendet worden sind.
Es muß jedenfalls, wie ich abschließend noch einmal hervorheben möchte, durch geeignete Erziehung und notfalls durch Strafen dafür gesorgt werden, daß die Leistung der Kriegsgefangenen an die des deutschen Arbeiters herankommt.
Ich habe weiter die nötigen Anweisungen gegeben, die eine noch engere Arbeitsverbindung zwischen den Rüstungskommandos und den Kommandanten der Kriegsgefangenen-Mannschaftstammlager sicherstellen sollen. Ziel dieser Zusammenarbeit muß die Weckung des Interesses der Wachmannschaften an einer Steigerung der von ihnen beaufsichtigten Kriegsgefangenen sein.

gez. Speer

Quelle: Archiv der Handelskammer Hamburg, Akte Nr. 94.A.418, ohne Seitenangabe

XI ARBEITSLEISTUNG AUSLÄNDISCHER ARBEITSKRÄFTE (JANUAR 1944)

Gauwirtschaftskammer Hamburg
Abteilung Industrie

Hamburg, den 19. Jan. 1944
Dr. Hu./E.

Betr.: Erfahrungen mit ausländischen Arbeitskräften.

Der Gauwirtschaftsberater Wien hat über die Erfahrungen mit ausländischen Arbeitskräften einen Bericht Anfang Januar 1944 gemacht, der auszugsweise beigefügt ist. Die Kammer wäre dankbar für eine Stellungnahme zu diesem Bericht; insbesondere interessieren folgende Fragen:

1. Ist in Hamburg die gleiche Beobachtung über den Leistungsrückgang der ausländischen Arbeitskräfte gemacht worden wie in Wien?
2. Gilt auch für Hamburg die in Wien gemachte Erfahrung, wonach in kleineren und mittleren Betrieben ausländische Arbeitskräfte dank individueller Führung und Betreuung besseres leisten als in großen Betrieben?
3. Bestätigt auch die Hamburger Wirtschaft die Auffassung, wonach die Behandlung der ausländischen Arbeitskräfte fast ausschließlich eine Führungsfrage ist?
4. Ist die Hamburger Wirtschaft der Auffassung, daß durch eine Verschärfung der Arbeitsgerichtbarkeit für ausländische Arbeitskräfte das Problem gelöst werden kann?

Die Herren Arbeitseinsatz-Gruppenleiter werden gebeten, diesen Bericht mit den übrigen Ihrer Gruppe angehörenden Arbeitseinsatz-Ingenieuren zu besprechen. Diese erste Anfrage kann als Start für die Zusammenarbeit innerhalb der Gruppen benutzt werden.

Gauwirtschaftskammer Hamburg
Abteilung Industrie
Der Geschäftsführer
i. V.
gez. Dr. Humann

Verteiler:
Sämtliche Arbeitseinsatz-Gruppenleiter
Gauarbeitseinsatz-Ingenieur
Gauarbeitsamt
Herrn Staatsrat Blonm
Herrn Vogler, Bezirksobmann
Gestapo, z. Hd. v. Herrn Krim.-Komm. Schweim
Rüstungs-Kommando
D. A. F.

Erfahrungen mit ausländischen Arbeitskräften
(Auszug aus einem Bericht des Gaues Wien vom Anfang Jan. 44)

1) Haltung, Arbeitsdisziplin und Arbeitsleistung zeigen eine abfallende Tendenz. Gau Wien verallgemeinert dieses Urteil für sämtliche Völker, die in Deutschland beschäftigt sind. "Drohungen bei Zurechtweisungen im Hinblick auf den von den Ausländern in naher Zukunft erwarteten Zusammenbruch Deutschlands". Ungerechtfertigtes Krankmelden, Bummelei, verspätete Rückkehr vom Urlaub, Arbeitsvertragsbrüche, Tausch- und Schleichhandel, Glücksspiele, Belästigung von Frauen, passive Resistenz, Sabotagehandlungen.
2) Ausbleiben oder verspätete Rückkehr von Heimaturlaubsfahrten ist sehr umfangreich; ganz besonders ausgeprägt bei den französischen Zivilarbeitern. Diese weisen darauf hin, daß sie für 1 Jahr verpflichtet worden seien und dann nach Hause fahren könnten. Die Dienstverpflichtung für weitere Zeit erkennen sie nicht als berechtigt an.
3) Angehörige der südosteuropäischen Staaten betätigen sich besonders lebhaft am Tausch- und Schleichhandel. Entstehung eines ausgedehnten schwarzen Marktes, hohe Preise. An dem schwarzen Markt sind auch Deutsche beteiligt.
4) Neigung ausländischer Arbeitskräfte zu Glücksspielen. Bei manchen Ausländern wurden sehr große Geldbeträge gefunden, andere verspielten ihren letzten Anzug.
5) Freches Benehmen in öffentlichen Verkehrsmitteln.
6) "In Betrieben vorwiegend mittlerer und kleinerer Größe wird nicht nur eine ungleich bessere Arbeitsleistung erzielt, sondern auch Beschwerden und Klagen der ausländischen Gefolgschaftsgruppen sind weit geringer als in Großbetrieben (...)".

7) "Einen der wesentlichsten Faktoren bildet (...) das Problem der Menschenführung."
8) Ein Großbetrieb weist darauf hin, daß bei den ausländischen Arbeitskräften mindestens 30 % Leistungsreserven vorhanden seien. Ihrer Freimachung stehen im wesentlichen folgende Schwierigkeiten gegenüber:
a) Ungünstiges Verhältnis zwischen der Zahl der ausländischen und der deutschen Kräfte. Mangel an zuverlässigen Unterführern im Betrieb.
b) Die daraus zum Teil sich ergebende schlechte Arbeitsdisziplin und die derzeitigen Lohnverhältnisse".
c) Die unzulänglichen betrieblichen Handhaben zur Bestrafung von Disziplinlosigkeiten.
Zu diesen 3 Punkten wird noch bemerkt, daß vielfach die deutschen Vorgesetzten im Betrieb nicht fähig zur Menschenführung sind, daß es ihnen an der notwendigen Durchschlagskraft fehlt. In dem Bericht wird ferner darauf hingewiesen, daß keine Akkord-, sondern Zeitlöhne gezahlt werden. Dadurch geringere Arbeitsleistung. Als Gegenwehr gegen passive Resistenz, Bummelei und Sabotage greifen die Betriebe in zunehmendem Maße zur Selbsthilfe und bringen widersetzliche Gefolgschaftsmitglieder durch Schläge zur Räson. Dieses Mittel bezeichnet man nach den Erfahrungen als das noch allein wirksame. Das offizielle Verbot der Prügelstrafe behindert jedoch einen allgemeinen Gebrauch dieser Möglichkeit und schrecken insbesondere Vorarbeiter und Meister wegen der zu gewärtigenden Strafen davor zurück. Die Folge davon ist, daß sie eben lieber den Arbeiter bummeln lassen, als sich selbst der Gefahr einer Bestrafung auszusetzen. Vorschlag: Wirksamere, durchgreifende- und schlagartige Arbeitsgerichtsbarkeit sowohl inner-, als auch außerbetrieblich.
(...)

Quelle: Archiv der Handelskammer Hamburg, Akte Nr. 94.c.39, ohne Seitenangabe

XII OFFIZIELLE DIENSTANWEISUNG DER POLIZEI FÜR DEN WACHTDIENST VON LAGERN MIT RUSSISCHEN ZWANGSARBEITERN („OSTARBEITERLAGER") NACH 1942

DIENSTANWEISUNGEN FÜR DEN WERKSCHUTZ

A. Allgemeines

1. Die Zivilarbeiter aus den besetzten russischen Gebieten, die im Dritten Reich beschäftigt werden (sie werden im Folgenden als Ostarbeiter bezeichnet) müssen streng von der deutschen Bevölkerung, den anderen Zivilarbeitern und allen Kriegsgefangenen getrennt bleiben.
2. Die Ostarbeiter müssen auf ihrer rechten Brustseite ein Abzeichen tragen, und zwar auf der Oberbekleidung. (Für Arbeiten, wo kein Mantel getragen wird, muß dieses Abzeichen auch auf dem Hemd getragen werden). Das Abzeichen muß sichtbar und fest am Kleidungsstück angebracht sein. Es besteht aus einem längsstehenden Rechteck mit blauer und weißer Kante, auf dem in weiß auf blauem Grund die Buchstaben "OST" stehen.
Die Ostarbeiter dürfen sich - soweit es für die Arbeit nicht unumgänglich ist - in keiner Weise mit folgenden Personenkreisen unterhalten:
a) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, insbesondere des anderen Geschlechts. Geschlechtsverkehr ist bei Todesstrafe ausdrücklich verboten.
b) Andere Fremdarbeiter oder Kriegsgefangene.

B. Aufgaben

4. (a) Der Werkschutzleiter ist verantwortlich für die Festlegung der Aufgaben der Wachen im Lager selbst, auf dem Weg zur Arbeit und am Arbeitsplatz. Nie sollen Männer einzeln dem Wachdienst zugeteilt werden. Der Leiter ist verantwortlich für die Durchführung der erteilten Anweisungen, für die Sicherheit des Lagers und die Aufrechterhaltung von Ordnung und Disziplin im Lager und am Arbeitsplatz. Er muß die diensthabenden Wachen beaufsichtigen und hin und wieder ihre Arbeit unangemeldet überprüfen. In seiner Abwesenheit muß er einen Stellvertreter bestimmen.
(b) In Fragen von grundsätzlicher Bedeutung muß er die Entscheidung der Gestapoleitstelle einholen. Es ist gleichfalls seine Pflicht, jegliches besondere Vorkommnis an diese Stelle zu melden.
(c) In Fällen, wo die Sicherheit des Lagers unmittelbar bedroht ist, muß er

aus eigenem Antrieb die Polizei herbeirufen, wenn es zu lange dauern würde, die Gestapo zu rufen.
5. Die Wachen und das Firmenpersonal müssen gegenüber den Arbeitern die nötige Zurückhaltung üben - sie haben ruhig, ernst und bestimmt zu sein. Sie dürfen sich auf keine unnötigen Gespräche mit ihnen einlassen, noch dürfen sie Individuen bevorzugen oder benachteiligen. Jede Unterhaltung mit den Arbeitern außerhalb der reinen Dienstaufgaben ist verboten. Insbesondere ist es verboten, als Vermittler bei Aufträgen zu handeln, Geschenke anzunehmen usw.
6. (a) Die geringsten Anzeichen von Auflehnung oder Ungehorsam sind entschlossen zu bekämpfen und Waffen sind ohne Zögern einzusetzen, um jeden Widerstand zu brechen.
(b) Auf flüchtige Russen ist mit der festen Absicht, sie zu treffen, zu schießen. Im übrigen gelten die Vorschriften für Polizeibeamte bezüglich des Waffengebrauchs auch in diesen Fällen. Bei jedem Fall von Waffengebrauch ist der zuständigen Gestapoleitstelle ein Bericht zu liefern. Die Wachen müssen sich jederzeit ihrer besonderen Verantwortung für die Sicherheit des Lagers und die Überwachung der Insassen bewußt sein.

C. Aufnahme

7. Die Namen russischer Neuankömmlinge müssen in das Lagerbuch (Lagerakte), das von der Lagerverwaltung zu führen ist, eingetragen werden. Ihre genauen persönlichen Angaben müssen festgehalten und mit den Papieren (Pässe, Transportscheine oder, wenn schon vorhanden, Arbeitsbüchern) verglichen werden. Abweichungen müssen mit den örtlichen Polizeibehörden untersucht werden.
8. Sobald wie möglich sollten mit den lokalen Polizeibehörden Abmachungen getroffen werden, um die russischen Arbeiter mit einem Abzeichen zu versehen und auf diesem einzutragen, was ihre Aufgaben sind, siehe Punkt 2 und 3. Die lokalen Polizeibehörden haben Vorräte an Abzeichen anzulegen. Die lokale Polizeibehörde wird sich mit dem zuständigen Wirtschaftsoffizier in Verbindung setzen, um das Material zu erhalten, das nötig ist, um die Abzeichen aufzunähen.

D. Strafen

9. (a) Im Lager und am Arbeitsplatz müssen strikte Disziplin und Ordnung aufrechterhalten werden. Die Arbeiter müssen den Befehlen der Wachen Folge leisten, im Lager denen der Lagerwachen. Ein Arbeiter, der sich weigert, sich den erteilten Befehlen zu fügen oder der seine Arbeit vernachlässigt, wird bestraft. Folgende Strafen sind erlaubt:
1) Drill nach der Arbeitszeit
2) Zuweisung von Strafarbeiten.
3) Entzug warmer Mahlzeiten für eine Dauer von nicht mehr als drei Tagen pro Woche
4) Einsperren für nicht mehr als drei Tage
(b) Besonders die Arbeiter, die bei ihrer Arbeit nachlässig und langsam sind, werden mit Strafarbeiten betraut. Diesen Arbeitern werden alle Vergünstigun-

gen entzogen. Sie müssen mit besonderer Schärfe angefaßt werden. Die Firma entscheidet, welche Arbeit als Strafarbeit zu vergeben ist.
(c) Gefängnisarrest besteht aus Einsperren in der Zelle, Arbeitsentzug, Entzug der Bewegung in der frischen Luft, Entzug des Bettes, Begrenzung der Nahrung auf Wasser und Brot.
(d) Über die Strafen entscheidet der Werkschutzleiter. Jede Strafe muß im Strafbuch vermerkt werden. Strafen nach Punkt 3 und 4 müssen auch der zuständigen Gestapoleitstelle gemeldet werden.
10. Schwere Verstöße gegen die Disziplin, Ungehorsam, Sabotageakte oder -versuche, Fälle von Geschlechtsverkehr oder kriminelle Delikte müssen der zuständigen Gestapoleitstelle sofort gemeldet werden. Der Arbeiter, der den Verstoß begangen hat, ist im Gefängnis zu halten, bis weitere Anweisungen ergehen.

Gezeichnet. Dr. Albath
Gezeichnet: Wellershoff
Verwaltungsangestellter

Quelle: Rückübersetzung vom Englischen ins Deutsche nach: v. Bülow-Dokument 290, abgedruckt in: Trials of War Criminals before the Nuernberg Military Tribunals, Vol IX („The Krupp Case"), Washington 1950, S. 889-892

XIII DIE SOGENANNTEN LAGERREGELN IM „ARBEITSERZIEHUNGSLAGER DECHENSCHULE" DES KRUPP-KONZERNS (JULI 1944)

Brief des Essener Gestapochefs Nohles vom 11. Juli 1944 an von Bülow. Der Brief vermittelt die Lagerregeln, die Hausordnung und die Dienstanweisungen für das Auffanglager Dechenschule. Außerdem Brief des Angeklagten von Bülow an Wilshaus vom 17. Juli 1944 - dieser Brief kommentiert die Regeln.

Geheime Staatspolizei
Gestapoleitstelle Düsseldorf
Bezirk Essen

Essen, den 11.7.1944
(...)

An den Abwehrbeauftragten der Firma Krupp in Essen
Herrn von Bülow

Thema: Lagerregeln mit Hausordnung und Dienstanweisungen für das Auffanglager Dechenschule
(...)
Anlagen: 6

Beiliegend finden Sie zwei Exemplare der neuen Lagerregeln, Hausordnung und Dienstanweisungen für das Auffanglager Dechenschule. Ein Exemplar ist jeweils für das Lager, das andere für die Werkspolizei bestimmt. Bitte lassen sie die Regeln in die Sprachen der Lagerinsassen übersetzen (Französisch, Holländisch und Polnisch) und im Lager aushängen. (...)

gez. Nohles

Geheime Staatspolizei
Gestapoleitstelle Düsseldorf
Bezirk Essen

Essen, den 11.7.1944

Die Gestapoleitstelle Düsseldorf, Bezirk Essen, hat bei der Firma Krupp in Essen mit Wirkung vom 1. Februar 1944 ein Auffanglager der Staatspolizei für ausländische Zivilarbeiter (ausgenommen Ostarbeiter), die ihren Arbeitsvertrag gebrochen haben, eingerichtet und verfügt die folgenden Lagerregeln:

LAGERREGELN

für das Auffanglager der Staatspolizei bei der Firma Krupp in Essen, Dechenstr. 22

I. Allgemeines

Das Auffanglager der Staatspolizei für männliche Ausländer ist in der Dechenschule eingerichtet worden. Unterkunft und Verpflegung werden von der Firma Krupp zur Verfügung gestellt. Das Lager steht unter der Oberaufsicht der Gestapoleitstelle Düsseldorf, Bezirk Essen, die auch einen Beamten für die Beaufsichtigung des Lagers abstellt.

II. Lagerbewachung

Die Bewachung des Lagers obliegt der Werkspolizei von Krupp. Dienst und Pflichten der Lagerwachen sind in den Dienstanweisungen der Gestapoleitstelle Düsseldorf, Bezirk Essen, niedergelegt.
Der Lagerleiter ist der Vorgesetzte der Lagerwachen.

III. Dauer des Lageraufenthalts

Männliche Fremdarbeiter (außer Ostarbeiter), die aus irgendwelchen Gründen in den Akten der Staatspolizei erfaßt wurden, werden im Auffanglager Dechenschule untergebracht. Die Dauer der Lagerzeit wird von der Geheimen Staatspolizei festgelegt. Sie endet mit dem Tag der Rückkehr zum eigentlichen Arbeitgeber. Für Häftlinge, die während ihres Strafmaßes entflohen, nach ihrer Flucht wieder festgenommen und ins Lager zurückgebracht wurden, beginnt das Strafmaß neu mit dem Tag, wo sie ins Lager zurückgebracht wurden. Die Insassen werden besonders gekennzeichnet und haben kein Recht auf irgendwelche Vergünstigungen.

IV. Arbeitszeit für die Insassen

Die Insassen werden laut Vertrag der Firma ..... zur Anstellung übergeben. Die Arbeitszeit beträgt nach Anweisung des Inspektors der Staatspolizei und des Sicherheitsdienstes in Düsseldorf bis zu 12 Stunden, je nach Jahreszeit. Es wird keine Bezahlung für die Arbeit geleistet.

V. Krankenversicherung und Arbeitsunfälle

Lagerinsassen erhalten dieselbe ärztliche Betreuung wie die Fremdarbeiter, die von der Fabrik beschäftigt werden, aber auf Kosten der beschäftigenden Firma (Werksarzt). Falls im Zuge der Behandlung ein Krankenhausaufenthalt nötig wird, gehen die Kosten für die Behandlung vom Tag der Aufnahme in ein Krankenhaus an zu Lasten der Polizei. Es ist Pflicht der beschäftigenden Firma, die Insassen des Auffanglagers in angemessener Weise bei der zuständigen Gesellschaft gegen Unfälle zu versichern. Der zuständige Polizeiarzt ist neben dem Werksarzt von Krupp mit der ärztlichen Betreuung des Lagers betraut. Bei Todesfällen müssen der Polizeiarzt und die Gestapoleitstelle Düsseldorf, Bezirk Essen sofort telefonisch benachrichtigt werden.
(...)
Die Internierten müssen sofort nach ihrer Einlieferung dem Werksarzt zur Untersuchung vorgeführt werden. Falls nach Meinung des Werksarztes Individuen unter den Insassen sind, die dem Lageraufenthalt nicht gewachsen sind, muß die nächste Gestapostelle sofort benachrichtigt werden.

VI. Lagerstrafen

Im Fall der Verletzung von Lagerregeln, von Widerspenstigkeit, von absichtlich schlechtem Arbeitsverhalten und anderen Verstößen kann der Lagerleiter (...) folgende Strafen anordnen:
1. Verweis
2. Entzug des warmen Mittagessens bis zu 3 Tagen an jedem zweiten Tag
3. Entzug des warmen Mittagessens bis zu 4 Tagen hintereinander
4. Entzug des Betts bis zu dreimal hintereinander
5. Zuweisungen von zusätzlicher Arbeit an bis zu 5 Tagen. Die Gesamtarbeitszeit soll 16 Stunden nicht überschreiten
6. Einsperren für die Dauer von höchstens 2 Wochen. Jede Bestrafung muß im Strafbuch vermerkt werden. Für die Strafe Nr. 6 ist die Erlaubnis der Staatspolizei nötig. Die Behandlung der Internierten hat streng, aber korrekt und gerecht zu sein.
(...)

Geheime Staatspolizei
Leitstelle Düsseldorf
Bezirk Essen

HAUSORDNUNG
für das Auffanglager Dechenschule

1.

Die Lagerinsassen haben den Anordnungen des Lagerleiters sofort und bedingungslos Folge zu leisten. Ebenso den Anordnungen der Lagerwache und des Lagerpersonals.

2.

Der Lagerleiter ernennt Lagerälteste aus den Reihen der Lagerinsassen, deren Anweisungen, die nur in der Folge von Instruktionen des Lagerleiters erfolgen, auszuführen sind.
Wenn der Lagerleiter oder andere Vorgesetzte seinen Bereich im Lager betreten, hat der Lagerälteste Bericht zu erstatten, wobei er Hab-acht-Stellung einzunehmen hat. Die Insassen haben sich auf den Befehl "Achtung" zu erheben.

3.

Im Lager hat strengste Ruhe zu herrschen. Jede laute Unterhaltung, alles Singen, Pfeifen, Musik, Karten- und Glücksspiele sind strikt untersagt. Die Lagerbetten dürfen untertags nicht benutzt werden. Ausnahmen sind nur mit Erlaubnis des Lagerleiters gestattet.

4.

Alle Internierten sind verpflichtet, sich, das Lager und die Lagereinrichtungen peinlich sauberzuhalten. Dies wird von den Lagerältesten überwacht, die dem Lagerleiter verantwortlich sind.

5.

Jede absichtliche Beschädigung des Lagers und von Gegenständen innerhalb des Lagers einschließlich des Lagerzauns ist untersagt.

6.

Jegliche politische Unterhaltung ist streng verboten und wird bestraft. Versammlungen, anti-deutsche-Konspiration, Beleidigungen des Lagerpersonals und Streitereien unter den Insassen werden besonders hart bestraft.

7.

Während der Arbeitszeit haben die Häftlinge den Anordnungen des Aufsichtspersonals Folge zu leisten. Nachlässige Arbeit und undiszipliniertes Verhalten werden strengstens bestraft.

8.

Gegenstände, die nicht ins Lager gehören, dürfen von der Arbeit außerhalb des Lagers nicht mitgebracht werden. Es ist auch verboten, irgendwelche Nahrungsmittel, Tabak usw. mitzubringen. Ausnahmen sind jedoch mit Erlaubnis des Lagerleiters gestattet.

9.

Jeglicher Postverkehr ist untersagt.

10.

Bei Fliegeralarm ist den Anordnungen des Lagerpersonals sofort Folge zu leisten.

11.

Jede Verletzung der Lagerregeln wird mit Haft, Verlängerung der Lagerzeit, Entzug von warmem Essen oder mit besonderen unangenehmen Aufgaben bestraft. Deshalb hat jeder Lagerinsasse den Lagerregeln strikt Folge zu lei-

sten und Verletzungen sofort dem Lagerleiter oder der Lageraufsicht zu melden. Jeder, der das versäumt, wird selbst bestraft.

Geheime Staatspolizei
Leitstelle Düsseldorf
Bezirk Essen

DIENSTVORSCHRIFTEN
für die Wachen des Auffanglagers Dechenschule

I. Allgemeines

Das Arbeitserziehungs- und Auffanglager Dechenschule ist der Gestapoleitstelle Düsseldorf, Bezirk Essen, unterstellt.

II. Lagerbewachung

Die Lagerwachen werden von den Lagerwachmannschaften der Firma Krupp gestellt.

III. Aufgaben des Werkschutzes
a. Sicherung und Bewachung des Lagers bei Tag und Nacht
b. Begleitung der Insassen auf ihrem Weg zu und von der Arbeit
c. Bewachung der Insassen während der Arbeit, am Arbeitsplatz und im Lager
d. Berichterstattung auch über die kleinsten Vorfälle, wie Verletzung der Lagerregeln, Ungehorsam, absichtlich schlechtes Arbeitsverhalten. Unfälle haben sofort schriftlich gemeldet zu werden.

IV. Kleidung, Ausrüstung, Bewaffnung

Wird nach der Regelung für die Werkspolizei von Krupp gehandhabt.

V. Aufgaben des Werkschutzleiters

Der Leiter der Werkspolizei ernennt einen Lagerleiter für die Lagerwache. Er ist verantwortlich für die Durchführung des Morgen- und Abendappells und für die Anwesenheit der Insassen. Er ist auch verantwortlich für den Tagesbefehl der Wachen zur Festlegung der Aufgaben. Weitere Aufgaben des Lagerleiters:
a. Dienstliste der Wachen und Führen des Wachbuches
b. Zuweisung der einzelnen Tagesbefehle
c. Tägliche Überprüfung des Lagers auf Sauberkeit, besonders bei den sani-

tären Installationen
d. Überprüfung der Wachen. Die Kontrollen sind im Wachbuch zu vermerken.
e. Tägliche Überprüfung der vollständigen Verdunkelung im Lager
f. Berichterstattung an den Lagerleiter bei besonderen Vorfällen.

VI. Aufgaben der Wachmannschaften

Nach dem Morgenappell übernehmen die Wachen die ihnen zugewiesenen Insassen und haben sie ununterbrochen zu beobachten, strengstens zu bewachen und jede Flucht zu verhindern. Insbesondere hat für intensive Arbeitsleistung Sorge getragen zu werden.
Individuelle Unterhaltung zwischen Wachen und Insassen, besonders der Austausch oder Kauf von Gegenständen, ist streng verboten. Auch Beziehungen zwischen Internierten und Privatpersonen sind untersagt. Verletzungen dieser Anweisung durch das Wachpersonal werden durch strengste Maßnahmen der Staatspolizei geahndet.

VII. Dienstbücher der Wachmannsch

Folgende Bücher müssen geführt werden:
1. Wachbuch mit Tagebuch über besondere Vorfälle
2. Dienstliste mit Bemerkungen über die Tagesberichte
3. Strafbuch
4. Buch über die verwahrten Gegenstände

VIII. Anwendung von Waffen

Beim geringsten Anzeichen von Auflehnung und Ungehorsam muß erbarmungslos durchgegriffen werden; auch Feuerwaffen sind ohne Zögern einzusetzen, um Widerstand zu brechen.
Auf flüchtende Insassen ist sofort und mit der festen Absicht, sie zu treffen, zu schießen. Im übrigen sind die Waffen nach den für die Polizei gültigen gesetzlichen Vorschriften einzusetzen.

IX. Betreten des Lagers und Besuchsregelung

Der Eintritt in das Lager ist nur dem diensthabenden Personal gestattet; sonst nur mit Erlaubnis des Lagerleiters.
Erlaubnis für Verwandte usw., die Internierten zu besuchen, wird von der Staatspolizei und nur in dringenden Fällen erteilt. Unterhaltungen dürfen nur in Gegenwart einer Aufsichtsperson stattfinden. Gegenstände, die bei solchen Gelegenheiten an die Insassen ausgehändigt werden, müssen dem Lagerleiter übergeben werden, der weitere Maßnahmen ergreift.

X. Verhalten während Fliegeralarm und Feuer

Im Fall von Fliegeralarm werden die Regeln angewendet, die für das Lager und die Firma Krupp gelten. Die Insassen bleiben bei ausgeschaltetem Licht in ihren Quartieren, bis sie von den Wachen zu den Luftschutzunterkünften gebracht werden. Im Fall von absichtlicher Verletzung der Verdunkelungsvorschriften oder von anderen Sabotagehandlungen sind sofort Feuerwaffen einzusetzen. Im Fall von Feuer sind die Insassen unter Leitung des Bewachungsleiters für Rettungsarbeiten und Feuerbekämpfung einzusetzen. Größte Vorsicht hat zu walten, um Fluchtversuche zu verhindern.

XI. Einwilligung in die Dienstvorschriften

Nach vier Wochen hat jedes Mitglied der Wachmannschaft durch seine Unterschrift unter die Dienstvorschriften zu bestätigen, daß er sie gelesen hat und daß er sich verpflichtet, sie weiterhin gewissenhaft auszuführen. Verletzungen der Wachanweisungen werden nach den entsprechenden Strafvorschriften oder mit Maßnahmen der Staatspolizei bestraft.

Geheime Staatspolizei
Leitstelle Düsseldorf
Bezirk Essen

Herrn Wilshaus
Stahlwerke Cast

17. Juli 1944

Betrifft: Dechenschule

Beiliegend schicke ich Ihnen den Brief der Stapo vom 11. d. Monats mit den betreffenden Anlagen. Folgende Punkte bei den Anlagen möchte ich hervorheben:

1. Rauchverbot. In dieser Angelegenheit hatten wir entschieden, daß Insassen von Dechenschule, die sich wenigstens einige Wochen lang (wie viele?) gut betragen, rauchen dürfen. Diese Leute sollten in einen getrennten Raum gebracht werden. Bitte klären sie das mit der Stapo.
2. Punkt 9 der Hausordnung: Was Post anbetrifft, sollten ebenfalls einige Sonderregelungen für Internierte eingeführt werden, die sich gut führen. Das sollten Sie ebenfalls klären.
3. Punkt VII der Dienstvorschriften, Dienstbücher. Sind diese Bücher alle vorbereitet? Ich würde sie gern einmal anschauen.
4. Punkt III der Lagerregeln. Die Regel, daß die Strafzeit wieder eingefangener Flüchtlinge mit dem Tag der zweiten Einlieferung neu beginnt, scheint mir wichtig.

5. Punkt V der Lagerregeln - Krankenversicherung und Arbeitsunfälle. Sind diese Regeln angemessen?

Gez. v. Bülow

Quelle: Rückübersetzung vom Englischen ins Deutsche nach: v. Bülow-Dokument 590, abgedruckt in: Trials of War Criminals before the Nuernberg Military Tribunals, Vol. IX („The Krupp Case"), Washington 1950, S. 1042-1049

XIV BEHANDLUNG VON KRIEGSGEFANGENEN ZWECKS STEIGERUNG DER ARBEITSLEISTUNG

Oberkommando der Wehrmacht
fAWA/Chef Kriegsgef. Allg. (Ia)
Nr. 4440/44

(10) Torgau/Elbe, den 17. 8. 44

Bezug: 1) OKW Az. 2f24. 77 b. AWA/ Kriegsgef. Allg. (Ia) Nr. 2704/43 v. 13. 5. 44
2) OKW Az. 2f24. 17 a. Chef Kriegsgef. /Allg. (I) Org. (IIIb) Nr. 2916/42 vom 26. 6. 1942
3) Chef Kriegsgef. d. OKW Az. 2f24. 74 f. Kriegsgef. Allg. (Ia) Nr. 11 082/43 vom 26. 10. 43
4) Befehlssammlung Ziffer 386 und 508

je 1 Exemplar an:
Bez. Obm. Schlesw. -Holst.
Bez. Obm. Weser-Ems
Bez. Obm. Ost-Hann.
Herrn Vogler
abges. 4. 10. 44

Betr.: Behandlung der Kriegsgefangenen. Leistungssteigerung

Die bisher ergangenen Verfügungen über die Behandlung und Leistungssteigerung der Kriegsgefangenen haben nicht in allen Fällen den gewünschten Erfolg gebracht. Von Dienststellen der Partei und der Wirtschaft werden immer wieder Klagen über die schlechte Arbeitsleistung aller Kr. Gef. laut. Im Einvernehmen mit den beteiligten Stellen der Partei und des Staates werden daher nachstehende Richtlinien für das Kriegsgefangenenwesen bekanntgegeben. Alle Wach- und Hilfswachmannschaften sind umgehend entsprechend zu belehren.

1.) Zusammenarbeit mit den Hoheitsträgern der NSDAP.

Die Zusammenarbeit aller im Kriegsgefangenenwesen tätigen Offiziere mit den Hoheitsträgern der Partei ist noch mehr als bisher zu verstärken.
Zu diesem Zweck wird angeordnet, daß die Kommandanten der Kriegsgefangenenlager ab sofort für alle Kreise ihres Bereiches einen auf allen Gebieten des Kriegsgefangenenwesens erfahrenen tatkräftigen Offizier als "Verbindungsoffizier zum Kreisleiter" kommandieren mit dem Auftrag, in engster Zusammenarbeit mit diesem nach den Weisungen des Lagerkommandanten alle die Öffentlichkeit berührenden Fragen des Kriegsgefangenenwesens zu behandeln.
Ziel dieser Zusammenarbeit muß sein:
a) die Arbeitsleistung der Kriegsgefangenen zu steigern,
b) auftretende Schwierigkeiten mit größter Beschleunigung örtlich zu regeln,
c) im übrigen den Einsatz der Kriegsgefangenen in den Kreisen so zu gestalten, daß er den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Forderungen entspricht.
Entsprechende Anordnung ergeht durch die Partei-Kanzlei an die Gau- und Kreisleiter.

2.) Behandlung der Kriegsgefangenen.

Die Behandlung der Kriegsgefangenen ist unter Berücksichtigung abwehrmässiger Belange einzig und allein darauf abzustellen, die Arbeitsleistung auf das höchstmögliche Maß zu steigern. Zur Erzielung dieses Höchstmaßes an Arbeitsleistung gehört neben gerechter Behandlung und der Versorgung der Kriegsgefangenen mit der ihnen nach den Bestimmungen zustehenden Verpflegung und angemessenen Unterkunft die Überwachung der Arbeitsleistung. Faulen und aufsässigen Kr. Gef. muß mit eindeutiger Schärfe unter Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel entgegengetreten werden. Der Kriegsgefangene ist Soldat und zum Gehorsam verpflichtet. Der Gehorsam kann erzwungen werden. Die Kriegsgefangenen dürfen keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß gegen sie rücksichtslos, notfalls mit der Waffe, eingeschritten wird, wenn sie etwa mit ihrer Arbeitskraft zurückhalten, passiven Widerstand leisten oder sogar meutern. Leistungsunwillige Kriegsgefangene sind durch die Wachmannschaften oder durch den Betriebsführer dem Disziplinarvorgesetzten namhaft zu machen, der für eine sofortige Bestrafung zu sorgen hat. Die verhängten Strafen sind in den Betrieben bekanntzumachen.

3.) Leistungsverpflegung.

Bei geringer Leistung einzelner Kriegsgefangener sind verpflegungsmäßige Abzüge zu machen. Einsparungen sind besonders fleißigen Kriegsgefangenen zuzuwenden.

4.) Neufestsetzung der Befugnisse des Betriebsführers gegenüber den Kriegsgefangenen und Wachmannschaften.

Bei dem weitverzweigten Arbeitseinsatz der Kriegsgefangenen liegt die Beaufsichtigung der Kriegsgefangenen an den Arbeitsstellen in erster Linie bei den Betriebsführern und den ihnen unterstellten Meistern und Vorarbeitern, die als Hilfswachmannschaften eingesetzt sind. Hinsichtlich des Verhaltens der Kriegsgefangenen an der Arbeitsstelle sind die Führer der Arbeitskommandos daher vielfach auf das Urteil des Betriebsführers angewiesen. Dies gilt insbesondere bei der Beurteilung der Arbeitsleistung und Einhaltung der Arbeitsdisziplin (Betriebsordnung). Den Betriebsführern wird deshalb ein Vorschlagsrecht für die Bestrafung von Kriegsgefangenen zugebilligt. Die Bestrafung selbst hat unverzüglich durch die zuständigen Disziplinarvorgesetzten oder gegebenenfalls durch die zuständigen Wehrmachtsgerichte zu erfolgen. Die Betriebsführer sind umgehend über die gegen die Kriegsgefangenen zulässigen Strafen zu unterrichten.
Gleichfalls ist der Betriebsführer befugt, den zuständigen Wehrmachtdienststellen eine Bestrafung oder eine Versetzung von nachlässigen Wach- und Hilfswachmännern vorzuschlagen. Bemessung der Strafe und Strafverhängung ist allein Sache der zuständigen Wehrmachtdienststellen.

5.) Aufgaben und Pflichten der Wachmannschaften.

Wach- und Hilfswachmannschaften haben neben ihrer Aufgabe der Bewachung der Kriegsgefangenen auch die Pflicht, deren Arbeitsleistung zu überwachen. Sie haben den Betriebsführer und seinen Beauftragten bei ihren arbeitsfordernden Maßnahmen in reibungsloser Zusammenarbeit zu unterstützen. Ihnen stehen ausreichende Mittel zur Verfügung, die Kriegsgefangenen zur Erfüllung ihrer Aufgabe zu zwingen und Arbeitsverweigerungen zu unterbinden. Sie sind verpflichtet, mit aller Energie und rücksichtslos von diesen Mitteln Gebrauch zu machen. Sie sind zur Verantwortung zu ziehen und streng zu bestrafen, wenn sie gegenüber Kriegsgefangenen, die mit ihrer Arbeitskraft zurückhalten oder die Arbeit verweigern, nicht einschreiten. Geringfügige Verstöße bei der Behandlung der Kriegsgefangenen durch Wach- und Hilfswachmannschaften sind, soweit sie der Leistungssteigerung dienen, nicht zu verfolgen. Wach- und Hilfsmannschaften haben jederzeit den erforderlichen Abstand von den Kriegsgefangenen zu wahren; sie sind im Dienst Vorgesetzte der ihnen zugewiesenen Kriegsgefangenen. Vertraulichkeiten mit den Kriegsgefangenen sind eines deutschen Soldaten unwürdig und deshalb schärfstens zu ahnden.

6.) Politische Ausrichtung der Wach- und Hilfswachmannschaften.

Die innere Bereitschaft zu einer richtigen Einstellung der Wachmannschaften

gegen die Kriegsgefangenen ist nicht nur eine Frage der militärischen Erziehung, sondern im wesentlichen eine Frage der politischen Haltung. Die Wach- und Hilfswachmannschaften sind deshalb so oft wie möglich zur politischen Ausrichtung zusammenzufassen. Die Kommandeure der Kriegsgefangenen in den Wehrkreisen haben dafür Sorge zu tragen, daß bei allen Stalags beschleunigt hauptamtliche NS-Führungsoffiziere eingesetzt werden. Planstellen hierzu werden durch Sonderverfügung zugewiesen.
Die eingesetzten NS-Führungsoffiziere sind dem OKW/AWA/Chef Kriegsgef. umgehend mit folgenden Angaben zu melden:
Name:
Dienstgrad:
Geburtsdatum:
Heimatanschrift:
Bisherige militärische Verwendung:
Auszeichnungen:
Tätigkeit in der Partei bzw. in den Gliederungen:
Für die Auswahl der NS-Führungsoffiziere sind die Ausführungsverfügungen des Chefs OKW vom 6. 2. 1944 zum Führerbefehl vom 23. 12. 1943 sowie die Richtlinien des Chefs des NS-Führungsstabes OKW vom 9. 2. 1944 (Anlagen folgen) maßgebend. Die laufende politische Ausrichtung hat ab sofort einzusetzen. Solange die vorgesehenen NS-Führungsoffiziere nicht in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen, sind geeignete Redner der Partei heranzuziehen. Die Beteiligung der Hilfswachmannschaften an einer politischen Ausrichtung hat im Einvernehmen mit den Unternehmern zu erfolgen. Die Durchführung der politischen Ausrichtung und die Gestellung der Redner ist von den Wehrkreiskommandos mit den zuständigen Gauleitungen zu regeln, die gleichzeitig von der Partei-Kanzlei entsprechende Anweisungen erhalten.
(...)

Quelle: Archiv der Handelskammer Hamburg, Akte Nr. 94.A.418, ohne Seitenangabe

XV WIDERSTANDSAKTIONEN DER AUSLÄNDISCHEN ZWANGSARBEITER (SEPTEMBER 1944)

Gauwirtschaftskammer Hamburg
Abteilung Industrie

Notiz für Herrn Asch und Herrn Dr. Humann.

Betr.: Verhalten der Kriegsgefangenen, ausländischen Arbeiter und Ostarbeiter.

Herr Kriminalkommissar Schweim, mit dem ich die im Betreff genannte Angelegenheit durchsprach, äußerte sich dahingehend, daß sich das Verhalten sowohl der Kriegsgefangenen als auch dasjenige der ausländischen Arbeiter (einschl. der Ostarbeiter) im Hinblick auf die augenblickliche Lage unbedingt verschlechtert hat. Besonders in krimineller Hinsicht mehren sich die Fälle von Diebstählen auf den Bahnhöfen und im Hafen. Es haben sich Banden gebildet, die das gestohlene Gut auf dem schwarzen Markt vertreiben.
In Bergedorf haben sich in den dortigen Lagern Terrorgruppen gebildet, die Flugblätter verteilen, worin zum Streik und Widerstand aufgefordert wird. Sogar Waffen sind bereits bei den Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeitern gefunden worden. Diese Organisation erstreckt sich weit über Hamburg hinaus Auch die Verbreitung von Feindmeldungen nimmt erheblich zu. Dieses wird besonders dadurch begünstigt, daß sich immer mehr deutsche Frauen mit den Ausländern abgeben. Durch diesen Verkehr haben dann die Ausländer Gelegenheit, die feindlichen Sender abzuhören.
Sogar die Ostarbeiter und -arbeiterinnen, welche bisher immer sehr zurückhaltend waren, treten jetzt öffentlich mehr und mehr herausfordernd auf und suchen, mit den Kriegsgefangenen und den anderen ausländischen Arbeitern in Verbindung zu kommen.
Die Imis sind durchschnittlich weiterhin faul. Sie haben sich nur widerwillig ins zivile Verhältnis überführen lassen (nur 30 % freiwillig), da sie vor allen Dingen im Hinblick auf die weiterhin bestehende Freundschaft zwischem dem Führer und dem Duce befürchten, wieder als Zivilpersonen zum Fronteinsatz herangezogen zu werden. Auch die Belästigungen deutscher Frauen durch diese Zivil-Italiener nimmt dauernd zu. Desgleichen ist beobachtet worden, daß sie sich mit den französischen Arbeitern kommunistisch begrüßen.

Die Arbeitsleistungen der französischen Arbeiter sind zum überwiegenden Teil konstant geblieben, wenn auch sie, wie überhaupt alle Ausländer, mit ihrer Freude über den Abfall von Rumänien und Finnland nicht hinter den Berg gehalten haben. Sie sind es auch besonders, die durch Abhören ausländischer Sender aufgrund von Bekanntschaften mit deutschen Frauen die Feindmeldungen verbreiten.
Von den russischen Kriegsgefangenen und Arbeitern kann wohl gesagt werden, daß der größere Teil auch weiterhin pflichtgemäß seine Arbeit verrichtet, jedoch lehnt die Gestapo das Einsetzen von russischen Kriegsgefangenen und Arbeitern als Vorarbeiter für die anderen ausländischen Arbeitskräfte ab, da die Nationalitäten soweit wie irgend möglich unter sich bleiben sollen.

Hamburg, den 18. 9. 1944 (...) (Unterschrift)
Schu/W.

Quelle: Archiv der Handelskammer Hamburg, Akte Nr. 94.A.418, ohne Seitenangabe

XVI „WERKSICHERHEIT" IM JAHRE 1956

Streng vertraulich

an die
Herren Mitglieder des ARBEITSSTABES
Herren Geschäftsführer der LANDESVERTRETUNGEN des BUNDESVERBANDES DER DEUTSCHEN INDUSTRIE
und nachrichtlich an die
Herren ordentlichen und stellvertretenden Mitglieder des AUSSCHUSSES FÜR VERTEIDIGUNGSWIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN.

Betr.: Regelung des Geheimschutzes in der Industrie.

(...)
Bekanntlich hat das Präsidium des BDI - ausgehend von der Feststellung, daß eine Einschaltung staatlicher Stellen in Abwehrangelegenheiten der Betriebe, wie sie vor und während des vergangenen Krieges gehandhabt wurde, als erheblich störend empfunden werden muß - am 11. März 1954 beschlossen, daß
1. die Industrie den in Verbindung mit geheimzuhaltenden Fertigungen von den Auftraggebern geforderten Geheimschutz in den Betrieben in Eigenverantwortlichkeit übernimmt,
2. in die Durchführung dieser Aufgabe in der Mittelinstanz zweckmäßigerweise die BERATUNGSSTELLE FÜR BETRIEBSSCHUTZ einzuschalten ist.
(...)
Diese Auffassung der Wirtschaft ist den an Geheimhaltungsfragen beteiligten Ressorts bekannt (BUNDESWIRTSCHAFTSMINISTERIUM, BUNDESVERTEIDIGUNGSMINISTERIUM, BUNDESINNENMINISTERIUM, BUNDESAMT FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ).
In der Zwischenzeit ist die Frage der Federführung auf dem Gebiet des Geheimschutzes in der Wirtschaft dahingehend gelöst worden, daß sie dem BUNDESWIRTSCHAFTSMINISTERIUM übertragen worden ist. Wir begrüßen diese Lösung, da vom BWM als der in wirtschaftlichen Belangen fachkundigen Behörde auch in den Fragen des Geheimschutzes eine verständnisvolle Behandlung zu erwarten sein wird.
Das BUNDESWIRTSCHAFTSMINISTERIUM ist im Einvernehmen mit den an-

deren Behörden mit einer Einschaltung der BERATUNGSSTELLE für BETRIEBSSCHUTZ (BFB) in den Werken, die eine geheimzuhaltende Fertigung durchzuführen haben, einverstanden. Das BMW behält sich hier lediglich die erste Fühlungnahme mit dem Betrieb und ein Inspektionsrecht (beides zusammen mit der BFB) vor.
Das BWM kann natürlich einer Firma, die sich um eine geheimzuhaltende Fertigung bewirbt und die nicht Mitglied der BFB ist, nicht die Mitgliedschaft zur Auflage machen. Hier würde die Durchführung der Geheimschutzvorschriften durch das BWM unmittelbar in Verbindung mit dem BUNDESVERFASSUNGSSCHUTZAMT vorgenommen werden, ein Verfahren, dem sich die Wirtschaft gerade entziehen möchte.

Zur Aufgabe:

a) vorsorglicher Schutz gegen Spionage, Sabotage oder sonstige, den Bestand, die Produktion und Sicherheit gefährdende Eingriffe,
b) Zusammenarbeit mit den für die Wahrung der öffentlichen Sicherheit zuständigen Behördenorganen,
c) Enthalt gegenüber jeder auf den rein wirtschaftlichen Geschäftsbereich gerichteten Tätigkeit.
Der Arbeitsbereich der BFB erstreckt sich auf:
a) sämtliche gefährdet erscheinende Betriebe der Deutschen Industrie,
b) die Sicherung nach räumlichen, sachlichen und personellen Gesichtspunkten gegenüber Spionage und Sabotage,
c) die Bildung von Betriebsschutzorganen zur Durchführung der Aufgaben,
d) den Erfahrungsaustausch,
e) die Verschaffung von Erkenntnissen über ordnungsfeindliche Personen und Organisationen, Arbeitsmethoden und Ziele,
f) die ständige Verbindung zu den amtlichen Sicherheitsorganen.

Quelle: Kap. XVI S. 325 Quelle: Bundesverband der Deutschen Industrie, Rundschreiben v. 20. 3. 1956, Rü I/14/56 streng vertraulich. Betr.: Regelung des Geheimschutzes in der Industrie.
Zit. nach: Feinde der Demokratie, hrsg. Landesbezirk Nordrhein-Westfalen des DGB, Düsseldorf, 1957, Nr. 1, S. 3 f.

XVII EIN WERKSCHUTZLEITER ÜBER DIE BEKÄMPFUNG VON „SABOTAGE IN DEN BETRIEBEN" (1963)

Eine wirksame Bekämpfung bzw. Eindämmung der Tätigkeit des gegnerischen Nachrichtendienstes in unseren Betrieben ist nur möglich durch eine geschulte und straff geführte Werkschutz-Organisation. Es wird also darauf ankommen, daß jedes Unternehmen in kleinerem oder größerem Umfang eine solche werkseigene Sicherheitsorganisation unter fachkundiger Führung aufbaut. Diese kann beim Aufbau der Werkselbstschutzorganisation dann gleichzeitig als Kader dienen. Sie sollte unmittelbar der Werksleitung unterstehen.
Aus der Geschichte und Zweckmäßigkeit heraus ergeben sich für die Organisation im allgemeinen nachstehend aufgeführte Aufgaben:
- Schutz der Betriebseinrichtung und Betriebsgebäude vor Beschädigung und Zerstörung sowie des Betriebsvermögens und der Produktion vor Diebstahl und anderen Delikten;
- Schutz der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse vor Verrat;
- Schutz der persönlichen Sicherheit der Belegschaft, ihrer Menschenwürde, Moral und ihres Eigentums;
- Überwachung und Sicherung der betrieblichen Ordnung, des Verkehrs und der Sicherheitsvorschriften;
- Vorbeugender und aktiver Brandschutz (falls diese Aufgabe nicht von einer besonderen Werksfeuerwehr übernommen wird);
- Aufgaben im Rahmen des Betriebsselbstschutzes (Werkluftschutz).

Selbstverständlich hat diese Organisation auf Grund der politischen Gegebenheiten noch die Aufgabe, das Unternehmen vor politischer Infiltration zu schützen und politische Propaganda und Agitation innerhalb der Betriebe zu unterbinden.
Für Unternehmen mit geheimzuhaltenden Staatsaufträgen sind von den zuständigen Behörden besondere Richtlinien erlassen. Um die geforderten Sicherheitsmaßnahmen zu gewährleisten, wird die Betriebsleitung zweckmäßigerweise den Werkschutz einschalten.
Es ist ratsam, die Aufgaben der werkseigenen Sicherheitsorganisation in einer schriftlichen Anleitung festzulegen, die von der Werksleitung erlassen und von dieser wie auch vom Betriebsrat unterzeichnet ist.

Organisationsformen des Werkschutzes

Der Aufbau des Werkschutzes richtet sich nach Größe, Eigenart und Bedeutung des Unternehmens. Es gibt Werke, die mit einem einfachen Pförtner-

dienst auskommen und andere, die über eine straff organisierte Werkschutzorganisation verfügen, an deren Spitze der Werkschutzleiter in der Position eines Abteilungs- oder Betriebsleiters steht. Generell läßt sich die Stärke eines Werkschutzes nicht festlegen. Auf Grund einer Umfrage bei mehreren größeren Unternehmen und kleineren Betrieben hat sich ein theoretischer Durchschnittswert von etwa 1 % der Belegschaft ergeben. Bei kleineren Werken wird der Prozentsatz der im Werkschutz Tätigen etwas höher liegen.

Gliederung des Werkschutzes

Es empfiehlt sich die grobe Unterteilung in Ermittlungs- und Ordnungsdienst. Zum Ordnungsdienst rechnen die verschiedenen Pförtner, der Wach- und Streifen-, in größeren Betrieben u. U. der Verkehrsdienst. Die Aufgaben des Ordnungsdienstes gleichen denen der Schutzpolizei.
Im Gegensatz dazu übernimmt der Ermittlungsdienst Aufgaben, die denen der Kriminalpolizei artverwandt sind.
Vornehmlich die Angehörigen des Ermittlungsdienstes sind eingehend mit den Methoden des gegnerischen Nachrichtendienstes, auch auf dem speziellen Gebiet der Betriebsspionage und Sabotage, vertraut zu machen.

Abwehrmaßnahmen im einzelnen

Aus der Fülle der möglichen Abwehrmaßnahmen gegenüber gegnerischen Spionage- und Sabotage-Aktionen in unseren Betrieben sollen nur einige wesentliche aufgezeigt werden. Sie gliedern sich in personelle und materielle Maßnahmen.

Personelle Maßnahmen

a) An erster Stelle ist hier die Personenüberprüfung bei der Einstellung von Betriebsangehörigen zu erwähnen. Die Unternehmensleitungen wären gut beraten, wenn sie einen sorgfältig aufgestellten Bewerbungsbogen allen Bewerbern, auch den Lohnempfängern, zur Ausfüllung vorlegen würden, bevor diese endgültig eingestellt werden. Aufgabe der Personalabteilung bzw. des Lohnbüros wird es sein, sicherzustellen, daß die Bewerbungsbogen gewissenhaft und exakt ausgefüllt werden. Etwaige Lücken im Arbeitsnachweis müssen belegt werden. Telefonische oder schriftliche Rückfragen beim früheren Arbeitgeber runden das Bild über den Neueinzustellenden ab. In Zweifelsfällen ist der Ermittlungsdienst einzuschalten, um mit seinen Möglichkeiten zu weiteren Erkenntnissen über den Neueinzustellenden zu gelangen.
b) An betrieblichen Schlüsselpunkten sollten nur zuverlässige, über jeden Zweifel erhabene Belegschaftsangehörige eingesetzt werden. Ihre Vorgesetzten, Meister, Abteilungsleiter und Betriebsführer müssen von Zeit zu Zeit von der Werkschutzleitung über Gefahrenmomente unterrichtet werden. Sie sollten ihrerseits verdächtige Wahrnehmungen bei den ihnen unterstellten Belegschaftsangehörigen, z. B. verdächtiges Verhalten, radikale politische Einstellung, Unzuverlässigkeit am Arbeitsplatz, Fahrten zu kommunistischen Veranstal-

tungen (in der Zone oder im westlichen Ausland) dem Leiter des Werkschutzes mitteilen.
c) Die Werkschutzleitung muß bestrebt sein, sich ein lückenloses Bild über ehemalige Angehörige der Kommunistischen Partei, der FDJ, der Volkspolizei und der radikal eingestellten Belegschaftsangehörigen zu beschaffen. Sie muß wissen, an welchem Arbeitsplatz die Betreffenden eingesetzt sind. Das hat nichts mit Gesinnungsschnüffelei zu tun. Da nach den Erfahrungen der Gegner bestrebt ist, aus diesem Kreis seine Helfershelfer zu gewinnen, ist diese Maßnahme eine notwendige Prophylaxe.
d) Reisen von Belegschaftsangehörigen in die SBZ, aber auch zu kommunistischen Veranstaltungen im westlichen Ausland, sind zu erfassen. Es ist sattsam bekannt, daß derartige Veranstaltungen vom gegnerischen Nachrichtendienst zur Gewinnung neuer Agenten wahrgenommen werden.

Materielle Maßnahmen

Aus dem Bereich der materiellen Maßnahmen sollen nur einige wesentliche Gesichtspunkte unterstrichen werden:
a) Es wird keinem Hausbesitzer einfallen, zur Nachtzeit oder bei Verlassen des Hauses dieses unverschlossen und für jedermann zugänglich offenstehen zu lassen. Umso selbstverständlicher müßte es sein, daß jedes Unternehmen sich durch eine gesicherte Einfriedung gegenüber dem Eindringen unlauterer Elemente abschirmt. Die beste Einfriedung jedoch nützt nichts, wenn sie nicht durch Sicherheitsorgane des Werkes ständig überwacht wird. Die Einfriedung muß durch eine entsprechende Beleuchtung ergänzt werden. Diese ist an verkehrsarmen und entlegenen Stellen des Werkes besonders notwendig.
b) Torkontrolle - Die Ein- und Ausgänge eines Werkes müssen durch Angehörige des Werkschutzes besetzt sein. Sie haben den Auftrag, neben der Wareneinein- und -ausgangskontrolle auch die Personenkontrolle durchzuführen. Um diese zu erleichtern, sollten Werksangehörige, aber auch Angehörige von Fremdfirmen, mit entsprechenden Werksausweisen ausgestattet sein. Vornehmlich die Werksausweise für Angehörige von Fremdfirmen sind in gewissen Zeitabständen zu ändern, um einem Mißbrauch dieser Werksausweise vorzubeugen. Zur Personenkontrolle zählt ebenfalls die Besucherkontrolle. Zweckmäßigerweise wird diese durch schriftliche Anmeldung mit einem oder mehreren Durchschlägen erstellt. Der Besucher hat seinen Namen, seine Firma, den zu Besuchenden und den Grund seines Besuches anzugeben. Er ist telefonisch beim Besuchenden anzumelden und u. U. durch einen Boten zu begleiten. Er hat beim Verlassen seinen vom besuchten Belegschaftsangehörigen bestätigten Besuchsschein beim Pförtner wieder abzuliefern. Bei Besuchern, die mit Kraftfahrzeugen kommen und in das Werk einfahren dürfen, ist auf dem Besuchszettel das polizeiliche Kennzeichen des Kraftfahrzeuges zu vermerken.
c) Wach- und Streifendienst - Aufgabe des Wach- und Streifendienstes muß es sein, neben der Überwachung der Werkseinfriedung bestimmte, besonders zu schützende Betriebsobjekte zu kontrollieren. Bei der Überwachung der Werkseinfriedung hat er sein Augenmerk darauf zu richten, ob diese an irgendwelchen Stellen beschädigt ist oder überstiegen werden kann. Das könnte z. B.

der Fall sein, wenn sich in unmittelbarer Nähe der Werkseinfriedung - ausserhalb oder innerhalb des Werksgeländes - Materialstapel, vorspringende Dächer usw. befinden. Selbstverständlich hat er auch auf Fußspuren und Trampelpfade zu achten, die zur Werkseinfriedung hinführen.
Erwähnt sei in diesem Zusammenhang, daß der Wach- und Streifendienst in seinem Bereich - vornehmlich nach Dienstschluß und an arbeitsfreien Tagen - auf den Verschluß und die Sicherheit von Büro- und Geschäftsräumen zu achten hat. Alle Feststellungen über irgendwelche Mängel sind im Streifenbuch mit genauen Angaben festzuhalten und dem Wach- bzw. Streifenvorgesetzten und von diesem der Werkschutzleitung vorzulegen. Darunter fallen auch alle Gefahrenmomente, die von den Wach- und Streifenangehörigen bei ihren Rundgängen erkannt werden.
d) Unter dem Gesichtspunkt des gestellten Themas sind betriebliche Engpässe, sogenannte Herzstücke eines Unternehmens, besonders zu schützen. In einem Werksplan sind die neuralgischen Punkte eines Unternehmens zu verzeichnen. In der Anweisung an den Wach- und Streifendienst ist auf den vordringlichen Schutz dieser Objekte hinzuweisen.
In diesem Zusammenhang ist die Frage zu prüfen, ob derartige neuralgische Betriebspunkte nicht zum Sperrgebiet erklärt werden sollen. Zutritt zu diesen Anlagen ist nur jenen erlaubt, die dort beschäftigt sind. Stichprobenartige Kontrollen durch die Sicherheitsinstanzen sollen bewirken, daß die Sicherheitsbestimmungen auch wirklich eingehalten werden. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, derartige Objekte vor unbefugtem Zutritt zu schützen. Reicht das Werkschutzpersonal aus, können solche Anlagen ständig von einem Wachposten bewacht werden. Anderenfalls liefern heute Fachfirmen elektronische Sicherungsanlagen in Verbindung mit Ferhsehkameraeinrichtungen. In diesem Fall wären befugte Belegschaftsangehörige mit einem Spezialausweis auszustatten, der nach einem besonderen Schema gelocht ist. Beim Betreten der Anlage wird der Ausweis in einen Kontrollapparat gesteckt und abgetastet. Erst danach läßt sich der Zugang zu dem Objekt öffnen. Gleichzeitig kann von einer zentralen Stelle mit Hilfe der Fernsehkamera der die Anlage Betretende erkannt werden.
Natürlich wird man auf diese doch recht kostspielige Einrichtung verzichten, wenn durch organisatorische Maßnahmen und gesicherten Verschluß derartige Objekte zuverlässig geschützt werden können.
In einem speziellen Logbuch sind die Wartungsdienste an solchen Anlagen mit genauen Angaben von Uhrzeit und Name des Wartenden zu erfassen. Ebenso werden alle Personen erfaßt, die an dieser Anlage irgendwelche Reparaturen vornehmen, gleichgültig, ob es sich um Firmenangehörige oder um Belegschaftsangehörige von Fremdfirmen hand elt.
Ziel derartiger Sicherheitsmaßnahmen muß es sein, jederzeit feststellen zu können, wer sich wann in einer solchen, besonders zu schützenden Anlage aufgehalten hat.
e) Überprüfung des materiellen Geheimschutzes - Hier kommt es darauf an, alle interessanten und wichtigen Betriebsunterlagen so aufzubewahren, daß sie dem Zugriff Unbefugter entzogen sind. Gegnerische Agenten, ob sie sich nachrichtendienstlich betätigen oder als Sabotageagent in einem Werk eingesetzt sind, haben den Auftrag, sich Kenntnis über ganz bestimmte Betriebsvorgänge zu verschaffen. Sie interessieren sich für:
- Produktionsart und Produktionsziffern;

- Forschungsergebnisse und Fertigungsmethoden;
- Investitionsvorhaben;
- Rohstoffzulieferung;
- besondere betriebliche Engpässe, sowohl in der Rohstoffanlieferung als auch in der Auslieferung von Erzeugnissen;
- ihr Interesse gilt ferner dem werkinternen Sicherheitssystem, also sowohl der Arbeitsweise des Werkschutzes als auch der Ausrüstung und Ausbildung der Werksfeuerwehr usw.

Der eingeschleuste Sabotage-Agent wird sich speziell um die betrieblichen Engpässe bemühen. Er wird also bestrebt sein, festzustellen, an welcher Anlage er durch Anwendung einfachster Mittel eine möglichst nachhaltige Lähmung des gesamten Betriebes oder bestimmter wichtiger Anlagen bewirken kann. Dabei wird der gegnerische Agent bei Anlage undDurchführung seiner Sabotage sich normalerweise so verhalten, daß durch ihn hervorgerufene Zerstörungen und Produktionslähmungen als übliche Betriebsstörungen angesehen werden. Es kommt ihm zustatten, daß man in den seltensten Fällen derartigen betrieblichen Störungen auf den Grund geht, sondern auch die Vorgesetzten nur allzu bereitwillig jede Störung als normale übliche "Ladehemmung" empfinden und um deren schnellste Abstellung bemüht sind.

Der Werkschutz sollte daher grundsätzlich bei allen Vorfällen dieser Art, auch bei Betriebsunfällen, zur Aufklärung der Ursache hinzugezogen werden. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß der Sabotage-Agent im Zeitalter der Automatisierung oft nur eine Schraube verstellen muß bzw. ein einziges Kabel zu lösen braucht, um emfpindliche Störungen oder kostspielige Betriebsunterbrechungen zu verursachen.

Der Werkschutz hat über derartige Vorkommnisse im Betrieb eine Kartei (Schadenskartei) zu führen. Diese muß enthalten: Art der Beschädigung bzw. des Unfalls, seine Ursache, Ort und Zeit der Beschädigung bzw. des Unfalls, welche Belegschaftsangehörigen befanden sich z. Zt. des Unfalls bzw. der Beschädigung in unmittelbarer Nähe der entsprechenden Stelle. Nur durch eine solche systematische Erfassung wird man unter Umständen vorsätzliche Beschädigungen oder vorsätzlich verursachte Unfälle im Laufe der Zeit ermitteln können, wenn sich beispielsweise in einer bestimmten Betriebsabteilung derartige Vorkommnisse häufen und ein bestimmter, verdächtiger Personenkreis sich in unmittelbarer Nähe des Schadensortes aufgehalten hat.

f) Aufstellung eines Katastrophenplanes - Diesem ist zu entnehmen, was in Schadensfällen unmittelbar zu veranlassen ist. Z. B. welche Werksinstanzen und in welcher Reihenfolge beim Eintreten eines größeren Schadenfalles oder einer Katastrophe sofort zu unterrichten und welche Hilfen von außen anzufordern sind.

g) Um durch Sabotage verursachte Schäden möglichst umgehend zu beheben oder einzudämmen, sind vornehmlich an den gefährdeten Betriebspunkten entsprechende Geräte bereitzustellen. Für die Praxis bedeutet das die Bereitstellung von ausreichenden Feuerlöschgeräten an sabotageempfindlichen Betriebspunkten, aber auch die Bereitstellung von Ersatzteilen für derartige Engpaßeinrichtungen. Es kann z. B. erforderlich sein, auch Notstromagregate zur Verfügung zu haben, die bei Ausfall bzw. Lähmung der allgemeinen Stromversorgung eingesetzt werden können.

Ordnungsmaßnahmen als Prophylaxe

Der bekannte Slogan: 'Ordnung und Sauberkeit im Betrieb verhüten Unfälle und Schäden' kann vom Standpunkt der Abwehr gegnerischer Aktionen in unseren Betrieben nicht nachhaltig genug unterstrichen werden. Nichts könnte einem gegnerischem Sabotage-Agenten z. B. lieber sein, als ein Stapel unachtsam beiseitegeworfener, ölgetränkter Putzwolle in der Nähe einer empfindlichen Anlage, in den er bei unbeobachtetem Vorübergehen lediglich eine glimmende Zigarette zu werfen hat, um einen Brand mit u. U. größter Schadenswirkung hervorzurufen. Wer will dann noch feststellen, durch wen dieser Schaden verursacht worden ist! Dieser Hinweis kann durch viele andere ersetzt werden. Als Beispiel dafür folgendes Vorkommnis:

In einem größeren Unternehmen brach urplötzlich im Keller unter einem Maschinenraum ein Brand aus. In diesem Kellerraum waren die gesamten Schaltrelais einer größeren Anlage installiert. Sie wurden durch den Brand vernichter und legten damit die Anlage für längere Zeit lahm. Sofort erhob sich der Verdacht, hier müsse Sabotage vorliegen. Das Ergebnis der sorgfältigen Ermittlungen erbrachte, daß in diesem Keller, und zwar unmittelbar unter einem durch Gitterrost zum Maschinenraum abgedeckten Durchbruch, in Ölpapier und Kunststoff-Folie verpackte Reserveschaltrelais standen. Sowohl der Maschinenraum als auch der Kellerraum standen unter einem ständigen leichten Überdruck, um das Eindringen feiner Staubteilchen zu verhindern. Arbeiter in der Maschinenhalle hatten gedankenlos durch das Gitterrost glimmende Zigarettenreste in den Keller geworfen. Diese waren durch den herrschenden Durchzug gegen das Verpackungsmaterial der Reserveschaltschränke getrieben worden, hatten dort einen leichten Glimmbrand verursacht, der durch die Luftzirkulation innerhalb kürzester Zeit sich zu einem ausgedehnten Brand herd entwickelte. Die Werksfeuerwehr konnte lediglich ein Übergreifen des Brandes auf andere Betriebsabteilungen, nicht aber die Vernichtung der Schaltrelais und damit den Ausfall einer gesamten größeren Anlage verhindern.

Die Konsequenz aus diesem Vorfall.

Die Schadensursache konnte zwar eindeutig geklärt werden, offen blieb die Frage, ob es sich nur um Fahrlässigkeit oder vorsätzliche Beschädigung gehandelt hat. Sollte es Sabotage gewesen sein, so wäre sie in der Anlage und Ausführung vom Gegner geradezu als Lehrbeispiel anzubeiten. Mit diesem Beispiel soll aufgezeigt werden, wie wichtig es ist, alle derartigen Gefahrenmomente oder Ansatzmöglichkeiten für vorsätzliche Beschädigungen in einem Unternehmen zu beseitigen.

Es ist Aufgabe des Werkschutzes, in engem Kontakt mit allen dafür in Frage kommenden Werksinstanzen, solche Gefahrenherde zu erkennen und geeignete Schutzmaßnahmen zu veranlassen.

Das Zusammenspiel zwischen Werkschutz, Betriebs-, Abteilungsleitern und *Meistern im Betrieb muß so eng sein, daß der Werkschutz ständig über die* Stimmung innerhalb der Belegschaft informiert ist. Hier kann das kleinste Indiz der Verärgerung gewisser Belegschaftsangehöriger gegenüber ihren Vorgesetzten von Bedeutung sein. Die persönliche Abneigung von Belegschaftsangehörigen gegenüber einem Vorgesetzten kann geschickt vom Gegner ausgenutzt werden, um Arbeitsunlust und verlangsamtes Arbeitstempo herbeizuführen. Geschickten Agitatoren - dafür gibt es zahlreiche Beweise - gelingt es immer wieder, das zum Anlaß zu nehmen, um innerhalb der Belegschaft Un-

ruhe und wilde Streiks zu organisieren. Der wilde Streik ist ein bewährtes Mittel der gegnerischen Sabotage.

Zusammenfassung

Das vorläufige Ausbleiben größerer und zahlreicherer Sabotage-Aktionen in der Bundesrepublik könnte den Schluß zulassen, der gegnerische Nachrichtendienst würde auf diesem Gebiet nur eine geringe Aktivität entfalten. Dem widersprechen jedoch übereinstimmende Aussagen geflüchteter, hauptamtlicher Angehöriger östlicher Nachrichtendienste. Die Ausbildung der Saboteure erfolgt durchweg in Einzelschulungen. Die Kursusteilnehmer rekrutieren sich hauptsächlich aus ideologisch gefestigten Kommunisten, die z.T. bereits im Sabotage-Apparat Wollwebers tätig waren, aus deren Angehörigen sowie aus Nachwuchskräften, die aus der FDJ oder der Nationalen Volksarmee ausgesucht wurden bzw. werden.
Aber auch aus den in der Bundesrepublik ansässigen ehemaligen Kommunisten und ehemaligen Angehörigen der FDJ gewinnt der gegnerische Nachrichtendienst seine Agenten. Es wird sich vielfach um Personen handeln, die bereits vor dem Verbot der FDJ oder der KPD aus Tarnungsgründen aus den kommunistischen Organisationen ausgeschlossen wurden.
Geführt werden die Agenten durch ihre im Osten ansässigen Führungsmänner, durch Residenten in der Bundesrepublik oder - und das ist der sicherste Weg - per Funk.
Sabotage wird auf lange Sicht vorbereitet, um im großen Maßstab erst in Krisenzeiten ausgelöst zu werden. Der sogenannte Tag X braucht nicht identisch zu sein mit der Auslösung eines militärischen Konflikts zwischen West und Ost. Es kann sich vielmehr auch um den Startschuß für die Machtübernahme auf kaltem Wege, also um den politischen Umsturz handeln. Diese Erkenntnis verdanken wir vornehmlich einem geflüchteten ostzonalen Nachrichten-Offizier.
Die Sabotagevorbereitungen der Ostblockstaaten dürfen nicht losgelöst gesehen werden von der psychologischen Kriegsführung, die der Osten pausenlos gegen den Westen - insbesondere gegen die Bundesrepublik - betreibt. Unter psychologischer Kriegsführung verstehen wir die Zersetzungsversuche innerhalb der Bundeswehr, innerhalb der Betriebe und Gewerkschaften und der verschiedenen politischen Gruppierungen in der Bundesrepublik. Darunter fallen natürlich auch die zahllosen Diffamierungsversuche gegenüber führenden Politikern, Richtern, Offizieren und Wirtschaftlern. Zersetzungs- und Sabotage-Vorbereitungen gehen demnach Hand in Hand.
Da es sich bei Sabotage-Agenten gewöhnlich um ausgesprochene Einzelgänger handelt, wird es den Abwehrkräften sehr schwer fallen, sie zu erkennen. Umso größerer Wert muß auf prophylaktische Maßnahmen gelegt werden, die in ihren wesentlichen Punkten geschildert wurden. Ein bewährtes Mittel, um Lücken in erstellten Abwehrplänen zu erkennen, ist folgendes:
Ein geeigneter Werksangehöriger mit entsprechend em technischen Verständnis bekommt den Auftrag, sich in die Situation eines gegnerischen Sabotageagenten zu versetzen und hat festzustellen, wo und auf welche Art in dem Betrieb Sabotage durchgeführt werden kann, ohne das diese sofort bemerkt würde. Der Einsatz eines solchen Mannes wird in jedem Betrieb erhebliche Lük-

ken aufweisen. Diese zu erkennen und zu schließen, ist eine wesentliche Aufgabe der Prophylaxe.
In der Feststellung, daß die deutsche Industrie auf diesem Gebiet nach 1945 verhältnismäßig wenig Vorsorge getroffen hat, liegt eine gewisse Ironie. Ist es doch sattsam bekannt, daß kein Land der westlichen Hemisphäre sich mit einer so hohen Zahl gegnerischer Agenten auseinanderzusetzen hat wie die Bundesrepublik. Selbst die nichtkommunistischen Gewerkschaftmitglieder des lateinamerikanischen Raumes werden, falls sie an Schulungen des 'Internationalen Bundes freier Gewerkschaften' in den Vereinigten Staaten teilnehmen, mit den Methoden der Sabotage und den geeigneten Abwehrmaßnahmen vertraut gemacht. Diese Tatsache beweist, wie weit wir noch von wirksamen Abwehrmaßnahmen, gerade in unseren Betrieben, entfernt sind.

Quelle: Norbert Hammacher, Gedanken und Anregungen für den Aufbau einer Organisation zur Verhinderung und Abwehr von Spionage und Sabotage in den Betrieben, in: Zivilschutz, 27. Jg. 1963, H. 5, S. 159 ff.

XVIII DER WERKSCHUTZ AUS DER SICHT DER „BETRIEBSLEITER" (1963)

(...)

2. AUFGABEN DES WERKSCHUTZES

Die Aufgaben des Werkschutzes lassen sich von verschiedenen Gesichtspunkten betrachten. Die eigentliche Schutzfunktion läßt sich unter drei Rubriken fassen: Was ist zu schützen? Wovor ist zu schützen? Wie ist zu schützen?

a) Was ist zu schützen?

1. Der Betrieb in seiner gesamten Anlage
Zum Betrieb in diesem Sinn gehört zunächst alles, was innerhalb der Werksgrenze liegt. Je nach Größe des Betriebes bedeutet allein die Überwachung des ganzen Areals eine umfangreiche Aufgabe. Häufig erstreckt sich der Schutz auch auf die außerhalb der Werksgrenze liegenden Parkplätze und Abstellgelegenheiten für Fahrräder. Im Betrieb sind es vor allem alle Gebäude mit ihren Einrichtungen, die Roh- und Fertiglager, die Lager für Hilfsstoffe und -Materalien sowie die Anlagen zur Energieversorgung, die es zu schützen gilt. Aber auch im Werk stehende Obstbäume oder der Erholung dienende Grünanlagen sind der Obhut des Werkschutzes anvertraut.

2. Das geistige Eigentum des Betriebes
Viele Betriebe leben von der Genialität und dem Einfallsreichtum ihrer Ingenieure, Chemiker oder Techniker. Die Sorge, daß dieses in Akten, Zeichnungen oder Modellen niedergelegte geistige Gut im alleinigen Besitz des Betriebes bleibt, obliegt mit dem Werkschutz.

3. Die Menschen im Betrieb samt ihrem persönlichen Eigentum
Jeder, der den Betrieb betritt, sei es als Mitarbeiter, als Gast, als Kunde oder Lieferant, wünscht ihn gesund mit all seiner Habe wieder zu verlassen. Der Schutz vor möglichen Unfallgefahren, Dieben oder rabiaten Mitmenschen ist dem Werkschutz übertragen.

b) Wovor ist zu schützen?

1. a) Vor Verlust, Beeinträchtigung, Beschädigung oder Zerstörung durch Feuer, Wasser, Sturm, Hagel, Elektrizität oder einfacher mechanischer Energie.
Diese Reihe von unter Umständen schädlichen Energien zeigt, wie vielseitig und umfassend die vorsorglich bewahrende und überwachende Tätigkeit des Werkschutzes sein muß, um Schäden vorzubeugen. Sie zeigt weiterhin, daß der Werkschutz über ein ganzes Repertoire von Abwehrmitteln verfügen muß, um auftretende Schäden erfoglreich bekämpfen zu können.
In jedem Betrieb bricht einmal ein Brand aus - meist während oder infolge von Schweißarbeiten. Steht der Werkschutzmann von Anfang an daneben oder ist der Mann am Arbeitsplatz in der Handhabung des Feuerlöschers geschult, kann das Feuer in den meisten Fällen im Keim erstickt werden, ehe es Schaden angerichtet hat.
In jedem Unternehmen bricht einmal ein Wasserrohr. Besteht ein regelmäßiger Kontrolldienst durch den Werkschutz oder Nachtwächter, kann viel Schaden verhütet werden.
Der Werkschutz kann dem Sturm nicht Einhalt gebieten und auch nicht bei Hagelschlag seine Hände schützend über das Werk breiten. Aber bei seinen täglichen Rundgängen wird vieles gefunden und gesichert, was beim nächsten Unwetter davonflöge. Und wenn es nur einige Fenster sind, die rechtzeitig geschlossen, vor Bruch bewahrt werden. Die meisten Kabel- oder Motorenbrände kündigen sich durch Schmoren unter leichter Qualm- und starker Gestankentwicklung lange Zeit vorher an. Bei regelmäßigem Kontrolldienst vor allem in der Nacht kann häufig, noch ehe es zum Brand kommt, der Strom abgeschaltet und der Herd ausgeräumt werden.
Schlecht gesicherte Baugruben, ungesicherte Lasten auf Rampen und an Kranen, ohne Hemmschuh abgestellte Eisenbahnwagen sind oft die Ursache schwerer Unfälle. Der Werkschutz richtet sein Augenmerk auf solche von den Arbeitern oft vergessene und unbeachtete Dinge und hilft Unheil verhüten.

b) Vor mutwilliger Beschädigung oder Zerstörung
Glücklicherweise ist diese Art des Schützen-Müssens selten.
Im Alltag kommt es zwar hie und da vor, daß einer im Werk etwas über den Durst trinkt und dann ungeahnte Kräfte zu spüren glaubt, die er am Werksinventar erproben möchte. Mit solchen Fällen wird der Werkschutz schnell fertig. Weniger einfach liegen die Dinge, wenn radikale politische Elemente in Gruppen sich am Werkseigentum vergehen oder wenn gar von langer Hand Sabotage vorbereitet und durchgeführt wird. Zunächst ist hierbei wichtig, daß man sich auf die Angehörigen des Werkschutzes absolut verlassen kann. Zum anderen ist in diesen Fällen der vorbeugende Schutz noch dringlicher. Der Werkschutz muß wissen, wer zu solchen Gruppen gehört und muß so rechtzeitig über geplante Aktionen unterrichtet sein, daß blitzschnell zugepackt werden kann. Daß er hierbei auf Kräfte außerhalb des eigentlichen Werkschutzes angewiesen ist, versteht sich von selbst. Dem Aufbau solcher betriebstreuer Kader kann nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet werden. Von der allgemeinen Aufklärung in Wort und Schrift über die Mithilfe bei der Erhaltung des Arbeitspla zes gegen anarchistische Elemente - wobei man das Kind ruhig beim Namen nennen sollte - bis zur persönlichen Werbung zuverlässiger Ver-

trauensleute können hier alle Mittel eingesetzt werden. Es gehört zum Schutz des Werkes, daß die zuständigen Personen dafür sorgen, daß empfindliche Punkte im Werk (vor allem Anlagen der Energieversorgung) ausschließlich mit zuverlässigen Leuten besetzt sind. Es genügt hier nicht, wenn einige verläßliche Leute darunter sind. Ein Mann kann ein Kraftwerk oder eine Umspannstation in Sekunden zum Trümmerhaufen machen. Es mag hart klingen, ist aber lebenswichtig, daß die an diesen Stellen Beschäftigten immer wieder kontrolliert werden. Dies wiederum ist mit Aufgabe des Werkschutzes.

2. Schutz des Betriebseigentums sowie des Eigentums der Menschen im Betrieb vor Diebstahl.
In den meisten Betrieben wird mehr gestohlen, als die Betriebsleitung ahnt oder glaubt. Wohl besteht eine gewisse Überwachung dadurch, daß die Leute aufeinander achtgeben. Doch findet man immer wieder "Diebstahlgemeinschaften", wobei dann die gegenseitige Überwachung ausgeschaltet ist. Außerdem ist es mit etwas Schlauheit dem einzelnen meistens möglich, seine Umgebung hinters Licht zu führen. Die Gelegenheit ist auch manches Mal zu günstig, und vieles aus dem Betrieb kann man zu Hause gut gebrauchen oder wenigstens "versilbern". Nur zufällig kommt man ab und zu einem Diebstahl auf die Spur. Dieser aufgeklärte Fall verhindert im allgemeinen 10 andere Diebstähle. Man kann aber auch mit Recht sagen, daß ein guter Werkschutz allein durch seine Anwesenheit viele daran hindert, sich an fremdem Eigentum zu vergreifen. Zum andern ist er in der Lage, einen hohen Prozentsatz der Diebstähle aufzuklären. Die guten, versierten Werkschutzleute an den Toren der Werke kennen ihre Pappenheimer. Sie kennen nicht nur die Gesichter, sie wissen auch sehr viel von den Familienverhältnissen und vermehren dieses Wissen täglich. Jede Unregelmäßigkeit fällt ihnen auf. Mit sicherem Griff holen sie sich aus der Menge der durch das Tor strömenden Menschen den, der in seiner Tasche ungewöhnliche Dinge mit sich führt. Uns wurde ein Fall berichtet, in dem ein Mann mit prall gefüllter Aktentasche sich dem Tor näherte. Der Wächter sah ihn kommen. Ohne darüber nachzudenken war ihm klar, daß der Mann eine schwere Tasche tragen mußte, da er entsprechend schief ging, um das Gewicht auszugleichen. Routinemäßig fragte er, was er in seiner Tasche habe. Als der Befragte zur Antwort gab: "Meinen Arbeitsanzug zum Waschen!" wurde der Torwart hellhörig. Erst jetzt kam ihm zum Bewußtsein, daß der Mann schief gegangen war, die Tasche also schwer sein mußte, und daß dies unmöglich ein Arbeitsanzug sein konnte. Also ließ er die Tasche öffnen. Herauskam ein Elektromotor, der fein säuberlich in einem Arbeitsanzug eingewickelt war. Abgesehen davon, daß solche Fälle sich herumsprechen und abschreckend wirken, zeigt der Fall, wie der echte Torwart ohne besondere Anstrengung und Aufmerksamkeit Unregelmäßigkeiten wahrnimmt und entsprechend handelt.
Nicht jeder Betrieb ist in gleicher Weise diebstahlgefährdet. Es kommt hier wesentlich auf die Art der Erzeugnisse und der im Betrieb verwandten Materialien und Werkzeuge an. Auch ist die Zahl der unredlichen Mitarbeiter in der Regel sehr klein. In vielen Fällen mögen die Mitarbeiter sich nicht einmal darüber klar sein, daß das Mitnehmen von kleineren Werkzeugen und verschiedenen Materialien eine Uredlichkeit ist.
Hier kommt es darauf an, zunächst einmal aufklärend zu wirken.

Für alle Betriebs- und Torkontrollen ist es wesentlich, daß mit großer Sorgfalt vorgegangen wird. Es wäre ein sehr schlechtes Ergebnis einer strengen organisierten Torkontrolle, wenn Diebstähle zwar hundertprozentig verhindert, dafür aber eine allgemeine Atmossphäre des Mißtrauens im Werk entstehen würde. Die mit Torkontrollen beauftragten Personen müssen deshalb sorgfältig ausgewählt und ausgebildet werden (siehe auch unter 5. v-d, Auswahl und Ausbildung des Werkschutzpersonals), denn es muß unter allen Umständen verhindert werden, daß sie zu anmaßend und rücksichtslos vorgehen. In vielen Fällen ist die gute Zusammenarbeit zwischen Tor- und allgemeinem Kontrolldienst ausschlaggebend für den Erfolg. In besonders diebstahlgefährdeten Betrieben kann es zweckmäßig sein, an den Toren eine Stichprobenkontrolle (möglichst unter Mitwirkung des Betriebsrates) einzusetzen. (...)
Eine andere Teilaufgabe ist der Schutz vor dem sogenannten "Kameradendiebstahl". Die Leute in den Betrieben sind häufig sehr fahrlässig im Umgang mit ihrem Eigentum. So kommt es immer wieder vor, daß der Zahltag aus der Schublade oder Handtasche entwendet wird. Hier wirkt der Werkschutz vor allem durch Aufklärung vorbeugend. Die Überführung des Täters ist in diesen Fällen sehr schwierig und gelingt oft nicht. Andererseits werden oft und rasch unbedacht Unschuldige verdächtigt, oder es ist von Diebstahl die Rede, wo nur eigene Schlamperei die Dinge für einige Zeit verschwinden ließ. Hier verhütet die gründliche, sachliche Untersuchung durch den Werkschutz, daß unberechtigter Verdacht weitergetragen wird.
Am schwierigsten ist für den Werkschutz die Verhinderung und Aufklärung des Diebstahles am "geistigen Eigentum" der Firma im Bereich der Entwicklungs-, Konstruktions- und Versuchsabteilungen. Abgesehen davon, daß hier meist hochintelligente Spione am Werk sind, die zu fassen sehr schwierig ist, liegt die Schuld häufig mit bei den Betriebsleitungen. Immer wieder wird von Fällen berichtet, in denen der Werkschutz lange Zeit Unregelmäßigkeiten beobachtet hatte, aber aus Erfahrung heraus nicht wagte, über den Herrn Abteilungsleiter oder den Herrn Ingenieur X. etwas zu sagen.
Es ist leider oft der Fall, daß man glaubte, aus Gründen der Prestigepflege dem Werkschutz eine Grenze nach oben setzen zu müssen. Wenn man auf diesem Standpunkt steht, muß zumindest jemand bestimmt werden, der für die Sicherheit des Werkes, soweit es sich um leitende Angestellte handelt, verantwortlich ist. Im allgemeinen wird man diese Aufgabe dem direkten Vorgesetzten des Werkschutzleiters übertragen. Er hat die Möglichkeit, sich über verdächtige Wahrnehmungen (längeres Arbeiten abends, Betreten und Verlassen des Werkes zu ungewöhnlichen Zeiten, Mitnehmen von Arbeitsunterlagen und Zeichnungen usw.) berichten zu lassen.
In manchen Großbetrieben ist für solche spezielle Sicherheitsfragen ein besonders befähigter Mann eingesetzt, für den es aber kein "tabu" nach oben geben darf.

3. Schutz der Menschen untereinander
Die Wahrung des Friedens im Werk ist eine Aufgabe, die meist unbeachtet bleibt, da kleinere Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Abteilung ausgetragen werden. Oft erfährt nicht einmal der zuständige Meister davon, da solche Dinge üblicherweise im Waschraum ausgefochten werden. Mancher Fall von Nötigung (meist wegen zu hohen Verdienstes) und manche Schlägerei wird hier unbemerkt zwischen Arbeitsende und Verlassen des Werkes abgewickelt.

Dort wo einmal der Werkschutz bei Tätlichkeiten zu Hilfe gerufen wird, oder wenn in der Kantine einige über den Durst getrunken haben und zu randalieren beginnen, ist er im Stande, die Lage rasch zu klären, da er in diesen Fällen die Mehrheit auf seiner Seite hat. Recht unangenehm kann die Situation werden, wenn politische Meinungsverschiedenheiten mit Vehemenz - meist künstlich angefacht und genährt - ausgetragen werden. Hier bedarf es eines Werkschutzleiters, der mit viel Fingerspitzengefühl die Mittel zur Wiederherstellung des Friedens auswählt. Tritt er zu forsch, zu polizeimäßig auf, hat er unter Umständen mit einem Schlag alle gegen sich und seine Leute und wird zusammengehauen. Versucht er mit gutem Zureden zu schlichten, kann es sein, daß er einfach beiseite geschoben wird. Für solche Fälle ist es Aufgabe des Werkschutzes und seiner Vorgesetzten, schon in "Friedenszeiten" dafür zu sorgen, daß in jeder Abteilung zuverlässige, besonnene, betriebstreue Mitarbeiter sind, die auch in heiklen Lagen zur Stange halten und sich nicht aufhetzen lassen. Muß dann einmal Gewalt eingesetzt werden, soll mit Unterstützung dieser konservativen Elemente so hart zugepackt werden, daß der Widerstand mit Sicherheit auf Anhieb gebrochen wird. Je früher der Werkschutz von solchen den Frieden gefährdenden Vorgängen erfährt und je genauer er über die Anstifter und Rädelsführer Bescheid weiß, um so wirksamer kann er eingreifen.

c) Wie ist zu schützen?

Der gesamte Schutz soll in erster Linie vorbeugend sein, so daß das Entstehen von Schäden oder kritischen Lagen von vornherein weitgehend vermieden wird. Treten dennoch Schadensfälle ein, soll der Werkschutz mit Hilfe eines entsprechenden Nachrichtensystems in der Lage sein, so rasch wie möglich einzugreifen, um den Schaden so gering wie möglich zu halten. Schließlich soll der Werkschutz helfen, die alte Ordnung so schnell wie möglich wiederherzustellen, wobei die Erfahrungen aus dem aufgetretenen Schadensfall gleich wieder für vorbeugende Schutzmaßnahmen Verwendung finden müssen. (...)

3. EINGLIEDERUNG DES WERKSCHUTZES IN DIE ORGANISATION DES BETRIEBES

a) Unterstellungsverhältnis

Die Tätigkeit des Werkschutzes erfüllt weitgehend Führungs- und Erziehungsfunktionen, bewegt sich also vorwiegend im personellen Sektor. Nur der Feuerschutzdienst nimmt hier eine Ausnahmestellung ein. In den meisten Fällen wird man daher den Werkschutz der Personalleitung unterstellen.
Der Personenkreis, der dem Werkschutz direkt Weisungen geben kann, muß möglichst klein gehalten werden. Üblicherweise beschränkt sich die Weisungsbefugnis auf den Vorstand. Nur so ist es möglich, die Angehörigen des Werkschutzes vor Gewissenskonflikten zu bewahren.

b) Besondere Befugnisse des Werkschutzes [19]

Wohl übt der Werkschutz seine Tätigkeit im Rahmen der bestehenden Gesetze ohne irgendwelche Sonderrechte aus. Dennoch nimmt er im Rahmen des Betriebes eine Sonderstellung ein und nützt unter bestimmten Verhältnissen die gesetzlichen Möglichkeiten weiter aus, als dies der Durchschnittsbürger zu tun pflegt. Im Vergleich zum Arbeiter ist der Werkschutzmann durch die Betriebsführung mit Sonderrechten ausgestattet, deren Gebrauch mit Maß und Takt erfolgen muß, da sie zum Teil erheblich in die persönlichen Rechte der übrigen Personen im Werk eingreifen.
Der Werkschutz hat weitgehende Kontroll- und Überwachungsbefugnis. Er ist berechtigt, Personalien festzustellen und unter gewissen Voraussetzungen Durchsuchungen des Gepäcks sowie Leibesvisitationen vorzunehmen. Es obliegt ihm die Regelung des Fahrzeugverkehrs im Werk. Bei besonderen Anlässen nimmt er Absperrungen vor. Im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen übt er das Festnahmerecht sowie das Recht der Notwehr aus, wobei er von Seiten der Betriebsleitung, wenn die Lage es erfordert, mit Waffen ausgerüstet werden kann. Der Werkschutz hat das Recht, auf seinen Kontrollgängen sämtliche Gebäude und Räume zu betreten. Auch dort, wo dieses Recht normalerweise eingeschränkt ist, muß im Katastrophenfall die Begrenzung aufgehoben werden.

c) Besondere Pflichten des Werkschutzes

Die besondere Stellung des Werkschutzes mit ihrer starken Bindung an den Betrieb und den besonderen Rechten bringt auch eine Reihe von über das Maß des üblichen gehende Pflichten mit sich. Vom Werkschutzmann werden in besonderem Umfang Pünktlichkeit, Höflichkeit und Sauberkeit erwartet. Er muß einerseits absolut verschwiegen sein und ist andererseits verpflichtet, besondere Wahrnehmungen oder wichtige Dinge, die ihm zu Ohren kommen, seinem Vorgesetzten zu berichten. Er ist in Notfällen zu selbstloser Hilfeleistung verpflichtet. In den meisten Betrieben wird man dem Werkschutz das Rauchen und den Genuß von Alkohol während der Dienstzeit untersagen.
Das Ziel jeder Betriebsleitung wird es sein, im Werkschutz nur Leute zu haben, die sich in jeder Lage gegenüber dem Betrieb absolut loyal verhalten, Pflichtbewußtsein haben, diszipliniert sind und über Zivilcourage verfügen.

d) Zusammenarbeit mit innerbetrieblichen Stellen

Als über den ganzen Betrieb greifende Organisation, die immer wieder mit allen Abteilungen zu tun hat, liegt es im Interesse des Werkes, wenn der Werkschutz nach allen Seiten gute Beziehungen pflegt, ohne sich anzubiedern. Wie oben schon erwähnt, braucht der Werkschutz für seine Arbeit das Vertrauen nicht nur der Betriebsführung und der Vorgesetzten im Betrieb, sondern auch der Arbeiter und Angestellten im Werk. Nur wenn es ihm gelingt, diese guten Beziehungen zu schaffen und zu erhalten, kommen die Mitarbeiter, wenn etwas nicht stimmt, und melden es. Nur dann erhält er die Informationen, die

er braucht, um die Ordnung und Sicherheit im Werk zu erhalten.
1. Eine besonders enge Zusammenarbeit besteht zwischen dem Werkschutz und dem Sicherheitsingenieur auf dem Gebiet der Unfallverhütung. Er erhält einen Auszug aus den täglichen Meldungen des Kontrolldienstes, soweit sie sein Ressort berühren.

2. Ebenso eng ist die Verbindung zu den Versorgungsabteilungen. Es gehört mit zu den Aufgaben des Werkschutzes, die Versorgungseinrichtungen im Detail zu kennen. Der Kontrolldienst hat bei seinen Rundgängen ein besonderes Augenmerk auf alle gas-, strom- oder wasserführenden Anlagen. Aggregate im Dauerbetrieb werden von ihm überwacht, wenn nötig, ein- oder ausgeschaltet. Überflüssige Stromverbraucher (Licht, Heizkörper) werden abgeschaltet. Unregelmäßigkeiten (undichte Leitungen an Wasser oder Druckluft usw.) werden, wenn nötig, abgestellt und auf alle Fälle gemeldet. Umgekehrt melden die Versorgungsabteilungen alle vorübergehenden oder dauernden Änderungen an bestehenden Anlagen. In einzelnen Fällen wird es nötig sein, bei Abschaltungen auf die Bedürfnisse des Werkschutzes (Wasserversorgung für den Brandfall) Rücksicht zu nehmen

3. Ähnlich eng ist die Zusammenarbeit mit der Bauabteilung. In den meisten Betrieben wird immer gebaut. Wo gebaut wird, gilt es Unfallgefahren vorzubeugen, Brände zu verhüten (Schweißarbeiten), den Fußgänger- und Wagenverkehr umzuleiten.

4. Schließlich erfüllt der Werkschutz noch eine Art Abschirmfunktion für alle leitenden Herren und vor allem für den Einkauf. Wenn er nämlich das ganze Heer der Besucher, die den Herrn Prokuristen X. oder den Einkaufsleiter sprechen wollen, ungehindert ins Werk läßt, kommen diese Herren nicht zum Arbeiten. Hier wirkt der Werkschutz als Filter, welches ganz nach dem Wunsch der einzelnen Herren grob- oder feinmaschig sein kann.

e) Zusammenarbeit mit außerbetrieblichen Stellen

Grundsätzlich erledigt der Werkschutz alle im Betriebsbereich anfallenden Aufgaben allein ohne fremde Hilfe. Seine Stärke und Ausrüstung müssen so sein, daß dies möglich ist. Dies bedeutet aber nicht, daß auf keinen Fall Stellen von außen zugezogen werden. Umgekehrt wird der Werkschutz in besonderen Fällen außerbetrieblichen Organen außerhalb des Werkes helfen. Eine besonders enge Zusammenarbeit wird vor allem mit der Verkehrspolizei, der Kriminalpolizei, der Feuerwehr und der Berufsgenossenschaft möglich und für beide Teile vorteilhaft sein.

1. Der Stoßverkehr bei Arbeitsbeginn und Arbeitsende ist oft ohne Hilfe der Polizei kaum zu bewältigen. Im Interesse der Verkehrsteilnehmer ist die Verkehrspolizei manchen Ortes bereit, die auf den Werksparkplätzen abgestellten Fahrzeuge, vor allem Mopeds und Fahrräder zu kontrollieren. Auf einer Anhängekarte wird dem Besitzer mitgeteilt, was beanstandet wurde, ohne daß wie bei Verkehrskontrollen ein Vorführen des Fahrzeuges oder gar eine ge-

bührenpflichtige Verwarnung angehängt wird. Da bei den Betriebsunfällen die Wegeunfälle einen immer größer werdenden Anteil bilden, ist diese Hilfe der Polizei sehr zu begrüßen.
2. Beim Vorliegen strafbarer Handlungen, für die keine Anzeigepflicht besteht, entscheidet im allgemeinen der Vorgesetzte des Werkschutzleiters ob Anzeige erstattet werden soll oder nicht. Eine Anzeige ist gesetzlich vorgeschrieben (§ 138 Strafgesetzbuch), falls einer der folgenden Tatbestände vorliegt, hinreichender Verdacht für einen dieser Tatbestände gegeben ist, oder die Vorbereitung einer solchen Tat bekannt ist:
Mord, Totschlag, Selbstmord,
Raub, Menschenraub, Verschleppung,
Hoch- oder Landesverrat, Münzverbrechen,
alle weiteren gemeingefährlichen Verbrechen.
Im Bergbau müssen darüber hinaus alle bergpolizeilichen Angelegenheiten dem zuständigen Bergamt angezeigt werden.
Es zeigt sich immer wieder, daß es gut ist, wenn der Betrieb den Organen der Polizei, vor allem auch der Kriminalpolizei Gelegenheit gibt, das Werk kennenzulernen. Oft ist die offizielle oder auch inoffizielle Mitarbeit der Kriminalbeamten bei der Aufklärung von Vergehen sehr hilfreich. Umgekehrt ist die Kriminalpolizei bei ihren Ermittlungen, die mitunter in den Betrieb hereingreifen, für die genaue Orts- und Personenkenntnis des Werkschutzes dankbar.

3. Besonders erwähnenswert ist die Zusammenarbeit zwischen dem betrieblichen Feuerschutz und der örtlichen Feuerwehr. Häufig ist es in kleineren Gemeinden so, daß die Werkfeuerwehr besser ausgerüstet ist als die freiwillige Feuerwehr des Ortes. Wo eine offiziell anerkannte Werkfeuerwehr besteht, ist dieselbe kraft Gesetzes zur Hilfeleistung außerhalb des Werkes verpflichtet, soweit dadurch der Brandschutz des Werkes nicht notleidet. Aber auch dort, wo die Werkfeuerwehr nicht anerkannt ist, wird selbstverständlich geholfen, wenn draußen Not am Mann ist. Wenn dann einmal der entgegengesetzte Fall eintritt, daß die Feuerwehr des Werkes der Lage allein nicht Herr wird, ist Hilfe von außen willkommen. Diese Hilfe wird umso wirkungsvoller sein, je besser die örtliche Feuerwehr den Betrieb mit seinen Anlagen und Löschstellen kennt. Entsprechende kameradschaftliche Zusammenarbeit, Betriebsbegehungen und gemeinsame Übungen haben sich als vorteilhaft erwiesen.
Die Zusammenarbeit mit all diesen außerbetrieblichen Stellen und Organen ist letzten Endes nichts anderes als gegenseitige Hilfeleistung.

4. Die Zusammenarbeit mit der Berufsgenossenschaft ist nicht so eng und wird meistens über den Sicherheitsingenieur erfolgen. Sie beschränkt sich auf Maßnahmen der Unfallverhütung, für die der Werkschutz eingesetzt wird.

4. AUFBAU UND GLIEDERUNG DES WERKSCHUTZES

Die vielseitigen Aufgaben des Werkschutzes sind im Großbetrieb auf verschie-

dene Gruppen speziell ausgebildeter Leute verteilt. Im Mittelbetrieb (2 000 bis 8 000 Mitarbeiter) muß jeder Werkschutzmann verschiedene Arbeitsgebiete beherrschen. Im Kleinbetrieb wird der Werkschutz meist neben anderen Aufgaben nur im Bedarfsfall ausgeübt, was aber kein Kriterium für seine Wirksamkeit zu sein braucht.
Am Beispiel des Großbetriebes läßt sich am besten zeigen, was alles getan werden kann, um das Werk nach allen Seiten zu sichern.

a) Werkschutz im Großbetrieb

Sechs Dienstgruppen bilden den Werkschutz des Großbetriebes:

1. Der Ordnungsdienst. Ihm ist einmal an den Toren, zum andern im Werk die Wahrung der Ordnung anvertraut.
a) An den Toren sorgt er dafür, daß nichts und niemand hereinkommt oder das Werk verläßt, ohne eine genau vorgeschriebene Kontrolle passiert zu haben. Seine Aufgabe ist schwierig, da er den gesamten Personen- und Fahrzeugverkehr an den Toren kontrollieren muß, ohne Unbefugte hereinzulassen und ohne jemand vor den Kopf zu stoßen. Noch schwieriger ist seine Aufgabe bei der Überwachung des ausgehenden Verkehrs. Genaueste Anweisungen und dauernde Unterweisung ist nötig, damit der Tordienst reibungslos läuft. Auslaßscheine für das Verlassen des Werkes während der Arbeitszeit, Torausweise für alle Werksangehörigen und Fremdarbeiter, Besucherkontrollbuch, Kontrollbuch für das Betreten oder Verlassen des Werkes nach Schluß oder vor Beginn der Arbeitszeit sowie das allgemeine Meldebuch für besondere Vorkommnisse sind die technischen Hilfsmittel des Tordienstes. Genaue Anweisungen über das Verhalten gegenüber Besuchern jeder Art, über die Kontrolle von Fahrzeugen (es soll schon vorgekommen sein, daß der Chefwagen gestohlen wurde, da der Tordienst Weisung hatte, den Chefwagen jederzeit ungehindert passieren zu lassen!) und regelmäßige Schulung an Hand schwieriger Vorgänge an den Toren sind die organisatorischen Hilfsmittel. Persönliche Gewandtheit im Auftreten und Sprechen sowie ein hervorragendes Personengedächtnis sind die Voraussetzungen für einen guten Torwärter.
b) Im Werk regelt der Ordnungsdienst den Fußgänger- und Fahrzeugverkehr. Bei Unglücksfällen, Feuer oder anderen Ereignissen sorgt er für die Absperrung des Geländes und hält die Zufahrtwege offen.
Bei groben Disziplinlosigkeiten oder Tätlichkeiten im Betrieb kann er von den Abteilungsleitern zur Unterstützung gerufen werden.

2. Der Empfangsdienst. Er nimmt sich sämtlicher Besucher an, sorgt dafür, daß die Besucherzettel ausgefüllt werden, benachrichtigt die zu Besuchenden und stellt dort, wo nicht von der Abteilung aus Geleitpersonal zur Verfügung steht, den Lotsendienst. Für ausländische Besucher besorgt er, sofern nicht selbst der fremden Sprache mächtig, einen Dolmetscher. Er ist dafür verantwortlich, daß sich im Werk kein Besucher ohne Begleitperson bewegt.
Zu den weniger angenehmen Aufgaben des Empfangsdienstes gehört das Abweisen nicht erwünschter Besucher. Dem Empfangsdienst kann das Leben erleichtert werden, wenn man ihm prominente Besucher vorher ankündigt, und wenn er über die Abwesenheit leitender Herren verständigt wird.

3. Der Kontrolldienst. Er begeht das gesamte Betriebsgelände bei Tag und bei Nacht. Dieser Streifendienst erfolgt üblicherweise auf vorher festgelegten Wegen, wobei bestimmte Kontrollpunkte in bestimmten Zeitabständen angelaufen werden müssen (Stechuhren). Es empfiehlt sich, die Wege und die Streifenzeiten häufig zu wechseln. Bei Nacht sollte der Streifendienst in Zweiergruppen oder mit Wachhund durchgeführt werden.
Der Kontrolldienst achtet auf alle Unregelmäßigkeiten. Wo er solche findet, stellt er sie, wenn möglich, selbst ab. Ist dies nicht durchführbar, meldet er den Vorgang an die Werkschutzzentrale. In dringenden Fällen erfolgt die Meldung sofort per Telefon, sonst nach Abschluß des Kontrollganges. Für Fälle, in denen die Streife sofortige persönliche Hilfe braucht, hat sich das System der Alarmpfeife (Londoner Polizei) bewährt.
Bei der Verhütung von Schäden trägt der Kontrolldienst die Hauptlast. Der Kontrolldienst macht sich bezahlt. Wenn man in den Wachmeldebüchern der Werke nachliest, was von den Kontrolldiensten jeden Tag an unnötigen Stromverbrauchern (Beleuchtung, Heizkörper) abgeschaltet, Wasserverbrauchern (laufende Wasserhähne in den Waschräumen) abgedreht, Fenstern und Türen geschlossen wird - um nur die kleinsten Routinearbeiten zu nennen - ist man erstaunt.

4. Der Ermittlungsdienst. Er hat die Aufgabe, bei Verdacht von strafbaren Handlungen die zur Klärung des Tatbestandes nötigen Ermittlungen durchzuführen. Auch zur Aufklärung von Verstößen gegen die Betriebsordnung wird der Ermittlungsdienst eingesetzt. Vernehmungen und Durchsuchungen (nicht Haussuchungen!) sind die ihm zur Verfügung stehenden Hilfsmittel. Sein heikles Aufgabengebiet verlangt viel Takt, Fingerspitzengefühl, Sachlichkeit, Höflichkeit, gute Kontaktfähigkeit und Verschwiegenheit. Voraussetzung für seine erfolgreiche Tätigkeit ist die gute Zusammenarbeit mit allen Führungskräften und dem Betriebsrat des Werkes. Erforderlich ist in vielen Fällen enge Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei.

5. Der Abwehrdienst. Seine Aufgabe ist, das Ausspähen und Verraten von Betriebsgeheimnissen (Spionage, Verrat) und das vorsätzliche Zerstören oder Unbrauchbar machen (Sabotage) von betrieblichen Anlagen und Einrichtungen oder Erzeugnissen des Betriebes zu verhindern. In zunehmenden Maß wird noch die Unterbindung der Unterwanderung und Zersetzung (Subversion und Diversion) der Belegschaft durch radikale politische Elemente zu seinem Aufgabengebiet kommen. Der Abwehrdienst muß über genaueste Kenntnisse des Personals (einschließlich der familiären Verhältnisse), zuverlässige Vertrauensleute und einen über das Werk hinausreichenden Ermittlungs- und Beobachtungsdienst verfügen.
Seine Arbeit soll unbeachtet bleiben. Am besten ist es, wenn niemand im Werk weiß, wer im Abwehrdienst und für den Abwehrdienst tätig ist. Vollzugsaufgaben sind nicht Sache des Abwehrdienstes. Hier ist der Ordnungs- oder Ermittlungsdienst zuständig.
Die Vorbereitung von Aufklärungsaktionen, wie sie oben erwähnt wurden, in Wort und Schrift gehört mit zu den Aufgaben des Abwehrdienstes. Die Durchführung der Aktion und das Verbreiten der Schriften muß anderen Stellen übertragen werden. In Betrieben, die für staatliche Stellen produzieren, werden häufig von Staatsseite bestimmte Sicherheitsvorschriften erlassen, bzw. wird

die Vergabe von Aufträgen von der Durchführung bestimmter Maßnahmen zur Geheimhaltung abhängig gemacht. Diese Einrichtungen sollten dem Leiter des Abwehrdienstes unterstellt werden. Der Sicherheitsbeauftragte sollte jedoch nicht mit dem Leiter des Abwehrdienstes identisch sein. An Stellen, die dem Betrieb bei der Durchführung des Abwehrdienstes Hilfestellung leisten können, sind zu nennen: Das Amt für Verfassungsschutz und die Beratungsstelle für Betriebsschutz.

6. Die Werkfeuerwehr. Ihre Aufgabe im Falle eines Brandes ist klar. Weniger bekannt dagegen ist, was die Werkfeuerwehr tut, wenn es nicht brennt - und in Betrieben mit guten Werkfeuerwehren brennt es so gut wie nicht. Im Zuge des vorbeugenden Brandschutzes sorgt die Werkfeuerwehr dafür, daß die Zufahrtswege und Zugänge zu allen Gebäuden, Werkstätten und Lagern stets frei gehalten werden. Sie veranlaßt, daß Ansammlungen von Gerümpel und Abfällen (in welchem Betrieb gibt es dies nicht) sofort entfernt werden. Sie kontrolliert und kennzeichnet alle für den Brandfall wichtigen Wasserentnahmestellen. Sie sorgt für die Aufstellung von Feuerlöschern und Schlauchkästen und achtet darauf, daß diese gebrauchsfähig bleiben, und der Zugang dazu nicht versperrt wird. An besonders feuergefährdeten Stellen wird sie die Einrichtung halbautomatischer oder automatischer Alarm- oder Löschanlagen beantragen und dieselben nach dem Einbau pflegen. Sie klärt die Belegschaft über das Verhalten im Brandfall auf und bildet freiwillige Helfer zunächst an den Handfeuerlöschern, dann auch an den sonstigen Löschgeräten aus. Sie pflegt die Fahrzeuge und Geräte und kontrolliert den eigenen Ausbildungsstand dauernd durch Übungen, mit dem Ziel, immer noch schlagkräftiger zu werden. Ein guter Feuerwehrmann muß nicht nur mit seinen Geräten umgehen können und im Ernstfall die Nerven behalten; er muß sich blind in jedem Gebäude des Betriebes zurechtfinden, muß jede Versorgungsleitung kennen und alle Möglichkeiten des Heranbringens von Löschmitteln auch bei Ausfall der normalen Versorgung beherrschen. Nur dauernde Schulung und Übung führt zu dieser für die Wirksamkeit der Feuerbekämpfung unerläßlichen Sicherheit.

Gerade im Industriebetrieb muß der Schwerpunkt bei der Feuerbekämpfung außer auf die moderne Ausrüstung auch auf die Schlagfertigkeit der Feuerwehr gelegt werden. Entstehungsbrände sind mit den modernen Trockenlöschgeräten in allen Fällen zu löschen. Ist das Feuer erst einmal so groß, das Wasser eingesetzt werden muß, wird der Schaden sprunghaft ansteigen. Das Wasser richtet dann oft größeres Unheil an, als das Feuer.

Die Einrichtung und Unterhaltung einer hauptamtlichen anerkannten Werkfeuerwehr ist eine kostspielige Sache. Voraussetzung für die Anerkennung als Werkfeuerwehr ist die Erfüllung bestimmter gesetzlich verankerter Vorschriften (siehe in den Feuerwehrgesetzen der Länder). Im wesentlichen sind vier Punkte zu erfüllen:

a) Tag und Nacht muß eine volle Löschgruppe (1:8) im Werk sein.

b) Der Leiter der Werkfeuerwehr muß mindestens 3 Lehrgänge an einer Landesfeuerwehrschule mit Erfolg absolviert haben (Gruppenführerlehrgang, Ergänzungslehrgang, Lehrgang für Führer von Einheiten über Gruppenstärke).

c) Im Werk muß eine Alarmanlage für die Feuerwehr vorhanden sein.

d) Die Feuerwehr muß mindestens mit einer fahrbaren Motorspritze von bestimmter Leistung (TS 8) und dem entsprechenden Schlauchmaterial ausgerüstet sein.

Die große Zahl anerkannter Betriebsfeuerwehren zeigt, daß es der Überlegung wert ist, ob man auch eine entsprechend wirksame Vorsorge gegen Brände treffen soll. Es wird von der Größe, Struktur und Lage des Betriebes, sowie von der Art der Fertigung abhängen, wozu man sich entschließt.

b) Werkschutz im Mittelbetrieb

Die im Großbetrieb spezialisierten Dienste überschneiden sich im Mittelbetrieb vielfältig. Den Kern des Werkschutzes bilden hier die Feuerwehr und der Tordienst. Der Ordnungsdienst an den Toren und der Empfangsdienst werden zusammengelegt.
Die Feuerwehr nimmt neben ihren Aufgaben den Ordnungsdienst im Werk sowie den Kontrolldienst wahr.
Der Leiter des Werkschutzes übernimmt den Ermittlungsdienst und wird für Teilaufgaben des Abwehrdienstes herangezogen.
Die Ausbildung der Werkschutzleute muß entsprechend vielseitiger sein.

c) Werkschutz im Kleinbetrieb

Häufig wird im Kleinbetrieb der Werkschutz völlig vernachlässigt. Selbst die vorhandenen Organe erfüllen nicht mehr ihren Zweck, sondern existieren eben, weil man so etwas schon immer hatte. Die Überbleibsel sind meist ein Pförtner, der, weder was den Ordnungs- noch den Empfangsdienst anbetrifft, Gutes leistet, und ein Nachtwächter, der meist von systematischen Kontrollgängen noch nie etwas gehört hat. Dieses Bild ist drastisch, kann aber auf Schritt und Tritt in der Praxis gezeigt werden. Meist sind es heute Erfordernisse der Repräsentation gegenüber der Kundschaft, die zunächst den Tordienst wiedererstehen lassen. Dieser Anfang ist für die betroffenen Betriebe erfreulich. Doch ist damit für die Sicherheit des Werkes noch wenig getan.
Der systematische Aufbau des Werkschutzes im Kleinbetrieb fängt beim Pförtner an. Auch hier werden Ordnungsdienst am Tor und Empfangsdienst zusammengelgt.
Der nächste Schritt ist der nächtliche Kontrolldienst. Erwiesen ist, daß ein unkontrollierter Kontrolldienst so gut wie keiner ist. Also müssen Kontrollpunkte mit Stechuhren angelegt werden, und ein Streifenplan ist aufzustellen. Das Meldebuch vervollständigt den Kontrolldienst. Ein gut abgerichteter Wachhund bildet eine hervorragende Ergänzung und Unterstützung für den Streifendienst. Als drittes pflegt im Kleinbetrieb die Aufstellung einer Löschgruppe wertvoll zu sein. Mit sparsamen Mitteln läßt sich eine recht schlagkräftige "Feuerwehr" einrichten. Ein halbes bis ein Dutzend gut geschulter, beherzter Leute mit 12 kg Trockenlöschern auf Rückentragen können auch größere Brände mit Erfolg angehen und, wo nicht löschen, doch so weit eindämmen, daß die inzwischen alarmierte Feuerwehr den Rest besorgen kann. Eine weitere Voraussetzung für diese Art der Selbsthilfe ist eine Alarmanlage, um die Freiwilligen im Ernstfall rasch sammeln zu können. Die Leitung der Löschgruppe wird am besten einem Mann übertragen, der mit der Betriebsversorgung zu tun hat. Überhaupt empfiehlt sich die personelle Koppelung mit den Versorgungsdiensten. Dieselben können auch die vorbeugende Feuerverhü-

tung mit übernehmen. Ist die freiwillige Löschgruppe erst richtig geschult und zu einer echten Einheit geworden, wird sie der Betriebsleitung auch für Ordnungsaufgaben im Werk gute Dienste leisten können.
Der Ermittlungs- und Abwehrdienst wird im Kleinbetrieb möglichst in die Hände eines leitenden Angestellten gelegt. Wo ein Personalleiter vorhanden ist, kann er die Aufgabe übernehmen. Im andern Fall kann auch der Betriebsleiter damit beauftragt werden. Hierbei sind die speziellen Gegebenheiten des Unternehmens bestimmend. Die Verteilung der Werkschutzaufgaben im Kleinbetrieb macht verhältnismäßig wenig Mühe, und der Unternehmer hat dann die Sicherheit, daß das Mögliche getan wird, um das Werk vor Schaden zu bewahren.

5. DAS PERSONAL DES WERKSCHUTZES

a) Stärke des Werkschutzes

Sie hängt von der Größe des Betriebes und der davon bestimmten optimalen Organisationsform des Werkschutzes ab. Im Minimum wird der Werkschutz 2 Pförtner und 1 Nachtwächter als hauptamtliche Kräfte und eine freiwillige Löschgruppe (bei Schichtarbeit 2) von 9 Mann erfordern.
Der Mittelbetrieb, der eine Werkfeuerwehr aufstellt, braucht mindestens 1 Werkschutzleiter, 2 Gruppenführer, 16 Feuerwehrleute, 4 Ersatzleute und für jedes Tor 3 Mann (sofern die Tore auch in der Nacht besetzt sind; andernfalls genügen 2 Mann).

b) Auswahl des Werkschutzpersonals

Die an den Werkschutzmann zu stellenden hohen moralischen und körperlichen Anforderungen (Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit, Mut, körperliche Ausdauer und gute Füße für den Streifendienst, gesunde und leistungsfähige Sinnesorgane) bedingen eine sorgfältige Auslese des Personals. Da der Dienst im Werkschutz das Familienleben stark in Mitleidenschaft zieht und die Bezahlung im allgemeinen knapp ist, finden sich wenige Leute, die von sich aus zum Werkschutz drängen. In vielen Betrieben glaubte man bisher sehr klug zu handeln, wenn alle Invaliden und Gebrechlichen, die in der Produktion nicht mehr mitkommen, beim Werkschutz ihren Ausdingplatz erhielten. Die Folge dieses Vorgehens ist einmal, daß in diesen Werken vom Werkschutz nur noch geringschätzig als "Nachtwächtern" gesprochen wird, und zum anderen keiner der Jüngeren sich bereit erklärt, Mitglied des Werkschutzes zu werden.
In den Werkschutz sollen in erster Linie zuverlässige Personen. Am besten sind Angehörige des Betriebes, die man schon jahrelang kennt, die aber die körperlichen Voraussetzungen erfüllen. Für den Pförtnerdienst lassen sich ohne weiteres Kriegsinvaliden einsetzen, sofern sie keine Verletzung haben, die sie äußerlich abstoßend macht. Je normaler, d. h. der Struktur des Betriebes entsprechend der Altersaufbau des Werkschutzes ist, desto besser. Die älteren, häufig pflichtbewußteren und zuverlässigeren Männer sind eben-

so wichtig wie die Jüngeren, die körperlich leistungsfähiger sind. Bei Personen, die von außen neu in den Betrieb kommen, ist sorgfältige Überprüfung und scharfe Beobachtung für lange Zeit nötig.

c) Vorbildung des Werkschutzpersonals

Bei der heutigen Lage am Arbeitsmarkt ist es müßig, an die Vorbildung des Werkschutzes Anforderungen zu stellen. Man muß froh sein, ungelernte Leute, die das nötige praktische Geschick und technisches Verständnis haben, einsetzen zu können. Es gibt aber immer wieder glückliche Zufälle, die einem erlauben, ehemalige Polizeibeamte, gelernte Maschinen- oder Kraftfahrzeugschlosser oder Schreiner im Werkschutz einzusetzen.

d) Ausbildung des Werkschutzpersonals

Erstrebenswert ist für jeden Werkschutzmann eine möglichst vielseitige Ausbildung, so daß man beim Ausfall einzelner Leute nicht in Verlegenheit kommt. Unter der vielseitigen Ausbildung darf jedoch die Intensität der Schulung auf den einzelnen Gebieten nicht Not leiden.

1. Beim neuen Mann steht das gründliche Kennenlernen des Betriebes im Vordergrund. Man wird ihn mit einem erfahrenen Werkschutzmann Streifendienst machen lassen. Daneben erhält er auch gleich seine Grundausbildung im Feuerlöschdienst. Der nächste Schritt ist der Einsatz im Ordnungsdienst innerhalb des Werkes. Wenn er sich in diesen Diensten gründlich eingearbeitet hat, wird man ihn zum Ordnungsdienst am Tor einsetzen, um, sofern er dafür die nötigen Voraussetzungen mitgebracht hat, mit dem Empfangsdienst die Grundausbildung abzuschließen. Ermittlungs- und Abwehrdienst gehören nicht in die Routineausbildung des normalen Werkschutzmannes.

2. Der gesamte Werkschutz muß laufend in allen Sparten geschult werden.
a) Körperliche Ertüchtigung am besten in Form einer Kombination von Gymnastik, Ballspielen und Jiu-Jitsu ist nicht nur unerläßlich, sondern macht allen, auch den Älteren, viel Spaß. Als Lehrkraft muß man einen guten Sportlehrer oder Judomeister haben, da sonst zu leicht Unfälle vorkommen. In Verbindung mit der Jiu-Jitsu-Ausbildung sollte auch gleich die Handhabung des Schlagstockes oder Gummiknüppels gelehrt werden. Der Schlagstock ist, richtig geführt, eine der besten Verteidigungswaffen.
b) Die Faustfeuerwaffe (Revolver oder Pistole) ist weit schwieriger zu handhaben, abgesehen davon, daß ihre Anwendung normalerweise nicht in Frage kommt. Dennoch sollte man eine gründliche Schießausbildung nicht verachten. Es können immer wieder Fälle eintreten, in denen man froh ist, wenn einige Leute richtig mit Feuerwaffen umgehen können. Die Ausbildung mit der Schußwaffe muß zunächst "trocken" erfolgen. Erst wenn der Werkschutzmann seine Waffe genau kennt, darf er damit schießen. Bei der Schießausbildung muß auf jede Kleinigkeit in der Handhabung streng geachtet werden. Unsichere Personen erschießen eher sich selbst in der Aufregung, als daß sie im Stande wären, einen gezielten Schuß abzugeben.

c) Wenn im Betrieb Wachhunde eingesetzt werden, müssen entsprechend geschulte Hundeführer vorhanden sein. Jeder Wachhund hat normalerweise einen Herren, der ihn pflegt, füttert und führt. Wenige Hunde können von zwei Leuten geführt werden. Mehr als zwei Herren anerkennt kein Hund. Er wird zwar mitlaufen, aber im Ernstfall nicht mehr gehorchen.
d) Die Erfahrungen des Tordienstes, des Empfangsdienstes und des Kontroll- und Ordnungsdienstes im Werk müssen in regelmäßigen Abständen allen Werkschutzleuten weitergegeben werden. Fast täglich passieren bei diesen Diensten Dinge, an die kein Mensch vorher gedacht hat. Die Dienstvorschriften mögen noch so umfassend sein, jede Einzelheit enthalten; alle Vorgänge des täglichen Arbeitens kann man nicht in der Dienstanweisung erfassen. Bewährt haben sich für diese Schulung Kombinationen von Unterricht und Diskussion, wobei immer konkrete Vorgänge aus dem Dienstgeschehen die Grundlage bilden.
e) Eine besonders wichtige Rolle spielt die Ausbildung der Feuerwehr. Zunächst muß die Schulung der anerkannten Werkfeuerwehr nach der Ausbildungsvorschrift für den Feuerlöschdienst Nr. 1 (Verlag Kohlhammer, Stuttgart) erfolgen. Auch bei der nicht anerkannten Feuerwehr empfiehlt es sich, nach diesen Richtlinien vorzugehen. Mit der Feuerlöschausbildung wird man praktisch nie "fertig". Die nötige genaueste Kenntnis des Betriebes muß immer wieder aufgefrischt werden. Die Schulung an den Geräten und entsprechende Einsatzübungen können nicht oft genug wiederholt werden. Es zeigt sich, daß auch alte, erfahrene Feuerwehrleute im Ernstfall in der Aufregung Fehler machen, die viel Zeit kosten. Schlechtes Ankuppeln der Schläuche, falsche Bedienung der Motorspritze sind Dinge, die bei jeder Übung beobachtet werden können. Hier hilft nur unermüdliches Drillen, bis alles wirklich automatisch abläuft und auch im Ernstfall trotz der Aufregung noch richtig gemacht wird. Echte Alarmübungen, bei denen irgend etwas in Brand gesetzt wird, haben sich bewährt. Neben der praktischen Ausbildung im Werk, empfiehlt es sich, möglichst viele der Feuerwehrleute Spezialkurse mitmachen zu lassen. Die Landesfeuerwehrschulen führen immer wieder Lehrgänge für Atemschutz (Träger und Betreuer von Atemgeräten), Maschinisten, Gruppenführer usw. durch. Daß möglichst viele Feuerwehrleute den Führerschein Klasse 2 haben sollten, versteht sich von selbst. In manchen Betrieben ist es wünschenswert, wenn einige Leute des Werkschutzes einen Schweißlehrgang absolvieren, bzw. wenn ein oder zwei Mann den Sprengmeisterschein haben.

e) Bezahlung des Werkschutzes

Es ist häufig der Fall, daß die Werkschutzleute in die Lohngruppe der Hilfsarbeiter eingestuft werden. Dies ist nach dem, was tatsächlich an Wissen und Können gefordert wird, nicht richtig. Bei einer Einstufung entsprechend der Ausbildung wird allerdings das Einkommen auf Grund der hohen Stundenzahl (je nach Wacheinteilung 62 bis 80 Wochenstunden) stark ansteigen. Man kann beide Klippen umschiffen und dabei noch die besondere Vertrauensstellung der Werkschutzleute betonen, wenn man zumindest die bewährten Leute in den Wochenlohn übernimmt oder sogar nach festen Monatsbeträgen bezahlt. Auf jeden Fall sollte man bei der Festlegung der Bezüge des Werkschutzes immer

daran denken, was man erwartet, was der Werkschutzmann an persönlichen Einschränkungen auf sich nehmen muß, und daß es sich um einen ausgesprochenen Vertrauensdienst handelt.

6. DIE AUSRÜSTUNG DES WERKSCHUTZES

Geräte und Waffen

Mit Ausnahme der Feuerwehr braucht der Werkschutz keine Geräte. Die Mittel für Absperrungen und Abschrankungen werden von der Bauabteilung zur Verfügung gestellt. Wegen der Ausrüstung der Feuerwehr läßt man sich am besten durch eine der großen Firmen für Feuerlöschgeräte beraten. Unter den großen Herstellern solcher Ausrüstungen bestehen heute nur noch minimale Unterschiede, was den technischen Entwicklungsstand und die Preise anbelangt. Im Einzelfall wird sich nach genauer Prüfung der Angebote für den jeweiligen Betrieb das eine oder das andere als vorteilhafter herausstellen. Zu empfehlen ist, die gesamte Ausrüstung von einer Firma zu beziehen.
An Waffen kommen für den Werkschutz zur Zeit nur der Schlagstock oder der Gummiknüppel sowie Faustfeuerwaffen in Frage. Ob der Werkschutz mit Selbstladepistolen oder mit Trommelrevolvern ausgerüstet werden soll, ist zu überlegen. Die Selbstladewaffen sind billiger, etwas kleiner und verfügen über eine höhere Feuergeschwindigkeit. Wenn man Selbstladewaffen den Vorzug gibt, kommen nur solche in Frage, die mindestens Kaliber 7,65 mm sind und einen Spannabzug haben. Nur diese Art des Abzuges garantiert eine schnelle Feuerbereitschaft und ist gegen Versager einigermaßen unempfindlich. Der Trommelrevolver hat ebenfalls einige Vorzüge. Er ist in der Handhabung etwas ungefährlicher. Man kann auch Tränengaspatronen daraus schießen (die Reihenfolge: Platzpatrone, Gaspatrone, scharfe Patrone, verhindert, daß zu rasch scharf geschossen wird). Bei Munitionsversagern kann man rasch weiterschießen. Gegen mechanische Störungen ist der Revolver nahezu völlig unempfindlich. Auch bein Revolver sollte das Kaliber mindestens 0,32 sein. Um billig üben zu können, empfiehlt es sich, jeweils eine Waffe des gleichen Modells in Kaliber 0.22 (Kleinkaliber) anzuschaffen.
Daß bei der Ausrüstung des Werkschutzes mit Faustfeuerwaffen das Waffengesetz zu beachten ist, und die Personen sehr eingehend über den Waffengebrauch zu unterrichten sind, versteht sich.

7. DIENSTVORSCHRIFT FÜR DEN WERKSCHUTZ

Jeder Werkschutzmann sollte im Besitz einer kurzgefaßten allgemeinen Dienstvorschrift sein, über deren Inhalt immer wieder Belehrungen durchgeführt werden. In dieser Anweisung sollte enthalten sein:
a) Sinn des Werkschutzes und seine Aufgabenstellung
b) Stellung des Werkschutzes im Betrieb

c) Abgrenzung der Zuständigkeit des Werkschutzes
d) Befugnisse und Pflichten des Werkschutzes
e) Allgemeine Richtlinien für
1) Den Ordnungsdienst a) an den Toren
b) im Werk
2. Den Kontrolldienst
3. Den Empfangsdienst
f) Richtlinien über das Verhalten
1. Bei Leibesvisitation
2. Bei Durchsuchungen
3. Bei Festnahmen
4. In Fällen der Notwehr
5. Beim Waffengebrauch

(Eine solche kurzgefaßte Dienstanweisung ist im Dreieck-Verlag, Wiesbaden erhältlich).

Daneben müssen für jeden Betrieb und für jeden Dienstzweig des Werkschutzes klar gegliederte sehr detaillierte Anweisungen geschaffen werden. Bei den meisten größeren Firmen sind solche Anweisungen vorhanden und werden ernsthaften Interessenten gerne gezeigt.

Die Einzeldienstanweisungen sind gründlich durchzusprechen, so daß keinerlei ungeklärte Fragen bleiben. Die Anweisungen für den Ermittlungs- und Abwehrdienst werden am besten nicht allgemein behandelt, sondern nur mit den zuständigen Mitarbeitern durchgesprochen. Der Werkschutzmann braucht solche bis ins einzelne gehende Anweisungen, damit er in jedem Fall weiß, was er zu tun hat. Andererseits wünscht sich jeder Werkschutzmann eine klare Dienstanweisung, damit er, sofern er sich daran hält, eine Rückendeckung besitzt, die ihm in schwierigen Lagen die nötige Standfestigkeit gibt. Zu leicht wird er, wenn ihm diese Stütze fehlt, zum Jongleur, der fragt: "Was kommt danach?"

(...)

Quelle: Ulrich Wiese, Der Werkschutz, in: Betriebsleiterhandbuch, Verlag Moderne Industrie, München 1963, S. 803 ff.

XIX DER KÖLNER WERKSCHUTZSKANDAL (FEBRUAR 1970)

Moderation: Der dritte Themenkreis, dem die Aufmerksamkeit von Monitor seit Jahren gilt, ist der Schutz des Bürgers vor der Willkür der Masse und vor der Übermacht der Stärkeren. Wenn wir immer wieder Einzelfälle unter die Lupe nahmen, dann wollten wir alle ermahnen, ihre Macht nicht zu mißbrauchen, sei sie wirtschaftlich oder politisch begründet. Das Beispiel in dieser Sendung: der jüngste Werkschutzskandal in Köln.
Michael Stoffregen Büller ist dem Vorwurf nachgegangen, daß zumindest in einem großen Industriebetrieb Einflußreiche ihre Beziehungen ausnutzen, um anderen zu schaden, um sie mit Hilfe einer privaten Verbrecherkartei kontrollieren, einschüchtern zu können.

F i l m

Demonstration: Rufer: "Boljahn raus, Boljahn raus, (...) hast eine Kartei angelegt, die irgendwann und irgendwie (...) öffentliche Leben mit der Polizei in Konflikt gekommen waren. Pfui -"

Ihre Empörung richtet sich gegen den Werkschutz in der eigenen Firma. Die Arbeiter der Kölner Kabelwerke Felten & Guilleaume protestieren auf der Straße. Im Büro des Werkschutzleiters wurde eine geheime Kartei entdeckt. Eine Kartei mit exakten Vermerken über längst verjährte Vorstrafen, Eheverfehlungen, Verkehrsdelikte und sogar über Freisprüche vor Gericht.

F&G-Querfahrt: In jedem Betrieb werden dienstliche Verfehlungen registriert - das ist verständlich und auch üblich. Eine Geheimliste mit privaten und zum Teil verjährten Vorstrafen aber ist rechts- und sittenwidrig. Entstehen konnte eine solche betriebseigene "Verbrecherkartei" jedoch nur durch die Bestechlichkeit und Kumpanei von Kölner Polizeibeamten. Der Chef des Werkschutzes war früher Angehöriger des 14. Kommissariats, der politischen Polizei. Und zwei Kollegen von einst hielten auch dem Privatmann die Treue - allerdings gegen Bezahlung. Sie ließen sich auf Werksspesen freihalten und tankten ohne Geld insgesamt 1 858 Liter

Werksbenzin.
Dafür lieferten sie pünktlich: Aus den Polizeiakten im Präsidium übertrugen die Beamten alle interessanten Fakten auf die Firmenkartei. Und häufig brachte einer von ihnen die Geheimdossiers sogar selbst in das Büro des Werkschutzleiters. Ergebnis: Bewerber wurden abgelehnt, andere entlassen.

Trick: Boljahn — Schlüsselfigur des Skandals ist Werkschutzleiter Friedrich Boljahn. Der Kommandeur von 80 Werkschützern ist nach den massiven Protestaktionen vorläufig suspendiert. Überführt wurde er durch diese beiden Karteikarten:

Trick: — Die erste - normal, aber mit einem Kreuz.
Die zweite: Der Beweis - Vorstrafe 1957, wegen Unterhaltsentzug mit zwei Monate Gefängnis.
Boljahn stolperte über die Ehrlichkeit seiner eigenen Mitarbeiter.

Statement Homberg: "Ich habe durch reinen Zufall - bei Urlaubsvertretungen - die Beschuldigten-Kartei mit etwa 1 300 Namen entdeckt. Weiterhin hatte ich bei der Durchsicht von Akten die Gelegenheit, Material über den Betriebsratsvorsitzenden und weitere Betriebsratsmitglieder einzusehen. Diese Unterlagen enthielten Angaben über politische Ansichten und Vergangenheiten und Berichte über Gewerkschaftsaktivitäten an den Vorstand. Mir - wie auch allen weiteren Werkschutzangehörigen, war bekannt, daß Herr Boljahn einen Spitzel mit dem Decknamen 'Schwarz' angestellt hatte. Ich habe Herrn Boljahn wiederholt vor der Kartei gewarnt und ihn beschworen, diese ungesetzlichen Handlungen zu beenden. - Doch leider ohne Erfolg. Als ehemaliger Polizeibeamter konnte ich es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, solche Taten zu vertuschen. - Aus diesem Grund habe ich die Beweise dem Vorstand und dem Betriebsrat übergeben."

Betriebsrat: Der Ermittlungsbeamte des Werkschutzes, Karl Homberg, hatte als einziger den Mut, Wahrheiten auszusprechen, die viele seit Jahren wußten. Der Betriebsrat war für Boljahn das Operationsfeld Nr. 1. Dabei beschränkte er sich nicht auf die Kontakte zum Polizeipräsidium, sondern er baute auch innerhalb des Werkes einen Spitzeldienst auf. Erkannt und entfernt worden ist der Spion Schwarz, der in Wirklichkeit Klimaschka hieß, und der vor allem auf Gewerkschaftsmitglieder angesetzt war. Der Betriebsratsvorsitzende Benno Feckler wurde sogar auf Reisen beschattet.

Statement Feckler: "Inzwischen ist festgestellt, daß Herr Boljahn die fraglichen Karteikarten - ca. 600 Stück - selbst vernichtet hat, oder vernichten hat lassen. Dies ist ein äußerst bedauerlicher Zustand, weil man hier die Gefährlichkeit des Tuns insgesamt und umfangreicher hätte beweisen können. Die Streikaktionen haben bewiesen, daß die Belegschaft sehr schnell erkannt hat, daß hier die Demokratie in den Betrieben mit Füßen getreten worden ist. Herr Boljahn hat u. a. in der Kartei eine Frau aufgeführt, die wegen Un-

terhaltsentzug 2 Monate Gefängnis erhalten hat. Wir haben als Betriebsrat diese Angelegenheit zum Anlaß genommen und haben von dem Vorstand verlangt, Herrn Boljahn aufgrund seines undemokratischen und unsozialen Verhaltens fristlos zu entlassen."

Interview Arenz: "Herr Dr. Arenz, Werkschutzleiter Friedrich Boljahn hat einen Spitzel auf den Betriebsrat angesetzt, gesetzwidrige Karteien geführt und Polizisten bestochen. Warum distanziert sich die Firma Felten & Guilleaume nicht von einem solchen Mann?

A: Der Vorstand hat die gegen Herrn Boljahn betriebsratlich erhobenen Vorwürfe eingehend überprüft, kam zu dem Ergebnis, daß die Voraussetzung des § 66 des Betriebsverfassungsgesetzes auf den der Betriebsrat seinen Antrag stützte, im vorliegenden Falle nicht gegeben sind und konnte daher dem Antrag des Betriebsrates auf fristlose Entlassung eben nicht stattgeben, hat aber gleichzeitig erklärt, daß er sehr daran interessiert sei, daß die Angelegenheit von einer außerbetrieblichen neutralen Stelle, wie sie das Arbeitsgericht darstellt, geklärt wird.

Frage: Verstehen sie die Empörung der Belegschaft, die dahingeht, daß einige sagen, wenn man ein Stück Blech mitnimmt, wird man entlassen, während ein Werkschutzleiter, wie Herr Boljahn, kann strafwürdige Behandlungen begehen, und er rechnet sogar noch mit dem Schutz von der Firmenleitung?

A: Ich glaube, (die) man kann nicht sagen, daß Herr Boljahn, wenn er strafbare Handlungen begeht, mit dem Schutz der Firmenleitung rechnen kann. Das kann er im Gegenteil mit Sicherheit nicht. Die Frage, ob er tatsächlich eine strafbare Handlung begangen hat, kann m. E. zumindest zur Stunde überhaupt nicht beantwortet werden.

Frage: Sie sagten, strafbare Handlung kann im Moment nicht überprüft werden. Darf ich sagen, daß mir das nicht ganz einleuchtet, wenn jemand 1 500 l Benzim an Polizeibeamte austeilt, - ich meine - muß das doch eine strafbare Handlung sein, da er es ja also selbst getan hat ohne Billigung des Unternehmens, ist es ein Diebstahl.

A: Ich würde es nicht als Diebstahl m. E. bezeichnen, denn er hat sich ja selber nicht daran bereichert. Er hat Benzin abgegeben.

Frage: Er hat Informationen besorgt, er hat den Besuch von Polizeibeamten des politischen Kommissariats empfangen, die also bearbeitete Listen für seine Kartei, mit der er angeblich gar nichts anfangen konnte, überbracht haben.

A: Das ist eine Behauptung. Ich sagte bereits, und - die aufgestellt wird, und die bis heute - zumindest nicht völlig erwiesen ist. Ich habe eine solche Kartei bis zur Stunde nicht gesehen. Und aufgrund dessen kann man meines Erachtens auch zur Stunde wenigstens noch keine arbeitsrechtliche Konsequenz in Art einer Entlassung, geschweige denn fristlose Entlassung, vornehmen.

Frage: Das ist doch aber sicher, daß sie existiert hat?

A: Ich kann dazu nur sagen, und ich sagte bereits, ich habe selber nie Einblick in eine solche Kartei nehmen können, habe sie nie gesehen. Und sie soll aber aufgrund der Aussage einer Werk-

schutzangehörigen existiert haben.

Frage: Es gibt Beweise. Ich selbst habe eine Karte und kann Sie Ihnen sofort zeigen."

Der Personalchef der Fa. Felten & Guilleaume sagt die Unwahrheit. Am 7. und am 26. Januar hat ihm der Betriebsratsvorsitzende Benno Feckler die sichergestellte Karteikarte gezeigt.
Warum wird Friedrich Boljahn gedeckt?
Warum wird die Unwahrheit gesagt?
Warum werden Bestechungen verharmlost?
Der Verdacht hat Gründe:
Denn Friedrich Boljahn ist Sicherheitsbeauftragter für den Geheimschutz in der deutschen Wirtschaft.
Denn die intensive Zusammenarbeit zwischen Werkschutz und Polizei ist nicht ungewöhnlich.
Denn Friedrich Boljahn gehört einem Freundeskreis von 5 Werkschutzleitern an, der sich einmal im Monat zum Erfahrungsaustausch trifft.
Ein Zeuge, der nicht erkannt sein will, scheint den Verdacht zu bestätigen:

Zeuge: "Ich weiß genau, daß die Vorkommnisse bei Felten & Guilleaume kein Einzelfall sind, sondern daß andere große Werke im Kölner Raum über ähnliche Karteien verfügen wie wir. Ich habe häufig Telefonate durch Zufall mitgehört, aus denen hervorging, daß die Werkschutzbüros untereinander verbotene Personalauskünfte austauschten.
Mancher Arbeitssuchende wurde nach solchen internen Rücksprachen nicht eingestellt. Andere wurden entlassen.
Sichtbare Beweise für eine solche private Verbrecherkartei gibt es zumindest bei einem Konzern: Bei Felten & Guilleaume. Durch Zufall und durch die Zivilcourage eines Mannes kam es ans Tageslicht: Arbeitnehmer werden von ihren Firmen bespitzelt.

Statement Strothmann: "Die Vorgänge bei Felten & Guilleaume sind ein anmaßender Fall der Betriebsjustiz, damit muß sich die Staatsanwaltschaft und muß sich das Bundesjustizministerium beschäftigen. Daß die Polizeibehörde eine Kartei führt über straffälliggewordene Bürger, gilt als notwendig. Diese Kartei - im Besitz der Polizei - muß aber treuhänderisch verwahrt werden. Sie darf auf keinen Fall einem Arbeitgeber oder einem ihrer Beauftragten in die Hände gespielt werden. Es darf nicht geduldet werden, daß Betriebskarteien angelegt werden, die einem politischen und einem kriminellen Steckbrief gleichkommen.
Im Betriebsverfassungsgesetz gibt es den § 49. Er verlangt vom Arbeitgeber und vom Betriebsrat vertrauensvolle Zusammenarbeit.
Die Geschäftsleitung von Felten & Guilleaume hat diese gesetzliche Bestimmung mißachtet. Ihr Vorgehen verletzte in provozierender Weise die Würde des Menschen. Die Geschäftsleitung ver-

sucht nun mit arbeitsrechtlichen Kniffen, ein Politikum außerordentlicherweise zu bagatellisieren. Der Skandal bei Felten & Guilleaume scheint ein Einzelfall. Er ist für die Industriegewerkschaft Metall der konkrete Beweis für die Vermutung, daß es in anderen Betrieben ähnliche unsaubere Machenschaften gibt. Wir müssen mißtrauisch bleiben. Und solchen gefährlichen Entwicklungen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln entgegenwirken."

Moderation: Ein Einzelfall oder nicht, ich glaube, es ist jetzt Sache der Industrie, die Vorwürfe der IG-Metall so schnell wie möglich zu entkräften. Sonst muß sich der schon seit Jahren schwelende Verdacht stärken, hier und dort werde der an sich notwendige Werkschutz als militante Einsatzgruppe und als Spitzelorganisation mißbraucht.

Quelle: Westdeutscher Rundfunk, Sendung Monitor, Köln den 16. 2. 1970: Werkschutzskandal in Köln. Autoren: M. Stoffregen-Büller Stephan Burgdorff; Kamera: Peter Kaiser; Schnitt: Barbara Rust

XX WARUM DIE GEWERKSCHAFTEN DEN WERKSCHUTZ UNTERSTÜTZEN (1972)

In der Bundesrepublik gibt es etwa 70 000 Werkschutzangehörige. Sie sind zu 80 Prozent in den Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes organisiert. Unter ihnen sind sowohl Betriebsratsmitglieder als auch Vertrauensleute. Die Notwendigkeit der Werkschutztätigkeit wird allgemein anerkannt. Dennoch hat der Beruf des Werkschutzmannes in der Öffentlichkeit und vielfach auch in den Betrieben selbst kein hohes Ansehen.
Ressentimens aus der Vergangenheit und die Assoziation "Werkspolizei" (innerbetriebliche Polizei der Unternehmer) werden wie ein unlösbarer Ballast über die Zeiten mitgeschleppt. Auch Zeitungen und Zeitschriften bemühten sich kaum um die notwendige sachliche Aufklärung. Man schrieb in teilweise sensationell aufgebauschten Berichten und groben Verallgemeinerungen über "den Werkschutz", ohne dabei auf die verdienstvolle Tätigkeit dieser Arbeitnehmergruppe und ihre legale Funktion im Wirtschaftsleben und in den Betriebsbereichen einzugehen. Übrigens: Auch in Nachschlagewerken findet man nichts über den Werkschutz und seine Aufgaben.

Seit 1970 DGB-Arbeitskreis

Diese Probleme und die Notwendigkeit, die Interessen und die Betreuung dieser Arbeitnehmergruppe wahrzunehmen, waren Anlaß, für diesen Personenkreis eine Beratungsplattform für ihre besonderen Problemstellungen und deren Lösung in Form eines DGB-Arbeitkreises für organisierte Werkschutzangehörige zu bilden (9. September 1970).
Der DGB ging davon aus, daß in Industrie und Verwaltung von einer bestimmten Größenordnung an und bei bestimmten Voraussetzungen Werkschutzeinrichtungen bestehen, wobei der Werkschutz zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung innerhalb der Unternehmen dienen soll. Ohne Ordnungsregeln ist ein reibungsloser Produktions- und Verwaltungsablauf nicht denkbar.
Die Zulässigkeit der Organisation eines Werkschutzes wird heute allgemein anerkannt. Der Werkschutz umfaßt alle Maßnahmen, die der Betriebsinhaber treffen kann, um unerlaubte Eingriffe in seine Rechtssphäre abzuwehren. Die allgemein als schutzwürdig anerkannten Interessen des Arbeitgebers reichen von der Sicherung gegen Eigentumsdelikte und der Erhaltung der Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit seines Betriebes bis zur Abwehr von Sabotageakten. Dabei ist der Betrieb kein exterritoriales Gebiet; der Werkschutz hat keine Exekutivbefugnisse. Dies ist eindeutig Sache der Polizei.

Werkschutz darf kein Spitzeldienst sein

Der Werkschutz darf auch keinesfalls zur Bespitzelung der Arbeitnehmer mißbraucht werden. Im Falle eines Arbeitskampfes ist es klar, daß der Werkschutz - im Rahmen seiner Aufgabenstellung - Notdienstarbeiten entsprechend der rechtlichen Gegebenheiten wahrzunehmen hat, wobei seine Arbeitnehmerrechte (Artikel 9 Grundgesetz) nicht eingeschränkt werden dürfen.
Bei allen Maßnahmen des Arbeitgebers auf dem Gebiet des Werkschutzes hat der Betriebsrat ein Mitbestimmungsrecht, wenn sie die Ordnung des Betriebes und das Verhalten eines Arbeitnehmers betreffen. Es ist daher eindeutig, daß die Ordnungs- und Sicherungstätigkeit des Werkschutzes im wesentlichen auf den gesetzlichen Grundlagen des Betriebsverfassungsgesetzes (BVG) basiert und ohne enge Zusammenarbeit mit den Betriebsräten nicht denkbar ist. (Dazu im BVG Paragraphen 80-84, 87, 88, 89, 90-92, 97-99, 102, 104 und 120. Zusammengefaßt in Stichworten: Unterrichtungspflicht des Arbeitgebers, Anhörungsrechte des Arbeitnehmers, Einsicht in Personalakten, Fragen der Ordnung des Betriebes und das Verhalten der Arbeitnehmer im Betrieb, freiwillige Betriebsvereinbarungen, Arbeitsordnung, Arbeitsschutz, Mitbestimmungsrecht usw.)
Die Werkschutzangehörigen sind Arbeitnehmer mit allen Rechten und Pflichten im Sinne des BVG und sonstiger rechtlicher Grundlagen. Sie haben keinen Sonderstatus, bedürfen für ihre Tätigkeit einer qualifizierten Ausbildung (Umschulung oder Fortbildung).

Einheitliche Ausbildung notwendig

In den Sitzungen des DGB-Arbeitskreises wurden nach eingehenden Grundsatzdiskussionen, bei denen es auch um den Abbau von Vorurteilen ging, folgenden Problembereichen die Priorität gegeben:
1. "Die bisherige unterschiedliche, teils betriebsinterne, teils überbetriebliche Ausbildung von Werkschutzangehörigen soll in eine geordnete, möglichst bundeseinheitlich geregelte Form gebracht und durch eine anerkannte Prüfung rechtlich abgesichert werden."
2. Es mußte das Vorurteil ausgeräumt werden, man könne den Werkschutz als Auffangbecken für nicht mehr voll einsatzfähige Arbeitnehmer betrachten, weil hierfür keine besondere Qualifikation erforderlich sei. Gerade über diese Frage gibt es nur eine spärliche Literatur. In der Zeitschrift "Arbeitsmedizin, Sozialmedizin, Arbeitshygiene - Der Werkspförtner - Werkschutzpersonal" einige interessante Angaben über die berufliche Beanspruchung und die "gesundheitlichen Tätigkeitsvoraussetzungen" des Werkschutzes. Es heißt dort unter anderem: "Hier werden erfahrungsgemäß im allgemeinen schwere Fehler bei der Einsatzfähigkeitsbeurteilung gemacht. Vor allem in der Vergangenheit konnte immer wieder beobachtet werden, daß ältere, für körperliche Arbeiten nicht mehr fähige, teilinvalidisierte bzw. als berufsunfähig berentete Arbeiter zum Pförtnerdienst herangezogen werden." - "Allein schon der ständige Wechselschichteinsatz bedingt eine robuste vegetative Konstitution, erst recht der Wach- und Streifedienst, wobei er unter Umständen körperlichen Angriffen ausgesetzt ist."
3. Da die Tätigkeit des Werkschutzes überwiegend eine berufliche Erstausbil-

dung erfordert, sollen zusätzliche Qualifikationen durch Fortbildungsmaßnahmen erworben werden können, die den gestellten Anforderungen entsprechen. Diese Anforderungen sind inzwischen in sogenannten "Prüfungsanforderungen" fixiert, die der Arbeitkreis verabschiedet hat. Es wurde dabei berücksichtigt, Spezialisierungen zu vermeiden, zugunsten einer größeren Mobilität der Werkschutzangehörigen auch bei Betriebswechsel.
Die für eine solche Fortbildung erforderliche "Prüfungsordnung" wurde nach Form und Inhalt den Richtlinien des Bundes-Ausschusses für Berufsbildung vom 2. November 1971 nach Paragraph 47 (46) BBiG angepaßt und am 7. Januar 1972 vom Arbeitskreis verabschiedet. Das Anerkennungsverfahren läuft. Die Empfehlung des Arbeitskreises geht dahin, durch Abstimmung mit anderen zuständigen Stellen gemeinsame Prüfungsausschüsse zu errichten.
4. Ein weiteres Problem ergibt sich aus den bisherigen Unklarheiten und Ungerechtigkeiten bei Angehörigen des Werkschutzes im Falle der Berufsunfähigkeit. Bisher wird die vorherige Beruftätigkeit bei der Rentenbemessung zugrunde gelegt, weil die Werkschutztätigkeit als eigenständige Berufstätigkeit nicht anerkannt wurde. Es gab darüber hinaus eine Fülle von Prozessen beim Bundessozialgericht, bei denen es um die Zuordnung der Werkschutzangehörigen zur Angestelltenversicherung ging. Die Entwicklung geht aufgrund der Urteile zur Angestelltenversicherungspflicht.
Das Oberversicherungsamt Darmstadt gab in einem Falle folgende Begründung (Auszug):
" (...) Die Angehörigen des Werkschutzes sind hiernach insbesondere gehalten, auch ohne ausdrückliche Anweisung aus eigener Verantwortung selbständige Entschlüsse zu treffen, soweit dies die Aufrechterhaltung der Sicherheit des Betriebes erfordert. Ihre Tätigkeit ist demnach in erster Linie eine geistige und steht durch ihre Eigenart in einem Gegensatz zu der rein körperlichen Beschäftigung eines Invalidenversicherungspflichtigen (...)". Es soll in dieser Darstellung nicht weiter auf die Problematik der Zuordnungskriterien eingegangen werden. Der Arbeitskreis vertritt die Auffassung, daß die gerechte Bewertung der Tätigkeit des Werkschutzes zunächst Vorrang haben sollte.
5. Problematisch ist weiter die verwirrende Einordnung des Werkschutzes in Statistiken und Berufskataloge. Im systematischen Verzeichnis des Statistischen Bundesamtes "Klassifizierung der Berufe", (Systematisches und alphabetisches Verzeichnis der Berufsbenennungen. Ausgabe 1970, Kohlhammer-Verlag) sind unter "Ordnungs-, Sicherheitsberufe" (79-81) unter "Dienst-Wachberufe" sowie Ziffer 791 "Werkschutzleute, Detektive", die Werkschutzleute unter 7911 und 7913 erfaßt. Zu 7913 sollen gehören: "Hoteldetektiv", "Kriminalagent", seltsamerweise auch "Werkschutzangestellter" und "Werkschutzmann". Unter Ziffer 7929 "andere Wächter, Aufseher", finden wir zwischen "Bedürfnisanstaltswächter" und "Bibliothekaufseher" noch den "Betriebswächter", und unter 7932 (Pförtner und Hauswarte) sind dann noch "Fabrikportier" und "Werksportier" aufgeführt.
Der Arbeitskreis geht davon aus, daß aufgrund der neuen Fortbildungsordnungen eine Überprüfung vorgenommen wird und die neuen Qualifikationskriterien sowohl für die Bereiche "Berufsunfähigkeitsrente", "Berufskataloge" und sicherlich auch bei Tariffragen eine sinnvollere Einordnung als bisher ermöglichen.

Abbau von Vorurteilen in der Öffentlichkeit

Der DGB ist gemeinsam mit seinen Gewerkschaften bemüht, im Interesse der organisierten Werkschutzangehörigen und aller Betriebsangehörigen die Basis für eine verständnis- und vertrauensvolle Zusammenarbeit zu schaffen. Es geht ihm vor allem auch darum, die Werkschutzangehörigen aus dem falschen Eindruck in der Öffentlichkeit, eben, als seien sie eine "private Polizei der Unternehmer", herauszuführen. Zumindest die organisierten Werkschutzangehörigen wollen nicht außerhalb der betrieblichen Arbeitnehmer-Solidargemeinschaft stehen.
Außerdem geht es den Gewerkschaften darum, den Wildwuchs privater Sicherungsunternehmungen durch Ausbildungsauflagen zu unterbinden. Aus der Fürsorgepflicht des Unternehmers ist eindeutig abzuleiten, daß die Erhaltung von Sicherheit und Ordnung betriebsorganisatorische Aufgaben sind, die innerbetrieblich und nicht gesondert durch private Überwachungsunternehmen unabhängig von den Mitbestimmungsrechten der Betriebsräte erledigt werden können. Dies gilt für den Katastrophenschutz ebenso wie für Sabotage und Spionagefälle.

Intensive außerbetriebliche Schulungslehrgänge

Die Ausbildung der Werkschutzangehörigen ist im speziellen auf diese besonderen Aufgabenstellungen abgestellt. Seit über einem Jahrzehnt wird außerbetrieblich eine intensive Schulungsarbeit, zum Beispiel vom Verband für Sicherheit in der Wirtschaft (VSW) Essen, in Haltern betrieben. Die Lehrpläne und Inhalte wurden in Absprache mit den bestehenden Werkschutz-Arbeitskreisen festgelegt. Die Referenten kommen in erster Linie aus dem Werkschutzbereich. Seit dem letzten Vierteljahr 1970 wirken Referenten des DGB bei diesen Lehrgängen mit. Das Thema: "Das BFG - eine innerbetriebliche Grundlage für die Ordnungstätigkeit des Werkschutzes" - ist Bestandteil des Lehrplans. Die Lehrgänge gliedern sich in Grund- und Aufbaulehrgänge sowie anschließend spezielle Lehrgänge, wie "Werkschutz-Ermittlungslehrgang", "Lehrgang für Fotografie als Beweismittel bei besonderen Ereignissen im Betrieb". An den Lehrgängen nehmen Werkschutzangehörige aus den Mitgliedsfirmen des VSW teil, die ihre Mitarbeiter zu ihren Lasten dorthin entsenden. (Es können auch Nichtmitglieder ihre Werkschutzangehörigen zu den Lehrgängen entsenden.) Die Teilnehmer kommen von Firmen aus fast allen Bundesländern. Die Lehrgänge dauern eine Woche. Das heißt: Im Verlauf einer zweijährigen Ausbildungszeit sind sie neben der Praxis der fachtheoretische Ergänzungsteil.
In den Grundlehrgängen werden die zusammenhängenden Rechtskenntnisse und das erforderliche Fachwissen für die Tätigkeit vermittelt. In den Aufbaulehrgängen wird der Fortbildungsgang fortgesetzt. Neben der Erweiterung und Vertiefung der wichtigsten Themen des Grundlehrgangs werden weiterführende berufswichtige Themen behandelt.
Die nun vorliegende Prüfungsordnung und die Prüfungsanforderungen bilden die Ausbildungsgrundlage. Am Ende des Teilzeitsystems steht die Prüfung. Die Übergangsregelungen in der Prüfungsordnung sehen die Anerkennung bis-

heriger Fortbildungsgänge, in der Art, wie sie in Haltern betrieben wurde, unter Einschluß von Praxiszeiten vor.

Welche Kenntnisse notwendig sind

Geprüft wird unter anderem über die Gebiete: Rechtsgrundlagen der Werkschutztätigkeit, weitere Rechtskenntnisse, Werkschutzdienstkunde. Zu den Prüfungsthemen gehören weiter: Vorbeugende Maßnahmen gegen strafbare Handlungen und Ordnungsverstöße im Betrieb, Tätigkeiten und Verhalten bei Betriebsunfällen, Verhalten am Tatort oder Unfall- oder Unglücksort, die weitere Bearbeitung solcher Ereignisse, Personenverkehr bei den Werkszugängen (Belegschaft und Besucher), Überprüfen des Warenein- und -ausganges, Bedienen von Straßenfahrzeug- und Gleiswagen, Regeln und Überwachen des Fahrzeugverkehrs im Werksbereich, Tätigkeit im Wach- und Streifendienst, Meldungs- und Berichtswesen, Verhinderung der Ausspähung von Forschungsergebnissen, Fertigungsverfahren.
Der Werkschutzangehörige muß ferner Bescheid wissen über den Umgang mit Menschen (angewandte Psychologie). Technische Einrichtungen und Hilfsmittel im Werkschutz, Kenntnisse über und Verwendung von technischen Hilfsmitteln. Er muß Kenntnis haben über das Bedienen von Geräten, die zur Verhütung von Betriebsgefahren verfügbar sind, z. B. Alarmanlagen, Notrufanlagen, Fernsprechvermittlung, Fernsprech- und Funksprechordnung. Schießanlagen oder Feuerlöscher der verschiedensten Systeme, Gasspürgeräte oder automatische Löschanlagen.

Totgeschlagen wegen 38 Mark Diebesbeute

Der richtig ausgebildete Werkschutzangehörige muß jedoch nicht nur über eine Fülle von Kenntnissen verfügen, die die normale gewerbliche Ausbildung nicht vermittelt. Man sollte auch wissen, daß Werkschutzleute oft ihr Leben aufs Spiel setzen. Einige Beispiele: Am 16. August 1963 wurde in Mannheim ein 54jähriger Werkschutzmann von einem Tresoreinbrecher, den er auf frischer Tat ertappte, erschlagen. Diebesgut 38 DM. Am 16. August 1968 wurde in Saarbrücken ein Werkschutzmann, 53 Jahre, auf einem Kontrollgang von einem Einbrecher erschlagen. Am 27. August 1971 wurde in Duisburg ein Werkschutzangehöriger, 43 Jahre, von hinten mit einer FN-Pistole (7,65) durch Hüftschuß niedergestreckt. Er erhielt dann einen Genickschuß, anschließend schossen ihn die Täter noch in die Schläfe. Diebesgut 130 DM. Am 7. Dezember 1971 wurde ein Pförtner, 52 Jahre von einem Werksangehörigen (17 Jahre) mit einer Eisenstange erschlagen. Diebesgut 1200 DM.
Der Werkschutz muß sich häufig auch mit sehr heiklen Fragen beschäftigen, die viel Fingerspitzengefühl erfordern. Ein besonderes Kapitel ist dabei die Entwendung oder "Ausleihung" von Werkzeugen und Geräten, wobei der Tatbestand eines "Diebstahls" sehr oft von den betrieblichen Gegebenheiten, Bescheinigungen und der persönlichen Beurteilung abhängt.

Wenn der Schlagbohrer ausgeliehen wird

Wer erfüllt zum Beispiel nicht einmal notgedrungen den wiederholten Wunsch seiner Ehehälfte einen Wandschrank in seiner Wohnung aufzuhängen, wozu wegen der Dübel eine Schlagbohrmaschine notwendig wäre, die der Betreffende selbst nicht besitzt. Für solche Fälle gestatten die Unternehmen eine "Ausleihung" mit Ausleihschein vom Betriebsleiter oder Meister unterschrieben. Waren sie aber nicht greifbar und der Arbeitnehmer nimmt sie, in der guten Absicht, sie am anderen Tage wieder zur Morgenschicht mitzubringen ohne diesen Entleihschein mit, so hat der Werkschutzangehörige entsprechend seines Auftrages die "Entnahme" zu melden. Hinzu kommt, daß der Betreffende im Strom der Nachhausgehenden aus dem Tor gehen wird. Wird er kontrolliert, so sehen es seine Kollegen, der Werkschutzangehörige kann keine Ausnahme zulassen. Es wird also zweckmäßig sein, für solche Fälle bei den Ausgängen die nachträgliche Ausfüllung eines Ausleihbelegs zu ermöglichen, vorausgesetzt, daß durch fehlende Arbeitsgeräte andere Arbeitskollegen bei der Arbeit nicht beeinträchtigt werden. Einige Betriebe haben zudem schon Hobbywerkstätten eingerichtet, wo Geräte entliehen werden können und unter Anleitung von fachkundigen Personal gebastelt werden kann.
Der wesentliche Punkt bei diesem Beispiel war die Frage, was ist Diebstahl? Wo sind unter Einbezug menschlicher Verhaltensweisen die Grenzen zu ziehen? Es ist eine Tatsache, daß eine Vielzahl von Bagatellfällen durch das Vorhandensein des Werkschutzes und in Zusammenarbeit mit den Betriebsräten erst gar nicht die Gerichte beschäftigt. Wie schnell wird ein notgedrungenes oder auch jugendliches Fehlverhalten zum schwarzen Punkt auf einer noch menschlich reinen Weste! Solche internen Regelungen haben mit der verschrieenen "Betriebsjustiz" nicht das geringste zu tun, wie wir es aus Aussagen der Polizei und der Justiz bestätigt finden.

Fingerspitzengefühl ist notwendig

Es gibt eben eine Vielzahl von Entscheidungen in den innerbetrieblichen Bereichen, die ganz einfach mit Dienstanweisungen, psychologischen Patentrezepten nicht getroffen werden können. Es sind vielmehr Absprachen mit den Interessenvertretern notwendig, und zwar in jedem Einzelfall. Delikte, die den Rahmen des wohlverstandenen betrieblichen Entscheidungsbereich überschreiten, werden natürlich den zuständigen Stellen überantwortet, wobei es notwendig ist, die Beweismittel abzusichern und die Polizei oder Kriminalpolizei zu unterstützen (Beispiel: Autoknacker auf werkseigenen Parkplätzen).
Es gibt ferner Beispiele aus der Praxis des Werkschutzes, wo es um Verhinderung katastrophaler Schäden ging. So wurden aus Spannungen zwischen Arbeitnehmern und Vorgesetzten in Racheakten Kabel zerschnitten, Schaltanlagen stillgelegt und hydraulische Steuerungsrohre durchgesägt. In den meisten Fällen konnten bei Kontrollen des Werkschutzes solche Vorfälle zur rechten Zeit verhindert oder beim erfolgten Racheakt das notwendige durch sofort eingeleitete Maßnahmen in den Auswirkungen begrenzt werden.
Die Betriebssphäre ist nicht ohne Fehler, nicht ohne Fehlverhalten, dies gilt für Belegschaft wie für Unternehmensleitung. Es kommt auf klare Kompetenzen an, besonders beim Werkschutz. Bei einer echten Mitbestimmung werden

solche Probleme besser unter Beachtung gesetzlicher und rechtlicher Gegebenheiten demokratisch gelöst werden können als unter der veralteten "Herr-im-Hause"-Manier.
Leider gibt es noch Großbetriebe, in denen laut Dienstanweisung jedes Vorstandsmitglied jedem Werkschutzangehörigen im Dienstbereich, ohne Beachtung von "Befehlsketten" (Entscheidungs- und Zuständigkeitsebenen) unmittelbar Dienstanweisungen geben können. Zwar haben die so Beauftragten nach Auftragserfüllung ihrem Werkschutzleiter davon nachher zu berichten, es besteht aber die Gefahr (wegen der nicht auszuschließenden technischen Unkenntnis der Auftraggeber), daß die fachlichen und sozialen Überlegungen bei solchen Anordnungen unberücksichtigt blieben und "Pannen" passieren. Zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung im Betrieb gehört daher noch mehr an Reformen als zu gut ausgebildeten Werkschutzfachkräften zu kommen. Dazu gehören auch entsprechende Novellierungen der bestehenden Unfallverhütungsvorschriften und der Vorschriften der Berufsgenossenschaften.

Quelle: Ing. grad. Karl Günther, Wie die Gewerkschaften zum Werkschutz stehen (Wie schütze ich meinen Betrieb V) in: Blick durch die Wirtschaft vom 20. 11. 1972

XXI DIE AKTUELLE ORGANISATION DER „WERKSICHERHEIT" (JANUAR 1973)

In den vergangenen fünf Jahren haben die Zunahme der politischen Spannungen, die schließlich in Bombendrohungen und Attentaten kulminierten, und die damit verbundene Bedrohung der innerbetrieblichen Sicherheit der Wirtschaft erkennen lassen, daß geeignete Maßnahmen von einer Abwehrorganisation der Wirtschaft mit Unterstützung der Spitzenverbände ergriffen werden müssen. Dabei standen zwei Gesichtspunkte im Vordergrund:
- Unmittelbare Bindung an die Wirtschaft bzw. an deren Spitzenverbände und
- Engste Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden.

Im Jahre 1969 begannen die ersten Versuche, eine solche Organisation aufzubauen. Da diese Gründung weitgehend von der Bewilligung ausreichender finanzieller Mittel abhängig war und sich keine Möglichkeit fand, diese Mittel für den Aufbau einer zentral geleiteten Organisation aufzubringen, versuchte man schrittweise vorzugehen. Eine Koordinierungsstelle für Sicherheitsfragen in der gewerblichen Wirtschaft wurde gegründet und ihr Etat von den Spitzenverbänden bereitgestellt. In einigen Bundesländern entstanden mit Hilfe der Spitzenverbände Sicherheitsorganisationen für den Schutz der gewerblichen Wirtschaft in der Form eines eingetragenen Vereins, deren Finanzierung durch die Mitglieder sichergestellt werden sollte.
Um eine Vorstellung davon zu haben, welchen Zweck solche Sicherheitsorganisationen erfüllen sollen, muß der Begriff Sicherheit in der gewerblichen Wirtschaft geklärt werden. Was bedeutet Sicherheit in diesem Sinne?

Was bedeutet eigentlich "Sicherheit"?

1. Die innerbetriebliche Sicherheit eines Unternehmens umfaßt die gesamten innerbetrieblichen Arbeitsabläufe.
(...)
Lediglich der Schutz des Staatsgeheimnisses im Unternehmen ist staatlich ge*regelt, und zwar unter Aufsicht des Bundeswirtschaftsministerium* und des Verfassungsschutzes. Alle übrigen vorbeugenden Schutz- oder Abwehrmaßnahmen unterliegen einer solchen staatlichen Regelung nicht.

Selbstverantwortung der Wirtschaft

Der Bundesminister des Innern hat auf eine kleine Anfrage im Bundestag am

29. Februar 1972 ausführlich zu dem Schutz der Industrie und Wirtschaft vor Spionage und Sabotage Stellung genommen und dazu unter anderem erklärt, daß er die Gefahr, die ihr durch Spionage drohe, keineswegs verkenne und dagegen ausreichende Maßnahmen getroffen wurden. Er wies darauf hin, daß die Spionageabwehr im Bereich der Wirtschaftsspionage insofern auf Schwierigkeiten stoße, als aus mancherlei Gründen die Bereitschaft zur Aufdeckung innerbetrieblicher Vorgänge gering sei, eine Frage, die mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie behandelt werde. Er erklärte schließlich, soweit es sich nicht um staatliche Geheimnisse handele, sei die Wirtschaft darauf angewiesen, ihre Geheimnisse in eigener Verantwortung zu schützen und die erforderlichen Kosten zu tragen. Gegen Sabotage sei ein umfassender vorbeugender Schutz von Industrie und Wirtschaft nicht zu erreichen, da sich die Ziele möglicher Sabotageakte im voraus nicht eng abgrenzen ließen. Der Innenminister kündigte an, daß im Wirtschaftsbereich bezüglich der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr bei einschlägigen Aufträgen Schutzvorkehrungen im materiellen und personellen Bereich in Vorbereitung seien. Es hieß dann weiter, soweit im übrigen der vorbeugende Sabotageschutz grundsätzlich in die Selbstverantwortung der Wirtschaft falle, habe sie sich dieser Aufgabe gestellt und regionale Landesorganisationen geschaffen, die ihre angeschlossenen Unternehmen in Fragen des Sicherheitswesens unterstützen. Zur Abstimmung auf Bundesebene sei beim Bundesverband der Deutschen Industrie eine Koordinierungsstelle eingerichtet worde, die vom Bundesverband der Deutschen Industrie, dem Deutschen Industrie- und Handelstag und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gemeinsam getragen wird.
Hier werden zwei wesentliche Aufgaben des inneren Objektschutzes in die Zuständigkeit der Wirtschaft verwiesen. Diese Selbstverantwortlichkeit dürfte bei den übrigen aufgezählten Aufgaben in dem vorstehend erwähnten Katalog selbstverständlich sein, denn die Abwehr subversiver Bestrebungen, die sich gegen den Betrieb richten, verlangen vorbeugende Maßnahmen der Unternehmensleitung. Ebenso sind das Wahrnehmen reiner Ordnungsaufgaben und vorbeugende Maßnahmen gegen innerbetriebliche Kriminalität Aufgabe der Unternehmensleitung *in Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat.*

Die Aufgaben der Koordinierungsstelle

Die "Koordinierungsstelle für Sicherheitsaufgaben in der gewerblichen Wirtschaft", wie ihre offizielle Bezeichnung lautet, ist eine Gründung der drei Spitzenverbände mit dem Ziel, ein vom Einzelfall unabhängiges Organ zu schaffen, das in der Lage ist, Richtlinien zu setzen, Kontakte zu schaffen und die Arbeit bei den Landesorganisationen zu koordinieren. Die Koordinierungsstelle hat ihren Sitz beim Bundesverband der Deutschen Industrie in Köln, der auch die Federführung für die Durchführung ihrer Arbeit übernommen hat. Die Aufgaben der Koordinierungsstelle sind vornehmlich folgende:
1. Koordinierung der Maßnahmen auf dem Gebiet des innerbetrieblichen Schutzes in Zusammenarbeit mit den Landesorganisationen.
2. Beratung der Spitzenverbände oder der ihr angeschlossenen Mitgliedsverbände und Industrie- und Handelskammern.
3. Öffentlichkeitsarbeit und Pressekontakte. Herausgabe des Informationsdienstes "KS-Mitteilungen".

4. Kontaktpflege mit einschlägigen Ressorts oder Behörden.
5. Veranstaltungen und Schulungslehrgänge. Im Rahmen dieser Aufgabengebiete ist die Koordinierungsstelle bemüht, das Interesse an der Notwendigkeit innerbetrieblicher Schutzmaßnahmen zu wecken und durch eine intensive Öffentlichkeitsarbeit ihre Auffassung darüber zu verbreiten. Die Kontaktpflege zu den Behörden hat dazu geführt, daß auf seiten der Verbände eine fachlich zuständige Stelle entstanden ist. Lehrveranstaltungen und der geplante Aufbau von Schulungseinrichtungen für die Heranbildung von Fachleuten runden die Tätigkeit der Koordinierungsstelle ab. Die Koordinierungsstelle hat sich in den drei Jahren ihres Bestehens darum bemüht, ihre Aufgaben im Einvernehmen und mit Unterstützung der zuständigen Stellen zu erfüllen. Gerade von dem Verständnis und der Unterstützung dieser Stellen hängt die Wirksamkeit der Koordinierungsstelle ab, die personell und finanziell sehr bescheiden ausgestattet ist, und Hilfe auch durch Bereitstellung von Referenten und Lehrpersonal braucht. Die Koordinierungsstelle ihrerseits ist für die Behörden der fachliche Gesprächspartner geworden.

Enge Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft

Besondere Aufmerksamkeit wird der Zusammenarbeit mit dem DGB gewidmet. Die Spitzenverbände mit der Koordinierungsstelle gehen davon aus, daß eine ersprießliche Zusammenarbeit in den Unternehmen auf dem Gebiet der innerbetrieblichen Sicherheit nur erfolgen kann, wenn Unternehmensleitung und Betriebsrat sich zu dieser Aufgabe bekennen. Es sind deshalb von Anfang an zum DGB Beziehungen hergestellt worden, um Verständnis für die Arbeit der Sicherheitsorganisationen zu wecken. Enge Zusammenarbeit besteht zur Zeit auf dem Gebiet der Werkschutzausbildung. Hier bemühen sich DGB, Sicherheitsorganisationen und Industrie- und Handelskammern um ein gemeinsames Berufsbild für den Werkschutzangehörigen im Interesse einer Anhebung seiner Funktionen mit entsprechender Entlohnung. Eine Prüfungsordnung ist in gemeinsamer Arbeit entworfen worden: sie soll bei der Industrie- und Handelskammer Münster erstmalig in die Praxis umgesetzt werden. Von diesen Vorarbeiten wird es abhängen, ob sie später für das ganze Bundesgebiet verbindlich werden kann.

Die Landesorganisationen beraten regional

Mit dem Auftrag, beratende und unterstützende Funktionen auf dem Gebiet der innterbetrieblichen Sicherheit für ihre Mitgliedsfirmen wahrzunehmen und für ihren regionalen Bereich auch Öffentlichkeitsarbeit auf diesem Sektor zu leisten, sind als eingetragener Verein solche Organisationen in folgenden Bundesländern gegründet worden:
Nordrhein-Westfalen:
Verband für Sicherheit in der Wirtschaft e. V. (VSW)
43 Essen, Postfach 615, III. Hagen 31
Geschäftsführer: Baak
Vorsitzender: Dr. Riester
Baden Württemberg:

Landesstelle für Betriebsschutz e. V.
7 Stuttgart 1, Stafflenbergstr. 20
Geschäftsführer: Grundmann
Vorsitzender: Dr. Riester
Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland:
Vereinigung für Sicherheit in der Wirtschaft e. V. (VSW)
65 Mainz, Friedrich-Naumann-Str. 8
Geschäftsführer: Vogel
Vorsitzender: Braun
Norddeutschland:
Verband für Sicherheit in der Wirtschaft Norddeutschland e. V. (VSW)
2 Hamburg 54, Osterfeldstraße 6
Geschäftsführer: Millahn
Vorsitzender: Huber

In West-Berlin wird diese Sicherheitsfunktion nach Beschluß der Industrie- und Handelskammer und der Fachverbände von einem Referat der Kammer wahrgenommen werden, das in enger Übereinstimmung mit der Koordinierungsstelle arbeiten wird. In Bayern ist die Gründung einer solchen Organisation noch nicht gelungen. Sie scheiterte in Bayern am Widerstand der Gewerkschaften, vornehmlich wohl deswegen, weil Sinn und Zweck einer solchen Organisation mangels entsprechender Öffentlichkeitsarbeit von dieser Seite mißverstanden worden waren. Eine Beseitigung dieser Mißverständnisse wird versucht.

Die Aufgaben einer Landesorganisation umfassen die Beratung der Mitgliedsfirmen in allen Fragen, die die innerbetriebliche Sicherheit betreffen, wie:

- Allgemeine Ordnungsaufgaben (Werkschutz)
- Bekämpfung der innerbetrieblichen Kriminalität,
- Abwehr von Sabotage oder Betriebsmittelbeschädigung
- Abwehr von Spionage oder Ausspähung von betrieblichen Geheimnissen.
- Abwehr von subversiver Betätigung oder Infiltration
- Sicherstellung der ungestörten Arbeitsabläufe im Unternehmen auch durch vorbeugenden Katastrophenschutz.

Die Betreuung der Mitgliedsbetriebe umfaßt ferner die Vermittlung notwendiger Behördenkontakte und schließlich die Werkschutzausbildung durch Einrichtung von Lehrgängen und Bereitstellung von Lehrpersonal. Diesen Sicherheitsorganisationen stehen keine eigenen Exekutivkräfte zur Verfügung, die unmittelbar im Unternehmen tätig werden. Behördliche Zuständigkeiten werden von ihrer Betätigung nicht berührt.

Die Kataloge der Zuständigkeiten für die Koordinierungsstelle und die regionalen Sicherheitsorganisationen sollen nur die Aufgabenstellung umreißen. Sie erheben nicht Anspruch auf Vollständigkeit. Zwischen der Koordinierungsstelle und den Landesorganisationen erfolgt ein laufender Erfahrungsaustausch, gemeinsame Informations- und Arbeitstagungen finden statt.

Was bringen die "KS-Mitteilungen"?

Die Arbeit der Landesorganisationen wird gefördert durch das Organ der Koordinierungsstelle "KS-Mitteilungen", die den Mitgliedsfirmen der Landesorganisation kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Diese KS-Mitteilungen werden außerdem den Fachverbänden, den Industrie- und Handelskammern,

dem DGB, und den einschlägigen Behörden zur Verfügung gestellt, die dadurch ebenfalls über die Tätigkeit der Koordinierungsstelle auf dem laufenden gehalten werden soll. Die Auflagenziffer dieses Mitteilungsblattes beträgt zur Zeit 1 600 Exemplare. Sie steigt infolge der zunehmenden Nachfrage. Darin drücken sich einerseits das steigende Informationsbedürfnis der Wirtschaft, andererseits die steigenden Mitgliederzahlen der Landesorganisationen aus, die in den drei Jahren ihres Bestehens durchschnittlich ihren Mitgliederbestand verdoppeln konnten.

Das Sicherheitsbewußtsein muß wachsen

Durch Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit und weiteren Aufbau der Sicherheitsorganisationen soll versucht werden, in der gewerblichen Wirtschaft zunehmend Verständnis für die Forderungen der innerbetrieblichen Sicherheit zu erwecken. Dadurch soll ferner eine die Sicherheitsanforderungen deckende Wirksamkeit erzielt werden, die ungestörte Arbeitsabläufe garantiert. Voraussetzung dafür ist, daß im einzelnen Unternehmen eine organisatorische Aufgabenstellung mit geschultem Personal sowohl auf der Ebene des mittleren Managements als auch auf der Ebene des Werkschutzes vorhanden ist. Hierzu sollen Schulungsvorhaben der Koordinierungsstelle und die Werkschutzlehrgänge der Landesorganisationen beitragen. Die zahlreichen Bombenandrohungen und auch Attentate im Bereich der gewerblichen Wirtschaft haben zumindest bewirkt, daß für die unbedingte Notwendigkeit, vorbeugende Schutzmaßnahmen zu treffen, jetzt mehr Verständnis vorhanden ist. Es ist zu hoffen, daß durch eine Zusammenarbeit der Tarifpartner, durch die Bereitschaft in der Wirtschaft, Kosten für die innerbetriebliche Sicherheit aufzubringen, in Zukunft ein wachsendes Sicherheitsbewußtsein erzielt wird.
Der Staat kann in seinen Hoheitsbereichen, wie Verwaltung und Bundeswehr, seine eigenen Abwehrorganisationen vorbeugend einsetzen. Eine solche Zuständigkeit besteht im Wirtschaftsbereich nicht. Sollte aber eines Tages hier eine staatliche Zuständigkeit begründet werden, weil zum Beispiel die vorbeugenden Schutzmaßnahmen der Wirtschaft in eigener Verantwortung als nicht ausreichend angesehen werden, so kann jetzt schon festgestellt werden, daß die Kosten dafür ebenfalls von der Wirtschaft getragen werden müßten und bestimmt nicht geringer wären. Im Interesse aller Beteiligten wäre es also wünschenswert, wenn diese vorbeugenden innerbetrieblichen Sicherheitsmaßnahmen genauso als eine selbstverständliche Aufgabe und Verpflichtung der Unternehmensleitung angesehen würden wie der Unfallschutz.

Quelle: Walter Heidenreich (Leiter der Koordinierungsstelle für Sicherheitsfragen der gewerblichen Wirtschaft), Die Sicherheitsorganisation der gewerblichen Wirtschaft (Wie schütze ich meinen Betrieb XXI), in: Blick durch die Wirtschaft vom 25. 1. 1973

XXII EIN WERKSCHUTZUNTERNEHMEN BIETET SEINE DIENSTE AN (OKTOBER 1973)

TIEDEMANN & CO
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSSCHUTZ GMBH

teco

TIEDEMANN & CO GMBH, D-2000 Hamburg 70, Postfach 10946

2000 Hamburg 70 (Wandsbek)
Brauhausstieg 21 III., Postfach 10946
Telefon: Sa.-Nummer (040) 652 90 95
Telegr.-Adresse: Tecoschutz Hamburg

Konten:
Hamburger Sparkasse
(BLZ. 200 505 50) Konto 1261/131674
Kreissparkasse Stormarn
(BLZ. 23051610) Konto 170 871 422
Postscheckamt Hamburg
(BLZ. 200 100 20) Konto 30 21 23 - 209

Geschäftszeichen (...)
(bei Antwort oder Zahlung bitte angeben)

Datum
(...) Oktober 1973 T/s

Betreff
Wirtschaftsschutz von Industrie- und Handelsunternehmen

Sehr geehrte Herren!

In einer Zeit, in der in zunehmendem Maße soziale Veränderungen und wirtschaftliche Unsicherheiten die deutsche Wirtschaft beunruhigen, erlauben wir uns, Sie auf unser umfangreiches Dienstleistungsangebot auf dem Gesamtgebiet des Wirtschaftsschutzes aufmerksam zu machen.
Wir sind in der Lage, alle interessierten Unternehmen in Fragen des Wirtschaftsschutzes in jeder Hinsicht fachgerecht zu betreuen, und können ihnen die Gewähr geben, daß sie in uns auf diesem komplexen Gebiet einen kompetenten Partner finden, mit dem sie vertrauensvoll zusammenarbeiten können. Unser Angebot reicht von allgemeiner Beratung über die Durchführung einzelner Aufgaben bis zur Übernahme ganzer Wirtschaftsschutzbereiche. Wir sind sowohl auf dem Gebiet der Betriebssicherheit und des Werkschutzes mit seiner vielfältigen Aufgabenstellung als auch auf dem Bereich der Wirtschaftser-

mittlungen und dem Bewachungssektor tätig.
Unsere Mitarbeiter sind von uns im Hinblick auf ihre Spezialausgaben sorgfältig ausgesucht, zur strengen Verschwiegenheit verpflichtet und in jeder Hinsicht überprüft worden. Sie stammen alle aus einschlägigen Bereichen von Wirtschaft und Staatsdienst und sind aufgrund ihrer Ausbildung und jahrelanger Erfahrung Spezialisten auf ihren Fachgebieten.
Anliegend dürfen wir Ihnen einen Prospekt über unsere Angebotspalette zur Information überreichen. Zu näheren Auskünften sind wir gern bereit.

Im Bedarfsfalle stehen wir im Rahmen unseres Angebots jederzeit zur Verfügung.

Mit verbindlicher Empfehlung
TIEDEMANN & CO
Institut für Wirtschaftsschutz GmbH

Anlage

teco

TIEDEMANN & CO

INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSSCHUTZ GMBH

Sicherheitsberatung und Werkschutzbetreuung Wirtschaftsermittlungen Bewachungen

Das „Teco-Wirtschaftsschutz-Institut" hat es sich zur Aufgabe gestellt, Wirtschaftsunternehmen aller Größen und Branchen – Industrieunternehmen, Gewerbebetriebe, Handelsgesellschaften oder sonstige Dienstleistungsunternehmen – in allen Fragen des Wirtschaftsschutzes fachgerecht zu betreuen.

Diese Betreuung soll erfolgen – einerseits durch Beratungen und Analysen sowie Planung und Aufbau von Einrichtungen im Bereich des Sicherheitswesens – andererseits durch die Zurverfügungstellung eines breitgefächerten Dienstleistungsangebots zur Übernahme aller möglichen Einzelaufgaben des Wirtschaftsschutzes, deren Erledigung das einzelne Wirtschaftsunternehmen aufgrund seiner Struktur oder wegen der Art oder des Umfanges der Aufgaben selbst zu übernehmen nicht in der Lage ist.

Unser Angebot betrifft sowohl den gesamten innerbetrieblichen Sicherheitsbereich als auch alle Schutzaufgaben, die erforderlich werden, um äußere rechtswidrige Gefährdungen von den einzelnen Wirtschaftsunternehmen abzuwenden.

Das Gesamtgebiet des Wirtschaftsschutzes haben wir in die nachfolgend näher erläuterten drei Aufgabenbereiche gegliedert:

I. Sicherheitsberatung und Werkschutzbetreuung
II. Wirtschaftsermittlungen
III. Bewachungen

Hartmut Tiedemann, Geschäftsführer

AUFGABENBEREICH I

Sicherheitsberatung und Werkschutzbetreuung

An Dienstleistungen im Bereich des Sicherheitswesens und Werkschutzes werden angeboten:

a) Sicherheitsberatung in Form von Vorträgen, Einzelberatungen oder Gesamtanalysen

b) Planung von Werkschutz- und Sicherheitseinrichtungen (Organisationsvorschläge)

c) Aufbau von Werkschutz-Einheiten im Bereich Organisation, Personal, Technik

d) Beschaffung und Ausbildung von Werkschutz-Fachkräften aller Art

e) Übernahme des gesamten Sicherheitswesens und Werkschutzes eines Unternehmens (Werkschutz-Leasing)

f) Übernahme diverser Einzelaufgaben des Sicherheitsbereichs, insbesondere der Aufgaben des Ermittlungsdienstes

g) Gestellung von zusätzlichen Werkschutzkräften bei Katastrophen, sozialen Unruhen, Terror-Anschlägen usw.

h) Vergleichende betriebswirtschaftliche Unternehmens-Untersuchungen im Sicherheitsbereich und deren Auswertung

AUFGABENBEREICH II

Wirtschaftsermittlungen

An Dienstleistungen werden sämtliche Ermittlungen und Beobachtungen im Bereich des Wirtschaftsschutzes angeboten, insbesondere

a) Erteilung von Spezial-Handelsauskünften

b) Erstellung von Marktanalysen

c) Aufklärung von HUK-Schadensfällen

d) Aufklärung von Verletzungen des Wettbewerbs- und Arbeitsrechts

e) Überwachung von Warenhäusern und Supermärkten

f) Aufklärung von Eigentums-, Betrugs- und Veruntreuungsdelikten aller Art aus dem Bereich der Wirtschaft

g) Übernahme von Aufgaben des Werkschutz-Ermittlungsdienstes wie Personalkontrollen (Einstellungs- und Routineuntersuchungen), Aufklärung von Betriebsdelikten aller Art und Abwehr krimineller Einwirkungen von außen (Werkspionage, Sabotage, Agitation, Infiltration usw.)

AUFGABENBEREICH III

Bewachungen

An Dienstleistungen werden sämtliche Bewachungen im Bereich des Wirtschaftsschutzes angeboten, insbesondere

a) Schutz von Leben und Gesundheit natürlicher Personen

b) Schutz von stationären Vermögenswerten auf Geschäfts- und Betriebsgrundstücken

c) *Schutz von Betriebsobjekten bei Katastrophen, sozialen Unruhen, Terror-Anschlägen usw.*

d) Durchführung von Geld- und Werttransporten

Für die Erfüllung unserer Aufgaben stehen uns moderne Konzeptionen, Fachleute aller einschlägigen Gebiete, die erforderlichen technischen Hilfsmittel sowie umfangreiche Verbindungen zur Verfügung.

Mit der Zusammenfassung des gesamten Wirtschaftsschutzes in einem Dienstleistungsangebot wird nach unserer Überzeugung nicht nur eine Lücke im Bereich der Unternehmensberatung geschlossen und die Zersplitterung auf unterschiedliche Dienstleistungsträger vermieden, sondern auch Qualität und Wirtschaftlichkeit der eng miteinander verbundenen einzelnen Leistungen wesentlich erhöht.

teco

TIEDEMANN & CO

INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSSCHUTZ GMBH

D-2000 Hamburg 70 (Wandsbek)
Brauhausstieg 21 III.
Postfach 10946

Telefon: Sammel-Nummer (040) 652 90 95

Telegr.-Adresse: Tecoschutz Hamburg

Quelle: Schreiben + Prospekt der „teco" (Tiedemann & Co., Institut für Wirtschaftsschutz GMBH) vom Oktober 1973

KOMMENTIERTE KURZBIBLIOGRAPHIE:

SCHRIFTEN ZUR DEUTSCHEN ARBEITERGESCHICHTE SEIT 1880

Im folgenden werden die wichtigsten Untersuchungen angegeben, die sich vorrangig mit der realen Ausbeutungs-, Lebens- und Kampfsituation der deutschen Arbeiter beschäftigen und als Einführungstexte empfohlen werden können. Eine geschlossene, vom Standpunkt der Arbeiterwissenschaft geschriebene deutsche Arbeitergeschichte gibt es nicht. Üblicherweise rangieren die Arbeiter als Marionetten oder bestenfalls als Kulisse einer arbeiterbewegten Institutionengeschichte, welche - ganz gleich, ob mit der linken oder rechten Brille geschrieben - fast ausnahmslos arbeiterfeindlich ist. Allerdings gibt es einige hervorragende Monographien über einzelne Kampfzyklen oder Arbeiterschichten, die gebührende Beachtung verdienen. Sie könnten bei der Rekonstruktion des antagonistischen Arbeiterverhaltens in Zukunft zusammen mit den Archivalien und systematischen Arbeiterbefragungen als Grundstock herangezogen werden.
Alles in allem gibt es nur zwei Serien, die die proletarische Geschichte des letzten Jahrhunderts umspannen und trotz eklatanter Schwächen beachtet werden sollten:
1. J. Kuczinski, Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd.3, 4, 5, 6, 7a und 7b, Berlin 1962 ff.; als Quellenwerk mit seinen sorgfältig erarbeiteten statistischen Unterlagen unersetzlich, jedoch durchsetzt von einer Theorie, die den letzten stalinistischen Ausläufern eines fetischisierten Kapitalverständnisses à la II. Internationale verpflichtet ist.
2. Die Serie "Geschichte der Fabriken und Werke", die seit 1957 im Verlag "Tribüne" in Berlin erscheint und in den Einzelausgaben Lage und Kampfbedingungen der Arbeiter untersucht. Besonders informativ sind:
- Die Geschichte des Kampfes der Leuna-Arbeiter, T.I: Kämpfendes Leuna (1916-1945), Berlin 1961
- W. Imig: Streik bei Mansfeld 1930, Berlin 1958
- In Leuna sind viele gefallen, Erlebnisberichte der Leuna-Arbeiter aus den Jahren 1916-1945, Berlin 1961
- W. Jonas: Das Leben der Mansfeld-Arbeiter 1924-1945, Berlin 1957
- ders.: Erlebnisberichte der Mansfeld-Kumpel, Berlin 1957
- K. Lärmer: Vom Arbeitszwang zur Zwangsarbeit, Die Arbeitsordnungen im Mansfelder Kupferschieferbergbau von 1673 bis 1945, Berlin 1961
- H. Müller: Geschichte des VEB Stahl- und Walzwerks Riesa 1843-1945,

Berlin 1961
- H. Radandt, Kriegsverbrecherkonzern Mansfeld, Berlin 1957
- W. Robbe: Die Knappschaftsfessel von Mansfeld, Berlin 1958.
Zu erwähnen ist noch eine fundierte Arbeit über die Lohnverhältnisse in Deutschland, die Kuczynski gut ergänzt: G. Bry, Wages in Germany 1871-1945, Princeton 1960.
Schließlich sei noch auf eine Sammelbibliographie über Fabrikgeschichten verwiesen, die den Weg zu speziellen Untersuchungen ebnet:
Bibliographie selbständiger Schriften zur Geschichte der Fabriken und Werke, die nach 1945 im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik erschienen sind, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Jg. 1960 ff.; Bibliographie von Veröffentlichungen zur Geschichte der kapitalistischen Unternehmen, die nach 1945 in Westdeutschland und Westberlin erschienen sind, ebd., Jg. 1960 ff.

1. Arbeitergeschichte bis 1914

Zusammenfassende Reflexionen über das Arbeiterverhalten vor 1914 und dessen Auswirkungen auf ersten Weltkrieg und Nachkriegskrise sind spärlich. Der Konnex mit dem internationalen Kampfzyklus der Arbeiter seit 1890 wird angedeutet bei M.Dubofsky, The Origins of Western Working Class Radicalism 1890-1905, in: Labor History, Vol.7, 1966. Erste kritische Überlegungen über die Rolle des professionellen Arbeiters wurden von zwei italienischen Intellektuellen angestellt: Bologna, Cacciari: Zusammensetzung der Arbeiterklasse und Organisationsfrage, Berlin 1973. Ihre Hypothesen sind in vielem problematisch und zu wenig fundiert, enthalten aber nichtsdestotrotz sehr wichtige Anregungen. Vgl. im übrigen auch R.Lorwin, The French Labor Movement, Cambridge/Mass. 1954; M.F.Neufeld, Italy: School for Awakening Countries, Ithaca 1961; B.Pribicevic, The Shop Steward Movement in England and Workers Control 1910-1922, Oxford 1959.
Nach dem Abschluß des Manuskripts fanden wir erste Angaben über den Versuch von Unternehmerseite, schon vor 1914 den professionellen Arbeiter durch die Mechanisierung der Produktionsweise besser unter Kontrolle zu bringen - er endete zunächst in einem Fiasko und wurde offensichtlich erst nach 1916 in der Rüstunsindustrie verbreitert. Da hier möglicherweise eine modifizierte Beurteilung des Verhältnisses von Klassenzusammensetzung und Fabrikkommando unmittelbar vor 1914 nötig wird, teilen wir hier die wichtigsten Fundstellen mit:
- J.M.Lahy: Taylorsystem und Physiologie der beruflichen Arbeit, Berlin 1923, bes. S.12 ff.
- Technik und Wirtschaft, Berlin, Jg. 1912 ff.; bes. Jg. 1913, H.8: Referate der 54. Jahresversammlung des Vereins deutscher Ingenieure inLeipzig (gehalten von nordamerikanischen Avantgardisten des Taylorsystems) G.Werner: Das Taylorsystem, in: Correspondenzblatt der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands, 10.Mai 1913;
- R.Woldt: Das Taylorsystem, ebd., v. 5.Juli 1913.
- J.Kocka: Industrielles Management: Konzeptionen und Modelle in Deutschland vor 1914, in: Vjschr. für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 56.Jg. 1969, S.332-372.

Im übrigenliegen zur antagonistischen Arbeitergeschichte vor 1914 nur Einzelmonographien vor. Wir konzentrieren uns auf Untersuchungen über die Klassenspaltung in deutsche und ausländische Arbeiter und über die Klassenkämpfe in den "unruhigsten" Industriezweigen jenseits professioneller Arbeiterkontrolle.

Deutsche und ausländische Arbeiter:

B.Bodenstein: Die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in der Industrie, Essen 1908; V.Bredt: Die Polenfrage im Ruhrkohlengebiet, Leipzig 1909; W.Brepohl: Der Aufbau des Ruhrvolkes im Zuge der Ost-West-Wanderung, Recklinghausen 1948; H.-U.Wehler: Die Polen im Ruhrgebiet bis 1918, in: ders. (Hrsg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln-Berlin 1968.

Landarbeiter - ausländische Saisonarbeiter:

K.B.Breinlinger: Die Landarbeiter in Pommern und Mecklenburg, Diss. Heidelberg 1903; H.Hübner: Die ostpreußischen Landarbeiter im Kampf gegen junkerliche Ausbeutung und Willkür (1848-1914), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1963, H.3; J.Nichtweiß: Die ausländischen Saisonarbeiter in der Landwirtschaft der östlichen und mittleren Gebiete des Deutschen Reiches, Berlin 1959; F.Rehbein: Das Leben eines Landarbeiters, Jena 1911; M.Weber: Die Verhältnisse der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland, Schriften des Vereins für Socialpolitik Bd. 55, Leipzig 1892; F.Wunderlich: FarmLabor in Germany 1810-1945, Princeton 1961.

Bergbauarbeiter:

Aufsätze über den Streik der Bergarbeiter im Ruhrgebiet, Schriften der Gesellschaft für soziale Reform H.17, Jena 1905; A.Brust: Der Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier, in: Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, NF. Bd.XX 2 (1905), S.480 ff.; J.Dallmeier: Geschichte der Arbeiterkämpfe im rheinisch-westfälischen Steinkohlenrevier, WiSo Diss. Köln 1922; M.Fleischer: 1889, 1905. Zwei Krisenjahre im rheinischen Bergbau. Jungliberale Schriften, H.2, Frankfurt/M. 1905; D.Fricke: Der Ruhrbergarbeiterstreik von 1905, Berlin 1955; O.Hué: Die Bergarbeiter. Historische Darstellung der Bergarbeiter-Verhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit, Bd.1/2, Stuttgart 1911-1913; H.Imbusch: Arbeitsverhältnisse und Arbeiterorganisationen im deutschen Bergbau, Bd.1/2, Essen 1908-1909; M.J.Koch: Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet zur Zeit Wilhelms II. (1889-1914), Düsseldorf 1954; K.Obermann: Der Ruhrbergarbeiterstreik 1889, Bemerkungen zu einem unbekannten Aufsatz von Friedrich Engels, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 4.Jg.1956, H.2; H.Seidl: Der Arbeitsplatzwechsel als eine frühe Form des Klassenkampfes der mittel- und ostdeutschen Braunkohlenbergarbeiter in der Zeit von 1870 bis 1900, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1965, T.IV. S.102 ff.

Hafenarbeiter - Seeleute - Werftarbeiter:

Der Streik der Hamburger Hafenarbeiter 1896/97, Amtliche Darstellung nach den Akten der Abteilung II (politische und Criminal-Polizei) der Polizeibehörde Hamburg, Hamburg 1897; Der Werftstreik 1913, Bericht an die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Hrsg. v. Verbands-

vorstand, Berlin 1913; Deutscher Metallarbeiter-Verband: Lohn- und Arbeitsverhältnisse der auf den Werften beschäftigten Arbeiter, Stuttgart 1907; H. Kral: Die Streikkämpfe der Arbeiter der deutschen Seeschiffswerften vor dem ersten Weltkrieg und die Haltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Diss. phil. Humboldt Univ. Berlin 1962; C. Legien: Der Streik der Hafenarbeiter und Seeleute in Hamburg-Altona, Hamburg 1897; L. Mosler: Der Streik der Hafenarbeiter und Seeleute in Hamburg-Altona 1896/97, Diss. phil. Leipzig 1958 (Ms.).

Textilarbeiter:

Crimmitschau 1903-1928, Blätter der Erinnerung an Sachsens bedeutendsten Arbeiterkampf, Berlin o. J. (1928); Der Streik in den zum Konzern der Norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei gehörigen Betrieben, Berlin 1892; I. Singer: Untersuchungen über die socialen Zustände in den Fabrikbezirken des nordöstlichen Böhmen, Leipzig 1885; W. Wagner: Zu einigen Fragen des Crimmitschauer Textilsarbeiterstreiks von 1903/04, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1953, S. 566 ff.

Professionelle Arbeiter in der feinmechanischen und Maschinenindustrie:

Autorenkollektiv unter Leitung von W. Schumann: Carl Zeiss Jena einst und jetzt, Berlin 1962; W. Becker: Das Maschinenbauproletariat, in: Schröter, Becker: Die deutsche Maschinenbauindustrie in der industriellen Revolution, Berlin 1962; D. Fricke: Zur Organisation und Tätigkeit der deutschen Arbeiterbewegung (1890-1914), Dokumente und Materialien, Leipzig 1962; B. Goldenberg: Beiträge zur Soziologie der deutschen Vorkriegssozialdemokratie, Diss. phil. Heidelberg (1930); H. Thun: Die Industrie am Niederrhein und ihre Arbeiter, Leipzig 1879.

2. Arbeitergeschichte im ersten Weltkrieg:

Auch hier gibt es nur wenige qualifizierte Studien über die Umwälzung der Klassenzusammensetzung und die Transformation des Arbeiterverhaltens. Dagegen sind Arbeiten über die vorübergehende Hereinnahme der Arbeiter in die Rüstungsstrategie des Kapitals Legion; die wichtigsten davon verdienen erwähnt zu werden. Im folgenden unterteilen wir in: Schriften zur Veränderung der Klassenzusammensetzung, ausländische Zwangsarbeiter und Arbeiterkämpfe in der Schlußperiode des Weltkriegs.
Veränderung der Klassenzusammensetzung und der Arbeitsorganisation: H. Appel: Die deutschen Arbeitsschutzverhältnisse im Weltkriege, Diss. phil Heidelberg 1922, enthält wichtige Angaben über die Verschlechterung der Arbeitssituation. R.B. Armeson: Total Warfare and Compulsory Labor, Den Haag 1964, stellt in gedrängter Form die Verstaatlichung des Arbeitsmarkts zwischen 1914 und 1916 dar. Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft: Die Arbeitsverhältnisse im Steinkohlenbergbau in den Jahren 1912-1928, Bd. I/II, Berlin o.J. - eine zentrale Studie über die Arbeitsorganisation im Bergbau während des ersten Weltkriegs. W. Chamberlain: Industrial Relations in Germany, 1914-1939, Stanford 1942 - eine kommentierte Bibliographie über Literatur bezüglich der Arbeitsorganisation in mehreren US-Archiven. G.D. Feldman: Army, Industry, and Labor in Germany 1914-1918, Princeton 1966 - diese Arbeit ergänzt Armeson's Untersuchung über die Programmierung der Arbeitskräftemobilisierung. Den umfassendsten Überblick über die Situation der Arbeiter findet man immer noch in: Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten und Bergbehörden, Bd. 1-3, OO., 1914-1918. Über das Verhältnis von veränderter Klassenzusammensetzung und Frauenarbeit vgl. vor allem Ch. Lorenz: Die gewerbliche Frauenarbeit während des Krieges, in: Der Krieg und die Arbeitsverhältnisse, Stuttgart-Berlin-Leipzig 1928. Die sektorale Aufspaltung der Arbeiterklasse über das Lohnsystem weist A. Maylander: Wages in Germany During the War, in gedrängter Form nach, und zwar in: Monthly Labour Review, XI, July-Dec. 1920, S. 116-128; ergänzend dazu sei nochmals auf das Standardwerk von Bry (vgl. Einleitung) hingewiesen, sowie auf P. Quante: Lohnpolitik und Lohnentwicklung im Kriege, Diss. phil. 1920. Über veränderte Klassenzusam-

mensetzung und militärische Repression im Innern finden sich wichtige Monographien in dem Sammelband: Politik im Krieg 1914 bis 1918, Berlin 1964, der leider nur schwer erreichbar ist; demselben Thema ist die Dissertation von J. Schellenberg: Probleme der Burgfriedenspolitik im ersten Weltkrieg, Diss. phil. Berlin 1967, gewidmet. Schließlich seien zwei Arbeiten über die "Zentralarbeitsgemeinschaft" - eine zeitgenössische und eine neuere - angegeben: J. Reichert: Entstehung, Bedeutung und Ziel der Zentralarbeitsgemeinschaft, Berlin 1919; W. Richter: Gewerkschaften, Monopolkapital und Staat im ersten Weltkrieg und in der Novemberrevolution (1914-1919), Berlin 1959. Was die ZAG bezweckte - und nicht erreichte - wird am ehesten in folgendem Pamphlet deutlich, das seinerzeit Furore machte: R. Sichler, J. Tiburtius: Die Arbeiterfrage - eine Kernfrage des Weltkrieges, Ein Beitrag zur Erklärung des Kriegsausgangs, Berlin o. J. Zuletzt noch ein paar Arbeiten über regionale Klassendifferenzierungen: E. Skoczowski: Die Lage des oberschlesischen Bergarbeiters, insbesondere während der Jahre 1914-1919, Diss. Breslau 1922; E. Stein: Die Entstehung der Leunawerke und die Anfänge der Arbeiterbewegung in den Leunawerken während des ersten Weltkriegs und der Novemberrevolution, Diss. phil. Halle 1960; ders.: Zur Geschichte der mitteldeutschen Arbeiterbewegung in den Jahren des 1. Weltkrieges, in: Wissenschaftl. Zschr. Uni. Halle-Wittenberg, Ges. u. sprachwiss. Reihe, 1958/59, H.1; E. Winkler: Die Berliner Obleutebewegung im Jahre 1916, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1968, H.11. D. Zimmer-Vorhaus: Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung im oberschlesischen Steinkohlenbergbau in den Jahren 1914-1924, Diss. Breslau 1924.

Ausländische Zwangsarbeiter:

Hierüber liegen nur wenige Einzeldarstellungen vor, knapp gefaßte Angaben finden sich natürlich auch in den oben angegebenen Standardwerken von Armeson, Feldman usw. W. Basler liefert Informationen über die Zwangsarbeiterrekrutierung in Polen: Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Balitkum 1914-1918, Potsdam Habil. schrift päd. 1, Berlin 1962. Hinsichtlich der belgischen Zwangsarbeiter sind besonders hervorzuheben: W. Gutsche: Zu einigen Fragen der staatsmonopolistischen Verflechtung in den ersten Kriegsjahren am Beispiel der Ausplünderung der belgischen Industrie und der Zwangsdeportation von Belgiern, in: Politik im Krieg 1914-1918, Berlin 1964; R. Henning: Les déportations des civils belges en Allemagne et dans le Nord de la France, Bruxelles 1919; F. Passelecq: Déportations et Travail Forcé des Ouvriers et de la Population Belgicque occupée (1916-1918), Paris-New Haven 1928.

Arbeiterkämpfe in der Schlußperiode des Weltkriegs:

Die Literatur über unmittelbare Arbeiteraktionen ist spärlich. Über die Arbeiterklasse seit 1917 vgl. S. Bologna: Problemi di storia della classe operaia, Germania 1917-1920, in: Quaderni Piacentini, 1968, Nr. 33; sowie die offizielle Streikstatistik: Die Streiks und Aussperrungen im deutschen Reich im Jahre 1916 und die Arbeitskämpfe im Kriege bis Ende 1916,

in: Reichsarbeitsblatt, VIII, 1917, S.644 ff. In der Interpretation problematisch ist die Darstellung der Arbeiterkämpfe seit 1916 in dem DDR-Standardwerk: Deutschland im zweiten Weltkrieg, Bd.1-3, 1.Aufl. Berlin 1969, insbesondere Bd.2, Kap. XIII: Der Aufschwung der Antikriegsbewegung unter dem Einfluß der Februarrevolution in Rußland, S.625 ff. Noch immer unentbehrlich ist die Arbeit von E.O.Volkmann, Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkriege, Berlin 1925. Als Beiträge zu Teilaspekten des Widerstands seien hervorgehoben H.-J.Bernhard, Der Aufstand in der deutschen Hochseeflotte im Sommer 1917, Diss. phil. Leipzig 1958, sowie K.Schneider, Der Streik der Leipziger Arbeiter gegen den imperialistischen Krieg im April 1917 und die Haltung der Leipziger USPD-Führung, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1963, H.2.

3. Revolutionäre Nachkriegskrise bis Frühjahr 1921

Über diese historische Epoche existiert eine inzwischen unübersehbar gewordene Literatur. Versuche, die Hauptströmungen und Etappen jener revolutionären Periode der Arbeiterinitiative global zu rekonstruieren, existieren nicht, es gibt allenfalls fragmentarische Ansätze dazu. Zur Frage der bewaffneten Arbeitermacht liegt seitens der Junker-Generalität eine enzyklopädisch umfassende Darstellung vor, die zwar außerordentlich tendenziös, aber wegen des weitgehenden Verlusts der Primärquellen unersetzlich ist: Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps, Im Auftrage des Reichskriegsministeriums bearb. und hrsg. von der Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte (später: im Auftrag des OKH bearb. und hrsg. von der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres,) Bd.1-6, Berlin 1936 ff. Es empfiehlt sich, ergänzend dazu die in der DDR erschienenen Untersuchungen heranzuziehen, vgl. dazu die Bibliographie von H.Oeckel: Zur proletarischen Militärfrage in der Novemberrevolution (Literaturbericht), in: Zeitschrift für Militärgeschichte, Berlin 7.Jg.1968, H.5, S.619 ff., sowie die diversen Aufsätze in der Zeitschrift für Militärgeschichte, a.a.O., Jg. 1965 ff.
Erste Ansätze zur zusammenfassenden Analyse finden sich allenfalls bei Bologna und Cacciari, die aber die Vormachtstellung der Rätebewegung überbetonen. Eine sehr interessante Arbeit von Hans Bötcher aus dem Jahr 1922 sollte ergänzend zu Rate gezogen werden, denn in ihr werden die Berührungspunkte zwischen den nordamerikanischen IWW, der englischen "Triple Alliance" bzw. der shop steward-Bewegung und dem deutschen Industrie-Unionismus untersucht: H.Bötcher: Zur revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Amerika, Deutschland und England, Jena 1922.
Im folgenden unterteilen wir nach Texten zur ersten Phase der revolutionären Nachkriegsperiode, die von der Rätebewegung dominiert wurde, und danach zur zweiten Phase, die erstmals maßgeblich unter dem Einfluß der bewaffneten "anderen" Arbeiterbewegung stand.
Rätebewegung:
Von den Quellentexten sind unerläßlich: Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, v. 16. bis 21.Dezembert 1918 im Abgeordnetenhause zu Berlin, Stenographische Berichte, Berlin o.J. (1919); Der

Gründungsparteitag der KPD, Protokolle und Materialien hrsg. v. H.Weber, Frankfurt/M.1969; G.Hillmann (Hrsg.): Die Rätebewegung, Bd.I/II, Reinbek bei Hamburg: Texte des Sozialismus und Anarchismus, RK 277-279, 1971; E.Kolb, R.Rürüp: Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik, 19.12.1918 bis 8.4.1919, Vom ersten zum zweiten Rätekongreß, Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/19, Bd.I. Leiden 1968; Zweiter Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands, 8.-14.4.1919, Stenographischer Bericht, Berlin 1919. Aus der umfangreichen darstellenden Literatur seien für den ersten Überblick hervorgehoben: D.Baudis: Revolution und Konterrevolution im Kampf um die Betriebe (November/Dezember 1918), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1968 T.IV, S.125 ff.; E.Kolb: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-19, Düsseldorf 1962; P.v.Oertzen: Betriebsräte in der Novemberrevolution, Düsseldorf 1963; W.Tormin: Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie, Die Geschichte der Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1954.

Die "andere" Arbeiterbewegung nach der Niederschlagung der Massenkämpfe im Frühjahr 1919:

Geschlossene Darstellungen liegen, wie gesagt, noch nicht vor. In der jüngsten Zeit sind jedoch teilweise hervorragende Untersuchungen über den Arbeiterradikalismus in der Märzrevolution von 1920 und im mitteldeutschen Aufstand 1921 erschienen, welche das bisherige Geschichtsbild auch der Linken erheblich erschüttern. Hervorzuheben ist vor allem E.Lucas, der sein Buch über die Märzrevolution im Ruhrgebiet 1920 inzwischen durch eine neue Publikation über die Märzrevolution im gesamten Reichsgebiet komplettierte: E.Lucas: Märzrevolution im Ruhrgebiet März/April 1920, Bd.I, Frankfurt/M. 1970; ders.: Märzrevolution 1920, Der bewaffnete Arbeiteraufstand im Ruhrgebiet in seiner inneren Struktur und in seinem Verhältnis zu den Klassenkämpfen in den verschiedenen Regionen des Reiches, Frankfurt/M. 1973. Hervorragend in der Analyse der Klassenzusammensetzung der Roten Armee des Ruhrgebiets ist noch immer G.Colm: Beitrag zur Geschichte und Soziologie des Ruhraufstandes vom März-April 1920, Essen 1921; und eine richtige Einordnung der institutionell kopflastigen Untersuchung von H.M.Bock: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918-1923, Meisenheim 1969, bringt wichtige Einsichten in die sozialen Umwälzungen der damaligen Arbeiterklasse und ihrer Organisationen. Wenn man von der absurden Interpretation absieht, kann schließlich seit neuerem auch ein Quellenwerk empfohlen werden: Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz. Quellen, ausgew. und bearb. von E.Könnemann, B.Berthold und G.Schulze, 2 Bde., Berlin 1970. Vgl. ergänzend dazu auch einen Band mit Arbeitererinnerungen: Arbeitereinheit siegt über Militaristen, Erinnerungen an die Niederschlagung des Kapp-Putsches März 1920, Berlin 1960.

Ein richtiges Verhältnis zum zweiten revolutionären Kampfzyklus kann jedoch nur durch das Studium der verschiedenen regionalen Aufstände gegen das kapitalistisch-militärische Kommando in Fabrik und Gesellschaft ge-

wonnen werden, wobei uns besonders wichtig erscheinen: R.A.Comfort: Revolutionary Hamburg, Stanford/Cal. 1966 bes. S.114 ff.; Die Märzkämpfe 1921, Mit Dokumentenanhang, Berlin 1956; A.Figura: Der Anteil der Arbeiterjugend in den bewaffneten Kämpfen zur Niederschlagung des Kapp-Putsches im März 1920 unter besonderer Berücksichtigung des mitteldeutschen Raumes, Diss. Rostock 1970; G.Heidron u.a.: Der Kampf der Arbeiterklasse gegen den Kapp-Putsch in Rostock und Umgebung, in: Wiss. Zschr. Univ. Rostock, gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, 5.Jg. 1955/56, S. 7-68; M.Hoelz: Vom "Weißen Kreuz" zur roten Fahne, Berlin 1929; U.Mantzke: Zur Bewegung des Landproletariats und der werktätigen Bauern in der Novemberrevolution und der revolutionären Nachkriegskrise im Freistaat Sachsen, Diss. phil. Leipzig 1962; M.Polzin: Kapp-Putsch in Mecklenburg, Junkertum und Landproletariat in der revolutionären Krise nach dem 1. Weltkrieg, Rostock 1966; K.Schreiner: Der Kampf der Werktätigen Vorpommerns gegen den militaristischen Kapp-Putsch und die daran anschließenden Aktionen im März 1920, Diss. Rostock 1963; E.Stelzner: Der Generalstreik der Bergarbeiter des Bornaer Reviers gegen den Kapp-Putsch im März 1920, in: Freiberger Forschungshefte, Berlin D 35, 1960, S.35 ff.; Zeitzer: Arbeiter schlugen den Kapp-Putsch nieder, in Wiss. Zschr. Karl Marx Univ. Leipzig, gesellschafts- und sprachwiss. Reihe, 9. Jg. 1959/60, S.205 ff.

4. Umwälzung der Arbeitsorganisation und Arbeiterdefensive in Rationalisierungsperiode und Weltwirtschaftskrise

In diesem Abschnitt sollen zwei Schwerpunkte hervorgehoben werden: Umwälzung der Arbeitsorganisation in der Rationalisierungsperiode und der Übergang von der Defensive zum Arbeiterradikalismus in der Weltwirtschaftskrise.

Umwälzung der Arbeitsorganisation:

An Gesamtdarstellungen zur Einführung wären besonders hervorzuheben: R.A.Brady, The Rationalization Movement in German Industry, Berkely 1933; Deutscher Metallarbeiterverband (Hrsg.), Die Rationalisierung in der Metallindustrie, Berlin 1933; J.Ermanski, Wissenschaftliche Betriebsorganisation und Taylor-System, Berlin 1925; Industrie- und Handelskammer zu Berlin (Hrsg.), Die Bedeutung der Rationalisierung für das Deutsche Wirtschaftsleben, Berlin 1928; Internationales Arbeitsamt, Die sozialen Auswirkungen der Rationalisierung, Genf 1932; Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit (Hrsg.), Handbuch der Rationalisierung, 2.Aufl. Berlin-Wien 1930. Von den genannten Autoren heben vor allem Ermanski und das Internationale Arbeitsamt die internationalen Aspekte bei der Umwälzung der Arbeitsorganisation hervor; ergänzend wären hierzu B.Birnbaum, Organisation der Rationalisierung Amerika-Deutschland, Berlin 1927; F.Giese (Hrsg.), Handbuch der Arbeitswissenschaft, Bd.I/II, Halle a.S. 1930; J.M.Lahy, Taylorsystem und Physiologie der beruflichen Arbeit, Berlin 1923; F.Söllheim, Taylor-System für Deutschland, Grenzen seiner Einführung in deutsche Betriebe, München und Berlin 1922; Soziales Museum Frankfurt/M. (Hrsg.), Ford und wir, Fünf Beiträge zur deutschen Umstellung, 2. Aufl. Berlin-Wien 1927; sowie I.Witte, Die Kernprobleme der amerikanischen und europäischen Arbeitswissenschaft unter besonderer Berücksichtigung Rußlands, in: Betriebswirtschaftliche Rundschau, 1925, H.12, zu konsultieren. Die Diskussion über die Verwissenschaftlichung der Ausbeutung im Verlauf der revolutionären Nachkriegskrise und deren Institutionalisierung geben u.a. wieder: Entwicklung der Rationalisierung und des RKW, in: Rationalisierung, 22.Jg.1971, H.5, S. 141 ff.; D.Fritsch, Der arbeiterfeindliche Charakter des Refa, Wirtschaftswiss. Diss. Leipzig 1963; W.Hellmich, Was will Taylor? AWF-Druckschrift Nr.3, Berlin 1920; A.Isaac, Die Entwicklung der wissenschaftlichen Betriebswirtschafts-

lehre in Deutschland seit 1898, Berlin 1928; H.Krauss, Betriebsrat und Arbeitswissenschaft, Berlin 1922; K.Lewin: DieSozialisierung des Taylorsystems, Berlin 1920; P.Umbreit: Leistungssteigerung, die vervollkommnete Organisation der menschlichen Arbeit, Schriften der Gesellschaft für soziale Reform, H.28; Wege und Ziele der Sozialisierung, Berlin 1919 - in diesen Arbeiten wird der Leser nachvollziehen, wie sich die gemeinsamen Entwicklungslinien des großen Kapitals und des Arbeiterreformismus gegen die Arbeiterautonomie präzisieren. Der Zusammenhang zwischen "verwissenschaftlichter Betriebsführung" und technischer Umwälzung der Produktion wird reproduzierbar durch die Auseinandersetzung mit R.Bosch und E.Durst, Fließarbeit im Betriebe der Robert Bosch AG Stuttgart, in: Maschinenbau, 1925, H.22; Die Arbeitsleistungen in der Textilindustrie in den Jahren 1917 bis 1927, Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für Arbeitsleistung, Bd.6, Berlin 1930; DMV (Hrsg.), Die Rationalisierung in der Metallindustrie, Berlin 1933; Fließarbeit, Beiträge zu ihrer Einführung, Berlin 1926; J.Grünfeld, Frauenarbeit - Rationalisierung und Frauenlöhne im Deutschen Reich, in: Internationale Rundschau der Arbeit, 1934, H.6; W.Heynig, Einführung rationeller Arbeitsmethoden in der deutschen Industrie, in: Organisation, 1925, H.21; Industrie- und Handelskammer zu Berlin, op.cit.; R.R.Mirnus, Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft Berlin, Die Organisation der AEG-Zählerfabrik, Berlin 1929; H.Radandt, Die Vorgeschichte der EAW "J.W.Stalin" Berlin-Treptow 1926 bis 1946, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1961, T.I, S.159 ff.; C.Ruppel, Alle 4 Minuten ein Motorrad, in: Wirtschaftliche Technik, 1925, H.11; K.H.Schmidt, Organisation und Grenzen der Arbeitszerlegung im fließenden Zusammenbau, Berlin 1924; A.Wallichs, Die Fließarbeit und ihre Nutzbarmachung für die deutsche Industrie, Stuttgart 1927. Der Übergang von der Defensive zum Arbeiterradikalismus in der Weltwirtschaftskrise. Über die Defensivkämpfe der Arbeiter gegen den Rationalisierungsboom der 20er Jahre finden sich mosaikartige Informationen in der zeitgenössischen kommunistischen Tagespresse, besonders die Durchsicht der "Roten Fahne" ist lohnend. Auch die in der Einleitung hervorgehobene Serie "Geschichte der Fabriken und Werke" ist für diesen historischen Abschnitt sehr ergiebig. Abgesehen von einzelnen linkssozialistischen Broschüren vor allem der KPO und der Restgruppen von KAPD und Arbeiterunionen - sie sind nur sehr schwer zu beschaffen - sind uns bis jetzt wichtigere Arbeiten über die Periode bis zur Weltwirtschaftskrise nicht bekannt geworden. Das gilt letzten Endes auch für die Radikalisierung der Arbeiterkämpfe seit der Weltwirtschaftskrise; wichtige Fragestellungen können allenfalls aus verschiedenen Untersuchungen über die Auseinandersetzungen verschiedener sozialrevolutionärer Randströmungen zwischen den großen Massenparteien abgeleitet werden; Arbeiten über die Kampfbewegungen des Massenarbeiter-Arbeitslosen dieser Ära stehen noch aus. Wir verweisen immerhin auf K.Bednarik, Der junge Arbeiter von heute: ein neuer Typ, Stuttgart 1950; D.I.Kulstein, Bonapartist Workers During the Second Empire, in: Interna-

tional Review of Social History, 9.Jg. p.2, 1964, S.226 ff.; K.O.Paetel, Versuchung oder Chance? Zur Geschichte des deutschen Nationalbolschewismus, Göttingen 1965; R.Schapke, Die Schwarze Front, Leipzig 1932; O.E.Schüddekopf, Linke Leute von rechts, Stuttgart 1960; H.-G.Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaften, Hannover, Frankfurt/M. 1958; die Auseinandersetzung mit dem Archivmaterial über die großen Kampfzyklen kann dadurch aber nicht ersetzt werden, sie ist vordringlich.

5. Nationalsozialismus

Die Auseinandersetzung mit der Arbeitergeschichte in der NS-Ära ist noch immer vorrangig eine Sache der Akten, der Arbeiterbefragung und der Archive. Als Wegweiser zum staatlichen und nichtstaatlichen Archivgut des Bundesarchivs vgl. H.Booms, H.Boberach, Das Bundesarchiv und seine Bestände, 2. neubearb. Aufl. Boppard/Rh. 1968. Wichtig sind vor allem die Prozeßakten der Nürnberger Nachfolgeprozesse gegen die IG Farben, Flick und Krupp, und die Materialien der DAF. Dokumente der Nachfolgeprozesse sind - in englischer Sprache - auszugsweise veröffentlicht in: Trials of War Criminals Before the Nuernberg Military Tribunals Under Control Council Law Bo. 10, 15 Bde., Washington D.C. 1951-1953. Zum Materialbestand über die Nachfolgeprozesse in der DDR vgl. vor allem R.Czollek, D.Eichholtz, Die Nürnberger Nachfolgeprozesse als Quelle der Geschichtswissenschaft, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1966 T.III, S.219 ff. An zeitgenössischen Publikationen sind besonders zu erwähnen: Arbeitswissenschaftliches Institut der Deutschen Arbeitsfront (Hrsg.), Das Arbeitswissenschaftliche Institut der Deutschen Arbeitsfront 1935-1942, Berlin, Februar 1943; F.Didier (Hrsg.), Handbuch für die Dienststellen des G.B.A. und die interessierten Reichsstellen im Großdeutschen Reich und in den besetzten Gebieten, Berlin 1944; E.Willeke, Der Arbeitseinsatz im Kriege, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd.154, 1941, S.177 ff. Die erste einigermaßen befriedigende Analyse des Verhältnisses von plankapitalistischer Programmierung und Arbeiterklasse findet der Leser in Proletarische Front, Arbeiterkampf in Deutschland, München 1973, S.55 ff. Vorher hat sich T.W.Mason mit einem kurzen, aber sehr wichtigen Aufsatz: Labour in the Third Reich, 1933-1939, in der englischen historischen Zeitschrift Past & Present, 1966, Nr.33, S.112 ff., am weitesten in Neuland vorgewagt.
Im übrigen ist vor allem über umfangreiche Untersuchungen zum System der ausländischen Zwangsarbeit zu referieren; sie haben recht unterschiedliches Niveau. Einen guten Überblick vermittelt E.L.Homze, Foreigns Labor in Nazi Germany, Princeton N.J. 1967, der Autor bleibt allerdings in Empirie und streckenweise auch in apologetischen Interpretationen stecken. Er hat indes mehr Format als beispielsweise H.Pfahlmann, Fremdarbeiter und

Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Darmstadt 1968, der eine kaum verschleierte Rechtfertigung liefert. Einige sehr wichtige Doktorarbeiten wurden in der DDR geschrieben, die unbedingt gelesen werden sollten: K.Drobisch, Die Ausbeutung ausländischer Arbeitskräfte im Flick-Konzern während des zweiten Weltkrieges, Diss.phil. Humboldt Universität Berlin 1964; K.Früholz, Das System der Zwangsarbeit in den Betrieben der IG Farben Industrie AG während des zweiten Weltkieges Diss. phil. Berlin 1964; J.Schmelzer, Das hitlerfaschistische Zwangsarbeitersystem und der antifaschistische Widerstandskampf der Zwangsarbeiter und Deportierten, Diss.phil. Halle 1963; E.Seeber, Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft, Berlin 1964. Sehr viel weniger befriedigend ist der Informationsstand hinsichtlich der antinazistischen Widerstandsbewegung auf Arbeiterseite. Am unbefangensten gehen hier jüngere westdeutsche Autoren vor wie beispielsweise H.Bretschneider, Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in München 1933-1945, München 1968, die auch das heikle Thema der Kooperation zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern untersucht. Sehr wichtig ist freilich auch J.A.Brodski, Die Lebenden kämpfen, Die Organisation Brüderliche Zusammenarbeit der Kriegsgefangenen (BSW), Berlin 1968: er zeigt, daß aufgrund der physischen Vernichtung der meisten Widerstandskerne die Quellengrundlagen fast vollständig beseitigt sind. Dagegen wird selbst in den besten Arbeiten über die proletarische Widerstandsbewegung die Spaltung der Arbeiterklasse "ausgeklammert", wie überhaupt seitens der DDR-Literatur die Tendenz vorherrscht, auch solche Gruppen, die sich nachdrücklich von der KPD-Linie distanzierten, als KPD-Basis hinzustellen. Gleichwohl seien vorrangig empfohlen: J.Glondajewski, H.Schumann, Die Neubauer-Poser-Gruppe, Berlin 1957; I.Krause, Die Schumann-Engert-Kresse-Gruppe, Berlin 1960; J.Nitzsche, Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe, Berlin 1957; U.Puls, Die Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe, Berlin 1959. Seit neuestem publizieren die Gruppen der VVN in der BRD umfangreiche Arbeiten über die lokalen Widerstands bewegungen; ein Überblick kann mittels der bibliographischen Arbeit von U.Hochmuth, Faschismus und Widerstand 1933-1945, Ein Literaturbericht, Frankfurt 1973, gewonnen werden. Wie sehr schließlich hoher Informationsgrad und borniertester Zynismus miteinander korrelieren können, hat der Spiegel-Redaktuer H.Höhne, Kennwort: Direktor, Die Geschichte der Roten-Kapelle, Frankfurt 1970, bewiesen.
Zuletzt muß noch auf Studien über die Zwangskasernierung und schrittweise Ökonomisierung der proletarischen Reservearmeen in den KZ's hingewiesen werden - Darstellungen über den Stellenwert von "Vernichtung der Arbeit" und allgemeinem Arbeitsmarkt wird der Leser freilich vermissen. Die besten Untersuchungen am exemplarischen Objekt - dem V-Waffen-KZ im Harz - verdanken wir einem Kollektiv an der Berliner Humboldt-Universität: G.Dieckmann, Existenzbedingungen und Widerstand im Konzentrationslager Dora-Mittelbau unter dem Aspekt der funktionellen Einbeziehung der SS in das System der faschistischen Kriegswirtschaft, Diss.phil. HU Berlin 1968;

B.Grabowski, Deutsche Geschichte 1945-1966, dargestellt am Leben und Wirken der ehemaligen Häftlinge und der Strafverfolgung der SS-Leute des Konzentrationslagers Dora, Staatsexamensarbeit.Institut für Deutsche Geschichte HU Berlin 1966; P.Hochmuth, Der antifaschistische Widerstand im KZ Dora und die Sabotage der V-Waffenproduktion in den Mittelwerken, Diplomarbeit Institut für Deutsche Geschichte HU Berlin 1966. Im übrigen sei vor allem verwiesen auf B.Baum, Die letzten Tage von Mauthausen, Berlin 1965; Bibliographie über die Konzentrationslager, in: Internationale Hefte der Widerstandsbewegung, 2.Jg. 1960, Nr.2, S.143 ff.; M.Broszat (Hrsg.), Studien zur Geschichte der Konzentrationslager, Stuttgart 1970; Darstellungen aus der Geschichte der KZs Auschwitz, Buchenwald, Mauthausen, Neuengamme und Ravensbrück, in: Internationale Hefte der Widerstandsbewegung, 2.Jg. 1960, Nr.2; E.Kolb, Bergen-Belsen, Hannover 1962; J.F.Triska, "Work Redeems": Concentration Camp Labor in Nazi German Economy, in: Journal of Central European Affairs, 1959, Nr.1.

6. Westdeutschland (seit 1945)

Entscheidend für das Verhalten der westdeutschen Arbeiterklasse ist die Beziehung zwischen Kapitalbildung und gespaltenem Arbeitsmarkt. Es ist das Verdienst eines US-amerikanischen Keynesianisten, dies nachgewiesen zu haben: Ch.P.Kindleberger, Europe's Postwar Growth, The Role of Labor Supply, Cambridge/Mass. 1967 (BRD-Abschnitte). Dieser Tatbestand wird hinsichtlich seiner Rückwirkungen auf Klassenzusammensetzung und Kampfformen der Arbeiter untersucht in dem von der Proletarischen Front herausgegeben. Buch: Arbeiterkampf in Deutschland, Klassenzusammensetzung und Kampfformen der Arbeiter seit dem Nationalsozialismus, München 1973; dieselbe Gruppe veröffentlichte inzwischen eine Präzisierung ihres Ansatzes anhand der Kämpfe der norddeutschen Werftarbeiter: Rationalisierung und Massenarbeiter, München 1973. Im übrigen besteht einiger Anlaß, die Auseinandersetzung mit den Kampfzyklen voranzustellen; dabei sei vor allem verwiesen auf die Aufsätze in der Zeitschrift Arbeiterpolitik, Hrsg. Gruppe Arbeiterpolitik, Bremen 1951 ff.; Am Beispiel der Septemberstreiks, Frankfurt: EVA, 1970; Befreiung und Neubeginn, Berlin 1966; Betriebsgruppe Ford der Gruppe Arbeiterkampf (Hrsg.), Streik bei Ford Köln, Köln (1973); Die Septemberstreiks 1969, Diskussionsmaterial hrsg. vom Vorstand der IG Metall am 9.7.1970; Der Streik der westdeutschen Metallarbeiter, in: Dokumentation der Zeit, Berlin, 1963, H.287; Der Streik der Metallarbeiter in Schleswig-Holstein, ebd., 1957, Nr.136, 137, 139; Der große Streik in der hessischen Metallindustrie vom 27.August bis 22.September 1951, Schriftenreihe der IG Metall Nr.7, Frankfurt 1951; Der Hessen-Streik und seine Lehren, Hrsg. Gruppe Arbeiterpolitik, Stuttgart-Degerloch 1951; W.Eschenhagen, Antigewerkschaftlicher Kampf oder Kampf in den Gewerkschaften? München 1971; Erfahrungen aus dem Gummiarbeiterstreik in Hessen 1967, in: IG Chemie-Papier-Keramik, Arbeitsmappe Streik, S.H.17ff.; Erfahrungsbericht über den Streik der Papierarbeiter in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg vom 3.-23.9.1962, Rheinland-Pfalz vom 4.9.-25.10.1962, ebd., S.H.5 ff.; Erfahrungen aus dem Streik der niedersächsischen Gipsarbeiter 1954, ebd., S.H.1 ff.; M.Fisher, Lo sciopero dei metallurgici nel Württemberg, in: Quaderni Rossi, 1964, Nr.4; Gespräch mit dem deutschen Arbeiter im Ford-Streikkomitee, Dieter Heinert (T.I/II),

in: Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten, Frankfurt, 1973, Nr.8, 9; Gruppe Arbeiterpolitik, Die Auseinandersetzungen in der Klöckner-Hütte Bremen, T.I/II, Bremen o.J. (1969); J.Hoffmann, H.Brühl, K.-H.Rüger, Metallarbeiter kontra Monopole, Berlin 1963; IMSF, Die Septemberstreiks 1969, Frankfurt 1970; IMSF, Über die Streiks in der chemischen Industrie im Juni/Juli 1971 in einigen Zentren der Tarifbewegung in Hessen und Rheinland, Frankfurt o.J.; IG Chemie-Papier-Keramik, Arbeitsmappe Streik, o.J. (1971); INFAS, Spontane Arbeitsniederlegungen im September 1969, Bad Godesberg, Januar 1970; H.Jung, Der hessische Gummiarbeiterstreik und der Kampf der Gummiarbeiter Fuldas, in: Marxistische Blätter, 1968, Nr.1, S.32 ff.; ders., Die betrieblichen Abwehraktionen der Belegschaften 1967/68, ebd., 1968, Nr.4, S.14 ff.; H.Jung, F.Schuster, K.Steinhaus, Kampfaktionen der westdeutschen Arbeiterklasse 1966-1970, in: Das Argument, 1970, Nr.62, S.873 ff.; R.H.Kalbitz, Biographie über den Streik der IG-Metall in Schleswig-Holstein 1956/57, Diplomarbeit Uni Bochum 1969; F.Köhler, Die Befreiung Deutschlands vom faschistischen Joch, Berlin 1955; Klunkert, Oriold, Rininsland. Rottke, Die Spontanstreiks im September 1969, unveröff. Diplomarbeit FU Berlin 1970; Metall-Tarifbewegung 1970, express-aktuell I, Frankfurt 1970; K.H.Roth, Westdeutsche Arbeiterkämpfe in den sechziger Jahren, in: Zirkular Probleme des Arbeiterkampfs, 2.Jg.1973, H.12; H.Sange, Probleme des Streikkampfes unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland, Diss.phil. Berlin 1962; E.Schmidt, Ordnungsfaktor oder Gegenmacht, Frankfurt 1971; D.Schneider (Hrsg.), Zur Theorie und Praxis des Streiks, Frankfurt 1971; U.Schmidt, T.Fichter, Der erzwungene Kapitalismus - Klassenkämpfe in den Westzonen 1945-1948, Berlin 1971; W.Thönnessen, Analyse der Pressekommentare zu den spontanen Arbeitsniederlegungen, Informationen der Pressestelle der IG Metall Nr.69/48; Vorstand der IG Metall, Weißbuch zur Unternehmermoral (I/II), Frankfurt 1967, Wir wollen Alles, Gaiganz bei Erlangen, Jg.1973 ff.
Weniger umfangreich sind die Materialien, die über das alltägliche Widerstandsverhalten des westdeutschen Massenarbeiters Auskunft geben. Exemplarisch dazu die Texte der Proletarischen Front und der Aufsatz von K.H.Roth (vgl. oben). Von Unternehmerseite liegen aufschlußreiche Dissertationen über die "Betriebskriminalität" der Arbeiter vor, die im vorliegenden Text ausgewertet wurden (vgl. die entsprechenden Verweise im dritten Abschnitt). Vgl. außerdem W.Kellner, Der moderne soziale Konflikt, Stuttgart 1961; G.E.Stammitz, Was kann der Betrieb gegen die Scheinkranken unternehmen? in: Mensch und Arbeit, 1959, H.4; E.Ulich, Über Fehlzeiten im Betrieb, Köln und Opladen 1965.
Sehr viel besser ist der Informationsstand hinsichtlich der Umwälzung der Arbeitsorganisation, vor allem auf technologischem Gebiet; seltener sind Untersuchungen, die die Auswirkungen auf die Arbeitssituation einbeziehen. Zu diesem Komplex seien exemplarisch erwähnt: ADB-Refa-AWF (Hrsg.), Rationalisierung - 100 Beispiele aus den Betrieben, München 1955;

L. Brandt, G. Frenz, Industrielle Rationalisierung, Dortmund 1953; G. Friedrichs (Red.), Automation und technischer Fortschritt in Deutschland und den USA, Frankfurt 1963; ders., Automation Risiko und Chance, Bd. I/II, Frankfurt 1965; M. Hammer, Vergleichende Morphologie der Arbeit in der europäischen Automobilindustrie: die Entwicklung zur Automation, Basel-Tübingen 1959; H. Kern, M. Schumann, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein, Bd. 1/2, Frankfurt 1970; G. S. Koch u. a., Veränderung der Produktions- und Instandhaltungstätigkeiten in der industriellen Produktion, Frankfurt 1971; Methoden und Auswirkungen der Rationalisierung in der westdeutschen Industrie, in: DWI-Berichte, 1960, Nr. 13; Neue Methoden zur Steigerung der Arbeitsintensität in der westdeutschen Industrie, ebd., 1965, Nr. 15; F. Pollock, Automation, neubearb. Aufl. Frankfurt 1964; Redaktionskollektiv Gewerkschaften, Zum Zusammenhang von Kapitalakkumulation, Veränderungen in den Formen der Profitproduktion und der Rolle neuerer Entlohnungsmethoden in der BRD, in: Probleme des Klassenkampfs, 1973, H. 4 und 5; C. A. Ross, Wege und Ziele deutscher Rationalisierung, Dortmund 1955; R. Schultz-Wild, F. Weltz, Technischer Wandel und Industriebetrieb, Die Einführung numerisch gesteuerter Werkzeugmaschinen in der Bundesrepublik, Frankfurt 1973.
Inzwischen gibt es auch einige bedeutendere Publikationen zur allgemeinen Lebenssituation des westdeutschen Arbeiters, zu denen noch einige repräsentative Erhebungen über die Lohnstruktur hinzugefügt werden wollen: H. Jaspers, Die Lohnstruktur in der BRD, Essen 1966; H. Lampert, Die Lohnstruktur der Industrie, Tübingen 1961; K. Thomas (Hrsg.), Analyse der Arbeit, Stuttgart 1969; M. Osterland, W. Deppe, F. Gerlach, U. Mergner, K. Pelte, M. Schlösser, Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD, Frankfurt 1973; E. Runge, Bottroper Protokolle, Frankfurt 1968; R. Skiba, Untersuchung über die Entwicklung der Verdienste der Angestellten und Arbeiter seit 1957, Unveröff. Ms. des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, Düsseldorf 1967; L. Schuster, Die Mobilität der Arbeitnehmer, Eine vergleichende Analyse von vier Erhebungen, in: Mitteilungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1969, Nr. 7; G. Wallraff, Industriereportagen, Reinbek bei Hamburg 1970.
Zuletzt sei auf einige wichtige Materialien hingewiesen, die Auskunft über den sozialen Spaltungsmechanismus des Gesamtarbeiters geben. Ausländische Arbeiter: Bundesanstalt für Arbeit, Ausländische Arbeitnehmer, Jahresberichte 1967 ff.; S. Castles, G. Kossack, Immigrant Workers and Class Structure in Western Europe, London 1972; L. Elsner, Fremdarbeiterpolitik in Westdeutschland, Berlin 1970; S. Geiselberger (Hrsg.), Schwarzbuch: Ausländische Arbeiter, Frankfurt 1972; K. Heinerth, Untersuchungen zur Vorurteilshaftigkeit im Verhalten deutscher gegenüber ausländischen Arbeitern, Diss. phil. Tübingen 1968; E. Klee, Gastarbeiter - Analysen und Berichte, Frankfurt 1972; V. Merx, Ausländerbeschäftigung und Flexibilität des Arbeitsmarktes der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1972;

M.Nikolinakos, Politische Ökonomie der Gastarbeiterfrage, Migration und Kapitalismus, Rheinbek bei Hamburg 1973; OECD, Komitee für Arbeitsmarkt- und Sozialfragen - Berichterstatter: Deutsche Arbeitsmarktpolitik, Paris, den 21.Okt. 1972; W.Scholten, Die Beschäftigungsstruktur der ausländischen Arbeitnehmer in der BRD, Diss. Bochum 1968.
Flüchtlingsarbeiter in den 50er Jahren: Das deutsche Flüchtlingsproblem, Sonderheft der Zeitschrift für Raumforschung, Bielefeld 1950; Die berufliche Eingliederung der Heimatvertriebenen im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, in: Wirtschaft und Statistik, NF, 1950, H.21, S.303 ff.; G.Reichling, Die Heimatvertriebenen im Spiegel der Statistik, Berlin 1958.
Frauenarbeit: Ausbeutung und Diskriminierung der berufstätigen Frau in Westdeutschland, in: Dokumentation der Zeit, 1962, H.269; H.Braunwarth, Die Spanne zwischen Männer- und Frauenlöhnen, Köln-Deutz 1955; M.Diamant, Frauenarbeit und Ausländerbeschäftigung Frankfurt 1970; J.Herrmann, Frau und Gesellschaft, Bibliographie von Arbeiten der Jahre 1951 bis 1962, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1965 T.I, S. S.250 ff.; T.III, S.243 ff.; M.Herzog, Akkordarbeiterinnen bei AEG-Telefunken, in: Kursbuch, 1970, H.21, S.110 ff.; J.Kuczinski, Studien zur Lage der Arbeiterin in Deutschland von 1700 bis zur Gegenwart, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd.18, Berlin 1963; G.Wurzbacher, W.Jaide u.a., Die junge Arbeiterin, München 1958.
Junge und ältere Arbeiter: A.Brock. Lehrlingshandbuch, Darmstadt 1972; Deutsches Wirtschaftsinstitut (Hrsg.), Die wirtschaftliche und soziale Lage der Jugend in Westdeutschland, Berlin 1951; DGB-Bundesvorstand, Hauptabt. Jugend (Hrsg.), Arbeitslosigkeit und Berufsnot der Jugend, Bd.1/2, Köln 1952; M.Hofbauer u.a., Materialien zur Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland, in: Mitteilungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1968, Nr.5; Jugendarbeitsschutz in Baden-Württemberg, Hrsg. Arbeits- und Sozialministerium Baden-Württemberg, Stuttgart 1972; P.Kaser, Ältere Arbeitnehmer in der Industrie Nordrhein-Westfalens, Forschungsberichte des Landes NRW, Nr.1608, Köln und Opladen 1966; B.Lutz, W.D.Winterhager, Zur Situation der Lehrlingsausbildung, Stuttgart 1969.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AAU	Allgemeine Arbeiter-Union
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
BddW	Blick durch die Wirtschaft
BDI	Bundesverband der deutschen Industrie
BDJ	Bund Deutscher Jugend
BFB	Beratungsstelle für Betriebsschutz
BzG	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
DWI	Deutsches Wirtschafts-Institut
DZAM	Deutsches Zentralarchiv Abt. Merseburg
DZAP	Deutsches Zentralarchiv Potsdam
EAW	Elektro-Apparate-Werke
EW	Einwohnerwehren
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
GSW	Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Wirtschaft
IML	Institut für Marxismus-Leninismus
IMT	International Military Tribunal (Nürnberg)
IWW	International Workers of the world
JWG	Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte
KSW	Koordinierungsstelle für Sicherheitsfragen der gewerblichen Wirtschaft

NKFD	Nationalkomitee Freies Deutschland
NSBO	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
OHL	Oberste Heeresleitung
REFA	Reichsausschuß für Arbeitsstudien
RFB	Rotfrontkämpferbund
RGI	Rote Gewerkschaftsinternationale
RGO	Revolutionäre Gewerkschaftsopposition
RKW	Rationalisierungskomitee der deutschen Wirtschaft
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
SSW	Siemens-Schuckert-Werke
Stalag	Kriegsgefangenen-Stammlager
TN	Technische Nothilfe
USW	Verband für Sicherheit in der Wirtschaft
UZ	Unsere Zeit
VEB	Volkseigener Betrieb
VSW	Verband für die Sicherheit in der gewerbl. Wirtschaft
ZAG	Zentralarbeitsgemeinschaft
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZMG	Zeitschrift für Militärgeschichte